

Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte

1976 · Teil I

Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte

Unter beratender Mitarbeit von

H. Aptheker (USA), E. Hobsbawm (Großbritannien), J. Kuczynski (DDR), W. Kula (VR Polen),
H. Mottek (DDR), S. P. Pach (UVR), J. Purš (ČSSR), S. I. Tjulpanow (UdSSR)

Auslandskorrespondenten

Emil Niederhauser (UVR), Jerzy Tomaszewski (VR Polen), S. Sak (UdSSR)

Redaktionskollegium

Jan Peters (Chefredakteur), Traute Scholz (Stellv. Chefredakteur), Rudolf Berthold, Renate Günther,
Wolfgang Jonas, Parviz Khalatbari, Heinz Kreißig, Fedor Kretschmar, Hansgünter Meyer, Hans-Heinrich
Müller, Helga Nussbaum, Hans Radandt, Karl Reißig, Alfred Schröter, Rolf Sonnemann

Arbeitsgruppe Literaturkritik

Hans-Heinrich Müller (Leiter), Gisela Buchheim, Siegfried Epperlein, Parviz Khalatbari, Hermann Leh-
mann, Peter Musiolek, Manfred Nussbaum, Hildegard Hoffmann, Jörg Roesler, Heinzpeter Thümmler

Redaktionssekretär: Ingrid Thümmler

Jahrbuch für Wirtschafts- geschichte

1976 · TEIL I



AKADEMIE-VERLAG · BERLIN 1976





761511

Redaktionsschluß: 15. 3. 1975

Anschrift der Redaktion:

108 Berlin, Zimmerstr. 94

Erschienen im Akademie-Verlag, 108 Berlin, Leipziger Straße 3—4

© Akademie-Verlag, Berlin 1976

Lizenznummer: 202 · 100/114/76 · Karten P 285/75

Offsetdruck: VEB Druckerei „Thomas Müntzer“, 582 Bad Langensalza/DDR

Bestellnummer: 753 105 2 (2103/76/1) · LSV 0305

Einzelpreis des Bandes 18,— M

Abonnementpreis des Jahrganges 72,— M (4 Bände)

Zu diesem Band

9

ABHANDLUNGEN, STUDIEN, MISZELLEN

- | | | |
|---------------------|---|---------------------|
| Gerd Neumann | Neue Momente in den zwischenstaatlichen Wirtschaftsbeziehungen der volksdemokratischen Länder und der UdSSR nach dem zweiten Weltkrieg. Zur Vorgeschichte des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe | A 044
13 |
| Jörg Roesler | Die Entwicklung der wechselseitigen Beziehungen zwischen Wettbewerbsbewegung und staatlicher Leitung und Planung in der Industrie 1956 bis 1962 | B 220
33 |
| Jürgen Kuczynski | Die Zukunft der kapitalistischen Wirtschaft | 55 A 14 |
| Helga Nussbaum | Zur Diskussion um den historischen Platz des staatsmonopolistischen Kapitalismus in der neueren marxistisch-leninistischen Literatur | A 141
69 |
| Berthold Puchert | Bestrebungen zur wirtschaftspolitischen Blockbildung in Mitteleuropa am Anfang des 20. Jahrhunderts. Ein Beitrag zur Untersuchung des Verhältnisses zwischen Staat und Wirtschaft | CA 280
95 |
| Elfriede Rehbein | Rolle und Bedeutung der kapitalistischen Integration in der EWG unter besonderer Berücksichtigung des Verkehrswesens | CA 04
670
105 |
| Zdeněk Jindra | Die Rolle des Krupp-Konzerns bei der wirtschaftlichen Vorbereitung des ersten Weltkrieges | BA 53
20
133 |
| Wilfried Strenz | Entwicklungstendenzen in der regionalen Verteilung der Bevölkerung im Prozeß der Industriellen Revolution des Kapitalismus auf dem heutigen Territorium der DDR. Eine Materialstudie unter historisch-geographischem Aspekt | BA 91
557
163 |
| Siegfried Epperlein | Bäuerliche Arbeitsdarstellungen auf mittelalterlichen Bildzeugnissen. Zur geschichtlichen Motivation von Miniaturen und Graphiken vom 9. bis 15. Jahrhundert | 181 |

Zu Tendenzen der räumlichen Bevölkerungsbewegung in der DDR

Lucie Burkhardt-Osadnik/

Carl Otto

Tendenzen der Urbanisierung und der Bevölkerungssagglomeration in der DDR in den Jahren 1950 bis 1973

211

Dina Möbius

BL 268

Zu einigen Fragen der Migrationen - dargestellt am Beispiel des Bezirkes Cottbus

219

Regina Wunsch

BA 913

Betrachtungen zu Motivationen der Binnenwanderung in der DDR

225

DISKUSSIONEN

Wolfgang Jonas

Zu einigen Problemen des Verhältnisses zwischen Produktivkräften und Produktionsverhältnissen, Bemerkungen zu Hans Mottek, Wirtschaftsgeschichte und Entwicklung von Wissenschaft und Technik

233

LITERATURKRITIK

Horst Handke

Macht durch Organisation oder Organisation der Macht? Managertheorie und bürgerliche Historiographie, Dankwart Guratzsch, Macht durch Organisation. Die Grundlegung des Hugenbergschen Presseimperiums = Studien zur modernen Geschichte, Bd. 7

245

Thomas Kuczynski

Weltwirtschaftskrise und staatsmonopolistischer Kapitalismus: Das Beispiel des amerikanischen New Deal, Einige Überlegungen bei der Lektüre von: Die große Krise in Amerika, Vergleichende Studien zur politischen Sozialgeschichte 1929 - 1939, hg. v. Heinrich August Winkler = Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft, Bd. 6; Charles P. Kindleberger, Die Weltwirtschaftskrise 1929 - 1939 = Geschichte der Weltwirtschaft im 20. Jahrhundert, Bd. 4

259

BETRIEBSGESCHICHTE

Hans Radandt

Betriebsgeschichte und Bündnispolitik der Arbeiterklasse (Tagung vom 17. bis 19. Juni 1975 in Gera)

269

TAGUNGEN UND KONFERENZEN

Peter Altner/

Conrad Grau

Erfahrungen der Geschichte und Perspektiven der gemeinsamen Forschung (4. und 5. Juni 1975 in Berlin)

275

Gerhard Narweleit	Die Entwicklung der Territorialstruktur im Nordgebiet der DDR. Geographen-Kongreß der DDR (12. bis 16. Mai 1975 in Neubrandenburg)	285
Wolfgang Schlieder	Tagung der Papiergeschichtsforscher sozialistischer Länder (13. bis 14. Mai 1975 in Heidenau)	291

BIBLIOGRAPHIEN

Hochschulschriften zur Wirtschaftsgeschichte (Renate Günther)		295
Autorenverzeichnis		317
Содержание, Contents, Contenu, Sumario		319

Im vorliegenden Band konnten eine Reihe von Beiträgen vereinigt werden, die als besonders gewichtig angesehen werden dürfen. Gründliche Analysen zur Wirtschaftsgeschichte der DDR stehen neben grundsätzlichen Überlegungen über die Zukunft der kapitalistischen Wirtschaft, theoretischen Reflexionen über den Platz des staatsmonopolistischen Kapitalismus in der marxistisch-leninistischen Literatur und anderen Artikeln, Diskussionsbeiträgen und Literaturkritiken, die von den Fortschritten der wirtschaftshistorischen Forschung in der DDR deutliches Zeugnis ablegen. Allein drei Beiträge behandeln unter verschiedenen historischen Aspekten die brennend aktuellen Probleme der ökonomischen Integration, während ein demographischer Komplex Aufschluß über die Tendenzen der räumlichen Bevölkerungsbewegung in der DDR gibt.

Wir knüpfen an das Erscheinen dieses Bandes die Hoffnung, daß die theoretischen Fortschritte, die er widerspiegelt, anregend wirken werden und daß sich unsere Leser aufgerufen fühlen, die hier vorgetragenen Auffassungen, insbesondere über das Wechselverhältnis zwischen Produktivkräften und Produktionsverhältnissen, über den historischen Standort des staatsmonopolistischen Kapitalismus und über die künftigen Wege der kapitalistischen Wirtschaft, im Jahrbuch zu diskutieren.

September 1975

**Abhandlungen,
Studien, Miscellen**

NEUE MOMENTE IN DEN ZWISCHENSTAATLICHEN WIRTSCHAFTSBEZIEHUNGEN DER VOLKSDEMOKRATISCHEN LÄNDER UND DER UdSSR NACH DEM ZWEITEN WELTKRIEG⁺

Zur Vorgeschichte des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe

von Gerd Neumann

Im Vorwort zu einer Arbeit von Marx über die Revolution von 1848 in Frankreich bemerkte Engels, daß der klare Überblick über die ökonomische Geschichte einer gegebenen Periode nie gleichzeitig, sondern nur nachträglich, nach erfolgter Sammlung und Sichtung des Stoffes zu gewinnen ist.¹ Die Gründung des RGW, der ersten Wirtschaftsgemeinschaft sozialistischer Staaten, liegt nunmehr 25 Jahre zurück - Anlaß für die wirtschaftshistorische Forschung, verstärkt zur Sammlung, Sichtung und Auswertung des Materials überzugehen und der Erforschung der Geschichte des RGW größere Aufmerksamkeit zu widmen. Das gilt auch für die Vorgeschichte der RGW-Gründung und die Ausgangssituation, in der die Gründerländer den historischen Beschluß faßten.

Innerhalb eines Vierteljahrhunderts entwickelte sich der RGW-Bereich zu einer wichtigen sozialistischen Industrieregion der Weltwirtschaft. Gegenwärtig erzeugen die RGW-Länder etwa ein Drittel der Weltindustrieproduktion. An ihren Erfolgen in Politik, Wirtschaft und Kultur hatte die im RGW organisierte internationale Zusammenarbeit, die von Anfang an auch gegenseitige Hilfe war, einen maßgeblichen Anteil. Hervorzuheben ist hierbei die Unterstützung, die die UdSSR, der Initiator der Wirtschaftsgemeinschaft, den anderen RGW-Ländern gewährte.

Auf ihre Initiative fand vom 5. bis 8. Januar 1949 eine Wirtschaftskonferenz in Moskau statt, an der Vertreter der UdSSR, Polens, Bulgariens, Ungarns, Rumäniens und der Tschechoslowakei teilnahmen.²

Gegenstand der Konferenz war die Erörterung von Möglichkeiten für eine engere wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen den volksdemokratischen Ländern Europas und der UdSSR. Im Ergebnis der Verhandlungen wurde vereinbart, auf der Grundlage einer gleichberechtigten Vertretung der an der Konferenz teilnehmenden

+ Die vorliegende Arbeit ist der erste Teil einer umfangreicheren Studie über die Vorgeschichte des RGW, deren zweiter und dritter Teil in den folgenden Bänden des Jahrbuchs für Wirtschaftsgeschichte veröffentlicht wird.

1 Engels, Friedrich, Einleitung zu "Die Klassenkämpfe in Frankreich 1848 bis 1850" von Karl Marx (Ausgabe 1895), in: Marx/Engels, Werke, Bd. 7, Berlin 1973, S. 511.

2 Faddejev, N., Vorwort zu Tokareva, P. A./Kurjašov, M. D./Morosov, B. I., *Mnogostoronnee ékonomičeskoe sotrudničestvo socialističeskich gosudarstv*, Moskau 1967, S. 4.

den Länder einen Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe zu bilden.³ Der Beschluß über die Gründung des RGW wurde am 25. Januar 1949 veröffentlicht.

Der Rat wurde als offene Organisation deklariert. Der Beitritt weiterer Länder wurde von der Anerkennung der Prinzipien des RGW und dem Interesse an einer weitgehenden wirtschaftlichen Zusammenarbeit abhängig gemacht.⁴ Es wurde jedoch zum Ausdruck gebracht, daß der RGW "nicht für eine gewöhnliche wirtschaftliche Zusammenarbeit geschaffen" worden sei, "wie sie bspw. zwischen der UdSSR und Belgien oder Holland auf dem Gebiet des Handels besteht".⁵ Und es wurde betont, daß der Rat mit dem Ziel gegründet worden sei, auf breiter Grundlage eine wirtschaftliche Zusammenarbeit derjenigen Länder zu entwickeln, die gegeneinander eine ehrliche und freundschaftliche Politik betreiben.⁶ Die Aufgabe des Rates sollte darin bestehen, "wirtschaftliche Erfahrungen auszutauschen, gegenseitige technische Hilfe und die gegenseitige Hilfe durch Rohstoffe, Lebensmittel, Maschinen, Anlagen usw. zu leisten."⁷

Zum Zeitpunkt der RGW-Gründung gehörten die Erstmitglieder in der Mehrzahl zu den wirtschaftlich schwach entwickelten Agrarstaaten Europas. Sie befanden sich an einer politischen und wirtschaftlichen Wende ihrer Entwicklung. Sie standen am Schnittpunkt zwischen antifaschistisch-demokratischer und sozialistischer Phase der Revolution, zwischen dem erfolgreichen Wiederaufbau ihrer im zweiten Weltkrieg schwer zerstörten Wirtschaft und dem Beginn des Neuaufbaus von Volkswirtschaftskomplexen. Sie befanden sich unmittelbar vor dem Start zu einer Entwicklung, in deren Verlauf sie sich zu modernen sozialistischen Industriestaaten wandeln sollten. Wichtige Motive für die Bildung des RGW ergaben sich aus dieser Ausgangssituation, die von neuen gesellschaftlichen Entwicklungsbedingungen und entsprechenden Zielstellungen bestimmt wurde. Begünstigt durch den Sieg der Sowjetunion über den Hitlerfaschismus, hatten sich in den osteuropäischen Ländern als Folge des antifaschistischen Widerstandskampfes neue politische und sozialökonomische Verhältnisse herausgebildet. Volksfrontbündnisse, die auf Initiative der kommunistischen Parteien während des Befreiungskampfes in den Jahren 1941 bis 1944 zustande gekommen waren, wurden die Grundlage für die Bildung antifaschistisch-demokratischer Regierungen. Zu den ersten Maßnahmen dieser Regierungen gehörte die Durchführung von Bodenreformen bzw. die gesetzliche Sanktionierung der Landaufteilung, die in Polen, Rumänien und Ungarn bereits 1944 und 1945, in Bulgarien 1944 bis 1946 und in der Tschechoslowakei in zwei Etappen 1945 und 1948 erfolgte. Damit waren den kapitalistischen Großagrariern, die in all diesen Ländern wichtige Machtpositionen in Politik und Wirtschaft eingenommen hatten, die ökonomischen Grundlagen ihrer Existenz als Klasse entzogen worden.

³ Vgl. Neues Deutschland, Ausg. B. (im folgenden: ND), 26. 1. 1949, S. 1; Amtliche Verlautbarung über die Gründung des RGW, in: Für dauerhaften Frieden, für Volksdemokratie, Nr. 3/1949, zit. nach Kohlmeij, Gunther, Der demokratische Weltmarkt, Berlin 1955, S. 111 f. - Ein Statut gab sich der RGW erst Ende der fünfziger Jahre. Es wurde am 14. 12. 1959 angenommen und trat am 13. 4. 1960 nach Unterzeichnung durch die Mitgliedsländer in Kraft. Zu diesem Zeitpunkt erhielt der Rat durch die Konvention über die Rechtsfähigkeit, Privilegien und Immunitäten des RGW den Status einer juristischen Person. (Ökonomisches Lexikon, Bd. 1, Berlin 1969, S. 1122.)

⁴ ND, 26. 1. 1949, S. 1.

⁵ Ebenda, 13. 2. 1949, S. 2.

⁶ Ebenda.

⁷ Zitiert nach Kohlmeij, Gunther, a. a. O., S. 111.

Auch die Verstaatlichung der Industrie, der Banken und Versicherungsanstalten, des Verkehrswesens und des Großhandels konnte in allen fünf Volksdemokratien 1948 abgeschlossen werden. Während dieser Prozeß in Bulgarien und Polen bereits 1944 und 1945 eingesetzt hatte und 1946 beendet wurde, vollzog er sich in der Tschechoslowakei schrittweise von 1945 bis 1948 und in Rumänien und Ungarn in den Jahren 1946 bis 1948. Ende der vierziger Jahre hatte der staatliche Sektor in der Industrie dieser Ländergruppen entscheidende Bedeutung erlangt.

Tabelle 1

Anteil des sozialistischen Sektors an der Bruttoproduktion der Industrie⁺
(in %)

Land	1949	1950
Polen	94,9	96,7
Tschechoslowakei	87,8	96,0
Ungarn	92,0	97,0
Rumänien	.	95,0
Bulgarien	94,9	97,9

+ Die Länder der Volksdemokratie. Zahlen über die Entwicklung der Industrieproduktion in den europäischen Ländern der Volksdemokratie, o. O. o. J., S. 3.

Die Verstaatlichung des Großhandels bot neben der Vergesellschaftung der volkswirtschaftlichen Schlüsselpositionen die Grundlage für die Errichtung des staatlichen Außenhandelsmonopols.

Die sozialökonomischen Konsequenzen, die sich aus der Durchsetzung der volksdemokratischen Politik ergaben, hatten zu Klassenauseinandersetzungen geführt, in deren Folge in allen Volksdemokratien politische Entscheidungssituationen heranreiften.

In Bulgarien war bereits 1945 in den Novemberwahlen zur Volksversammlung eine wichtige Entscheidung zugunsten der Kräfte der Vaterländischen Front gefallen, die volksdemokratische Verhältnisse anstrebten. Unter maßgeblicher Beteiligung des aus der Sowjetunion zurückgekehrten Georgi Dimitroff gelang es, die Spaltung der Front zu verhindern und die politische Reaktion zu isolieren. Als zwei Jahre darauf nach einem erneuten Wahlsieg der Vaterländischen Front und der Erringung der Stimmenmehrheit durch die BAP(K) die Oppositionsgruppe um Petkow ausgeschaltet werden konnte, hatte sich die Hoffnung der restaurativen politischen Kräfte auf die Zurückgewinnung ihres politischen Einflusses endgültig zerschlagen.

Auch in Rumänien fielen 1947 wichtige Entscheidungen für den volksdemokratischen Kurs. Mit dem Ausschluß Tărtărescus und seiner Anhänger aus der Regierung verlor die Großbourgeoisie ihre letzten politischen Positionen. Die Monarchie wurde beseitigt und die Volksrepublik proklamiert.

In Ungarn bahnte sich 1946 mit der Gründung des Linksblocks eine Wende an. Als die Kommunistische Partei Ungarns 1947 bei den Wahlen zur Nationalversammlung die meisten Stimmen erhielt und der Linksblock die Stimmenmehrheit gewann, war auch hier der Widerstand gegen die volksdemokratische Politik gebrochen.

Das Jahr 1947 wurde auch in Polen zum Kulminationspunkt in der Auseinandersetzung zwischen Fortschritt und Reaktion. Auf der politischen Bühne fiel die Entscheidung durch den Ausgang der Sejmwahlen, in denen die Nationale Einheitsfront die Stimmenmehrheit errang. Die neue Regierung unter Cyrankiewicz sicherte die Ergebnisse der volksdemokratischen Nachkriegspolitik durch den Gesetzlerlaß der "kleinen Konstitution". Mikolejczyk, dessen Oppositionspartei eine eindeutige Wahlniederlage erlitten hatte, floh nach London.

Die zweite Entscheidung fiel Ende des Jahres mit dem militärischen Sieg über die konterrevolutionären Banden, der den Bürgerkrieg beendete.

In der Tschechoslowakei war es 1947 ebenfalls zur Zuspitzung der politischen Auseinandersetzung gekommen. Eine entscheidende Situation trat dann im Februar 1948 ein, als zwölf bürgerliche Minister demissionierten, um eine Regierungskrise auszulösen. Massenstreiks und Demonstrationen der durch die KPČ mobilisierten Arbeiter und die nachhaltigen Forderungen des in Prag tagenden Betriebsrätekongresses nach Verwirklichung des Aktionsprogramms der KPČ vermittelten diesen Versuch. Mit der Regierungsumbildung - der Berufung progressiver Politiker aus den Parteien, denen die Demissionäre angehört hatten, in das Kabinett Gottwald - endete nicht nur die Regierungskrise, sondern auch eine ganze Periode der Auseinandersetzung um die Macht.

Wie in der Tschechoslowakei waren auch in Polen, Ungarn, Rumänien und Bulgarien die kommunistischen Parteien als Initiatoren der volksdemokratischen Politik gestärkt aus den politischen Auseinandersetzungen hervorgegangen. In allen diesen Ländern vereinigten sich 1948 die Kommunisten mit den linken Sozialdemokraten in Parteien, die ihre Ziele in marxistischen Programmen fixiert hatten und die sich in der Folgezeit zu Parteien neuen Typus entwickeln sollten. Mit der Klärung der Machtfrage, der Schaffung der Arbeitereinheit und den Fortschritten im Demokratisierungsprozeß zeichnete sich der Übergang zur Diktatur des Proletariats ab. Sowohl die politischen als auch die sozialökonomischen Veränderungen lassen den Schluß zu, daß in dieser Ländergruppe die volksdemokratische Etappe der Revolution 1948 im wesentlichen abgeschlossen war.

Damit waren dem mittel- und osteuropäischen Wirtschaftsraum Möglichkeiten für längst ausstehende wirtschaftliche Lösungen im Rahmen sozialistischer Zielstellungen erschlossen, für die die Sowjetunion in vielen Fällen Modelle geliefert hatte. Der Austausch von Erfahrungen mußte unter diesen Bedingungen besondere Bedeutung erhalten.

Er wurde zu einer wichtigen Aufgabe der 1949 gegründeten Wirtschaftsgemeinschaft.

Darüber hinaus stellten die neuen politischen und wirtschaftlichen Ziele der in einem geographischen Raum konzentrierten Nachbarländer der Sowjetunion generell neue Anforderungen an die Gestaltung ihrer zwischenstaatlichen Wirtschaftsbeziehungen.

Hieraus ergaben sich neue Probleme für die sozialistische Wirtschaftspraxis. War die sozialistische Entwicklung bis dahin im Rahmen des multinationalen Staatsverbandes der UdSSR erfolgt - die baltischen Republiken waren im August 1940 in die Union aufgenommen worden⁸, und lediglich die Mongolei hatte als er-

⁸ Hierzu auch Silivask, Karl, Die bürgerlich-nationalistische Diktatur in Estland 1920 - 1940, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, Nr. 8/1974, S. 801 ff.

ster volksdemokratischer Staat hinsichtlich ihrer Eigenstaatlichkeit zunächst eine Ausnahmestellung eingenommen⁹ -, so existierte nunmehr eine Gruppe von Ländern, deren Wirtschaft unter sozialistischer Orientierung nach eigenen nationalen Plänen mit nationalen Fonds rekonstruiert wurde¹⁰.

Bereits in den ersten Nachkriegsjahren hatte sich gezeigt, daß die unter immensen Schwierigkeiten zu lösenden wirtschaftlichen Aufgaben eine gegenseitige Unterstützung der osteuropäischen Länder erforderten. Und schon in dieser Zeit waren die politischen und wirtschaftlichen Beziehungen der Sowjetunion zu den Volksdemokratien, aber auch zwischen den volksdemokratischen Ländern enger geworden. Eine wichtige Rolle spielten dabei Bündnisverträge, die zwischen den Ländern dieser Gruppe vereinbart wurden.

Noch während des Krieges hatte die Sowjetunion mit der Tschechoslowakei, Jugoslawien und Polen Verträge über Freundschaft, gegenseitige Hilfe und Zusammenarbeit für die Nachkriegszeit abgeschlossen. 1948 ging die Sowjetunion, nachdem ein Jahr zuvor die Friedensverträge mit Ungarn, Rumänien und Bulgarien in Paris unterzeichnet worden waren, auch mit diesen Ländern Freundschaftsverträge ein. In den Jahren 1946 bis 1949 kam es zum Abschluß von Freundschaftsverträgen zwischen den osteuropäischen Volksdemokratien. Diese Verträge, die in der Regel für einen Zeitraum von zwanzig Jahren vereinbart wurden, bildeten auch die Grundlage für den Ausbau der Wirtschaftsbeziehungen.¹¹

In Anlehnung an die Freundschaftsverträge schlossen die UdSSR und die Volksdemokratien Handelsverträge ab. Einer der ersten Handelsverträge der Nachkriegszeit war der sowjetisch-polnische vom 7. August 1945. Es folgten der sowjetisch-rumänische vom 20. Februar 1947, der Handelsvertrag zwischen Polen und der

9 Die Mongolei, im Ergebnis der 1921 begonnenen antiimperialistischen anti-feudalen Volksrevolution 1924 zur Volksrepublik proklamiert, ging 1940 zum Aufbau des Sozialismus über.

10 Senin führt im Zusammenhang mit der Frage, warum sich die sozialistische Entwicklung in den nach dem zweiten Weltkrieg gegründeten Volksdemokratien im Rahmen nationaler Eigenstaatlichkeit vollzog, mehrere Gründe an. Er verweist darauf, daß die zum Sozialismus übergehenden Völker ihre besondere Geschichte, eine besondere nationale Staatlichkeit, Ökonomie und Geographie aufwiesen, während die Sowjetunion von Völkern gegründet wurde, die trotz Unterschieden in Wirtschaft und Kultur bereits eine staatliche Gemeinsamkeit besaßen und zu einem annähernd gleichen Zeitpunkt zum Sozialismus übergingen.

Beim Fehlen gemeinsamer historischer Bindungen würde nach Senins Meinung die unverzügliche Vereinigung von Ländern mit großen wirtschaftlichen Niveauunterschieden das Risiko des Verlusts sozialistischer Errungenschaften einschließen.

Probleme für eine rasche Vereinigung ergeben sich nach Senin auch aus dem Umstand, daß die einzelnen Völker zu unterschiedlichen Zeitpunkten die Entwicklung zum Sozialismus einschlugen. Zu berücksichtigen sei auch die Komplexität, die eine zentrale Leitung und Planung der Wirtschaft mehrerer Nationen bei gegebenem Entwicklungsstand der Produktivkräfte mit sich bringt. (Vgl. Senin, M. W., Sozialistische Integration, Berlin 1972, S. 37 ff.)

Ähnlich argumentiert Usenko, E. T., Sozialistische internationale Arbeitsteilung und ihre rechtliche Regelung, Berlin 1966, S. 40.)

11 Hierzu auch Usenko, E. T., a. a. O., S. 144 ff.

Tschechoslowakei vom 4. Juli 1947, der sowjetisch-ungarische vom 15. Juli 1947, der sowjetisch-tschechoslowakische vom 11. Dezember 1947 und der sowjetisch-bulgarische vom 1. April 1948.¹² In den Handelsverträgen wurden Prinzipien für die Gestaltung der Wirtschaftsbeziehungen als Normen fixiert¹³, die später in Grundsatzdokumenten des RGW Eingang fanden¹⁴. So wurde in den meisten Handelsverträgen die Gleichberechtigung der Partner als Grundsatz verankert.¹⁵ Das Prinzip des gegenseitigen Vorteils wurde zum erstenmal im sowjetisch-bulgarischen Handelsvertrag formuliert und von dieser Zeit ab in alle Wirtschaftsverträge aufgenommen, die sozialistische Länder miteinander eingingen.¹⁶ In einigen Handelsverträgen, so im sowjetisch-polnischen und im sowjetisch-bulgarischen, wurde vereinbart, Verhandlungen zum Abschluß von Verträgen über den Güter- und Personenverkehr aufzunehmen.¹⁷

Von einer planmäßigen Organisation der Außenwirtschaft durch die Organe der volksdemokratischen Regierungen konnte in den ersten Nachkriegsjahren allerdings noch nicht die Rede sein. Der operative Außenhandel stellte in dieser Zeit die Hauptform der Wirtschaftsbeziehungen dar. Der Warenaustausch beschränkte sich meist auf traditionelle "Überschußerzeugnisse". Erste Verträge über gegenseitige Warenlieferungen, mit denen die Wirtschaftsbeziehungen einsetzten, wurden als Clearingabkommen 1945 zwischen der UdSSR und Rumänien (8. Mai), zwischen der UdSSR und Polen (7. Juli) und der UdSSR und Ungarn (27. August) vereinbart.¹⁸ Auch in den folgenden Jahren beruhte der Warenaustausch überwiegend auf zweiseitigen kurzfristigen Abkommen, die in der Regel für ein Jahr getroffen wurden und konkrete Festlegungen über die auszutauschenden Warenkontingente enthielten.¹⁹ Zu ihnen gehörte das am 12. April 1946 vereinbarte Abkommen zwischen der UdSSR und Polen, das sowjetisch-tschechoslowakische gleichen Datums und das sowjetisch-rumänische vom 18. Februar 1948.²⁰ Überwog also in dieser Zeit der kurzfristige Warenaustausch, so zeigten sich dennoch in den Wirtschaftsbeziehungen zwischen der Sowjetunion und den Volksdemokratien auch neue Momente, in denen Ansatzpunkte für die dann folgende Zusammenarbeit im RGW zu sehen sind oder die als Formen des wirtschaftlichen Zusammenwirkens der sozialistischen Länder in der zweiten Hälfte der fünfziger und besonders in den sechziger Jahren wieder aufgegriffen und weiterentwickelt werden sollten.

So wurden bereits in den vierziger Jahren vereinzelt längerfristige Abkommen über gegenseitige Lieferungen getroffen, die die Grundlage für einen jährlich zu präzisierenden und in der Regel auch zu bilanzierenden Warenaustausch bildeten.

Die UdSSR schloß mit den Volksdemokratien einige solcher Verträge ab, in denen sie sich zur Lieferung dringend benötigter Waren verpflichtete, um ihre Partnerländer zu unterstützen. Die sowjetischen Lieferungen umfaßten neben Rohmaterialien, wie Eisenerz, Mangan, Chemikalien und Baumwolle, auch Industrieausrü-

12 Ebenda, S. 187.

13 Ebenda, S. 188 ff.

14 Vgl. auch Faddejew, N. W., Der Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe, Berlin 1965, S. 27.

15 Usenko, E. T., a. a. O., S. 188 ff.

16 Ebenda, S. 189.

17 Ebenda, S. 266.

18 Ebenda, S. 301.

19 Ebenda, S. 235.

20 Ebenda.

stungen, Traktoren und Getreide.²¹ Besonders günstig hatte sich der Handel zwischen der Sowjetunion und der Tschechoslowakei entwickelt. Mit dem im April 1946 abgeschlossenen Handelsvertrag wurde die Sowjetunion zu einem der größten Rohstofflieferanten der Tschechoslowakei. Diesem Vertrag folgte 1947 ein weiterer, der eine Laufzeit von fünf Jahren hatte. Neben den sowjetischen Erzen, agrarischen Rohstoffen, Düngemitteln und Mineralöl waren es vor allem die Getreidelieferungen, die der Tschechoslowakei halfen, die wirtschaftlichen Schwierigkeiten der Nachkriegszeit zu überwinden. Die UdSSR bezog aus der Tschechoslowakei Lokomotiven, Eisenbahnschienen, Bagger, Rohrleitungen für die Erdölindustrie, Ausrüstungen für Elektrizitätswerke, Textil- und Schuhfabriken, Elektromotoren und industrielle Konsumgüter.²²

Obwohl die UdSSR enorme Kriegsschäden beseitigen mußte und ihre Industrieproduktion 1947 gegenüber dem Vorjahr um 17 Prozent zurückgegangen war - eine Folge der komplizierten Umstellung von Kriegs- auf Friedensproduktion -²³, gewährte sie bereits in der Nachkriegszeit Warenkredite. So wurde beispielsweise Polen im Abkommen vom 26. Januar 1948 von der Sowjetunion ein Kredit in Höhe von 450 Millionen Dollar für den Ausbau seiner Industrie - vor allem der Stahlproduktion - zugesichert.²⁴ Das sowjetisch-polnische Handelsabkommen, das für den Zeitraum von 1948 bis 1952 abgeschlossen wurde, sah die Lieferung sowjetischer Ausrüstungen für Metallbetriebe, Kraftwerke und Chemiefabriken gegen Kohle, Koks, Stahlerzeugnisse, Eisenbahnwagen, Zement und Textilien vor.²⁵

Neben der Sowjetunion traten die Tschechoslowakei und Polen als Lieferanten von Industrieausrüstungen im osteuropäischen Wirtschaftsraum in Erscheinung. Beispielsweise setzte schon in den vierziger Jahren die Ausstattung der polnischen Lederindustrie mit tschechischen Maschinen ein.²⁶ Auch Ungarn begann 1948 mit der Lieferung von Maschinen nach Bulgarien.²⁷ Entsprechend dem sowjetisch-ungarischen Handels- und Zahlungsabkommen vom 2. Oktober 1948 steigerte Ungarn seine Exporte an industriellen Fertigprodukten (Lokomotiven, Kräne, Kompressoren, Elektromotoren, Werkzeugmaschinen, Kühleinrichtungen, medizinische Apparate und industrielle Konsumgüter) in die Sowjetunion im Austausch gegen Industrierohstoffe, aber auch Textilmaschinen, Werkzeuge und Kugellager.²⁸

Erzeugnisse der ungarischen Schwerindustrie, die vorher zu den Reparationslieferungen gehörten, bildeten jetzt, nachdem die UdSSR die Wiedergutmachungspflichten herabgesetzt hatte, einen Bestandteil des regulären ungarischen Exports in die Sowjetunion.²⁹

Für Bulgariens Wirtschaftsentwicklung hatten die Handelsbeziehungen zur UdSSR schon 1947 an Bedeutung gewonnen. Bereits zu dieser Zeit wurden 60 Prozent der bulgarischen Importe aus der UdSSR bezogen. Neben Rohstoffen waren es vor allem Maschinen und Werkzeuge, die Bulgarien aus der Sowjetunion importierte.³⁰

21 Economic survey of Europe in 1948, Genf 1949, S. 146.

22 Die Wirtschaft, Nr. 8/1947, S. 279 ff.; ND, 8. 2. 1949, S. 3.

23 Berchin, J. B., Geschichte der UdSSR, Berlin 1971, S. 587.

24 Economic survey of Europe in 1948, a. a. O., S. 147.

25 ND, 28. 1. 1948, S. 1.

26 Ebenda, 5. 12. 1947, S. 4.

27 Ebenda, 8. 1. 1948, S. 3.

28 Die Wirtschaft, Nr. 2/1949, S. 64.

29 Ebenda.

30 Ebenda, Nr. 13/1948, S. 434.

Teilweise wurden in Zusatzabkommen auch schon Vereinbarungen über den Austausch von Wissenschaftlern und Spezialisten sowie über technische Zusammenarbeit getroffen. Beispielsweise sicherte die Sowjetunion Bulgarien in einem Ergänzungsabkommen zum Handelsvertrag von 1948 die Hilfe sowjetischer Experten für die Erschließung von Rohstoffvorkommen. 31

Allerdings konnte die Belebung der Wirtschaftsbeziehungen zwischen den osteuropäischen Ländern kurzfristig noch nicht mit entscheidenden Veränderungen ihres Warenangebotes verbunden sein. Hieraus erklärt sich der zunächst noch geringe Anteil von Ausrüstungsgegenständen an ihren Außenhandelsumsätzen. Doch war der in den vierziger Jahren einsetzende Handel mit Investitionsgütern zwischen diesen Ländern eine neue Erscheinung, die als Beachtung gegenseitiger Bedürfnisse zu werten ist.

Wechselseitige Bedürfnisse, die sich in der Nachkriegszeit zunächst aus dem Wiederaufbau der kriegszerstörten Wirtschaft ergaben, führten in der zweiten Hälfte der vierziger Jahre auch zur Aufnahme von Handelsbeziehungen zwischen dem Territorium der DDR, der damaligen sowjetischen Besatzungszone Deutschlands (SBZ), und den Ländern Mittel- und Osteuropas.

"Auf dem Gebiet der DDR war ... historisch eine Volkswirtschaft gewachsen, die überwiegend verarbeitenden Charakter trug und die damit in hohem Maße rohstoffabhängig war." 32 Die erheblichen Disproportionen in der Produktionsstruktur der SBZ 33 konnten infolge mangelnder Lieferfähigkeit und -bereitschaft der Westzonen 34 nicht ausgeglichen werden. 35 Besonders große Schwierigkeiten für den Wiederaufbau der Wirtschaft in der SBZ entstanden aus dem Mangel an Steinkohle 36, besonders Steinkohlenkoks, Eisen und Stahl. 37

31 ND, 7. 4. 1948, S. 3.

32 Baar, Lothar, Zur Problematik der Ausgangs- und Entwicklungsbedingungen der Volkswirtschaft der Deutschen Demokratischen Republik. Material für das Habilitationsverfahren vom 16. 4. 1967 an der Hochschule für Ökonomie, Berlin-Karlshorst, S. 32.

33 Ausführlich behandelt ebenda, S. 32.

34 Die Wirtschaft, Nr. 6/1947, S. 211 f.; hierzu auch Barthel, Horst, Probleme der wirtschaftlichen Entwicklung der Deutschen Demokratischen Republik in der Nachkriegsperiode (1945 - 1949/50), wirtschaftswiss. Habil.-Schrift Humboldt-Universität Berlin 1968, S. 59, 73 f.

35 Auch der Handel zwischen der SBZ und westeuropäischen Ländern entwickelte sich infolge von Handelseinschränkungen der westlichen Seite besonders seit 1948 nicht gemäß den Erfordernissen der SBZ. Hierzu Hofmann, Leopold, Die Entwicklung des Außenhandels der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands und die Problematik der Herausbildung des sozialistischen Außenhandelsmonopols als wirtschaftlicher Kommandohöhe der Arbeiterklasse, Diss. Humboldt-Universität Berlin 1972, S. 139 f.

36 Der Steinkohlenmangel konnte auch durch eine forcierte Braunkohlenförderung nicht kompensiert werden (vgl. Baar, Lothar, a. a. O., S. 38), zumal die im Eisenbahnverkehr vorgenommene Umstellung der Lokomotivfeuerung von Stein- auf Braunkohle einen zweieinhalb- bis dreifachen Kohlebedarf mit sich brachte. (Hierzu und zu den Auswirkungen des Kohlemangels auf das Transportwesen vgl. Kühne, Otto, Transport im Dienste der Wirtschaft, in: Die Wirtschaft, Nr. 2/1974, S. 38; zum Kohleengpaß vgl. auch Barthel, Horst, a. a. O., S. 56.)

37 So blieb beispielsweise der Kohlebedarf der SBZ im Jahre 1946 zu über 30 %

Die Verwaltung für Außenhandel der sowjetischen Militäradministration, die schon 1945 Maßnahmen zur Aufnahme des Außenhandels eingeleitet hatte³⁸, verstärkte 1946 angesichts der komplizierten Rohstofflage und Ernährungssituation ihre Bemühungen, neue Außenhandelsbeziehungen für die SBZ anzubahnen. Diesen Bestrebungen kam entgegen, daß die osteuropäischen Staaten der Aufnahme von Wirtschaftsbeziehungen zur SBZ nicht ablehnend gegenüberstanden und sich ihr Interesse an der Entwicklung dieser Beziehungen in den folgenden Jahren erhöhte. Berücksichtigt man den Bedarf der osteuropäischen Länder an industriellen Fertigerzeugnissen und besonders an Investitionsgütern, so erklärt sich, daß die SBZ in dem Maße, wie der Aufbau ihrer Industriekapazität voranschritt, zu einem attraktiven Handelspartner Osteuropas wurde. Verfügte sie doch über einen erfahrenen Stamm an industriellen Facharbeitern und ingenieurtechnischem Personal sowie über Erfahrungen in der Industrieproduktion. Deshalb lag der Aufnahme von Außenhandelsbeziehungen der SBZ schon in den ersten Nachkriegsjahren das Prinzip zugrunde, den Austausch von industriellen Fertigerzeugnissen gegen die so dringend benötigten Rohstoffe und Lebensmittel³⁹ in Gang zu bringen. Davon zeugt auch die Warenstruktur des Außenhandels der SBZ.

Tabelle 2

Die Warenstruktur des Außenhandels der SBZ 1947⁺
(in %)

Warenart	Export	Import
Rohstoffe	17,6	69,2
Halbfabrikate	2,1	1,7
Fertigerzeugnisse der Grundstoffindustrie	57,9	2,1
Fertigerzeugnisse der Schwer- und Leichtindustrie	22,4	7,0 ⁺⁺

+ Die Wirtschaft, Nr. 3/1948, S. 72.

++ Korrigiert vom Verfasser.

Auch der Gesichtspunkt, den Außenhandel der SBZ zunächst mit den Ländern zu entwickeln, zu denen gute Transportverbindungen bzw. günstige Bedingungen für die Wiederaufnahme des Gütertransports bestanden, spielte eine Rolle.⁴⁰ Unter den gegebenen Voraussetzungen bot das benachbarte Polen mit seinen reichen Steinkohlevorkommen besonders günstige Möglichkeiten für den Warenaustausch.⁴¹ Polen war dann auch das erste Land, das über die SMAD ein Handelsabkommen

ungedeckt, und bei Stahl entstand sogar eine Bedarfslücke in Höhe von 50 %, die nicht geschlossen werden konnte. (Die Wirtschaft, Nr. 2/1974, S. 34.)

38 Hofmann, Leopold, a. a. O., S. 63 f.

39 Außenwirtschaftsinformationen über die sozialistischen Länder. Länderteil DDR, hg. v. Kammer für Außenhandel der Deutschen Demokratischen Republik, o. O. o. J., S. 34.

40 Moldenhauer, Kurt, Interzonen- und Außenhandel, in: Die Wirtschaft, Nr. 8/1947, S. 252.

41 Allerdings lieferte Polen noch 1946 nur an die Länder Kohle, die Waggonen zur Verfügung stellten. (Die Wirtschaft, Nr. 2/1947, S. 60.) Auf Transport-schwierigkeiten Polens verweist auch Baar, Lothar, a. a. O., S. 72. Er schreibt, daß der Außenhandel der SBZ mit der UdSSR anfangs "auf die Kapazitäts-schranke des polnischen Schienenstranges zwischen Brest und Frank-

mit der SBZ abschloß,⁴² Das erste Abkommen vom 2. Februar 1946 sah einen Jahresumsatz in Höhe von 14 Millionen Dollar vor. Nach den getroffenen Vereinbarungen lieferte Polen 1946 500 000 Tonnen Kohle und Koks in die SBZ.⁴³ Weitere Abkommen folgten im März 1947 über 26 Millionen und im März 1948 über 56 Millionen Dollar Jahresumsatz,⁴⁴ Infolge eines am 2. September 1948 abgeschlossenen Zusatzabkommens erreichte der Warenaustausch zwischen Polen und der SBZ 1948 einen Umfang von 96 Millionen Dollar.⁴⁵

Der Aufschwung, den der Warenaustausch zwischen beiden Ländern 1948 nahm, war sowohl hinsichtlich seiner quantitativen Ausdehnung als auch seiner qualitativen Seite im Hinblick auf die gegenseitige Bedarfsdeckung bemerkenswert. Quantitativ übertraf er bei weitem die Austauschbeziehungen der SBZ zu anderen Volkswirtschaften. Die erst im Laufe des Jahres 1948 abgeschlossenen Verträge der SBZ mit Ungarn (6 Millionen Dollar Jahresumsatz) und der Tschechoslowakei (18,5 Millionen Dollar Jahresumsatz) sowie Bulgarien (3 Millionen Dollar Jahresumsatz) machen die Unterschiede im Umfang zum Handel mit Polen deutlich.⁴⁶ Neben dem Umfang ist die Warenstruktur zu beachten. Im Austausch gegen polnische Kohle, aber auch Koks und - allerdings in geringem Umfang - Roh- und Walzeisen sowie Benzol, Naphthalin, Buntmetalle und Lebensmittel lieferte die SBZ Textilmaschinen, Ersatzteile für Werkzeugmaschinen, Kali, Schrott, synthetische Farbstoffe, Benzin und Chemikalien.⁴⁷

Zwar konnte 1948 auch durch die mehrfach erhöhten polnischen Lieferungen das Steinkohledefizit der SBZ noch nicht abgedeckt werden⁴⁸, dennoch trugen diese Lieferungen - nicht zuletzt durch das Entgegenkommen der polnischen Seite⁴⁹ - zur Überwindung wirtschaftlicher Schwierigkeiten in der SBZ bei.

furt" stieß. Andererseits wurden in Polen 1946 - 1949 umfangreiche Mittel für den Ausbau des Verkehrswesens aufgewendet, was den Güterverkehr zwischen der SBZ und Polen, aber auch den Transitverkehr zur UdSSR begünstigt haben dürfte. Beispielsweise sah der polnische Investplan 1948 für das Verkehrswesen Investitionen in Höhe von 34 Mrd. Zloty vor, während im Vergleich dazu für Industrie und Handel insgesamt 66 Mrd. Zloty geplant waren (Klepper, J., Polens demokratische Wirtschaft im dritten Planjahr, in: Die Wirtschaft, Nr. 9/1948, S. 300.) 1946 - 1949 wendete Polen für das Transport- und Fernmeldewesen 15,8 Mrd. Zloty auf (gerechnet in heutiger Währung zu Preisen von 1961). Das waren drei Viertel dessen, was der Industrie (20,6 Mrd. Zloty) zur Verfügung gestellt wurde. (Kleines Statistisches Jahrbuch Polens für 1970, Warschau 1970, S. 73.)

42 Es handelte sich um das erste von 18 Waren- und Zahlungsabkommen, die die SMAD für die SBZ 1946 und 1947 mit ausländischen Staaten abschloß. (Die Wirtschaft, Nr. 12/1947, S. 408.)

43 Ebenda, Nr. 2/1947, S. 60.

44 Ebenda, Nr. 5/1948, S. 143.

45 Ebenda, Nr. 14/1948, S. 468.

46 ND, 27. 11. 1948, S. 3; Die Wirtschaft, Nr. 13/1948, S. 434.

47 Die Wirtschaft, Nr. 5/1948, S. 143; Nr. 5/1947, S. 157.

48 Barthel, Horst, a. a. O., S. 59.

49 Über die Verhandlungen, die 1948 zwischen der SBZ und Polen über die Ausweitung der Handelsbeziehungen in Berlin geführt wurden, schrieb Klepper: "Als Beweis dafür, daß nicht nur rechnerische Überlegungen ... maßgebend sind, möge die Tatsache dienen, daß ein immerhin beträchtlicher Handelsaustauschsaldo zu Lasten der Ostzone für die Polen kein Anlaß war, die Lieferungen an die Ostzone zu beschneiden oder gar zu stoppen. Und wenn jetzt

Das gilt auch für die Rohstoffzufuhr aus der Sowjetunion. Anfangs dominierte der Veredelungsverkehr im Rahmen der Reparationslieferungen. So wurde beispielsweise sowjetische Baumwolle in der SBZ zu Textilien verarbeitet, die dann an die UdSSR geliefert wurden.⁵⁰ Bereits 1947 lieferte die UdSSR jedoch außer Textilrohstoffen auch Eisenguß, Walzeisen und Buntmetalle in die SBZ.⁵¹ Seit dem Frühjahr 1948 traten neben die Wiedergutmachungsverpflichtungen Außenhandelsbeziehungen in Form des Warenaustausches.⁵² Neben Rohstoffen, Lebensmitteln und Traktoren lieferte die UdSSR 1949 der SBZ auch komplette Walzstraßen⁵³, mit deren Hilfe im Rahmen des Zweijahresplanes Engpässe auf dem Stahlsektor gemildert werden konnten. Die SBZ exportierte in die UdSSR neben Textil-, Büro- und Metallbearbeitungs-Maschinen auch optische Geräte, Elektrogeräte, Textilien und Chemikalien.⁵⁴

1948 trat auch eine Belebung des Außenhandels zwischen der SBZ und den südosteuropäischen Ländern ein. In diesem Jahr konnten erstmals Handelsabkommen mit Jugoslawien⁵⁵ und Bulgarien⁵⁶ von den Organen der SBZ eigenverantwortlich abgeschlossen werden, die die Einfuhr von Roheisen, Walzstahl und Agrarerzeugnissen aus Jugoslawien sowie von bulgarischen Lebensmitteln und Agrarrohstoffen im Austausch gegen Maschinen vorsahen.

Im Gegensatz zu den Wirtschaftsbeziehungen mit Bulgarien und Jugoslawien, die sich ausschließlich auf den Austausch von Ausrüstungsgütern gegen Rohstoffe erstreckten, kam es im Handel der SBZ mit Ungarn bereits zur gegenseitigen Belieferung mit Maschinen. Die seit 1946 bestehenden Wirtschaftsbeziehungen zwischen Ungarn und der SBZ wurden mit dem Vertrag vom 30. Juni 1948 ausgebaut.⁵⁷ Die SBZ verpflichtete sich zur Lieferung von Chemikalien, Werkzeugmaschinen, Ausrüstungen für die Chemieindustrie, Kraftfahrzeugersatzteilen und Präzisionsgeräten im Austausch gegen schwere Werkzeugmaschinen, Walzwerkserzeugnisse, Erze, Saatgut und Agrarrohstoffe.⁵⁸ Auch im Handel zwischen der Tschechoslowakei und der SBZ zeichnete sich 1948 eine Aufwärtsentwicklung ab. Das am 17. Juli 1948 getroffene Abkommen schuf die Grundlage für einen breiten Warenaus-

im Ostsektor Berlins die Stromversorgung reibungslos erfolgen kann, obwohl die Ruhrkohlenlieferungen unterbunden wurden, so vor allem dank der Lieferung polnischer Steinkohle ... Sie sind um so höher zu bewerten, als Kohle in allen Ländern Europas stark gefragt ist und Polen gegenüber der Ostzone damit bewußt in Vorlage tritt und somit zur Verwirklichung des Zweijahresplanes ... wesentlich beiträgt." (Klepper, J., a. a. O.)

50 Die Wirtschaft, Nr. 12/1947, S. 407.

51 ND, 13. 11. 1947. S. 1.

52 1947 hatte der Handel zwischen der SBZ und der UdSSR noch einen geringen Umfang. Er betrug lediglich 1,5 % der Einfuhr der SBZ. (Barthel, Horst, a. a. O., S. 82.) Eine Wende in der Entwicklung der Handelsbeziehungen begann dann mit einem 1948 von der sowjetischen Regierung gefaßten Beschluß, 40 000 t Getreide und 40 000 t Apatitkonzentrat an die SBZ auf kurzfristigen Kredit zu liefern. Dieser Warenkredit sollte durch Gegenlieferungen von Industrieerzeugnissen beglichen werden. (Die Wirtschaft, Nr. 11/1948, S. 369.)

53 Mit Hilfe der sowjetischen Lieferungen konnten Walzstraßen in Gröditz, Kirchmöser, Henningsdorf und Riesa mit einer Kapazität von insgesamt 67 600 t errichtet werden. (Vgl. Die Wirtschaft, Nr. 16/1949, S. 573.)

54 Ebenda.

55 Ebenda, Nr. 7/1948, S. 224.

56 Ebenda, Nr. 4/1948, S. 127; Nr. 5/1948, S. 166.

57 Ebenda, Nr. 11/1948, S. 371; ND, 2. 7. 1948, S. 1.

tausch zwischen beiden Industrieländern, in dem Rohstoffe und auch Investitionsgüter neben vielfältigen Industrieerzeugnissen Bedeutung gewannen. Neben der UdSSR, Jugoslawien und Polen gehörte die Tschechoslowakei zu den Eisen- und Stahllieferanten der SBZ. Eisen und Stahl, hauptsächlich geschmiedet, gezogen und gewalzt, nahmen mit anderen Eisen- und Stahlerzeugnissen sogar zeitweilig vor dem Abkommen von 1948 die Spitzenposition der tschechoslowakischen Exporte in die SBZ ein.⁵⁹ Dann, besonders 1949, dominierte Steinkohlenkoks unter den von der SBZ aus der Tschechoslowakei bezogenen Gütern.⁶⁰

Während der Handel der SBZ mit der UdSSR und den Volksdemokratien noch 1947 einen geringen Umfang hatte, setzte 1948 eine sprunghafte Aufwärtsentwicklung ein, und 1949 konnten die Umsätze gegenüber 1948 auf das Doppelte gesteigert werden.

Tabelle 3

Außenhandelsumsatz der SBZ mit der UdSSR und den Volksdemokratien⁺
(in Millionen Mark)

	1947	1948	1949
UdSSR	0,8	259,3	606,6
Volksdemokratien	55,8	253,5	438,1
Insgesamt	56,6	512,8	1 044,7

+ Hofmann, Leopold, Die Entwicklung des Außenhandels in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands ..., Diss. Berlin 1972, S. 143.

Auch der Anteil, den die Umsätze mit diesen Ländern am Gesamtumsatz des Außenhandels der SBZ hatten, erhöhte sich.

Tabelle 4

Anteil des Umsatzes der UdSSR und der Volksdemokratien am Außenhandel der SBZ⁺
(in %)

	1947	1948	1949
UdSSR	-	38	45
Volksdemokratien	28	37	32
Insgesamt	28	75	77

+ Hofmann, Leopold, Die Entwicklung des Außenhandels der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands ..., Diss. Berlin 1972, S. 143.

Es kann folglich für das Territorium der DDR, die 1950 in die sozialistische Wirtschaftsgemeinschaft aufgenommen wurde, schon für die Zeit ab 1948 von einer zu-

58 ND, 2. 7. 1948, S. 1.

59 Die Wirtschaft, Nr. 11/1948, S. 370.

60 So machten diese Produkte im ersten Quartal 1948 nahezu drei Viertel des wertmäßigen Umfangs der in die SBZ gelieferten tschechoslowakischen Waren aus. (Ebenda.)

nehmenden Bedeutung der Handelsbeziehungen zur UdSSR und den osteuropäischen Volksdemokratien ausgegangen werden.

Hinsichtlich der 1948 erfolgten Erhöhung der Handelsumsätze mit den Staaten Osteuropas bildete das Territorium der DDR unter den späteren RGW-Ländern keinesfalls eine Ausnahme.

Die quantitative Ausdehnung, die der gegenseitige Warenaustausch der osteuropäischen Länder in dieser Zeit erfuhr, zeugt von einer Vertiefung ihrer Wirtschaftsbeziehungen. Das Volumen des Warenverkehrs stieg vor allem von 1947 zu 1948 an, wobei der Handel zwischen der UdSSR und den Volksdemokratien den größten Umfang annahm.

Tabelle 5

Handel zwischen den Ländern Osteuropas⁺
(in Millionen Dollar zu laufenden Preisen)

Export/Import		Tschechoslowakei	Polen	Rumänien	Ungarn	Jugoslawien	Bulgarien	UdSSR	Gesamt
Tschechoslowakei	1947		10	8	16	35	13	29	111
	1948		53	24	22	52	15	120	286
Polen	1947	14		1	4	6	3	70	98
	1948	40		7	4	22	6	97	176
Rumänien	1947	5	1		3	1	2	17	29
	1948	27	5		4	-	2	15	53
Ungarn	1947	11	4	2		7	1	13	38
	1948	20	4	2		13	1	23	63
Jugoslawien	1947	25	4	1	11		3	.	44
	1948	44	27	-	24		5	.	100
Bulgarien	1947	16	7	1	1	4		44	73
	1948	12	8	-	1	10		40	71
UdSSR	1947	25	79	30	15	.	43		192
	1948	117	114	30	24	.	70		355
Gesamt	1947	96	105	43	50	53	65	173	585
	1948	260	211	63	79	97	99	295	1 104

+ Economic survey of Europe in 1948, Genf 1949, S. 146.

Die Sowjetunion steigerte ihre Exporte in die Volksdemokratien von 1947 zu 1948 um 85 Prozent, während sich ihre Importe aus diesen Ländern im gleichen Zeitraum um 70,5 Prozent erhöhten. Der Hauptanteil des sowjetischen Warenaustausches mit den europäischen Nachbarländern entfiel auf die Tschechoslowakei und Polen. Aber auch gegenüber Bulgarien und Ungarn fand eine Ausdehnung des sowjetischen Exports statt. Ungünstig gestalteten sich dagegen die sowjetisch-jugoslawischen Wirtschaftsbeziehungen infolge politischer Unstimmigkeiten. Jugoslawien wurde dann auch 1949 nicht zur Gründungskonferenz des RGW eingeladen und nahm lange Zeit nicht an der Arbeit der Wirtschaftsgemeinschaft teil. In der Zeit

von 1949 bis 1954 hatte Jugoslawien fast keinerlei Wirtschaftsbeziehungen zu den übrigen sozialistischen Ländern. ⁶¹

Die Tschechoslowakei, das einzige industriell entwickelte Land unter den osteuropäischen Volksdemokratien, erzielte 1948 gegenüber 1947 export- wie importmäßig die größten Steigerungsraten im gegenseitigen Handel der Ländergruppe. Ihre Exporte erhöhten sich um 158 Prozent, die Importe um 171 Prozent. Mit Ausnahme Bulgariens hatten auch die übrigen osteuropäischen Volksdemokratien ihre Exporte in die Ländergruppe ausdehnen können. Allerdings war das Volumen des Warenaustausches der Agrarländer noch gering.

Von einer Intensivierung des gegenseitigen Warenaustausches der osteuropäischen Ländergruppe zeugt schließlich eine Gegenüberstellung seines Gesamtvolumens mit vergleichbaren Zahlen der Vorkriegszeit.

Tabelle 6

Außenhandel osteuropäischer Länder⁺
(zu Preisen des Jahres 1938)

Jahr	Millionen Dollar	Index
1938	168	100
1947	259	154
1948	483	288

+ Economic survey of Europe in 1948, Genf 1949, S. 134. - UdSSR, Tschechoslowakei, Polen, Rumänien, Ungarn, Jugoslawien, Bulgarien.

Danach war das Volumen des Handels zwischen den osteuropäischen Ländern 1948 fast zweimal so groß wie 1947. Gegenüber dem Vorkriegsstand hatte sich der Handelsaustausch der Länder dieser Gruppe auf das Dreifache gesteigert. Er hatte 1948 einen Anteil von etwa 60 Prozent an ihrem gesamten Außenhandel erreicht. Vor dem Krieg hatte der gegenseitige Warenverkehr Osteuropas lediglich 20 Prozent der Gesamtumsätze ausgemacht. Der überwiegende Teil des Außenhandels Osteuropas war mit den industriell entwickelten Ländern Westeuropas - insbesondere mit dem imperialistischen Deutschland - als Austausch von Rohstoffen und Agrarerzeugnissen gegen industrielle Fertigprodukte abgewickelt worden.

Ohne Zweifel hatte der nach dem Krieg erfolgte Ausbau der gegenseitigen Wirtschaftsbeziehungen im osteuropäischen Wirtschaftsraum zur Korrektur der traditionellen Handelsbeziehungen - was den Anteil der jeweiligen Partnerländer betraf - beigetragen. Dennoch wäre es falsch, in der Veränderung der prozentualen Umsatz-Anteile allein das Ergebnis einer Umorientierung in der Außenwirtschaft der osteuropäischen Länder zu sehen und bereits für die Jahre vor der RGW-Gründung eine generelle Umstellung ihres Außenhandels anzunehmen.

Zu berücksichtigen ist neben dem oft noch geringen Umfang der Handelsvolumina vor allem, daß Verschiebungen in den Anteilen der Länder auch durch die ungenügende Handelsbereitschaft der traditionellen Haupthandelspartner eintraten. ⁶²

61 Sozialistisches Weltwirtschaftssystem, Bd. 1, Berlin 1967, S. 154.

62 Darauf wird im dritten Teil der Vorgeschichte des RGW noch eingegangen werden.

Die Vertiefung der Wirtschaftsbeziehungen zwischen den Gründerländern des RGW kam in den vierziger Jahren jedoch nicht nur in der Intensivierung ihres gegenseitigen Handels zum Ausdruck. Gemeinsame Bedürfnisse auf dem Gebiet des Verkehrswesens führten bereits frühzeitig zu internationalen Absprachen und Vereinbarungen. So fand im Oktober 1947 die erste internationale Eisenbahnkonferenz der osteuropäischen Länder in Belgrad statt, auf der Fragen des Passagier- und Güterverkehrs beraten wurden.⁶³ Die erste multilaterale Regelung von Verkehrsfragen erfolgte allerdings erst später mit den Abkommen über den internationalen Eisenbahngüterverkehr und über den internationalen Eisenbahnpersonenverkehr, die am 1. November 1951 in Kraft traten⁶⁴. Bis zu diesem Zeitpunkt bildeten bilaterale Abkommen die Grundlage für die Lösung von Transport- und Verkehrsproblemen. Polen räumte beispielsweise Ungarn 1948 in einem Zusatzprotokoll, das den ein Jahr zuvor zwischen beiden Ländern abgeschlossenen Handelsvertrag ergänzte, die Nutzung polnischer Häfen ein.⁶⁵

Die meisten bilateralen Verträge bezogen sich jedoch auf den Eisenbahnverkehr und regelten meist Fragen des Transportrechts, der Tarife, der Frachtbeschaffenheit und ähnliches.⁶⁶ Sie hatten lokalen Charakter, unterschieden sich in Form und Inhalt⁶⁷ und sind als Behelfslösung anzusehen. Besonders auf dem Gebiet des Verkehrs- und Transportwesens zeigte sich die Unvollkommenheit bilateraler Regelungen bereits in dieser Zeit, da die uneinheitliche Verfahrensweise zu zahlreichen technischen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten führte.⁶⁸

Tendenzen zur internationalen Zusammenarbeit zeigten sich jedoch nicht nur im Verkehrswesen. Beachtung verdienen erste Bestrebungen zur Koordinierung wirtschaftlicher Vorhaben, die 1948 einsetzten. Zu dieser Zeit entstanden in Osteuropa, übrigens auch in den kapitalistischen Ländern Westeuropas, eine Reihe bilateraler Projekte europäischer Staaten zur Gewinnung und zum Austausch von Elektroenergie. Generell wurde dem zwischenstaatlichen Energieaustausch in Europa nach Beendigung des Krieges erhöhte Bedeutung beigemessen. Traditionelle Energieexporteure wie die Schweiz, die gemeinsam mit Italien ein Kraftwerk für das italienische Elektrizitätsnetz errichtete, aber auch Österreich und besonders die skandinavischen Länder erhöhten ihre Energieausfuhr.⁶⁹

Auch in den osteuropäischen Ländern gewannen gemeinsame Vorhaben zur Sicherung der Energieversorgung Bedeutung. Ein Beispiel dafür ist die Zusammenarbeit zwischen Rumänien und Bulgarien, die mit der Elektrifizierung der Dobrukscha begann. Ein 1948 abgeschlossenes Abkommen über den Austausch von Elektroenergie wurde zur Grundlage einer Reihe gemeinsamer Projekte. Zu ihnen gehörte der Bau einer beide Länder verbindenden Hochspannungsleitung, der mit einer Koordinierung des Ausbaus der Elektrizitätsnetze verbunden werden sollte, sowie der gemeinsame Bau einer Donaubrücke.⁷⁰

63 ND, 28. 10. 1947, S. 3.

64 Usenko, E. T., a. a. O., S. 227.

65 ND, 3. 3. 1948, S. 3.

66 Sozialistisches Weltwirtschaftssystem, Bd. 3, Berlin 1968, S. 394.

67 Ebenda.

68 Ebenda.

69 Dänemark importierte in größerem Umfang Elektroenergie aus Schweden. Aufsehen erregte auch ein norwegisches Projekt, England mittels Hochseekabeln mit Strom zu beliefern. (Vgl. Die Wirtschaft, Nr. 10/1948, S. 338.)

70 ND, 11. 8. 1948, S. 3.

Verhandlungen über den Austausch von Elektroenergie wurden auch von Polen und Jugoslawien sowie zwischen Jugoslawien und Bulgarien aufgenommen.⁷¹

Bilaterale Absprachen über ein gemeinsames Vorgehen auf dem Elektrizitätssektor trafen auch Polen und die Tschechoslowakei. Es entstanden Pläne für die Errichtung eines polnischen Großkraftwerkes bei Oświęcim, dessen Ausrüstung die Tschechoslowakei gegen spätere Stromlieferungen (sie sollten in einem Zeitraum von zwanzig Jahren erfolgen) übernehmen wollte. Das Wrocławer Elektrizitätsnetz sollte über einen geplanten "Schlesischen Ring" an das tschechoslowakische Energieverbundsystem angeschlossen werden.⁷²

Die Bestrebungen zur Intensivierung der polnisch-tschechoslowakischen Zusammenarbeit beschränkten sich jedoch nicht auf den Energiesektor. Sie erstreckten sich darüber hinaus auf die verschiedenen Wirtschaftsbereiche. Am 4. Juli 1947 war die "Übereinkunft zur Sicherung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen der Tschechoslowakei und Polen" in Prag unterzeichnet worden. Sie sah nicht nur Regelungen für den Warenaustausch vor, sondern sie sollte gleichzeitig zum Ausgangspunkt werden für Vereinbarungen über die Organisation der wirtschaftlichen Zusammenarbeit im Finanzwesen, in der Industrie, in der Land-, Forst- und Ernährungswirtschaft, in wissenschaftlich-technischen Fragen sowie auf dem Gebiet der Planung und Statistik.⁷³

Auf der Grundlage dieser Vertragswerke bildeten Polen und die Tschechoslowakei ein Organ zur Koordinierung ihrer wirtschaftlichen Entwicklung. Der polnisch-tschechoslowakische Wirtschaftsrat konstituierte sich am 29. März 1948 in Prag. Beide Länder schlossen ein Investitionsabkommen, das neben den bereits erwähnten Ausrüstungsleistungen für die Energiewirtschaft tschechische Lieferungen für Eisenhütten, Bergwerke und Chemiefabriken an Polen gegen Rohstoffe und Fertigprodukte vorsah. Der Wirtschaftsrat sollte außerdem die Aufbaupläne für ein polnisch-tschechoslowakisches Steinkohlenrevier im Raum Katowice-Ostrava koordinieren.⁷⁴ Die im Zusammenhang mit diesen Projekten entstandenen Vorstellungen über die wirtschaftliche Zusammenarbeit reichten von der gemeinsamen Ausarbeitung von Produktionsprogrammen, eingeschlossen die Spezialisierung der Industrieproduktion, bis zur Normung und Typisierung der Erzeugnisse.⁷⁵ Bereits zu diesem Zeitpunkt wurde daran gedacht, Betriebe nicht nur gemeinsam zu errichten, sondern auch als gemeinsames Eigentum zu nutzen⁷⁶ - ein Vorhaben, das zum damaligen Zeitpunkt nicht verwirklicht werden konnte.

Für die wirtschaftshistorische Analyse sind die frühen Versuche zur Entwicklung neuer Formen der wirtschaftlichen Zusammenarbeit äußerst interessant. Finden wir in ihnen doch einen Ansatz zu Lösungen, die in späteren Jahren auf bi- und multilateraler Ebene im RGW angestrebt wurden. Der tschechische Wirtschaftshistoriker Vaclav Prucha sieht in diesen Versuchen eine Antizipation der sozialistischen Integration⁷⁷; mit Recht, zumal nur ein geringer Teil der damals konzipierten Projekte in die Praxis umgesetzt werden konnte.

71 Die Wirtschaft, Nr. 10/1948, S. 338.

72 Ebenda.

73 Simunek, Rudolf, Polnisch-tschechoslowakische Zusammenarbeit, in: Die Wirtschaft, Nr. 17/1948, S. 558.

74 Ebenda, sowie ND, 1. 4. 1948, S. 3; 28. 3. 1949, S. 7.

75 Simunek, Rudolf, a. a. O.

76 Ebenda.

77 Hospodářské dějiny Československa v 19. a 20. století (Tschechoslowakische Wirtschaftsgeschichte im 19. und 20. Jahrhundert), Prag 1974, S. 264.

Weitreichende Pläne einer wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen Jugoslawien und Albanien - der 1946 gegründeten Zollunion sollte die Einführung einer gemeinsamen Währung folgen, und auch die Bildung einer Reihe gemischter Gesellschaften wurde in Erwägung gezogen - scheiterten infolge der albanischen Bedenken bereits 1947. Auch ein bulgarisch-jugoslawisches Projekt bilateraler Zusammenarbeit, das sich auf die Industrie, die Energieversorgung, den Bergbau, den Verkehr und den Außenhandel erstrecken sollte, kam nicht zur Ausführung.

Auf ein weiteres Beispiel der Vorwegnahme späterer Zielstellungen verweist Usenko. Er führt den Anfang 1948 zwischen Bulgarien und Rumänien abgeschlossenen Freundschaftsvertrag an, in dem "erstmalig in der Vertragspraxis sozialistischer Staaten die Aufgabe der Koordinierung der Volkswirtschaftspläne gestellt" wurde.⁷⁸ "Die Realisierung der Verpflichtung ...", wertete Usenko, "konnte allerdings erst zehn Jahre später erfolgen, als dazu die entsprechenden materiellen und organisatorischen Voraussetzungen herangereift waren, aber allein die Tatsache der Fixierung dieser Verpflichtung bereits im Jahre 1948 offenbart die der sozialistischen Wirtschaft eigene Tendenz zur planmäßigen Organisation der internationalen Wirtschaftsbeziehungen."⁷⁹

Die Ursachen für das Scheitern der frühen Integrationsversuche sind noch ungenügend erforscht. Sowohl für die polnisch-tschechoslowakischen Projekte als auch das bulgarisch-rumänische und ähnliche Vorhaben gilt, daß die gestellten Ziele mit den gegebenen Voraussetzungen für ihre Realisierung divergierten. Die angeführten Beispiele belegen jedoch, daß sich bis 1948 Tendenzen zur Neugestaltung der zwischenstaatlichen Wirtschaftsbeziehungen in der osteuropäischen Staatengruppe verstärkten. Das zeugt von einem erhöhten Bedürfnis zum Ausbau dieser Beziehungen.

Den ersten einen längeren Zeitraum umfassenden Wirtschaftsplänen, die in den Volksdemokratien in dieser Zeit aufgestellt wurden, lagen sozialistische Industrialisierungskonzeptionen zugrunde. Die gegenseitige Hilfe bei ihrer Verwirklichung stellte neue Anforderungen an die wirtschaftliche Zusammenarbeit. Die Frage wurde Ende 1948 auch in der Presse der SBZ diskutiert. Im "Neuen Deutschland" vom 26. November 1948 hieß es dazu:

"Die durch den Krieg gestörten Außenhandelsbeziehungen der Länder der neuen Volksdemokratien haben in letzter Zeit untereinander und mit der Sowjetunion einen Aufschwung genommen, der die Feststellung zuläßt, daß diese Beziehungen gegenüber dem Handel mit der übrigen kapitalistischen Welt in Zukunft mehr Bedeutung als in der Vergangenheit haben werden." Und in der Fortsetzung des Artikels in der Ausgabe vom 27. November hieß es weiter:

"Die gesellschaftlichen und politischen Veränderungen, die sowohl in den südosteuropäischen Volksdemokratien als auch in der Ostzone vor sich gehen, haben auch den Außenhandel vor neue Aufgaben gestellt ... Für die Zukunft werden die neuen Volksdemokratien gerade von der Ostzone erwarten, daß sie Maschinen und andere Produktionsmittel liefert, da Deutschland in der Vergangenheit einer der Hauptlieferanten für industrielle Erzeugnisse war."

Hier wurde ein wichtiger Gesichtspunkt der künftigen wirtschaftlichen Zusammenarbeit im RGW hervorgehoben: die Unterstützung des Industrialisierungsprozesses der Agrarländer Osteuropas durch die Länder, die bereits ein höheres Industrieniveau hatten. Beispielsweise erfolgte die Umstrukturierung der tsche-

78 Usenko, E. T., a. a. O., S. 175.

79 Ebenda.

choslowakischen Industrie mit dem Ausbau der Schwerindustrie und besonders des Maschinenbaus unter anderem auch im Hinblick auf den Bedarf an Investgütern ihrer Wirtschaftspartner. 80

Gezielte Industrialisierungshilfe bedeutete für die Länder der Wirtschaftsgemeinschaft an der Wende von den vierziger zu den fünfziger Jahren gegenseitige Berücksichtigung von Bedürfnissen, die sich aus einer geplanten Entwicklung nationaler Volkswirtschaftskomplexe ableiteten.

Sie bedeutete zu diesem Zeitpunkt noch keine Koordinierung der Pläne unter dem Aspekt der Priorität einer zukünftigen internationalen Arbeitsteilungsstruktur.

Multilaterale Absprachen über spezielle Produktionsaufgaben einzelner Länder - wie beispielsweise über den Bau von Hochseeschiffen und den damit verbundenen Aufbau der Werften in Polen, der DDR und Rumänien - wurden zwar getroffen, doch bildeten sie in der Anfangsphase der wirtschaftlichen Zusammenarbeit die Ausnahme.

Integrationsaufgaben stellten sich die Gründerländer des RGW 1949 nicht. Die frühen Integrationstendenzen, die ersten Versuche einer breiten bilateralen Anlage ökonomischer Beziehungen fanden zunächst keine Fortsetzung im RGW. Eine sozialistische Wirtschaftsintegration hätte integrationsfähige Partnerländer vorausgesetzt. Zudem fehlten zu einem Zeitpunkt, da in den Volksdemokratien auf dem Gebiet der sozialistischen Wirtschaftsplanung Neuland beschritten wurde, für die planmäßige Beherrschung internationaler wirtschaftlicher Prozesse die Voraussetzungen. Wie sich in der Folgezeit erwies, konnten sie nur schrittweise mit allmählicher Qualifizierung der Zusammenarbeit im RGW gewonnen werden.

Die Gründung des RGW kann deshalb schwerlich als Integrationsaktion bezeichnet werden, wie das zuweilen in der Literatur geschieht. 81

Die Schaffung der materiellen Grundlagen für den Sozialismus in Osteuropa, das Aufholen des Industrialisierungsrückstandes und die Beseitigung der wirtschaftlichen Niveauunterschiede zwischen den Staaten der osteuropäischen Ländergruppe - all das stellte neue Anforderungen an ihre wirtschaftliche Zusammenarbeit. Diese Anforderungen bestanden neben der Erfahrungsvermittlung

- in der Verstärkung eines planmäßigen gegenseitigen Warenaustausches besonders durch gezielte Lieferung von Investgütern und Rohstoffen,
- in der Sicherung der Rohstoffbedürfnisse des osteuropäischen Wirtschaftsraumes durch forcierte Erschließung der Vorkommen in gegenseitiger Hilfe und Unterstützung,
- im Austausch von technischen Dokumentationen und Lizenzen zur beschleunigten Schaffung von Produktionskapazitäten
- und in der gegenseitigen Hilfe mit Wirtschaftsexperten und technischem Fachpersonal sowie bei der Ausbildung von Kadern.

In diesen Fragen waren bis 1949 erste Erfahrungen gesammelt und Fortschritte erzielt worden. In der Verlautbarung über die Gründung des RGW hieß es hierzu:

"Die Beratung stellte bedeutende Erfolge in der Entwicklung der Wirtschaftsbeziehungen zwischen den genannten Ländern (UdSSR, Bulgarien, Ungarn, Polen, Rumänien, Tschechoslowakei - G. N.) fest, die vor allem in einem starken An-

80 Sozialistisches Weltwirtschaftssystem, Bd. 1, a. a. O., S. 152.

81 Vgl. Senin, M. W., a. a. O., S. 214.

wachsen des Warenumsatzes zum Ausdruck kamen. Dank der Herstellung dieser Wirtschaftsbeziehungen und der Durchführung einer Politik der wirtschaftlichen Zusammenarbeit wurde es den volksdemokratischen Ländern und der UdSSR möglich, die Wiederherstellung und Entwicklung ihrer Wirtschaft zu beschleunigen. '82

Neben den bisher dargelegten Gründen, die im Januar 1949 zur Bildung des RGW führten, ist jedoch noch ein weiterer zu berücksichtigen: die Zuspitzung der politischen Lage im Weltmaßstab während der Nachkriegsjahre und die Folgen, die daraus für die Wirtschaftsbeziehungen zwischen der UdSSR und den Volksdemokratien einerseits und den kapitalistischen Industrieländern andererseits entstanden.

1. Die Widerspiegelung der wirtschaftlichen Aufgaben beim Aufbau des Sozialismus in den Zielen der Wettbewerbsbewegung
2. Der Einfluß des staatlichen Leitungs- und Planungssystems auf die Formen der Wettbewerbsführung
 - 2.1. Die Verteilung der Erleichterungsbefugnisse in der Planung und ihr Einfluß auf die Wettbewerbsbewegung
 - 2.2. Die Entwicklung der Planwirtschaftslehre und ihr Einfluß auf die Formen und Methoden der Wettbewerbsführung
 - 2.3. Methoden der moralischen und materiellen Stimulierung der Wettbewerbsbewegung
3. Die Entstehung der sozialistischen Gemeinschaftsarbeit

Die Arbeiterbewegung in der Industrie der DDR gewann in der zweiten Hälfte der fünfziger und zu Beginn der sechziger Jahre wieder an Breite und auch an Qualität. Nachdem sie sich 1955 und 1957 auf einem Geräteverhältnisstand von 1:1000, wenn der Beteiligung der Werktätigen stabilisiert hatte, brachten sie folgendes Jahr einen weiteren Aufschwung. Im Jahre 1958 beschäftigten sich erstmals mehr als die Hälfte und 1960 mehr als zwei Drittel aller Arbeiter und Angestellten der volkseigenen Betriebe in der DDR an unterbetrieblichen Wettbewerben "von Mann zu Mann und von Brigaden zu Brigaden". (Siehe Tabelle 1 auf der nächsten Seite.)

Der schnelle Anstieg beim Wettbewerbsbewegung in den Jahren 1958 bis 1960 hatte seine Ursachen

1. in den landes umfassendsten Wettbewerbsinitiativen dieser Periode: dem Wettbewerbs zu Ehren des 7. Parteitag und dem Wettbewerb zu Vorbereitung des 10. Jahrestages der DDR,

2. in der bedeutendsten qualitativen (im Range der außerbetrieblichen Wettbewerbs) Weiterentwicklung der Wettbewerbsbewegung dieser Periode, dem Einleitung der Bewegung der sozialistischen Brigaden und Kollektivgruppenarbeiten.

DIE ENTWICKLUNG DER WECHSELSEITIGEN BEZIEHUNGEN ZWISCHEN WETTBEWERBSBEWEGUNG UND STAATLICHER LEITUNG UND PLANUNG IN DER INDUSTRIE 1956 BIS 1962

von Jörg Roesler

1. Die Widerspiegelung der wirtschaftlichen Aufgaben beim Aufbau des Sozialismus in den Zielen der Wettbewerbsbewegung
2. Der Einfluß des staatlichen Leitungs- und Planungssystems auf die Formen der Wettbewerbsführung
 - 2.1. Die Verteilung der Entscheidungsbefugnisse in der Planung und ihr Einfluß auf die Wettbewerbsbewegung
 - 2.2. Die Entwicklung der Planaufschlüsselung und ihr Einfluß auf die Formen und Methoden der Wettbewerbsführung
 - 2.3. Methoden der moralischen und materiellen Stimulierung der Wettbewerbsbewegung
3. Die Entstehung der sozialistischen Gemeinschaftsarbeit

Die Wettbewerbsbewegung in der Industrie der DDR gewann in der zweiten Hälfte der fünfziger und zu Beginn der sechziger Jahre weiter an Breite und auch an Qualität. Nachdem sie sich 1956 und 1957 auf einem bereits verhältnismäßig hohen Niveau der Beteiligung der Werktätigen stabilisiert hatte, brachten die folgenden Jahre einen weiteren Aufschwung. Im Jahre 1958 beteiligten sich erstmals mehr als die Hälfte und 1960 mehr als zwei Drittel aller Arbeiter und Angestellten der volkseigenen Betriebe in der DDR am innerbetrieblichen Wettbewerb "von Mann zu Mann und von Brigade zu Brigade". (Siehe Tabelle 1 auf der nächsten Seite.)

Das schnelle Anwachsen der Wettbewerbsbewegung in den Jahren 1958 bis 1960 hatte seine Ursachen

- in den beiden umfassendsten Wettbewerbsinitiativen dieser Periode: dem Wettbewerb zu Ehren des V. Parteitag und dem Wettbewerb in Vorbereitung des 10. Jahrestages der DDR;
- in der bedeutendsten qualitativen (im Sinne der außerökonomischen Zielstellung) Weiterentwicklung der Wettbewerbsbewegung dieser Periode, dem Entstehen der Bewegung der sozialistischen Brigaden und Arbeitsgemeinschaften.

Tabelle 1

Teilnehmer am innerbetrieblichen Wettbewerb der volkseigenen Industrie 1955 bis 1962⁺

(Jahresdurchschnitt)

Jahr	Teilnehmer in 1000	In % aller Beschäftigten	Index 1953 = 100
1955	1 548	40,5	146
1956	1 501	38,0	142
1957	1 520	43,1	143
			<u>1957 = 100</u>
1957 ⁺⁺	1 733		100
1958	2 273	55,6	131
1959	2 531	60,3	146
1960	2 769	69,2	160
1961	2 826	70,6	163
1962	2 826	70,9	163

+ Berechnet nach Statistisches Jahrbuch der Deutschen Demokratischen Republik, 1956 - 1963.

++ Veränderte Berechnungsmethode. (Vgl. dazu Statistisches Jahrbuch der Deutschen Demokratischen Republik 1957, Berlin 1958, S. 197.)

1961 und 1962 trat nach mehreren Jahren stürmischen Wachstums eine Atempause ein. Die Wettbewerbsbewegung stabilisierte sich etwa auf dem 1960 erreichten hohen Niveau.

1. Die Widerspiegelung der wirtschaftlichen Aufgaben beim Aufbau des Sozialismus in den Zielen der Wettbewerbsbewegung

Die Zielstellungen von Partei und Regierung sahen für die zweite Hälfte der fünfziger Jahre - ganz wie vorher - ein hohes Wachstumstempo der industriellen Bruttoproduktion vor. Die Steigerung der Produktion sollte jedoch in stärkerem Maße als bisher von der Erhöhung der Rentabilität der Betriebe, der Qualität der Erzeugnisse sowie der Einführung der neuen Technik begleitet sein. Insgesamt erfolgte eine stärkere Orientierung auf die Faktoren des intensiven Wachstums. Selbstverständlich spielten diese Ziele auch in der Produktionspropaganda eine entscheidende Rolle. Während es sich aber bei der Orientierung auf effektivere Produktionsmethoden für die staatliche Leitung und Planung planmethodisch um eine neue Problemstellung handelte, bedeutete die stärkere Betonung der Faktoren intensiven Wachstums für die Wettbewerbsbewegung lediglich die Verstärkung einer bereits vorhandenen Entwicklung. Daraus erklärt sich auch, warum bestimmte, von den Werktätigen in der ersten Hälfte der fünfziger Jahre geschaffene Wettbewerbsformen nunmehr in die staatliche Leitung und Planung übernommen werden konnten, wie zum Beispiel der "Plan Technisch-Organisatorische Maßnahmen" (TOM).¹

¹ Vgl. Szewcyk, Werner, Die ökonomische Politik der sozialistischen Einheitspartei Deutschlands zur Entwicklung der Volkswirtschaft der Deutschen De-

Im Rahmen des Zieles, die Effektivität der Produktion zu erhöhen, wechselten in den einzelnen Jahren die Schwerpunkte der Produktionspropaganda. Zunächst (1955 bis 1958) überwog die Orientierung auf die Durchsetzung des Sparsamkeitsregimes. Anknüpfend an die im Vorjahr geleistete Arbeit, forderte die 25. Tagung des Zentralkomitees der SED im Oktober 1955, den Fragen der betrieblichen Rentabilität auch in den nächsten Jahren besondere Aufmerksamkeit zu widmen.² Wichtigste Wettbewerbsmethode zur Erhöhung der Rentabilität war um die Mitte der fünfziger Jahre die Durchführung ökonomischer Konferenzen, von den Betriebsparteiorganisationen einberufene kritische Beratungen der Belegschaft mit dem Ziel, die Arbeitsproduktivität zu steigern, die Selbstkosten zu senken, die Rentabilität zu erhöhen sowie die Planerfüllung zu sichern.³

Ihren Ausgangspunkt nahmen die ökonomischen Konferenzen im VEB Modul in Karl-Marx-Stadt. In der Periode des zweiten Fünfjahrplanes entwickelten sie sich zu einer Massenbewegung, die in der zentralgeleiteten Industrie zeitweise bis zu 90 Prozent aller Betriebe umfaßte.

Tabelle 2

Entwicklung der ökonomischen Konferenzen in der zentralgeleiteten Industrie 1956 bis 1958[†]

	1956	1957	1958
Anzahl der Betriebe, die ökonomische Konferenzen durchführten	1 581	1 872	1 147
Anzahl der Betriebe in Prozent	74,4	89,8	73,6
Summe der Verpflichtungen zur Steigerung der Akkumulation (in Mill. M)	224,8	199,0	277,5

+ Zentrales Staatsarchiv Potsdam.

Handelte es sich bei den ökonomischen Konferenzen der SED zunächst um die Fortführung eines bereits erprobten Weges, so setzte die 3. Parteikonferenz der SED im März 1956 neue Akzente, als sie von der sozialistischen Wettbewerbsbewegung forderte, sich stärker auf die Einführung der neuen Technik und die Herstellung von Erzeugnissen mit Weltniveau zu konzentrieren. Dabei konnte sie bereits auf erste Initiativen in diese Richtung verweisen. Bereits im Januar 1956 hatten die Arbeiter des VEB Werkzeugmaschinenfabrik Magdeburg einen "Plan zur Einführung der neuen Technik" beschlossen.⁴

mokratischen Republik, insbesondere der führenden Zweige der Industrie (Anfang 1956 bis Frühjahr 1960), phil. Diss., Institut für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED, Berlin 1968, S. 114.

2 Vgl. Die neue Lage und die Politik der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Aus der Entschließung der 25. Tagung des ZK der SED. 24. bis 27. 10. 1955, in: Zur ökonomischen Politik der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik, Bd. 2, Berlin 1960, S. 40.

3 Vgl. Falk, Waltraud, u. Mitarb. v. Barthel, Horst, Kleine Geschichte einer großen Bewegung. Zur Geschichte der Aktivisten- und Wettbewerbsbewegung in der Industrie der DDR, Berlin 1966, S. 146.

4 Vgl. ebenda, S. 270.

Im Jahre 1958, dem Jahr des V. Parteitages der SED, nahmen zwei Wettbewerbsmethoden, die eng mit der Erhöhung der Rentabilität und der Verbesserung der vorhandenen Technik verbunden waren, Massencharakter an: die Christoph-Wehner-Methode und die Seifert-Methode. Die im Februar 1958 von Willy Wehner, Baggerführer im Braunkohlenkombinat Träna, initiierte und von dem Metallarbeiter Günter Christoph nach dem Vorbild des sowjetischen Häuers Mamai weiterentwickelte Bewegung zur täglichen Aufschlüsselung des Produktionsplanes wurde durch die Brigade Lehmann vom Baustoffkombinat Rüdersdorf zu einem Instrument effektiverer Wirtschaftsführung ausgebaut. Sie schlüsselte darüber hinaus täglich die Selbstkosten auf und führte einen ständigen Kampf um die Verbesserung der Qualität der Erzeugnisse.⁵

Eine ähnliche Weiterentwicklung entsprechend den von Partei und Regierung geforderten Hauptzielen der Wettbewerbsbewegung erfuhr die Seifert-Bewegung. Sie wurde bereits Ende 1952/Anfang 1953 vom Schweißerbrigadier Erich Seifert aus dem Reichsbahnausbesserungswerk (RAW) "Wilhelm Pieck" in Karl-Marx-Stadt (damals Chemnitz) als Methode zur Senkung der Zeitverluste und der Steigerung der Arbeitsproduktivität entwickelt, 1954/55 dort im Betrieb und 1956/57 in verschiedenen RAW erprobt. Im Jahre 1958 fand sie auch in anderen Industriezweigen Eingang. Nach dem V. Parteitag, seit Juli 1958 begann man unter Warte- und Stillstandszeiten auch die durch technologische und arbeitsorganisatorische Rückständigkeit verschuldeten Zeitverluste zu zählen und damit diese Methode stärker für die Beschleunigung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts zu nutzen.⁶

Tabelle 3

Nach der Christoph-Wehner- bzw. Seifert-Methode Arbeitende 1958 bis 1961⁺ (Jahresdurchschnitt)

Jahr	Christoph-Wehner-Methode			Seifert-Methode		
	Teilnehmer in 1 000	Index 1958 = 100	Anteil an den Produktions- arbeitern in %	Teilnehmer in 1 000	Index 1959 = 100 ⁺⁺	Anteil an den Produktions- arbeitern in %
1958	717,5	100	26,2	166,5		5,8
1959	1 168,0	163	37,6	293,8	100	10,2
1960	1 442,8	201	50,3	590,2	201	20,6
1961	1 540,5	215	53,7	724,8	247	25,8

⁺ Berechnet nach Statistisches Jahrbuch der Deutschen Demokratischen Republik 1958, S. 222; 1959, S. 219; 1960/61, S. 212; 1962, S. 194.

⁺⁺ Angaben für 1958 beziehen sich nur auf das zweite Halbjahr 1958.

Sowohl die Christoph-Wehner- als auch die Seifert-Methode setzten sich im Rahmen des Wettbewerbs zu Ehren des V. Parteitages als Massenbewegung durch. Ihr weiterer Aufschwung in den Jahren 1959 und 1960 war eng mit dem Entstehen und der Entwicklung der sozialistischen Brigaden und Arbeitsgemeinschaften verbunden.

⁵ Vgl. Müller, Klaus, Der sozialistische Wettbewerb in der Industrie der Deutschen Demokratischen Republik, in: Vierteljahreshefte zur Statistik der Deutschen Demokratischen Republik, Nr. 1/1959, S. 14.

⁶ Falk, Waltraud, a. a. O., S. 154.

Auf die sozialistischen Brigaden und Arbeitsgemeinschaften als die bisher wirksamste Form der Masseninitiative konzentrierte sich seit 1959 die Produktionspropaganda. Sie erschienen als die geeigneten Organisationsformen zur Führung der Wettbewerbe zur Erhöhung der Qualität, Rentabilität und des wissenschaftlich-technischen Niveaus der Industrie. Bereits die 4. Tagung des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands vom Januar 1959 legte für die ersten sozialistischen Brigaden folgende Aufgaben fest:

- tägliche Erfüllung und Übererfüllung des Planes,
- Anwendung der fortschrittlichen Erkenntnisse von Wissenschaft und Technik,
- Ausnutzung aller technischen Kapazitäten,
- Kampf gegen Verlust- und Wartezeiten sowie für die Senkung der Selbstkosten,
- Einhaltung der Sortimente und Wahrung der Qualität der Produktion. ⁷

In die gleiche Richtung zielten die anderthalb Jahre später von der Staatlichen Plankommission ausgearbeiteten Vorschläge, sozialistische Brigaden vor allem bei der Lösung folgender Aufgaben einzusetzen:

- Plandiskussion, Organisierung der Planerfüllung, Plankontrolle,
- Verbesserung des Planes technisch-organisatorischer Maßnahmen und des Planes Neue Technik,
- Weiterentwicklung des Vorschlags- und Erfindungswesens,
- Durchführung ökonomischer Konferenzen und Rentabilitätsbesprechungen. ⁸

Auch in diesem Falle, nur stärker in konkret-organisatorischer Form gefaßt, erfolgte eine eindeutige Orientierung der Brigaden auf die Faktoren des intensiven Wachstums.

Die sozialistischen Brigaden hatten seit ihrer Gründung wesentlichen Anteil daran, daß solche für die Erhöhung der Rentabilität und die beschleunigte Einführung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts bedeutsamen Wettbewerbsmethoden wie die Christoph-Wehner- und die Seifert-Methode, das "Konto Junger Sozialisten" oder der Siebenjahrplanfonds verbreitet wurden. Charakteristisch für das Bestreben, möglichst alle Komponenten effektiven Wirtschaftens durch den Wettbewerb zu beeinflussen, war die Initiative der Werktätigen des VEB Meßgeräte- und Armaturenwerk "Karl-Marx" in Magdeburg. Sie stellten sich in ihrem Wettbewerbsaufruf die Aufgabe, den Volkswirtschaftsplan 1960 allseitig, das heißt sortiments-, qualitäts- und termingerecht zu erfüllen, die Selbstkosten und die Ausfallzeiten zu senken, den Anteil der Erzeugnisse mit dem Gütezeichen "Q" zu erhöhen, die Arbeitsproduktivität zu steigern und den Plan der Warenproduktion beträchtlich zu überbieten. ⁹

Die Wettbewerbsbewegung im vierten Quartal 1961 und im Jahre 1962 stand ganz im Zeichen einer umfassenden Masseninitiative der Werktätigen - dem Produktionsaufgebot. Es wurde von den Elektrodendrehern des VEB "Elektrokohle" Berlin, den Brigaden "Otto Krahnemann" und "Anton Saefkow" im September 1961 proklamiert. Zunächst stand die Überwindung der durch die offene Grenze bis zum August 1962 verursachten volkswirtschaftlichen Disproportionen zwischen Arbeitsproduktivität und Lohn im Vordergrund. Nachdem die Werktätigen bei der Lösung dieses Problems bedeutsame Fortschritte erzielt hatten, wurde das Produk-

⁷ Ulbricht, Walter, Der Weg zur Sicherung des Friedens und zur Erhöhung der materiellen und kulturellen Lebensbedingungen des Volkes, Berlin 1959, S. 61.

⁸ Zentrales Staatsarchiv (im folgenden: ZStA) Potsdam.

⁹ Vgl. dazu Falk, Waltraud, a. a. O., S. 182.

tionsaufgebot 1962 zu einem wirksamen Instrument der Durchsetzung des "Planes Neue Technik" (PNT) weiterentwickelt. Das wurde zuerst im Programm des VEB Großdrehmaschinenbau "8. Mai" in Karl-Marx-Stadt vorgeschlagen.¹⁰

Die Betonung jener Wettbewerbsmethoden, die auf die Erhöhung der Rentabilität und die beschleunigte Einführung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts gerichtet waren, schloß natürlich Initiativen zur quantitativen Erfüllung und Übererfüllung des Planes nicht aus. In bestimmten Perioden, zum Beispiel 1956/57 und 1960/61, kam ihnen - wenigstens in der Grundstoffindustrie - sogar entscheidende volkswirtschaftliche Bedeutung zu. Die stärkere Verlagerung der Zielstellungen der Wettbewerbsbewegung jener Jahre auf die Einhaltung bzw. Überbietung quantitativer Plankennziffern war das Resultat der raschen Reaktion der Werktätigen auf politische und ökonomische Störmanöver des Imperialismus, deren negative Folgen für die DDR-Wirtschaft es abzuwenden galt. Im Jahre 1956 führten die Aggression Großbritanniens, Frankreichs und Israels gegen Ägypten sowie der konterrevolutionäre Putsch in Ungarn und antisozialistische Aktionen in Poznań zu Störungen der Weltwirtschaft. Ungarn und Polen waren vorübergehend nicht mehr in der Lage, ihren Außenhandelsverpflichtungen gegenüber der DDR voll nachzukommen. Obwohl die Sowjetunion kurzfristig zusätzliche Kohle an die DDR lieferte, sank 1956 gegenüber 1955 die Einfuhr

- von Steinkohle von 6,3 auf 5,6 Millionen Tonnen,
- von Steinkohlenkoks von 2,6 auf 2,3 Millionen Tonnen,
- von Eisenerz von 1,2 auf 0,7 Millionen Tonnen.¹¹

Auch im Jahre 1957 lagen die Importe von Steinkohle und Eisenerz um 0,6 bzw. 0,4 Millionen Tonnen unter den Lieferungen des Jahres 1955, während bei Steinkohlenkoks die Einfuhr 1957 die des Jahres 1955 nur etwas überstieg.¹² Die in den Jahren 1956 und 1957 zur Sicherung bzw. Überbietung der eigenen Stahl-, Braunkohlen- und Steinkohlenproduktion durchgeführten Wettbewerbe¹³ waren die direkte Antwort der Werktätigen auf die imperialistischen Provokationen und ihre ökonomischen Auswirkungen.

Zu einer erneuten Zuspitzung des Wirtschaftskrieges kam es 1960 und 1961 durch den Versuch des Imperialismus, die Wirtschaft der DDR ausbluten zu lassen. Eines der zahlreichen Störmanöver war gegen den Ost-West-Handel gerichtet. Ende September 1960 verkündete die BRD-Regierung ihre Absicht, das Handelsabkommen mit der DDR ab 1. Januar 1961 zu kündigen und damit hinsichtlich des 11 Prozent des Außenhandelsvolumens der DDR umfassenden Warenaustausches mit der BRD (über dessen weitere Entwicklung erst im Vormonat Einigung erzielt worden war) einen vertragslosen Zustand herbeizuführen.¹⁴

Gleichzeitig mit dieser Erklärung der BRD-Regierung wurden die Walzstahllieferungen aus der Bundesrepublik gedrosselt. So betrug zum Beispiel die Rückstände in den Lieferungen von Walzstahl im September 1960 15 500 Tonnen, im November 1960 17 500 Tonnen und im Dezember 1960 10 300 Tonnen.¹⁵

10 Ebenda, S. 199.

11 Statistisches Jahrbuch der Deutschen Demokratischen Republik 1957, S. 519.

12 Ebenda.

13 Vgl. dazu Falk, Waltraud, a. a. O., S. 270 f.

14 Vgl. dazu Klassenkampf - Tradition - Sozialismus. Von den Anfängen der Geschichte des deutschen Volkes bis zur Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft in der Deutschen Demokratischen Republik. Grundriß, Berlin 1974, S. 673.

In dieser angespannten Situation entsprach der im September 1960 von den Arbeitern des VEB Eisen- und Hüttenwerke Thale initiierte Massenwettbewerb "Mehr Stahl für unsere Republik", der sich das Ziel stellte, bis Ende 1960 65 000 Tonnen Walzstahl über den Plan hinaus zu produzieren¹⁶, in hervorragender Weise den volkswirtschaftlichen Notwendigkeiten, wie überhaupt alle im Bergbau und der Metallurgie in der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre von den Werktätigen entwickelten Initiativen¹⁷ ihre volle volkswirtschaftliche Berechtigung hatten.

Hinsichtlich ihrer inhaltlichen Zielstellung nicht so einfach einzuschätzen sind zwei der umfangreichsten Masseninitiativen der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre, die Wettbewerbe zu Ehren des V. Parteitages der SED im ersten Halbjahr 1958 und zum 10. Jahrestag der DDR im Jahre 1959. Beide orientierten generell auf die Überbietung der Jahrespläne. Obwohl von seiten der Partei und der Gewerkschaften in diesem Zusammenhang die qualitativen Ziele besonders betont wurden, überwogen letztlich in der Durchsetzung die quantitativen Zielstellungen.¹⁸ Die bevorzugte Realisierung der Mengen- gegenüber den Effektivitätszielen brachte zum Teil beträchtliche negative Auswirkungen mit sich, wie das auf dem V. Parteitag am Beispiel des Stahl- und Walzwerkes "Wilhelm Florin" in Hennigsdorf nachgewiesen wurde. Das Werk übererfüllte den Walzstahlplan im ersten Quartal 1958 mit 5 000 Tonnen. Gleichzeitig aber betrug das Plandefizit bei sortimentsgerechtem Stahl 2 000 Tonnen. Der Fehlbetrag hatte sich bis Anfang Juni 1958 auf 7 000 Tonnen vergrößert.¹⁹

Natürlich ging nicht in jedem Falle die Orientierung auf maximalen Produktionsausstoß auf Kosten der Effektivität. Charakteristisch für das Ende der fünfziger und den Beginn der sechziger Jahre war aber, daß die an die Wettbewerbsbewegung von seiten der zentralen wirtschaftsleitenden Organe in bezug auf Rentabilität und wissenschaftlich-technischen Fortschritt geknüpften Erwartungen sich nur teilweise erfüllten.

Trotz einer weitgehend auf Effektivitätsziele zugeschnittenen Produktionspropaganda behielten die quantitativen Zielstellungen in der Wettbewerbsbewegung das Übergewicht bzw. wurden vorrangig realisiert; oder die erreichten Erfolge beim Kampf um die Erhöhung der Rentabilität standen in keinem entsprechenden Verhältnis zu den im "normalen" Wirtschaftsablauf auftretenden Verlusten.

Gerade für letzteres bietet die Entwicklung der persönlichen Konten Mitte der fünfziger Jahre ein anschauliches Beispiel: (Siehe Tabelle 4 auf der nächsten Seite.)

In der Volkswirtschaft war im Jahre 1956 generell ein überplanmäßiger Materialverlust zu verzeichnen. Das war Ausdruck dafür, daß die auf die Bruttoproduktionsplanerfüllung orientierten Betriebsleitungen dieser Frage ungenügende Aufmerksamkeit schenkten.

15 Vgl. Teumer, Werner, Grundzüge der ökonomischen Strategie und Taktik der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands vom Frühjahr 1960 bis zum Sieg der sozialistischen Produktionsverhältnisse Ende 1962, phil. Diss., Institut für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED, Berlin 1968, S. 69.

16 Falk, Waltraud, a. a. O., S. 184.

17 Vgl. dazu ebenda, S. 275 ff., 283 f., 300.

18 ZStA Potsdam.

19 Ulbricht, Walter, Zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Aus Reden und Aufsätzen, Bd. 7: 1957 - 1959, Berlin 1964, S. 336.

Tabelle 4

Einwirkung der persönlichen Konten für Materialeinsparung auf den Materialverbrauch⁺

	Zentralgeleitete Industrie III. Quartal 1956	Bereich Ministerium für Berg- und Hüttenwesen I. - III. Quartal 1956
Materialverbrauch (in Mill. DM)	6 000, 0	
Konteninhaber in Prozent der Beschäftigten	8, 0 ⁺⁺	30, 0
Materialeinsparung durch persönliche Konten (in Mill. DM)	35, 0	14, 3
Materialeinsparung (+) bzw. Mehrverbrauch (-) im Vergleich zum Plan (in Mill. DM)	- 23, 0	- 0, 7

+ Zentrales Staatsarchiv Potsdam.

++ 1955.

Obwohl die Anzahl der Konteninhaber für Materialeinsparung in der zentralgeleiteten Industrie keineswegs gering, im Berg- und Hüttenwesen sogar bedeutend war, reichte die Initiative dieser Werkstätigen nicht aus, um die an anderen Stellen entstandenen außerplanmäßigen Materialverluste auszugleichen.

Die vorrangige Orientierung auf die quantitative Planerfüllung machte sich auch bei der Realisierung der auf ökonomischen Konferenzen übernommenen Verpflichtungen bemerkbar.

Tabelle 5

Ökonomische Konferenzen in der volkseigenen Industrie 1956 bis 1958⁺

	1956	1957	1958
Anzahl der beteiligten Betriebe	1 581	1 872	1 147
Anzahl der beteiligten Betriebe in %	76, 4	89, 8	73, 6
Verpflichtungen hinsichtlich der Warenproduktion (in Mill. DM)	309, 2	260, 0	783, 7
Akkumulation (in Mill. DM)	224, 8	199, 0	277, 5
Erfüllung des Planes Warenproduk- tion (in %)	98, 8	97, 6	116, 7
Erfüllung des Planes Akkumulation (in %)	89, 2	74, 4	109, 4

+ Zentrales Staatsarchiv Potsdam.

Obwohl das erklärte Hauptziel der ökonomischen Konferenzen die Erhöhung der betrieblichen Rentabilität war, spielten besonders 1958 Verpflichtungen zur quantitativen Produktionserfüllung eine ausschlaggebende Rolle. Die auf den ökonomischen Konferenzen von den Belegschaften übernommenen Aufgaben hinsichtlich

der betrieblichen Akkumulation, von denen man annehmen kann, daß sie zumindest die Sicherung des Planes zum Ziel hatten, konnten weder 1956 noch 1957 eine beträchtliche Untererfüllung des Akkumulationsplanes verhindern. Daran waren allerdings bis zu einem gewissen Grade auch die Auswirkungen des Wirtschaftskrieges schuld, die vorübergehend - wie bereits dargestellt - quantitative Zielstellungen stärker in den Vordergrund rückten. Aber selbst im günstigeren Jahre 1958 blieb die Planerfüllung (Akkumulation) - wie in den beiden Vorjahren - beträchtlich hinter der Erfüllung des Plananteiles "Warenproduktion" zurück.

In einer entsprechenden Untersuchung des Ministeriums der Finanzen vom April 1959 wurde festgestellt, daß die Werktätigen über die Rentabilitätsentwicklung des Betriebes und den Gewinnplan ungenügend informiert waren und die ökonomischen Konferenzen beide Kennziffern ungenügend in den Mittelpunkt der Diskussion gerückt hatten.²⁰

Als erfolgreich erwiesen sich dagegen diejenigen Wettbewerbsmethoden, die die Erfüllung und Übererfüllung des Produktionsplanes zum Ziel hatten. In dieser Hinsicht unterschied sich die Situation in der Wettbewerbsbewegung der Jahre 1956 bis 1962 nicht wesentlich von der im ersten Fünfjahrplan.

Mit einem Umschwung hatten die zentralen wirtschaftsleitenden Organe gerechnet, als sich die Bewegung der sozialistischen Brigaden und Arbeitsgemeinschaften zu entfalten begann.²¹ Es gelang jenen tatsächlich, die Initiativen zur Senkung der Selbstkosten und beschleunigten Einführung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts schneller voranzutreiben; ein Durchbruch im Sinne der endgültigen Überwindung der vorrangigen Orientierung des Wettbewerbs auf quantitative Ziele wurde jedoch auch durch die sozialistische Gemeinschaftsarbeit nicht erreicht.²² Das war nicht in erster Linie die Schuld der sozialistischen Brigaden und Arbeitsgemeinschaften, die von den staatlichen Leitungen, insbesondere den VVB, nicht genügend angeleitet, teilweise sogar fehlorientiert wurden.²³ Die Betriebs- und VVB-Leitungen widmeten sich generell zuwenig der Wettbewerbsbewegung. Vielfach vertraten sie die Auffassung, daß der Wettbewerb nicht ihre Angelegenheit sei, und überließen ihn dem Selbstlauf.²⁴ Daraus die Schlußfolgerung zu ziehen - wie das im Juli 1958 durch Mitarbeiter der Staatlichen Plankommission geschah -, daß die Aktivität der Staats- und Wirtschaftsfunktionäre, angefangen bei der Plankommission, über die VVB, Wirtschaftsräte der Bezirke, Plankommissionen der Kreise bis zu den Betriebsleitern, hinter der Aktivität der Arbeiter zurückgeblieben sei²⁵, war zweifellos richtig, genügte aber nicht. Zumindest hätte analysiert werden müssen, wie die Haltung der Wirtschaftsfunktionäre subjektiv bedingt bzw. objektiv begründet war.

Eine Beantwortung dieser Frage bzw. des umfassenderen Problems, warum die Wettbewerbsinitiativen nur in bestimmtem Maße den wirtschaftspolitischen Haupt-

20 ZStA Potsdam.

21 Ebenda.

22 Ebenda. - In einer Einschätzung der Staatlichen Plankommission vom Juli 1960 wird die Mitarbeit der sozialistischen Brigaden bei der Durchsetzung des Sparsamkeitsregimes und der Neuen Technik sogar als unzureichend eingeschätzt. (Ebenda.)

23 Vgl. Die Aufgaben zur weiteren ökonomischen Stärkung der DDR und zur Festigung der sozialistischen Demokratie, Berlin 1961, S. 221.

24 ZStA Potsdam.

25 Ebenda.

zielen entsprachen, kann erst nach einer Untersuchung des Verhältnisses von Wettbewerbsformen und staatlichem Leitungs- und Planungssystem in den Jahren 1956 bis 1962 gegeben werden, wie sie im folgenden Abschnitt versucht wird.

2. Der Einfluß des staatlichen Leitungs- und Planungssystems auf die Formen der Wettbewerbsführung
- 2.1. Die Verteilung der Entscheidungsbefugnisse in der Planung und ihr Einfluß auf die Wettbewerbsbewegung

Mit dem Gesetz über die Vereinfachung der Planung vom Dezember 1954²⁶ erhielten die Betriebe größere Rechte in der Planausarbeitung. Die "Vereinfachung der Planung" realisierte sich 1956 und 1957 unter anderem in einer drastischen Kürzung der Anzahl der zentralen Kontrollziffern sowie einer Verringerung der den Betrieben vorgegebenen Staatsplankennziffern. Mit der Übertragung größerer Rechte und Pflichten an die Betriebsleitungen entstanden auch neue Bedingungen für jene Initiativen der Werktätigen, die unmittelbar auf eine Beteiligung der Belegschaft an der Planausarbeitung gerichtet waren. In Erkenntnis der nunmehr gewonnenen Möglichkeiten sah die im März 1956 von der Staatlichen Plankommission verabschiedete "Ordnung der Planung für die Periode des 2. Fünfjahrplanes" ausdrücklich vor, bei der Ausarbeitung des Planprojektes der Betriebe die Vorschläge der Planungsaktivs und der Aktivistenkommissionen sowie die Ergebnisse ökonomischer Konferenzen zu berücksichtigen²⁷, wie überhaupt von seiten der zentralen wirtschaftsleitenden Organe zum Problem der Einbeziehung der Werktätigen in die Planausarbeitung 1956 gründliche Überlegungen angestellt wurden.²⁸

Die stärkere Einbeziehung der Werktätigen in die Planausarbeitung war jedoch nicht nur eine Frage der Verringerung der Kennziffern, sondern hing auch von der für betriebliche Plandiskussionen zur Verfügung stehenden Zeit ab. In den Jahren 1956 und 1957 trat hierin noch keine Änderung der Situation gegenüber der ersten Hälfte der fünfziger Jahre ein, das heißt, es stand zuwenig Zeit zur Verfügung. Das war einerseits darauf zurückzuführen, daß sich die Vereinfachung der Planung gegen eine Vielzahl von Schwierigkeiten anfangs nur schrittweise realisieren ließ.²⁹ Andererseits wurden 1956, bedingt durch den Ausfall von Rohstofflieferungen aus dem Ausland, eine Reihe von Planänderungen notwendig, die sich ungünstig auf den Planvorlauf 1957 auswirkten und 1957 wiederum zur Verkürzung der für die Ausarbeitung des Planes vorgegebenen Fristen für den Plan des Jahres 1958 zwangen. Erst bei der Aufstellung der Pläne 1959 und 1960 wirkte sich die Ausweitung des Entscheidungsfeldes der Betriebe in der Planausarbeitung stärker aus. Die Betriebe und Belegschaften fanden somit erstmals 1958 (in

26 Vgl. Gesetzblatt der DDR 1954, S. 947.

27 ZStA Potsdam.

28 Ebenda.

29 So verzögerten die Hauptverwaltungen als die den Betrieben unmittelbar übergeordneten Organe die Delegierung der Entscheidungsbefugnisse an die Betriebe. Um die Hauptverwaltungen zur beschleunigten Realisierung der "Vereinfachung der Planung" zu veranlassen, wurde z. B. im August 1956 im Ministerium für Schwermaschinenbau der Vorschlag gemacht, sich Kurzprotokolle der Diskussion der Werktätigen in Bereichen der Hauptverwaltungen einschließlich der von jenen gemachten Planvorschläge vorlegen zu lassen. (ZStA Potsdam.)

30 ZStA Potsdam.

Vorbereitung des Planes 1959) genügend Zeit, sich gründlich mit den zentralen Vorgaben und den eigenen Vorschlägen auseinanderzusetzen. 30

Es war unter diesen Umständen nicht verwunderlich, wenn die seit Ende des ersten Fünfjahrplanes nicht mehr tätigen Planungskommissionen in den Betrieben erst 1958 wieder aktiv wurden. In jenem Jahr entstand in Auswertung entsprechender sowjetischer Erfahrungen³¹ ein neues Organ für die Teilnahme der Werk-tätigen an der Planausarbeitung: Auf Vorschlag der 35. Tagung des Zentralkomitees der SED, die im Februar 1958 stattfand, wurden in den Industriebetrieben "Ausschüsse der Produktionsberatungen" gewählt. Ihren organisatorischen Zu-sammenschluß fanden in den Großbetrieben die einzelnen Ausschüsse in der "ständigen Produktionsberatung".³² Sie beteiligte sich anfangs an der Ausarbeitung der Produktionspläne, wandte sich Anfang der sechziger Jahre aber auch den Aufgaben der sozialistischen Rekonstruktion und der Verwirklichung der "Pläne Neue Tech-nik" zu.³³

Die ständigen Produktionsberatungen bauten auf einer den Werk-tätigen seit Beginn der fünfziger Jahre bekannten und in der Industrie weit verbreiteten Form der Masseninitiative, den Produktionsberatungen, auf. Nach einer Periode schnellen Wachstums in der ersten Hälfte der fünfziger Jahre stagnierte die Anzahl der Teil-nemer an den Produktionsberatungen in den letzten Jahren des ersten Fünfjahr-planes. Sie nahmen aber ab 1958 mit neuem Inhalt einen erneuten Aufschwung.

Tabelle 6

Teilnehmer an Produktionsberatungen 1955 bis 1958⁺

Jahr	Teilnehmer in 1 000 (Jahresdurchschnitt)	Index 1955 = 100
1955	2 706	100
1956	2 787	102,7
1957	2 646	97,8
1958	3 366	124,4

+ Berechnet nach Statistisches Jahrbuch der Deutschen Demokratischen Repu-blik 1956, S. 185; 1957, S. 200; 1958, S. 227. - Für die Jahre 1959 bis 1962 erfolgte in den statistischen Jahrbüchern kein Nachweis.

Eine zweite - unter anderem Aspekt bereits behandelte - wichtige Form der Ein-beziehung der Werk-tätigen in die Leitung und Planung waren die ökonomischen Konferenzen, die es sich zur Aufgabe gemacht hatten, die Werk-tätigen für die Er-höhung der betrieblichen Rentabilität zu mobilisieren. Ihre Wirksamkeit hing in starkem Maße von den vorbereitenden und auswertenden Produktionsberatungen ab.³⁴

31 Vgl. Teschner, Hans, Zur Entwicklung des Systems der Planung und Leitung der Industrie in der UdSSR unter besonderer Berücksichtigung der Reorgani-sation der Industrieverwaltung 1957 - 1962, wirtschaftswiss. Diss. Berlin 1968, S. 127.

32 Vgl. Falk, Waltraud, a. a. O., S. 145.

33 Ebenda, S. 187.

34 Ebenda, S. 146.

Zusammenfassend kann man feststellen, daß die zweite Hälfte der fünfziger Jahre durch die "Vereinfachung der Planung" eine allmähliche, aber deutlich spürbare Erhöhung der Wirksamkeit der unmittelbaren Einbeziehung der Werktätigen in die Aufstellung der staatlichen Pläne brachte.

Aus der Vereinfachung der Planung leitete sich ein zweites Moment der Harmonisierung von Wettbewerbsformen und Methoden der staatlichen Leitung und Planung ab: die Durchsetzung der Planaufschlüsselung.

2.2. Die Entwicklung der Planaufschlüsselung und ihr Einfluß auf die Formen und Methoden der Wettbewerbsführung

Die Planaufschlüsselung blieb in der ersten Hälfte der fünfziger Jahre praktisch in den Anfängen stecken. Zurückzuführen war das hauptsächlich auf die ehemalige Entscheidungsverteilung in der Planung, die durch umfangreiche Befugnisse der zentralen wirtschaftsleitenden Organe und ein relativ geringes Mitspracherecht der Betriebe gekennzeichnet war. Die Vereinfachung der Planung setzte auch für die Planaufschlüsselung neue Prämissen. Aus Gründen, die wir bei der Analyse der Plandiskussion bereits kennenlernten, wirkte sich die Vereinfachung der Planung praktisch erst 1958 auf die Planaufschlüsselung aus. Bis zum Anlaufen der Plandiskussion 1959 (Mitte 1958) war deshalb der Stand der Planaufschlüsselung unbefriedigend.³⁵ In den Jahren 1959 und 1960 machte sie jedoch rasche Fortschritte. So konnte zum Beispiel im Juli 1960 die Fachabteilung Holz-Papier-Polygraphie feststellen, daß die Aufschlüsselung des Produktionsplanes in den ihr unterstellten VVB weitgehend gelöst sei.³⁶

Mit dem Fortschreiten der Planaufschlüsselung waren erstmals reale Voraussetzungen gegeben, die Wettbewerbsbewegung zum Kampf gegen die sich aus dem unrythmischen Produktionsausstoß ergebenden Verluste erfolgreich einzusetzen. Insbesondere die Christoph-Wehner- und die Seifert-Methode erwiesen sich als wirksame Initiativen, um die im ersten Quartal traditionell besonders hohen Warte- und Stillstandszeiten zu senken.

Tabelle 7

Ausfallstunden der Produktionsarbeiter durch Warte- und Stillstandszeiten 1955 und dadurch verursachte Produktionsverluste⁺

Quartal	Ausfallstunden je 100 Produktionsarbeiter	Produktionsverluste in Mill. DM
I.	502	85
II.	349	64
III.	323	58
IV.	390	74

⁺ Vierteljahreshefte zur Statistik der Deutschen Demokratischen Republik, Nr. 2/1959, S. 50; Statistische Praxis, Nr. 5/1956, S. 57.

³⁵ Vgl. ZStA Potsdam.

³⁶ Ebenda.

Tabelle 8

Entwicklung der Warte- und Stillstandszeiten 1955 bis 1958⁺
(jährliche Ausfallstunden je 100 Produktionsarbeiter)

	Durchschnitt der Jahre 1955 bis 1957	1958
Alle Quartale	1 398	858
I. Quartal	494	251

+ Berechnet nach Vierteljahreshefte zur Statistik der Deutschen Demokratischen Republik, Nr. 2/1959, S. 51.

Die Christoph-Wehner- und die Seifert-Methode hatten wesentlichen Anteil daran, daß der für die erste Hälfte der fünfziger Jahre und auch noch für 1956 und 1957 typische Rückgang der Masseninitiative vom vierten Quartal des Vorjahres zum ersten Quartal des laufenden Jahres Ende der fünfziger/Anfang der sechziger Jahre erheblich vermindert werden konnte.

Tabelle 9

Vergleich der Entwicklung des innerbetrieblichen sozialistischen Wettbewerbs zwischen dem jeweils vierten Quartal des Vorjahres und dem ersten Quartal des laufenden Jahres 1956 bis 1962⁺
(viertes Quartal des Vorjahres = 100)

I. Quartal 1956	75,8
" " 1957	69,9
" " 1958	94,6
" " 1959	88,5
" " 1960	93,4
" " 1961	94,5
" " 1962	94,0

+ Berechnet nach Statistisches Jahrbuch der Deutschen Demokratischen Republik, 1957 - 1963.

Die Wettbewerbsbewegung hatte somit Anteil an der in der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre zu verzeichnenden Erhöhung der Kontinuität des Produktionsprozesses in der Industrie.

Tabelle 10

Vergleich der Produktionsentwicklung in der Industrie, erstes Quartal 1956 bis 1959⁺
(viertes Quartal des Vorjahres = 100)

I. Quartal 1956	88,8
" " 1957	90,7
" " 1958	92,3
" " 1959	94,0

+ Vierteljahreshefte zur Statistik der Deutschen Demokratischen Republik, Nr. 2/1959, S. 49. - Für die Jahre 1960 bis 1962 fehlen die entsprechenden Angaben.

Dem deutlich sichtbaren positiven Einfluß der Aufschlüsselung des Produktionsplanes auf die Qualifizierung der Wettbewerbsbewegung und deren positiver Einwirkung wiederum auf die Kontinuität des volkswirtschaftlichen Reproduktionsprozesses standen die Schwächen in der Aufschlüsselung der übrigen Planteile, insbesondere der Kostenplanung, gegenüber, die selbstverständlich auch Auswirkungen auf bestimmte Methoden der Wettbewerbsbewegung hatten.

Dieselbe Fachabteilung Holz-Papier-Polygraphie der Staatlichen Plankommission, die 1960 feststellen konnte, daß das Problem der Aufschlüsselung des Produktionsplanes in den ihr unterstellten VVB faktisch gelöst war, mußte zum Beispiel die Aufschlüsselung der Kosten für Material, Hilfsmaterial und Löhne innerhalb des von ihr geleiteten Industriebereichs als völlig unzureichend bezeichnen.³⁷

Damit berührte sie das Hauptproblem der Planaufschlüsselung Ende der fünfziger und Anfang der sechziger Jahre; die konkrete Planaufschlüsselung nach Kosten, Termin, Sortiment und Qualität. In allen Einschätzungen der zentralen wirtschaftsleitenden Organe jener Zeit wurde auf dieses Problem hingewiesen. In einem im September 1959 abgefaßten Bericht zu Rentabilitätsproblemen bezeichnete das Ministerium der Finanzen die Aufgliederung der beeinflussbaren Kosten auf Brigaden bzw. Arbeitsplätze als den schwächsten Teil im gesamten Betriebsplan und fügte ergänzend hinzu, daß eine Kostenaufschlüsselung in vielen Fällen überhaupt nicht durchgeführt wird.³⁸

Die Ursachen der einseitigen, überwiegend auf die Kennziffern des Produktionsplanes beschränkten Planaufschlüsselung waren auf den ersten Blick vor allem planmethodischer Art. Die Produktionsauflage war eindeutig; das System der technisch-wirtschaftlichen Kennziffern war dagegen noch nicht genügend ausgearbeitet, die Kennziffer Selbstkostensenkung bis 1962 nicht endgültig bereinigt, und die bis 1961 zu verzeichnende zeitliche Differenz zwischen der Aufstellung des Produktions- und des Finanzplanes erlaubte während des ersten Quartals des jeweiligen Planjahres grundsätzlich keine Aufschlüsselung der finanziellen Kennziffern.³⁹

Wirft man aber die Frage auf, warum die Planung der Kosten noch nicht soweit wie die der Produktion entwickelt war, so muß man feststellen, daß neben fehlenden Erfahrungen und der Notwendigkeit, zur Begegnung ökonomischer Störmanöver bestimmte Produktionen ohne Berücksichtigung des Aufwandes zu entwickeln, vor allem ein gewisses Desinteresse der Betriebe an den Fragen der Rentabilität und des wissenschaftlich-technischen Fortschritts die Ursache waren. Dieses Desinteresse war aber nichts weiter als die Kehrseite des Interesses der Betriebe an der Erfüllung und Überererfüllung quantitativer Kennziffern, woran sie durch das herrschende Planungs- und Leitungssystem in erster Linie materiell und moralisch interessiert wurden.

Für die Wettbewerbsbewegung bedeutete diese Konstellation, daß für jene auf der Planaufschlüsselung basierenden Wettbewerbsmethoden, welche sich die Erhöhung der betrieblichen Rentabilität, die Einhaltung von Qualität und Sortiment der Produktion sowie die Einführung der neuen Technik zum Ziele stellten, das staatliche Leitungs- und Planungssystem noch nicht oder nur unzureichend die notwendigen organisatorischen Voraussetzungen lieferte. So hatte die Aufschlüsselung des Produktionsplanes in den Betrieben der zentralgeleiteten Industrie Ende der fünf-

37 Ebenda.

38 Ebenda.

39 Ebenda.

ziger Jahre einen beträchtlichen Fortschritt gemacht und wesentlich dazu beigetragen, daß die Christoph-Wehner-Methode Anfang der sechziger Jahre von mehr als der Hälfte der Werktätigen angewandt werden konnte. Umgekehrt hatte die Bereitschaft der Belegschaft, nach der Christoph-Wehner-Methode zu arbeiten, keinen geringen Druck auf bestimmte Betriebsleitungen ausgeübt, die Planaufschlüsselung, für die nunmehr reale Bedingungen vorhanden waren, vorzunehmen. 40

Die Weiterentwicklung der Christoph-Wehner-Methode durch die Brigade Lehmann brachte (durch die Aufschlüsselung der Selbstkosten) die Übereinstimmung mit den Forderungen von Partei und Regierung nach Verbesserung der Qualität, Senkung der Selbstkosten und Beschleunigung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts. Aber nur in wenigen Betrieben waren hierfür die notwendigen Voraussetzungen gegeben; der Charakter der Christoph-Wehner-Methode konnte also nicht wesentlich beeinflußt werden.

Ähnlich stand es um andere Initiativen der Werktätigen mit gleicher Zielrichtung, wie zum Beispiel dem Aufruf der Magdeburger Meßgerätebauer vom Dezember 1959, für deren exakte Verwirklichung durch die Werktätigen in der überwiegenden Mehrzahl der Betriebe die Voraussetzungen fehlten.

Somit befanden sich eine Reihe von Wettbewerbsmethoden, die durchaus volkswirtschaftlichen Zielstellungen entsprachen, losgelöst vom, zum Teil sogar im Gegensatz zum grundsätzlich immer noch auf die Produktionsmaximierung ausgerichteten Leitungs- und Planungssystem, was ihre Wirksamkeit und Durchschlagskraft natürlich beeinträchtigen mußte, während durch die planmethodischen Bedingungen Wettbewerbe zur vorrangig quantitativen Erfüllung der Pläne nach wie vor begünstigt wurden. Die unzureichende Verknüpfung mit dem herrschenden Leitungs- und Planungssystem galt in gleichem Maße wie für die Rentabilitätsbewegung auch für die Masseninitiative zur Einführung der neuen Technik. Die im Siebenjahrplanfonds, im "Konto Junger Sozialisten" oder im Fonds "Neue Technik" gesammelten Mittel konnten zum Beispiel nicht in vollem Maße ihrem geplanten Verwendungszweck - Ankauf zusätzlicher moderner Produktionsmittel für den Betrieb - zugeführt werden, da für diese Summen im Plan keine materielle Deckung vorhanden war. 41

2.3. Methoden der moralischen und materiellen Stimulierung der Wettbewerbsbewegung

In den vorhergehenden Abschnitten wurde mehrmals auf die Bedeutung der Produktionspropaganda für die generelle Förderung und die spezifische Lenkung der Wettbewerbsbewegung auf konkrete wirtschaftspolitische Zielstellungen hingewiesen. Die Wirkung der Produktionspropaganda kann wesentlich durch eine zielgerichtete moralische Stimulierung der Wettbewerbsbewegung unterstützt werden. Das heißt, die vom sozialistischen Staat angewandten - letztlich eine weitere Hebung des politisch-ideologischen Niveaus der Arbeiter bewirkenden - moralischen und materiellen Stimulierungen hatten wesentlichen Einfluß auf den gesamten Umfang wie auch auf die einzelnen Methoden der Wettbewerbsbewegung. Jahr für Jahr ehrte die Regierung der DDR die hervorragendsten Teilnehmer an der Wettbewerbsbewegung mit Medaillen und Auszeichnungen. Gleichzeitig wuchsen die Ausgaben des Staatshaushaltes zur Förderung der Wettbewerbsbewegung.

40 Falk, Waltraud, a. a. O., S. 171.

41 ZStA Potsdam.

Tabelle 11

Auf dem Gebiet der Aktivisten- und Wettbewerbsbewegung verliehene staatliche Auszeichnungen 1951 bis 1962⁺
(Auswahl)

Auszeichnung bzw. Titel	1951 - 1957	1958	1959	1960	1961	1962
Held der Arbeit	321	18	37	25	11	13
Verdienter Aktivist	4 287	290	1 450	597	598	709
Aktivist des Fünfjahresplanens	755 020	42 890	70 435	.	.	.
Banner der Arbeit ⁺⁺	.	.	.	177	58	59
Medaille für ausgezeichnete Leistungen	194 142	12 160	28 633	23 727	27 927	27 413
Kollektiv der sozialistischen Arbeit	.	.	.	1 220	3 420	2 436

+ Statistisches Jahrbuch der Deutschen Demokratischen Republik 1957, S. 206; 1958, S. 230.

++ Nur an Einzelpersonen verliehener Titel.

Tabelle 12

Ausgaben für die Aktivisten- und Wettbewerbsbewegung aus dem Staatshaushalt 1955 bis 1963⁺

Jahr	Summe in Mill. DM	Index	Jahr	Summe in Mill. DM	Index
1955	10,99	100	1960	45,84	417
1956	11,40	104	1961	44,18	402
1957	15,09	137	1962	41,40	377
1958	20,42	186	1963	49,74	453
1959	21,95	200			

+ Berechnet nach Angaben der entsprechenden Jahrgänge des Statistischen Jahrbuches der Deutschen Demokratischen Republik.

Im betrachteten Zeitraum fielen die Jahre eines kräftigen Wachstums der Wettbewerbsbewegung in der Regel mit den Jahren einer schnellen Steigerung der Ausgaben für die Wettbewerbsbewegung bzw. einer verstärkten Zunahme der verliehenen Auszeichnungen zusammen und umgekehrt waren Perioden eines relativ langsamen quantitativen Wachstums der Wettbewerbsbewegung begleitet von einem Nachlassen der (meßbaren) moralischen und materiellen Stimulierung.

(Tabelle 13 siehe am Ende dieses Abschnittes.)

Daraus die Schlußfolgerung zu ziehen, daß die Entwicklung der Wettbewerbsbewegung in starkem Maße abhängig gewesen sei von den angeführten Formen der moralischen und materiellen Stimulierung durch den sozialistischen Staat, ist jedoch unseres Erachtens nicht gerechtfertigt. Denn

1. erfolgte die Stimulierung nicht global, sondern es wurden ganz bestimmte Formen und Methoden der Wettbewerbsbewegung, die den aktuellen volkswirt-

schaftlichen Aufgabenstellungen am besten entsprachen bzw. einen wesentlichen Beitrag zur Entfaltung der sozialistischen Persönlichkeit leisteten, gefördert. Eine derartige Spezifizierung der materiellen und moralischen Stimulierung ist aus der Tabelle nicht ersichtlich.

2. Da Medaillen und Geldprämien in der Regel erst nach der erfolgten Leistung an hervorragende Einzelpersonlichkeiten oder Kollektive verliehen wurden und - anders als im Erfindungs- und Vorschlagswesen - keine Vergütungstabellen existierten, an denen sich die Werktätigen sozusagen im voraus orientieren konnten, waren unseres Erachtens die Formen und Methoden des materiellen und moralischen Anreizes, auf die wir Bezug genommen haben, mehr passive Widerspiegelung des Geleisteten als aktives Instrument der Stimulierung zukünftiger Initiativen. Ungeachtet dessen wären zu dieser bisher in den Darstellungen über die Geschichte der Wettbewerbsbewegung nicht behandelten Problematik nähere Untersuchungen sicher auch im Hinblick auf die Gegenwart interessant.

Tabelle 13

Umfang der Wettbewerbsbewegung und ihrer Stimulierung 1958 bis 1962⁺
(Wachstum gegenüber dem Vorjahr in Prozent)

Jahr	1	2	3	4	5	6	7
1958	+ 31	+ 35
1959	+ 11	+ 8	.	+ 63	.	+ 136	.
1960	+ 9	+ 109	+ 80	+ 24	+ 101	- 17	+ 85
1961	+ 2	- 4	+ 2	+ 7	+ 23	+ 18	+ 67
1962	+ 0	- 6	- 17	.	.	- 2	- 2

+ Berechnet nach Statistisches Jahrbuch der Deutschen Demokratischen Republik, entsprechende Jahrgänge.

- 1 Teilnehmer an der Christoph-Wehner-Methode.
- 2 Verleihte Medaillen für ausgezeichnete Leistungen.
- 3 Teilnehmer an der Seifert-Methode.
- 4 Teilnehmer am innerbetrieblichen Wettbewerb.
- 5 Teilnehmer am Titelkampf "Sozialistische Arbeitsgemeinschaft".
- 6 Teilnehmer am Titelkampf "Sozialistische Brigade".
- 7 Ausgaben für die Wettbewerbsbewegung aus dem Staatshaushalt.

3. Die Entstehung der sozialistischen Gemeinschaftsarbeit

Auf die sozialistischen Brigaden und Arbeitsgemeinschaften wurde bereits unter dem Aspekt ihres Einflusses auf die quantitative Ausdehnung der Wettbewerbsbewegung und hinsichtlich ihrer ökonomischen Zielstellungen eingegangen. Ihre eigentliche Bedeutung, die sie auch in der entwickelten sozialistischen Gesellschaft eine wichtige Rolle spielen läßt, liegt aber nicht so sehr in ihrem Beitrag zur Vergrößerung der Zahl der Wettbewerbsteilnehmer bzw. in ihrem unmittelbaren Einfluß auf die Wirtschaftsentwicklung, sondern in ihrer Rolle für die Entwicklung allseitig gebildeter sozialistischer Persönlichkeiten.

Am 3. Januar 1959 rief die Jugendbrigade "Nikolai Mamai" aus dem Elektrochemischen Kombinat Bitterfeld unter der Losung "Auf sozialistische Weise arbeiten, lernen und leben" zum Wettbewerb um den Titel "Brigade der sozialisti-

schen Arbeit" auf. In demselben Betrieb bildeten sich etwa zur gleichen Zeit die ersten sozialistischen Arbeits- und Forschungsgemeinschaften der Arbeiter, Meister und Angehörigen der wissenschaftlich-technischen Intelligenz.⁴² Die Mitglieder der sozialistischen Brigaden verpflichteten sich, gute Leistungen in der Produktion mit der Entwicklung jedes einzelnen Brigademitgliedes zu einer sozialistischen Lebensauffassung und -führung zu verknüpfen. Arbeit und Freizeit harmonisch miteinander zu verbinden war eine der wichtigsten Aufgaben, die sich die sozialistischen Brigaden stellten.⁴³ In keiner der bisherigen Wettbewerbsformen war das über die unmittelbaren wirtschaftspolitischen Aufgabenstellungen hinausgehende Ziel der Wettbewerbsbewegung - die allseitige Entfaltung der sozialistischen Persönlichkeit im Prozeß der Befreiung der Arbeit - so deutlich geworden wie im Falle der sozialistischen Gemeinschaftsarbeit. In diesem Sinne sind die Brigaden und Arbeitsgemeinschaften mehr als nur eine Form des Wettbewerbs. Wegen ihrer außerordentlichen - über ihren Beitrag zur Produktionsentwicklung weit hinausgehenden - Bedeutung könnte man sie als eine neue Struktur- und Entwicklungsform der Arbeiterklasse und der Werktätigen bezeichnen.

Der Aufruf der Jugendbrigade "Nikolai Mamai" fand unter den Arbeitern der DDR breiten Widerhall. Bereits im ersten Jahr nahmen am Wettbewerb um den Titel "Brigade der sozialistischen Arbeit" bzw. "Sozialistische Arbeitsgemeinschaft" fast eine Million Werktätige teil. Ende 1962 wurde die Zweimillionengrenze fast erreicht.

Tabelle 14

Mitglieder sozialistischer Brigaden und Arbeitsgemeinschaften 1959 und 1960⁺ (in 1000)

Jahr	Quartal	Sozialistische Brigaden	Sozialistische Arbeitsgemeinschaften
1959	II.	192	96
	III.	355	154
	IV.	707	214
1960	I.	983	242
	II.	1 504	241
	III.	1 612	303
	IV.	1 664	306

+ Statistisches Jahrbuch der Deutschen Demokratischen Republik 1960/61, S. 205; 1962, S. 187.

Die sozialistische Gemeinschaftsarbeit, die alle fortschrittlichen Wettbewerbsformen der fünfziger Jahre in sich aufnahm, konnte erst entstehen, als die sozialistischen Produktionsverhältnisse und das sozialistische Bewußtsein der Werktätigen einen bestimmten Reifegrad erreicht hatten. Sie war also - bei aller Bedeutung des subjektiven Faktors - Ergebnis objektiver Entwicklungsprozesse in der Wettbewerbsbewegung. Der objektive Prozeß konnte subjektiv beschleunigt werden durch die Initiativen einzelner Gruppen von Werktätigen. Für die Entstehung der sozialistischen Gemeinschaftsarbeit in der DDR erwies sich das Bei-

⁴² Falk, Waltraud, a. a. O., S. 477.

⁴³ Ebenda, S. 59 f.

spiel der Brigaden der kommunistischen Arbeit der Sowjetunion als ein derartig beschleunigender Faktor.

In Vorbereitung des Anfang 1959 stattfindenden XXI. Parteitag der KPdSU schuf die Komsomolzenbrigade eines Moskauer Eisenbahndepots - desselben, in dem vierzig Jahre zuvor der erste kommunistische Subbotnik stattgefunden hatte - die erste Brigade der Kommunistischen Arbeit. Ende 1959 umfaßte die Bewegung bereits 3 Millionen Arbeiter, Ingenieure und Techniker.⁴⁴ Im Mai 1960 kämpften mehr als 5 Millionen sowjetische Werktätige um den Staatstitel. Ein Jahr später waren es bereits 20 Millionen.⁴⁵ Von der Sowjetunion aus breitete sich diese neue, höhere Form der Wettbewerbsbewegung schnell über die Mehrzahl der sozialistischen Länder aus. Das war Widerspiegelung der Tatsache, daß die entstandenen Formen der sozialistischen Gemeinschaftsarbeit Ausdruck eines gesetzmäßigen Prozesses - der wachsenden Rolle des Schöpferturns der Volksmassen in der Wirtschaftsleitung - waren. Die sozialistische Gemeinschaftsarbeit befruchtete in der DDR wie in den anderen sozialistischen Ländern die gesamte Wettbewerbsbewegung.

Tabelle 15

Mitglieder sozialistischer Brigaden im Vergleich zur Beschäftigtenzahl 1961⁺

Land	Teilnehmer am Titelkampf	In Prozent der Beschäftigten
UdSSR	20 000 000	30,3
ČSSR	717 000	11,7
DDR ⁺⁺	1 716 000	26,6

+ Berechnet nach Narodnoe chozjajstvo SSSR 1922 - 1972 gg. Jubilejnyj statističeskij ežegodnik, Moskau 1972; Statistisches Jahrbuch der Deutschen Demokratischen Republik 1962, S. 187; Tschechoslowakei. Statistische Übersicht, Prag 1963, S. 33, 37.

++ Die Angaben beziehen sich nur auf die Beschäftigten des sozialistischen Sektors.

Schätzen wir die Wettbewerbsbewegung in den Jahren 1956 bis 1962 unter dem Aspekt der außerökonomischen Zielstellungen ein, so ist zweifellos als besonders positiv hervorzuheben, daß mit der sozialistischen Gemeinschaftsarbeit die Herausbildung allseitig gebildeter Persönlichkeiten erstmals in einer Wettbewerbsform konkrete Gestalt annahm. Die Fortschritte gegenüber der ersten Fünfjahrplanperiode waren augenfällig. Aber auch unter dem Aspekt der außerökonomischen Zielstellungen wurden nicht alle vorhandenen Möglichkeiten voll genutzt, wenn auch aus anderen Gründen, als wir sie bei der Betrachtung der ökonomischen Aufgabenstellung für die Wettbewerbsbewegung kennenlernten. Hauptsächlich war das darauf zurückzuführen, daß die wirtschaftsleitenden Organe - selbst die zentralen - die verschiedenen Formen und Methoden der Wettbewerbsbewegung überwiegend unter dem Aspekt der jeweiligen wirtschaftspolitischen Ziele betrachteten und die langfristigen persönlichkeitsbildenden Aufgabenstellungen dabei in

44 Kol'benkov, N. F., Usoveršenstvovanie rukovodstva promyšlennost'ju v SSSR 1956 - 1960 gg., Moskau 1961, S. 203 f.

45 Geschichte der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, Berlin 1971, S. 736.

den Hintergrund gedrängt wurden. Kennzeichnend für diese Situation sind vor allem jene Beispiele, wo die Betriebsführung sich bei der Entscheidung für oder gegen die Förderung bestimmter Methoden der Wettbewerbsbewegung allein von den Auswirkungen auf den Jahresplan oder von "Rentabilitätsabwägungen" leiten ließ. So betrachteten sie zum Beispiel die aus dem Direktorfonds erfolgenden Zahlungen auf Basis persönlicher Konten als Unkosten, weil die Materialeinsparungen, die einige wenige Arbeiter erzielten, durch die Materialverschwendung an anderen Stellen zunichte gemacht wurden.⁴⁶ Es wurde von den Leitern nicht berücksichtigt, welche Bedeutung es für die Bewußtseinsbildung jener Arbeiter hatte, aktiv und unmittelbar an der Realisierung eines volkswirtschaftlichen Zielles mitzuwirken.

Auf gleiche Weise wurde in einer Einschätzung der Abteilung Arbeitskräfte der Staatlichen Plankommission über die Entwicklung der sozialistischen Arbeits- und Forschungsgemeinschaften während des ersten Halbjahres 1960 dem Wachstum der sozialistischen Gemeinschaftsarbeit die Erfüllung der Kennziffern des Volkswirtschaftsplanes gegenübergestellt. Das war richtig und notwendig und trotzdem sehr einseitig, denn die mit der Bildung von sozialistischen Brigaden verfolgten Ziele erschöpften sich nicht darin, Motor der Produktionsplanerfüllung zu sein, und nicht jeder Schritt der Brigaden zur Entwicklung sozialistischer Persönlichkeiten konnte sich kurzfristig in höheren Produktionsergebnissen niederschlagen.

Anfang der sechziger Jahre schätzten aber anscheinend viele Wirtschaftsleitungen die sozialistischen Brigaden einseitig vom Standpunkt der - allerdings drückenden - ökonomischen Tagesaufgaben ein. Die Propagierung sowie die materielle und moralische Förderung der sozialistischen Brigaden und Arbeitsgemeinschaften ließen während des Produktionsaufgebotes vorübergehend nach. An die Stelle stürmischen Wachstums traten vorübergehend gewisse Anzeichen der Stagnation.

Tabelle 16

Entwicklung der sozialistischen Gemeinschaftsarbeit 1960 bis 1962⁺

Jahr	Mitglieder sozialistischer Brigaden u. Arbeitsgemeinschaften (in 1 000)	Index
1961	1 995	100
1962	1 952	97,8
1963	1 970	98,8

+ Berechnet nach Statistisches Jahrbuch der Deutschen Demokratischen Republik 1962, S. 187; 1963, S. 41; 1964, S. 57.

Zusammenfassend kann festgestellt werden, daß die Weiterentwicklung der staatlichen Leitungs- und Planungsmethoden in der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre, insbesondere die stärkere Delegierung von Entscheidungsbefugnissen im Prozeß der Planausarbeitung an die Betriebe, Möglichkeiten für eine quantitative Ausdehnung und qualitative Weiterentwicklung der Wettbewerbsbewegung sowie bessere Aussichten für die Realisierung eines breiteren Spektrums von Wettbewerbsformen und -methoden schuf. Damit dürfte sich der Beitrag der Wettbewerbsinitiativen der Werktätigen zur Realisierung der wirtschaftspolitischen Aufgaben-

DIE ZUKUNFT DER KAPITALISTISCHEN WIRTSCHAFT⁺

von Jürgen Kuczynski

Zukunft der kapitalistischen Wirtschaft?, und ein solches Thema noch von einem Marxisten behandelt, während doch schon eine Reihe selbst bürgerlicher Ökonomen an einer Zukunft für die kapitalistische Wirtschaft zu zweifeln beginnen!

Natürlich wird die kapitalistische Gesellschaft wie alle vorangegangenen Gesellschaftsordnungen, die versuchten, auf der Basis des Privateigentums an Produktionsmitteln zu wirtschaften, nach einiger Zeit zugrunde gehen.

Zwar - der Anfang war großartig. Engels und Marx haben die gewaltigen Leistungen der jungen Bourgeoisie im "Kommunistischen Manifest" geschildert. Aber gleichzeitig haben sie wissenschaftlich erklärt, warum dem so erstaunlichen Anfang kein "Enderfolg" sich anreihen konnte: Die Widersprüche, die Anarchie der Wirtschaft, welche das Privateigentum an Produktionsmitteln hervorruft, müssen zu immer neuen Krisen führen - bis das ganze System in eine andauernde Endkrise verfällt, so wie die Sklavenhaltergesellschaft der Antike oder die Feudalgesellschaft.

Darum heißt Zukunft hier: die der kapitalistischen Gesellschaft und damit der kapitalistischen Wirtschaft noch verbleibende Zeit. Das mögen in einigen Ländern nur noch Jahre, in anderen können es auch noch Jahrzehnte sein. Darum ist eine solche Zukunftsbetrachtung durchaus noch von Bedeutung - für die Menschen in der kapitalistischen Welt wie auch für die in den sozialistischen Ländern.

Die fünfziger und sechziger Jahre

Die wirtschaftliche Entwicklung der letzten 150 Jahre läßt sich in zwei etwa gleich große Perioden aufgliedern, deren erste von etwa 1825 bis 1900, deren zweite von 1900 bis zur Gegenwart reicht.

1825 brach die erste Wirtschaftskrise (zyklische Überproduktionskrise) in England aus. Der Kapitalismus war dort ausgereift, und in den folgenden drei Jahrzehnten folgten England andere Länder West- und Mitteleuropas sowie die Vereinigten Staaten von Amerika. 1857 konnte darum die erste internationale Wirtschaftskrise ausbrechen, die alle reifen kapitalistischen Länder erfaßte.

⁺ Der vorliegende Aufsatz ist ein Beitrag von J. Kuczynski zu einem im Paul List Verlag, München, erscheinenden Sammelband. Wir drucken den Aufsatz mit freundlicher Genehmigung des Verlages ab. - Die Redaktion

Seit der Jahrhundertwende, seit der Zeit um 1900, begannen die Monopole mehr und mehr die gesellschaftlichen Verhältnisse der kapitalistischen Welt zu beherrschen, und damit setzte die allgemeine Krise des kapitalistischen Systems ein, die im ersten Weltkrieg offen ausbrach und zur Schaffung des ersten sozialistischen Landes führte, ein Ereignis, das rückwirkend wieder die allgemeine Krise ganz außerordentlich verschärfte. Der Kapitalismus hatte die Herrschaft über ein Sechstel der Erde verloren. Dieser Verlust an Herrschaftsgebiet setzte sich nach dem zweiten Weltkrieg mit der Schaffung weiterer sozialistischer Länder und dem Zusammenbruch des Kolonialsystems fort.

Bis 1938, bis zum Ausbruch des zweiten Weltkrieges, läßt sich diese Entwicklung sehr gut an der Entwicklung der Industrieproduktion, die wir seit 1860 beobachten können, verfolgen.

Jährliche Steigerungsrate der Industrieproduktion in der kapitalistischen Welt¹

Periode	Prozent
1860 - 1880	3
1880 - 1900	4
1900 - 1913	4
1913 - 1938	2

Man sieht sofort den Bruch, der mit dem ersten Weltkrieg begann - die allgemeine Krise des kapitalistischen Systems setzt sich im ersten Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts auf dem Gebiet der Industrieproduktion noch nicht durch.

1939 bricht der zweite Weltkrieg mit ungeheuren zerstörenden Wirkungen aus - und dann folgen zwei Jahrzehnte, in denen das Wachstum der Industrieproduktion in der kapitalistischen Welt betrug:

1950 - 1969 5 Prozent².

Die Wachstumsrate war - allerdings auf wesentlich verkleinertem Gebiet! - wesentlich höher als in den vorangehenden 100 Jahren! Was war geschehen? Hatte sich der Kapitalismus plötzlich verjüngt? War es gelungen, die allgemeine Krise des vorangehenden Halbjahrhunderts in eine neue Blütezeit zu verwandeln? Stehen wir vor einer völlig neuen Situation?

Viele bürgerliche Ökonomen haben das in den zwei Jahrzehnten geglaubt. Sie meinten, daß es gelungen sei, die Wirtschaft "endlich in den Griff bekommen" zu haben mittels eines "Regulierungssystems". Sie meinten, endlich das sogenannte Magische Viereck, das Geheimnis des ökonomischen Steins der Weisen gelöst zu haben und künftig die vier Ecken der Basis ökonomischen Wohlstands - steigende Produktion, Vollbeschäftigung, stabile Preise und ausgeglichene Zahlungsbilanzen - gegen alle ernstesten Risse sichern zu können.

Wir wissen heute, daß sie sich geirrt haben.

Wie aber ist die Periode 1950 bis 1969 zu erklären?

1 Vgl. Patel, S. J., Rates of Industrial Growth in the last Century, 1860 - 1958, in: Economic Development and Cultural Change, Chicago, Bd. 9, Nr. 3, April 1961, S. 319.

2 Berechnung aufgrund der UNO-Statistik. Vgl. Monthly Bulletin of Statistics.

Zunächst ist festzustellen, daß auch in dieser Periode die allgemeine Krise des Kapitalismus fort dauerte.

Waren in den Jahren von 1945 bis 1949 zehn neue sozialistische Staaten entstanden, so wurde zwischen 1947 und 1960 praktisch die ganze Kolonialherrschaft des Kapitalismus gestürzt.

Man bedenke weiter das enorme Wachstum der Kriminalität und die Verbreitung des Rauschgifts in den führenden kapitalistischen Ländern.

Zahlreiche andere Faktoren könnte man noch anführen, um anzudeuten, daß die allgemeine Krise des kapitalistischen Systems auch in den Jahren 1950 bis 1969 noch angedauert hat.

Aber gerade ihre Erwähnung scheint die Entwicklung der Industrieproduktion, des Kernstücks der kapitalistischen Wirtschaft, noch unerklärlicher zu machen. Ebenso das damit zusammenhängende, im Vergleich zu den zwanziger und dreißiger Jahren, niedrige Niveau der Arbeitslosigkeit und die ebenfalls relativ markante Steigerung der Reallöhne.

Untersuchen wir, um die Entwicklung der Industrieproduktion zu erklären, zuerst die Entwicklung in einigen Ländern. Beginnen wir mit den USA:

Industrielle Produktion in den USA

(1957/59 = 100)

1929 (Höhepunkt vor der großen Krise)	38,4
1937 (Höhepunkt vor dem zweiten Weltkrieg)	39,7
1943 (Höhepunkt während des Krieges)	82,9
1952 (Höhepunkt nach 1943)	84,3
1959	105,6
1969	176,6

Die Entwicklung ist ganz unerwartet nach den vorangehenden Ausführungen.

Daß zwischen den Höhepunkten der Produktion in den zwanziger und in den dreißiger Jahren praktisch kein Unterschied besteht, mag wohl überraschen, aber nicht so sehr, weil man eine solche Tendenz nicht erwartete, sondern weil die Tendenz zur Senkung der Zuwachsrates sich so stark durchgesetzt hat, daß es praktisch zur Stagnation gekommen ist (mit riesigen Einbrüchen in den Krisen-jahren 1930/33).

Sodann erfolgt in den Kriegsjahren mehr als eine Verdoppelung der Produktion - und erst 1952 wird der Kriegshöhepunkt wieder überschritten! und selbst 1959, 16 Jahre danach, liegt die Produktion erst um rund ein Viertel über dem Kriegshöhepunkt.

Es kann also gar nicht die Rede davon sein, daß es in den fünfziger Jahren irgend-eine besondere Steigerung der Industrieproduktion gab. In der Tat lag die jährliche Steigerung der Industrieproduktion in den USA, die in den fünfziger Jahren etwa die Hälfte der nichtsozialistischen industriellen Produktion leisteten, etwa auf dem Niveau der schlimmen zwanziger und dreißiger Jahre der kapitalistischen Welt, das heißt bei rund 2 Prozent.

In den sechziger Jahren aber verdoppelte sich die Zuwachsrates und mehr: stieg auf rund 5 Prozent! Bedenkt man, daß sich die Militärausgaben der USA in den sechziger Jahren verdoppelten, dann wird man verstehen, woher die Produktion einen Anstoß bekam - man vergesse nicht, daß sie sich auch während des zweiten Weltkrieges verdoppelte!

Das heißt, wenn wir die Hälfte der kapitalistischen Weltindustrieproduktion, die der USA, betrachten, dann zeigt sie keine Besonderheit gegenüber der kümmerlichen Entwicklung in den zwanziger und dreißiger Jahren im Weltmaßstab - und die relativ höhere, an die kräftige Entwicklung im 19. Jahrhundert erinnernde, Steigerung in den sechziger Jahren findet ihre traurige Erklärung in außerordentlich verstärkter Rüstung und Kriegsproduktion.

Wie war die Entwicklung in der BRD?

Auf den ersten Blick macht diese einen imponierenden Eindruck:

Steigerungsraten der Industrieproduktion in der BRD³

1950 - 1959	7 Prozent
1960 - 1969	5 Prozent

Zweierlei muß man bei diesen Zahlen bedenken.

Einmal war die Industrieproduktion des deutschen Kapitalismus nach 1945 natürlich weit geringer als zuvor wegen des Kapazitäts- und Herrschaftsverlustes an den Sozialismus. Wenn zum Beispiel nach der amtlichen Statistik der Index der industriellen Produktion (1938 = 100) auf dem Gebiet der Bundesrepublik 1955 bei 170 lag, also eine Steigerung um 70 Prozent zeigte, dann lag sie mengenmäßig, verglichen mit der Produktion des Deutschen Reichs (innerhalb der Grenzen von 1937), 1955 jedoch noch unter dem Umfang der von 1938. Statt einer Steigerung um 70 Prozent auf dem Bundesgebiet beobachten wir keine Steigerung im Gesamtumfang der kapitalistischen Produktion auf deutschem Boden 1955 gegenüber 1938!

Untersuchen wir aber allein die Produktion auf dem Bundesgebiet, dann wird offenbar, daß die starke Zuwachsrate in der Produktion in den fünfziger Jahren auf die Wiederherstellung der durch den Krieg zerstörten Bauten und Maschinen sowie auf den Nachholebedarf zurückzuführen ist. Das gilt auch für Italien und Frankreich, in denen die Zuwachsrate der Produktion ebenfalls bei 4 Prozent und mehr, also beim kräftigen Wachstumsniveau des 19. Jahrhunderts lag. In Großbritannien lag die Wachstumsrate in den fünfziger Jahren nur bei 3 Prozent, da die Kriegseinwirkungen dort weit weniger stark gewesen waren als in den anderen hier genannten Ländern.

Jedoch setzte sich die relativ hohe Zuwachsrate sowohl in der Bundesrepublik wie allgemein in Westeuropa auch in den sechziger Jahren, in denen Wiederaufbau und Nachholbedarf keine sehr große Rolle mehr spielten, fort. Ich meine nun, daß für die sechziger Jahre, genau wie in den USA, die intensivere Aufrüstung eine beachtliche Rolle als Produktionsanstoß gespielt hat. Nach den Berechnungen von SIPRI (Stockholm International Peace Research Institute) stiegen die Rüstungsausgaben der europäischen NATO-Staaten zu festen Preisen von 1952 bis 1959 durchgehend um 18 Milliarden Dollar. Von 1959 bis 1969 aber stiegen sie um rund ein Drittel, auf über 24 Milliarden Dollar.⁴

Das heißt, die Sondersituation in den fünfziger und sechziger Jahren ist durch zwei Sonderfaktoren zu erklären: zuerst durch Wiederaufbau und Nachholbedarf und sodann durch die verstärkte Rüstung, die immer eine zeitlang die Produktion stimulieren kann.

³ Berechnet aufgrund des amtlichen Indexes der Industrieproduktion. Vgl. Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland.

⁴ Vgl. World Armaments and Disarmament, in: SIPRI Yearbook 1974, Stockholm 1974.

Fassen wir unsere Überlegungen zu den fünfziger und sechziger Jahren zusammen, dann können wir sagen: Sie stellen auch in Westeuropa, von den USA gar nicht zu reden, keine neue Epoche des Kapitalismus dar, in der man "endlich die Wirtschaft in den Griff bekommen" hat, sondern eine Episode beruhend auf Sonderfaktoren. -

Es wird für die kapitalistische Gesellschaft immer unmöglich sein, ihre anarchische Wirtschaft zu regulieren.

Schon Engels schrieb in einer Fußnote zum 3. Band des "Kapitals": "Die Tatsache, daß die rasch und riesig anschwellenden modernen Produktivkräfte den Gesetzen des kapitalistischen Warenaustausches, innerhalb deren sie sich bewegen sollen, täglich mehr über den Kopf wachsen - diese Tatsache drängt sich heute auch dem Bewußtsein der Kapitalisten selbst mehr und mehr auf. Dies zeigt sich namentlich ... in den Kartellen (Trusts) der Fabrikanten ganzer großer Produktionssphären zur Regulierung der Produktion und damit der Preise und Profite. Es ist selbstredend, daß diese Experimente nur bei relativ günstigem ökonomischen Wetter durchführbar sind. Der erste Sturm muß sie über den Haufen werfen und beweisen, daß, wenn auch die Produktion einer Regulierung bedarf, es sicher nicht die Kapitalistenklasse ist, die dazu berufen ist."⁵

Warum aber scheint die Regulierung bei "schönem Wetter" zu funktionieren? Ganz einfach deswegen, weil die kapitalistische Gesellschaft natürlich nicht eine Senkung der Produktion, sondern eine Steigerung "plant" - in den sechziger Jahren meistens eine Steigerung um 4 bis 5 Prozent. Und wenn die Produktion nun faktisch aufgrund der Gesetzmäßigkeiten ihrer Entwicklung um 3 bis 6 Prozent steigt, dann haben die "Planer" oder "Regulierer" den Eindruck, daß die "Planung" oder "Regulierung" doch irgendwie funktioniert.

"Der Spiegel" schildert die Atmosphäre in den sechziger Jahren so: "Selbstzufrieden rief Professor Walter Wolfgang Heller, wirtschaftspolitischer Chefberater der US-Präsidenten Kennedy und Johnson, das 'Zeitalter des Ökonomen' aus. Und der 'Rest der Welt', beobachtete Wirtschaftswissenschaftler Paul A. Samuelson vom Massachusetts Institute of Technology, 'oohote und aahate in Bewunderung' vor den vermeintlich unfehlbaren wirtschaftspolitischen Rezepten akademisch hochgetrimmter Nationalökonomien, die - mit Wachstums- und Preisprognosen auf die Kommastelle genau - vorgaben, die Wirtschaft fest im Griff zu haben.

Das war in der Mitte der sechziger Jahre - zu einer Zeit, da die US-Konjunktur bei relativ stabilen Preisen in das sechste Jahr ununterbrochenen Aufschwungs brummte und kurz darauf Ex-Hochschullehrer Karl Schiller die deutsche Wirtschaft aus dunkler Rezessions-Talsole in einen 'Aufschwung nach Maß' dirigierte. Ihr umfangreiches geld- und finanzpolitisches Instrumentarium reiche hin, kündeten die Ökonomen, rasch jeden Konjunktur-Knick wieder auszubügeln und den Geldwertschwund auf Schleich-Geschwindigkeit zu beschränken."⁶

Die gleiche Atmosphäre herrschte übrigens auch in den Jahren 1925 bis 1929, als Hillfending seine Theorie des "organisierten Kapitalismus" entwickelte und Hoover in seiner Kampagne für die Präsidentenwahl "ewigen Wohlstand" und "jedem Bürger der USA sein Huhn im Kochtopf" versprach.

Man kann auch noch weiter zurückgehen - in das Ende der achtziger Jahre des vorigen Jahrhunderts, als die Monopole eine gewisse Rolle zu spielen begannen

5 Marx, Karl, Das Kapital, Bd. 3, in: Werke, Bd. 25, Berlin 1964, S. 130.

6 Der Spiegel, 29. Jg., Nr. 3, 13. 1. 1975.

und Ökonomen wie Brentano eine Zeit voraussahen, in der die Monopole aufgrund ihrer "Regulierung der Produktion und Preise" die Anarchie, die ständigen Schwankungen und Krisen beseitigen würden. Gegen sie wandte sich, wie schon zitiert, Engels.

Sobald aber das "Schöne Wetter" aufhört, sobald aber die Produktion nur um 1 oder 2 Prozent steigt oder gar sinkt, dann stehen die Regulierer und Planer des Monopolkapitals hilflos vor dieser Entwicklung. Man sollte niemals die Riesensammlung amerikanischer Ökonomen um den Präsidenten Ford im Herbst 1974 vergessen, auf der jede "Schule" der Regulierer ihm einen anderen Rat gab, um Inflation und Rezession zu bekämpfen. Im Anschluß an diese Versammlung gab der Präsident der AFL-CIO, der Gewerkschaftszentrale, Ford den Rat, doch alle seine Wirtschaftsexperten davonzujagen. Man soll sich auch an den Leitartikel in "Der Welt" vom 12. Februar 1975 erinnern, der begann: "Angesichts der Konjunkturpolitik, die der Arbeitslosigkeit machtlos gegenübersteht ..." Ebenso machtlos steht sie einer sinkenden Produktion gegenüber.

Die siebziger und achtziger Jahre

Die Situation änderte sich grundlegend in den siebziger Jahren. Schon 1966/67 hatte es eine kleine Krise in der Bundesrepublik gegeben, die die Produktion 1967 gegenüber 1966 um 2 1/2 Prozent sinken ließ. Und auch in einigen anderen kapitalistischen Ländern sank die Produktion um ein geringes oder stagnierte oder stieg nur ganz wenig an. Aber diese "kleine Erschütterung" ging schnell vorüber, und alles schien wieder in Ordnung.

Dann kam die amerikanische Krise, in der die Produktion von 1969 bis 1970 um 4 Prozent sank und von 1970 bis 1971 stagnierte. Das war schon ernster, wenn auch in dem vorangehenden Vierteljahrhundert nicht ganz außergewöhnlich für die USA.

Dazu aber kam in den siebziger Jahren eine ganze Anzahl von Währungskrisen; sie führten zu einer ernsten Erschütterung des internationalen kapitalistischen Währungssystems, die heute noch nicht beseitigt ist, und von der kein Mensch sieht, wie und wann sie beseitigt sein wird.

Weiter: zu der Währungskrise gesellte sich eine Inflationskrise: Das Tempo der Inflation nahm schnell zu, in den führenden kapitalistischen Ländern verdoppelte sich das Inflationstempo, gemessen an den Lebenshaltungskosten, von 1972 bis 1973 und wieder von 1973 bis 1974; 1975 stiegen die Preise weiter.

Und dann brach 1974 in allen führenden kapitalistischen Ländern eine zyklische Überproduktionskrise aus, die in ihnen allen zu, zum Teil sehr starken, Produktionssenkungen und zu rapid steigender Arbeitslosigkeit geführt hat.

So stark ist die Erschütterung der Wirtschaft in allen diesen Ländern, daß Wirtschaftsfachleute wie Laien an die Krise von 1929 bis 1933 erinnert werden und erschreckt Vergleiche ziehen.

Manche sagen: Den "sieben fetten Jahren" folgen jetzt "sieben magere Jahre". Manche erinnern sich an einen Ökonomen namens Nikolaj Kondratjew, der eine merkwürdige "Große-Wellen-Theorie" entwickelt hatte, die dann von Joseph Schumpeter etwas abgewandelt übernommen wurde. Danach führen Häufungen besonders wirkungsvoller Erfindungen und Entwicklungen in der Produktions- und Verkehrstechnik zu Aufschwungsphasen, die eine Länge von 25 bis 30 Jahren haben, denen Abschwungsphasen von gleicher Länge folgen, da Phasen der Blüte

der Technik angeblich solche der "Verkrustung der industriellen Strukturen" nach sich ziehen. Entsprechend argumentieren diese Konjunkturanalysen, daß den 25 Jahren des Aufschwungs von 1945 bis 1970 nun 25 bis 30 Jahre des Abschwungs folgen werden - allerdings ohne daß sie zugleich eine "Verkrustung der industriellen Strukturen" oder technische Sättigung und Ähnliches voraussagen. Sie haben nicht die "Ursachen" der Entwicklung, sondern nur noch die Jahresspannen von Kondratjew übernommen. War die Kondratjewsche Theorie zu Ende der zwanziger Jahre zwar falsch, aber doch interessant und gedankenreich, so wird sie heute nur noch als schale Absurdität vorgetragen.

Aber auch in dieser Form hat sie noch ihre gesellschaftliche Bedeutung. Sie spiegelt die Ahnung oder Befürchtung wider, daß die nächste Zeit, daß die siebziger und achtziger Jahre ganz anders aussehen werden als die fünfziger und sechziger Jahre. Sicherlich werden die "Theoretiker des Pessimismus" nicht behaupten, daß sie eine äußerst labile und von, häufig einander folgenden, Krisen aller Art erschütterte Wirtschaft planen und sie entsprechend regulieren werden - aber in einem ähneln sie den Optimisten und Regulierern der fünfziger und sechziger Jahre: Sie glauben "die Wirtschaft im Griff zu haben", wenn auch nicht aktiv als Handelnde, so doch in passiver Kontemplation.

Und so kann es sehr gut sein, daß die Anhänger von Theorien wie denen von Kondratjew oder Schumpeter in der nächsten Zeit wieder an Einfluß gewinnen werden, da ihnen die Wirklichkeit insofern "Recht gibt", als die siebziger und achtziger Jahre in vielem den Jahren zwischen den beiden Weltkriegen viel mehr ähneln werden als den fünfziger und sechziger Jahren.

Ja, es kann auch sein, daß sie insofern nicht durch die Wirklichkeit hinsichtlich ihrer Theorien enttäuscht werden, als sie im Jahre 2000 sagen können: Hätte der Kapitalismus in den wichtigsten kapitalistischen Ländern ungestört durch soziale Umwälzungen weiter angedauert, dann wäre jetzt ein Aufschwung fällig gewesen - aber so ...

Faktisch ist es so: Die Anhänger all solcher Theorien, einschließlich der ganz primitiven, daß den sieben (bzw. zwanzig) relativ "fetten Jahren" nun sieben (bzw. fünfzigzwanzig) "magere Jahre" folgen werden, haben ebensowenig recht wie die Wirtschaftsplaner der sechziger Jahre, die glaubten, die kapitalistische Wirtschaft regulieren zu können, wenn sie eine Steigerung der Produktion um 5 Prozent voraussagten und die Produktion tatsächlich um 4 oder 5 oder 6 Prozent stieg.

Denn sie verstehen nicht die Bewegungsgesetze der kapitalistischen Wirtschaft. Warum haben wir unseren Ausführungen über die Zukunft der kapitalistischen Wirtschaft eine relativ so lange Analyse der fünfziger und sechziger Jahre vorangesetzt? Nicht etwa, weil ihre Analyse die Basis des Verständnisses für die Entwicklung in den folgenden Jahren legt, sondern um ihren besonderen, ihren Ausnahmecharakter zu erklären.

Die siebziger und achtziger Jahre knüpfen direkt an die Entwicklung der zwanziger und dreißiger Jahre an, bewegen sich im Rahmen der allgemeinen Krise des Kapitalismus auch auf dem Gebiet der Produktion und der Arbeitslosigkeit entsprechend der Analyse, deren Grundlagen Marx, Engels und Lenin gelegt haben. In seinem Werke "Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus" sprach Lenin von dem "schwindelerregenden technischen Fortschritt" des Kapitalismus und warnte davor zu glauben, daß dieser etwa im Stadium der Fäulnis des Kapitalismus, das wir Marxisten heute als allgemeine Krise des kapitalistischen Systems charakterisieren, aufhören würde. Diese Warnung wurde im Jahre 1916 ausgesprochen. Die folgenden Jahrzehnte haben ihre Berechtigung nur all-

zu klar bewiesen. Was aber soll die allgemeine Krise eines Systems bedeuten, in der der technische Fortschritt schwindelerregend ist?

Die allgemeine Krise des Kapitalismus bedeutet, daß dieses System den technischen Fortschritt entweder zum Selbstmord durch Krieg oder auch zur Ausschaltung aus der gesellschaftlichen Tätigkeit von Millionen Menschen in Form von Arbeitslosen benutzt.

Darum sprachen auch so viele Ökonomen in den zwanziger und dreißiger Jahren, falscherweise zwar, aber nicht ganz unrichtig, von der technologischen Arbeitslosigkeit. Nicht ganz unrichtig, weil die Verbesserung der Technik, weil die Rationalisierung des Produktionsprozesses der Anlaß war, Millionen Menschen arbeitslos auf die Straße zu werfen. Vom Anlaß aber ist ganz scharf die Ursache zu unterscheiden - und die Ursache der Massenarbeitslosigkeit ist die Unfähigkeit des Kapitalismus in seiner Niedergangphase, den Widerspruch zwischen der relativ langsamen Entwicklung der Produktion und der schnellen Entwicklung der Technik zu lösen.

Man vergleiche etwa folgende Entwicklung⁷:

Wachstumsrate von Produktion und Arbeitsleistung in den USA

Wirtschaftszyklus	Produktion in %	Arbeitsleistung in %
1859/1867	59	10
1868/1878	92	40
1878/1885	72	25
1885/1897	60	20
1897/1908	74	20
1908/1914	38	12
1915/1921	28	10
1922/1933	21	47
1933/1941	20	27

Immer war von einem Wirtschaftszyklus zum anderen die Produktion ganz wesentlich stärker als die Arbeitsleistung pro Arbeiter gestiegen. Darum konnte die Produktion von Wirtschaftszyklus zu Wirtschaftszyklus mehr und mehr Arbeiter im Produktionsprozeß beschäftigen. Erst mit den zwanziger Jahren änderte sich das, erst seit den zwanziger Jahren stieg die Arbeitsleistung (zum wesentlichen Teil wegen des technischen Fortschritts) schneller als die Produktion. Die Folge der Tatsache, daß die Arbeitsleistung stärker stieg als die Produktion, war natürlich eine sehr hohe Arbeitslosigkeit, eine riesige, wie es Marx nennt, industrielle Reservearmee.

Und wie in den USA war die Entwicklung in allen fortgeschrittenen kapitalistischen Ländern damals.

In den sechziger Jahren erschienen zahlreiche Artikel, die behaupteten, daß die industrielle Reservearmee abgeschafft worden sei.

Und in der Tat war die Arbeitslosigkeit in fast allen entwickelten kapitalistischen Staaten relativ wesentlich niedriger in den fünfziger und sechziger Jahren als

7 Vgl. zu diesen Berechnungen Kuczynski, Jürgen, Die Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus, Bd. 30: Darstellung der Lage der Arbeiter in den Vereinigten Staaten von Amerika seit 1898, Berlin 1966, S. 113, 142 f.

zwischen den beiden Weltkriegen. Kein Wunder bei folgender Entwicklung von Produktion und Arbeitsleistung⁸:

Wachstumsrate von Arbeitsleistung und Industrieproduktion

	Arbeitsleistung	
	1955/60	1960/65
USA	1,0	3,2
Japan	6,6	8,8
BRD	3,7	5,8
Großbritannien	2,0	2,4
Frankreich	5,1	5,2
Italien	5,4	6,2

	Industrieproduktion	
	1956/60	1961/65
USA	1,7	6,5
Japan	11,5	7,7
BRD	5,7	4,6
Großbritannien	2,8	3,2
Frankreich	4,6	4,2
Italien	7,4	4,7

Im allgemeinen waren die Wachstumsraten der Industrieproduktion deutlich höher als die der Arbeitsleistung - und das in einer Zeit, in der sich zusätzlich noch die Zirkulation und die Dienstleistungsbetriebe enorm ausdehnten! Kein Wunder, daß die allgemeine Arbeitslosigkeit im Vergleich zu der zwischen den beiden Weltkriegen relativ gering war.

Doch nun betrachten wir die Prognosen, die amerikanischen Wirtschaftsexperten der Budgetbotschaft des amerikanischen Präsidenten Ford von Anfang Februar 1975 angehängt haben:

Prognose der Wirtschaftsentwicklung in den USA

Jahr	Reales Wachstum des Bruttosozialprodukts in %	Arbeitslosigkeit in %
1973 ⁺	+ 5,9	4,9
1974 ⁺	- 2,2	5,6
1975	- 3,3	8,1
1976	+ 4,8	7,9
1977	+ 5,6	7,5
1978	+ 6,5	6,9
1979	+ 6,5	6,2
1980	+ 6,5	5,5

+ Faktische Entwicklung.

⁸ Berechnungen in: Position und Entwicklung der Ökonomie des BRD-Imperialismus, Berlin 1974, S. 13, 42 = Forschungsheft 4, 1974, des Instituts für Internationale Politik und Wirtschaft.

Natürlich ist es Unsinn, solche Prognosen zu machen. Natürlich werden die Zahlen für die Jahre 1975 bis 1980 nicht stimmen.

Und doch haben die Zahlen ihre Bedeutung. Denn sie zeigen, daß die Wirtschaftsexperten des Präsidenten eingesehen haben, daß trotz ihrer Annahme einer ständigen Steigerung des Bruttosozialprodukts ab 1976 - und zwar im Tempo und Ausmaß der besten Jahre in den beiden vorangehenden Jahrzehnten - die Arbeitslosigkeit hoch bleiben wird und nach einer durchschnittlichen jährlichen Zuwachsrate des Real-Bruttosozialprodukts von rund 6 Prozent im letzten Jahrzehnt (1976 bis 1980) sich fast genau auf dem Niveau des Krisenjahres 1974 befinden wird. Sie nehmen mit Recht an, daß steigende Arbeitsleistung und die Bevölkerungsbe-
 wegung (das heißt das Verhältnis von Zustrom von Erwerbstätigen und ihrem Abgang durch Alter, Krankheit und Tod) sich so entwickeln werden, daß auch eine Steigerung des Bruttosozialprodukts die Arbeitslosen nicht wird absorbieren, die Arbeitslosigkeit nicht wieder auf das Vorkrisenniveau wird senken können. Das heißt, sie rechnen trotz allem völlig unberechtigtem Optimismus für die Entwicklung des Sozialprodukts mit einer beachtlichen Arbeitslosigkeit, mit einer starken, einer Krise entsprechenden industriellen Reservearmee. Sie haben recht - wenn auch die industrielle Reservearmee voraussichtlich noch größer sein wird, als sie annehmen.

Und damit kommen wir zum ersten Charakteristikum der Zukunft der kapitalistischen Wirtschaft:

Die Arbeitsleistung wird eine Tendenz haben, stärker zu steigen als die Produktion, stärker als das reale Bruttosozialprodukt, und so wird es, genau wie in den Jahrzehnten zwischen den beiden Weltkriegen, eine ständig große Arbeitslosigkeit geben - auch bei steigender Produktion, auch bei wachsendem Sozialprodukt.

Das andere Gespenst, das neben der steigenden Arbeitslosigkeit heute durch die kapitalistische Welt wandert, ist die Inflation. Ihr Tempo hat sich in den siebenziger Jahren beachtlich erhöht. Es kann jedoch sehr gut sein, daß es sich im Gefolge der internationalen Überproduktionskrise in einer Reihe von Ländern in der nächsten Zeit vermindern wird. Es wäre kindisch, eine stete Verdoppelung der Inflationsrate, wie in den Jahren von 1972 bis 1974, voraussagen zu wollen.

Wie die Inflation in den Jahren 1972 bis 1974 in den sechs größten kapitalistischen Ländern zugenommen hat, deutet die folgende Übersicht an:

Steigerung der Lebenshaltungskosten gegenüber dem Vorjahr

	0 bis 4,9 %	5 bis 9,9 %	10 bis 14,9 %	15 und mehr %
1972	Japan USA	BRD Frankreich Großbritannien Italien	-	-
1973	-	BRD Frankreich Großbritannien USA	Italien Japan	-

	0 bis 4,9 %	5 bis 9,9 %	10 bis 14,9 %	15 und mehr %
1974 ⁺	-	BRD	USA	Frankreich Großbritannien Italien Japan

+ Letzte Angaben.

Die Frage betreffend die Zukunft kann nun aber nicht sein, wie sich die Inflation in den nächsten ein oder zwei Jahren entwickeln wird. Das ist schwer vorauszu- sehen. Die Frage ist vielmehr: Ist die Inflation als Tendenz zu einem notwendigen Element der kapitalistischen Wirtschaft, zu ihrem "steten Begleiter" geworden?⁹

Natürlich hat es immer in der Geschichte des Kapitalismus Inflation in diesem oder jenem Lande gegeben, im 20. Jahrhundert oft bis zu einem gewissen Grade bewußt herbeigeführt und bewußt wieder abgestoppt, um der Inflation eine Deflation folgen zu lassen - entsprechend den jeweiligen Profitinteressen des Kapitals.

Um dieses Phänomen geht es hier nicht. Worum es hier geht, ist doch folgendes: Warum konnte in den letzten Jahren trotz teilweise wirklicher Bemühungen von seiten verschiedener Regierungen das Inflationstempo nicht abgestoppt werden, und warum können wir damit rechnen, daß die Inflation in Zukunft mehr oder weniger andauern wird?

Neunzehnmal erklärten Präsident Nixon und sein Nachfolger Ford offiziell die Inflation zum Problem oder Hauptfeind Nummer 1. Auf zahlreichen internationalen Konferenzen von Wirtschaftsministern oder Finanzleuten der letzten Jahre wurde erklärt, man müsse unbedingt scharfe Maßnahmen gegen die Inflation ergreifen. Aber die Inflation beschleunigt sich von Konferenz zu Konferenz. Warum? Natürlich verdienen Teile des Kapitals an der Inflation. Andere Teile aber sind ganz ehrlich gegen die Inflation, weil sie von ihr, wie sie es nennen, "wachsende soziale Konflikte" befürchten. Sind die Kapitalgruppen, die gegen die Inflation sind, politisch schwächer als die anderen? Das ist nicht anzunehmen. Warum also dann die fortdauernde Beschleunigung der Inflation?

Ich glaube, eine der Hauptursachen der Inflation sind die laufend steigenden Ansprüche der Monopole an den Staat (einschließlich Länder, Gemeinden usw.), Ansprüche von zweierlei Art:

1. Subventionen in der verschiedensten Form: Steuernachlässe auf Investitionen, relativ niedrige Preise der verstaatlichten Betriebe für die Industrie (Eisenbahnfrachten, Elektrizität, Kohle etc.); große Leistungen des Staates an die Wirtschaft in der Infrastruktur (Straßenbauten usw.); direkte Subventionen in Form von Geldzahlungen (für Forschung und Entwicklung etc.).
2. Käufe des Staates von Monopolen zu Superpreisen. Das bezieht sich nicht nur auf Rüstungswaren, sondern auch auf "Käufe" wie zum Beispiel Straßen- und Häuserbauten, auf alle materiellen Ausgaben des Staates. Wie enorm die Profite der Monopole aus solchen Staatskäufen sind, läßt sich daran ermessen, daß zum Beispiel in der BRD die Preise, die der Staat für solche materiellen Waren den Mo-

⁹ Vgl. zum Folgenden auch Kuczynski, Jürgen, Die Weltwirtschaft des Kapitals, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Köln, 19. Jg., Nr. 9/1974.

nopolen zählt, von 1950 bis zur Gegenwart dreimal mehr gestiegen sind als die Preise der Lebenshaltung.

Ein solcher Preis, den die Monopole dem Staat anrechnen, sieht so aus:

Preis mit normalem Profit

Zuschlag für Monopolprofit

Zuschlag für Lieferung an den Staat.

Den letzteren Zuschlag kann man auch als Besteuerung des Staates durch die Monopole kennzeichnen.

All diese außerordentlichen Leistungen des Staates für die Monopole führen dazu, daß die Steuern nicht mehr zur Deckung der Staatsausgaben reichen, so daß der Staat (dazu die Länder und Gemeinden) immer mehr verschulden muß. Um aber entsprechende Kredite aufnehmen zu können, muß der Staat für eine entsprechende "Kreditflüssigkeit" sorgen. Diese aber erfordert wieder eine entsprechende Steigerung des umlaufenden Geldvolumens. Und diese führt zur Inflation.

In diesem Zusammenhang ist es von Interesse, die Entwicklung der Staatsschuld der USA (Federal debt) zu betrachten:

Staatsschuld der USA (in Mrd. Dollar)

1900	1, 3	1925	20, 5	1955	274, 4
1905	1, 1	1930	16, 2	1965	317, 3
1910	1, 1	1935	28, 7	1973	473, 3
1920	24, 3	1945	258, 7		

Vor dem ersten Weltkrieg blieb die Staatsschuld relativ stabil. Im Verlauf des ersten Weltkriegs stieg sie enorm an. Dann aber, zwischen den beiden Weltkriegen, wurde sie zunächst bedeutend reduziert, um später wieder etwas zu steigen. Im Verlauf des zweiten Weltkriegs ging sie wieder steil herauf - und dann erfolgte die Wendung: Dieser Anstieg dauerte auch nach dem zweiten Weltkrieg an, und 1975 wird die Staatsschuld mehr als doppelt so hoch sein wie am Ende des Krieges. Wenn die Monopole also die Inflation eindämmen wollen, müssen sie auf einen wesentlichen Teil der Staatsleistungen an sie (Subventionen, Preiszuschläge usw.) verzichten. Und dazu hat sich bisher noch keine Monopolgruppierung bereit erklärt.

Ganz im Gegenteil: die Budgets für 1974 und 1975 sollen, nach bisherigen Schätzungen, mit einem gemeinsamen Defizit in Höhe von 87 Milliarden schließen. Das heißt, in diesen zwei Jahren sollen die Schulden wesentlich mehr steigen als in den zwanzig Jahren von 1945 bis 1965, in die unter anderem der Korea-Krieg fiel!

Und entsprechend den Verhältnissen in den USA steigen auch die Staatsschulden in den anderen führenden kapitalistischen Ländern, insbesondere in der BRD. Ich meine darum, daß man als zweites Charakteristikum der Zukunft der kapitalistischen Wirtschaft nennen muß:

Es wird eine ständige Tendenz zur Inflation und Inflationsverschärfung geben, die nur gelegentlich durch ganz kurzfristige deflationistische Tendenzen in Zeiten schärfster Überproduktionskrisis unterbrochen werden kann; die Inflation ist zum ständigen Begleiter der kapitalistischen Wirtschaft geworden.

Wenn man die Wirkungen dieser beiden Charakteristika auf die Lage der Werktätigen überdenkt, dann sind sie wahrscheinlich bedeutend genug, um jetzt zwei allgemeine Feststellungen über die Zukunft der kapitalistischen Wirtschaft machen zu können:

Die sozialen Konflikte, die Streik-, die Klassenkämpfe werden in den siebziger und achtziger Jahren wesentlich heftiger als in den fünfziger und sechziger Jahren sein.

Die Labilität der Wirtschaft wird wesentlich größer als in den fünfziger und sechziger Jahren sein.

Ahnungen davon durchziehen heute auch schon vielfach die entsprechende Literatur der "westlichen Welt", deren häufiger Pessimismus seine dialektische Widerspiegelung im sozialistischen Optimismus für die Zukunft der Menschheit findet.

Nachbemerkung

Ich habe früher - im Gegensatz zu den vorangehenden Ausführungen - die Ansicht vertreten, daß die Jahre zwischen den beiden Weltkriegen die Ausnahme darstellen und die Entwicklung nach dem zweiten Weltkrieg normal wäre. So sagte ich zum Beispiel 1965 auf der Konferenz "Das staatsmonopolistische Herrschaftssystem in Westdeutschland" (einschließlich der im gedruckten Protokoll der Konferenz hinzugefügten Fußnote), auf der ich im übrigen so energisch gegen die Verballhornung der marxistischen Theorie der zyklischen Überproduktionskrise kämpfte: "Lenin hat in seiner bekannten Arbeit über den Imperialismus die Monopole und ihre Wirkungen sehr intensiv untersucht, er hat aus ihnen die zunehmende Fäulnis des Systems und alle möglichen Hemmungen, die sich für die Entwicklung der Wirtschaft aus den Monopolen ergeben, abgeleitet. Aber dann hat er gesagt: Trotz dieser Hemmungen entwickelt sich der Kapitalismus bedeutend schneller als früher; und über die Entwicklung der Technik hat er bemerkt, daß sie 'schwindelerregend' sei ... Das heißt, wenn wir die Entwicklung des Kapitalismus heute betrachten, dann soll unsere Reaktion sein: Nun, der Kapitalismus entwickelt sich in dem Tempo, über das wir im 'Kommunistischen Manifest', im 'Kapital' und in Lenins 'Imperialismus' gelesen haben."⁺

+ Nach der Konferenz erschien die Übersetzung eines Aufsatzes von A. Arsumanjan, in dem er über die heutige schnelle Steigerung der Produktion in den kapitalistischen Ländern schreibt: 'Ganz allgemein gesagt, ist das Wachstum der Produktion in kapitalistischen Ländern für die Marxisten nichts Überraschendes. Die marxistisch-leninistische Theorie von der Reproduktion und Realisierung des gesellschaftlichen Produktes erklärt diese Erscheinung voll und ganz.' (A. Arsumanjan: Aktuelle Probleme der internationalen revolutionären Bewegung. In: Sowjetwissenschaft, Gesellschaftswissenschaftliche Beiträge, 1965, Heft 4, S. 350.)"

Sicherlich hat sich der Kapitalismus unter der Herrschaft des Monopolkapitals bedeutend schneller als zuvor entwickelt: Auf der Konferenz gab ich bereits Lenins Hinweis auf die Technik. Man sollte auch an die beschleunigte Entwicklung der Konzentration des Kapitals und seine qualitativ viel höhere Form im Monopol gegenüber der Aktiengesellschaft denken oder an die Beschleunigung des Verkehrs oder an die so eilige Erweiterung der Zirkulation.

Aber ich meine nicht mehr, daß sich das auf den Kernprozeß der kapitalistischen Gesellschaft, die Erweiterung der materiellen Reproduktion in der Industrie, beziehen muß. Während ich früher dazu aufforderte, die Besonderheit der Entwicklung zwischen den beiden Weltkriegen zu erklären, ohne selbst fähig zu sein, eine solche Erklärung zu geben, meine ich jetzt, es gilt die Besonderheit der Entwicklung in den fünfziger und sechziger Jahren auf dem westeuropäischen Kontinent (in den USA und in Großbritannien fand zum großen Teil gar keine von den zwanziger und dreißiger Jahren so wirklich verschiedene Entwicklung statt) zu erklären, und ich hoffe, daß mir zumindest Ansätze dazu im Vorangehenden gelungen sind.

ZUR DISKUSSION UM DEN HISTORISCHEN PLATZ DES STAATSMONOPOLISTISCHEN KAPITALISMUS IN DER NEUEREN MARXISTISCH-LENINISTISCHEN LITERATUR¹

von Helga Nussbaum

In der international wachsenden Zahl marxistischer Publikationen über Probleme des staatsmonopolistischen Kapitalismus hat in den letzten Jahren auch die Diskussion um seinen historischen Platz wieder zugenommen. Eine ausführliche Auseinandersetzung mit sämtlichen Aspekten der verschiedenen Standpunkte ist im Rahmen eines Zeitschriftenartikels nicht möglich, aber auch ein knapper Überblick mit kritischen Kommentaren mag nützlich sein.

Es soll zunächst die Entwicklung des eigenen Standpunktes resümiert, sodann sollen einige Aspekte anderer Auffassungen diskutiert und zum Schluß noch einmal weitere eigene Überlegungen thesenartig zusammengefaßt werden.

In einer 1970 veröffentlichten Studie der Verfasserin zur Genesis des staatsmonopolistischen Kapitalismus in Deutschland², in der auch ausführlich die entsprechenden Bemerkungen von Marx, Engels und Lenin analysiert wurden³, wurde einleitend festgestellt, daß der historische Platz des staatsmonopolistischen Kapitalismus in der gegenwärtigen marxistisch-leninistischen Literatur keine einheitliche Interpretation findet, und dazu bemerkt: "Die Unterschiedlichkeit der Ansichten ist eigentlich nicht verwunderlich, wenn man bedenkt, wie ungleichmäßig sich der Prozeß der 'Vereinigung der Riesenmacht des Kapitalismus mit der Riesenmacht des Staates zu einem einzigen Mechanismus' vollzog und vollzieht - ungleichmäßig sowohl innerhalb der einzelnen Länder als auch im internationalen Maßstab. Gibt es schon einen exakten Bewertungsmaßstab für den Umfang, die Intensität und die Auswirkungen dieses Vereinigungsprozesses in den jeweiligen Perioden oder Ländern?"⁴

Dieser Studie lag die Auffassung zugrunde, daß es sich beim staatsmonopolistischen Kapitalismus um ein "Kennzeichen", "Merkmal" oder einen "Grundzug" des Imperialismus handelt, der sich im Laufe der Entwicklung - ähnlich wie die anderen "Merkmale" - verstärkt, nicht aber um eine besondere Phase des Impe-

1 Ergänzte Fassung des Schlußkapitels der Dissertation B mit dem Titel "Studien zur staatsmonopolistischen Entwicklung des deutschen Imperialismus bis 1914", verteidigt am 10. 1. 1975 an der Akademie der Wissenschaften der DDR.

2 Nussbaum, Helga, Zur Imperialismustheorie W. I. Lenins und zur Entwicklung staatsmonopolistischer Züge des deutschen Imperialismus bis 1914, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1970, T. 4, S. 25 - 65.

3 Ebenda, S. 28 - 35, hierauf sei ausdrücklich verwiesen.

4 Ebenda, S. 27.

rialismus, der eine andere, "privatmonopolistische" Phase vorausgegangen sei. Da es sich bei der genannten Studie um die Anfangskapitel eines Abrisses (der Entwicklung bis 1945) handelt⁵, wurde dort erst in diesen Gedankengang eingeführt. Etwas weitergeführt wurde er in den ebenfalls von der Verfasserin stammenden Schlußbemerkungen des Abrisses, die aber bisher, ebenso wie die anderen, von anderen Autoren verfaßten Kapitel des Abrisses, nicht veröffentlicht worden sind.

Bevor weitere Überlegungen angestellt werden, soll der Extrakt jener Schlußbemerkungen hier dargelegt werden, um die eigene Position bzw. ihre Entwicklung zu verdeutlichen.

In dem Abriß ist versucht worden, herauszuarbeiten, in welchen konkreten Erscheinungen sich die Herausbildung des staatsmonopolistischen Kapitalismus in Deutschland bis 1945 vollzog und welche allgemeinen, speziellen und situationsbedingten Triebkräfte wirksam waren. Es ist erörtert worden, daß die Entfaltung des Grundwiderspruchs der kapitalistischen Produktionsweise - des Widerspruchs zwischen dem wachsenden gesellschaftlichen Charakter der Produktivkräfte und den kapitalistischen Produktionsverhältnissen - die grundlegende Triebkraft der Entwicklung zum staatsmonopolistischen Kapitalismus darstellt; daß die Verschärfung des Grundwiderspruchs sich in der Verschärfung einer ganzen Reihe anderer Widersprüche äußert, die ihrerseits zu Triebkräften der Entwicklung des staatsmonopolistischen Kapitalismus werden; daß die monopolkapitalistische Gesellschaft nicht existieren kann, ohne daß - früher oder später - staatsmonopolistische Formen entwickelt werden, daß also staatsmonopolistischer Kapitalismus eine gesetzmäßige Erscheinung des imperialistischen Stadiums des Kapitalismus ist. Dabei ist ersichtlich geworden, wie sprunghaft und ungleichmäßig sich die Entwicklung des staatsmonopolistischen Kapitalismus in Deutschland vollzog, wie Perioden einer gewissermaßen "organischen" Entwicklung abgelöst wurden von Perioden hektischer Neubildungen, aber auch von Perioden, in denen die Entwicklung relativ ziel"bewußt" vorangetrieben wurde. Es ist ferner ersichtlich geworden, daß die Schwerpunkte der Entwicklung sich häufig verlagerten, daß die Weiterentwicklungen auf einem Gebiet durchaus von Rückentwicklungen auf einem anderen Gebiet begleitet sein konnten. Man wird den Gang der Geschichte niemals richtig deuten und verstehen können - und also keine Schlüsse für die Zukunft ziehen können -, wenn man die "Verschärfung der dem Kapitalismus immanenten Widersprüche" als einen stetig verlaufenden Prozeß betrachtet. Der Grundwiderspruch des Kapitalismus ist - solange letzterer existiert - ständig wirksam, aber er muß sich nicht stetig verschärfen. Allein schon seine ständige Wirksamkeit erzwingt eine Fortentwicklung der Verhältnisse. "Die wahre Schranke der kapitalistischen Produktion ist das Kapital selbst", schrieb Marx und fuhr fort: "Die Schranken, in denen sich die Erhaltung und Verwertung des Kapitalwerts, die auf der Enteignung und Verarmung der großen Masse der Produzenten beruht, allein bewegen kann, diese Schranken treten daher beständig in Widerspruch mit den Produktionsmethoden, die das Kapital zu seinem Zweck anwenden muß, und die auf unbeschränkte Vermehrung der Produktion, auf die Produktion als Selbstzweck, auf unbedingte Entwicklung der gesellschaftlichen Pro-

⁵ Die Entwicklung des staatsmonopolistischen Kapitalismus in Deutschland bis 1945. Ein wirtschaftshistorischer Abriß, ausgearbeitet von einem Kollektiv der Abteilung Wirtschaftsgeschichte des Imperialismus am Institut für Wirtschaftsgeschichte der AdW, Leitung Lotte Zumpe, Berlin 1970.

duktivkräfte der Arbeit lossteuern. Das Mittel - unbedingte Entwicklung der gesellschaftlichen Produktivkräfte - gerät in fortwährenden Konflikt mit dem beschränkten Zweck, der Verwertung des vorhandenen Kapitals. Wenn daher die kapitalistische Produktionsweise ein historisches Mittel ist, um die materielle Produktivkraft zu entwickeln und den ihr entsprechenden Weltmarkt zu schaffen, ist sie zugleich der beständige Widerspruch zwischen dieser ihrer historischen Aufgabe und den ihr entsprechenden gesellschaftlichen Produktionsverhältnissen.⁶ Diese hier von Marx dargelegte Auffassung vom beständig wirkenden Widerspruch, vom fortwährenden Konflikt schließt die Möglichkeit - oder sogar die Notwendigkeit - von Teillösungen oder vorübergehenden Lösungen mit ein⁷; gleichzeitig werden aber die grundlegenden Widersprüche ständig neu reproduziert: "Die kapitalistische Produktion", schrieb Marx im Zusammenhang mit dem eben Zitierten, "strebt beständig, diese ihr immanenten Schranken zu überwinden, aber sie überwindet sie nur durch Mittel, die ihr diese Schranken aufs neue und auf gewaltigerem Maßstab entgegenstellen."⁸ In diesen knappen Sätzen ist das Wesen des Entwicklungsprozesses des staatsmonopolistischen Kapitalismus umrissen. Es ist ein Prozeß von fortwährenden Konflikten, ihrer teilweisen Überwindung und ständigen Neuerzeugung. Nicht jeder einzelne Widerspruch muß sich stetig, das heißt ununterbrochen verschärfen, aber die Tendenz, der Richtungssinn der Bewegung der Widersprüche ist die Verschärfung. "Wenn es einerseits unübersehbar ist (und von Marx durch zahlreiche Fakten bestätigt wurde), daß die Widersprüche der kapitalistischen Gesellschaft die Tendenz haben, sich partiell auszugleichen und durch relative Lösungen den Bewegungsprozeß der Grundverhältnisse zu ermöglichen, so ist es andererseits eine Tatsache, daß die bestimmenden Widersprüche der kapitalistischen Gesellschaft sich in der Form ihrer Verschärfung und Zuspitzung entwickeln. Beide Tendenzen stehen im Verhältnis eines dialektischen Widerspruchs."⁹

Wenn "Verschärfung und Zuspitzung" die Tendenz, die Bewegungsrichtung der dem Kapitalismus immanenten Widersprüche ist, die Verschärfung selbst aber nicht stetig ist, so ist es klar, daß sich die aus dem widersprüchlichen Grundverhältnis ableitbaren Widersprüche ebenfalls weder stetig verschärfen noch alle gleichzeitig verschärfen, sondern daß sie in ihren Bewegungsphasen meist gegeneinander verschoben sein werden. Marx schrieb einmal in bezug auf die inneren Widersprüche des kapitalistischen Reproduktionsprozesses, die widerstrebenden Agentien "machen sich bald mehr nebeneinander im Raum, bald mehr nacheinander in der Zeit geltend."¹⁰ Auch in der Widerspruchsentwicklung gibt

6 Marx, Karl, Das Kapital, Bd. 3, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 25, Berlin 1964, S. 260. - Hervorhebungen von mir - H. N.

7 Zur Problematik der Widerspruchsbewegung im Kapitalismus vgl. u. a. Wagner, Hans, Neue Fragestellungen in der politischen Ökonomie des Imperialismus und ihre Beziehungen zur wirtschaftshistorischen Forschung, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1966, T. 4, S. 96 - 125; Imperialismus heute, Der staatsmonopolistische Kapitalismus in Westdeutschland, hg. v. Institut für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED, Berlin 1965, Kap. 10; Stiehler, Gottfried, Die Marx'sche Analyse der Widersprüche im "Kapital" und der staatsmonopolistische Kapitalismus, in: Deutsche Zeitschrift für Philosophie, Nr. 8/1967.

8 Marx, Karl, a. a. O., S. 260.

9 Stiehler, Gottfried, a. a. O., S. 961.

10 Marx, Karl, a. a. O., S. 259.

es also ein Gesetz der Ungleichmäßigkeit; deshalb erfolgt auch die Herausbildung des staatsmonopolistischen Kapitalismus nicht in Form der "synchronen" oder "harmonischen" Entwicklung aller seiner Seiten, sondern sie erweist sich, wie es in "Imperialismus heute" formuliert ist, "als der Prozeß der Entfaltung seiner einzelnen Seiten, als die schrittweise Entwicklung von Teilbereichen ..."¹¹ Die einzelnen Seiten des staatsmonopolistischen Kapitalismus entfalten sich ungleichmäßig, das heißt nicht alle gleichzeitig und in gleichem Tempo in einem Lande, aber auch nicht alle gleichzeitig und in gleichem Tempo im Weltmaßstab. Unter "Entfaltung seiner einzelnen Seiten" und der "schrittweisen Entwicklung von Teilbereichen" sollte man aber nun nicht Prozesse verstehen, in denen es keinerlei Rückschritte gibt. Fassen wir als einen "Teilbereich" einen Augenblick lang die zentrale staatliche Steuerung der Produktion ins Auge. Sie war in Deutschland 1925 zweifellos weitaus schwächer ausgebildet als 1917, 1964 weitaus schwächer als 1944. Wolten wir eine solche Entwicklung graphisch abbilden, ergäbe sich etwa eine Zickzackkurve, deren Trend wahrscheinlich nicht aufwärtsweisend ist. Ein ähnliches Bild würde höchstwahrscheinlich eine genaue Vergleichung des Umfangs des staatlichen Eigentums 1925 und 1964 ergeben. Nehmen wir jedoch andere Teilbereiche, wie etwa die Methodik der Regelung des Reproduktionsprozesses mittels "ökonomischer Hebel", die Steuerung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts oder auch den ganzen Komplex der geistigen Manipulierung der Gesellschaft, so können wir in Westdeutschland - schon Mitte der sechziger Jahre - eine Höherentwicklung gegenüber allen früheren Phasen des staatsmonopolistischen Kapitalismus in Deutschland feststellen. Schrittweise Entwicklung der Teilbereiche kann durchaus Rückschritte in einzelnen dieser Teilgebiete mit einschließen und dennoch eine Weiterentwicklung des staatsmonopolistischen Kapitalismus insgesamt ergeben. Noch deutlicher wird dies, wenn man die internationale Entwicklung ins Auge faßt. So war, um nur ein Beispiel zu nennen, der relative Umfang des staatlichen Eigentums in den zwanziger Jahren in Deutschland weitaus größer als in anderen imperialistischen Ländern, ragt aber heute nicht mehr aus dem allgemeinen Niveau heraus.

"Ungleichmäßige Entfaltung der Teilbereiche innerhalb eines Landes - beruhend auf der ungleichmäßigen Zuspitzung der Widersprüche - ungleichmäßige Entfaltung im Weltmaßstab -", so wurde zusammenfassend in jenen Schlußbemerkungen von 1970 formuliert, "dies ist offensichtlich der objektive Grund dafür, daß es bis jetzt in der marxistischen Literatur noch keine einhellige Meinung gibt über die Entwicklungsstadien des staatsmonopolistischen Kapitalismus, darüber, ob und wann qualitative Sprünge stattgefunden haben. Eine allgemeingültige Aussage darüber zu treffen, wann entscheidende qualitative Sprünge stattgefunden haben, setzt zumindest zweierlei voraus: Die Feststellung von Kriterien (welche Teilbereiche sind die entscheidenden); die Erarbeitung von Maßstäben für den Entwicklungsstand dieser Kriterien (Teilbereiche).

Erst diese Voraussetzungen würden einigermaßen exakte Vergleiche zwischen dem Entwicklungsstand staatsmonopolistischer Formen in verschiedenen geschichtlichen Perioden und verschiedenen Ländern ermöglichen. Es besteht kein Zweifel, daß es schwierig ist, diese Voraussetzungen zu erarbeiten. Obwohl die Diskussion darüber im Gange ist, bleibt noch viel zu tun übrig, so daß sich der zukünftigen Forschungsarbeit noch ein weites Feld bietet."

¹¹ Imperialismus heute, a. a. O., S. 13.

Abschließend wurde vom Kollektiv der Versuch einer etwas ausführlicheren Definition unternommen: "Staatsmonopolistischer Kapitalismus ist ein Grundzug des imperialistischen Stadiums des Kapitalismus. Er ist gekennzeichnet durch die Verschmelzung der zunächst vorwiegend ökonomischen Macht der kapitalistischen Monopole mit der zunächst vorwiegend politischen Macht des Staates. Die Verschmelzung der ökonomischen und staatlich-politischen Machtpositionen äußert sich funktionell, institutionell und in der Eigentumsstruktur. Sie erweist sich für die Aufrechterhaltung des monopolkapitalistischen Gesellschaftssystems als notwendig und unabdingbar, weil

1. der Prozeß der normalen, das heißt erweiterten Reproduktion des Kapitals unter den Bedingungen weitgehender Monopolisierung, das heißt bei Abschwächung des Regulierungsmechanismus der freien Konkurrenz nicht funktionieren kann ohne jegliche zentrale Koordinierung und Steuerung und
2. das Monopolkapital bestrebt sein muß, zu gewährleisten, daß die notwendigen regulierenden Staatseingriffe in der Richtung erfolgen, daß nicht nur die materielle Reproduktion, sondern auch die Reproduktion des Kapitalverhältnisses, das heißt des Ausbeutungsverhältnisses, gesichert wird.

Diese notwendige Verschmelzung ökonomischer und staatlich-politischer Macht erzeugt deshalb mit ebensolcher Notwendigkeit die Tendenz zur Regulierung aller Sphären der Gesellschaft mit Hilfe von außerökonomischem Zwang und Manipulation.

Die Verschmelzung der ökonomischen und staatlich-politischen Macht, die schon Lenin als notwendige Folge der Etablierung des Monopolkapitals betrachtete, gehört zu den Merkmalen der imperialistischen Epoche, durch die sie als 'Übergangsperiode' gekennzeichnet wird. 'Der Imperialismus erwuchs als Weiterentwicklung und direkte Fortsetzung der Grundeigenschaften des Kapitalismus überhaupt. Zum kapitalistischen Imperialismus aber wurde der Kapitalismus erst auf einer bestimmten, sehr hohen Entwicklungsstufe, als einige seiner Grundeigenschaften in ihr Gegenteil umzuschlagen begannen, als sich auf der ganzen Linie die Züge einer Übergangsperiode vom Kapitalismus zu einer höheren ökonomischen Gesellschaftsformation herausbildeten und sichtbar wurden. Ökonomisch ist das Grundlegende an diesem Prozeß die Ablösung der kapitalistischen freien Konkurrenz durch die kapitalistischen Monopole.'

Das Monopol aber fordert durch seine Existenz 'die Staatseinmischung heraus'.⁺⁺ Deshalb ist der grundlegende ökonomische Prozeß der Monopolbildung begleitet von einer Umwandlung der Rolle des Staates: Der Staat bildet zusätzlich zu seiner Funktion als ideeller Gesamtkapitalist die Funktion des realen Gesamtmonopolisten aus und wird zur ökonomischen Potenz im Reproduktionsprozeß.

Dieser Umwandlungsprozeß, der nur in Form der oben genannten Verschmelzung vor sich gehen kann, beginnt daher mit der Herausbildung des Monopolkapitalismus.

Letztlich beruht die Herausbildung des staatsmonopolistischen Kapitalismus auf der schnellen Entfaltung der Produktivkräfte und der dazu im Widerspruch stehenden Aufrechterhaltung der kapitalistischen Eigentumsverhältnisse. Die Zuspitzung des Grundwiderspruchs des Kapitalismus, das heißt des Widerspruchs

+ Lenin, W. I., Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus, in: Werke, Bd. 22, Berlin 1960, S. 269 f.

++ Marx, Karl, a. a. O., S. 454.

zwischen der zunehmenden Vergesellschaftung des Produktionsprozesses und den kapitalistischen Aneignungsformen ist die grundlegende Ursache für die Herausbildung staatsmonopolistischer Formen. Sie stellen den Versuch dar, diesen Widerspruch im Rahmen der kapitalistischen Ordnung selbst zu lösen. Der staatsmonopolistische Kapitalismus führt jedoch nicht zu einer Lösung der ökonomischen und sozialen Widersprüche, sondern letztlich zu ihrer Vertiefung. Es ist die eigentümliche Dialektik des staatsmonopolistischen Kapitalismus, daß er einerseits unmittelbar die materiellen Voraussetzungen für den Sozialismus schafft, andererseits das aggressive und volksfeindliche Wesen des Kapitalismus auf die höchste ausbildet.

In welchem Tempo sich in den einzelnen Ländern aus der anfänglichen Verschmelzung von Monopolmacht und Staatsmacht auf einzelnen Abschnitten ein System staatsmonopolistischer Formen entwickelt, das das gesamte wirtschaftliche und gesellschaftliche Leben bestimmt und mehr und mehr bewußt gestaltet wird, hängt davon ab, in welchem Maße sich die verschiedenen Widersprüche zuspitzen und in welchem Maße daher das Monopolkapital des betreffenden Landes eines solchen Systems im internationalen Konkurrenzkampf und im nationalen und internationalen Klassenkampf bedarf. Mit dem Fortschreiten der allgemeinen Krise des Kapitalismus wird der letztgenannte Faktor zu einem Hauptfaktor, der bewirkt, daß trotz Weiterbestehens der internationalen kapitalistischen Konkurrenz die staatsmonopolistische Verflechtung im Maßstab ganzer imperialistischer Staatengruppen einsetzt und voranschreitet. "

Soviel zur etwas genaueren Kennzeichnung der damaligen "eigenen" Position, die durch weitere konkrete Forschungen und weitere Überlegungen bisher nicht wesentlich geändert, höchstens präzisiert worden ist.

Ein grundlegender Qualitätsumschlag in der Entwicklung der Produktionsverhältnisse innerhalb des Monopolkapitalismus läßt sich meines Erachtens noch immer nicht beweisen, ein Qualitätsumschlag, der uns berechtigen könnte, von einer "privatmonopolistischen" und einer "staatsmonopolistischen" Phase des Imperialismus zu sprechen; die grundlegenden Produktionsverhältnisse des gegenwärtigen Kapitalismus sind noch immer "privatmonopolistisch". Dabei stellt die Bestimmung "noch immer" im Grunde genommen sogar eine Unterbreitung dar, denn das "private" Monopolkapital ist in den vergangenen siebenzig Jahren in seinem materiellen Umfang - und damit in seiner Macht - natürlich ungeheuer angewachsen; beherrschte es um 1900 wesentliche Kommandohöhen der Ökonomik, so durchdringt es nunmehr in zunehmendem Maße alle Bereiche der Ökonomik und des gesamten gesellschaftlichen Lebens, wobei selbst dieser Durchdringungsprozeß noch nicht abgeschlossen ist. Verflochten mit diesem Prozeß des Anwachsens und der Ausdehnung des Monopolkapitals entwickelte sich die "Kooperationsgemeinschaft" zwischen Staat und Monopolen. Ähnlich wie bei der Entwicklung des Monopolkapitals und dem Prozeß seines Eindringens in die verschiedenen Sphären der ökonomischen Basis im 20. Jahrhundert, der ebenfalls wellenförmig oder sprunghaft verlief, lassen sich bei der Entwicklung der Beziehungen zwischen Staat und Monopolen sprunghafte oder etappenweise Verstärkungen feststellen. Derartige Qualitätssprünge in der Entwicklung des staatsmonopolistischen "Grundzugs" wurden hervorgerufen durch: den ersten Weltkrieg und die Oktoberrevolution, ihre weltpolitischen und weltwirtschaftlichen Folgen; die Weltwirtschaftskrise 1929 bis 1933; den zweiten Weltkrieg, seine weltpolitischen und weltwirtschaftlichen Folgen und den Beginn der wissenschaftlich-technischen Revolution.

An jeden dieser drei Zeit"punkte" wird nun von den verschiedenen Vertretern der Phasentheorie jeweils der ihrer Meinung nach grundlegende Qualitätsumschlag verlegt, also der Übergang von der Phase des privatmonopolistischen in die Phase des staatsmonopolistischen Kapitalismus. Auf diese Weise haben sich jetzt - zusammen mit der Auffassung vom "Grundzug" - vier Gruppen von Auffassungen über den historischen Platz des staatsmonopolistischen Kapitalismus herausgebildet.

Hierbei ist zu beachten, daß das in den eingangs angeführten Darlegungen von 1970 angeschnittene Problem des Mangels an Kriterien noch immer besteht, wie kürzlich Borko konstatierte: "Die Entwicklung des staatsmonopolistischen Kapitalismus brachte viel Neues mit sich, und zwar nicht nur im Vergleich zum Kapitalismus des beginnenden 20. Jahrhunderts, sondern auch der dreißiger und vierziger Jahre. Darüber gibt es in der marxistischen Literatur keine Meinungsverschiedenheiten. Unterschiede bestehen hingegen in der Einschätzung des Ausmaßes und des Grades dieses Neuen. Die Diskussion über diese Frage währt nun schon einige Jahre, und sie hat die Erforschung des gegenwärtigen Kapitalismus zweifelsohne vorangebracht. Bei aller Fruchtbarkeit wies diese Diskussion indes auch einen Mangel auf: Es fehlen klar formulierte Kriterien, anhand deren sich der Charakter und der Grad der Wandlungen in der kapitalistischen Produktionsweise bestimmen ließen. Was soll als Maßstab für den Übergang des Kapitalismus von einem qualitativen Zustand in einen anderen gelten? Wo liegt die Grenze zwischen dem Anhäufen quantitativer Veränderungen in der kapitalistischen Produktionsweise und dem qualitativen Sprung in der Entwicklung dieser Produktionsweise?"¹²

Betrachten wir einige der verwendeten Kriterien. In sehr prononciert Form wird in der Kollektivarbeit französischer Marxisten "Der staatsmonopolistische Kapitalismus" die Phase des "einfachen Monopolkapitalismus" (bis zum zweiten Weltkrieg) der Phase des "staatsmonopolistischen Kapitalismus" (nach dem zweiten Weltkrieg) gegenübergestellt. Es wird aber dennoch nicht klar genug ausgedrückt, worin der entscheidende Unterschied der beiden Phasen bestehen soll. Einleitend wird der staatsmonopolistische Kapitalismus kurz definiert: "Er ist jenes Stadium des Imperialismus, in dem die monopolistischen Strukturen erweitert werden, und innerhalb dieses Stadiums wiederum die gegenwärtige Phase, in der sich das Eingreifen des Staates und eine wachsende Verflechtung zwischen den Monopolen und dem Staat entwickelt."¹³

Später wird diese Definition erweitert: "Der staatsmonopolistische Kapitalismus zeigt sich also als eine organische Gesamtheit, die nicht nur ökonomische und soziale Elemente, sondern auch politische, ideologische, militärische und andere Aspekte umfaßt. So wie die staatliche Finanzierung, der öffentliche Sektor, der Staatsverbrauch und die monopolistische Planung Wesenszüge des staatsmonopolistischen Kapitalismus sind, wird er auch durch die Militarisierung der Wirtschaft, ideologischen und politischen Druck, den Zusammenschluß der reaktionären Kräfte und die Tendenzen zur politischen Willkür gekennzeichnet. In diesem Sinne stellt er

12 Borko, J., Methodologische Fragen der Analyse des staatsmonopolistischen Kapitalismus, in: Sowjetwissenschaft. Gesellschaftswissenschaftliche Beiträge, Nr. 10/1973, S. 1089.

13 Der staatsmonopolistische Kapitalismus, Berlin 1972, S. 9.

eindeutig eine besondere Phase innerhalb des Stadiums des Imperialismus dar; sie wird durch neue Bedingungen, die sich zwischen dem Staat und den Monopolen herausbilden, charakterisiert.¹⁴ (Hervorhebungen im Original) Treffen denn aber die im Zitat von den Verfassern hervorgehobenen Kriterien nur auf die Zeit nach dem zweiten Weltkrieg zu? Bilden sie Unterscheidungsmerkmale zur Zeit vorher? Meines Erachtens kann man dies nicht einmal dann sagen, wenn man ausschließlich Frankreich ins Auge faßt.

Während das französische Kollektiv die "Finanzierung der monopolistischen Produktion aus den Mitteln des Staates" als Hauptmerkmal des staatsmonopolistischen Kapitalismus bezeichnet¹⁵, heißt es in "Der Imperialismus der BRD": "Das ökonomische Hauptmerkmal des staatsmonopolistischen Kapitalismus ist also die durch das Staatsmonopol potenzierte Konzentration und Zentralisation des Kapitals in den Händen der Finanzoligarchie. Die Vereinigung der privaten Monopole mit dem Staatsmonopol stellt die volle Entfaltung der dem Wesen des Monopols entspringenden Tendenz zur absoluten Beherrschung des gesamten Wirtschaftslebens dar."¹⁶ (Hervorhebung im Original)

Die Verfasser dieser Arbeit gehen stärker als das französische Kollektiv auf den langen Prozeß der Herausbildung des staatsmonopolistischen Kapitalismus ein und schreiben, daß er sich "in direktem Zusammenhang mit dem Übergang in das imperialistische Stadium" entwickelte.¹⁷ Er habe jedoch "längere Zeit den Charakter einer Tendenz" getragen und sei nach dem zweiten Weltkrieg "zu einer Entwicklungsstufe des Imperialismus" geworden.¹⁸ Um zu kennzeichnen, daß es sich um eine Entwicklungsstufe innerhalb des Imperialismus handelt, wird festgestellt: "Das Hinüberwachsen vom staatsmonopolistischen Kapitalismus hat am Wesen des Imperialismus nichts verändert."¹⁹ Was aber ist das Neue in dieser "Phase"? Dazu heißt es: "Um den Platz des staatsmonopolistischen Kapitalismus in der marxistisch-leninistischen Theorie richtig bestimmen zu können, muß man die Frage beantworten, welche qualitativ neuen Züge seine Herausbildung dem ökonomischen Wesen des Imperialismus hinzufügt. Das Neue besteht darin, daß die Aneignung von Monopolprofiten, die zunächst auf der Basis der Bildung privater Monopole begann, immer stärker durch die ökonomische Tätigkeit des Staates gestützt wird, der dabei die nur ihm zur Verfügung stehenden Mittel und Möglichkeiten einsetzt."²⁰ (Hervorhebung von mir - H. N.)

Wenn man dies genauer überdenkt, so ist wohl mit dem so bezeichneten Neuen nicht ein Charakteristikum der "Phase", sondern auch das der "Tendenz" gemeint. Doch die Verfasser unternehmen noch einen ausführlicheren Versuch der Abgrenzung von "Phase" und "Tendenz". Wesentliche Kriterien für den staatsmonopolistischen Kapitalismus als Tendenz bestünden darin, "daß die früheren Formen der Einbeziehung des Staates in die Wirtschaft durch die Monopole oft nur

14 Ebenda, S. 21.

15 Ebenda, S. 38.

16 Der Imperialismus der BRD, hg. v. Institut für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED, Berlin 1971, S. 102.

17 Ebenda, S. 92.

18 Ebenda, S. 94.

19 Ebenda, S. 103.

20 Ebenda, S. 101.

zeitweilig angewandt wurden, daß sie meist nur bestimmte Bereiche erfaßten, noch stark administrative Züge trugen, sich auf den nationalen Rahmen beschränkten, auf einen mehr kurzfristigen Effekt berechnet waren und in der Regel als Reaktion auf bestimmte Widersprüche und Konflikte wirksam wurden.²¹ In dem "voll herausgebildeten umfassenden System des staatsmonopolistischen Kapitalismus" hingegen sei die ökonomische Tätigkeit des Staates "umfassend und permanent", sei im Gegensatz zur früheren, mehr den Charakter außerökonomischen Zwangs tragenden "Einmischung" heute ein "organisches Element der ökonomischen Prozesse", sei "nicht mehr nur Ergänzung, sondern Bedingung der Reproduktion des Kapitals".²² (Hervorhebung im Original) (Einige Seiten weiter wird letzteres übrigens wieder anders formuliert: "Die erweiterte Reproduktion des Monopolkapitals wird durch die Teilnahme des Staates an diesem Prozeß ergänzt, realisiert und dadurch den heutigen Bedingungen der wissenschaftlich-technischen Revolution 'angepaßt' ".²³ [Hervorhebung von mir - H. N.])

Nun wird wohl niemand leugnen wollen, daß sich die ökonomische Tätigkeit des Staates in der Nachkriegszeit in den imperialistischen Ländern entwickelt und erweitert hat. Gegen die Kriterien für einen grundlegenden Qualitätsumschlag ist aber folgendes einzuwenden:

1. Die ökonomische Tätigkeit des Staates in der Zeit vor dem zweiten Weltkrieg wird meines Erachtens unterbewertet, und im Verhältnis dazu diejenige nach dem zweiten Weltkrieg überbewertet. Die Schwergewichte im Mischungsverhältnis von "ökonomischen Hebeln" und "administrativen Zwängen" sind keineswegs so eindeutig verteilt wie behauptet. Auch zum Beispiel in der Weimarer Republik und im Faschismus spielten geld- und finanzpolitische Maßnahmen und die öffentlichen Investitionen eine beachtliche Rolle.
2. Sehr zweifelhaft erscheint mir, ob man die Art und Weise der subjektiven Einwirkung auf die kapitalistische Ökonomik als Kriterium für den Eintritt der kapitalistischen Ökonomik in eine neue Entwicklungsstufe verwenden kann. Dieses Kriterium spielt ja allgemein in der Diskussion um diese Fragen keine untergeordnete, sondern eine ziemlich große Rolle. Nicht mehr nur "nachträgliche Korrektur", sondern das Bemühen um vorausschauende Gestaltung des Reproduktionsprozesses durch den Staat kennzeichne den Umschlag in die neue Phase.²⁴ Auch S. Tjul'panov verwendet als erstes Kriterium für die Kennzeichnung der neuen Phase den "Charakter, die Maßstäbe, de(n) Inhalt und die zeitlichen Rahmen der Aufgaben, die die herrschende Klasse bewußt formuliert und im Bereich der Ökonomie, der Politik und der sozialen Beziehungen zu realisieren bemüht ist."²⁵

Ähnlich argumentiert Thomas Kuczynski: "Das ganze Problem der Unterscheidung ist meines Erachtens auch gar nicht von diesem Standpunkt aus zu begreifen, vielmehr ist es - gerade weil der Staat eine mit bestimmten Zielen verbundene, auf bestimmte Ziele gerichtete Politik betreibt - aus der Zielsetzung der staatlichen Wirtschaftspolitik abzuleiten. In diesem Zusammenhang kommt der

21 Ebenda, S. 94.

22 Ebenda, S. 94 f.

23 Ebenda, S. 100.

24 Ebenda, S. 331.

25 Tjulpanow, S., Der historische Platz des staatsmonopolistischen Kapitalismus, in: Sowjetwissenschaft. Gesellschaftswissenschaftliche Beiträge, Nr. 10/1973, S. 1114.

Unterscheidung staatlicher Wirtschaftspolitik als Ausdruck des Interventionismus oder der Planung eine besondere Bedeutung zu, wobei 'das Hauptgewicht für die Unterscheidung auf die ex-ante Sicht, für die die Planung kennzeichnend sei, wogegen die ex-post Korrektur den Interventionismus qualifiziere', zu legen ist.²⁶

Wenn man nun mit Hilfe dieser Kriterien lediglich die Etappen der Wirtschaftspolitik kennzeichnen wollte, so wäre dagegen nicht das geringste einzuwenden. Aber kann man denn Etappen der Wirtschaftspolitik gleichsetzen mit Entwicklungsstadien der Ökonomik? Wollte man dies konsequent durchführen, könnte man dann nicht dazu kommen, auch die ökonomische Entwicklung der letzten Jahrhunderte durch folgende "Phasen" zu kennzeichnen: Monetarismus, Merkantilismus, Liberalismus, Neomerkantilismus ... und so fort?

3. Der dritte Einwand hängt mit dem zweiten zusammen. Es wird gewissermaßen unterstellt, daß die "ex-ante Sicht" auch den entsprechenden Effekt nach sich zieht; daß die zum erstrangigen Kriterium erhobene Wirtschaftspolitik auch zu grundlegenden Veränderungen in den Wirkungsbedingungen der ökonomischen Gesetze geführt hat. Damit wird doch aber die Macht der spontanen Prozesse unterschätzt.²⁷

Speziell vor dieser Unterschätzung der spontanen Prozesse hat bekanntlich Jürgen Kuczynski häufig genug gewarnt. M. Dragilev, der in verschiedenen Veröffentlichungen der letzten Jahre die Phasentheorie angegriffen hat und ebenfalls die These vom Grundzug vertritt²⁸, schrieb in bezug auf die Zeit nach dem zweiten Weltkrieg unter anderem: "Die staatliche Wirtschaftsregulierung ist in keiner Weise vollständig. Sie ist mit den spontanen Prozessen verflochten, die fast immer über die Bemühungen des Staates, die Wirtschaft zu regulieren, die Oberhand gewinnen."²⁹ Auch zum Beispiel Gurevičev betont im Unterschied zur These von der umfassenden Regulierung die objektiven ökonomischen Grenzen der Regu-

26 Kuczynski, Thomas, Das Ende der Weltwirtschaftskrise in Deutschland 1929/1932, Diss. Hochschule für Ökonomie Berlin 1972, S. 37. - Angeführt im Zitat wird der Ökonom Jürgensen.

27 Wenn sich die Macht der spontanen Prozesse in den letzten Jahren in wachsenden Schwierigkeiten in vielen Bereichen der kapitalistischen Reproduktion äußert, so wird diese Erscheinung von einigen französischen Ökonomen folgendermaßen in die Phasentheorie eingebaut: Es habe zwar eine umfassende Regulierung gegeben, aber jetzt sei eine "allumfassende Krise des staatsmonopolistischen Regulierungssystems" eingetreten, eine "Krise des staatsmonopolistischen Kapitalismus". (Vgl. Boccara, P., Über die Krise des staatsmonopolistischen Kapitalismus, in: Probleme des Friedens und des Sozialismus, Nr. 11/1972, S. 1562 ff.; siehe ferner die Stellungnahme von Quin, C., in dem Tagungsbericht Der Imperialismus der 70er Jahre - Vertiefung der Krise. Theoretische Konferenz: Neue Züge des staatsmonopolistischen Kapitalismus und Klassenkampf in den entwickelten kapitalistischen Ländern, in: ebenda, Nr. 2/1973, S. 155 - 186.)

28 Dragilev, M., Leninskaja charakteristika krizisa i sovremennost', in: Mirovaja ékonomika i meždunarodnye otnošenija (im folgenden: MÉMO), Nr. 3/1970, S. 5 ff.; derselbe, Obščij krizis i gosudarstvenno-monopolističeskij kapitalizm, in: ebenda, Nr. 7/1971, S. 94 ff. (deutsch in: Sowjetwissenschaft. Gesellschaftswissenschaftliche Beiträge, Nr. 12/1971).

29 Derselbe, Obščij krizis ..., a. a. O., S. 104.

lierung: "Wie das kapitalistische Eigentum und seine Formen in den gegenwärtigen imperialistischen Ländern die organischen Grenzen der staatlichen Programmierung hervorbringen, so bedingen der kapitalistische Zyklus und seine Besonderheiten gegenwärtig die funktionellen Grenzen der staatlichen Programmierung der kapitalistischen Wirtschaft. Diese funktionellen Grenzen bedeuten die Unterordnung der staatlichen Programmierung unter den Verlauf des kapitalistischen Zyklus. Wie das kapitalistische Eigentum die Grundlage des Kapitalismus und die kapitalistische Konkurrenz die Form seiner Realisierung ist, so bestimmt auch der spontane Verlauf des kapitalistischen Zyklus die Bewegung des Prozesses der kapitalistischen Reproduktion, während die bewußt durchgeführte staatliche Programmierung sie ergänzt."³⁰

Natürlich spielt die Einschätzung der spontanen Prozesse und ihrer Wechselwirkung mit der staatsmonopolistischen Regulierung eine ganz besondere Rolle in der Diskussion um den Charakter der kapitalistischen Zyklen nach dem zweiten Weltkrieg. Diese Problematik kann hier nur angerissen und unmöglich in ihrer ganzen Komplexität erörtert werden. Angerissen werden aber soll sie deshalb, weil sie auch unsere Frage der Kriterien für die Phasentheorie berührt. In den sechziger Jahren haben viele marxistische Ökonomen fast alle Besonderheiten der zyklischen Entwicklung der kapitalistischen Wirtschaft nach dem zweiten Weltkrieg auf die Einwirkung der Staatstätigkeit zurückgeführt - und auf die wissenschaftlich-technische Revolution. Das "Zwischenglied", eventuelle Veränderungen in der Ökonomik des privaten Monopolkapitals, wurde weniger beachtet. Die am häufigsten angeführten Besonderheiten der gegenwärtigen Zyklen sind: die vorwiegende Asynchronität im Weltmaßstab, die relative Kürze und Milde der Krisenphasen im Vergleich zu früheren Krisen, die Asynchronität innerhalb der Volkswirtschaften (also nach Zweigen), kein rapider Rückgang in allen Zweigen gleichzeitig, sondern Verlagerung auf Teil- und Zwischenkrisen, auch die Tatsache, daß sich manchmal die "Krise" nicht im Rückgang der Gesamtproduktion äußerte, sondern nur in einer geringen Zuwachsrate, bedingt durch Überlagerung von Rückgang und Wachstum in den verschiedenen Zweigen.

Folglich diene diese Modifikation der gegenwärtigen Zyklen häufig ebenfalls als Kriterium dafür, daß nunmehr die Phase des staatsmonopolistischen die des privatmonopolistischen Kapitalismus abgelöst habe.

Gegen diesen Ansatz sind wieder mehrere Einwände zu erheben.

1. Eine wesentliche methodische Schwäche ist darin zu sehen, daß die Zyklen nach dem zweiten Weltkrieg, speziell ihre jeweilige Krisenphase, stets nur mit der Krise von 1929 bis 1933 verglichen werden. Infolgedessen sind die festgestellten Besonderheiten der Nachkriegszyklen und -krisen im wesentlichen Besonderheiten gegenüber dieser großen Krise, nicht aber gegenüber kapitalistischen Krisen allgemein. Die Krise von 1929 bis 1933 hat ja bekanntlich sämtliche bis jetzt stattgefundenen Krisen des Kapitalismus an Universalität, Länge und Tiefe bei weitem übertroffen (auch diejenige von 1873 - 1879).

2. Bei der Beschränkung auf den Vergleich mit 1929 bis 1933 ist folgende Fragestellung ausschlaggebend: "Wie ist es möglich, daß sich der Grundwiderspruch verschärft hat, aber die Nachkriegskrisen weniger tief waren als die Weltwirtschaftskrise der Jahre 1929 bis 1933?"³¹ Dieser Fragestellung liegt offensicht-

³⁰ Gurevičev, M. M., Gosudarstvenno-monopolističeskoe regulirovanie ekonomiki, Kiev 1972, Kap. 6, S. 179 - 197.

³¹ Der Imperialismus der BRD, a. a. O., S. 283.

lich folgende Vorstellung zugrunde: "Eigentlich" hätte sich auf dem erreichten Niveau der Vergesellschaftung eine solche explosionsartige Kapitalvernichtung großen Ausmaßes nun im regelmäßigen Rhythmus von 7 - 8 - 10 Jahren wiederholen müssen. Daß das nicht geschehen ist, ist offensichtlich eine Abweichung von der "natürlichen" Gesetzmäßigkeit des Kapitalismus und daher nur mit speziellen Einwirkungen zu begründen. Dies ist natürlich ein durchaus mögliches Herangehen. Aber eine solche Hypothese kann nicht bewiesen werden. Man könnte ebenso gut eine gegensätzliche Hypothese aufstellen, die sich natürlich auch nicht beweisen läßt, aber auch eine mögliche Art der Deutung darstellt: Die jetzigen Krisen sind die typischen Krisen des entwickelten Monopolkapitalismus, und die Krise von 1929 bis 1933 hatte ihnen gegenüber außergewöhnliche Besonderheiten. Warum diese Krise außergewöhnliche Ausmaße annahm, ist ja schließlich noch nicht geklärt. Möglicherweise handelte es sich hier um ein nicht durchschnittliches Zusammentreffen der Verschärfung aller Widersprüche der kapitalistischen Reproduktion. Obwohl - wie zu Beginn dieses Artikels erörtert - die Bewegungsrichtung der Widersprüche, besonders des Grundwiderspruchs, die Verschärfung ist, so müssen sie sich doch nicht stetig verschärfen, und sie müssen sich nicht alle gleichzeitig verschärfen. Es besteht also kein zwingender Grund für die Annahme, daß sich eine solche gleichzeitige Zuspitzung aller Widersprüche wie 1929 bis 1933 unbedingt in kürzeren Abständen wiederholen muß oder hätte wiederholen müssen.

Wenn man auch, wie mir jedenfalls scheint, diese beiden Hypothesen - zumindest vorläufig - nicht beweisen kann, so kann man wohl doch die These von der Exzeptionalität der Krisen nach dem zweiten Weltkrieg etwas erschüttern. So wies zum Beispiel G. M. Kumanin in einer Moskauer Diskussion auf folgendes hin: "... die Ansicht, daß die Asynchronität des Zyklus eine spezifische Erscheinung gerade der letzten Jahrzehnte darstelle, sei nicht ausreichend begründet. Die Geschichte der kapitalistischen Reproduktion biete genügend anschauliche Beispiele für eine solche Asynchronität in den verschiedensten Perioden. So seien seit Mitte des 19. Jahrhunderts (als der Zyklus Weltmaßstäbe annahm) bis zur Krise 1929 - 1933 neun Weltzyklen der kapitalistischen Reproduktion zu beobachten gewesen, und nur zwei von ihnen hätten mehr oder weniger gleichzeitig in allen Hauptländern begonnen. Mit anderen Worten, die Asynchronität des Zyklus nach dem zweiten Weltkrieg stelle nichts Außergewöhnliches dar."³²

Dem ist hinzuzufügen, daß auch die zyklischen Schwankungen der Industrieproduktion in den Jahrzehnten nach dem zweiten Weltkrieg nichts Außergewöhnliches darstellen, wenn man sie nicht mit dem Zyklus Mitte der zwanziger Jahre bis 1933 vergleicht, sondern mit früheren Zyklen. Was die Länge und Tiefe der Produktionsrückgänge betrifft, so verliefen zum Beispiel die Krisen zwischen 1870 und 1913 in Deutschland unvergleichlich milder (oder flacher) als die Krise von 1929 bis 1933.³³

32 Die Besonderheiten des gegenwärtigen kapitalistischen Zyklus. Bericht über eine Tagung in Moskau im April 1973, in: Sowjetwissenschaft, Gesellschaftswissenschaftliche Beiträge, Nr. 11/1973, S. 1180.

33 Darstellung der einzelnen Krisen siehe bei Kuczynski, Jürgen, Die Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus, Bd. 12: Studien zur Geschichte der zyklischen Überproduktionskrisen in Deutschland 1873 bis 1914, Berlin 1961.

Manche äußerten sich sogar nur in niedrigen Wachstumsraten, ferner traten die gleichen Phänomene wie Teilkrisen, Zwischenkrisen, gegenläufige Tendenzen der Wachstumsraten in den verschiedenen Zweigen auf wie in den Jahrzehnten nach dem zweiten Weltkrieg. Im Produktionsverlauf ähnelten die Zyklen zwischen den achtziger Jahren und 1913 viel mehr denjenigen zwischen 1950 und 1970 in der BRD als dem Zyklus, der mit der Krise 1929 bis 1933 endete. Vergleicht man zum Beispiel die jährlichen Wachstumsraten der Industrieproduktion in Deutschland zwischen 1884 und 1908 mit denjenigen der BRD zwischen 1950 und 1974, so ergibt sich eine geradezu verblüffende Ähnlichkeit der Schwankungen (Abbildung 1 und dazugehörige Tabelle 1). In Tabelle 2 sind die unterschiedlichen Wachstumsraten der verschiedenen Industriezweige in Deutschland in den Krisenjahren 1892, 1901, 1908 (diese wird auch als Zwischenkrise bezeichnet), 1967 in der BRD und 1967 in den USA aufgeführt. Auch hier ist eine starke Ähnlichkeit zu erkennen, oder wenn man will: Es ist kein grundsätzlicher Unterschied zu erkennen. (Abbildung und Tabellen siehe folgende Seiten.)

Nun handelt es sich bei beiden hier verglichenen Perioden - die neunziger Jahre bis 1913 und 1950 bis 1970 - um zwei Trendperioden der kapitalistischen Weltwirtschaft mit durchaus ähnlichem Charakter: die durchschnittlichen jährlichen Wachstumsraten der Weltindustrieproduktion, des Welthandels, der weltwirtschaftlichen Arbeitsteilung sind in beiden hoch, verglichen mit den jeweils vorhergehenden, also 1873 bis 1893 und der Zwischenkriegszeit.³⁴

Die zyklischen Schwankungen spielten sich gewissermaßen auf dem Rücken längerfristiger Aufschwungsbewegung ab und nicht im Rahmen einer längerfristigen Stockungsphase wie die zyklische Krise 1929 bis 1933. Auch deshalb ist der hier vorgenommene Vergleich durchaus sinnvoll.

Wenn man also auf diese Weise die Produktionsverläufe vergleicht, erkennt man, daß viele der "Besonderheiten" der Zyklen der letzten Jahrzehnte gar keine Besonderheiten sind, sondern eher das "Normale" oder den "Durchschnitt" kapitalistischer Zyklen repräsentieren.

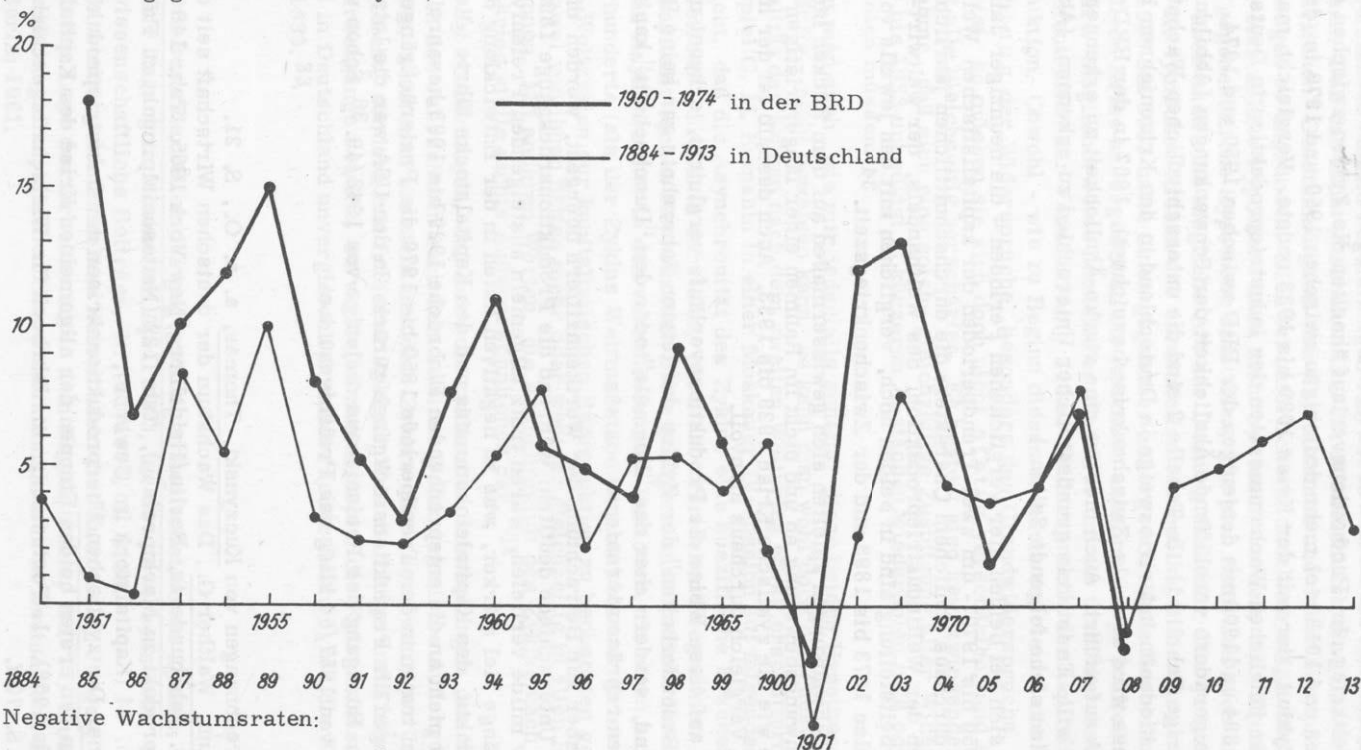
Wenn man nun aber zur Betrachtung der Wertkennziffern übergeht, werden die entscheidenden Unterschiede deutlich: Während die Produktionsrückgänge 1890 bis 1913 relativ milde verliefen, waren trotz allgemein ansteigenden Preisniveaus die Preisrückgänge viel stärker, was zu negativen Raten in der Entwicklung des Nettosozialprodukts, des Kapitaleinkommens und des Kapitalstocks führte (die aber alle längst nicht an die entsprechenden Einbrüche 1929 bis 1933 heranreichten).³⁵ Dagegen traten in der Trendperiode 1950 bis 1970 die Preisrückgänge ganz und gar gegen die Produktionsrückgänge zurück. In den USA war die letzte Krise mit einem Rückgang des Preisniveaus diejenige von 1948/49.³⁶ Schon während der Krise von 1957/58 stieg das Preisniveau an.

34 Vgl. die Berechnungen von Kuczynski, Thomas, a. a. O., S. 21.

35 Vgl. Hoffmann, Walther G., Das Wachstum der deutschen Wirtschaft seit der Mitte des 19. Jahrhunderts, Berlin/Heidelberg/New York 1965, Tab. 148 (Nettosozialprodukt zu Marktpreisen), Tab. 122 (Nettosozialprodukt zu Faktorkosten), Tab. 34 (Kapitalstock im Gewerbe).

36 Wagner, Hans, Die zyklischen Überproduktionskrisen der Industrieproduktion in den USA in den ersten beiden Etappen der allgemeinen Krise des Kapitalismus (1914 bis 1958), 1. Fortsetzung, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1965, T. 1, S. 70 f.

Wachstum der Industrieproduktion (in Prozent gegenüber dem Vorjahr)



Negative Wachstumsraten:

1896:
Bauind.
Ledererzeugung
Textilindustrie

1904:
Holzind.
Textilind.
1905:
Bauind.
Holzind.

1906:
Nahrung/Genuß
Bekleidung/Lederverarb.
Textilind.

1908:
Bauind.
Bekleidung/Lederverarb.
Textilind.
Metallverarb.
Metallerzeugung

1909:
Bauindustrie
Nahrung/Genuß

1910:
Textilindustrie
Bekleidung/Lederverarb.

Tabelle 1

Wachstum der Industrieproduktion
(in Prozent zum Vorjahr)

Deutschland ⁺		BRD ⁺⁺	
Jahr	in %	Jahr	in %
1884	3,8	1951	18,0
1885	0,98	1952	6,8
1886	0,3	1953	10,0
1887	8,2	1954	11,8
1888	5,4	1955	14,9
1889	10,0	1956	7,9
1890	3,1	1957	5,2
1891	2,3	1958	3,1
1892	2,2	1959	7,6
1893	3,3	1960	11,0
1894	5,3	1961	5,7
1895	7,7	1962	4,9
1896	2,0	1963	3,9
1897	5,2	1964	9,2
1898	6,3	1965	5,8
1899	4,0	1966	2,0
1900	5,8	1967	- 2,0
1901	- 4,4	1968	12,0
1902	2,5	1969	13,0
1903	7,6	1970	7,0
1904	4,2	1971	1,5
1905	3,7	1972	4,3
1906	4,3	1973	7,0
1907	7,8	1974	- 1,4
1908	- 0,9		
1909	4,3		
1910	5,0		
1911	6,0		
1912	7,0		
1913	2,8		

+ Ohne Bergbau. - Berechnet nach Hoffmann, Walther G., Das Wachstum der deutschen Wirtschaft seit der Mitte des 19. Jahrhunderts, Berlin/Heidelberg/New York 1965, Tabelle 76.

++ 1951 - 1970: Der Imperialismus der BRD, Berlin 1971, Abb. 15, S. 275;
1971 - 1974: Wirtschaft und Statistik, hg. v. Statistischen Bundesamt Wiesbaden, Nr. 2/1975, S. 120.

Tabelle 2

Wachstum der Produktion in den einzelnen Industriezweigen in Krisenjahren (gegenüber dem Vorjahr in Prozent)

Deutschland ⁺			BRD ⁺⁺		USA ⁺⁺⁺	
	1892	1901	1908		1967	1967
Gesamt- industrie (ohne Bergbau)	2, 2	- 4, 4	- 0, 9	Gesamt- industrie	- 2	Gesamt- industrie 0, 9
Zweig				Zweig		Zweig
Steine/ Erden	6, 3	7, 5	5	Baumate- rialien	- 6, 1	Baumate- rialien - 1, 4
Metall- erzeugung	0, 9	- 8, 5	- 3	Schwarzme- tallurgie	4, 9	Metallur- gie - 7, 7
Metallver- arbeitung	- 1, 5	- 4, 5	- 2, 5	Metallver- arbeitung ^o	- 5, 8	Metallver- arbeitung ^{oo} 0, 3
Chemie	5, 9	1	3	Chemie	8, 9	Chemie 5, 7
Textil	1, 2	1, 6	- 3	Textil	- 7, 5	Textil - 0, 7
Leder- erzeugung	- 1, 5	- 11, 5	2	Erdölver- arbeitung	4, 8	Erdölver- arbeitung 4, 7
Bekleid./Le- derverarbeitung	0, 2	- 3	- 3	Konfektion/ Schuhe	- 10	Konfek- tion - 1, 3
Holz	13	7, 5	8	Holzver- arbeitung	- 3, 5	Holzver- arbeitung - 2, 5
Nahrung/ Genuß	2	1, 5	5, 2	Nahrung/ Genuß	3, 2	Nahrung 2, 3
Gas/Wasser/ Elektrizität	6	19	12, 8	Energetik	5, 4	Elektro- energie 6, 6
Bau	8	5	- 1, 5	Bau	- 11, 9	-
Bergbau/ Salinen	- 0, 9	± 0	2, 8	Bergbau	- 5, 4	Bergbau 2, 4
				Optik/Fein- mechanik	- 3	Leder- industrie - 4, 5

+ Berechnet nach Hoffmann, Walther G., Das Wachstum der deutschen Wirtschaft seit der Mitte des 19. Jahrhunderts, Berlin/Heidelberg/New York 1965, Tabelle 76. - Bergbau: ebenda, Tabelle 66.

++ *Èkonomičeskoe položenie kapitalističeskich i razvivajuščichsja stran. Obzor za 1967 g. i načalo 1968 g. Priloženie k žurnaly Mirovaja èkonomika i meždunarodnye otnošenija, Nr. 9/1968, S. 105.*

+++ Ebenda, S. 81.

o Ungewichteter Durchschnitt aus:

Allg. Maschinenbau	- 6, 6	Metallwaren	- 6
Elektrotechnik	- 0, 7	Schiffbau	± 0
Autoproduktion	- 14, 6	Ausrüstungen	- 6, 6

oo Ungewichteter Durchschnitt aus:

Allg. Maschinenbau	0, 5	Transport- maschinen	- 0, 6
Elektromaschinen	1, 6	Metallwaren	- 0, 6

Was nun etwas verwundert, ist, daß dieses Phänomen gar nicht so sehr im Vordergrund der Diskussion um die Besonderheiten des gegenwärtigen Zyklus steht, ³⁷ Es wird mehr unter dem Komplex Inflation und Währungskrisen abgehandelt und häufig nur als Folge oder Begleiterscheinung der staatlichen Inflationspolitik gesehen. Es ist natürlich eben unter den Bedingungen dieser Inflationspolitik schwierig, festzustellen, wie weitgehend hier dem monopolistischen Preisbildungsmechanismus immanente Faktoren einwirken. Von verschiedenen Autoren wird auf diese Faktoren ausdrücklich hingewiesen, und zwar mit unterschiedlicher Gewichtung. In "Der Imperialismus der BRD" wird die preiserhöhende Strategie der Monopole als weiter zurückreichende Tendenz dargestellt, aber: "Erst durch die enge Verflechtung der Macht der Monopole mit der Macht des Staates, wie sie in den fünfziger Jahren vollzogen wurde, beeinflussen die Monopole mit Hilfe der Macht des Staates die Preise und damit die Verwertungsbedingungen des Kapitals in neuer Weise mit völlig neuen Ergebnissen." ³⁸ Etwas stärker wird die Rolle der Monopole in der französischen Kollektivarbeit betont, indem man feststellt, "daß es einen zweifachen, verflochtenen Ursprung für den Druck auf die Preise gibt: Monopole und Staat. Die staatlichen Preise verbinden sich mit denen der Monopole, um die Profitrate des Monopolkapitals zu steigern . . . Da nun die Monopole das wesentliche Element der Produktionsverhältnisse in den großen kapitalistischen Ländern sind, und da der Staat in bezug auf die Preise in ihrem Sinne eingreift, setzen sich die hohen Preise der Monopole in dieser sehr allgemeinen Art und Weise durch." ³⁹ In der Kollektivarbeit des Moskauer Instituts für Weltwirtschaft ⁴⁰ werden die Veränderungen im Mechanismus der Monopolpreisbildung und -realisierung in den letzten Jahrzehnten sehr ausführlich untersucht und die enorm gewachsene Macht der Monopole in der Preisfestsetzung zunächst einmal ganz unabhängig von staatlichen Einflüssen konstatiert. ⁴¹

Die Wechselwirkung zwischen Monopolpreispolitik und staatlicher Inflationspolitik wird dann später so erklärt: "Einerseits ruft die Erhöhung der Monopolpreise das Bedürfnis einer wachsenden Geldzirkulation hervor, und die Ausgabe neuen Papiergeldes verstärkt nachträglich den Preisanstieg. Andererseits führen die wachsenden Ausgaben des Staates zu einer Erhöhung der Nachfrage in Form neuer in Zirkulation gelangender Papiergeldmengen. Dadurch bietet sich den Monopolen die Möglichkeit, die Preise relativ leicht zu erhöhen. In Perioden krisenhaften Rückgangs erleichtert eine Inflation die Aufrechterhaltung der Monopolpreise." ⁴² Nach dieser Deutung wirkt also die staatliche Tätigkeit im Sinne einer Verstärkung des durch den heutigen Konkurrenzmechanismus des Monopolkapitals erzeugten Preisanstiegs. ⁴³

37 Vgl. z. B. den Bericht, angeführt in Anm. 32 der vorliegenden Arbeit.

38 Der Imperialismus der BRD, a. a. O., S. 305.

39 Der staatsmonopolistische Kapitalismus, a. a. O., S. 328 f.

40 Politische Ökonomie des heutigen Monopolkapitalismus, hg. v. Institut für Weltwirtschaft und internationale Beziehungen der Akademie der Wissenschaften der UdSSR, Berlin 1972 (Moskau 1970).

41 Ebenda, S. 155 - 185.

42 Ebenda, S. 381.

43 Siehe dazu neuerdings auch Dalin, S., in einer Rundtischdiskussion über den Charakter der Preisniveauerhöhung in den kapitalistischen Ländern in den letzten Jahrzehnten: *Inflacija i sovremennyj kapitalizm*, in: MÉMO, Nr. 3/1975, S. 62 ff.

Mit vorstehendem Exkurs über die Krisendiskussion sollte nur angedeutet werden, wie vorsichtig man sein muß und wieviel gründlicher Untersuchung es noch bedarf - die längerfristige historische Vergleiche mit einschließt -, ehe man aus dem heutigen Ablauf der kapitalistischen Zyklen auf einen vollzogenen Umschlag zum staatsmonopolistischen Kapitalismus schließen darf.

Die schon eben zitierte Kollektivarbeit des Instituts für Weltwirtschaft in Moskau ist in der allgemeinen Anlage und Aussage nicht auf eine Phaseneinteilung des Imperialismus orientiert. Wenn auch vom Hinüberwachsen vom monopolistischen zum staatsmonopolistischen Kapitalismus gesprochen wird - dies wird in den einzelnen Kapiteln unterschiedlich verwendet -, so wird doch keine strenge zeitliche Abgrenzung vorgenommen, die historische Dynamik des Prozesses betont und den Veränderungen in der Sphäre des privaten Monopolkapitals größte Aufmerksamkeit gewidmet.⁴⁴ N. Inosemzev, einer der Leiter dieses Autorenkollektivs und Direktor des Instituts für Weltwirtschaft, vertritt in seiner (mehr überblicksartigen) Schrift "Der heutige Kapitalismus" faktisch die Auffassung vom Grundzug, wenn er schreibt: "Folglich machten sowohl die Monopole als auch der bürgerliche Staat in den letzten Jahrzehnten ihrer Entwicklung sehr bedeutende Veränderungen durch, ihr Klasseninhalt ist jedoch der gleiche geblieben. In beträchtlichem Maße haben sich auch die Formen des Zusammenwirkens, der Verschmelzung der Monopole mit dem bürgerlichen Staat verändert. Der Mechanismus des heutigen staatsmonopolistischen Kapitalismus unterscheidet sich daher maßgeblich von dem Mechanismus in den ersten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts."⁴⁵ Und ferner: "Es ist zutiefst gesetzmäßig, daß die Geschichte der Entwicklung des staatsmonopolistischen Kapitalismus mit den beiden Weltkriegen und der Krise von 1929 bis 1933 verknüpft ist, das heißt mit den größten sozialpolitischen Erschütterungen des Kapitalismus verbunden ist."⁴⁶ Andere sowjetische Ökonomen wiederum, wie S. Tjul'panov, J. Borko und andere⁴⁷, polemisieren gegen die seit Ende 1970 von Dragilev, auch - mit unterschiedlichen Nuancen - von Leont'ev, Železova und Perović⁴⁸ vertretene Auffassung vom Grundzug.

Begründungen für die entscheidende Rolle der Krise von 1929 bis 1933 für den Übergang zur Phase des staatsmonopolistischen Kapitalismus brachte Hans Mottek in einem vor dem Erscheinen des dritten Bandes der "Wirtschaftsgeschichte

44 Auch rein quantitativ kommt dies zum Ausdruck: Das Kapitel "Haupttendenzen der Entwicklung der Wirtschaft des Monopolkapitalismus" umfaßt 260 Seiten, das Kapitel "Die Rolle des Staates in der Wirtschaft des Monopolkapitalismus" 120 Seiten.

45 Inosemzev, N. N., *Der heutige Kapitalismus: Neue Erscheinungen und Widersprüche*, Berlin 1973, S. 93.

46 Ebenda, S. 86.

47 Borko, J., a. a. O.; Tjulpanow, S., a. a. O.; vgl. auch den Diskussionsbericht: Alexejewa, E./Kostakowa, E., Diskussion zu Problemen des gegenwärtigen Kapitalismus, in: *Sowjetwissenschaft. Gesellschaftswissenschaftliche Beiträge*, Nr. 11/1973, S. 1218 ff.

48 Leont'ev, L., Rol' gosydarstva v ekonomike sovremennogo kapitalizm, in: *MÉMO*, Nr. 1/1974, S. 104 ff.; Železova, V., Obščij krizis kapitalizm i GMK, in: ebenda, Nr. 6/1972, S. 103 ff.; Perović, M. M., *Gosudarstvenno-monopolističeskij kapitalizm vo Francii*, Kiev 1969.

Deutschlands⁴⁹ verfaßten Artikel⁵⁰ sowie Thomas Kuczynski. Beide sehen in den längerfristigen Aufschwungs- und Abschwungsphasen der kapitalistischen Weltwirtschaft und in dem jeweiligen Charakter der zyklischen Krisen wesentliche Indikatoren für die Funktionsfähigkeit der entsprechenden Stufe der kapitalistischen Produktionsverhältnisse. Die Krise 1873 bis 1879 markiere die Überlebtheit des vormonopolistischen Kapitalismus und den Umbruch zum Monopolkapitalismus. Die Aufschwungsphase 1893 bis 1913, in der die privatmonopolistische Regulierung sich weit stärker entwickelt habe als die staatliche⁵¹, sei durch die Krise von 1913 beendet worden, mit der sich ein Trendumbruch andeutete⁵², der nur durch den ersten Weltkrieg und seine Folgen verschoben worden sei, im Grunde bis zur Krise 1929 bis 1933. Diese Krise, die ohne Weltkrieg vermutlich schon 1913 ausgebrochen wäre, bedeute die Systemkrise des Monopolkapitalismus und den Umbruch zum staatsmonopolistischen Kapitalismus.

Der Vorzug dieser Hypothese besteht darin, daß sie die staatsmonopolistische Entwicklung in die langfristigen Auf- und Abschwungsphasen der kapitalistischen Weltwirtschaft einbettet, und es wird hiermit ein Versuch unternommen, die Natur dieser Trendperioden, die ja noch ungeklärt ist - und deren Existenz manchmal auch bestritten wird -, zu deuten. Neben dem schon weiter oben angeführten Einwand gegen die Benutzung des Kriteriums "Charakter der Wirtschaftspolitik" (also vor der Krise fördernd und interventionistisch, nach der Krise sichernd und planmäßig, wie es Thomas Kuczynski ausdrückt⁵³) ist der Haupteinwand ebenfalls schon weiter oben angedeutet: Er richtet sich gegen die Einschätzung der Krise von 1929 bis 1933 als der typischen Krise des Monopolkapitalismus.

In dem jetzt⁵⁴ vorliegenden dritten Band der "Wirtschaftsgeschichte Deutschlands" betont Hans Mottek nun aber viel stärker als in dem genannten Artikel die schon mit dem Übergang zum Imperialismus einsetzende Herausbildung staatsmonopolistischer Züge sowie ihre etappenweise Verstärkung, wobei jetzt die Phasenauffassung ganz in den Hintergrund zu treten scheint. Wenn Mottek aber davon spricht, daß man "den staatsmonopolistischen Kapitalismus vom privatmonopolistischen Kapitalismus mit nur staatsmonopolistischen Zügen"⁵⁵ unterscheiden müsse, so bleibt doch unklar, wie er diese beiden nun eigentlich voneinander abgrenzt. Bei einer späteren eingehenderen kritischen Würdigung von Motteks differenzierter Analyse der staatsmonopolistischen Entwicklung wird man mehr dazu sagen können als hier im Rahmen dieses notwendigerweise knapp zu haltenden Überblicks.

49 Mottek, Hans/Becker, Walter/Schröter, Alfred, Wirtschaftsgeschichte Deutschlands, Ein Grundriß, Bd. 3: Von der Zeit der Bismarckschen Reichsgründung 1871 bis zur Niederlage des faschistischen deutschen Imperialismus 1945, Berlin 1974.

50 Mottek, Hans, Zur historischen Entwicklung der ökonomischen Rolle des bürgerlichen Staates bis zum ersten Weltkrieg, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1974, T. 3, S. 65 ff.

51 Ebenda.

52 Dies hatte früher auch Spiethoff angenommen, jetzt auch wieder Hoffmann, Walther G., Wachstumsschwankungen in der deutschen Wirtschaft 1850 - 1967, in: Untersuchungen zum Wachstum der deutschen Wirtschaft, hg. v. W. G. Hoffmann, Tübingen 1971, S. 92.

53 Kuczynski, Thomas, a. a. O., S. 35, 41 f.

54 Das heißt nach der ersten Abfassung dieses Artikels als Dissertationskapitel. - H. N.

55 Mottek, Hans/Becker, Walter/Schröter, Alfred, a. a. O., S. 111.

Die dritte Variante der Phasentheorie - das Hinüberwachsen des monopolistischen in den staatsmonopolistischen Kapitalismus, also der grundlegende qualitative Umschlag, sei mit dem Beginn der allgemeinen Krise des Kapitalismus und hauptsächlich mit der Oktoberrevolution anzusetzen - ist heute unter Ökonomen weniger verbreitet, aber zum Beispiel unter Historikern der DDR anzutreffen (oder anzutreffen gewesen). Da diese Auffassung in den Publikationen kaum in expliziter Darstellung erscheint, sondern sich gewissermaßen als Hintergrundvorstellung in einzelnen Wendungen äußert, ist es schwierig, ein klares Bild zu gewinnen. Soviel scheint mir aber sicher zu sein, daß hier nicht wie bei der Phasentheorie der Ökonomen an eine Qualitätsveränderung der Produktionsverhältnisse gedacht wird, sondern mehr an einen grundsätzlichen Qualitätsumschlag in den Herrschaftsmethoden und -strukturen, wobei aber meist die Herausbildung der einzelnen staatsmonopolistischen Formen wieder als stufenweise verlaufender Prozeß beschrieben wird.⁵⁶ Als wesentliches Kriterium des Übergangs zum staatsmonopolistischen Kapitalismus als eines Systems neuer Herrschaftsmethoden wird ein Qualitätsumschlag in den Beziehungen zwischen Ökonomie und Politik gesehen: Die Oktoberrevolution habe eine zu allen vorhergehenden Epochen grundsätzliche Umkehrung dieses Wirkungsverhältnisses gebracht - so wurde in mehreren Diskussionen formuliert. Eine publizierte - etwas abgeschwächte - Version findet sich bei Wolfgang Ruge in einer Rezension des 1972 erschienenen Buches von Jürgen Kuczynski "Klassen und Klassenkämpfe im imperialistischen Deutschland und in der BRD", in dem Kuczynski den staatsmonopolistischen Kapitalismus als Wesensmerkmal des Imperialismus bezeichnet hatte: Der staatsmonopolistische Kapitalismus werde von Kuczynski "nicht als Erscheinungsform und Wesensmerkmal der allgemeinen Krise des Kapitalismus gekennzeichnet und nicht deutlich gemacht . . . , daß seit der weltbewegenden Großen Sozialistischen Oktoberrevolution, nach der das Monopolkapital nicht mehr in erster Linie nach seinen (ökonomischen) Profit-, sondern nach seinen (politischen) Überlebenschancen fragen muß, ein in mancher Weise qualitativ neues Verhältnis von Ökonomie und Politik entstanden ist."⁵⁷ Interessant erscheint mir, daß eine ähnliche Aussage über die Umkehrung des Wirkungsverhältnisses Ökonomik - Politik in der 1965 erschienenen ersten Auflage von "Imperialismus heute" anzutreffen war: "Diese Spezifik der Wechselbeziehungen zwischen Ökonomie und Politik in der untergehenden kapitalistischen Gesellschaftsordnung, die wachsende Rolle der Politik, also des Klassenkampfes, in bezug auf die Wirtschaft haben dazu geführt, daß für die Finanzoligarchie ein Primat der Politik über die Wirtschaft entstanden ist, das ihre Vertreter und Ideologen heute offen als ständiges gesellschaftliches Prinzip für die kapitalistische Ordnung verkünden. Durch diese gesamte Entwicklung wurde die Monopolbourgeoisie gezwungen, das Hauptinstrument ihrer Politik, den Staat, unmittelbar in das Wirtschaftsleben einzuschalten und ihm immer umfassendere ökonomische Funktionen zu übertragen."⁵⁸ In der weiterentwickelten Fassung dieser Arbeit, "Der Imperialis-

56 Letzteres ist zum Beispiel deutlich bei Gossweiler, Kurt, Großbanken - Industriemonopole - Staat, Berlin 1971, der seinem Buch aber den Untertitel gibt: "Ökonomie und Politik des staatsmonopolistischen Kapitalismus in Deutschland 1914 - 1932."

57 Ruge, Wolfgang, Rezension, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, Nr. 1/1973, S. 85.

58 Imperialismus heute, a. a. O., S. 142 f.

mus der BRD", wurde der hervorgehobene Teil des Zitats weggelassen.⁵⁹ Obwohl die starke und beschleunigende Wirkung der Oktoberrevolution auf die staatsmonopolistische Entwicklung außer Zweifel steht - sie wurde in den kurzen Darstellungen der eigenen Grundzugauffassung weiter oben aufgeführt -, muß die These von der "Umkehrung" des Wirkungsverhältnisses Ökonomik - Politik abgelehnt werden. Was außerdem diese Variante der Phasentheorie schwer akzeptabel macht, ist der ihr immanente Schluß, der allerdings explizit nicht gezogen wird, daß sich die Phase des "privaten Monopolkapitalismus" auf einen so kurzen Zeitraum von 1900 bis 1917 begrenzt, also auf eine Periode, in der das Monopolkapital noch nicht einmal alle Bereiche der Industrieproduktion durchdrungen hatte und in der sich zum Beispiel in Deutschland das Monopolkapital noch die politische Macht mit den Junkern teilen mußte.

In dem Ende 1974 erschienenen Grundriß "Klassenkampf, Tradition, Sozialismus"⁶⁰, der von einem umfangreichen Kollektiv von Historikern erarbeitet wurde, finden die eben skizzierten Auffassungen aber keinen Niederschlag mehr. In den knappen Bemerkungen zur Entwicklung des staatsmonopolistischen Kapitalismus⁶¹ wird der Prozeßcharakter betont und, soweit ich sehen kann, keine Phaseneinteilung vorgenommen.⁶²

Würden bisher gewissermaßen im zeitlichen Rückwärtsgang die verschiedenen Gruppen der Phasentheorie kurz betrachtet, so soll abschließend noch eine interessante Version Jürgen Kuczynskis zur Grundzugauffassung besprochen werden, die er in dem schon erwähnten Buch über Klassen und Klassenkämpfe darlegte. Im Zusammenhang mit der Analyse Leninscher Bemerkungen zum staatsmonopolistischen Kapitalismus schreibt er zunächst: "Man stellt bisweilen die Frage, ob es eine Herrschaft der Monopole ohne staatsmonopolistischen Kapitalismus geben könne. Ich würde so sagen: In der Geschichte des Kapitalismus ist mir keine

59 Der Imperialismus der BRD, a. a. O., S. 92 f.

60 Klassenkampf, Tradition, Sozialismus. Von den Anfängen der Geschichte des deutschen Volkes bis zur Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft in der Deutschen Demokratischen Republik. Grundriß, hg. v. Zentralinstitut für Geschichte der Akademie der Wissenschaften der DDR, Berlin 1974.

61 Ebenda, u. a. S. 364, 425, 436, 450 ff, 578.

62 Konzeptionell nicht genügend durchdacht erscheint nur die Epochenbezeichnung für die Zeit von 1900 bis 1917. Die Geschichte des deutschen Volkes ist in acht Epochen entsprechend der welthistorischen Entwicklung eingeteilt. Die letzten vier seien zitiert: "Epoche des Sieges und der Festigung des Kapitalismus in den fortgeschrittenen Ländern" (1789 - 1871); "Epoche der vollen Entfaltung des Kapitalismus der freien Konkurrenz und des Übergangs zum Monopolkapitalismus" (1871 - 1900); "Epoche des Imperialismus und des Vorabends der proletarischen Revolution" (1900 - 1917); "Epoche des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus" (ab 1917). Sollte man nicht für die Zeit von 1900 bis 1917 eine Bezeichnung ungefähr dieser Art wählen: "Die Epoche der Alleinherrschaft des Imperialismus in der Welt und des Vorabends der proletarischen Revolution"? Könnte nicht durch die jetzige Fassung der Epochenbezeichnung ungewollt die bürgerliche Auffassung vom Vergangenheitscharakter des Imperialismus unterstützt werden? Dieser Einwand bezieht sich wohlgerne nicht auf den Text, sondern lediglich auf die Epochenüberschrift". Aber auch durch eine solche Überschrift können doch konzeptionelle Vorstellungen beeinflusst werden.

Herrschaft der Monopole bekannt, in der der monopolistische Kapitalismus nicht bereits Züge des staatsmonopolistischen Kapitalismus trägt.⁶³ Später behandelt er die Rolle des Staates in den Ausbeutergesellschaften: "Der Staat hat in der Geschichte der Ausbeutergesellschaften eine recht verschieden große Rolle gespielt. Bisweilen, wie im europäischen Früh- und Hochfeudalismus, war die Rolle des Staates so gering, daß man sagen muß: Im großen und ganzen trat die Lokalgewalt an die Stelle der Staatsgewalt. Im niedergehenden Feudalismus und im frühen Kapitalismus spielte der Staat jedoch wieder eine ganz starke Rolle. Zur Blütezeit des Kapitalismus ging die Rolle des Staates erneut zurück, um nach dem Höhepunkt des Kapitalismus der freien Konkurrenz, zunächst sehr langsam, weiter anzusteigen. Die erneute Steigerung erkannten damals auch bürgerliche Ökonomen wie Adolph Wagner, die für die (erneut) wachsende Rolle des Staates eine gesetzmäßige Erklärung zu geben versuchten.

Wenn wir von der Rolle des Staates in einer Ausbeutergesellschaft sprechen, müssen wir zunächst an seine Hauptaufgabe denken: der herrschenden Klasse als Instrument der Unterdrückung zur Sicherung der Ausbeutung zu dienen. Tun wir das, dann ist offenbar, daß der Staat in einer Phase des Verfalls einer Gesellschaftsordnung im allgemeinen eine größere Rolle spielt als zur Zeit ihrer Blüte, da die herrschende Klasse in der Verfallszeit stärker von den unterdrückten Klassen und Schichten bedroht ist als zur Zeit des Höhepunkts ihrer Herrscherkraft.

Sodann, nach dieser Hauptaufgabe, hat der Staat zwei Aufgaben, bei denen es im Stadium des Imperialismus schwer (und auch nicht nötig) zu entscheiden ist, welches die wichtigere ist:

Einmal muß der Staat als Instrument der äußeren Expansion der Herrschaft der Monopole dienen;

und weiter soll der Staat durch aktive Eingriffe in die Wirtschaft das Profitstreben des Kapitals - im Imperialismus: der Monopole - fördern.

Der Staat als Instrument der Expansion der Herrschaft der herrschenden Klasse ist fast so alt wie seine Geschichte überhaupt. Doch hatte er in dieser Eigenschaft nur zweimal, man möchte sagen, existentielle, absolute Bedeutung: einmal in der Sklavenhalterwirtschaft, da diese ohne Sklaven undenkbar war und Sklaven in der Hauptsache durch Kriege beschafft werden mußten - und sodann im Stadium des Imperialismus, des monopolistischen Kapitalismus, da Monopole für ihre Entwicklung auf Kriege angewiesen sind - eine Tatsache, die vor allem Lenin nachgewiesen hat. Die übrigen Funktionen des Staates hängen im allgemeinen mit seiner Hauptaufgabe sowie mit den beiden hier genannten Aufgaben zusammen. Sie sind Unterfunktionen, die unter Umständen sowohl der Hauptaufgabe wie auch den beiden Aufgaben gleichzeitig dienen können.⁶⁴

Kuczynski betrachtet hier die Rolle des Staates im Imperialismus unter dem sozusagen weitestmöglichen historischen Blickwinkel und weist damit darauf hin, wie wichtig es ist, daß wir uns einmal von dem angestregten und grübelnden Starren auf das 20. Jahrhundert lösen und unseren Gegenstand gewissermaßen in größerem Abstand betrachten. Doch müßte man neben den Ähnlichkeiten, die sich in der Rolle des Staates in den Spätphasen der Gesellschaftsformationen ergeben, nicht auch die Unterschiede in das Bild einbeziehen? Ist es unwesentlich für die jeweilige Rolle des Staates, auf welchem Niveau der Vergesellschaft-

63 Kuczynski, Jürgen, Klassen und Klassenkämpfe im imperialistischen Deutschland und in der BRD, Berlin 1972, S. 42.

64 Ebenda, S. 45 f.

tung der Produktion sich der jeweilige Niedergang einer Gesellschaftsformation vollzieht? Diese Fragen bedürfen noch weiterer Überlegungen, Einige solcher Überlegungen sollen in den folgenden Schlußthesen zum staatsmonopolistischen Kapitalismus noch einmal zusammengefaßt werden.

Staatsmonopolistischer Kapitalismus ist ein Grundzug des imperialistischen Stadiums des Kapitalismus. Er bezeichnet die Verschmelzung der zunächst vorwiegend ökonomischen Macht der Monopole mit der zunächst vorwiegend politischen Macht des Staates. "Machtverschmelzung" ist hierbei nicht einfach als Synonym für institutionelle Verschmelzung aufzufassen, sondern bezeichnet abstrakt-zusammenfassend einen Prozeß, der die vielfältigsten Formen annehmen kann, zum Beispiel gegenseitige Einflußnahme, arbeitsteilige Kooperation, eigentumsmäßige und institutionelle Verflechtung.

Besteht die Hauptfunktion des Staates in allen Klassengesellschaften in der Sicherung der herrschenden Ausbeutungsverhältnisse durch Dämpfung der Klassenkonflikte⁶⁵, so wird zunächst durch die staatsmonopolistische Machtverschmelzung diese "alte" Funktion des Staates aufgehoben (bewahrt) und auf eine neue Stufe gehoben; die diesen Klassengegensätzen zugrunde liegenden Widersprüche des Prozesses der materiellen Reproduktion zu dämpfen ist eine weitere Funktion des Klassenstaates, die ebenfalls nicht "neu" zu nennen ist. Neu jedoch und von allen vorhergehenden Gesellschaftsformationen verschieden ist der Grad der Vergesellschaftung der Produktion, der mit dem Umschlag zum Monopolkapitalismus eine neue Qualität erreichte. Die Dämpfung der dadurch hervorgerufenen Widersprüche innerhalb des kapitalistischen Reproduktionsprozesses wird damit ebenfalls zur Hauptfunktion, aber nun zur Hauptfunktion der staatsmonopolistischen Machtverschmelzung.

Als Mittel zur Dämpfung dieser Widersprüche der kapitalistischen Reproduktion entwickelt sich die arbeitsteilige staatsmonopolistische Regulierung. "Staatsmonopolistische Regulierung" ist nicht einfach als Synonym für "staatliche Regulierung" oder "staatliche Steuerung, die die spontanen Regelmechanismen ersetzt" aufzufassen. Staatsmonopolistische Regulierung bezeichnet einen Komplex von Vorgängen und Maßnahmen, die darauf gerichtet sind, die spontanen privatkapitalistischen Regelmechanismen zu stärken und ihre (begrenzte) Anpassung an die sich ständig erweiternde Stufenleiter der Vergesellschaftung der Produktion zu unterstützen.

Als "arbeitsteilig" muß die Regulierung deshalb bezeichnet werden, weil sie eben nicht nur von der Seite des Staates ausgeht, also des "ideellen Gesamtmonopolisten". Das Monopolkapital als Hauptträger des Reproduktionsprozesses - oder besser: Hauptmachträger, denn Hauptproduzent ist schließlich die Arbeiterklasse - entwickelt aus sich heraus, ebenso wie es auf Grund der ihm immanenten Gesetzmäßigkeiten die weitere Vergesellschaftung vorantreibt, Formen der Regulierung oder Selbstregulierung, der Anpassung an die neuen Zwänge der Reproduktion, die die Widersprüche zeitweilig dämpfen und (ebenso zeitweilig) eine solche Bewegung der Widersprüche ermöglichen, die die Entwicklung weiter vorantreibt. Gleichzeitig werden die grundlegenden Widersprüche ständig neu reproduziert. "Die kapitalistische Produktion strebt beständig, die(se) ihr immanenten

65 Zur "Dämpfung der Klassenkonflikte" siehe Engels, Friedrich, Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staats, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 21, Berlin 1962, S. 165.

Schranken zu überwinden, aber sie überwindet sie nur durch Mittel, die ihr diese Schranken aufs neue und auf gewaltigerem Maßstab entgegenstellen".⁶⁶ In diesem Prozeß von fortwährenden Konflikten, ihrer teilweisen Überwindung oder Dämpfung und ständigen Neuerzeugung entwickelt sich als ergänzendes Element, fördernd und/oder retardierend, die Staatseinwirkung auf den Reproduktionsprozeß. Daß der Staat als ökonomische Potenz auftritt, ist nicht an sich etwas Neues im monopolistischen Stadium; diese ökonomische Potenz gewinnt allein dadurch eine neue Qualität, daß die gesellschaftliche Stufenleiter der kapitalistischen Reproduktion eine neue Qualität gewonnen hat, deren kapitalistischer Ausdruck eben die zunehmende Monopolisierung der kapitalistischen Basis ist.

Ist die staatsmonopolistische Verschmelzung die notwendige Voraussetzung zur angestrebten Dämpfung der Widersprüche und die Dämpfung der Widersprüche der "Zweck" oder die Funktion der staatsmonopolistischen Verschmelzung, so ist die arbeitsteilige staatsmonopolistische Regulierung das Mittel zum Zweck oder zur Erfüllung der Funktion; "alte" und "neue" Funktionen sowohl des Staates als auch des ökonomischen Bereichs sind in diesem widerspruchsvollen Gefüge (oder Mechanismus) miteinander verschmolzen, wobei die inneren Gesetze der kapitalistischen Basis nach wie vor die letztendlich bestimmenden Triebkräfte der Entwicklung sind.

Nimmt man diese verschmolzenen "alten" und "neuen" Funktionen zum Zwecke der Analyse wieder etwas auseinander, so kann man drei Bereiche oder drei Gruppen von Widersprüchen unterscheiden, deren Dämpfung zum Ziel der staatsmonopolistischen Verschmelzung und Regulierung wird (und zwar in den verschiedenen Zeitabschnitten und Ländern in unterschiedlicher Reihenfolge, Intensität, Wirksamkeit und Schwerpunktverteilung): Die Widersprüche in der materiellen Reproduktion des Kapitals, in der Reproduktion des Kapitalverhältnisses und der "Reproduktion" der politischen Macht des Monopolkapitals. Nochmals erweitert formuliert: Zu Hauptzielen der staatsmonopolistischen Verschmelzung werden:

1. die Regulierung der materiellen erweiterten Reproduktion des Kapitals unter den Bedingungen des imperialistischen Stadiums, als welche zu verstehen sind:
 - a) gewaltiges Anwachsen der gesellschaftlichen Produktivkraft bei gleichzeitiger Abschwächung der alten selbsttätigen Regelmechanismen der kapitalistischen Produktion,
 - b) Anwachsen des Expansionsdranges der riesigen monopolistischen Kapitalassoziationen und damit sowohl der weltwirtschaftlichen Verflechtung als auch der weltwirtschaftlichen und weltpolitischen Konflikte;
2. Sicherung der erweiterten Reproduktion des Kapitalverhältnisses unter Bedingungen, die die Kapitalhülle der gesellschaftlichen Produktionsmittel fortwährend zu sprengen droht; Festigung des privatkapitalistischen Eigentums und Regulierung der Klassenbeziehungen;
3. Aufrechterhaltung der politischen Macht der kapitalistischen Oligarchien unter dem revolutionären Druck der imperialistischen Epoche, dieser welthistorischen Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus, in der seit der Existenz des sozialistischen Lagers die "äußeren" Einwirkungen auf das

66 Marx, Karl, a. a. O., S. 260.

monopolkapitalistische System zusätzliches und immer stärker werdendes Gewicht erlangen.

Wie bei allen Periodisierungsdiskussionen handelt es sich auch hier nicht um einen Streit um Worte, sondern um die Klärung und Einordnung ganz konkreter historischer Erscheinungen und Prozesse. Deshalb entwickeln sich solche Diskussionen auch immer wieder, wenn weitere solcher Erscheinungen und Prozesse erforscht werden. Und je komplexer der Gegenstand, desto größer wird im allgemeinen die Zahl der Deutungsversuche sein.

Bei dem gegenwärtigen Stand der Forschung jedenfalls sehe ich die These vom Grundzug als diejenige an, die die historische Entwicklung des staatsmonopolistischen Kapitalismus am besten widerspiegelt und sie nicht in ein zu enges theoretisches "Korsett" zwingt.

Über den Wirtschaftskreislauf der DDR hat in letzter Zeit gewiß nicht nur die DDR, sondern auch die BRD in den verschiedenen Zeitschriften und in den Festreden der NVA- und anderen Führer und der dabei feststehenden Widersprüche zwischen und innerhalb der Beteiligten. Zudem, die Geschichte der vor und während des ersten Weltkrieges vollzogenen Vorstöße auf wirtschaftlichen Blockade in Mittel- und Ost- und Südosteuropa. In dieser Problematik zwischen "Kriegswirtschaft", zu deren Lösung und Überwindung die verschiedensten Aspekte herangezogen werden soll.

Nach dem Eintritt des Kapitalismus in ein imperialistisches Stadium erstet es mehrere europäische Ländern Bestrebungen zur wirtschaftlichen Einheitsbildung. Das Verhalten der obersten deutschen Staatsorgane gegenüber diesen Bestrebungen erscheint in den ersten Jahren recht widersprüchlich, zumal wenn dies bedeutet, zwischenherauskunft die Schaffung eines mitteleuropäischen Wirtschaftsverbundes unter deutscher Führung bei Kriegsausbruch 1914 in der Weltkriegswirtschaftskriegsperiode stehen.

Im Januar 1904 wurde der Mitteleuropäische Wirtschaftsverein in Deutschland gegründet, der die mit den oben genannten geographischen und politischen Faktoren Österreich und in England zusammenarbeitete. Die Idee der Schaffung in Belgien, Frankreich, den Niederlanden und Rumänien gab es im europäischen Wirtschaftsraum zu gründen, jedoch führte die nur in Belgien einige Jahre später zum Scheitern. Erklärtes Ziel der Verein war es, von gemeinsamen Vorhaben der mitteleuropäischen Mächte in der Handelspolitik, darunter hinaus zu gehen, wobei in der zweiten wirtschaftspolitischen Fragen, zugrunde zu legen. Die führende Rolle sollte zweifellos dem wirtschaftlich stärksten dieser Länder, dem Deutschen Reich, zu teilen sein. Gerade das erste Mal die erste Einigungsgeschichte zwischen dem deutschen Reich und der Reichsregierung" waren. Diese Einigung

1. Grotzsch, Willibald, Mitteleuropäische Wirtschaft in der Außenpolitik des deutschen Imperialismus vor 1914, im Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, Nr. 2/1972, S. 133 - 148, betont nachdrücklich auf wirtschaftliche Interessen entsprechend innerhalb des bestehenden Kleinsten besonders die Notwendigkeit die "europäischen Ausdehnungsrichtungen innerhalb der mitteleuropäischen Kleinsten" noch gründlicher zu erforschen (S. 148).

2. Wir benutzen hier das Wort "Reichsregierung" für den Reichskanzler und die Reichsminister, die aber verfassungsmäßig kein kollektiv beschließendes

BESTREBUNGEN ZUR WIRTSCHAFTSPOLITISCHEN BLOCKBILDUNG IN MITTELEUROPA AM ANFANG DES 20. JAHRHUNDERTS

Ein Beitrag zur Untersuchung des Verhältnisses zwischen Staat und Wirtschaft

von Berthold Puchert

Unter den Historikern der DDR hat in letzter Zeit, gewiß auch unter dem Eindruck der vom heutigen Imperialismus in der BDR unternommenen Bemühungen um die Festigung der EWG unter seiner Führung und der dabei deutlich werdenden Widersprüche zwischen und innerhalb der beteiligten Staaten, die Geschichte der vor und während des ersten Weltkrieges unternommenen Versuche zur wirtschaftlichen Blockbildung in Mitteleuropa stärkere Beachtung gefunden. In dieser Problematik gibt es noch Forschungslücken¹, zu deren Schließung hier unter einem begrenzten Aspekt beigetragen werden soll.

Mit dem Eintritt des Kapitalismus in sein imperialistisches Stadium setzten in mehreren europäischen Ländern Bestrebungen zur wirtschaftspolitischen Blockbildung ein. Das Verhalten der obersten deutschen Staatsorgane gegenüber diesen Bestrebungen erscheint in den ersten Jahren recht widersprüchlich, zumal wenn man bedenkt, welchen hohen Rang die Schaffung eines mitteleuropäischen Wirtschaftsverbandes unter deutscher Führung bei Kriegsbeginn 1914 in den vom Reichskanzler formulierten Kriegszielen einnahm.

Im Januar 1904 wurde der Mitteleuropäische Wirtschaftsverein in Deutschland gegründet, der eng mit den etwa gleichzeitig gegründeten gleichnamigen Vereinen in Österreich und in Ungarn zusammenarbeitete. Auch in der Schweiz, in Belgien, Frankreich, den Niederlanden und Rumänien gab es Bemühungen, entsprechende Vereine zu gründen, jedoch führten sie nur in Belgien einige Jahre später zum Erfolg. Erklärtes Ziel der Vereine war es, ein gemeinsames Vorgehen der mitteleuropäischen Staaten in der Handelspolitik, darüber hinaus möglichst auch in allgemeinen wirtschaftspolitischen Fragen, zustande zu bringen. Die führende Rolle hätte zwangsläufig dem wirtschaftlich stärksten dieser Länder, dem Deutschen Reich, zufallen müssen. Gerade das setzte aber die enge Zusammenarbeit zwischen dem deutschen Verein und der Reichsregierung² voraus. Diese kam je-

1 Gutsche, Willibald, Mitteleuropaplanungen in der Außenpolitik des deutschen Imperialismus vor 1918, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, Nr. 5/1972, S. 533 - 549, betont nach Hinweisen auf wirtschaftliche Interessenunterschiede innerhalb der besitzenden Klassen besonders die Notwendigkeit, die "innenpolitischen Auseinandersetzungen innerhalb der herrschenden Klasse" noch gründlich zu erforschen (S. 538).

2 Wir benutzen hier das Wort "Reichsregierung" für den Reichskanzler und die Reichsämter, die aber verfassungsrechtlich kein kollektiv beschließendes

doch in den ersten Jahren der Existenz des Vereins nicht zustande, obwohl der Verein von Anfang an von hochgestellten offiziellen Persönlichkeiten und von maßgeblichen Vertretern der verschiedenen Gruppen des Großkapitals und des Großgrundbesitzes getragen wurde. Man kann also die Haltung der Regierung nicht damit erklären, daß sie sich etwa entschieden auf die Seite einer Gruppe der herrschenden Klassen gegen eine andere gestellt hätte. Ehe wir eine Erklärung für das Verhalten der Regierung zu geben versuchen, seien einige Fakten über die Entstehungs- und frühe Entwicklungsgeschichte der Mitteleuropäischen Wirtschaftsvereine angeführt.

Im Jahre 1901 hatte der Österreicher Alex von Peez vorgeschlagen, eine europäische Zollunion gegen Amerika zu schaffen. In diese Zollunion der europäischen Staaten sollte auch England einbezogen werden.³ Peez hatte sich schon seit einem Vierteljahrhundert in der Frage der Gründung einer Zollunion zwischen Österreich-Ungarn und dem Deutschen Reich engagiert. Während er 1879 noch entschieden dagegen aufgetreten war, war er Ende der achtziger Jahre ihr eifriger Befürworter gewesen.⁴ Daß er im Jahre 1901 erneut einen - nun räumlich beträchtlich erweiterten - Zollunionsvorschlag vortrug, wird, auf seine Person bezogen, lediglich als Fortsetzung seiner langjährigen Agitation angesehen werden dürfen. Für sich genommen sollte Peez' Vorschlag vom Jahre 1901 gewiß nicht als Ausdruck des Eintritts der Gesellschaft in ein neues historisches Stadium gewertet werden. Da sein Vorschlag jetzt aber in einer neuen Situation, unter veränderten ökonomischen und gesellschaftlichen Verhältnissen, ausgesprochen wurde, fand er anderen Widerhall als ein gutes Jahrzehnt vorher.

Jetzt polemisierte sofort der deutsche Nationalökonom Julius Wolf gegen diesen Vorschlag. Dabei sprach er sich nicht grundsätzlich dagegen aus, erklärte aber den Gedanken, die europäischen Staaten könnten sich zum gegebenen Zeitpunkt auf einen gemeinsamen Zolltarif gegen außereuropäische Länder einigen, für "utopisch". Für realisierbar hielt Wolf eine allmähliche Gleichschaltung der Außenhandelspolitik der mitteleuropäischen Staaten. Fortan war er der eifrigste Propagandist dieses Gedankens, den er aber nicht etwa dem gerade in Deutschland heiß umstrittenen Entwurf des neuen deutschen Zolltarifs entgegenstellte. Vielmehr betonte er im Jahre 1901, man solle mit der Gründung des Mitteleuropäischen Wirtschaftsvereins, also der Organisation, die die Propaganda dieses Gedankens in großem Stil betreiben sollte, warten, bis der neue deutsche Zolltarif perfekt sein werde.⁵ Das kann doch nur bedeuten, daß der neue deutsche Zolltarif, den Hilferding treffend mit dem Wort "Kartellschutzzölle" charakterisiert⁶, der also dem begonnenen imperialistischen Stadium angemessen war, zum

Gremium wie die Reichsregierung seit 1919 bildeten, sondern der obersten Spitze der Reichsleitung, dem Kaiser allein, verantwortlich und unterstellt waren, was in der Praxis Differenzen nicht ausschloß.

3 Veröffentlichungen des Mitteleuropäischen Wirtschaftsvereins in Deutschland (im folgenden: Veröffentlichungen MWiD), Nr. 1, Berlin 1904, S. 5.

4 Pajewski, Janusz, "Mitteleuropa". Studia z dziejów imperializmu niemieckiego w dobie pierwszej wojny światowej ("Mitteleuropa". Studien zur Geschichte des deutschen Imperialismus zur Zeit des ersten Weltkrieges), Poznań 1959, S. 11.

5 Veröffentlichungen MWiD, a. a. O., S. 6.

6 Hilferding, Rudolf, Das Finanzkapital. Eine Studie über die jüngste Entwicklung des Kapitalismus, 2. Aufl. der Neuausgabe, Berlin 1955, Kap. 21. - Vgl. auch derselbe, Der Funktionswandel des Schutzzolles, in: Neue Zeit, Jg. 20, Nr. 2.

Ausgangspunkt für die Vereinheitlichung der Außenhandelspolitik der mitteleuropäischen Staaten genommen werden sollte. Indem der neue Tarif die Zollmauern nicht abbaute oder gar beseitigte, sondern im Gegenteil erhöhte und verbreiterte, erleichterte er natürlich nicht den Weg zu einer Zollunion, wie sie Peez vorschlug. Er verstärkte noch die handelspolitische Konfrontation auch zwischen den mitteleuropäischen Staaten, die die schwächeren von ihnen zur Anpassung an die Interessen, Wünsche und Vorstellungen des stärksten, zur Unterwerfung unter seine Hegemonie nötigen sollte.

Wolfs Gedanken fanden dann im Gründungsaufwurf des Mitteleuropäischen Wirtschaftsvereins in Deutschland konkreten Niederschlag: Zweck des Vereins sei es nicht, für eine Zollunion zu agitieren, sondern dafür, daß die mitteleuropäischen Staaten gewisse Fragen des Wirtschaftsrechts einheitlich regelten, die Einrichtungen ihrer Grenzwachtdienste gemeinsam nutzten, gemeinsame Festlegungen für die Kontrolle der Ein- und Ausfuhr trafen, untereinander ein Clearingsystem errichteten, sich bezüglich ihrer Zoll- und Eisenbahntarife Vorzugsbedingungen einräumten und in fernen Ländern nicht nebeneinander staatliche Vertretungen zur Außenhandelsförderung unterhielten, sondern diese koordinierten.⁷

Mit dieser Zweckbestimmung wurden am 21. Januar 1904 in Berlin der Mitteleuropäische Wirtschaftsverein in Deutschland⁸ und ungefähr gleichzeitig in Wien und in Budapest gleichnamige Vereine für Österreich und für Ungarn gegründet. Während aber in Budapest sofort der ungarische Ministerpräsident persönlich den Vereinsvorsitz übernahm und jahrelang beibehielt, war auf der Gründungsversammlung in Berlin nicht einmal ein offizieller Vertreter der Reichsregierung anwesend, und sie schickte auch keine Begrüßungsadresse. Dabei waren jedoch hohe staatliche Würdenträger führend an der Gründung beteiligt. Eröffnet und geleitet wurde die Gründungsversammlung vom Freiherrn von Manteuffel, dem Vizepräsidenten des preußischen Herrenhauses. Während Professor Wolf zum geschäftsführenden Vizepräsidenten des Vereins gewählt wurde, übernahm den Vereinsvorsitz der Herzog Ernst Günther zu Schleswig-Holstein.⁹ Hatte er auch keinen Regierungsposten inne und mag er sich ohne Rücksprache mit dem Reichskanzler oder dem zuständigen Staatssekretär engagiert haben, so kann er doch als Bruder der Kaiserin nur mit Duldung oder sogar ausdrücklicher persönlicher Zustimmung des Kaisers den Vereinsvorsitz übernommen haben. Wenn die Reichsregierung ihre demonstrative Nichtbeteiligung an der Gründungsversammlung als Tarnungsmanöver gegenüber dem Ausland gedacht hatte, so wurde diese Absicht durch die Übernahme des Vereinsvorsitzes durch den Herzog Ernst Günther zu nichte gemacht, denn für jedermann war die Verbindung des Vereins mit der Staatsspitze augenfällig. Hatte die Reichsleitung eine taktische Dummheit begangen? Vielmehr wirkte hier wohl das, was Hallgarten bei anderer Gelegenheit als "Anarchie an leitender Stelle" bezeichnet, wenn "sich, wie so oft, kleine, aber mächtige Privatinteressen der kaiserlichen Figur bemächtigt hatten"¹⁰. Gerade im Januar 1904, als die Gründung des Mitteleuropäischen Wirtschaftsvereins erfolgte, bestanden ja aus viel wichtigerem Anlaß, nämlich wegen der Haltung zum

7 Veröffentlichungen MWiD, a. a. O., S. 10 f.

8 Ebenda, S. 59.

9 Ebenda.

10 Hallgarten, George W. F., Imperialismus vor 1914. Die soziologischen Grundlagen der Außenpolitik europäischer Großmächte vor dem ersten Weltkrieg, München 1963, Bd. 1, S. 188.

bevorstehenden russisch-japanischen Krieg, beträchtliche Differenzen zwischen dem Kaiser und seinem Reichskanzler von Bülow.¹¹

Zwei Jahre später vermochte die Reichsregierung durchzusetzen, daß der Kaiser sich ihrer nach wie vor reservierten Haltung gegenüber dem Verein anschloß. Der Herzog hatte nämlich seinen kaiserlichen Schwager um eine Immediatvorstellung ersucht, auf der er ihn um die amtliche Förderung des Vereins, speziell durch die deutschen Legationen, bitten wollte. Das Reichsamt des Innern und das Auswärtige Amt, offenbar vom Kaiser befragt, rieten ihm in einer gemeinsamen Stellungnahme entschieden davon ab. Der Tenor war: Es bestehe kein Anlaß zur Gegnerschaft, solange der Verein die Handelspolitik der Regierung nicht störe, doch müsse alles vermieden werden, was so aussehen könnte, als ob die Regierung hinter dem Verein stünde.¹² Als Hauptgrund für die Reserviertheit der Regierung wurde auf die in den Mitteleuropäischen Wirtschaftsvereinen bestehenden starken Tendenzen gegen den USA-Handel verwiesen, zu denen sich öffentlich zu bekennen gerade damals der Reichsregierung nicht gelegen sein konnte, da sie eben in Vertragsverhandlungen mit den USA stand. Die österreichische und die ungarische Regierung brauchten sich solcher Zurückhaltung nicht zu befleißigen, weil die Handelsbeziehungen dieser Länder zu den USA weitaus geringer waren.

Taktische Rücksichten auf die Verhandlungen mit den USA (und auf die für den deutschen Kapitalismus sehr wichtigen Handelsbeziehungen mit Großbritannien) waren gewiß ein gewichtiger Grund für eine der Öffentlichkeit gegenüber demonstrierte Nichtbeteiligung der Reichsregierung an Aktionen der genannten Vereine. Daß sie aber der Hauptgrund für die tatsächliche Zurückhaltung der Reichsregierung gegenüber dem deutschen Verein waren, darf bezweifelt werden. Die anti-amerikanische Tendenz stand in den Vereinen nicht mehr so im Vordergrund wie während der Vorbereitung ihrer Gründung, und im deutschen Verein hatte sie nie die Rolle wie in Österreich oder Ungarn gespielt. Es ging vielmehr um eine wirtschaftliche Blockbildung in Mitteleuropa (das manifestierte sich ja auch im Vereinsnamen), das heißt, die Träger der Mitteleuropäischen Wirtschaftsvereine wünschten eine wirtschaftliche Untermauerung des Dreibundes, was sich zwangsläufig besonders gegen andere europäische Mächte richtete, vor allem gegen Frankreich, aber auch gegen Großbritannien und Rußland. Mir scheint, daß die Reichsregierung in den ersten Jahren des 20. Jahrhunderts, als sich die Bündnis-systeme noch nicht stabilisiert hatten und als es trotz des zunehmenden Gegensatzes zwischen dem deutschen und dem britischen Imperialismus doch auch mehrmals Ansätze zu einer Verschiebung der Fronten gab, sich einfach nicht die Hände binden lassen wollte, indem sie offiziell die Bestrebungen der Mitteleuropäischen Wirtschaftsvereine unterstützte.

Doch die Akten des Auswärtigen Amtes zeugen sogar bis 1908 nicht einmal von einer internen, streng vertraulichen Zusammenarbeit zwischen Reichsregierung und deutschem Verein. Neben außenpolitisch- und außenwirtschaftspolitisch-taktischen muß es also auch innenpolitische Motive für die Reserviertheit der Reichsregierung gegeben haben.

Als sich die Mitteleuropäischen Wirtschaftsvereine Deutschlands, Österreichs und Ungarns im November 1906 in Wien (nicht etwa in Deutschland) erstmals zu

11 Vgl. ebenda, S. 570.

12 Zentrales Staatsarchiv I (im folgenden: ZStA I), Auswärtiges Amt (im folgenden: AA), 2499, Bl. 5 - 10.

einer gemeinsamen Konferenz zusammenfanden, wurde folgende Namensliste der Mitglieder des Direktoriums des deutschen Vereins bekanntgegeben¹³:

Präsident: Herzog Ernst Günther zu Schleswig-Holstein;

Geschäftsführender Vizepräsident: Dr. Julius Wolf;

Vizepräsident: Max Roetger, Vorsitzender des Direktoriums der Firma Krupp;

Mitglieder des Direktoriums:

- Otto Frhr. von Manteuffel, Erster Vizepräsident des Preußischen Herrenhauses, Landesdirektor der Provinz Brandenburg;
- Dr. Hermann Paasche, Zweiter Vizepräsident des Reichstages, Aufsichtsratsmitglied der Nationalbank für Deutschland und anderer Gesellschaften, unter anderem in der Zuckerbranche;
- Dr. Tonio Bödiker, Präsident des Reichsversicherungsamtes a. D.;
- Hans Graf von Schwerin, Vorsitzender des Deutschen Landwirtschaftsrates;
- Richard Vopelius, Hüttenbesitzer, Vorsitzender des Centralverbandes deutscher Industrieller;
- Hermann Hecht, Vorsitzender der Vereinigung der Exportfirmen Berlins.

Es handelte sich also beileibe nicht um unbedeutende Personen, die die Regierung vielleicht nicht als kompetente Vertreter der deutschen Wirtschaft hätte anerkennen können, sondern um Repräsentanten besonders der Montanindustrie und des Großgrundbesitzes, die in anderen Fragen beträchtlichen Einfluß auf die Staatsgeschäfte auszuüben vermochten.

Auf dieser ersten gemeinsamen Konferenz in Wien fehlte der Präsident des deutschen Vereins, obwohl er sich zur Teilnahme angemeldet hatte. Der Tagungsleiter verlas ein Telegramm von ihm: "Ich muß zu meinem großen Bedauern infolge unvorhergesehener Ereignisse meine Reise nach Wien aufgeben . . ." ¹⁴ Was das für Ereignisse waren, erfahren wir aus den Akten des Auswärtigen Amtes: Der Kaiser verbot im letzten Moment seinem Schwager, an der Konferenz der Mitteleuropäischen Wirtschaftsvereine teilzunehmen. ¹⁵ Versuche, dieser ersten gemeinsamen Konferenz in Wien eine in Berlin folgen zu lassen, scheiterten bis 1909 am Widerstand der Reichsregierung.

Auch die erste ordentliche Generalversammlung des deutschen Vereins konnte nicht in Berlin oder überhaupt in Preußen stattfinden, obwohl in der Mitgliedschaft und im Direktorium ganz eindeutig Preußen dominierten. Sie fand schließlich im Mai 1907 in Dresden statt, und zwar unter dem Protektorat und sogar in Anwesenheit des sächsischen Königs und höchster sächsischer Staatsvertreter. ¹⁶ Das Auswärtige Amt hatte demgegenüber dem preußischen Gesandten in Dresden "empfohlen", sich der Veranstaltung fernzuhalten, da sich die Reichsregierung "stets zwar nicht unfreundlich, aber zurückhaltend" zum Mitteleuropäischen Wirtschaftsverein verhalten habe. ¹⁷ Auch andere Vertreter der Reichs- oder der preußischen Regierung nahmen an der Generalversammlung nicht teil.

Zu diesem Zeitpunkt hatte der Verein 700 Mitglieder. Angeschlossen waren ihm 60 Korporationen, davon 19 Handelskammern (allein 14 aus dem Rheinland), und 3 Städte, davon 2 rheinische (Duisburg und Düsseldorf).

13 Veröffentlichungen MWiD, Nr. 3, Berlin 1907, S. VII.

14 Ebenda, S. 8.

15 ZStA I, AA, 2499, Bl. 30, 34, 39, 43.

16 Veröffentlichungen MWiD, Nr. 4, Berlin 1907; ZStA I, AA, 2500, Bl. 109.

17 ZStA I, AA, 2499, Bl. 104.

Im Bericht an die Generalversammlung wurde mitgeteilt, daß der Ausbau des Vereins sich bisher besonders auf das Rheinland, Oberschlesien und das Königreich Sachsen sowie Thüringen konzentriert habe.¹⁸ Bei der Wahl des Direktori- ums und des Ausschusses wurde die Vertretung der Schwerindustrie und der Großagrari- er weiter verstärkt, zugleich aber die Basis im Großkapital ver- brei- tert. So wurde der Vorsitzende des Zentralverbandes des deutschen Bank- und Bankiergewerbes, Dr. Jacob Rießer, neu in das Direktorium gewählt, der Direk- tor (bald danach Aufsichtsratsvorsitzender) der Farbenfabriken vormals Fr. Bay- er & Co., Dr. Henry Th. von Boettinger, der schon vor der Generalversammlung im Direktorium mitgewirkt hatte, als Direktoriumsmitglied wiedergewählt und der Vorsitzende des Vereins zur Wahrung der Interessen der chemischen Indu- strie, Dr. Lepsius, in den Ausschuß (die erweiterte Leitung des Vereins) neuge- wählt. Generaldirektor Ballin von der Hamburg-Amerika-Linie wurde wieder Aus- schußmitglied. Neu in den Ausschuß gelangten einige Vertreter sächsischer und thüringischer Handelskammern und Firmen.¹⁹

Nach dem demonstrativen Abweichen des sächsischen Staates von der Linie der Reichsregierung konnte diese den Verein nicht mehr in gleicher Weise wie bisher behandeln. Nachdem 1908 auch in Budapest mit offizieller Beteiligung der ungarischen Regierung eine gemeinsame Konferenz der drei Vereine über Scheckpro- bleme stattgefunden hatte²⁰, war die deutsche Reichsregierung damit einverstan- den, daß auch nach Berlin eine gemeinsame Konferenz der Mitteleuropäischen Wirtschaftsvereine einberufen werde. Die außenpolitische Situation war jetzt ge- kennzeichnet durch die Festigung der Triple-Allianz England-Frankreich-Ruß- land in Beantwortung der intensiven deutschen Flottenrüstung, der von herrschen- den Kreisen Deutschlands unterstützten Annexion Bosniens durch Österreich-Ungarn und der in diesem Zusammenhang von amtlicher deutscher Seite verkündeten Kriegsdrohungen, vor allem gegen Rußland. Aus dem nicht sehr fest gefügten Dreibund Deutschlands, Österreich-Ungarns und Italiens wurde faktisch ein Zwei- bund, dessen Partner Deutschland und Österreich-Ungarn enger zusammenrück- ten, sich eindeutig als aggressiver Block gegenüber den anderen europäischen Mächten profilierten und ihnen bald isoliert gegenüberstanden. In dieser interna- tionalen politischen Konstellation verlor das außenpolitisch-taktische Motiv für die Zurückhaltung der Reichsregierung gegenüber dem Mitteleuropäischen Wirt- schaftsverein seinen Sinn.

Auch die inneren Hemmungen waren inzwischen überwunden worden. Einem Schreiben des Reichskanzlers von Bülow vom 3. Juli 1908 an den Herzog von Hol- stein läßt sich entnehmen, daß eine enge, zunächst noch interne Zusammenarbeit zwischen Reichsregierung und Verein eingesetzt hatte.²¹ Nach außen wurde das nicht sofort sichtbar gemacht. So fand die zweite Generalversammlung des deut- schen Vereins am 15. September 1908 wieder nicht in der Reichshauptstadt, son- dern im badischen Mannheim statt.²²

Ende Oktober 1908 kam es dann zum erstenmal zu einer gemeinsamen Konferenz des deutschen, österreichischen und ungarischen Vereins auf deutschem Boden, wieder nicht in Preußen, sondern im bayrischen Nürnberg. Zur Erörterung stan-

18 Veröffentlichungen MWiD, Nr. 4, a. a. O., S. 15.

19 Ebenda, S. 50 - 55.

20 Veröffentlichungen MWiD, Nr. 5, Berlin 1908.

21 ZStA I, AA, 2500, Bl. 32.

22 Veröffentlichungen MWiD, Nr. 6, Berlin 1908.

den zolltechnische und Zollverfahrensfragen.²³ Tagungsleiter Vopelius empfahl den Konferenzteilnehmern, das Protokoll der Beratungen "möglichst persönlich" den zuständigen Regierungsressorts zu übergeben.²⁴ Die offizielle Nichtbeteiligung der Reichsregierung an dieser Konferenz hatte jetzt schon keine wesentliche Bedeutung mehr. Tatsächlich trafen der deutsche Verein und die Reichsregierung bereits gemeinsam Vorbereitungen für die Mitteleuropäische Wirtschaftskonferenz²⁵, die dann im Mai 1909 in Berlin mit amtlicher Beteiligung der Reichsregierung stattfand. Im Namen des Reichskanzlers hielt der Staatssekretär des Innern, von Bethmann Hollweg, eine Grußansprache. Ferner saßen im Konferenzsaal erstmals offizielle Vertreter des Auswärtigen Amtes, Staatssekretäre und hohe Beamte weiterer Reichsämter, leitende Mitarbeiter preussischer Ministerien sowie der Reichsbankpräsident. Auf der Referentenliste stand unter anderen ein Geheimer Oberregierungsrat aus dem Preussischen Ministerium für Handel und Gewerbe und dem Reichsamt des Innern. Außer dem deutschen, dem österreichischen und dem ungarischen Verein war auf dieser Konferenz auch ein entsprechender belgischer Verein vertreten, dessen Delegierte vom belgischen Gesandten begleitet wurden.²⁶ Zwar traten nochmals Komplikationen in den Beziehungen zwischen der Staatsspitze und dem deutschen Verein auf. So wurde die erbetene Vorstellung der Vereinspräsidenten beim Kaiser oder beim Kronprinzen abgelehnt, und auch ihr nach längerem Bitten zugesagter Empfang durch den Reichskanzler fand schließlich doch nicht statt.²⁷ Vermutlich ergab sich dieses widersprüchliche Verhalten jetzt aber nicht aus grundsätzlichen amtlichen Vorbehalten gegenüber dem Mitteleuropäischen Wirtschaftsverein, sondern ist auf die äußerst gespannte Atmosphäre zwischen Kaiser und Kanzler kurz vor Bülow's Entlassung zurückzuführen. Daß die Reichsleitung und der Mitteleuropäische Wirtschaftsverein in Deutschland jetzt gemeinsame Sache machten, war jedenfalls auf der Konferenz vor aller Welt dokumentiert worden.

Für die Tagung in Brüssel im April 1912, an der auch neue Gäste aus Frankreich und den Niederlanden teilnahmen und auf der sich die deutschen Vertreter der besonderen Interessiertheit und Förderungsbereitschaft des belgischen Königs für ihre Ziele erfreuten (hier wurden von deutscher Seite, zumindest mit Duldung des Kaisers, die engen verwandtschaftlichen Beziehungen des Herzogs von Holstein zum belgischen Königshaus bewußt genutzt)²⁸, sowie für den Kongreß in Budapest im März 1913 wurden die Tagesordnung und die Beratungsgegenstände gemeinsam vom Verein und der Reichsregierung vorbereitet. Nach Budapest entsandte die Regierung im Einvernehmen mit dem Verein einen hohen Beamten, der auf dem Kongreß "faux pas" verhüten sollte, damit dadurch nicht etwa amtliche Handelsverhandlungen mit anderen Staaten erschwert würden.²⁹

Auf die weitere Geschichte des Mitteleuropäischen Wirtschaftsvereins und der Haltung der Regierung zu seinen Bestrebungen soll hier nicht eingegangen werden. Bekanntlich gehörte zu den im September 1914 vom Reichskanzler von Bethmann Hollweg formulierten Kriegszielen die Schaffung eines "mitteleuropäischen Wirt-

23 Veröffentlichungen der Mitteleuropäischen Wirtschaftsvereine (im folgenden: VMW), Nr. 7, Berlin 1909.

24 Ebenda, S. 212.

25 ZStA I, AA, 2500, Bl. 32.

26 VMW, Nr. 8, Berlin 1909.

27 ZStA I, AA, 2500, Bl. 113, 120.

28 Ebenda, 2501, Bl. 155 f.

29 Ebenda, Bl. 162, 167.

schaftsverbandes" unter deutscher Führung, dem auch west-, nord- und südeuropäische Länder eingeordnet werden sollten.³⁰ Die wirtschaftspolitische Blockbildung im Interesse und unter Führung des deutschen Imperialismus, die wegen der vielfältigen Widersprüche und Gegensätze in Friedenszeiten kaum vorangekommen war, sollte im ersten Weltkrieg mit militärischer Gewalt erzwungen werden.

Hatte es sich bei der früheren Zurückhaltung der Reichsregierung gegenüber dem Mitteleuropäischen Wirtschaftsverein (vor 1909) ausschließlich um Tarnungsmannöver gegenüber dem Ausland, um ein zwischen ihnen abgekartetes Spiel gehandelt? Eine derartige Erklärung wäre zu einfach und entspräche nicht dem damals, in den ersten Jahren des 20. Jahrhunderts, erreichten (auf den verschiedenen Sektoren sehr unterschiedlichen) Ausmaß der Verschmelzung zwischen Staatsapparat und Monopolen bzw. Wirtschaftsverbänden. Zweifellos vertrat die Regierung bereits neben den Interessen der Großagrariere die des Monopolkapitals, nicht zuletzt auch in der Außenwirtschaftspolitik. Dabei bewahrte sie sich aber noch sehr ihre Entscheidungsfreiheit, ihre relative Unabhängigkeit von den Gremien und Verbänden, in denen die Monopolkapitalisten ihre Wünsche und Interessen kundtaten.

Zu der Entwicklung der Haltung der Reichsregierung gegenüber dem Mitteleuropäischen Wirtschaftsverein gibt es Parallelen. So schreibt der langjährige Vorsitzende des Alldeutschen Verbandes, Heinrich Claß, in seinen Erinnerungen: "Dr. Adolf Lehr, seit 1898 in den Reichstag gewählt, der sich mit Feuereifer an die Spitze der alldeutschen Flottenbewegung gestellt hatte, erlebte zunächst bei seiner Fühlungnahme mit den Leuten des Reichsmarineamtes wenig Freude. Allmählich kamen die Herrschaften aber doch dahinter, wie wertvoll es für das Amt sei, begeisterte, unabhängige Helfer im Lande zu haben. So wurde Lehr nach und nach nicht nur in Gnaden aufgenommen, sondern schließlich ausgesprochener Vertrauensmann dieses Amtes; kaum ein Tag verging ohne Verkehr mit den Leitern des Propagandawesens. Auf diese Art rückte der Hauptgeschäftsführer des Alldeutschen Verbandes in eine Stellung ein, die ihn zu einer Art Generalstabschef zur Bearbeitung der öffentlichen Meinung in der Flottenfrage machte. Kein Zweifel, daß der Sache damit außerordentlich genützt wurde."³¹

Bei der Untersuchung des objektiven, das heißt im imperialistischen Stadium des Kapitalismus notwendigen, unumgänglichen Verschmelzungsprozesses zwischen Monopolen und Staat sollte man den subjektiven Faktor, den Prozeß der bei den handelnden Personen, insbesondere bei den im Milieu des adeligen Geburtsprivilegs und des Standesdünkels aufgewachsenen und mit beträchtlichen Resten antibürgerlicher Traditionen behafteten hohen staatlichen Würdenträgern, nur allmählich reifenden Erkenntnis dieser Notwendigkeit, gebührend berücksichtigen.

Wenn sich dabei das Verhältnis der Regierung zum Mitteleuropäischen Wirtschaftsverein offenbar langsamer als zum Alldeutschen Verband speziell in der Flottenfrage erwärmte, dann wohl nicht zuletzt deshalb, weil es innerhalb des

30 Ebenda, Reichskanzlei, 2476, Bl. 54 - 57, vollständig abgedruckt bei: Basler, Werner, Deutschlands Annexionspolitik in Polen und im Baltikum 1914 - 1918, Berlin 1962, S. 381 ff.

31 Claß, Heinrich, Wider den Strom. Vom Werden und Wachsen der nationalen Opposition im alten Reich, Leipzig 1932, S. 83.

Mitteuropäischen Wirtschaftsvereins infolge der zahlreichen Nuancen der konkreten Interessen der Vereinsmitglieder schwieriger war, einheitliche Forderungen zu formulieren, und daher dieser Verein nicht so kompakt wie der Alldeutsche Verband gerade in der Flottenfrage an die Regierung heranzutreten vermochte.

Dagegen ist die Begründung, die zwei Jahre vor dem Kriege im Berliner Börsencourier vertreten wurde, nicht überzeugend. Am 9. Januar 1912 beklagte dieses Blatt in einer Betrachtung über die deutsche auswärtige Politik, daß die Kolonialpolitik im Vordergrund des Interesses stünde, während die "Revision unserer europäischen Stellung" kaum beachtet werde. Es forderte, hauptsächlich diese Revision "mit friedlichen Mitteln" zu betreiben und zu diesem Zweck eine Zollunion mit Österreich-Ungarn zu schließen, der sich in der Perspektive die Balkanländer, die Türkei, Dänemark, Schweden, Norwegen, die Niederlande und die Schweiz anschließen sollten. Bei diesem Werk gebühre Deutschland die Führerrolle.

Zunächst ist einzuwenden, daß zu diesem Zeitpunkt Regierung und Mitteleuropäischer Wirtschaftsverein schon eng zusammenarbeiteten. Doch auch auf frühere Jahre bezogen ist die Kritik einseitig und schematisch. Kolonialpolitik und mitteleuropäische Integration unter deutscher Führung mögen manchen Mitgliedern des Mitteleuropäischen Wirtschaftsvereins und anderen Kapitalisten aufgrund ihrer speziellen ökonomischen Interessen als Widerspruch erschienen sein, waren es aber für den deutschen Imperialismus als Ganzes nicht, worauf ja auch die gleichzeitige aktive Mitgliedschaft besonders von Schwerindustriellen in beiden genannten Vereinen hinweist. Ohne die Hegemonie des deutschen Imperialismus wenigstens in Mitteleuropa konnte dieser auf längere Sicht keine effektive Kolonial- und Weltpolitik betreiben, und umgekehrt. Beide Tendenzen ergänzten einander. Zwischen dem Alldeutschen Verband mit seiner Hervorhebung der Flottenfrage als Schlüsselproblem der überseeischen Expansion und dem Mitteleuropäischen Wirtschaftsverein herrschte im Grunde genommen kein Kampf um Alternativen, sondern eine gewisse Arbeitsteilung in der Propaganda. Die Regierung konnte daher, nachdem sie ihre allgemeine Reserviertheit gegen solche Vereine abgebaut hatte, mit beiden eng zusammenarbeiten. Und so geschah es in den letzten Vorkriegsjahren. Wie es eine damals verbreitete Losung ausdrückte, ging es um Mitteleuropa und Mittelfrika. Beide Expansionsziele hingen miteinander zusammen und bedingten einander.

ROLLE UND BEDEUTUNG DER KAPITALISTISCHEN INTEGRATION IN DER EWG UNTER BESONDERER BERÜCKSICHTIGUNG DES VERKEHRSWESENS

von Elfriede Rehbein

1. Die beginnende kapitalistische Integration in Westeuropa
2. Der Aufbau der EWG
3. Die Bedeutung des Verkehrswesens für die kapitalistische Integration
4. Internationale Zusammenarbeit im Verkehrswesen
5. Ansätze einer gemeinsamen Verkehrspolitik im Rahmen der EWG
6. Ergebnisse der angestrebten Verkehrskoordination
7. Schlußbemerkungen

Anhang: Statistische Angaben zu den EWG-Staaten

1. Die beginnende kapitalistische Integration in Westeuropa

Lenin führte grundsätzliche Gedanken von Marx und Engels weiter, als er von der zunehmenden Tendenz der Internationalisierung des Wirtschaftslebens im Imperialismus sprach und darauf hinwies, daß sie eine höhere Stufe der Vergesellschaftung der Produktion repräsentiere.¹ Bei einer Analyse der bisherigen kapitalistischen Entwicklung zeigt sich die stufenweise Entwicklung der Internationalisierung der Wirtschaft und zugleich ihr Zusammenhang mit der Produktivkräfteentwicklung sehr klar. Hatte die beginnende Massenproduktion des Kapitalismus der freien Konkurrenz zum Entstehen des Weltmarktes gedrängt, wobei die internationalen Beziehungen vorwiegend über den Außenhandel realisiert wurden, so führte der Imperialismus gesetzmäßig zur Internationalisierung des Kapitals, zu einer weltweiten Kapitalverflechtung, die gleichzeitig durch eine steigende Arbeitsteilung, aber auch durch eine Aufteilung der Rohstoff- und Absatzmärkte charakterisiert war. Dabei traten im Verlaufe der Entwicklung die unlösbaren antagonistischen Widersprüche zwischen dem Zwang zur Weiterentwicklung der Produktivkräfte und der begrenzten Aufnahmefähigkeit der nationalen Märkte immer stärker hervor. Die Versuche, diese Widersprüche auf kriegerischem Wege zu lösen, brachten letztlich nur zeitweilige Teilerfolge. Trotz der Massenvernichtung von menschlichen und sachlichen Produktivkräften und des damit verbundenen unmeßbaren Leids für Millionen von Menschen verschärfte sich die ungleichmäßige Ent-

¹ Lenin, W. I., Kritische Bemerkungen zur nationalen Frage, in: Werke, Bd. 20, Berlin 1961, S. 12.

wicklung der kapitalistischen Länder, erreichte die allgemeine Krise des kapitalistischen Systems eine neue Qualität, charakterisiert durch die ständige Gefahr für das Weiterbestehen dieser Gesellschaftsordnung.

Angesichts dieser Situation erhöhten die imperialistischen Staaten ihre Anstrengungen, um ihre politischen Positionen zu sichern und ihre ökonomische Macht auszubauen. Dieser Kampf um die Erhaltung des Systems vollzog sich in neuen supranationalen Formen. Diese entwickelten sich unter dem Druck der Tatsache, daß die Produktivkräfte, besonders seit dem Beginn der wissenschaftlich-technischen Revolution, in zunehmendem Maße über den nationalen Rahmen hinauswachsen und den Übergang zur sozialistischen Gesellschaftsordnung forderten. "Bei Strafe ihres Untergangs" mußten die Monopole und die mit ihnen verflochtenen Staaten Formen einer kapitalistischen Integration finden, die es ihnen erlaubten, die weitere Produktivkräfteentwicklung im Rahmen des staatsmonopolistischen Kapitalismus zu halten und die Ergebnisse des technischen Fortschritts in hohen Monopolprofiten zu realisieren. Damit erhielten jedoch alle Integrationsmaßnahmen und -formen a priori einen reaktionären Charakter; denn sie richteten sich gegen das sozialistische Weltsystem, gegen die Arbeiterklasse in den eigenen Ländern, gegen die nationale Befreiungsbewegung in den kolonialen und abhängigen Ländern.

Den Zwang zur Integration spürten zuerst die europäischen kapitalistischen Staaten. Die relativ geringe Ausdehnung ihrer Territorien, die weitgehende Zerstörung ihrer materiell-technischen Basis im zweiten Weltkrieg, die wachsende Stärke ihrer eigenen Arbeiterklasse sowie die räumliche Nähe des sozialistischen Lagers, aber auch die veränderten Machtpositionen der einzelnen Staaten im Ergebnis des Krieges weckten die Bereitschaft zu Vereinbarungen. Von vornherein war dabei klar, daß jeder Zusammenschluß nur so weit gehen durfte und sollte, daß er die Grundpositionen klären half: Kampf gegen den Sozialismus und Stärkung der gemeinsamen Stellung gegenüber den USA. Spezielle nationale Interessen sollten davon möglichst unberührt bleiben.

Eine wichtige Etappe der westeuropäischen kapitalistischen Integration stellte die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) dar. Verhandlungen dazu begannen schon 1955 in Messina, sie mündeten jedoch erst am 25. März 1957 in einen Vertrag, der in Rom zugleich mit einem Vertrag über die Gründung einer Europäischen Atomgemeinschaft (EURATOM) unterzeichnet wurde. Beide Vereinbarungen wurden ab 1. Januar 1958 wirksam. Unterzeichner waren die Mitglieder der Montanunion: Frankreich, die BRD, Italien, Belgien, Luxemburg und die Niederlande.

In den Grundsätzen der EWG wird ausgeführt:

"Aufgabe der Gemeinschaft ist es, durch die Errichtung eines Gemeinsamen Marktes und die schrittweise Annäherung der Wirtschaftspolitik der Mitgliedstaaten eine harmonische Entwicklung des Wirtschaftslebens innerhalb der Gemeinschaft, eine beständige und ausgewogene Wirtschaftsausweitung, eine größere Stabilität, eine beschleunigte Hebung der Lebenshaltung und engere Beziehungen zwischen den Staaten zu fördern, die in dieser Gemeinschaft zusammengeschlossen sind."²

² Handbuch der Verträge 1871 - 1964, Verträge und andere Dokumente aus der Geschichte der internationalen Beziehungen, hg. v. Helmuth Stoecker u. d. Mitarbeit v. Adolf Rüger, Berlin 1968, S. 630.

Für die Tätigkeit der EWG werden im Artikel 3 elf Aufgaben genannt, unter denen hier erwähnt werden sollen: die Abschaffung der Zölle und mengenmäßigen Beschränkungen bei der Ein- und Ausfuhr von Waren; die Einführung eines gemeinsamen Zolltarifs und einer gemeinsamen Handelspolitik gegenüber dritten Ländern; die Beseitigung der Hindernisse für den freien Personen-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehr zwischen den Mitgliedsstaaten; die Einführung einer gemeinsamen Landwirtschafts- und Verkehrspolitik; die Assoziierung der überseeischen Länder und Hoheitsgebiete, um den Handelsverkehr zu steigern und die wirtschaftliche Entwicklung zu fördern.³

Die Bildung der EWG erfolgte in einer Phase des konjunkturellen Aufschwungs, forciert durch die ersten Auswirkungen der wissenschaftlich-technischen Revolution. Die Monopole der beteiligten Staaten erblickten deshalb in der EWG eine reale Chance, sich einen vergrößerten und aufnahmefähigeren Markt zu sichern. Der Gemeinsame Markt versprach darüber hinaus Möglichkeiten zu einer erhöhten Konzentration, die ihrerseits den technischen Fortschritt beschleunigen, die Massenproduktion erhöhen, die Produktionskosten senken und damit die Konkurrenzfähigkeit der Erzeugnisse verbessern konnte.

Jedes der angeschlossenen Länder verfolgte dabei jedoch in erster Linie seine eigenen Interessen. Frankreich wollte durch einen einheitlichen Zolltarif seine Wirtschaft nach außen hin, besonders gegenüber Großbritannien, schützen. Außerdem erhoffte die französische Landwirtschaft ein Ansteigen ihrer Exporte in die EWG-Staaten bei gleichzeitigem Zurückdrängen der USA-Importe. (Immerhin produzierte die französische Landwirtschaft 1970 46,4 Prozent des in der EWG erzeugten Getreides, 41,9 Prozent der Milch und 31,1 Prozent des Fleisches.⁴) Die BRD-Monopole wollten eine intensive Absatzsteigerung erreichen, die politische Hegemonie in Westeuropa erringen und die "deutsche Frage" in ihrem Sinne lösen. Italien glaubte, mit Hilfe der EWG und der von ihr proklamierten Freizügigkeit der Arbeitskräfte sein Arbeitslosenproblem klären zu können, und die Benelux-Staaten schließlich waren ohnehin in ihrem Export sehr stark auf die übrigen EWG-Länder orientiert und erhofften sich durch Wegfall der Zölle ein Anheben ihres Exports. Nicht zuletzt sollte die EWG in der Periode des Zusammenbruchs der großen Kolonialreiche dazu beitragen, die früheren Kolonialländer weiterhin in kollektiver wirtschaftlicher Abhängigkeit zu belassen. Besonders berührte dieser Gesichtspunkt Frankreich, Belgien und die Niederlande.

Eindeutig waren die Absichten der EWG-Staaten auch hinsichtlich ihres Verhältnisses zu den USA. Sie wollten mit Hilfe der Gemeinschaft ihren Anteil am kapitalistischen Weltmarkt auf Kosten der USA erweitern und in politischen sowie militärischen Fragen gleichberechtigt sein. Andererseits brauchten sie die amerikanische Hilfe auf ökonomischem und militärischem Gebiet. Besonders wollten sie mit Hilfe des USA-Kapitals den technischen Fortschritt und damit ihren ökonomischen Aufschwung beschleunigen.

Die USA begrüßten ihrerseits aus politischen und militärischen Gründen die Bildung der EWG, sie erhofften sich durch die Bildung des Gemeinsamen Marktes Möglichkeiten zu einer eigenen Exportsteigerung nach Westeuropa. Andererseits erkannten sie aber auch die ökonomischen Gefahren, die ihnen in Gestalt der EWG entstanden. Sie erklärten deshalb, daß sie auf eine Erweiterung des Handels nicht

3 Ebenda.

4 Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland 1972, Stuttgart/Mainz 1972, Internationale Übersichten, S. 16 f.

allein untereinander, sondern auch mit anderen Ländern hofften. Besonders waren sie wegen ihres landwirtschaftlichen Exports besorgt. Sie verlangten die Einhaltung der Festlegungen des GATT (General Agreement on Tariffs and Trade, 1947 abgeschlossen), wonach Importbeschränkungen nur Ländern mit Valutamangel gestattet sein sollten.

Der EWG-Vertrag sah vor, daß der Gemeinsame Markt während einer Übergangszeit von zwölf Jahren verwirklicht werden sollte, und zwar in drei Stufen mit einer Dauer von je vier Jahren. Tatsächlich wurde die Übergangszeit am 31. Dezember 1969 als beendet erklärt, wobei völlige Klarheit darüber herrschte, daß bei weitem nicht alle im Vertrag genannten Aufgaben erfüllt wurden. Sicher war es von großer Wichtigkeit, daß beispielsweise ab 1. Juli 1968 die Zollunion wirksam wurde, jedoch konnte diese Tatsache nicht darüber hinwegtäuschen, daß es wegen der unüberbrückbaren Widersprüche zwischen den imperialistischen Partnern zu keiner wirklichen Einigung in Grundfragen kommen konnte. Die gegensätzlichen Auffassungen über die Prinzipien der gemeinsamen Wirtschafts- und Handelspolitik waren zeitweilig sogar so groß, daß die weitere Arbeit der Gemeinschaft gefährdet schien. Das war zum Beispiel 1965 der Fall, als Frankreich seine Vertreter aus den leitenden Organen abberief, weil die Kommission als Exekutivorgan der EWG die übernationalen Vollmachten erweitern wollte, aber auch wegen Meinungsverschiedenheiten hinsichtlich der Agrarfinanzierung. Diese Protestaktion erstreckte sich über mehr als sechs Monate und hinderte in dieser Zeit jede gemeinsame Tätigkeit der EWG.

2. Der Aufbau der EWG

Die zahlreichen supranationalen Vereinigungen, die in Westeuropa nach dem zweiten Weltkrieg entstanden, unterhalten umfangreiche bürokratische und parlamentarische Apparate, die größtenteils sehr intensiv arbeiten, ohne daß ihre Aktivitäten in greifbare Ergebnisse umschlagen. Ihre Empfehlungen scheitern vielmehr in der Mehrzahl der Fälle an den sich ständig verschärfenden Widersprüchen der imperialistischen Länder.

Auch die EWG schuf sich eigene Organe, die mit Wirkung vom 1. Juli 1967 mit denen der Montanunion und der EURATOM zusammengefaßt wurden, da es sich bei diesen drei Vereinigungen um die gleichen Partner handelte und ihre Zielstellung letztlich in der gleichen Richtung lag. Die Fusion der Organe stellte den ersten Schritt der sogenannten Europäischen Gemeinschaft (EG; unter diesem Begriff werden EWG, EURATOM und Montanunion zusammengefaßt) dar, der in der Endkonsequenz zur Verschmelzung der drei Institutionen führen soll.

Das oberste Organ der EG ist der Rat, der sich aus je einem Vertreter der Regierung der Mitgliedsstaaten zusammensetzt. Den Vorsitz übernimmt in alphabetischer Reihenfolge jeweils für die Dauer von sechs Monaten ein Mitgliedsstaat (für das erste Halbjahr 1974 war das zum Beispiel die BRD, für das zweite Halbjahr Frankreich). Die Beschlußfassung des Rates erfolgt entweder einstimmig oder nach Stimmenmehrheit, wobei im letzten Falle die einfache oder die qualifizierte Mehrheit erforderlich sein können. Bei einer Abstimmung mit qualifizierter Mehrheit erfolgt eine Wichtung der Stimmen: die BRD, Frankreich, Italien und Großbritannien erhalten je zehn, Belgien und die Niederlande je fünf, Dänemark und Irland je 3 und Luxemburg zwei Stimmen.

Exekutivorgan der EG, aber nicht dem Rat untergeordnet, ist die Kommission. Sie besteht aus dreizehn Mitgliedern, von denen nicht mehr als zwei die gleiche Staatsangehörigkeit besitzen dürfen. Sie beschließt mit einfacher Stimmenmehrheit und ist durch ihre Empfehlungen und Stellungnahmen die eigentlich "vorwärtstreibende Kraft" der EG. Darüber hinaus ist sie für die Durchführung der Verträge und Beschlüsse der Gemeinschaftsorgane zuständig und hat auch selbst in bestimmtem Umfang eigene rechtssetzende Befugnisse. "Die Rechts- und Verwaltungsakte von Rat und Kommission (Verordnungen, Richtlinien, Entscheidungen, Beschlüsse) sind für die jeweils betroffenen Mitgliedsstaaten, Unternehmen und Einzelpersonen bindend, auch für im Rat etwa überstimmte Mitgliedsstaaten. Der supranationale Charakter der Gemeinschaftsorgane ist bei der unabhängigen Kommission am ausgeprägtesten, während im Rat auch nationale Interessen zur Geltung kommen können."⁵

Das parlamentarische Organ der EG bildet die aus 198 Mitgliedern bestehende Versammlung (bzw. Europäisches Parlament genannt). Seine Abgeordneten setzen sich aus den nationalen Parlamenten zusammen; sie bilden allerdings in der Versammlung supranationale Fraktionen. Die Rechte der Versammlung sind bescheiden; denn sie hat weder legislative Vollmachten noch Kontrollbefugnisse. Sie kann lediglich der Kommission Fragen stellen und sie mit Hilfe eines Mißtrauensvotums zum Rücktritt veranlassen.

Über die rechtliche Auslegung und Anwendung der Verträge entscheidet der aus neun Richtern und vier Generalanwälten zusammengesetzte Gerichtshof. Er ist auch zuständig für die Behandlung von Beschwerden oder Klagen der Gemeinschaftsorgane, Mitgliedsstaaten, Unternehmen bzw. Einzelpersonen.

In ihrer Arbeit stützt sich die EG weiterhin auf verschiedene Hilfsorgane mit ausschließlich beratenden Aufgaben. Das wichtigste unter ihnen ist der Wirtschafts- und Sozialausschuß (144 Mitglieder). Daneben bestehen ein Ausschuß für Wirtschaftspolitik, ein Währungsausschuß, ein Ausschuß des Europäischen Sozialfonds, ein Ausschuß für die Freizügigkeit der Arbeitnehmer, zahlreiche Ausschüsse der gemeinsamen Agrarmarktorganisationen, ein Ausschuß "Tarife für den grenzüberschreitenden Güterkraftverkehr", Ausschüsse für Spezialprobleme im Straßenverkehr, Binnenschiffsverkehr, Eisenbahnverkehr, in der Hochseefischerei usw.

3. Die Bedeutung des Verkehrswesens für die kapitalistische Integration

In der "Deutschen Ideologie" schrieben Marx und Engels: "Die Beziehungen verschiedener Nationen untereinander hängen davon ab, wie weit jede von ihnen ihre Produktivkräfte, die Teilung der Arbeit und den inneren Verkehr entwickelt hat. ... Aber nicht nur die Beziehungen einer Nation zur anderen, sondern auch die ganze innere Gliederung dieser Nation selbst hängt von der Entwicklungsstufe ihrer Produktion und ihres inneren und äußeren Verkehrs ab."⁶ Diese Ausführun-

5 Kuhn, Erich, Organisation und Arbeitsweise der Kommission der Europäischen Gemeinschaften (EG), einschließlich Hinweise auf die übrigen Organe, in: Zeitschrift für das Post- und Fernmeldewesen, Starnberg/Bonn, Nr. 20/1974, S. 729.

6 Marx, Karl/Engels, Friedrich, Die deutsche Ideologie. Kritik der neuesten deutschen Philosophie in ihren Repräsentanten Feuerbach, B. Bauer und Stir-

gen weisen auf die vielfältige Verflechtung des Verkehrswesens mit allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens hin und unterstreichen dessen Bedeutung im nationalen und internationalen Rahmen.

Seine vielfältigen Funktionen auf ökonomischem, politischem und militärischem Gebiet übernahm das Verkehrswesen schrittweise mit der beginnenden Arbeitsteilung und dem Entstehen der Klassengesellschaft. Sie haben sich bis heute im Prinzip kaum verändert, wohl aber eine ständige Weiterentwicklung erfahren. Besonders in der jüngsten Zeit erhöhte sich die Bedeutung des Verkehrswesens im Rahmen der Volkswirtschaft, vor allem im Ergebnis der wissenschaftlich-technischen Revolution mit ihren tiefgreifenden Auswirkungen. Für die über den nationalen Rahmen hinauswachsenden Produktivkräfte, aber auch für die sich daraus ergebenden neuen ökonomischen, politischen und militärischen Beziehungen nahm und nimmt das Verkehrswesen geradezu eine Schlüsselstellung ein, wobei auch der außerordentlich stark expandierende internationale Reiseverkehr, in erster Linie die Auslandstouristik, nicht vergessen werden sollte. Dabei bewies diese Entwicklung erneut die ständige Wechselwirkung zwischen dem Verkehrswesen und der Wirtschaft im allgemeinen; denn im gleichen Maße, wie das Verkehrswesen durch die rasch fortschreitende internationale Arbeitsteilung gefördert wurde, beeinflusste es seinerseits die ökonomischen Prozesse und erleichterte bzw. stimulierte sogar die beginnende Integration.

Diese objektive Gesetzmäßigkeit als Resultat der Produktivkräfteentwicklung zeigte dabei von Anfang an ihren klassenmäßig bedingten Charakter. Trotz äußerlich ähnlicher Erscheinungsformen entstanden in den Gesellschaftsformationen des Kapitalismus und des Sozialismus völlig unterschiedliche Möglichkeiten der Verkehrsintegration.

In den kapitalistischen Staaten, die im Rahmen dieser Arbeit untersucht werden, wurde das Verkehrswesen einzig und allein den Zielen der großen Monopolgruppierungen untergeordnet. Das zeigte sich deutlich im Rahmen der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS), der EWG oder auch der Europäischen Freihandels-Assoziation (EFTA). Den Vertragspartnern dieser Gemeinschaften war klar, daß die angestrebte ökonomische Integration wesentlich durch das Verkehrswesen - und zwar sowohl im positiven als auch im negativen Sinne - beeinflußt wird. Diese Tatsache ist zunächst dadurch begründet, daß das Verkehrswesen aufgrund seiner Vermittlerfunktion zwischen Produktion und Markt die Realisierung des gemeinsamen Marktes überhaupt erst ermöglicht. Deshalb gewinnen auch scheinbar rein nationale Fragen, wie die Leistungsfähigkeit der einzelnen Verkehrsträger und der Zustand der jeweiligen Infrastruktur, supranationale Bedeutung. Kompliziert wird die Situation durch die sehr stark differenzierte Stellung der Staaten zu den einzelnen Verkehrsträgern, also durch ihre unterschiedliche Förderung bzw. Diskriminierung seitens der nationalen Regierungen wie überhaupt die ausgeprägte Konkurrenz auf dem Verkehrsmarkt. Deshalb standen im Zusammenhang mit allen Integrationsmaßnahmen gleichzeitig technische, betriebliche, kommerzielle, ökonomische, aber auch verkehrspolitische Entscheidungen der Partnerländer zur Entscheidung an.

Einige dieser Fragenkomplexe führten schon seit langem zu wiederholten regulierenden Eingriffen des Staates in das Verkehrswesen. Das trifft unter anderem auf die Tarifpolitik zu. Eine zentrale Rolle spielten dabei die Eisenbahntarife,

ner, und des deutschen Sozialismus in seinen verschiedenen Propheten, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 3, Berlin 1958, S. 21.

begründet durch die Tatsache, daß die Eisenbahn einmal im kontinentalen Verkehr den Hauptanteil am internationalen Warenaustausch trug (und bis heute trägt), zum anderen aber auch dadurch, daß die Eisenbahnen schon frühzeitig monopolisiert waren und sich - im Unterschied zur Binnenschifffahrt - jeweils für größere Gebiete auf eine einheitliche Tarifpolitik einigen konnten. Besonders unter imperialistischen Bedingungen entwickelte sich die Eisenbahntarifpolitik als ein Regulator des nationalen und internationalen Marktes; denn die Marktfähigkeit eines Produktes wurde und wird wesentlich durch die Transportkosten beeinflusst. Hohe Transportpreise können - annähernd gleiche Produktionskosten vorausgesetzt - eine Ware völlig vom Markt ausschließen, niedrige Transportpreise dagegen den Absatz fördern und darüber hinaus einen Extraprofit sichern. Dabei trug und trägt die Tarifpolitik einen ausgesprochenen Klassencharakter: Durch die Art und Weise der Ausnahmetarife werden in erster Linie die Monopolunternehmen und der Großgrundbesitz unterstützt. Mit Hilfe der Eisenbahntarife haben die Staaten aber auch häufig Zollmaßnahmen umgangen bzw. durch deren Manipulierung Zollmaßnahmen ersetzt, weil sie für die Öffentlichkeit weit weniger auffällig sind. Man folgte und folgt dabei der Erkenntnis, daß niedrige Tarife vom Ort der Produktion zur Grenze bzw. zum Seehafen den Export begünstigen, während hohe Tarife von der Grenze bzw. vom Seehafen zum Ort des Verbrauchs den Import einschränken.

Den engen Zusammenhang zwischen den Eisenbahntarifen und den Zöllen wußte schon Bismarck richtig einzuschätzen. Sein Reichseisenbahnprojekt aus dem Jahre 1876, das die Verstaatlichung und Vereinheitlichung des deutschen Eisenbahnwesens vorsah, sollte verhindern, daß durch Tarifvergünstigungen der zahlreichen privaten Eisenbahnunternehmen für den Import fremder Waren das Schutzzollsystem wirkungslos wurde.

Mit einem im Grunde völlig gleichen Mechanismus können auch unter heutigen Bedingungen der gemeinsame Markt für Kohle, Eisen und Stahl bzw. die Zollunion der EWG eingeschränkt bzw. im extremen Falle sogar außer Kraft gesetzt werden. Begründet ist diese Feststellung in der Tatsache, daß auch auf dem gemeinsamen Markt große nationale Tarifunterschiede zum Tragen kommen, sofern keine gemeinsamen Tarife für den grenzüberschreitenden Verkehr bestehen. Beispielsweise ergeben sich beim Transport landwirtschaftlicher Güter Tarifunterschiede bis zu 300 Prozent. Dadurch werden verständlicherweise die Import- und Exportchancen, gleichzeitig aber auch die landwirtschaftliche Produktion stark beeinflusst. Der Landwirtschaftsausschuß der EWG erklärte dazu 1960 in einem Bericht an das Europäische Parlament:

"... die Organisation der Märkte hängt weitgehend davon ab, ob es gelingt, einheitliche Grundsätze und Regeln für eine gemeinsame Verkehrspolitik zu entwickeln, wobei naturgemäß die Transporttarife mit ihren Wert-, Mengen- und Entfernungsstufen im Vordergrund der Betrachtung stehen. Die Entwicklung einer landwirtschaftlichen Produktions- und Absatzstruktur, wie sie den natürlichen Verhältnissen des Großwirtschaftsraumes unserer Gemeinschaft entspricht, hängt weitgehend von den Entscheidungen auf diesen Gebieten ab. Hohe Frachten für landwirtschaftliche Massengüter und billige Frachten für tierische Veredelungsprodukte werden z. B. zur Folge haben, daß die Veredelungsproduktion zunehmend in die Gebiete mit Überschüssen an Massenprodukten (Futtermittel) wandert; eine umgekehrte Tendenz in der Frachtenpolitik begünstigt eine Konzentration der landwirtschaftlichen Veredelungswirtschaft um die großen Absatzmärkte, die im

allgemeinen auch mit den industriellen Ballungsräumen unserer Gemeinschaft identisch sind."7

Mit Hilfe der Tarifpolitik können aber auch typische nationale Produktionen gefördert werden, wobei die staatlichen Eisenbahnen teilweise dazu benutzt werden, den entsprechenden Wirtschaftszweigen indirekte Subventionen zuteil werden zu lassen. Beispielsweise gewähren die italienischen Staatsbahnen für den Transport von Obst, Gemüse und Kartoffeln, die aus Gebieten südlich der Linie Rom - Pescara und von den italienischen Inseln in die EWG-Staaten geschickt werden, erhebliche Tarifiermäßigungen, die normalerweise den Absatz der italienischen Erzeugnisse auf dem europäischen Markt sichern. Konjunkturschwankungen schlossen aber trotzdem schon des öfteren die italienischen Erzeugnisse vom Markt aus. Dabei könnten weitere Tarifsenkungen helfen, die jedoch nicht immer zu realisieren sind, weil die italienischen Staatsbahnen allein schon aus dem ständigen Vorhalten der Kühlzugwagen für diese leicht verderblichen Güter jährlich rund 5 Milliarden Lire als Verlust verbuchen müssen. Zusätzlich wird die Eisenbahn durch sehr hohe Betriebskosten belastet, weil diese Güter in eigenen Eilgüterzügen befördert werden müssen. Die italienische Regierung forderte deshalb auch von den übrigen EWG-Eisenbahnen Tarifiermäßigungen für derartige Transporte nach Überschreiten der italienischen Grenze und vertrat zugleich die Auffassung, daß der Beförderungstarif das einfachste und rationellste Mittel zur Unterstützung der süditalienischen Landwirtschaft sei. Allerdings wurde diese Meinung von den EWG-Partnern nicht akzeptiert. Man forderte statt dessen den Ersatz der Ausnahmetarife durch eine unmittelbare Unterstützung.

In der Tarifpolitik spitzten sich die Widersprüche zwischen den nationalen und den EWG-Interessen besonders zu. Sie demonstriert aber gleichzeitig auch, wie vielfältig das Verkehrswesen mit der Gesamtwirtschaft verbunden ist und daß eine wirkliche Integration - die unter kapitalistischen Bedingungen letztlich immer an den systemimmanenten Widersprüchen scheitert - gleichzeitig eine Verkehrsintegration bedingt.

4. Internationale Zusammenarbeit im Verkehrswesen

Die internationalen Aufgaben des Verkehrswesens bedingten schon frühzeitig eine Klärung technischer, betrieblicher und kommerzieller Fragen. Sie erfolgte zum Teil auf staatlicher Ebene, zum Teil auf der Ebene der Verkehrsunternehmen und schuf die objektiven Voraussetzungen für den zwischenstaatlichen Warenaustausch. Besonders die Eisenbahn leistete dabei Schrittmacherdienste, weil sie als schienegebundenes Verkehrsmittel bestimmte technische Voraussetzungen erfüllen mußte, um den grenzüberschreitenden Verkehr zu ermöglichen. Erste Vereinbarungen auf bilateraler bzw. multilateraler Basis kamen hier bereits im 19. Jahrhundert zustande. Sie mündeten in das Entstehen internationaler Verkehrsorganisationen, deren Arbeitsergebnisse wesentlich dazu beitrugen, den internationalen Verkehr zu verbessern, weil sie zu einer Anpassung beim Bau, Betrieb und bei der Unterhaltung von Verkehrsanlagen und -mitteln führten. Daneben behandelten diese Organisationen jedoch auch kommerzielle Fragen des grenzüberschreitenden Güter- und Personenverkehrs.

7 Zit. bei Kapteyn, Paul J., Europa sucht eine gemeinsame Verkehrspolitik, Brugge 1968, S. 105.

Nach dem ersten Weltkrieg beschäftigte sich erstmalig eine supranationale Organisation, der Völkerbund, mit der Gesamtproblematik des internationalen Verkehrswesens. Auf einer speziellen Verkehrskonferenz wurden am 20. April 1921 Übereinkommen und Statut für die Freiheit des Durchgangsverkehrs sowie Übereinkommen und Statut über die Rechtsordnung der international bedeutsamen Schifffahrtswege (in Europa zählten dazu Donau und Rhein) abgeschlossen. Am 9. Dezember 1923 folgte das Übereinkommen von Genf über die internationale Rechtsordnung der Seehäfen und am 12. Oktober 1929 das Abkommen von Warschau zur Vereinheitlichung von Regeln über die Beförderung im internationalen Luftverkehr.

Durch diese und zahlreiche andere Abkommen (auch Verkehrsorganisationen) wurden in der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen die Voraussetzungen für die Abwicklung des internationalen Verkehrs, aber auch für dessen Rechtsschutz und dessen Sicherheit entscheidend verbessert. Derartige Regelungen wurden zumeist auch von den beteiligten Staaten gefördert, weil sie im Interesse der Monopole lagen, denen sie auf diesem Wege bessere Verwertungsbedingungen für das Kapital sicherten. Allerdings beschränkte man sich bei allen diesen Maßnahmen auf den genannten Problemkreis der technischen, betrieblichen und kommerziellen Belange. Gemeinsame verkehrspolitische Entscheidungen wurden nicht angeboten, waren aber auch nicht gefordert, obwohl sich schon zu jener Zeit echte Koordinierungsprobleme zeigten.

Erste Ansätze entstanden in dieser Hinsicht 1944 mit dem Vorschlag des Europäischen Verkehrsausschusses der Internationalen Transportarbeiter-Föderation, eine spezielle Institution zur Regelung künftiger Verkehrsfragen zu schaffen. Er konnte erst nach dem Kriege mit der Bildung der European Central Inland Transport Organisation (ECITO) realisiert werden. Die ECITO sollte zwei Probleme lösen:

- den Wiederaufbau der technischen Basis des Verkehrswesens und
- Schaffung einer gemeinsamen Verkehrspolitik.

Ihre anfänglichen Erfolge bei der Reorganisation der technischen Basis waren jedoch in Wirklichkeit den realen Bedürfnissen geschuldet. Sie wären auch ohne die ECITO in der gleichen Form und mit den gleichen Ergebnissen zustande gekommen; denn der Wiederaufbau des Verkehrswesens mußte aufgrund seiner Stellung im Rahmen der Volkswirtschaft als erstrangige Aufgabe mit stehen. Dagegen zeigte sich hinsichtlich der angestrebten gemeinsamen Verkehrspolitik, daß die Regierungen in keiner Weise bereit waren, supranationalen Lösungen zuzustimmen - um so mehr, als zu diesem Zeitpunkt die objektive Notwendigkeit für derartige Entscheidungen noch nicht so dringend bestand. Der relativ geringe wirtschaftliche Austausch in den Nachkriegsjahren konnte im Rahmen der bestehenden Verkehrslösungen durchgeführt werden. Außerdem hatten zu jener Zeit begreiflicherweise nationale Belange Vorrang vor den internationalen. Die ECITO stellte deshalb 1947 ihre Tätigkeit ein, wobei die Internationale Transportarbeiter-Föderation im folgenden Jahr erneut die Forderung nach Errichtung einer europäischen Verkehrsbehörde mit verkehrspolitischen Kompetenzen erhob.

Zur gleichen Zeit entstand jedoch auch im Weltmaßstab im Zusammenhang mit den sich wieder belebenden wirtschaftlichen Beziehungen erneut der Zwang zu gemeinsamen Maßnahmen auf dem Gebiete des Verkehrswesens. Neben den internationalen Verkehrsorganisationen, die ihre zum Teil durch den Krieg unterbrochene Arbeit wieder aufnahmen, beschäftigte sich auch die 1945 geschaffene Organisation der Vereinten Nationen (UNO) mit solchen Fragen, besonders deren Wirtschafts- und Sozialrat. Er beauftragte eine von ihm geschaffene Kommission

für Transport- und Nachrichtenwesen mit der Klärung derartiger Komplexe. Auch die von ihm gebildete Wirtschaftskommission für Europa (ECE = Economic Commission for Europe), besonders aber deren 1947 gegründeter "Binnenverkehrsausschuß" (ITC = Inland Transport Committee) leisteten eine umfangreiche und nützliche Arbeit, allerdings wiederum ausschließlich durch technische und kommerzielle Übereinkommen. Dabei konzentrierte sich der Binnenverkehrsausschuß vorwiegend auf den Straßenverkehr, und zwar den grenzüberschreitenden, weil für ihn noch keine derart ausgereiften Lösungen existierten wie für Eisenbahn und Binnenschifffahrt, deren internationaler Verkehr bedeutend älter war. Die rasche Expansion des Kraftverkehrs, darunter auch des grenzüberschreitenden, zwang jedoch nach dem zweiten Weltkrieg nunmehr zu einheitlichen Regelungen. Der Binnenverkehrsausschuß beschäftigte sich allerdings auch mit der Binnenschifffahrt. Dagegen ging man kaum auf Eisenbahnfragen ein, weil hierfür der 1922 gegründete Internationale Eisenbahnverband (UIC = Union Internationale des Chemins de fer) das geeignete Fachgremium bildete.

Von besonderer Bedeutung war die Tätigkeit der ECE und ihrer Organe aufgrund der Tatsache, daß ihre Beschlüsse sowohl für die kapitalistischen als auch für die sozialistischen Staaten Europas Gültigkeit besaßen und damit den friedlichen Verkehr zwischen den Völkern förderten.

Die unter den erläuterten Aspekten schrittweise Vorbereitung der kapitalistischen ökonomischen Integration Westeuropas drängte jedoch zu Verkehrslösungen nicht allein im Rahmen der genannten Fragenkomplexe, sondern auch zu verkehrspolitischen Maßnahmen. Deshalb befaßte sich unter anderem auch der 1949 gegründete Europarat mit der Verkehrskoordinierung. 1951 legte ein von ihm beauftragter Sonderausschuß einen Bericht zu diesen Fragen vor, der die Bildung einer Verkehrsgemeinschaft sowie einer Hohen Behörde vorschlug, die Entscheidungsbefugnis über den Verkehr zwischen zwei oder mehr Mitgliedsstaaten und das Recht haben sollte, Empfehlungen für den nationalen Verkehr auszuarbeiten, soweit er den internationalen Verkehr berührte. Der Bericht stieß auf heftigen Widerstand und wurde verworfen, weil keiner der beteiligten Staaten der vorgeschlagenen Hohen Behörde derart weitgehende supranationale Vollmachten zubilligen wollte. Spätere Vorschläge anderer Bearbeiter waren nicht erfolgreicher.

Eine neue organisatorische Etappe in der europäischen Verkehrspolitik leitete ein Beschluß des Ministerrats der OECD vom Dezember 1952 ein, mit dem eine Europäische Verkehrsministerkonferenz einberufen wurde. Die Konferenz fand im Oktober 1953 statt, und am 31. Dezember 1953 trat ein Staatsvertrag in Kraft, mit dem die Europäische Konferenz der Verkehrsminister (CEMT = Conférence Européenne des ministres des transports) als internationale zwischenstaatliche Organisation geschaffen wurde. Der Konferenz gehören siebzehn Staaten als Vollmitglieder an (von den sozialistischen Ländern die Sozialistische Föderative Republik Jugoslawien) und die USA sowie Kanada als assoziierte Mitglieder. Die CEMT unterhält ständige Verbindungen unter anderem zur ECE, zur OECD, zur EWG und zur UIC. Die Konferenz hatte die Aufgabe

- "- Maßnahmen zu ergreifen, um eine optimale Ausnutzung und rationelle Weiterentwicklung des europäischen Binnenverkehrs - soweit ihm internationale Bedeutung zukommt - in allgemeinem oder regionalem Rahmen zu verwirklichen;
- die Arbeiten der internationalen Organisationen, die sich mit Fragen des europäischen Binnenverkehrs befassen, zu fördern und zu koordinieren."⁸

8 Bergner, Manfred/Bäcker, Heinz/Lange, Rudolf/Teuchert, Wilfried, Internationales Verkehrsrecht. Grundriß, Berlin 1969, S. 171.

Vorwiegend sollte die CEMT jedoch verkehrspolitische Fragen beraten, um die Integration der westeuropäischen kapitalistischen Staaten zu unterstützen. Sie konnte aber auf diesem Gebiet während ihrer mehr als zwei Jahrzehnte andauernden Tätigkeit keine wirklichen Ergebnisse erreichen; denn auch sie blieb bei der Lösung von Teilfragen stehen, die allerdings zum Teil sehr wichtig für die weitere Entwicklung waren, wie zum Beispiel die Bildung der Europäischen Gesellschaft für die Finanzierung von Eisenbahnmateriale (EUROFIMA - 1956 von 14 westeuropäischen Eisenbahnverwaltungen gegründet), die einigen Monopolunternehmen große Geschäfte bei der Lieferung von rollendem Material in großen Serien brachte, oder aber auch die Aufstellung der Standard-Klassifizierung der Binnenschiffe.

Nach Bildung der EGKS wurde es jedoch unumgänglich, spezielle Verkehrsfragen zu lösen, in erster Linie auf dem Gebiet der Tarife, um den gemeinsamen Markt auch wirklich realisieren zu können. Die Hohe Behörde der Montanunion erhielt deshalb einige wenige supranationale Befugnisse auf dem Gebiete des Verkehrswezens.

Der Verkehr mit Kohle und Stahl machte in den Ländern der Montanunion mindestens 30 Prozent aus, bei der Eisenbahn sogar 60 Prozent.⁹ Die Verkehrstarife waren jedoch historisch unter ausgesprochen nationalen Belangen entstanden, im Deutschen Reich beispielsweise - und das gilt noch heute für die BRD -, um einige Erzlagerstätten abbauwürdig zu machen. Speziell die Kohletarife wurden dadurch beeinflusst, ob die Verkokung zu den Kohlengruben oder den Stahlwerken bzw. ob Koks zu den Import- oder Exportgütern gehörte.

Allgemein wurde ein Tarif eingeführt, der auf der Entfernungsdegression beruhte (das heißt sinkende Tarife bei steigender Entfernung); trotzdem waren die Unterschiede zwischen dem Tarifniveau der einzelnen Länder, aber auch zwischen den Kohle- und Erztarifen recht erheblich.

Bei der Binnenschifffahrt galt die Tarifregelung gleichfalls nur im nationalen Bereich, dagegen nicht im grenzüberschreitenden Verkehr. Dadurch ergaben sich in den Ländern der Montanunion Tarifunterschiede, wobei die Tarife im nationalen Bereich bis zu 100 Prozent über denjenigen des internationalen Verkehrs lagen. Das machte sich besonders deshalb bemerkbar, weil die Binnenschifffahrt auf dem Rhein etwa 45 Prozent EGKS-Güter transportierte,¹⁰ Außerdem belasteten die Binnenschifffahrt unterschiedliche Schifffahrtsabgaben, Kanalschlepplöhne, Hafentarife usw.

Der Straßenverkehr fügte sich in dieses Bild ein, wenngleich er im Vergleich zu Eisenbahn und Binnenschifffahrt einen geringeren Anteil der EGKS-Güter transportierte. Da sich jedoch die Beförderung von Halbfabrikaten und Stahlprodukten auf der Straße rasch vergrößerte, waren auch hier Regulierungen erforderlich.

Die Hohe Behörde der EGKS verlangte deshalb eine gemeinsame Verkehrspolitik und einen Abbau der Diskriminierungen, besonders hinsichtlich der Tarife. Dabei sollten die Tarife im Rahmen der EGKS Vorrang vor denen im nationalen Rahmen haben.

Zur Lösung dieser Probleme berief die EGKS durch die Gemeinsame Versammlung 1952 einen Verkehrsausschuß. Durch ihn wurden einige Diskriminierungen beseitigt, aber keine wirkliche Angleichung erreicht, weil hierzu Eingriffe in

9 Kapteyn, Paul J., a. a. O., S. 23, 30.

10 Ebenda, S. 24.

die nationale Verkehrspolitik notwendig gewesen wären. Der Verkehrsausschuß stellte dazu 1952 fest:

"Die Lösung der im Transport bestehenden Probleme (direkte Tarife, Harmonisierung) ist eine absolute Notwendigkeit für das Bestehen und Gelingen der Gemeinschaft ... Es ist offensichtlich, daß eine vollständige Integration und Koordinierung des Verkehrs und ein Plan erforderlich sind."¹¹

Trotz wiederholter Forderungen des Verkehrsausschusses kam jedoch die Arbeit nicht voran. Dieser legte deshalb 1957 der Gemeinsamen Versammlung einen umfangreichen Bericht vor, in dem er davon ausging, daß der Gemeinsame Markt durch die ungelösten Verkehrsprobleme behindert werde, daß man sich bei der vorgeschlagenen Koordinierung nicht allein auf Kohle und Stahl beschränken könne, sondern zu einer Koordinierung des gesamten Verkehrswesens "im Sinne einer Wettbewerbsordnung kommen müsse".¹² Die Weiterbearbeitung des Berichts wurde - erfolglos - vom neuen Verkehrsausschuß des Europäischen Parlaments übernommen.

5. Ansätze einer gemeinsamen Verkehrspolitik im Rahmen der EWG

Das erklärte Ziel der EWG war die Schaffung eines gemeinsamen Marktes, durch den eine Hebung der Produktivität, des Lebensstandards und die Herstellung eines "allgemeinen und gesunden Gleichgewichts" erwartet wurde. "Der redliche Wettbewerb" untereinander sollte "vor Verfälschungen durch planwirtschaftliche Eingriffe des Staates oder durch wettbewerbsbeschränkende Absprachen geschützt" werden. "Die ordnenden Eingriffe des Staates bzw. der Organe der Gemeinschaft sollen sich darauf beschränken, Hindernisse dieser Entwicklung zu beseitigen und die Voraussetzungen zu schaffen, daß der Wettbewerb funktionsfähig ist."¹³

Bei Formulierung des Titels Verkehr standen sich zwei extreme Auffassungen gegenüber. Die BRD vertrat den Standpunkt, die "Gemeinwirtschaftlichkeit" des Verkehrswesens solle erhalten bleiben, mit anderen Worten: das Verkehrswesen - speziell die staatsmonopolistischen Eisenbahnen - sollte weiterhin nicht in erster Linie auf eigenen Profit orientiert sein, sondern vielmehr der Profitmaximierung der Monopole dienen. Demgegenüber verlangten die Niederlande, daß die "Wettbewerbsprinzipien" des Vertrages auch für den Verkehr Anwendung finden sollten. Frankreich stand der westdeutschen Auffassung nahe. Es konnte jedoch keine Einigung erzielt werden, so daß letztlich bei der Formulierung ein Kompromiß zustande kam, der viele Möglichkeiten der Interpretation zuließ.

Deshalb entstanden in der Folgezeit in beinahe regelmäßigen Abständen lebhaft Diskussionen über die Auslegung der Artikel 74 bis 84 des EWG-Vertrages, die sich mit dem Verkehrswesen beschäftigten, vor allem in der Richtung, ob die allgemeinen Richtlinien des Vertrages generell auf den Verkehr Anwendung finden sollten oder dessen Besonderheiten im Vordergrund stünden. Das Europäische Parlament und die EWG-Kommission stellten sich später auf den Standpunkt der Universalität des Vertrages, konnten jedoch diese Auffassung in der Praxis auch

¹¹ Ebenda, S. 30.

¹² Ebenda.

¹³ Müller-Hermann, Ernst, Die Grundlagen der gemeinsamen Verkehrspolitik in der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, Bad Godesberg 1963, S. 15 f.

nicht im entferntesten durchsetzen. Das zeigte sich beispielsweise sehr eindeutig bei der Verkündung des Verkehrspolitischen Programms der Bundesregierung im Jahre 1967, das die staatliche Regulierung auf dem Verkehrsmarkt ganz eindeutig in den Vordergrund stellte. Die teilweise recht massiven internationalen Einsprüche gegen dieses Programm blieben ebenso wirkungslos wie die von den Niederlanden initiierte Beschwerde beim Europäischen Gerichtshof, daß der sogenannte Leber-Plan nicht EWG-konform sei.

Die Formulierung der Artikel über das Verkehrswesen stimulierte derartige Meinungsverschiedenheiten geradezu. Diese unverbindlichen Festlegungen sollten und konnten in absehbarer Zeit keine wirklichen Lösungen im Sinne der EWG bringen, weil sie die außerordentlich differenzierten Verkehrsstrukturen der Mitgliedsstaaten widerspruchslos akzeptierten. Beispielsweise wurde im Artikel 79, Absatz 1, davon gesprochen, daß bis zum Ende der zweiten Stufe der Übergangszeit einige Diskriminierungen im Verkehrswesen beseitigt werden sollten, "die darin bestehen, daß ein Verkehrsunternehmer auf denselben Verkehrsverbindungen für die gleichen Güter je nach ihrem Herkunfts- oder Bestimmungsland unterschiedliche Frachten und Beförderungsbedingungen anwendet."¹⁴ Weiterhin war im Artikel 80, Absatz 1, festgehalten: "Mit Beginn der zweiten Stufe sind im Verkehr innerhalb der Gemeinschaft die von einem Mitgliedsstaat auferlegten Frachten und Beförderungsbedingungen verboten, die in irgendeiner Weise der Unterstützung oder dem Schutz eines oder mehrerer bestimmter Unternehmen oder Industrien dienen, es sei denn, daß die Kommission die Genehmigung hierzu erteilt."¹⁵ Ein anderer Absatz des gleichen Artikels schränkte jedoch schon wieder ein: "Das in Absatz (1) genannte Verbot betrifft nicht die Wettbewerbsstarife."

Nach Artikel 81 sollten außerdem die Abgaben oder Gebühren, die ein Verkehrsunternehmer neben den Frachten in Rechnung stellt, unter Berücksichtigung der tatsächlich verursachten Kosten eine angemessene Höhe nicht überschreiten und schrittweise verringert werden. Eindeutige politische Akzente wurden im Artikel 82 gesetzt: "Die Bestimmungen dieses Titels stehen Maßnahmen in der Bundesrepublik Deutschland nicht entgegen, soweit sie erforderlich sind, um die wirtschaftlichen Nachteile auszugleichen, die der Wirtschaft bestimmter von der Teilung Deutschlands betroffener Gebiete der Bundesrepublik aus dieser Teilung entstehen."¹⁶ Schließlich wurde im Titel Verkehr noch Einigung darüber erzielt, daß im Verlaufe der Übergangszeit ein allgemeines Programm zur Aufhebung der Beschränkungen der Niederlassungsfreiheit aufgestellt werden sollte. Im übrigen fehlten jedoch Terminfestlegungen wie in anderen Bereichen. Zwar schlug die EWG-Kommission einen Terminplan vor, da die Verkehrsproblematik dränge, jedoch war auch hier alles ziemlich unbestimmt formuliert. Außerdem blieben generell sehr viele grundsätzliche Probleme unerwähnt, sowohl im EWG-Vertrag als auch in späteren Vorlagen. Diesen Mangel hatte man zwar offenbar schon bei Formulierung des Titels Verkehr erkannt, jedoch aus den oben genannten Gründen kam man zu keinem Übereinkommen. Artikel 75, Absatz 1 c, legte lediglich fest, daß "alle sonstigen zweckdienlichen Vorschriften" zu erlassen sind.

Aber nicht allein die sehr unpräzisen Formulierungen belasteten notwendige Klärungen im westeuropäischen Verkehrswesen. Schwierigkeiten brachte außerdem die Tatsache, daß durch den Vertrag nur der Eisenbahn-, Straßen- und Binnen-

14 Ebenda, S. 26.

15 Ebenda.

16 Ebenda.

schiffsverkehr erfaßt wurden, nicht aber Luftverkehr und Seeschifffahrt. Nach Artikel 84, Absatz 2, "kann der Rat einstimmig darüber entscheiden, ob, inwieweit und nach welchen Verfahren geeignete Vorschriften für die Seeschifffahrt und Luftfahrt zu erlassen sind." 17 Diese Einschränkung wurde damit begründet, daß die beiden Verkehrsträger ausschließlich im internationalen Rahmen operieren und so stark international verflochten sind, daß eine EWG-Regelung für sie nicht möglich sei. Tatsächlich sind aber alle drei Binnenverkehrsträger besonders mit der Seeschifffahrt so eng verbunden, daß die angestrebte Koordinierung ohne deren Einbeziehung immer lückenhaft bleiben muß. Als nachteilig erwies sich auch das Ausklammern des Rohrleitungsverkehrs. Zwar war er zum Zeitpunkt der Paraphierung des Vertrages im westeuropäischen Raum noch nicht sehr weit entwickelt, aber schon in den sechziger Jahren zeigten sich weitreichende Auswirkungen dieses von den großen Erdölmonopolen gesteuerten Verkehrsträgers auf den Binnenverkehr, so daß seine Berücksichtigung unbedingt erforderlich gewesen wäre, um das angestrebte Ziel zu erreichen. Nachteilig wirkte sich schließlich auch die räumliche Begrenzung des Geltungsbereiches der Verkehrsartikel auf Europa aus, da die Wirtschaftsbeziehungen der EWG-Staaten schon Ende der fünfziger Jahre und noch viel mehr in der folgenden Zeit über Europa hinausgingen und ihre davon betroffenen Verkehrsträger, wiederum vorwiegend die Seeschifffahrt (der Frachtverkehr der Luftfahrt hat sich zwar stark erweitert, ist aber insgesamt im Vergleich zur Seeschifffahrt noch gering), im Überseeverkehr scharf gegeneinander konkurrierten. Eine Erweiterung der Verkehrsartikel ist jedoch von der einstimmigen Entscheidung des Ministerrates der EWG abhängig. Der schwerwiegendste Hinderungsgrund für eine gemeinsame Verkehrspolitik der EWG-Länder waren jedoch zusehends die Unterschiede in der Struktur sowie den Eigentumsverhältnissen ihres Verkehrswesens.

Gemeinsam ist allen EWG-Staaten eine recht bedeutende Stellung des Verkehrswesens im Rahmen der Volkswirtschaft. Sein Beitrag zum Sozialprodukt der einzelnen Länder lag nach Gründung der EWG zwischen 7 und 9 Prozent und machte damit etwa ein Fünftel des Anteils der verarbeitenden Industrie aus. Das Verkehrswesen beschäftigte etwa 3,5 Millionen Arbeitskräfte (von insgesamt 70 Millionen Erwerbstätigen), davon knapp ein Drittel bei den Eisenbahnen. Zur Verbesserung der Infrastruktur und der Beschaffung von Fahrzeugen verwandten die Staaten - bei erheblichen Unterschieden zwischen den einzelnen Verkehrsträgern - zwischen 11 und 15 Prozent der gesamten Bruttoanlageinvestitionen der Länder, lediglich Italien blieb dahinter zurück. 18

Unterschiede bestehen auch hinsichtlich der Bedeutung der einzelnen Verkehrsträger, die sich nicht allein aus der verschiedenen Größe und Bevölkerungsdichte erklären lassen. Wie die Tabelle im Anhang dieses Beitrags zeigt, haben in der EWG Frankreich und die BRD die umfangreichsten Eisenbahnnetze, während Italien - von der Fläche her größer als die BRD und mit einer annähernd gleichen Bevölkerungszahl - weit hinter diesen beiden Ländern zurückbleibt. Dementsprechend geringer ist auch der Anteil des Eisenbahntransports. Dabei ist für alle Eisenbahnnetze typisch, daß sie ausgesprochen national orientiert und oft parallel zur Grenze statt grenzüberschreitend angelegt sind. Von der EWG-Kommis-

17 Ebenda, S. 23.

18 Otto, Heinz, Die gemeinsame Verkehrspolitik der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, in: Sonderhefte des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (Institut für Konjunkturforschung), Neue Folge, Nr. 62, Reihe A: Forschung, (West)Berlin 1962, S. 12.

sion wurde trotzdem interessanterweise zur Förderung des gemeinsamen Verkehrs nicht der Neubau, sondern die Elektrifizierung bestimmter, für den internationalen Transitverkehr wichtiger Strecken empfohlen. An einem solchen Projekt war übrigens auch die einschlägige Industrie wegen der Möglichkeit zur Lieferung von Mehrstromlokomotiven interessiert.

In der Binnenschifffahrt sind nicht allein die Länge der schiffbaren Wasserstraßen sowie deren räumliche Verteilung zu berücksichtigen, sondern vor allem deren Ausbauzustand. Hier stehen die BRD und die Niederlande an erster Stelle, während das französische Netz veraltet ist und eine durchgehende Fahrt nur für kleinere Einheiten gestattet. Außerdem besitzt fast die gesamte Südwesthälfte Frankreichs kaum schiffbare Wasserstraßen. Eine ähnliche Situation besteht in Italien südlich des Po. Generell sind in Italien mit seinem wesentlich kleineren Netz etwa ein Drittel seiner Wasserstraßen nur für kleinste Einheiten befahrbar. Insgesamt erhöhte sich jedoch im EWG-Raum der Anteil der Binnenschifffahrt an der Gesamttransportmenge und auch an der Gesamttransportleistung nach dem Kriege kontinuierlich, am intensivsten in der BRD. Die Leistung je Kilometer Wasserstraße betrug dort in den fünfziger Jahren jährlich knapp 9 Millionen Tonnenkilometer, in Belgien und den Niederlanden je 3, 2 Millionen Tonnenkilometer und in Frankreich knapp 1, 5 Millionen Tonnenkilometer.¹⁹ Wie bei der Eisenbahn durch die Elektrifizierung und ähnliche Maßnahmen, so wurde in der Binnenschifffahrt durch die Erhöhung der Anzahl der Selbstfahrer und die Einführung der Schubschifffahrt die Leistungsfähigkeit ständig erhöht. Bei bisherigen Verbesserungen am Wasserstraßennetz gab es nur wenige "europäische Projekte". Ausnahmen bildeten die Kanalisierung der Mosel und der Maas, wobei einschränkend gesagt werden muß, daß der Bau neuer Binnenschifffahrtsstraßen nur dort sinnvoll ist, wo große Verkehrsströme an Schwergut-Massenverkehren zu erwarten sind.

Am stärksten expandierte in allen EWG-Staaten der Kraftverkehr, und zwar im Rahmen des öffentlichen Verkehrs besonders der Güterkraftverkehr im nationalen und internationalen Rahmen. Für diesen Verkehrsträger kamen fördernde bzw. regulierende Eingriffe des Staates besonders zum Tragen. Auch hier traten erhebliche Unterschiede in den Auffassungen der EWG-Partner auf. Beispielsweise vertritt die BRD eine straffe Reglementierung des Kraftverkehrs, während ihn die niederländische Regierung direkt durch niedrige Kraftfahrzeugsteuern und indirekt durch günstige Treibstoffpreise fördert, um auf diesem Wege den Markt zugunsten der Niederlande zu beeinflussen.

Die regulierenden staatlichen Eingriffe zeigten sich vor allem hinsichtlich des Verhältnisses von Schiene und Straße. Die Eisenbahnen sind in allen EWG-Staaten faktisch Staatseigentum (während sich Kraftverkehr und Binnenschifffahrt in Privateigentum befinden, und zwar zum großen Teil in den Händen ausgesprochener Kleinunternehmen). Die besonders durch die Konkurrenz von Schiene und Straße hervorgerufenen, ständig wachsenden Defizite der Eisenbahnen belasteten deshalb die Staatshaushalte in zunehmendem Maße, zumal fast alle Eisenbahnunternehmen staatliche Auflagen hinsichtlich der Tarifgestaltung erhielten. Das betraf in großem Umfange den Güterverkehr, der durch weitreichende Ausnahmetarife eine indirekte Subventionierung bestimmter Wirtschaftszweige (vorwiegend der monopolisierten) durchführt, aber auch den Personenverkehr, bei dem in Gestalt sogenannter Sozialtarife (Berufsverkehr, Schülerverkehr usw.) ein Teil der Soziallasten auf die Eisenbahnen umverteilt wird. Eine Ausnahmestellung nehmen in diesen Fragen nur die Niederländischen Eisenbahnen ein, die lediglich einen jähr-

19 Ebenda, S. 14.

lichen Zuschuß zur Pensionskasse erhalten (die teilweise recht umfangreichen Pensionslasten bilden übrigens ein vieldiskutiertes Problem, weil die Eisenbahnen - wie bei den Wegekosten - als einziges Verkehrsunternehmen diese Zahlungen für ihre Beschäftigten vornehmen müssen). Fast alle EWG-Staaten bemühten sich deshalb in den zurückliegenden Jahren um ausgeglichene Bilanzen ihrer Eisenbahnunternehmen, mit sehr geringem Erfolg; denn die Zuspitzung der Verkehrskonkurrenz durch die weitere Ausdehnung des Kraftverkehrs, das Eindringen der Rohrleitungen in den binnenländischen Verkehrsmarkt, das teilweise übergroße Angebot an Frachtraum, das ungeklärte Verhältnis in der internationalen Rheinschiffahrt und andere Faktoren ließen mit dem daraus resultierenden Zwang zur Modernisierung und Rationalisierung die roten Zahlen in den Bilanzen der Eisenbahnen immer weiter vorrücken. Von wesentlichem Einfluß auf die Lage der Eisenbahnen erwies sich dabei die Stellung des Staates gegenüber Kraftverkehr und Binnenschiffahrt, was bereits bei den Zugangsbedingungen zum Markt beginnt. Zwar gibt es beispielsweise für den Kraftverkehr mit Ausnahme der Niederlande (die hier eine Genehmigung zur Gewerbeausübung ohne größere Einschränkungen erteilen) eine an bestimmte Auflagen gebundene generelle Genehmigungspflicht für diesen Verkehrsträger, die in der Praxis dann aber so aussieht, daß der Kraftverkehr in Italien praktisch keinem Konkurrenzdruck durch die Eisenbahn ausgesetzt ist, weil diese durch die Regierung auf den Langstreckenverkehr orientiert wurde und der Kraftverkehr in den Niederlanden durch niedrige Kraftstoffpreise und Steuern gefördert wird, während die BRD-Regierung im Interesse der Bundesbahn den Kraftverkehr direkt und indirekt steuerlich sehr stark belastet und darüber hinaus seit langem an einem streng begrenzten Kontingent festhält, das bis Anfang der sechziger Jahre im allgemeinen Güterfernverkehr 15 907, im Bezirksgüterfernverkehr (im Umkreis von 150 Kilometer) 5 998 und im Möbelfernverkehr 3 880 Genehmigungen betrug.²⁰ Auch hinsichtlich der Tarifpolitik gab es in den EWG-Staaten keine Gleichheit, sondern die verschiedensten Varianten zwischen der Bindung des Kraftverkehrstarifs an den der Eisenbahn und der nahezu völligen Tariffreiheit des Kraftverkehrs.

Ähnlich war sowohl bei der Tarifpolitik als auch beim Zugang zum Markt die Lage in der Binnenschiffahrt, allerdings stark beeinflußt durch internationale Rücksichten, vor allem in der Rheinschiffahrt. Sowohl Tarifregulierungen als auch die Erteilung der Gewerbe genehmigung mußten immer unter dem Aspekt betrachtet werden, inwieweit dadurch die Position der eigenen Flagge negativ beeinflußt werden könnte. Deshalb griffen auch die Niederlande staatlicherseits nicht in die Binnenschiffahrt ein, obgleich sie als einziges EWG-Land die Möglichkeit zu einer Kapazitätsbegrenzung vorgesehen hatten. Lediglich im nationalen Verkehr waren und sind Frachtregelungen üblich,²¹

Dadurch ergab sich im Endeffekt in den EWG-Ländern jeweils ein anderer Schwerpunkt im Verkehrswesen: Beispielsweise betrug in Italien schon Ende der fünfziger Jahre der Anteil des Kraftverkehrs an der Transportleistung etwa 70 Prozent (dagegen in Frankreich und der BRD nur 30 Prozent).²² In Frankreich nahm die Eisenbahn eine dominierende Stellung ein, in den Niederlanden die Binnenschiffahrt und die Hafenwirtschaft (wobei auch der Kraftverkehr indirekt unterstützt

20 Kapteyn, Paul J., a. a. O., S. 409.

21 Vgl. zu dieser Problematik auch Woelker, Christian, Die verkehrspolitischen Regelungen in den Mitgliedsländern der EWG, in: Archiv für Eisenbahnwesen, (West)Berlin/Göttingen/Heidelberg, Nr. 2/1961, S. 205 ff.

22 Otto, Heinz, a. a. O., S. 13.

wurde). Dagegen war in der BRD der Konkurrenzkampf zwischen Straße und Schiene am stärksten ausgeprägt, und die Binnenschifffahrt, die schon bei der EWG-Gründung etwa ein Drittel der Verkehrsleistungen brachte, hatte hier gleichfalls das stärkste Wachstum aufzuweisen.

Vor der EWG-Kommission standen also hinsichtlich des Verkehrswesens weitreichende Aufgaben. Dabei war sie von vornherein in ihrer Arbeit behindert, weil sie keine supranationalen Kompetenzen besaß und in der Folgezeit auch nicht erhielt. Die historisch gewachsene nationale Verkehrspolitik war den EWG-Staaten ein viel zu wichtiger Bestandteil ihrer gesamten Wirtschaftspolitik, als daß sie sich davon auch nur einen Teil ihrer Befugnisse hätten nehmen lassen.

Zwei Probleme standen bei diesem gesamten Fragenkomplex im Vordergrund: die "Liberalisierung" des grenzüberschreitenden Verkehrs und der Kabotage (darunter wird die Beförderungsleistung im Binnenverkehr des Transitlandes verstanden) sowie die Koordinierung zwischen den Verkehrsträgern nach gemeinsamen Grundsätzen. In engem Zusammenhang mit den beiden erstgenannten Problemen steht die nicht minder wichtige Notwendigkeit einer "Kostenharmonisierung". Von ihr hängt letztlich die Koordinierung der Verkehrsträger ab, weil nur auf diesem Wege annähernd gleiche Ausgangsbedingungen auf dem Verkehrsmarkt geschaffen werden können. Dabei ist von vornherein klar, daß sogenannte natürliche Kostenunterschiede, die technisch bedingt sind bzw. sich aus der unterschiedlichen ökonomischen Stärke der einzelnen Verkehrsunternehmen ergeben, nicht verschwinden können. Angeglichen oder "harmonisiert" werden sollten dagegen die "künstlichen" Kostenunterschiede, die sich aus den regulierenden Eingriffen des Staates ergeben, und zwar in der Weise, daß die vollen gesamtwirtschaftlichen Kosten Berücksichtigung finden, die bisher teilweise vom Staat, teilweise von den Verkehrsunternehmen getragen werden. Eine besondere Rolle spielen hierbei die Kosten für die Verkehrsinfrastruktur, die die Eisenbahnen selbst tragen, die beim Kraftverkehr nur zum Teil über die Steuern abgedeckt und bei der Binnenschifffahrt praktisch vom Staat übernommen werden (zumal die meisten neueren Wasserstraßenbauten auch mit bzw. in erster Linie zur Verbesserung der Wasserversorgung in den Ballungsgebieten ausgeführt wurden). Hierzu zählen aber auch Kosten, die den Verkehrsunternehmen durch Auflagen des Staates entstehen, wie zum Beispiel die Gewährung von Sozialtarifen bei der Eisenbahn oder die Realisierung politischer bzw. militärischer Aufgaben (das betrifft bei der Deutschen Bundesbahn unter anderem die Aufrechterhaltung des Betriebes auf verkehrsschwachen Strecken längs der Staatsgrenze der DDR), wobei auch eine wichtige Rolle spielt, inwieweit Eisenbahnen Ausgleichszahlungen aus dem Staatshaushalt gewährt werden. Im Grunde geht es hierbei um die marktwirtschaftlich orientierte Verkehrspolitik, die eine "Eigenwirtschaftlichkeit" der Verkehrsträger garantieren soll. Allerdings scheiden sich bereits beim Begriff der Eigenwirtschaftlichkeit die Meinungen, und auch in den jahrelangen Diskussionen seit Gründung der EWG konnte hierüber - wie über andere Grundsatzfragen - keine Einigung erzielt werden.

Erforderlich war in diesem Zusammenhang weiterhin eine "Steuerharmonisierung" einmal für die Steuern, denen die Verkehrsunternehmen wie alle anderen Wirtschaftszweige unterliegen, aber ebenso für die, die ausschließlich das Verkehrswesen betreffen. Auch hier gab es viele Schwierigkeiten, zum Beispiel durch die Doppelbesteuerung des französischen Güterfernverkehrs, mit der die Regierung den Kraftverkehr zugunsten der Eisenbahn einschränken will. Ein ähnliches Problem besteht bei der Besteuerung der Tankinhalte von Kraftfahrzeugen.

Verkehrsexperten der EWG verlangen außerdem eine Harmonisierung der Arbeitsbedingungen, besonders für den Straßenverkehr und die Binnenschifffahrt; denn für die Eisenbahn ist diese Frage im Prinzip durch annähernd gleiche Vorschriften gelöst. Zu regeln wären hierfür die tägliche und wöchentliche Arbeitszeit, die obligatorischen Fahr- und Ruhepausen, die Mindestanforderungen an die Berufsausbildung, an die körperliche Tauglichkeit usw.

Die Anforderungen an eine gemeinsame Verkehrspolitik waren also zweifellos sehr umfangreich und differenziert. Der geringe Erfolg auf diesem für die weitere Integration so wichtigen Gebiet ist jedoch nicht in der Unmöglichkeit begründet, solche Fragen einer gemeinsamen Klärung zuzuführen, sondern liegt in den ökonomischen und politischen Widersprüchen der EWG.

6. Ergebnisse der angestrebten Verkehrskoordinierung

In den rund siebzehn Jahren, seit denen die EWG besteht, wurden im Hinblick auf die kapitalistische ökonomische Integration zweifellos gewisse Fortschritte erzielt. Demgegenüber nehmen sich die Ergebnisse auf dem Gebiet der gemeinsamen Verkehrspolitik sehr bescheiden aus, obgleich die zuständigen Institutionen zahlreiche Aktivitäten aufzuweisen haben. Besonders die EWG-Kommission und der Verkehrsausschuß des Europäischen Parlaments (die häufig doppelgleisig arbeiten, ohne daß es zwischen ihnen immer zu einer Abstimmung bzw. Klärung offener Fragen gekommen wäre) erarbeiteten zahlreiche Vorschläge, Empfehlungen, Berichte, Richtlinien usw. Einer chronologischen Übersicht des Dokumentationsdienstes der Schweizerischen Bundesbahn über "Die gemeinsame Verkehrspolitik der Europäischen Gemeinschaften" ist zu entnehmen, daß sich die Zahl derartiger Aktivitäten allein für den Bereich der EWG im Zeitraum von 1959 bis 1972 auf rund 270 beläuft. Die Zahl der tatsächlich erlassenen Verordnungen beträgt nach den gleichen Unterlagen rund 10 Prozent davon, nämlich 28. Von ihnen hängen wiederum einige inhaltlich zusammen, andere wurden nicht realisiert, so daß in letzter Instanz tatsächlich nur einige wenige gemeinsame Festlegungen zu verzeichnen sind, die sich noch dazu nicht auf die echten Kernprobleme der gemeinsamen Verkehrspolitik beziehen. Selbst die Europäische Kommission sah sich deshalb in einer Mitteilung an den Rat vom 24. Oktober 1973 genötigt festzustellen, daß in der Verkehrspolitik nach wie vor die nationalen Ansichten dominieren und die Verkehrspolitischen Programme einiger Mitglieder mit den vorgesehenen Gemeinschaftslösungen nicht übereinstimmen bzw. sogar zu ihnen im Gegensatz stehen. Der Beitritt Großbritanniens, Irlands und Dänemarks habe die Schwierigkeiten vergrößert, weil diese Staaten die in der EWG vorherrschende "Verkehrsphilosophie" nicht teilen, wie zum Beispiel den Standpunkt von der Notwendigkeit staatlicher Kapazitäts- und Preisregulierungen. Wörtlich wird in dem Dokument festgestellt, "daß die Bemühungen zur Ausschaltung von Behinderungen und zur Verwirklichung eines gemeinsamen Verkehrsmarktes nicht erfolgreich waren und daß die gemeinsame Verkehrspolitik sich in einer Sackgasse befindet."²³

²³ Hamm, Walter, Neuer Anlauf zur gemeinsamen Verkehrspolitik, in: Internationales Verkehrswesen, Frankfurt (Main), Nr. 2/1974, S. 41.

Diese im ganzen für die EWG recht deprimierende Feststellung läßt sich im einzelnen wie folgt konkretisieren. Bis Mitte der sechziger Jahre beschloß der Rat drei Verordnungen:

- 1960 die Verordnung Nr. 11 über die Beseitigung von Diskriminierungen auf dem Gebiet der Fracht und Beförderungsbedingungen gemäß Artikel 79, Absatz 3, des EWG-Vertrages. Darin wurde festgelegt, daß - mit Ausnahme des Werkverkehrs - jeder Verkehr über 5 Tonnen und weiter als 100 Kilometer (im grenzüberschreitenden Verkehr über 30 Kilometer) mit einem Frachtbrief abgewickelt werden muß.
 - 1962 die Verordnung Nr. 141 über die Nichtanwendung der Verordnung Nr. 17 auf den Verkehr. In der Verordnung Nr. 17 war festgelegt worden, daß bis zum 1. November 1962 alle Vereinbarungen und Maßnahmen zur Anwendung der Wettbewerbsvorschriften bei der Kommission anzumelden seien. Gegen die Meinung des Europäischen Parlaments legte die Verordnung Nr. 141 fest, daß diese Bestimmungen für Eisenbahn, Kraftverkehr und Binnenschifffahrt erst bis zum 31. Dezember 1965 gelten sollten und für See- und Luftverkehr ohne zeitliche Begrenzung nicht anwendbar seien.
- Die Kommission unterbreitete in der Folgezeit Vorschläge für eine Verordnung über Wettbewerbsregeln im Verkehr, jedoch wurde die Entscheidung darüber so lange verschleppt, daß mitten in der EWG-Krise 1965 auf schriftlichem Wege eine Verlängerung bestätigt werden mußte. Erst am 19. Juli 1968 wurden rückwirkend ab 1. Juli des Jahres Wettbewerbsregeln für den Eisenbahn-, Straßen- und Binnenschiffsverkehr verabschiedet, die - wie in den anderen Wirtschaftsbereichen - auf dem Verbotsprinzip beruhten. Allerdings wurden weitgehende Ausnahmeregelungen gestattet.
- 1964 beschloß der Rat die Durchführung der von der Kommission vorgeschlagenen Enquête über die Wegekosten des Eisenbahn-, Straßen- und Binnenschiffsverkehrs.

In der Diskussion befand sich in diesen Jahren unter anderem die Möglichkeit einer gemeinsamen Luftverkehrspolitik. Die Kommission schlug ein aktives Eingreifen der EWG in die Verhandlungen um die Bildung einer Air-Union vor, die zum Ziele hatten, die Luftverkehrsgesellschaften der EWG-Staaten voranzutreiben, weil supranationale Lösungen durch die Verschärfung des Konkurrenzkampfes im kapitalistischen Luftverkehr immer dringender wurden und zugleich die Möglichkeit boten, vor allem den nordamerikanischen Luftverkehrsunternehmen ein wirksames Paroli zu bieten. Dieses Projekt fiel jedoch wie andere letztlich der Priorität der nationalen Verkehrspolitik der Partnerstaaten zum Opfer.

Der Verkehrsausschuß unterbreitete darüber hinaus Berichte zum Rohrleitungs-transport und zum Problem der Maße und Gewichte von Nutzfahrzeugen. Um die letztgenannte Frage hatten sich schon die ECE, die OECD und die CEMT ohne Erfolg bemüht. Auch dem Verkehrsausschuß gelang es nicht voranzukommen, da solche konkreten Abstimmungen einer vorherigen verkehrspolitischen Klärung bedürfen; denn es handelt sich hierbei keineswegs um rein technische Details, sondern letztlich um beachtliche Eingriffe in den Verkehrsmarkt. So wurde bis heute keine Einigung erreicht. Frankreich vertrat bei den Diskussionen darum den weitestgehenden Standpunkt. Es wollte die eigene Festlegung der zulässigen Gesamtmasse mit 44 Tonnen für einen Lastzug bei einer maximalen Achslast von 13 Tonnen auf die EWG-Lösung übertragen; die BRD plädierte demgegenüber für 38 bzw. 10 Tonnen. Nachdem man sich endlich 1972 darauf geeinigt hatte, daß ab 1. Januar 1980 im grenzüberschreitenden Verkehr nur noch Lastkraftwagen mit einem Gesamtgewicht von 40 Tonnen und einer Achslast von 11 Tonnen verkehren sollten, verzögerte der Beitritt Großbritanniens erneut einen Beschluß, weil die-

ser Staat in Anbetracht seiner Straßensituation nur einer maximalen Achslast von 10 Tonnen zustimmen wollte. Mit einer derartigen Regelung war jedoch Frankreich nicht einverstanden. Erst in einer Ratstagung im Juni 1974 zog es seinen Einspruch zurück; dessen ungeachtet fiel bis Ende 1974 keine Entscheidung.

Wichtige Richtlinien wurden von der Kommission außerdem 1963 in Gestalt eines Gemeinschaftskontingents für den Güterkraftverkehr und eines Margentarifs für den Güterverkehr der Eisenbahnen, des Straßenverkehrs und der Binnenschiffahrt vorgeschlagen, ohne daß man dabei erfolgreich gewesen wäre. Da jedoch immer stärker auf gemeinsame Lösungen des Verkehrsmarktes gedrängt wurde, einigten sich die Verkehrsminister der EWG-Staaten 1965 anlässlich einer Sitzung des Rates über "Grundzüge der Organisation des Verkehrsmarktes". Es wurde vorgesehen, den gemeinsamen Verkehrsmarkt in drei Stufen zu schaffen. Die Endstufe sollte am 1. Januar 1973 beginnen. In den beiden ersten Stufen war vorgesehen, die "Wettbewerbsbedingungen" anzugleichen, "Harmonisierungsentscheidungen" zu treffen und den Zugang zum Markt durch preispolitische Maßnahmen zu regeln.²⁴

Allerdings blieben diese Festlegungen infolge der unmittelbar danach einsetzenden politischen Krise der EWG nur eine platonische Erklärung. 1966 wurde lediglich ein Beratungsverfahren auf dem Gebiet der Infrastrukturinvestitionen vereinbart, und erst Ende 1967 kam ein Beschluß des Rates zustande, der vorsah, bis Mitte 1968 folgende Fragen zu klären:

- "die Anwendung von Wettbewerbsregeln auf die drei Binnenverkehrsträger
- eine gemeinschaftliche Regelung über staatliche Beihilfen an Verkehrsunternehmen
- eine gemeinschaftliche Regelung über die Doppelbesteuerung von Lastkraftwagen und die abgabenfreie Einfuhr von Treibstoffen durch Lastkraftwagen und Binnenschiffe
- die Bildung eines Gemeinschaftskontingents für den grenzüberschreitenden Güterkraftverkehr
- eine Einführung eines Margentarifsystems für den grenzüberschreitenden Güterkraftverkehr
- die Einsetzung von Fachausschüssen, insbesondere zur Überwachung des Marktes."²⁵

Bis zum gleichen Zeitpunkt sollten außerdem Vorschläge zur Anlastung der Wegekosten und zur schrittweisen Angleichung der Dieselölsteuern vorgelegt werden. Weiterhin war vorgesehen, bis Ende 1968 über gemeinsame Maßnahmen hinsichtlich der Verpflichtungen des öffentlichen Dienstes sowie über eine Normalisierung der Kosten der Eisenbahnen zu entscheiden. Bis 1. Januar 1971 sollte schließlich ein Vorschlag der Kommission an den Rat über die Angleichung der bilateralen Kontingente für den Güterkraftverkehr zwischen den EWG-Staaten vorgelegt werden.²⁶

Der Beschluß weckte in EWG-Kreisen einen - wie sich bald zeigen sollte, ungeRechtfertigten - Optimismus hinsichtlich der Zukunft des gemeinsamen Verkehrs-

²⁴ Watermann, Heinz-Richard, Die gemeinsame Verkehrspolitik auf Grund des Vertrages zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft - Versuch einer Zwischenbilanz und Vorausschau, in: Zeitschrift für Verkehrswissenschaft, Düsseldorf, Nr. 2/1969, S. 63 f.

²⁵ Ebenda, S. 66.

²⁶ Ebenda.

marktes. Die Überzeugung war allgemein, daß die EWG-Verkehrspolitik nunmehr aus dem Stadium der Diskussion in das Stadium der Verwirklichung treten werde. Die tatsächlichen Fortschritte blieben dagegen auch nach 1967 mehr als bescheiden. Beispielsweise wurde im Juli 1968 das vorgesehene Gemeinschaftskontingent für den grenzüberschreitenden Güterkraftverkehr mit 1 200 Genehmigungen für die Jahre 1969, 1970 und 1971 beschlossen, das sich wie folgt auf die Mitglieder verteilte²⁷:

Belgien	161	Italien	194
BRD	286	Luxemburg	33
Frankreich	286	Niederlande	240

Das Gemeinschaftskontingent sah für die festgelegte Zahl von Lastkraftwagen den freien Verkehr zwischen allen EWG-Staaten vor, unabhängig von den vereinbarten bilateralen Kontingenten. Eine derartige Regelung erwies sich wegen der unterschiedlichen Besteuerung der Kraftverkehrsunternehmen in den einzelnen Ländern als unumgänglich, da bei einem nicht beschränkten Verkehr mit Sicherheit die Unternehmen im Konkurrenzkampf Vorteile erlangten hätten, die niedrigere nationale Steuern zahlen.

Trotz des Beschlusses von 1968 wurde das Gemeinschaftskontingent jedoch nicht wie vorgesehen ab 1969, sondern erst ab 1973 wirksam. In den folgenden beiden Jahren wurde es im Durchschnitt um 14 bis 15 Prozent auf 1 970 Fahrzeuge aufgestockt. (Für die BRD erhöhte sich die Anzahl der Konzessionen 1974 um 11 Prozent von 321 auf 356 Lastkraftwagen.) Offiziell hat dieses Kontingent, in das nunmehr auch die drei neuen Mitgliedsstaaten einbezogen wurden, nur bis Ende 1974 Gültigkeit. Es wurde jedoch erwartet, daß für 1975 keine neuen Entscheidungen getroffen werden. ²⁸

Durch den Ratsbeschluß vom Juli 1968 sollte weiterhin ab 1. September 1968 ein Margentarifsystem für den grenzüberschreitenden Güterkraftverkehr eingeführt werden, das zunächst bis zum 31. Dezember 1971 bestehen und für ein weiteres Jahr Gültigkeit haben sollte, sofern der Rat nicht vorher eine andere Regelung beschloß. Unter das Margentarifsystem fielen alle Tarife, "die von den zuständigen Behörden veröffentlicht und in Kraft gesetzt werden und, vorbehaltlich gewisser Ausnahmestimmungen, in allen Teilen verbindlich sind. Die Marge für diese Tarife beträgt 23 % der oberen Tarifgrenze."²⁹ Durch diese Festlegungen konnten die entsprechenden Tarife innerhalb der Margen frei gebildet werden. Die vorgesehenen 23 Prozent boten dabei sehr viel Bewegungsfreiheit, zusätzlich wurde sogar die Möglichkeit eingeräumt, im Rahmen schriftlicher Sondervereinbarungen Tarife außerhalb der Margen zu vereinbaren. Trotzdem konnten sich die EWG-Staaten schon bei der Auswahl der Tarife nicht einigen, so daß die Ver-

²⁷ Seidelmann, Otto, Europäische Verkehrspolitik im Aufbruch, in: Coordination, Wien, Nr. 11 - 12/1969, S. 31.

²⁸ Vgl. Brüssel und die Verkehrspolitik, in: Handelsblatt, Deutsche Wirtschaftszeitung, Industriekurier, Düsseldorf, 30. 12. 1972; Neue Kontingente für den EG-Güterfernverkehr, in: Stuttgarter Zeitung, Stuttgart, 29. 6. 1974; Luxemburger Ratstagung der EG-Verkehrsminister, in: Neue Zürcher Zeitung, Zürich, 1. 7. 1974.

²⁹ Krauss, Günter, Neuere Entwicklungen in der gemeinsamen Verkehrspolitik, in: Neue Wege europäischer Verkehrspolitik. Beiträge aus dem Institut für Verkehrswissenschaft an der Universität Münster, Nr. 58, Göttingen 1969, S. 73.

ordnung erst mit erheblicher zeitlicher Verzögerung 1972 in Kraft trat. Die Margentarife sollten danach bis zum 31. Dezember 1974 erprobt werden, wobei sich sehr bald zeigte, daß sie sich, bedingt vor allem durch die meist mangelhafte Kontrolle, nicht bewährten. Nach wie vor fehlt deshalb eine wirkliche Tarifkoordinierung. Das einzige Land, das die Einhaltung der Tarife scharf überwacht, ist die BRD. Sie tut dies auf der Grundlage ihrer verkehrspolitischen Konzeption einer vorrangigen Förderung des staatsmonopolistischen Eisenbahnunternehmens und einer straffen Regulierung besonders des Güterfernverkehrs. Dadurch werden die westdeutschen Kraftverkehrsunternehmen im internationalen Konkurrenzkampf erheblich benachteiligt, ohne daß es im EWG-Rahmen zu einer wirklichen Tarifabstimmung gekommen wäre.

Ein weiterer Ratsbeschluß von 1969 betraf die Harmonisierung bestimmter Sozialvorschriften für den Kraftverkehr, wie zum Beispiel für das Mindestalter des Fahrpersonals, für dessen Zusammensetzung bei langen und schweren Fahrzeugen, für die ununterbrochene tägliche und wöchentliche Lenkzeit, für die tägliche und wöchentliche Ruhezeit. Auch hier scheiterte die Wirksamkeit der Maßnahme an der mangelnden Kontrolle.

Das gleiche Jahr brachte eine "Verordnung des Rates über das Vorgehen der Mitgliedsstaaten bei mit dem Begriff des öffentlichen Dienstes verbundenen Verpflichtungen auf dem Gebiet des Eisenbahn-, Straßen- und Binnenschiffsverkehrs". Unter den Verpflichtungen wurden die Betriebs-, Beförderungs- und Tarifpflicht verstanden, die nur noch für "die Sicherstellung ausreichender Verkehrsbedienung" angewandt werden und den betreffenden Unternehmen einen Ausgleichsanspruch für die daraus entstehenden finanziellen Belastungen einräumen sollten.³⁰ In der gleichen Richtung lag eine ebenfalls 1969 beschlossene Verordnung über die Kontennormalisierung bei den Eisenbahnen, insbesondere über die finanziellen Beziehungen zwischen den Staaten und ihren Eisenbahnunternehmen. Durch die Kontennormalisierung sollten unter anderem "gemeinwirtschaftliche Verpflichtungen" oder sonstige betriebsfremde Lasten (zum Beispiel Ausnahme- und Sozialtarife, Pensionszahlungen, militärisch und politisch notwendige Aufwendungen) durch Ausgleichszahlungen ab 1. Januar 1971 abgegolten werden. (Nach einer Entscheidung der Kommission sollte die gleiche Regelung ab 1. Januar 1975 auch auf die nicht-staatlichen Eisenbahnen sowie Kraftverkehrs- und Binnenschiffahrtsunternehmen ausgedehnt werden, sofern sie die gleichen Voraussetzungen aufweisen.) Auf diese Weise sollten einige weitere Diskriminierungen abgebaut und ein Schritt in Richtung der Verkehrskoordinierung getan werden. Tatsächlich stehen aber bis heute die ständig wachsenden Defizite der Eisenbahnen einer wirklichen Angleichung entgegen; und da die Eisenbahnen nach wie vor ihre Verluste aus dem Staatshaushalt decken können, ohne "geschäftspolitische Konsequenzen zu ziehen", ist ihre Lage selbst nach Meinung westlicher Verkehrswirtschaftler gegenüber den privaten Verkehrsunternehmen unverändert verzerrt.³¹

Das offizielle Eingeständnis der geringen Wirksamkeit des bisher eingeschlagenen Weges brachte die Annahme einer EntschlieÙung zum Vorschlag der Kommission hinsichtlich der finanziellen Beziehungen zwischen den Eisenbahnunternehmen und den Mitgliedsstaaten auf der Tagung des Rates am 27. Juni 1974. Die EntschlieÙung nennt folgende Aufgaben: "Trennung zwischen Eisenbahn und Staat in Vermögen und Haushalt; Harmonisierung der Kostenrechnung, der Buchführung und der

30 Watermann, Heinz-Richard, a. a. O., S. 70.

31 Hamm, Walter, a. a. O., S. 43.

Bilanzen der Eisenbahnunternehmen; Konzentration der Eisenbahnen auf ihre spezifischen Leistungen; Führung der Eisenbahnen nach wirtschaftlichen Grundsätzen, und zwar auch im Bereich der Daseinsvorsorge (service public); Verantwortung der Eisenbahnen im Rahmen der nationalen und gemeinschaftlichen Rechtsordnungen für eine Preispolitik, die geeignet ist, die Wirtschaftsergebnisse durch Ausgleich von Aufwendungen und Erträgen zu optimieren; Aufstellung von Finanzplänen, deren Ausführung ebenfalls zum finanziellen Gleichgewicht der Eisenbahnen beitragen soll.³²

Wenig Erfolg hatte gleichfalls eine Anfang 1970 zustande gekommene Regelung des Zugangs zum Markt im Binnenschiffsgüterverkehr des Rheinbeckens.³³ Sie konnte bisher nur teilweise realisiert werden, weil gerade auf diesem Gebiet erhebliche Interessengegensätze aufeinanderprallen.

Auch die siebziger Jahre brachten bisher nicht den gewünschten qualitativen Sprung bei der Schaffung des gemeinsamen Verkehrsmarktes. Obgleich das Europäische Parlament im März 1970 an die EWG-Regierungen appellierte, alle Anstrengungen zu unternehmen, um den Rückstand in der Verkehrspolitik aufzuholen (und Anfang 1970 immerhin 27 Verordnungsvorschläge der Kommission vorlagen), konnte keines der angestrebten Ziele erreicht werden.

Die Kommission unterbreitete deshalb unter dem schon zitierten Eindruck, daß sich die gemeinsame Verkehrspolitik in einer Sackgasse befinde, 1973 Vorschläge für ein umfangreiches Arbeitsprogramm im Zeitraum 1974 bis 1976. Dabei wurden die im Vertrag von Rom festgelegten Ziele ausgeweitet, allerdings nur mehr oder weniger deklamatorisch, indem von neuen "Erfordernissen der Gesellschaft" im Hinblick auf die "Lebensqualität" gesprochen wurde. Praktisch ging man jedoch über das bisher Bekannte nicht hinaus. Der westdeutsche Verkehrswirtschaftler Hamm, der sich mit diesen Vorschlägen auseinandersetzte, äußert die Befürchtung, daß diese allgemeinen Formulierungen einen Fortschritt eher behinderten, weil mit Erfordernissen der Gesellschaft in der EWG-Praxis natürlich spezielle nationale Ansichten bemäntelt werden können. Sogar ausgesprochen separatistische Auffassungen lassen sich damit begründen.³⁴

Aus unserer Sicht ist festzustellen, daß die Erwartungen und Vorschläge der Kommission allgemein nicht über den Rahmen dessen hinausgehen, was unter den gegebenen gesellschaftlichen Verhältnissen als möglich erscheint. Natürlich ist es vom Standpunkt der Kommission aus gerechtfertigt zu fordern, "daß der Hauptbeitrag der Verkehrswirtschaft zur Verwirklichung der Zielsetzungen ... darin liegen muß, daß der Verkehr leistungsfähig ist und zu möglichst niedrigen gesamtwirtschaftlichen Kosten abgewickelt wird."³⁵ Die vorgeschlagenen drei Maßnahmengruppen

- bessere Abstimmung der Infrastrukturinvestitionen
- Angleichung der Wettbewerbsbedingungen (Harmonisierung)
- Abbau staatlicher Eingriffe auf dem Gebiet der Kapazitäten und der Verkehrspreise (Liberalisierung)

sind jedoch nicht neu und auch nicht "revolutionär"; sie waren vielmehr seit

32 Internationale Transport Zeitschrift, Basel, Nr. 28/1974, S. 3163.

33 Seidenfus, Hellmuth, Über die Schwierigkeiten einer gemeinsamen Verkehrspolitik in der EWG, in: Internationales Verkehrswesen, Frankfurt (Main), Nr. 4/1974, S. 88.

34 Hamm, Walter, a. a. O., S. 42.

35 Ebenda.

Gründung der EWG aktuell und beweisen eigentlich noch einmal sehr deutlich die Ergebnislosigkeit der Bemühungen um die gemeinsame westeuropäische Verkehrspolitik.

7. Schlußbemerkungen

Die bisherige Entwicklung der EWG zeigte eindeutig deren Stellung im System des staatsmonopolistischen Kapitalismus. Sie diene der weiteren Konzentration von Produktion und Kapital, der Expansion der Monopole und ihrem Machtzuwachs sowie der ökonomischen Festigung der NATO in Westeuropa; aber sie war nicht imstande - und das gilt auch für das Verkehrswesen -, die antagonistischen Widersprüche des kapitalistischen Systems zu beeinflussen und die ungleichmäßige Entwicklung ihrer Mitgliedsstaaten zu verändern.

Das zeigt deutlich eine Gegenüberstellung des Konzentrationsgrades der EWG-Staaten, die von der Generaldirektion Wettbewerb der Europäischen Kommission für die Übergangsperiode errechnet wurde. Ausgehend von einem mittleren Konzentrationsgrad der EWG = 100, kam sie zu folgendem Ergebnis³⁶:

Italien	55	Benelux-Staaten	120
Frankreich	75	BRD	150

Dabei vollzog sich in der Übergangsperiode der EWG die Konzentration vorrangig auf nationaler Ebene, während für die beginnenden siebziger Jahre der Schwerpunkt auf den multinationalen Zusammenschlüssen liegt. Die dabei entstehenden Körperschaften "können nur mit großen Vorbehalten als Instrument der europäischen Integration betrachtet werden. Sie stellen gegenwärtig einen mächtigen ökonomischen Faktor dar, der praktisch nicht unter der Kontrolle der Gemeinschaft steht und nicht selten entgegen den Interessen der westeuropäischen Integration und über ihre Grenzen hinaus wirksam wird. In einigen, vom Gesichtspunkt des technischen Fortschritts her entscheidenden Produktionszweigen dominieren die transnationalen Kapitalgesellschaften, die ihr Hauptquartier in den USA haben."³⁷ Zweifellos wird diese neue Stufe der Entwicklung nicht dazu beitragen, die bestehenden Widersprüche aufzuheben oder auch nur zu mildern, sondern sie im Gegenteil noch verschärfen. Daran ändert auch die Zielstellung der EWG für die siebziger Jahre nichts, die letztlich in einer Wirtschafts- und Währungsunion gipfelt und beispielsweise die Harmonisierung der Steuer- und Einkommenspolitik, eine abgestimmte Gestaltung der Industriestruktur, die Entwicklungshilfe für wenig entwickelte Regionen, die Annäherung der Währungs- und Kreditpolitik und letztlich eine gemeinsame Währung vorsieht.

Die Bilanz der EWG-Entwicklung beweist vielmehr, daß derartige Integrationschritte mit der bisher üblichen Methode der gegenseitigen Markterschließung und "der Konkurrenz als Hauptkettenglied im Integrationsmechanismus"³⁸ nicht zum Erfolg führen. Auf diesem Wege wurde zwar die für alle EWG-Staaten glei-

36 Gruner, Joachim/Schomburg, Gerhard, Zwölf Jahre Europäische Wirtschaftsgemeinschaft, in: DWI-Berichte, hg. v. Deutschen Wirtschaftsinstitut Berlin, Nr. 5/1970, S. 216.

37 Bogomolow, Oleg Timofejewitsch, Integration der Wirtschaft in Ost und West, in: Volksstimme, Zentralorgan der Kommunistischen Partei Österreichs, Wien, 23. 11. 1974.

38 Ebenda.

chermaßen wichtige Zollunion mit der daraus resultierenden deutlichen Steigerung der Außenhandelsumsätze erreicht, und es wurden auch Maßnahmen ermöglicht, die der Stärkung der eigenen Position gegenüber Drittländern, besonders gegenüber den USA und Japan, sowie der Frontstellung gegen den Sozialismus dienten, aber es blieben in größerem Umfange wichtige Voraussetzungen der Integration ungelöst. Dazu gehören neben anderen Fragen das Strukturproblem der Landwirtschaft, aber auch die gemeinsame Handelspolitik sowie die gemeinsame Verkehrspolitik. Gerade die Handels- und Verkehrspolitik bot den EWG-Staaten die Möglichkeit, zum Nachteil der Partner zu laviere, eigene Schwächen auszugleichen und die eigene Position zu stärken. Die Unmöglichkeit, sich beispielsweise auf gemeinsame Tarife zu einigen, zeigt unseres Erachtens sehr deutlich, daß man die Rolle der Verkehrspolitik im Rahmen der Wirtschaftspolitik richtig erkennt und auch nutzt. Die Zollunion war seit 1968 Realität; sie konnte jedoch negativ oder positiv durch die Tarifpolitik des Verkehrswesens, aber auch durch handelspolitische Maßnahmen beeinflußt werden, und sie wurde es auch immer dann, wenn es im Interesse der Monopole lag. Man kann deshalb die Handels- und die Verkehrspolitik als eine Art "zweiter Verteidigungslinie"³⁹ der EWG-Staaten im Rahmen der kapitalistischen Integration ansehen, die sie nur zögernd und schrittweise und nur dann aufgeben werden, wenn dadurch ein nennenswerter Vorteil für die führenden Monopole und Oligopole entsteht.

Unabhängig davon stellte die Entwicklung der letzten Jahre teilweise auch die schon erreichten Integrationsfortschritte der EWG in Frage. So erklärte der ehemalige Finanzminister und heutige Bundeskanzler der BRD, Schmidt, daß "der Kampf um die Zollgebühren, die im Durchschnitt 8 Prozent des Wertes der importierten Waren ausmachen, lächerlich (ist) im Vergleich zu den Kursänderungen der Währung um 30, 40 oder 50 Prozent, die innerhalb nur weniger Jahre unvergleichlich stärker die Chancen der Länder in bezug auf Export und Import verändert haben."⁴⁰ In letzter Instanz beweist sich auch damit die Unfähigkeit des modernen Kapitalismus, die stehenden gesellschaftlichen Probleme zu lösen. Völlig zu Recht wurde deshalb in der Politischen Erklärung der Brüsseler Konferenz der kommunistischen Parteien der kapitalistischen Länder Europas vom Januar 1974 festgestellt: "Die wirtschaftliche Integration im Rahmen der EWG entwickelt sich zur Zeit unter der Leitung und im Interesse des Großkapitals. Sie äußert sich vor allem in einer verstärkten und umfassenden Konzentration der Industrien, der Monopole und der mächtigsten multinationalen Gesellschaften. Sie ist schädlich für die Drittländer. Die Vorhaben und Vorschläge, die auf eben dieser Basis auf einen politischen Zusammenschluß der Länder des Gemeinsamen Marktes abzielen, stoßen auf den Widerstand der Völker."⁴¹

39 Gruner, Joachim/Schomburg, Gerhard, a. a. O., S. 215.

40 Bogomolow, Oleg Timofejewitsch, a. a. O.

41 Politische Erklärung der Konferenz der kommunistischen Parteien der kapitalistischen Länder Europas in Brüssel (26. 1. - 28. 1. 1974), in: Neues Deutschland (Ausgabe B), 1. 2. 1974, S. 6.

ANHANG

Statistische Angaben zu den EWG-Staaten

Land	Fläche (in km ²)		Bevölkerung (in 1000)		Einwohner je km ²	
	1959 ⁺	1970 ⁺⁺	1959 ⁺	1970 ⁺⁺	1959 ⁺	1970 ⁺⁺
Belgien	30 507	30 513	9 104	9 710	298	318
BRD	247 954	248 107	52 785	59 596	213	240
Frankreich	551 208	547 026	44 970	51 700	82	95
Italien	301 218	301 225	50 485	54 350	168	180
Luxemburg	2 586	2 586	320	350	124	135
Niederlande	32 450	33 612	11 346	13 330	350	397
Dänemark		43 069		4 990		116
Großbritannien		244 044		55 790		229
Irland		70 283		3 010		43

Land	Eisenbahnnetz (in km)		Wasserstraßen (in km)				Insgesamt	
	1959 ⁺	1970 ⁺⁺⁺	Flüsse		Kanäle		1959 ⁺	1970 ⁺⁺⁺
			1959 ⁺	1970 ⁺⁺⁺	1959 ⁺	1970		
Belgien	4 713	4 605	872	-	947	-	1 819	-
BRD	30 904	29 268 ^o	4 216	-	1 526	-	5 742	4 205 ^o
Frankreich	39 200	36 532	5 671	-	4 745	-	10 416	8 623
Italien	16 454	16 073	1 500	-	989	-	2 489	-
Luxemburg	393	271	-	-	-	-	-	-
Niederlande	3 229	3 148	1 114	1 094	5 654	4 135	6 768	5 122
Dänemark		2 352	-	-	-	-	-	-
Großbritannien		11 799	-	-	-	-	-	-
Irland		1 913 (Meilen) ^{oo}	-	-	-	-	-	-

Land	LKW		KOM	
	1959	1970	1959	1970
Belgien	163 000	215 637 ^{ooo}	5 500	17 926 ^{ooo}
BRD	603 648	1 057 200 ^o	30 116	52 700 ^o
Frankreich	1 649 377	1 062 400 ^x	39 465	40 860
Italien	590 490	877 400	22 697	33 100
Luxemburg	7 783	3 715 ^{o/x}	355	595 ^o
Niederlande	143 699	400 000 ^{xx}	9 076	-
Dänemark		247 118		5 039
Großbritannien		1 618 100 ^{ooo}		78 100 ^{ooo}
Irland		46 051 ^{xxx}		1 918 ^{xx}

- + Woelker, Christian, Die verkehrspolitischen Regelungen in den Mitgliedsländern der EWG, in: Archiv für Eisenbahnwesen, (West)Berlin/Göttingen/Heidelberg, Nr. 2/1961, S. 209.
- ++ Statistisches Jahrbuch der Deutschen Demokratischen Republik 1974, Teil 2: Internationale Übersichten, Berlin 1974, S. 30.
- +++ World Transport Data, hg. v. International Road Transport Union - I. R. U., Genf 1973, S. 150, 163, 171 f., 183 f., 189, 203, 207, 211.
- o Stand 1972.
- oo Stand 31. März 1969.
- ooo Stand 1971.
- x Die Minusdifferenz beruht ganz offensichtlich auf einer anderen statistischen Erfassung, keinesfalls aber auf einem wirklichen Rückgang des Bestandes.
- xx Geschätzter Bestand an LKW, Möbelwagen, Anhängern und anderen Motorfahrzeugen (also nicht nur LKW-Bestand wie 1959).
- xxx Stand 1968.

DIE ROLLE DES KRUPP-KONZERNS BEI DER WIRTSCHAFTLICHEN VORBEREITUNG DES ERSTEN WELTKRIEGES

von Zdeněk Jindra

In der über die europäische Krise vom Juli 1914 veröffentlichten Literatur treten als Hauptpersonen vorrangig Diplomaten, Politiker und Militärs auf. Bedeutet das aber, daß die Männer der Wirtschaft, die Herren der Monopole, der Banken und der Großbetriebe in dieser Schicksalsstunde nichts zu sagen gehabt hätten? Daß sie bis zum letzten Augenblick keine Ahnung von dem insgeheim geschmiedeten Kriegskomplotz gehabt hätten? Daß sie nicht in seine langfristigen wie unmittelbaren Vorbereitungen eingeschaltet gewesen wären?

Ganz und gar nicht. Wenn bei aller prinzipiellen Klarheit über die Stellung des Finanzkapitals und seines Mechanismus, die die marxistische Geschichtswissenschaft spätestens seit Lenins "Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus" besitzt, unsere Informationen zur Rolle großer Rüstungsbetriebe im einzelnen oft recht spärlich sind, so hängt das mit der spezifischen Quellenlage zum Machtfaktor Finanzkapital zusammen, die der bedeutende sowjetische Historiker Jerussalimski mit prinzipieller Gültigkeit so einschätzte: "Es gibt Material, das das Interesse des die Geschichte des Imperialismus studierenden Forschers stets auf sich lenken wird: Archive der Banken, der Monopole, der Organisationen der Großagrarier, Archive der führenden Organe der politischen Parteien der herrschenden Klassen. Natürlich sind auch die Archive des Generalstabs sowie des Marineamtes von erstrangigem Interesse. Dieses Material blieb uns unzugänglich. Seine Geheimnisse werden sorgfältiger behütet als selbst die Geheimnisse der diplomatischen Kanzleien, weil in den Vorständen der Banken und Konzerne, in den führenden Kreisen der militaristischen Clique, im engen Kreise der Plutokratie, die die alte Aristokratie in den Hintergrund gedrängt hat oder mit dieser verwachsen ist, die grundlegenden Fragen der Politik entschieden werden. Gerade dort wird die imperialistische Expansion und die militärische Aggression geboren."¹

Um so größeres Gewicht erhalten daher die indirekten Quellen, worauf bereits 1936 der namhafte britische Kriegsgegner und spätere Träger des Friedensnobelpreises hinwies: "Most of what is known about the inner workings of the army industry has come to light by accident, by the revelations of some private Member of a national Legislature..."²

1 Jerussalimski, A. S., Die Außenpolitik und die Diplomatie des deutschen Imperialismus am Ende des 19. Jahrhunderts, Berlin 1954, S. 32.

2 Noel-Baker, Philip, The private manufacture of armaments, Bd. 1, London 1936, S. 51.

Als Beispiel dafür kann man die Enthüllungen anführen, die der Abgeordnete Karl Liebknecht im April 1913 im Reichstag gemacht hat. Der größte Rüstungsbetrieb Deutschlands, die Fried. Krupp AG, hatte sich durch Korruption von Regierungsbeamten sowie von Offizieren des Heeres und der Marine detaillierte vertrauliche Nachrichten über die Rüstungsprogramme der Regierung, über Neukonstruktionen und in staatlichen Rüstungswerkstätten sowie bei Konkurrenzbetrieben durchgeführte Versuche, über geplante Regierungsaufträge, Preiskalkulationen und Offerten der Konkurrenz verschafft. Wie später der Oberstaatsanwalt vor Gericht ausführte, als in einem Militärprozeß und zwei Zivilprozessen insgesamt zehn Personen, darunter führende Mitarbeiter Krupps, auf der Anklagebank saßen, handelte es sich dabei um Unterlagen, die der Direktion in Essen "eine so vollkommene Übersicht ... über die gesamte Tätigkeit des Kriegsministeriums, der Feldzeugmeisterei und der Artillerie-Prüfungskommission auf dem Gebiete der Beschaffung von artilleristischem Material" vermittelten, "daß man sagen kann, die Firma Krupp war ... so eingehend unterrichtet, wie es nur irgendwem gewünscht werden kann." ³

Derartige Angaben konnte die Direktion der Firma oder Gustav Krupp von Bohlen und Halbach selbst weder vom Kaiser noch von einem anderen hochgestellten Protektor der Rüstungsfabrik erbitten; deren Gunst nahm der Chef der Firma bei komplizierteren und weiterreichenden Angelegenheiten in Anspruch, nämlich dann, wenn es um die "große Politik" oder um ein derart kolossales Rüstungsgeschäft ging, wie es die Entfesselung des Weltkrieges im Juli und August 1914 war. Auch darüber erhielt die Öffentlichkeit zum Glück einige wertvolle Informationen, und zwar aus glaubwürdiger Quelle, aus dem Munde eines der fünf leitenden Direktoren Krupps. Dieser Direktor gab im ersten Kriegsjahr seinen einträglichen Posten bei der Firma auf. Später verfaßte er als bürgerlicher Pazifist Bücher und Flugblätter, die vom Propagandaapparat der Entente verbreitet wurden. Kurz nach dem "deutschen Panamaskandal" vom Jahre 1913 kam somit ein neuer Krupp-Skandal auf, der unter der Bezeichnung "der Fall Muehlon" bekannt geworden ist. ⁴

Der Übertritt des dreißigjährigen Beamten des Auswärtigen Amtes Dr. Johann Muehlon (1878 bis 1944) zur Firma Krupp, zu dem es zu Beginn des Jahres 1908 gekommen war, stellte in der Essener Personalpolitik nichts Ungewöhnliches dar. Zwischen dem deutschen Staat und der deutschen Waffenschmiede, von denen der eine Partner der beste Kunde des anderen war und ihm reichliche diplomatische Unterstützung auf den Weltmärkten gewährte, gab es schon seit vielen Jahrzehnten zahlreiche Berührungspunkte, die die Firma unter anderem durch personelle Verbindungen zu festigen trachtete. ⁵ Auch Alfred Hugenberg, der nur wenige Monate, nachdem Muehlon im März 1909 Prokura erhalten hatte, an die Spitze der Krupp-Direktion berufen wurde, hatte zuvor (1903 bis 1907) im preußischen Finanzministerium gewirkt. Muehlon konnte sich nicht durch eine so lan-

3 Prozeß Brandt und Genossen. Der sogenannte Krupp-Prozeß, hg. v. Adolf Zimmermann, Berlin 1914, S. 256 f.

4 Vgl. die erste ausführliche Studie von Benz, Wolfgang, der "Fall Muehlon". Bürgerliche Opposition im Obrigkeitsstaat während des ersten Weltkrieges, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, Nr. 4/1970, S. 343 - 365.

5 Einige Beispiele dafür siehe Menne, Bernhard, Deutschlands Kanonenkönige, Zürich 1937, S. 273 f.

ge Praxis im Staatsapparat ausweisen wie Hugenberg. Doch war er von höchster Stelle - vom Kanzler Bülow⁶ - empfohlen worden.

So bildete Muehlon ein Beispiel unter vielen für jene von Lenin auf die Formel "Heute Minister - morgen Bankier; heute Bankier - morgen Minister"⁷ gebrachte personelle Austauschbarkeit, die zu den typischen Ausdrucksformen des staatsmonopolistischen Kapitalismus, jener "Vereinigung der Riesenmacht des Kapitalismus mit der Riesenmacht des Staates zu einem einzigen Mechanismus"⁸, gehört.

Als Privatsekretär Krupps von Bohlen und Halbach⁹ stand Muehlon "in enger und beiderseits vertrauensvoller Beziehung" zum Chef der Firma.¹⁰ Im Jahre 1911 wurde er stellvertretender Direktor und ein Jahr vor Kriegsausbruch kaufmännischer Direktor der Abteilung für Kriegsmaterial. Als im Frühjahr 1915 nach der Marneschlacht die deutschen Imperialisten ihre Hoffnung auf einen schnellen Sieg begraben mußten, löste Muehlon sein Dienstverhältnis.¹¹ Gegenüber dem bürgerlichen Pazifisten Prof. Friedrich Wilhelm Foerster begründete er diesen Schritt damit, daß ihn die deutsche Entfesselung des Krieges moralisch tief erschüttert habe und er es für unmöglich halte, "an der Durchführung eines so großen Verbrechens tätig und verantwortlich mitzuwirken"¹². Nach außen hin mied Muehlon jedoch zunächst den offenen Bruch mit der Firma Krupp, die ihn nach seinem Ausscheiden als "Direktor in Urlaub" führte; und er unterstützte noch in den Jahren 1915 und 1916 die Reichsregierung aktiv in ihrer Politik der Kriegsführung als "besonderer Kommissar der Reichsverwaltung für die Balkanländer und Bevollmächtigter der amtlichen Zentraleinkaufsgesellschaft", bis er im Herbst 1916 mit seiner Familie in die Schweiz übersiedelte.¹³ Im Mai 1917, als die deutsche Regierung mit der Erklärung des uneingeschränkten U-Boot-Krieges seine Hoffnung auf eine Verständigung mit den USA zunichte machte, distanzierte er sich von den verantwortlichen Repräsentanten Deutschlands und ihrer Politik.¹⁴ Ein Jahr später legte er auch öffentlich Zeugnis von den Ereignissen ab, die dem Ausbruch des Weltkrieges unmittelbar vorangegangen waren oder gleich an dessen Beginn gestanden hatten: dem Kriegskomplot zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn¹⁵ sowie der Verletzung der belgischen Neutralität.¹⁶ Außerdem

6 Ebenda, S. 309.

7 Lenin, W. I., Krieg und Revolution, in: Werke, Bd. 24, Berlin 1974, S. 401.

8 Derselbe, Banken und Minister, in: ebenda, S. 108.

9 Manchester, William, Krupp. Zwölf Generationen, München 1968, S. 275.

10 Benz, Wolfgang, a. a. O., S. 353 f.

11 Ebenda, S. 353 ff.

12 So wenigstens erläuterte Muehlon seine Anschauungen dem namhaften deutschen Pazifisten Prof. Friedrich Wilhelm Foerster, als er ihn, wie aus Foersters Memoiren hervorgeht, bereits am 1. 8. 1914 als Privatperson aufsuchte. Vgl. Foerster, Friedrich Wilhelm, Erlebte Weltgeschichte 1869 - 1953, Nürnberg 1953, S. 322.

13 Benz, Wolfgang, a. a. O., S. 354 f., 357.

14 Vgl. Muehlons Brief an Bethmann Hollweg v. 7. 5. 1917, veröffentlicht in: Freie Zeitung, Bern, 4. 5. 1918, nachgedruckt samt englischer Übersetzung unter dem Titel: Memoranda and Letters of Dr. Muehlon, in: International Conciliation, hg. v. American Association for International Conciliation, New York, Nr. 130, September 1918, S. 502 - 507.

15 Es handelt sich um Muehlons Denkschrift "Das Wiener Ultimatum an Serbien", erstmals veröffentlicht in: Berliner Tageblatt, 21. 3. 1918, und um die Antwort Muehlons an die "Norddeutsche Allgemeine Zeitung" betreffs des Artikels

wiederholte Muehlon alle seine Anklagen in seinen bald darauf - im Mai 1918 - veröffentlichten "Aufzeichnungen aus den ersten Kriegsmonaten"¹⁷.

Natürlich interessiert uns an Muehlons Enthüllungen vor allem, wie im Verlauf der Juli-Krise die mächtigsten Gruppen des deutschen Finanzkapitals, an erster Stelle die Fried. Krupp AG, in die Aktion eingeweiht und eingeschaltet waren. Die Tatsachen, die Muehlon anführt, stehen nämlich in diametralem Gegensatz zu der bis heute gepflegten Version der Kruppschen "Haus-und-Hof-Geschichtswissenschaft", der zufolge der Vorsitzende des Aufsichtsrates des Krupp-Konzerns, Gustav Krupp von Bohlen und Halbach, vom Ausbruch des Krieges "völlig überrascht" gewesen sei.¹⁸

Es besteht kein Zweifel, daß Gustav Krupp mindestens drei Wochen, bevor im Hauptgebäude der Direktion in der Altendorfer Straße in Essen unter dem Datum "1. 8. 1914 - 2 Uhr nachmittags" - also zwei Stunden vor der öffentlichen Bekanntgabe der Mobilmachung - das vorher vereinbarte amtliche Telegramm mit den beiden Buchstaben "D. K." (drohende Kriegsgefahr)¹⁹ eintraf, Gewißheit über das bevorstehende imperialistische Kriegsabenteuer und den Rüstungs-Boom hatte.

Muehlon führt als Augenzeuge an, daß er Mitte Juli Gelegenheit zu vertraulichen Gesprächen mit zwei einflußreichen Vertretern der deutschen Wirtschaft gehabt habe: mit Dr. Karl Helfferich, dem Direktor des größten Bankinstituts, der Deutschen Bank, und mit seinem Vorgesetzten Gustav Krupp von Bohlen und Halbach.

Zu dem Gespräch mit Helfferich kam es am 17. Juli 1914 in Berlin.²⁰ Die Fried. Krupp AG war zu jener Zeit an großen Rüstungsaufträgen Bulgariens und der Türkei interessiert²¹, und Muehlon traf sich offensichtlich mit Helfferich, um mit ihm die finanzielle Deckung im Rahmen der projektierten Anleihen an die beiden Länder zu besprechen, zu denen die Deutsche Bank keine allzu große Lust verspürte. Als Muehlon nach der Ursache der reservierten Haltung der Bank fragte, verriet ihm Helfferich in groben Zügen den Inhalt des österreichisch-ungarischen Ultimatums einschließlich der Einstellung des deutschen Kaisers.²² Diese grund-

"Ultimatum an Serbien und russische Mobilisation", veröffentlicht in: Freie Zeitung, Bern, 15. 5. 1918, Nachdruck in: Memoranda and Letters of Dr. Muehlon, a. a. O., S. 474 - 491.

16 Gemeint ist Muehlons Denkschrift "Deutschland und Belgien", erstmals veröffentlicht in: Freie Zeitung, Bern, 4. 5. 1918, Nachdruck in: Memoranda and Letters of Dr. Muehlon, a. a. O., S. 490 - 501.

17 Muehlon, Wilhelm, Die Verheerung Europas. Aufzeichnungen aus den ersten Kriegsmonaten, Zürich 1918.

18 Klass, Gert v., Die drei Ringe. Lebensgeschichte eines Industrieunternehmens, 5. Aufl. Tübingen/Stuttgart 1966, S. 345.

19 Manchester, William, a. a. O., S. 274.

20 Muehlon, Wilhelm, Die Verheerung Europas, a. a. O., S. 9.

21 Vgl. hierzu Fischer, Fritz, Weltpolitik, Weltmachtstreben und deutsche Kriegsziele, in: Historische Zeitschrift, Bd. 199, 1964, S. 318 f.

22 Vgl. dazu Frölich, Paul, 10 Jahre Krieg und Bürgerkrieg, Berlin 1924, S. 44 ff.; Fischer, Fritz, Griff nach der Weltmacht, 3. Aufl. Düsseldorf 1964, S. 68; Kuczynski, Jürgen, Der Ausbruch des ersten Weltkrieges und die deutsche Sozialdemokratie, Berlin 1957, S. 17 f. Der authentische Wortlaut bei: Muehlon, Wilhelm, Das Wiener Ultimatum an Serbien, in: Memoranda and Letters of Dr. Muehlon, a. a. O., S. 474.

legenden Tatsachen konnte selbst Krupp von Bohlen und Halbach, der zweite Vertreter des deutschen Finanzkapitals, mit dem Muehlon Mitte Juli 1914 sprach, nicht bestreiten. Als er im Jahre 1920 von einem Untersuchungsausschuß der Weimarer Nationalversammlung aufgefordert wurde, Zeugnis über die Ereignisse abzulegen, die dem Krieg vorangegangen waren, sagte Gustav Krupp trotz merklicher Zurückhaltung im wesentlichen dasselbe aus, was er bereits Mitte Juli 1914 Muehlon gegenüber mit aller Offenheit behauptet hatte.²³

Damals (wahrscheinlich am 18. Juli), als ihm Muehlon über sein in Berlin geführtes Gespräch mit Helfferich berichtet hatte, war der Chef der Firma Krupp keineswegs von dessen Inhalt überrascht gewesen, sondern offenbar nur davon, "daß die Leute von der Regierung doch nie ganz den Mund halten könnten". Im übrigen hatte er Muehlon bestätigt, "die Angaben Helfferichs seinen richtig ... Er sei selbst beim Kaiser dieser Tage gewesen. Der Kaiser habe auch zu ihm von der Besprechung mit den Österreichern und deren Ergebnis gesprochen ... Die Lage sei in der Tat sehr ernst. Der Kaiser habe ihm persönlich erklärt, er werde sofort den Krieg erklären, wenn Rußland mobil mache. Diesmal werde man sehen, daß er nicht umfalle."²⁴ Wie sich nach Kriegsschluß herausstellte, verhüllte der nebulöse Ausdruck "dieser Tage", daß seit dem Tag der bemerkenswerten Unterredung zwischen Wilhelm II. und Krupp bereits mindestens zwölf Tage vergangen waren. Krupp von Bohlen und Halbach war schon am 5. Juli 1914, noch während der entscheidenden Potsdamer Besprechungen des Kaisers mit führenden Militärs und Beamten, nach Kiel eingeladen worden, um mit dem Kaiser am 6. Juli, kurz vor dessen schon seit längerer Zeit geplanten Nordlandreise, zu soupieren. Das Essen und die anschließende Unterhaltung zogen sich bis 11 Uhr abends hin.²⁵ Der Kaiser hielt es für nützlich, die unmittelbare Kriegsvorbereitung auch mit dem Leiter der deutschen "Waffenschmiede" zu besprechen.

Mitte Juli wurden die Generaldirektoren der Dampfschiffahrtsgesellschaften HAPAG und Norddeutscher Lloyd sowie einige andere einflußreiche Mitglieder der Finanzoligarchie auf die Kriegsgefahr hingewiesen²⁶, aber Krupp war offensichtlich der einzige, der vom Kaiser selbst in das größte staatliche und diplomatische Geheimnis eingeweiht wurde, und zwar gleich zu Beginn der Juli-Krise. Daß er dieses allerhöchste Vertrauen in vollem Umfang rechtfertigte, zeigten gleich die nächsten Stunden und Tage.

Krupp von Bohlen und Halbach widmete sich zwar nach seiner Rückkehr aus Kiel ebenso wie vor dem Attentat von Sarajevo mit Leidenschaft der Modernisierung seiner Villa "Hügel", aber das war doch im wesentlichen dasselbe Verschleierrungsmanöver, das Kaiser Wilhelm II. in der angespanntesten internationalen Situation mit seiner Nordlandreise betrieb.

Im übrigen wurde die Firma in ihren für die Rüstungsproduktion verantwortlichen Ressorts praktisch seit dem 6. Juli 1914 auf den Krieg ausgerichtet. Das erste, was Krupp von Bohlen und Halbach nach dem Gespräch mit dem Kaiser getan hatte, war, daß er die beiden "zuständigen" Herren aus der Direktion der Firma zu sich rief. Er "hatte ... mit den beiden ... vertraulich die Frage besprochen, ob

23 Vgl. Kuczynski, Jürgen, a. a. O., S. 9.

24 Muehlon, Wilhelm, Das Wiener Ultimatum an Serbien, in: Memoranda and Letters of Dr. Muehlon, S. 476, 478 (Hervorhebungen im Original).

25 Vgl. Kuczynski, Jürgen, a. a. O., S. 9.

26 Vgl. Schröter, Alfred, Krieg - Staat - Monopol 1914 - 1918, Berlin 1965, S. 60.

zur Ergänzung der Bestände der Firma für den Mobilmachungsfall etwas zu geschehen habe".²⁷ Daß es nicht bei dieser ersten Beratung und bei Worten blieb, können wir zwar nicht unmittelbar belegen, doch kann man sich schwerlich vorstellen, daß der führende Rüstungsbetrieb des Reiches nicht seine Kriegsvorbereitungen gesteigert hätte, und zwar besonders seit "Ende Juli, als wir mit dem Ausbruch des Krieges bereits fest rechneten".²⁸

Das führt uns zu der Frage, wie die Fried. Krupp AG darauf vorbereitet war, die Rüstungsaufgaben zu bewältigen, die ihr im Mobilmachungsprogramm zuge-dacht waren oder die sie im Laufe des Krieges erwartete bzw. vorhersah.

Es ist sehr wohl bekannt, daß das imperialistische Deutschland in seine Politik auch den Krieg einkalkulierte und daß die Führung des Reiches alle Anstrengungen unternahm, das Land innerhalb bestimmter Grenzen auch auf die wirtschaftlichen Anforderungen dieses Krieges vorzubereiten. Aber die kriegswirtschaftlichen Vorbereitungen der Zivilressorts des Reiches begannen praktisch erst nach 1906, nach der ersten Marokko-Krise und dem russisch-japanischen Krieg. Faßt man ihr Ergebnis zusammen, so stellt man fest, daß, abgesehen von der im Dezember 1912 ins Leben gerufenen "Ständigen Kommission für wirtschaftliche Mobil-machungsfragen" und einigen Maßnahmen der Reichsbank, das Jahr 1914 alle amtlichen Pläne in einem recht rohen, unfertigen Zustand vorfand. Was an Vor-bereitungsarbeiten zur Hand war, hatte nur für die ersten Wochen des Krieges Bedeutung, und von den Absichten, die den Rahmen der Mobilmachung überschrit-ten, war keine einzige verwirklicht.²⁹

Auf die Gründe für diese Sachlage können wir hier nicht näher eingehen; sie "sind verschiedenartig, lassen sich jedoch im ganzen auf die anachronistische Gesellschaftsstruktur des deutschen Kaiserreiches zurückführen".³⁰ Das bedeu-tet auch, daß die ungenügenden kriegswirtschaftlichen Vorbereitungen nicht als Beweis für die Friedensliebe des deutschen Imperialismus dienen oder ihn gar von Kriegsschuld weitgehend befreien können. Es zeugt lediglich davon, daß die herrschenden Kreise entsprechend ihrer gesamten Denkweise am veralteten Bild eines künftigen Krieges festhielten, der im Hinblick auf Länge, Umfang und Ver-lauf der Kriegsoperationen eher dem vormonopolistischen als dem monopolisti-schen Stadium des Kapitalismus entsprach; sie waren nicht imstande, ihre stra-

27 Vgl. Kuczynski, Jürgen, a. a. O., S. 9.

28 Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes in Bonn (im folgenden: PA Bonn), I A, Türkei, 142, Bd. 39: Militär- und Marineangelegenheiten, Schreiben des Direktoriums der Fried. Krupp AG an den Staatssekretär des Reichsschatz-amtes, Abschrift an das Auswärtige Amt, datiert: Essen, 21. 8. 1914.

29 Vgl. Delbrück, Clemens v., Die wirtschaftliche Mobilmachung in Deutschland 1914, aus dem Nachlaß hg., eingel. u. ergänzt v. Joachim v. Delbrück, Mün-chen 1914; Burchardt, Lothar, Friedenswirtschaft und Kriegsvorsorge. Deutschlands wirtschaftliche Rüstungsbestrebungen vor 1914, Boppard (Rhein) 1968 = Militärgeschichtliche Studien, Bd. 6; Schröter, Alfred, Die ökonomi-sche Vorbereitung des deutschen Imperialismus auf den ersten Weltkrieg, in: Zeitschrift für Militärgeschichte, Berlin, 3. Jg. 1964, S. 311 ff.; derselbe, Krieg - Staat - Monopol, a. a. O., S. 29 ff.; Behm, Erika/Kuczynski, Jür- gen, Arthur Dix: Propagandist der wirtschaftlichen Vorbereitung des ersten Weltkrieges, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1970, T. 2, S. 69 ff.

30 Vgl. Deutschland im ersten Weltkrieg, von einem Autorenkollektiv unter Lei-tung v. Fritz Klein, Bd. 1, Berlin 1968, S. 124.

tegischen Vorstellungen dem Entwicklungsniveau der Produktivkräfte und dem davon abhängigen Charakter eines Weltkrieges unter den zu Anfang des 20. Jahrhunderts gegebenen Bedingungen des neuen Stadiums des Kapitalismus anzupassen. Die militärische und politische Führung des Reiches neigte eher dazu, die Kräfte Deutschlands maßlos zu überschätzen, und war darüber hinaus in ihrer Mehrheit dem "Dogma von einem kurzen Krieg" verfallen. Dieses Dogma beherrschte auch das Denken der Wirtschaftskreise. ³¹

Die Diskrepanz zwischen dem tatsächlichen Stand der Vorarbeiten und den späteren Anforderungen des Krieges zeigt am besten die Frage, die nach Kriegsausbruch mit einem Schlage "zum Zentralproblem der deutschen Kriegswirtschaft" ³² wurde, nämlich die Frage der Versorgung der Industrie mit kriegswichtigen Rohstoffen. Diese Frage gehörte neben dem Problem der Arbeitskräftesicherung, der Versorgung der Bevölkerung und der finanziellen Deckung der Kriegskosten zu den vier Komplexen, die vor dem Jahre 1914 in den zivilen Regierungsressorts diskutiert wurden. Kein Teilnehmer an dieser Diskussion konnte allerdings die grundlegende Tatsache einfach außer acht lassen, daß Deutschland auf den Import fremder Rohstoffe in hohem Maße angewiesen war. Im Jahre 1913 betrug deren Anteil an der deutschen Gesamteinfuhr 46,3 Prozent und erreichte sogar 58 Prozent, wenn man die Gruppe der Halbfabrikate (11,7 Prozent) hinzurechnet. ³³ Am anschaulichsten gehen die Importbedürfnisse Deutschlands aus einer Übersicht hervor, die der preußische Geologe Prof. Paul Krusch kurz vor dem Kriege (nach dem Stand vom Jahre 1910) zusammengestellt hat. ³⁴ Läßt man für die Zwecke unserer Untersuchung jene Rohstoffe beiseite, auf die die Textil-, die chemische und die Holzindustrie angewiesen war, so weist diese Übersicht 23 Eisen- und Nichteisenmetalle aus, von denen nur zwei - Arsen und Zink - in ausreichender Menge im Inland gewonnen wurden. Für die Rüstungsindustrie kamen neben Eisen- und Manganerz vor allem Kupfer und Blei sowie alle Metalle in Betracht, die erforderlich sind, um Stahl zu veredeln: Nickel, Chrom, Wolfram, Antimon, Molybdän, Vanadium und Kobalt. Der Bedarf an allen diesen Metallen wurde (nach dem Stand von 1910) durch die einheimische Förderung folgendermaßen gedeckt ³⁵:

Eisenerz		60	Prozent
Manganerz	nahezu	0	"
Kupfer		11	"
Blei		33	"
Nickel		5,6	"
Chrom		0	"
Wolfram		4,1	"
Antimon		0	"
Molybdän	nahezu	0	"
Vanadium	nahezu	0	"
Kobalt		0	"

31 Vgl. Helfferich, Karl, Der Weltkrieg, Bd. 2, Berlin 1919, S. 43.

32 Müller, Alfred, Die Kriegsrohstoffbewirtschaftung 1914 - 1918 im Dienste des deutschen Monopolkapitals, Berlin 1955, S. 14.

33 Berechnet aufgrund der Tabelle in Weltwirtschaftliches Archiv, Bd. 6, 1915, T. 2, Beilage, S. 136 f.

34 Krusch, Paul, Die Versorgung Deutschlands mit metallischen Rohstoffen (Erzen und Metallen), Leipzig 1913, S. 2.

35 Ebenda, S. 2, 90 f., 232.

Aber obwohl dieser Engpaß der deutschen Wirtschaft allgemein bekannt und von Fachleuten wiederholt analysiert worden war, brachten die kompetenten Organe des Reiches im Grunde nicht mehr zustande, als daß sie ihn ihren Wirtschaftspartnern bei verschiedenen Gelegenheiten warnend ins Gedächtnis riefen. Die Unternehmer sahen ihrerseits keinen ernsthaften Grund, die Bildung von Überplanbeständen an Rohstoffen anders zu beurteilen als unter dem Gesichtspunkt der Rentabilität.³⁶ Gesuche von Firmen um Unterstützung bei der Schaffung von Rohstoffreserven bildeten eine Ausnahme und verhallten ohnehin ungehört. Die Alternativlösung, die Schaffung staatlicher Rohstoffreserven, fand weder beim Fiskus noch bei den Industriellen nennenswerten Widerhall.³⁷ Auf ähnliches Desinteresse bzw. auf völlige Ratlosigkeit der obersten Staatsbürokratie stießen die Anregungen der Bankiers Jakob Rießer (1906) und Max Warburg (1907), des national-liberalen Journalisten Arthur Dix (1911) und des Lübecker Großkaufmanns und Reeders sowie Mitglieds des Präsidiums des Alldeutschen Verbandes in einer Person Emil Possehl (1912), einen "finanziellen" oder "wirtschaftlichen Generalstab", das heißt eine kriegswirtschaftliche Planungszentrale, zu bilden.³⁸ Die Verwaltungsstellen der Armee suchten außer zu einer kleinen Gruppe von Unternehmen, die regelmäßig Rüstungsaufträge erhielten (annähernd 1 000 Firmen, an ihrer Spitze Friedrich Krupp, Rheinmetall, Mauser, Deutsche Waffen- und Munitionsfabriken, Polte, Zeiß und mehrere Pulverfabriken), so gut wie keinen Kontakt zur übrigen Industrie, als sollte der künftige Krieg ausschließlich Sache der 23 staatlichen Heereswerkstätten und einiger spezialisierter Privatrüstungsfirmen sein.³⁹

Eine Enquête des Reichsmarineamtes an der Jahreswende 1905/06 ergab, daß von den 440 befragten Betrieben an der Ruhr mehr als die Hälfte höchstens für ein Vierteljahr mit überseeischen Rohstoffen und Halbfabrikaten versorgt war; nur 89 Firmen gaben Reserven für sechs bis zwölf Monate und 9 Firmen solche für mehr als ein Jahr an.⁴⁰ Ein im wesentlichen gleiches Bild erbrachte eine Untersuchung des Reichsamtes des Innern von Anfang 1913, bei der am meisten die Angabe überrascht, daß auch die Firma Krupp Rohstoffreserven nicht in einem größeren Umfang gehalten habe als für 2 Monate.⁴¹ Diese Angabe scheint auch Wilhelm Berdrow (1867 bis 1954), Leiter des Krupp-Archivs in Essen⁴², in seiner bisher unveröffentlichten "Kriegsdenkschrift" zu bestätigen. Nach seinen Ausführungen haben sich in den Vorratsräumen der Hütten des Krupp-Konzerns bei Ausbruch des Weltkrieges insgesamt etwa 420 000 Tonnen Eisenerz befunden.⁴³

36 Burchardt, Lothar, a. a. O., S. 87, 94, 246.

37 Ebenda, S. 87, 93.

38 Class, Heinrich, Wider den Strom, Leipzig 1932, S. 229 - 231; Burchardt, Lothar, a. a. O., S. 138 f., 198.

39 Vgl. Der Weltkrieg 1914 bis 1918, Kriegsrüstung und Kriegswirtschaft, bearbeitet im Reichsarchiv, Bd. 1, Berlin 1930, S. 383 - 388; Handbuch zur deutschen Militärgeschichte, hg. v. Hans Meier-Welcker u. Wolfgang v. Groote, Bd. 2, T. 5: 1890 - 1918, Frankfurt (Main) 1968, S. 118.

40 Eckert, Christian, Die Seeinteressen Rheinland-Westfalens, Leipzig/Berlin 1906, S. 19, 25.

41 Burchardt, Lothar, a. a. O., S. 93.

42 Näheres zu seiner Person und seiner Tätigkeit bei Schröder, Ernst, Wilhelm Berdrow. Lebensbild eines Firmenhistorikers, in: Tradition, München, Nr. 4 - 5/1960.

43 Berdrow, Wilhelm, Die Firma Krupp im Weltkrieg und in der Nachkriegszeit,

Wenn man weiß, daß der Jahresverbrauch an Erzen (ohne die Zusätze zur Stahllegierung!) im Geschäftsjahr 1912/13 im gesamten Krupp-Konzern 2,5 Millionen Tonnen betrug⁴⁴, so entspricht die Höhe der Vorräte, die Berdrow angibt, etwa dem Verbrauch von zwei Monaten, wie ihn die Firma dem Reichsamt des Innern anderthalb Jahre vor Kriegsbeginn gemeldet hatte. Läßt sich daraus ableiten, daß auch der führende Rüstungskonzern Deutschlands an die Erfordernisse des Krieges mit der gleichen Fehleinschätzung herangegangen sei wie viele andere Unternehmen und daß somit Burchardts Schlußfolgerung zutreffe: "Kriegswirtschaftliche Motive fehlten also auch hier"?⁴⁵

Eine eingehende Analyse dieser Frage zeigt, daß eine derartige Schlußfolgerung gerade im Falle Krupp absolut nicht den Tatsachen entspricht.

Zweifel an der eigenen Leistungsfähigkeit hatte das Krupp-Unternehmen nicht nötig: "Das größte Vermögen, die höchste Dividende, der bedeutendste Konzern, die gefährlichste Kanone - so geht das Haus Krupp in den Weltkrieg."⁴⁶ Der Vorsitzende des Verwaltungsrates und verantwortliche Träger der Kruppschen Handelspolitik, Gustav Krupp von Bohlen und Halbach, fuhr "kurz vor dem Kriegsausbruch" sogar nach England. Zweck seiner "Informationsreise" war ein Besuch der größten und namhaftesten britischen Rüstungsunternehmen, und zwar nicht nur der Werften, sondern auch der Geschütz- und Munitionsfabriken. Nach Berdrows Schilderung kehrte er "mit dem Eindruck zurück, daß die Kruppsche Gußstahlfabrik mit ihren neugeschaffenen Werkstätten und ihrem soliden Unterbau in Rohstoffen und Qualitätsstahl jenen alten und weltberühmten Waffenfabriken mehr als ebenbürtig gegenüberstand".⁴⁷ Soweit es also an Krupp lag, konnten die Feindseligkeiten in jedem beliebigen Augenblick eröffnet werden.

Das Vertrauen in das eigene Leistungsvermögen stand im Falle des Rüstungsunternehmens in keinem Widerspruch zu den kriegswirtschaftlichen Bedürfnissen. Wenn Krupp seinen Platz behaupten wollte, konnte er es sich nicht leisten, diese Bedürfnisse zu unterschätzen und sich der Gefahr aussetzen, von einer plötzlichen Erhöhung der Anforderungen überrascht zu werden. An eigennützligen kriegswirtschaftlichen Motiven konnte es einem Unternehmen dieses Schlags dabei schwerlich mangeln: Der Krieg war für Krupp ebenso wie für andere Rüstungsfabrikanten die beste Überprüfung der eigenen Produkte und die wichtigste Triebkraft ihres Wachstums. Auch Krupp rechnete offensichtlich nicht mit einem allzu langwierigen und kräfteermüdbenden Krieg. Aber das bedeutet nicht, daß er sich bei Auswahl und Anhäufung der strategischen Rohstoffreserven von den gleichen Gesichtspunkten leiten ließ und die gleichen Maßstäbe anlegte wie ein Montan- oder Metallurgiebetrieb, der auf die Produktion ziviler, dem Frieden dienender Produkte ausgerichtet war.

Vor allem erscheint es geboten, die Angabe, daß die Krupp-Hütten bei Kriegsausbruch nur niedrige, höchstens für zwei Monate reichende Rohstoffreserven besessen haben sollen, auf das richtige Maß zurückzuführen. Sieht man von Kohle und Koks ab, die Deutschland im allgemeinen und Krupp im besonderen im Überfluß

Bd. 1: 1914 - 1919 (sogenannte "Kriegsdenkschrift" Berdrows), maschinenschriftl., Essen 1936, S. 20, vorhanden in: Historisches Archiv Fried. Krupp, Essen (im folgenden: Essen - BKD).

44 Fried. Krupp AG, Statistische Angaben, Essen 1913, S. 42.

45 Burchardt, Lothar, a. a. O., S. 93.

46 Menne, Bernhard, a. a. O., S. 309.

47 Essen - BKD, a. a. O., S. 13 f.

Aus der Übersicht geht hervor, daß die Ausbeutung der Eisenerzgruben bei Krupp in ihrer Intensität ab 1915 deutlich über dem Reichsdurchschnitt lag. Berücksichtigt man ferner, daß unter dem Vorzeichen kriegswirtschaftlicher Prioritäten von dem generellen Rückgang der deutschen Eisenerzförderung vor allem die Nutzung für friedliche Zwecke betroffen wurde, so bestand für Krupp in der Tat keine Notwendigkeit, größere Vorräte an einheimischen Eisenerzen anzuhäufen. Während des Krieges, als die Blockade die Einfuhr ausländischer Erze bei der Firma Krupp um mehr als zehn Jahre, beinahe auf das Niveau an der Schwelle des Jahrhunderts, zurückwarf⁵¹, waren diese einheimischen Erze ohne größere Schwierigkeiten schnell zur Hand und wurden zum Rückgrat von Hochöfen und Stahlproduktion der Firma.

Hieraus ergibt sich, daß die Erzlager der Krupp-Hütten zumeist mit einer anderen Art von Rohstoffen gefüllt und nachgefüllt wurden als mit heimischen Eisenerzen, nämlich mit Engpaßmaterial.

Krupp stand dabei vor dem gleichen Problem wie die gesamte deutsche Eisenindustrie. Sie disponierte über eine erstklassige verkokungsfähige Kohle, aber Eisenerz mußte sie zu mehr als einem Drittel, im Falle der Ruhr-Eisenindustrie zu mehr als der Hälfte, aus dem Ausland einführen. Deutschland stand seit 1903 an der Spitze der europäischen Eisenerzproduzenten, aber die lothringische und luxemburgische "Minette", die die eigentliche Grundlage dieses Primats bildete, enthielt außer einer bedeutenden Menge von Phosphor nur etwa 32 Prozent Eisen. Die deutschen Hochofenwerke, vor allem im Bezirk Niederrhein - darunter an erster Stelle Krupps Friedrich-Alfred-Hütte in Rheinhausen, damals die größte und modernste in Deutschland und auf dem ganzen Kontinent -, mußten sich in dieser Situation hochprozentige Eisenerze (mit einem mittleren Gehalt von 60 Prozent Eisen) und Manganerze (Erze mit über 30 Prozent Mangan), die zur Herstellung von Bessemer-Roheisen, Ferrosilizium und manganhaltigen Eisensorten erforderlich sind, im Ausland beschaffen. Schon wegen der geringeren Frachtsätze wurde dabei den Erzen aus Schweden, Spanien und Rußland der Vorzug gegeben. Im Jahre 1908 importierte die niederrheinisch-westfälische Eisenindustrie aus den beiden erstgenannten Ländern nahezu 4 Millionen Tonnen Erz (42 Prozent des Gesamtbedarfs), die Friedrich-Alfred-Hütte mehr als eine halbe Million Tonnen (43 Prozent ihres Bedarfs).⁵² Wenn es also überhaupt erforderlich war, gewisse Vorräte an Eisenerzen für den Kriegsfall anzulegen, dann war das gerade bei dieser Art von Erzen der Fall. Das bestätigt übrigens selbst Berdrow, wenn er seine oben zitierte Angabe über die Größe der bei Krupp gehaltenen Vorräte an Rohstoffen im Sommer 1914 näher spezifiziert: "Die Erzlager der Kruppschen Hütten enthielten beim Kriegsausbruch eine Gesamtmenge von rund 420 000 Tonnen größtenteils ausländischer Erze und darunter einen besonders großen Vorrat jener hochprozentigen Manganerze, mit denen wir auf überseeische Quellen oder auf Rußland angewiesen waren."⁵³

51 Vgl. Diagramm in der Betriebszeitung Nach der Schicht (Kruppsche Mitteilungen), Essen, 11. Jg., Nr. 5, November 1930.

52 Sehmer, Theodor, Die Eisenerzversorgung Europas, phil. Diss. Kiel 1911, S. 226 f., 230 f.; Pothmann, Wilhelm, Zur Frage der Eisen- und Manganerzversorgung der deutschen Industrie, Jena 1920, S. 27 - 30; vgl. auch die Zusammenstellung der Frachtsätze je Tonne im Jahre 1913 bei Krusch, Paul, Die Untersuchung und Bewertung von Erzlagerstätten unter besonderer Berücksichtigung der Weltmontanstatistik, Stuttgart 1920, S. 186.

53 Essen - BKD, a. a. O., S. 20 (Hervorhebung - Z. J.). - Unter "übersee-

In diesem Zusammenhang erscheinen die 420 000 Tonnen der bei Krupp gehaltenen Vorräte keineswegs mehr als unbedeutende und bei Krupp unerwartete, sondern eher als völlig angemessene Menge, die entschieden für längere Zeit als lediglich für zwei Monate reichte. Berdrow erwähnt zumindest an keiner Stelle, daß es sich um Vorräte für eine so kurze Zeit gehandelt hätte.

Außerdem muß man in Betracht ziehen, daß sich die Fried. Krupp AG auch im Hinblick auf die Einfuhr hochprozentiger Eisenerze in einer verhältnismäßig günstigen Lage befand. Schon in den siebziger Jahren des 19. Jahrhunderts hatte sie zusammen mit zwei britischen und einem spanischen Teilhaber einen festen Anteil an dem spanischen Erzlager Orconera Iron Ore Co erworben und in dem Jahrzehnt, das dem Krieg voranging, ihre Hand auch nach Eisenerzlagern in Algerien, Marokko, Frankreich und Norwegen ausgedreckt. Ferner hatte sich die Firma durch den Abschluß langfristiger Lieferverträge mit wichtigen Bezugsquellen für die Zukunft gesichert, so daß es beispielsweise im Hinblick auf Schweden unstrittig zu einem großen Teil ihren Bemühungen zuzuschreiben war, "daß Deutschland im Kriege im großen und ganzen seinen Anteil an der schwedischen Eisenerzausfuhr behauptet hat",⁵⁴ Dank der langfristigen und wachsenden Handelsverbindungen mit den schwedischen und den norwegischen Gruben (in den Jahrzehnten 1900/01 bis 1904/05, 1905/06 bis 1909/10, 1910/11 bis 1914/15 stieg die Kruppische Einfuhr an schwedischen und norwegischen Erzen von rund 0, 1 auf 1, 6 und 2, 2 Millionen Tonnen, das heißt annähernd auf das Zweiundzwanzigfache) gelang es der Firma, die Belieferung mit Rohstoffen auch in den Kriegsjahren auf einem den Bedürfnissen der Rüstungswirtschaft entsprechenden Stand zu halten, und zwar trotz des völligen Wegfalls der Einfuhr von Eisenerz aus den Mittelmeerlandern, namentlich aus Spanien. Außerdem zog die Firma aus der wirksamen Seeblockade Deutschlands und der Liquidierung ihres Hüttenbesitzes in Spanien und Lothringen Lehren auch für die Nachkriegszeit: In den zwanziger Jahren orientierte sie sich beim Bezug hochprozentiger Eisenerze größtenteils auf die skandinavischen Länder um, obwohl diese vor dem Jahre 1914 in der Einfuhrstatistik der Firma Krupp ständig erst an zweiter Stelle figuriert hatten.

Die angeführten Tatsachen bestätigen Berdrows Aussage: "Erzmangel hat sich dank der raschen Besetzung und dauernden Haltung der Lothringer Minettegruben und dank der ununterbrochenen Beherrschung der Ostsee niemals eingestellt. Im Gegenteil waren die Erzlager der Kruppschen Gruben am Kriegsende etwa dreimal so stark angefüllt als zu Anfang."⁵⁵

Die dritte Gruppe, die zur Lagerung für den Kriegsfall in Betracht kam, bildeten Rohstoffe, die zwar mengen- und wertmäßig nicht besonders ins Gewicht fielen, aber als Zusätze und Hilfsstoffe für die Herstellung von Edelftahl für Rüstungszwecke absolut unentbehrlich waren. Die Versorgung Deutschlands bei diesen Stahlveredlern hing, wie bereits erwähnt, praktisch völlig vom Ausland ab; deshalb hatte die langfristige Versorgung gerade bei dieser Gruppe größte kriegswirtschaftliche Bedeutung. Seltsamerweise sind wir über die Versorgungslage auf diesem Sektor am wenigsten informiert: Die bürgerlichen Arbeiten - ältere

ischen Quellen" werden hier verstanden: Britisch-Indien, Brasilien und weitere, nicht bezeichnete Länder, von denen die deutschen Hochofenbetriebe, darunter auch die Firma Krupp, im Jahre 1912 insgesamt 269 232 Tonnen bezogen hatten, außerdem noch 345 664 Tonnen von Rußland. Vgl. Pothmann, Wilhelm, a. a. O., S. 30.

54 Pothmann, Wilhelm, a. a. O., S. 119.

55 Essen - BKD, a. a. O., S. 21.

wie neuere - haften an der Oberfläche und beschränken sich auf allgemeine Feststellungen. 56

Die Fried. Krupp AG hatte an der Belieferung mit Stahlzusätzen ein ganz besonderes Interesse. Krupp hatte seinen Weltruhm mit der Herstellung von Tiegelgußstahl begründet, doch sein Produktionsprogramm bald auf alle Stahlsorten ausgedehnt, bei deren Gebrauch die oberste Bedingung Betriebssicherheit und Widerstandsfähigkeit waren, in erster Linie auf Siemens-Martin-Stahl, Elektro-stahl und verschiedene Legierungen von Stahl mit Wolfram, Nickel, Mangan, Silizium, Vanadium, Chrom, Molybdän usw. Die Eigenschaften dieser Hochqualitätsstähle ermöglichten es der Firma, nicht nur bei der Herstellung von Werkzeugstahl und den wichtigsten Konstruktionsteilen von Lokomotiven, Schiffen und Großmaschinen einen hervorragenden Platz einzunehmen, sondern vor allem auch im Hinblick auf die Produktion von Geschützrohren, Lafetten, Panzerplatten und Artilleriemunition. Nach dem Urteil von Fachleuten war das Kruppsche Kriegsmaterial hinsichtlich seiner Qualität europäische Spitze; es übertraf namentlich dasjenige Frankreichs, was der Reichstagsabgeordnete Erzberger im Mai 1914 in seinem Bericht für die nach dem Krupp-Skandal aufgrund der Resolution des Reichstages vom 13. April 1913 einberufenen "Kommission zur Prüfung der Rüstungslieferungen"⁵⁷ mit den Worten zum Ausdruck brachte, daß sich Deutschland dank der Firma Krupp "rühmen kann, das beste Kanonenmaterial der Welt zu besitzen".⁵⁸

Deshalb kann keine Rede davon sein, daß ein so großes Rüstungsunternehmen wie die Firma Krupp im Falle der Stahlzusätze "wenig Wert auf unrentable Vorbereitungen für Grenzsituationen" gelegt hätte.⁵⁹ Diese Schlußfolgerung gilt vielleicht für Bereiche der friedlichen Nutzung, doch zumindest für die Rüstungsindustrie, insbesondere die Produktion von Rüstungsstahl, trifft sie nicht zu. Das Beispiel der Firma Krupp zeigt vielmehr, daß man die Vorratslage dieses größten deutschen Rüstungsbetriebes auf diesem speziellen Rohstoffsektor keineswegs nur als "etwas besser" bezeichnen kann, sondern als recht gesichert einschätzen muß: Krupp hatte sich vorausschauend gleich für mehrere Quartale im vornhinein mit kriegswichtigen Engpaßrohstoffen eingedeckt. Berdrow schätzt den Stand dieser Bevorratung im Sommer 1914 folgendermaßen ein: "Auch die sonstigen Zusatzstoffe für Sonderstähle machten vorerst keine Schwierigkeiten, Nickel vor allem war reichlich vorhanden, und in Chromerzen war die Firma für mindestens ein Jahr eingedeckt. Eine sparsame und zu Behelfsmitteln greifende Wirtschaft wurde im allgemeinen erst vom dritten Kriegsjahr an notwendig."⁶⁰ Zusammen mit den 420 000 Tonnen vorwiegend ausländischer Erze, die sich bei Kriegsbeginn im Erzlager der Krupp-Hütten befanden, zeigt das eine verhältnismäßig solide Kriegsvorsorge und Kriegsbereitschaft. Deshalb konnte auch Berdrow auf die

56 Burchardt, Lothar, a. a. O., S. 93: "Für Mangan und andere Stahlzusätze war die Vorratslage etwas besser." - Vgl. auch Koßmann, Wilfried, Edelstahl. Vom Werden eines Gewerbes und einer Gemeinschaft in unserer Zeit, Düsseldorf 1959, S. 112 f.

57 ZStA I, Reichsschatzamt, Nr. 2778, Bl. 83, Kommission zur Prüfung der Rüstungslieferungen, Stenographische Berichte, 1. Sitzung am 14. u. 15. 11. 1913.

58 Ebenda, Drucksache Nr. 16; Bericht v. Abg. Erzberger, S. 64, 109 (Hervorhebungen im Original).

59 Burchardt, Lothar, a. a. O., S. 93.

60 Essen - BKD, a. a. O., S. 21.

Frage, wie groß die gesamten Rohstoffvorräte der Firma Krupp für den Kriegsfall gewesen seien, die eindeutige Antwort geben: "Man kann darauf zusammenfassend antworten, daß das eigentlich lückenlos und für die damalige Vorstellung von der Kriegsdauer sogar abschließender der Fall war ... Die Reserven und Vorräte der Firma, besonders an den im Kriege schwer zugänglichen ausländischen Roh- und Hilfsstoffen waren bedeutend und gingen über die Erfordernisse des Mobilmachungsprogramms weit hinaus ... Mit einem Wort: Durch Mangel an geeigneten Rohstoffen für den Geschützbau ist unsere militärische Lage während des Weltkrieges bestimmt nicht unhaltbar geworden."⁶¹

Die Maßnahmen der Firma Krupp für den Fall eines großen europäischen Krieges reichen, wie es scheint, mehrere Jahre vor 1914, zumindest vor den Dezember 1911, zurück, als ihr Generaldirektor Alfred Hugenberg nachweislich die Frage kriegswirtschaftlicher Vorbereitungen durchdachte und erörterte.⁶² Unter diesen Maßnahmen spielte der erhöhte Import der für die Produktion von Waffenstahl hochwertigen Rohstoffe sicherlich eine bedeutende Rolle, doch sind wir leider über diesen Import um nichts besser informiert, als es beispielsweise Engelbrecht, Hanighen, Menne oder Noel-Baker in der Zwischenkriegszeit gewesen sind.⁶³ Noel-Baker faßte den gesamten Sachverhalt in einem Satz zusammen: "In 1912, in 1913, in 1914, Frenchmen combined with Swiss and others to make special sales of minerals and chemicals to Krupp's, knowing that Krupp's were buying 'in preparation for a possible war'."⁶⁴ Berdrow geht in seiner Schilderung nicht vor das Jahr 1914 zurück, bestätigt aber die umfangreichen Rohstoffeinkäufe in der Vorkriegszeit wenigstens indirekt, wenn er beispielsweise die bei der Firma Krupp zu Beginn des Krieges lagernden Vorräte an Nickel mit 2 400 Tonnen beziffert, das heißt mit dem Doppelten des bisherigen Jahresverbrauchs.⁶⁵ Eine Vorstellung, um welch große Reserve es sich dabei handelte, kann man sich machen, wenn man erfährt, daß nach einer Feststellung der "Kriegsrohstoffabteilung" des preußischen Kriegsministeriums im Frühjahr 1915 in ganz Deutschland 3 000 Tonnen Nickelerze und -halbfabrikate gelagert waren, die sich auf 40 000 Meldepflichtige verteilten und normalerweise bis zum Sommer 1915 hätten reichen sollen.⁶⁶

Wie sich im Kriegsverlauf zeigte, brauchte sich der Krupp-Konzern seine Kriegseleistungen beileibe nicht von seinen Rohstoffreserven diktieren zu lassen, die immerhin ausreichten, seine Rüstungsproduktion für ein ganzes Jahr im vornhinein zu decken. Er war vielmehr darauf vorbereitet, eine weit längere Kriegsdauer durchzuhalten und weit höhere Anforderungen der Heeres- und der Marineverwaltung zu befriedigen als jene, die ihm zu Kriegsbeginn vorlagen. "Ihre Erfahrung-

61 Ebenda, S. 20 f., 54 (Hervorhebungen im Original).

62 Vgl. Class, Heinrich, a. a. O., S. 230.

63 Engelbrecht, Helmuth Carol/Hanighen, Frank Clearly, Merchants of death. A Study of the international Armament Industry, London 1934, S. 163 f.; Menne, Bernhard, a. a. O., S. 311 f.; Noel-Baker, Philip, a. a. O., S. 42.

64 Noel-Baker, Philip, a. a. O., S. 42.

65 Essen - BKD, S. 168. - Der normale Friedensverbrauch Deutschlands belief sich auf jährlich 5 000 Tonnen; Goebel, Otto, Deutsche Rohstoffwirtschaft im Weltkrieg, Stuttgart/Berlin/Leipzig 1930, S. 15.

66 Wünsch, Heinrich, Das Nickel in der Weltwirtschaft unter besonderer Berücksichtigung Deutschlands, wirtschafts- u. sozialwiss. Diss. Köln, Essen 1926, S. 100.

gen und Verbindungen bezüglich weiterer Bezüge", schreibt Berdrow, "waren die besten, und ihre Verträge mit wichtigen Bezugsquellen erwiesen sich als weit-schauend und dauerhaft genug, um selbst noch während des Krieges wertvolle Lie-fierungen auf Umwegen hereinzubekommen." 67

Obwohl Großbritannien bald sämtliche kriegswichtigen Rohstoffe auf die schwarze Liste der Konterbande setzte und seine Flotte alle Wasserstraßen streng bewachte, drang dieses Material auf Umwegen über neutrale Länder - die Schweiz, Ita-lien, die USA, Norwegen, Schweden und Dänemark - nach Deutschland und hier wieder nach Essen. Über einen charakteristischen Fall von Krupps Versorgungs-politik während des Krieges, wobei als Transitland Italien erscheint und der, so-weit mir bekannt ist, in der Literatur bisher nicht ausgewertet worden ist, unter-richtet uns ebenfalls Berdrow: "Es handelte sich um das Hereinbringen eines gan-zen Güterzuges (500 Tonnen) mit Madagaskar-Graphit, der noch während des Krieges, aber vor der italienischen Kriegserklärung, aus Marseille über Italien nach Deutschland befördert wurde. Ein alter italienischer Geschäftsfreund leiste-te der Firma dabei wertvolle Dienste. Die französische Regierung erhielt von dieser recht wichtigen Lieferung französischer Rohstoffe an Deutschland erst Nachricht, als die hochwillkommene Sendung glücklich eingelaufen war, und konn-te allerdings dann eine schon vorbereitete Wiederholung verhindern." Dieser Schilderung fügt Berdrow noch folgende Bemerkung hinzu: "Es ist nicht der ein-zige Fall gewesen, in welchem die guten Auslandsbeziehungen der vielgelästerten 'internationalen Rüstungsindustrie' dem Vaterlande wertvolle Dienste geleistet haben", ohne daß er auch nur mit einem Wort die Gegendienste erwähnt, die die deutschen Monopole durch den Einsatz ähnlicher Mittel den Rüstungsbetrieben in den Ländern der Entente gewährten. 68

Wenn das Graphit auch unter den kriegswichtigen Rohstoffen eine bedeutende Rol-le spielte, so war doch die Versorgung des belagerten Deutschlands mit Nickel und Chrom ein weit größeres und schwierigeres Problem. Und trotzdem bewies die Firma Krupp auch hier, daß sie den Ruf einer in das Räderwerk des interna-tionalen Monopolkapitals und seiner supranationalen Rüstungsinteressen einge-gliederten Welfirma verdiente.

Die vom britischen Kapital beherrschten größten Nickellager der Welt in Kanada waren zwar nach Proklamierung des Kriegszustandes für die deutschen Verbrau-cher mit einem Schläge verschlossen, dafür aber war das deutsche Kapital ein-schließlich des Kapitals der Firma Krupp an der Ausbeutung der zweitgrößten Fundstelle, der Nickelerzgruben in der französischen Kolonie Neukaledonien, be-teiligt, und zwar unmittelbar an der Förderung. 69 Mindestens bis zum Frühjahr

67 Essen - BKD, a. a. O., S. 54.

68 Ebenda, S. 79.

69 Die "dem Hause Krupp angeschlossenen Gesellschaften" besaßen hier 5 899 Hektar Nickelerzfelder (2,68 % aller neukaledonischen Felder), und die Fir-ma Krupp war außerdem durch den Besitz von 210 Aktien im Verwaltungsrat der größten französischen Fördergesellschaft "Le Nickel" vertreten, die 86 756 Hektar Erzfelder bzw. 39,45 % aller Felder besaß und seit den neun-ziger Jahren von einer Finanzgruppe der Pariser Rothschilds, der Frankfur-ter "Metallgesellschaft" und weiteren deutschen Firmen kontrolliert wurde. - Vgl. Wünsch, Heinrich, a. a. O., S. 55, 58; Menne, Bernhard, a. a. O., S. 312.

1915 hat es sich aus dieser Quelle versorgen können.⁷⁰ Zum Teil wurde der Schleier, der über dieses dunkle Kapitel der Kriegsrüstungsgeschäfte gebreitet ist, durch den Fall des norwegischen Dampfers "Benesloet" gelüftet: Dieses Frachtschiff wurde Anfang Oktober 1914 mit einer für die Firma Krupp bestimmten Ladung von 2 500 Tonnen Nickelerz aus Neukaledonien auf der Fahrt nach Hamburg von einem französischen Kriegsschiff aufgebracht, nach Intervention der Gesellschaft "Le Nickel" und des zuständigen Pariser Ministeriums jedoch wieder freigegeben.⁷¹ Als die direkte Verbindung mit Neukaledonien endgültig unterbrochen war, ließ Krupp in seiner Kieler Kriegswerft "Germania" in den Jahren 1916/17 Handels-Unterseeboote bauen, um die Verbindung wenigstens indirekt fortzusetzen - durch Vermittlung der mit der Frankfurter "Metallgesellschaft" liierten "American Metal Co." via Vereinigte Staaten von Amerika. Schon dieser Vorgang läßt die Bedeutung von Nickel für die damalige Rüstung erkennen. Diese fieberhafte Gier nach Nickel mußte das Unterseeboot "Bremen" gleich bei der ersten Überfahrt mit dem Untergang bezahlen, wobei die gesamte Besatzung den Tod fand. Das U-Boot "Deutschland" unternahm vor dem Kriegseintritt der USA dagegen zwei erfolgreiche Fahrten, von denen gleich die erste der deutschen Kriegswirtschaft im allgemeinen und der Firma Krupp im besonderen 341 Tonnen Nickel, 348 Tonnen Kautschuk und 93 Tonnen Zink zuführte.⁷² Allein der Firma Krupp brachten die beiden Fahrten des U-Bootes "Deutschland" 300 Tonnen reines Nickel.⁷³

Über die Bezugsquelle Neukaledonien hinaus profitierte die Versorgung der deutschen Kriegswirtschaft und besonders der Firma Krupp mit Nickel davon, daß es aufgrund langfristiger Lieferverträge, die kurz vor Kriegsausbruch geschlossen worden waren, in den Jahren 1914 bis 1918 gelang, fast die gesamte Ausfuhr von norwegischem Nickel, das in der Weltförderstatistik hinter Kanada und Neukaledonien, wenn auch mit großem Abstand, den dritten Platz einnahm, nach Deutschland zu lenken. Zusammen mit den freilich geringfügigen Lieferungen aus den schwedischen Nickelerzlagern, die seit dem Ausgang des 19. Jahrhunderts als nahezu erschöpft galten, erhielt Deutschland während des Krieges aus Skandinavien insgesamt zirka 1 800 Tonnen Nickel.⁷⁴ Wie diese beiden Positionen auf die einzelnen Rüstungsbetriebe aufgeschlüsselt waren, ist nicht bekannt, aber zweifellos halfen auch sie der Firma Krupp, die "der wichtigste deutsche Nickelverbraucher"⁷⁵ war, die kriegsbedingte Rüstungskonjunktur zu verlängern.

Schließlich ist noch eine, keineswegs unwesentliche Quelle der Versorgung mit Nickel zu beachten. Die Möglichkeit, den Bedarf an Nickel durch die Förderung einheimischer Erze mit niedrigem Nickelgehalt zu decken, war schon vor dem Kriege äußerst begrenzt, aber die Firma Krupp ließ sich vorsichtshalber auch diese Gelegenheit nicht entgehen, sich für alle Fälle zu sichern. Damit bietet sie ein

70 Erst im Mai 1915 erklärte die französische Regierung Nickel zur Konterbande und stellte die Ausfuhr aus Neukaledonien unter ihre Kontrolle. - Vgl. Engelbrecht, Helmuth Carol/Hanighen, Frank Cleary, a. a. O., S. 167.

71 Ebenda, S. 166 f.; Menne, Bernhard, a. a. O., S. 312 f.

72 Der Bau der Unterseeboote auf der Germania-Werft, Berlin 1922, S. 97; Engelbrecht, Helmuth Carol/Hanighen, Frank Cleary, a. a. O., S. 167.

73 Essen - BKD, a. a. O., S. 82.

74 Wunsch, Heinrich, a. a. O., S. 63 f., 101, 117.

75 Berg, Georg/Friedensburg, Ferdinand, Nickel und Kobalt, in: Die metallischen Rohstoffe, ihre Lagerungsverhältnisse und ihre wirtschaftliche Bedeutung, Nr. 7, Stuttgart 1944, S. 117.

weiteres Beispiel für jene imperialistische Entwicklungstendenz, die Lenin folgendermaßen verallgemeinerte: "Die Konzentration ist so weit fortgeschritten, daß man einen ungefähren Überschlagn aller Rohstoffquellen ... in dem betreffenden Lande ... machen kann. Ein solcher Überschlagn wird nicht nur gemacht, sondern die riesigen Monopolverbände bemächtigen sich dieser Quellen und fassen sie in einer Hand zusammen".⁷⁶ Bereits im Geschäftsjahr 1903/04 wurde die Firma Krupp Teilhaber der Berggewerkschaft und Nickelhütte "Schlesische Nickelwerke", und ihre dortige Position krönte sie 1915 durch Übernahme aller Kuxe. Im Besitz dieser 1894 gegründeten und seit 1897 zunächst von belgischem Kapital beherrschten Berggewerkschaft mit dem Sitz in Frankenstein (Schlesien) befanden sich die ergiebigsten deutschen Nickelerzlagern. Unter der Führung der Firma Krupp wurde dieses Unternehmen bis zum äußersten in die Kriegsanstrengungen eingespannt. Eine neue Schmelzhütte wurde errichtet, und gleichzeitig erfolgte eine bedeutende Erweiterung der Grubenanlagen. So gelang es, im Jahre 1917 die Erzförderung auf das Achtfache des Standes vom Jahre 1913 zu steigern und die Nickelgewinnung (einschließlich der aus Vorräten an ausländischen Erzen, aus Rückständen, Abfällen, Haldenerzen usw.) nahezu auf dem Niveau der letzten Vorkriegsjahre zu halten.⁷⁷ Daß die Nickelgewinnung der "Schlesischen Nickelwerke" in den letzten Kriegsjahren den Vorkriegsstand sogar überbot, belegt die folgende Übersicht⁷⁸:

Die Nickelgewinnung der "Schlesischen Nickelwerke"
(ohne Ferronickel)

1908	471, 0 t	} 2 998 t	1914	250 t	} 3 055 t
1909	569, 4 t		1915	335 t	
1910	620, 3 t		1916	690 t	
1911	617, 7 t		1917	970 t	
1912	719, 6 t		1918	810 t	

Die übrigen deutschen Nickelwerke hatten bei weitem nicht derartige Ergebnisse aufzuweisen. Daraus läßt sich schließen, daß die Firma Krupp trotz des (insgesamt gesehen) Sinkens der Hüttengewinnung und des Nickelverbrauchs in Deutschland im Laufe des Krieges die Monopolstellung in der Nickelwirtschaft an sich riß. Sie disponierte über die besten Verbindungen mit dem Ausland und lieferte 1915 zirka 33 Prozent, 1916 zirka 66 Prozent, 1917 zirka 76 Prozent und 1918 zirka 77 Prozent der gesamten Nickelgewinnung in Deutschland.⁷⁹ So ist es kein Wunder, daß nach Kriegsende alle Produktionsressorts der Essener Gußstahlfabrik diesen Sektor der Rohstoffversorgung einstimmig mit größter Befriedigung bilanzierten: "In Nickel sind wir niemals in Verlegenheit gekommen."⁸⁰

Ähnlich gelagert war die Sicherung der Fried. Krupp AG auch hinsichtlich der Versorgung mit dem zweiten wichtigen Zusatz zum Rüstungsstahl, dem Chromerz. Auch hier hatte die Firma Krupp für den Kriegsfall bedeutende Reserven geschaffen, die mindestens für ein Jahr ausreichten, und als sich der Krieg in die

⁷⁶ Lenin, W. I., Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus, in: Lenin, Werke, Bd. 22, Berlin 1960, S. 209.

⁷⁷ Berdrow, Wilhelm, Alfred Krupp und sein Geschlecht, Berlin 1943, S. 250 - 252; Berg, Georg/Friedensburg, Ferdinand, a. a. O., S. 117.

⁷⁸ Wunsch, Heinrich, a. a. O., S. 80, 103.

⁷⁹ Berechnet nach der Tabelle ebenda, S. 103.

⁸⁰ Essen - BKD, a. a. O., S. 81.

Länge zog, sorgte sie eifrig für ständige Auffüllung der Lager. So gliederte sie gleich Anfang 1915 die Chrombergwerke in der Obersteiermark ihrem Konzern ein.⁸¹ Kurz danach, im Herbst 1915, erschlossen ihr die verbündeten Armeen Deutschlands und Österreich-Ungarns mit der Okkupation Serbiens eine weitere Bezugsquelle in Gestalt von serbischem und türkischem Chromerz. Krupp, der schon seit der Vorkriegszeit in Rheinhausen Anlagen für die Gewinnung von Ferrochrom besaß, übernahm sogar im Namen der "Kriegsmetallgesellschaft" die gesamte Verarbeitung dieser Erze und führte zu diesem Zweck eine Erweiterung der Anlagen von Rheinhausen durch. Diese Erweiterung nahm mit der Zeit so große Ausmaße an, daß die Hütte im vierten Kriegsjahr 3 200 Tonnen Ferrochrom (gegenüber 1 300 Tonnen vor dem Kriege) erzeugte. Was das für den unaufhaltsam wachsenden Bedarf der Gußstahlfabrik an Chrom-Nickel-Stahl bedeutete, ist leicht zu erkennen. Durch erhöhten Zusatz von Chrom konnte das Unternehmen sogar die mit Rücksicht auf den Nachschub sparsamere Verwendung von Nickel wettmachen und bis zum Ende des Krieges qualitativ befriedigende legierte Stähle herstellen.⁸²

Außer Nickel und Chrom sowie weiteren, zwar nur in kleineren Mengen benötigten, aber für die Gewinnung von Rüstungs-, vor allem von Kanonenstahl, erforderlichen Zusätzen, benötigte Krupp bedeutende Mengen von Kupfer für die Produktion von Artilleriemunition. Auch Kupfer war während des Krieges als industrieller Rohstoff ein Engpaß. Deutschland war im Hinblick auf die geringe eigene Förderung gezwungen, seinen (auf etwa 120 000 Tonnen im Jahre geschätzten) Kriegsbedarf zu etwa zwei Dritteln einerseits aus den Vorräten, andererseits aus Altstoffsammlungen zu decken.⁸³ Um so größere Bedeutung hatte deshalb die Initiative Krupps, die es der deutschen Kriegswirtschaft erlaubte, norwegische Schlichterze auszubeuten, die durch billigen Preis hervorragten und dabei einen hohen Metallgehalt aufwiesen. Ihrer Ausnutzung in breiterem Umfang hatte bisher die schwierige Behandlung infolge ihres Feuchtigkeitsgehaltes im Wege gestanden. Die Friedrich-Alfred-Hütte löste dieses Problem dadurch, daß sie im August 1917 eine besondere Anlage, die auf amerikanischer Technologie beruhte, in Betrieb nahm. Bei ausreichender Anlieferung von Koks, die allerdings niemals völlig gesichert war, besaß diese Anlage eine Tageskapazität bis zu 100 Tonnen Erzbriketts.⁸⁴ Neben der eigenen Verarbeitung von Nickel und Chrom fügte Krupp seinem vielseitigen Rüstungskonzern auf diese Weise ein neues bedeutendes Kettenglied hinzu. Daß es sich dabei nicht um einen zufälligen Schritt handelte, hatte übrigens bereits der ein Jahr zuvor geschlossene Vertrag über eine Interessengemeinschaft mit der "Stadtberger Hütte AG" in Niedermarsberg (Westfalen) angedeutet, durch den Krupp den größeren Teil der Kupfergewinnung dieser Hütte für seinen Konzern sicherte.⁸⁵

Aus den angeführten Beispielen ist ersichtlich, daß die Versorgungslage des Krupp-Konzerns mit kriegswichtigen Rohstoffen zu Kriegsbeginn durchaus günstig war und ihre Perspektiven als aussichtsreich gelten mußten - natürlich un-

81 ZStA I, BHG, Nr. 6123, Bl. 52, Zeitungsausschnitt, 21. 4. 1915 (Frankfurter Zeitung).

82 Essen - BKD, a. a. O., S. 82, 167 f.

83 Berg, Georg/Friedensburg, Ferdinand, Kupfer, in: Die metallischen Rohstoffe, ihre Lagerungsverhältnisse und ihre wirtschaftliche Bedeutung, Nr. 4, Stuttgart 1941, S. 47 f., 58 f.

84 Essen - BKD, a. a. O., S. 168.

85 ZStA I, BHG, Nr. 6123, Bl. 56, Zeitungsausschnitt, 15. 4. 1916.

ter der Voraussetzung, daß der Krieg nicht vier Jahre, drei Monate und zehn Tage, sondern höchstens zwei bis drei Jahre dauern würde. Von dem grenzenlosen Selbstbewußtsein, mit dem die Krupp-Direktion noch nach der Marne-Schlacht den weiteren Kriegsverlauf und die Deckung ihrer Bedürfnisse betrachtete, zeugt wohl am besten ihre Einstellung zur "Kriegsmetall AG", der bei Kriegsbeginn gegründeten Gesellschaft für die Bewirtschaftung knapper Nichteisenmetalle, wie Kupfer, Nickel, Aluminium und in der Folgezeit weiterer Metalle, die Walter Rathenau als Leiter der neuen Kriegsrohstoffabteilung am 2. September 1914 konstituierte. Die Fried. Krupp AG arbeitete in der Folgezeit mit dieser Gesellschaft aufs engste zusammen und forderte von ihr die bevorzugte Zuteilung von Rohstoffen, lehnte es aber durch ein Schreiben Hugenbergs vom 26. September dankend ab, die Verantwortung und die Verpflichtungen zu übernehmen, die ihr aus der Funktion eines unmittelbaren Aktionärs erflossen wären. Sie war entschlossen, sich "in Bezug auf die Beschaffung der fraglichen Rohstoffe in keiner Weise, auch nicht durch die Rücksichten zu beschränken, die sich aus der Beteiligung an einer gemeinsamen Beschaffungsstelle unter Umständen ergeben können".⁸⁶ Sie hatte nicht nur nicht die Absicht, sich mit jemandem in die Lieferungen zu teilen, die ihr auch weiterhin aus dem Ausland über neutrale Länder zufließen, sondern war auch - wie neuerlich betont werden muß - "durch den Umfang der im Frieden vorbereiteten Versorgung mit den fraglichen Metallen"⁸⁷ selbst fest davon überzeugt, daß sie bei gleichbleibendem Umfang der Anforderungen der Kriegswirtschaft ihren gesamten Kriegsbedarf in ausreichendem Maße decken könne.

Das von der Firma Krupp so nachdrücklich herausgestellte Prinzip der Selbständigkeit ergab sich aus ihrer ausschließlichen, ja man kann sagen ihrer Monopolstellung in der deutschen Rüstungswirtschaft und aus dem Bestreben, möglichst große Gewinne zu erzielen. Zu einer solchen Schlußfolgerung berechtigt uns die Tatsache, daß schon in der Vorkriegszeit im Krupp-Konzern die Spanne zwischen den Selbstkosten und den erzielten Gewinnen dank der eigenen Hütten- und Kohlenbasis um 15 bis 20 Prozent höher lag als bei den sogenannten nichtkombinierten Betrieben, die Kohle und Eisen zu den ihnen vom Syndikat diktierten Preisen kaufen mußten.⁸⁸

Übrigens blieben Krupps Vorbereitungen für eine kriegerische Auseinandersetzung bei weitem nicht auf die langfristige Versorgung mit Rohstoffen beschränkt. "Die viel umstrittene Frage 'Kriegsbereit oder nicht?' war für die Firma Krupp ... sozusagen traditionell, und natürlich im bejahenden Sinne, beantwortet"⁸⁹, und zwar gleich in mehrerer Hinsicht.

Besondere Beachtung verdient in dieser Hinsicht der großangelegte Ausbau der Produktionsanlagen in der Gußstahlfabrik, bei dem sich die Direktion der Firma offensichtlich von dem Grundsatz leiten ließ, daß die führende Waffenschmiede des Staates immer über den Forderungen der Zeit stehen muß, namentlich, wenn es sich um eine so eng mit dem Imperialismus verbundene Rüstungskonjunktur handelt. In dem ungleichmäßigen Anwachsen der überbauten Werkstättenfläche der Fabrik spiegeln sich nicht nur gut die Jahre der mit der Reichsgründung ver-

86 Aus den Akten der "Kriegsmetall AG", zit. nach Müller, Alfred, a. a. O., S. 31, 50.

87 Ebenda, S. 50.

88 ZStA I, Reichsschatzamt, Nr. 2778, Kommission zur Prüfung der Rüstungslieferungen, Drucksache Nr. 16, Bericht v. Abg. Erzberger, S. 128.

89 Essen - BKD, a. a. O., S. 1.

bundenen Kriege, sondern noch mehr die Machtkämpfe um die territoriale Auf-
teilung der Welt, die ersten imperialistischen Kriege und die Vorbereitungen zur
Entfesselung eines Weltkrieges um eine neue Aufteilung der Welt:

Die überbaute Werkstättenfläche der Gußstahlfabrik⁹⁰
(in Hektar)

Hauptperioden des fieberhaften Ausbaues	I 1852 - 1857	II 1861 - 1866	III 1870 - 1873	IV 1886 - 1899	V 1900 - 1914	VI 1915 - 1918
Gesamtzuwachs an überbauter Fläche	4	9	18	26	33	75
Zuwachs im Jahresdurchschnitt	0,7	1,5	4,5	1,8	2,2	18,7

Wie das Beispiel der Firma Krupp zeigt, ist für die Entwicklung eines Rüstungs-
unternehmens in der Epoche des Vorstadiums und der vollen Entfaltung des Im-
perialismus keineswegs nur das mächtige, sondern auch das fast ununterbroche-
ne, von den wirtschaftlichen Zyklen nahezu unabhängige Wachstum des konstan-
ten Kapitals charakteristisch. Seit der Mitte der achtziger Jahre, als nach mehr-
jähriger Pause wieder Bauarbeiter in der Gußstahlfabrik erschienen, um sie im
Laufe der folgenden dreiunddreißig Jahre sozusagen nicht mehr zu verlassen,
wuchs die überbaute Werkstättenfläche von 38 Hektar auf 172 Hektar im Jahre
1918 an. Der Zuwachs stellte das Viereinhalbfache jener Fläche dar, die bei
Krupp in Essen in dem ebenso langen Zeitraum von 1852 bis 1885, während der
ersten drei Perioden des umfassenden Ausbaues des Betriebes, überbaut worden
war. Schwerlich würde man ein anderes Unternehmen finden, das sein Gesamt-
bild binnen derart kurzer Zeit und so grundlegend verändert und seine Leistungs-
fähigkeit so gewaltig gesteigert hätte wie die Kruppsche Gußstahlfabrik vor und
während des ersten Weltkrieges. Die weiträumigen als Ganzstahlkonstruktion er-
richteten, verglasten und mit jeweils mehreren Seitenschiffen versehenen Hallen,
unter deren Dach mehrere der alten, abgetragenen und beseitigten Werkstätten
hätten Platz finden können, galten damals als die größten Fabrikhallen der Welt.
Die neue Technik, die hier eingesetzt wurde, diente zum größten Teil der Pro-
duktion von Kriegsmaterial. Während sich die Zahl der Werkzeugmaschinen in
den Werkstätten für Friedensmaterial während der Jahre 1887 bis 1909 rund um
das Dreifache vermehrte, wuchs sie in den Rüstungsabteilungen der Gußstahl-
fabrik um mehr als das Fünffache.⁹¹ Für die Bearbeitung des Friedensmaterials

⁹⁰ Zusammengestellt aufgrund verstreuter Angaben in Fried. Krupp AG, Statisti-
sche Angaben, Essen 1909, Beilage neben S. 14; Hasse, Hermann, Krupp in
Essen, Berlin/Leipzig/Wien 1915, S. 30; Drescher, Wilhelm, Die Entwick-
lung des Bodenmarktes in Essen, rechts- u. staatswiss. Diss. Münster 1926,
S. 165, 195 und Tabelle 7 in der Beilage; Krupp 1812 - 1912. Zum 100jähri-
gen Bestehen der Firma Krupp und der Gußstahlfabrik in Essen, Jena 1912,
Plan in der Beilage; Baedeker, Diederich, Alfred Krupp und die Entwicklung
der Gußstahlfabrik zu Essen, 2. Aufl., Essen 1912, S. 297 f., 307; Goebel,
Otto, Essen, Montanindustrielle Entwicklung und Aufbau der Ruhr-Emscher-
Stadt, Essen 1925, S. 87.

⁹¹ Die Gesamtzahl der Werkzeugmaschinen in der Gußstahlfabrik belief sich
1888 auf 1 724, 1908 auf 7 200. Davon entfielen auf die Friedensproduktion

wurden lediglich zwei neue mechanische Werkstätten errichtet, während der Bau von Werkstätten für Rüstungsmaterial seit 1900 ununterbrochen anhielt. Zwei Jahre vor Ausbruch des Weltkrieges disponierte die Gußstahlfabrik über mehr als ein halbes Hundert von Werkstätten, in denen ausschließlich Artilleriematerial angefertigt, bearbeitet, überprüft, repariert, gelagert und expediert wurde.⁹²

Für den Ernstfall waren somit nicht nur die Magazine und die Erzlager des Unternehmens mit ausreichenden Vorräten versehen, auch das Tempo der Errichtung neuer Werkstätten erfuhr in den letzten Vorkriegsjahren nachweislich eine Steigerung über das bisherige Maß hinaus. Wenn in den Jahren 1903 bis 1908 im Jahresdurchschnitt 2,1 Hektar Werkstätten überbaut worden waren, so kamen in den Jahren 1909 bis 1914 jährlich rund 2,6 Hektar Werkstätten hinzu. Im ersten Zeitraum von sechs Jahren blieb der Ausbau unter dem Durchschnitt der Jahre 1900 bis 1914, im zweiten stand er darüber.⁹³ Die Leitung des Unternehmens stellte nach dem Krieg selbst fest, daß "seit den letzten 8 Vorkriegsjahren alle verfügbaren Mittel der Firma durch die stark steigenden Rüstungsbedürfnisse des Reiches immer wieder für den Ausbau der Kriegsmaterialwerkstätten in Anspruch genommen wurden".⁹⁴ Auch die Ingenieure Krupps bezeugten, daß die Möglichkeit einer plötzlichen starken Produktionserweiterung schon vor dem Kriege sorgfältig einkalkuliert und diese vorbereitet wurde, und zwar nicht nur durch Auffüllung der Lager, sondern auch durch maschinelle Ausstattung der Betriebe, ihre Organisation usw.⁹⁵ Zur praktischen Überprüfung aller dieser Investitionen und organisatorischen Vorbereitungen kam es im Sommer 1914: "Jetzt kam diese großzügig durchgeführte Erweiterung und Modernisierung der Anlagen der Kruppschen Kriegsbereitschaft sehr zu Nutzen."⁹⁶

Die Aufzählung der Faktoren der von der Firma Krupp im Jahre 1914 bewiesenen Kriegsbereitschaft läßt sich fortsetzen. So war auch die Weltstellung der Firma Krupp auf den internationalen Märkten für Rüstungsmaterial eine bedeutende Reserve für den Kriegsfall. Das Unternehmen exportierte traditionell einen großen Teil seiner Produktion von Kriegsmaterial ins Ausland, und wenn es im Wettbewerb mit der Konkurrenz bestehen wollte, mußte es unablässig an der technischen Vervollkommnung seiner todringenden Erzeugnisse arbeiten und zu diesem Zweck einen großen Stab von Wissenschaftlern und Konstrukteuren, Laboranten und Pyrotechnikern unterhalten. Alle diese Konstanten verwandelten sich im Augenblick des Kriegsausbruches, als die Auslandsaufträge nahezu völlig auf-

1887: 700 Maschinen, 1909: 1 900 Maschinen. Auch wenn sich die Angaben für die Gesamtzahl auf die Jahre 1888 und 1908 beziehen, diejenigen für die Friedensproduktion aber für 1887 und 1909 gelten, läßt sich mit Hilfe der Subtraktion zumindest annähernd ermitteln, wie viele Werkzeugmaschinen in den Rüstungswerkstätten eingesetzt waren: nämlich 1887 etwa 1 024 und 1909 etwa 5 300 Maschinen. - Vgl. Krupp 1812 - 1912, a. a. O., S. 334f.; Baederker, Diedrich, Alfred Krupp ..., Essen 1889, S. 379; Fried. Krupp AG. Statistische Angaben, Essen 1909, S. 43.

92 Vgl. Fried. Krupp AG. Statistische Angaben, Essen 1913, S. 63.

93 Angaben aufgrund der in Anm. 90 dieses Beitrages genannten Literatur. Berechnungen - Z. J.

94 ZStA I, Reichswirtschaftsministerium, Nr. 17 947, Bl. 8. Das Zitat entstammt einem Gesuch der Fried. Krupp AG um Gewährung einer Staatsanleihe von 20 Mio. RM (November 1926).

95 Menne, Bernhard, a. a. O., S. 311.

96 Essen - BKD, a. a. O., S. 13.

hörten, mit einem Schläge in ein riesiges Aktivum der deutschen Rüstungsbilanz. "Die bisherige Höchstleistung für das Inland konnte damit schlagartig mindestens verdoppelt werden . . ."97 Dabei ist noch nicht einmal berücksichtigt, daß es zwischen der Produktion für den Friedensbedarf und der für die Rüstung in technischer Hinsicht keine feste Grenze gab; mithin "konnte außerdem ein großer Teil derjenigen Werkstätten, die sonst für Friedensbedarf arbeiteten, mit gewissen Änderungen für den Kriegsbedarf umgestellt werden". 98

Bei den staatlichen Rüstungsfabriken wäre etwas Derartiges kaum vorstellbar gewesen, aber bei einem privaten Rüstungsunternehmen wurde der Waffenexport vom Staate nicht nur geduldig ertragen, sondern sogar aktiv gefördert. Die herrschenden Kreise in Deutschland waren sich der Bedeutung dieses Faktors im Kriegsfall durchaus bewußt. In einer offiziellen deutschen Publikation über den ersten Weltkrieg lesen wir: "Diese Auslandslieferungen lagen nicht nur im wirtschaftlichen, sondern in hohem Maße auch im militärischen Interesse des Deutschen Reiches. Der Nachteil, daß mit Hilfe deutscher Technik und deutscher Arbeiter auswärtige Mächte mit Waffen versorgt wurden, die im Kriegsfall unter Umständen das deutsche Heer vielleicht einmal bekämpfen würden, hatte hinter der Notwendigkeit der Heranbildung einer starken Rüstungsindustrie im eigenen Lande zurückzutreten."99

Die ersten fruchtbaren Ergebnisse dieser Unterstützung zeigten sich für die deutsche Regierung gleich im Juli 1914. Wenn die Deutsche Bank auf diskrete Informationen über den drohenden Krieg damit reagierte, daß sie begann, das Gold, das sie unter normalen Umständen im Zuge finanzieller Operationen wieder in Umlauf gebracht hätte, zu thesaurieren¹⁰⁰, und wenn die großen Schiffahrtsgesellschaften HAPAG und Norddeutscher Lloyd aufgrund derselben Informationen ihren Schiffen, die sich in fremden Gewässern befanden, rechtzeitig entsprechende Dispositionen geben konnten¹⁰¹, dann erwies das Rüstungsunternehmen Krupp der politischen und militärischen Führung des Reiches im kritischen Augenblick den größten Dienst damit, daß es die Erledigung aller ausländischen Rüstungsaufträge stornierte.¹⁰² Durch diese Maßnahme bot es der Regierung die Möglichkeit, das zum Teil bereits fertiggestellte, zum Teil in Arbeit befindliche Rüstungsmaterial im Augenblick der Mobilmachung (auf der Grundlage einer Anordnung des Reichsrates vom 31. Juli 1914, die den Export von Lebensmitteln, bestimmten Rohstoffen und auch von Kriegsmaterial untersagte) im Lande zu behalten.

Dieser außerordentliche Beitrag der Firma Krupp zum Rüstungspotential Deutschlands bzw. seiner Verbündeten war keineswegs gering, wie aus der folgenden Übersicht hervorgeht.¹⁰³

97 Ebenda, S. 12.

98 Ebenda.

99 Der Weltkrieg 1914 - 1918, a. a. O., S. 388.

100 Muehlon, Wilhelm, Das Wiener Ultimatum an Serbien, a. a. O., S. 480.

101 Vgl. Akten, zit. bei Kuczynski, Jürgen, a. a. O., S. 13, u. bei Schröter, Alfred, a. a. O., S. 60.

102 Fischer, Fritz, Weltpolitik, Weltmachtstreben und deutsche Kriegsziele, a. a. O., S. 341.

103 PA Bonn, I A, Deutschland, 121, No. 19, secr., Bd. IX: Verkauf von Waffen, Anlage zum Schreiben der Fried. Krupp AG - Gußstahlfabrik an den Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, datiert: Essen, 17. 8. 1914.

Stand der ausländischen Rüstungsaufträge an die Firma Krupp bei Kriegsausbruch
(zum Teil bereits fertiggestellt)

Anzahl	Material	Staat	Neue Disposition
108	7,5-cm-Feldkanonen L/30 mit Zubehör usw.	Brasilien	Hiervon wünscht die Heeresverwaltung 50 für sich und 40 für die Türkei; das Reichs-Marine-Amt (RMA) hat über die restlichen 18 verfügt.
11	12-cm-Haubitzen L/14	Schweiz	Vom RMA für sich in Anspruch genommen
2	15-cm-Kanonen L/30	Spanien	zur Verfügung des RMA
4	28-cm-Küstenkasemattkanonen L/40	Belgien	" " " "
4	28-cm-Küstenkanonen L/40 in Verschwindlafette	Belgien	" " " "
18	7,5-cm-Gebirgsgeschütze mit Munition	China	sollen von der Heeresverwaltung für die Türkei angekauft werden.
5	5,7- und 28-cm-Panzertürme	Holland	zur Verfügung des RMA
702	Geschirrzüge und Reitausrüstungen	Brasilien	bestimmt für die Türkei
340	Geschirrzüge und Sättel	Chile	vom Kriegsministerium angekauft
	verschiedene Munition	Rumänien, Bulgarien, China, Türkei Griechenland	zur Verfügung des RMA

Krupp gewährte diesen Rüstungsbeitrag natürlich mit großer Bereitwilligkeit. Woran der Firma lag, war nur, "daß die Verfügung über in fertigem oder nahezu fertigem Zustande hier liegendes für fremde Regierungen bestimmtes Kriegsmaterial in einheitlicher, die Firma Krupp völlig deckender Weise erfolgt".¹⁰⁴ Weil es sich dabei fast ausschließlich um Material für neutrale Staaten handelte, die zumeist an die Firma beträchtliche Anzahlungen geleistet (die acht 28-cm-Küstenkasemattkanonen für Belgien waren sogar schon ganz bezahlt¹⁰⁵) oder die fertigen Produkte bereits kollaudiert hatten¹⁰⁶, hegte die Firma die Befürchtung, daß die Regierungen dieser Staaten von ihr Schadenersatz fordern könnten. Der-

104 Ebenda, Telegramm von Krupp v. Bohlen und Halbach an das Auswärtige Amt, datiert: Essen, 25. 8. 1914.

105 Ebenda, Schreiben des Staatssekretärs des Reichsmarineamtes an das Auswärtige Amt, datiert: Berlin, 22. 8. 1914; vgl. dazu auch Muehlon, Wilhelm, Deutschland und Belgien, in: Memoranda and Letters of Dr. Muehlon, a. a. O., S. 496.

106 PA Bonn, I A, Deutschland, 121, No. 19, secr., Bd. IX: Verkauf von Waf-

artige Ausgaben wollte sie jedoch unbedingt vermieden wissen. Es lag auch nicht im Sinne eines Rüstungsunternehmens mit weit verzweigten Außenhandelsbeziehungen, daß das Odium des Abbruchs der Beziehungen zu langjährigen Kunden auf sein Haupt fiel. Nach der vom Chef der Firma geäußerten Ansicht sollte deshalb der deutsche Staat selbst die volle Verantwortung für die politischen und gleichermaßen für die wirtschaftlichen Folgen der Eigentumsübertragung am fremden Kriegsmaterial übernehmen. In diesem Sinne lautete auch seine resolute Forderung an die Regierung: "Die Firma Krupp . . . kann nur durch eine regierungsseitig erfolgende Beschlagnahme gedeckt werden."¹⁰⁷

Unter dem Gesichtspunkt des Staats- und des Völkerrechts war diese Forderung unhaltbar, und die Regierung hätte sie ohne weiteres abweisen können¹⁰⁸, aber weder das Kriegsministerium noch das Reichsmarineamt warteten eine Stellungnahme des Auswärtigen Amtes ab, sondern sprachen der Firma Krupp eine erste Anerkennung für ihre Kriegsbereitschaft aus und bescheinigten ihr ihre Unentbehrlichkeit: Sie machten sich den Standpunkt der Firma zu eigen und bestätigten ihr schriftlich, das auf Rechnung fremder Staaten bestellte Material sei von ihnen "beschlagnahmt".¹⁰⁹

Das eifrige Bestreben der Armee- und Marinebehörden, der Firma Krupp entgegenzukommen, war freilich im Hinblick auf die Entwicklung des Krieges durchaus verständlich. Die an der Front gewonnenen Erfahrungen zeigten schon nach wenigen Kampfwochen, daß der tatsächliche Bedarf an Kriegsmaterial um ein vielfaches größer sein würde, als die geheimen Mobilmachungsprogramme vorgesehen hatten, die von den genannten Behörden in den Vorkriegsjahren mit den privaten Rüstungsfirmen vereinbart worden waren.¹¹⁰ Daraus ergaben sich erhöhte Anforderungen an die Firma Krupp und zugleich eine größere Abhängigkeit von ihr. Das ursprüngliche Mobilmachungsprogramm hatte sich beispielsweise bei Krupp auf annähernd 200 Kanonen und Feldhaubitzen für die Heeresartillerie, 144 Torpedobootgeschütze für die Marine (letztere mit Lieferterminen bis zu 29 Monaten) sowie eine kaum ins Gewicht fallende Lieferung von Munition erstreckt, eine Menge, die die Militärverwaltung jetzt auf das Vier- bis Siebenfache bei Kanonen und Rohren sowie auf das Neunfache bei Munition zu erhöhen gezwungen war.¹¹¹ Hätte die Firma Krupp ihre Produktionskapazität lediglich nach den Dispositionen des ursprünglichen Mobilmachungsprogrammes festgelegt, so hätte sie diesen plötzlich erhöhten Anforderungen schwerlich prompt entsprechen können. So aber konnte Krupp das korrigierte Mobilmachungsprogramm erfüllen, ohne eine wesentliche Änderung am normalen Arbeitsablauf der Rüstungswerkstätten vornehmen zu müssen. Eine besondere Umstellung der Betriebe auf die

fen, Aufzeichnung über ein Gespräch mit dem Prokuristen der Fa. Krupp, Crass, datiert: Berlin, 29. 12. 1914.

107 Ebenda, Telegramm von Krupp v. Bohlen und Halbach an das Auswärtige Amt, datiert: Essen, 25. 8. 1914.

108 Ebenda, Beurteilung des Referenten der III. Abteilung des Auswärtigen Amtes, des Geheimen Legationsrats Simon, datiert: Berlin, 29. 12. 1914.

109 Ebenda, Aufzeichnung über ein Gespräch mit dem Prokuristen der Fa. Krupp, Crass, datiert: Berlin, 29. 12. 1914.

110 ZStA I, Reichsministerium des Innern, Nr. 12 993 - 12 998, Kommission zur Prüfung von Verträgen über Kriegslieferungen, stenographierte Berichte, 2. Sitzung am 9. 1. 1917, Berlin 1917, S. 8; ebenda, 9. Sitzung, Berlin 1917, S. 48.

111 Essen - BKD, a. a. O., S. 15.

Kriegsbedürfnisse war nicht erforderlich. Krupp bewies somit auch in diesem konkreten Fall neuerlich, daß er bei Kriegsausbruch gut vorbereitet war, "auch größere ... Aufgaben ..., als sie ihm gestellt wurden ..."112, zu erfüllen.

Das Prestige der Firma Krupp in der Armeeführung erhöhte außerdem gleich zu Kriegsbeginn die überraschende Wirkung der "Dicken Berta", eines 42-cm-Mörser, der innerhalb weniger Tage die als "unbezwingbar" gerühmten Betonmauern der belgischen Festungen Lüttich, Namur und anderer in Trümmerhaufen verwandelte. Die "Dicke Berta" war das schwerste Belagerungsgeschütz, das bis zu diesem Zeitpunkt produziert worden war, und die Firma Krupp war in Deutschland der einzige Betrieb, der außer über reiche Erfahrungen bei der Produktion schwerer Waffen auch über die Hüttenanlagen und den Maschinenpark verfügte, die es möglich machten, so riesige Blocks aus bestem Chrom-Nickel-Stahl, wie sie zur Herstellung eines solchen Monstergeschützes benötigt wurden, zu gießen, zu schmieden und zu bearbeiten. Die Firma Krupp besaß auch als einzige einen 16 Kilometer langen Schießstand mit Sicherheitseinrichtung für die Erprobung eines solchen Kolosses sowie die Kräne, um es in Gefechtsstellung zu bringen. Deshalb war Krupp als einziger außerhalb von Militär und Regierung unter dem Siegel der Verschwiegenheit bereits viele Jahre vor dem Kriege in die unmittelbare Vorbereitung eines Angriffs-Blitzkrieges gegen Frankreich durch eine Umfassungsbewegung über das neutrale Belgien eingeweiht worden, wie sie der Schlieffen-Operationsplan vorsah. Schon 1906 veranlaßte der Generalstab (zunächst auf persönliche Initiative von Max Bauer, der damals als verantwortlicher Mitarbeiter des Generalstabs tätig war) bei der Firma Krupp den Bau des ersten 42-cm-Mörser, ohne sich zuvor mit dem Kriegsministerium ins Benehmen zu setzen, zu dessen Aufgabenbereich es gehörte, die militärische Ausrüstung zu besorgen.¹¹³ Die aggressiven Kräfte des deutschen Militarismus knüpften hier eine enge Zusammenarbeit mit den kriegslüsternen Kreisen des deutschen Monopolkapitals an.

Das Zusammenspiel der beiden Partner war perfekt. Obwohl sich die Versuche, die unter der Deckbezeichnung "Kurze Marinekanone" durchgeführt wurden, über mehrere Jahre erstreckten und eine größere Zahl von Personen daran beteiligt war, gelang es, die Existenz und die Leistungsfähigkeit dieser Waffe geheim zu halten, von der bald zwei Typen existierten. In den Jahren 1909 bis 1911 wurde zunächst das "Gamma-Gerät" L/16 (mit einem nahezu 7 Meter langen Rohr und einer Reichweite von 14 200 Meter) erprobt, das in Gefechtsstellung etwa 140 Tonnen wog und deshalb vor jedem Transport in sechs Teile zerlegt und nach dem Stellungswechsel wieder zusammengesetzt werden mußte. Die Schwerfälligkeit dieses Typs, der durchweg auf Gleise angewiesen war, versuchte die Firma wenigstens zum Teil durch die Konstruktion des "M-Geräts" L/12 (mit einem 5 Meter langen Rohr und einer Reichweite von 9 300 Meter) auszugleichen, das in Gefechtsstellung "nur" 32 Tonnen wog und deshalb etwas beweglicher war. Dieser zweite Typ wurde an der Jahreswende 1913/14, ein halbes Jahr vor Beginn der Kriegsoperationen, dem Kaiser vorgeführt, der sich daran sehr interessiert zeigte.

112 Ebenda, S. 21.

113 Justrow, Karl, Die Dicke Berta und der Krieg, Berlin 1935, S. 21, 64; Blümner, Max, Aus den Geheimnissen der Technik der Kriegszeit, in: Was wir vom Weltkrieg nicht wissen, hg. v. Walter Jost u. Friedrich Felger, Leipzig 1936, S. 313; Kriegstechnik der Gegenwart, hg. v. Max Schwarte, Berlin 1927, S. 7.

Bei Kriegsausbruch disponierte der Generalstab dank der Firma Krupp insgesamt über fünf Exemplare des "Gamma-Geräts" und zwei Exemplare des "M-Geräts", und selbst in der Mitte des Krieges, auf dem Höhepunkt des Kampfes um Verdun, besaß er nicht mehr als zehn Exemplare. Dafür übertraf die vernichtende Durchschlagskraft dieser Stahlriesen alles, was bis zu diesem Zeitpunkt über die Wirkung der schweren Artillerie bekannt gewesen war. Eine einzige Granate für diesen Mörser wog fast ebensoviel wie ein ganzes Feldgeschütz. Eine anschauliche Vorstellung von der Mündungsenergie seiner Geschosse, dem besten Maßstab für die technische Wirksamkeit einer Kanone, können wir gewinnen, wenn wir sie mit der Energie von vier Fünfundzwanzigtonnenwaggons vergleichen, die mit einer Geschwindigkeit von 90 Kilometer in der Stunde über die Gleise rollen.

Der Name Krupp machte Schlagzeilen. Das war auch kein Wunder - im stürmischen Wettkampf zwischen den Offensiv- und den Defensivwaffen konnte die Firma Krupp, namentlich ihre unter Leitung von Prof. Rausenberg stehende Konstruktionsabteilung, mit spektakulären Erfolgen der Offensivwaffen aufwarten. Damit erbrachte sie neuerlich den Beweis, daß das deutsche Kaiserreich keineswegs einen Defensiv-, sondern einen Offensiv-, einen Aggressionskrieg vorbereitet hatte.

Krupp wäre jedoch kein Rüstungsmagnat gewesen, hätte er sich nur mit einem ephemeren Prestigegewinn zufrieden gegeben. Der Massentod und die Trümmer, die die 42-cm-Mörser in Belgien, Frankreich und später in Serbien und Rußland verursachten, spiegelten sich selbst bei der geringen Stückzahl, die die Militärverwaltung bei der Firma Krupp in Auftrag gab, auf sehr eindrucksvolle Weise in der Bilanz der Firma. Für einen 42-cm-Mörser berechnete die Firma etwa eine halbe Million Mark und eine Granate mit 3 000 Mark, so daß eine Batterie mit zwei Geschützen zu je 2 000 Schuß - eine größere Zahl von Schüssen hielt der Mörser nicht durch - die Armee rund 13 Millionen Mark kostete. Bei den 3 1/2 Batterien, die Krupp bis zum Kriegsausbruch der Armee zur Verfügung stellte, machte das bereits den beachtlichen Betrag von etwa 45 Millionen Mark aus.¹¹⁴ Krupp bereitete also den Krieg nicht nur mit vor, er verdiente auch an ihm, noch bevor er überhaupt begonnen hatte.

Übrigens wurde am Vorabend des Krieges in den Konstruktionsbüros und den Kanonenwerkstätten der Firma Krupp nicht nur die "Dicke Berta" zum Einsatz vorbereitet. Krupp bewahrte sein Übergewicht, ja seine Monopolstellung in der Produktion schwerer Geschütze auch dadurch, daß er gerade in den Jahren 1913 und 1914 die Konstruktionsarbeiten an der neuen schweren Feldhaubitze Muster 13 und der 10-cm-Kanone Muster 14 zum Abschluß brachte. Beiden Geschützen kam bei den Artillerieduellen während des Krieges eine äußerst bedeutsame Rolle zu, auch wenn ihr Einsatz nicht gleich bei Beginn der Kriegshandlungen gesichert werden konnte.¹¹⁵

Nicht uninteressant ist auch die finanzielle Seite von Krupps Kriegsvorbereitung. A. Lansburgh, der Herausgeber der bekannten Monatsschrift "Die Bank", stellte im Januar 1914 fest, daß sich die Konjunktur in Deutschland schon seit etwa einem Jahr beträchtlich abschwäche.¹¹⁶ Ebenso wie in anderen Ländern reife in

114 Blümner, Max, a. a. O., S. 314; Justrow, Karl, a. a. O., S. 45. - Im übrigen liegen den Angaben Berechnungen des Verf. dieses Beitrags zugrunde.

115 Essen - BKD, a. a. O., S. 22 f.

116 Die Bank, Monatsschrift für das Finanz- und Bankwesen, Berlin, Jg. 1914, S. 1; zur Krise 1913/14 siehe neuerdings Mendel'son, L. A., Teorija i isto-

Deutschland eine neue Überproduktionskrise heran. Im Rheinland und in Essen zeigten sich ihre Anzeichen später als anderswo. Trotzdem berührte die Veränderung der Wirtschaftslage auch die Firma Krupp: Seit Herbst 1913 fehlte es an Aufträgen für die neuerrichteten Rüstungswerkstätten, so daß man eine Restriktion der Belegschaft ging.¹¹⁷ Die Firma sah sich gezwungen, die Einstellung neuer Arbeitskräfte völlig zu stornieren, und schritt auch teilweise zur Anordnung von Feierschichten. Zu Anfang Januar 1914 hatte die Arbeitslosigkeit in der weltbekannten "Kanonenstadt" bereits derartige Ausmaße angenommen, daß die Stadtverwaltung ihre Zuflucht zu Notstandsarbeiten nahm.¹¹⁸ Trotzdem genügt ein einziger flüchtiger Blick in die Jahresberichte und die Bilanzen der Fried. Krupp AG für die Feststellung, daß die Firma die drohende Krise keineswegs ernst nahm. Im Gegenteil: Sie bereitete sich auf eine baldige großzügige Erweiterung der Anlagen und der Produktion vor. Das Immobilienkonto, das den Wert der Grundstücke und der Werksanlagen erfaßt, wuchs in den letzten beiden Bilanzjahren vor dem Kriege¹¹⁹ um insgesamt 51,7 Millionen Mark an, während es vorher fünf Jahre hindurch auf etwa gleichem Niveau stagniert hatte.¹²⁰ Die Konzernleitung setzte in diesen Jahren nicht nur gewaltige finanzielle Mittel für eine bedeutende Erweiterung und Modernisierung der Betriebe ein, sondern begann auch mit der zielbewußten Gewinnung von Boden und Rohstoffquellen, die die Basis für das Wachstum des Betriebes in den folgenden Kriegsjahren bildeten. So wurden beispielsweise seit 1911 mit Hilfe vorgeschobener Strohmannen und unter Assistenz der Essener Stadtverwaltung, in der sich die Firma auf ein Drittel aller Stadtverordneten stützen konnte, die Grundstücke im Kataster der zwischen Essen und dem Rhein-Herne-Kanal gelegenen Gemeinde Borbeck systematisch aufgekauft und das Werksge- lände arrondiert. An dieser Stelle entstand wenige Jahre später im Rahmen des "Hindenburg-Programms" ein neues Martin-Stahlwerk.¹²¹

Oder was soll man zu der vom Aufsichtsrat im Sommer 1914 vorgeschlagenen Erhöhung des Aktienkapitals der Krupp-Gesellschaft um 70 Millionen Mark sagen, die dann im Dezember 1914 auf der Generalversammlung des Konzerns beschlossen wurde und zu zwei Terminen erfolgte (35 Millionen bis 31. Dezember 1914 und der Rest bis zum Jahresende 1915)? Während der ganzen elf vorhergegangenen Jahre seit der Umwandlung des Unternehmens in eine Aktiengesellschaft hatte sich nur einmal die Notwendigkeit ergeben, die eigenen finanziellen Mittel zu verstärken, und zwar im Jahre 1906, als die Firma große Eisenerzfelder kaufte und sich auf das große internationale Wettrüsten vorbereitete. Damals aber hatten der Firma zur Deckung des Bedarfs 20 Millionen Mark genügt, was eine elfprozentige

rija èkonomičeskich krizisov i ciklov, Bd. 3, Moskau 1964, S. 220 ff.; Kuczynski, Jürgen, Die Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus, Bd. 12: Studien zur Geschichte der zyklischen Überproduktionskrisen in Deutschland 1873 bis 1914, Berlin 1961, S. 143 - 160.

117 Essen - BKD, a. a. O., S. 14.

118 Meyer, Die städtische Arbeitslosenbeschäftigung in Essen im Winter 1913/14, in: Essener Statistik, Essen, Nr. 1/1914, S. 20.

119 Das Bilanzjahr der Firma deckte sich nicht mit dem Kalenderjahr, sondern dauerte vom 1. Juli bis zum 30. Juni des folgenden Jahres.

120 Vgl. Fried. Krupp AG zu Essen/Ruhr, Jahresbericht und Bilanz für das Geschäftsjahr vom 1. Juli 1907 bis 30. Juni 1908; ebenda, vom 1. Juli 1913 bis 30. Juni 1914.

121 Ebenda, vom 1. Juli 1913 bis 30. Juni 1914; Drescher, Wilhelm, a. a. O., S. 139.

Erhöhung des Stammkapitals ausmachte. Jetzt läßt der erste Blick erkennen, daß es um weit mehr ging: Die Erhöhung des Kapitals von 180 auf 250 Millionen Mark bedeutete ein relatives Anwachsen um beinahe ein Drittel (genau um 28 Prozent). Eine derart enorme finanzielle Steigerung konnte man nur mit der gespannten Lage begründen, das heißt nicht mit einer bloßen Überbeanspruchung des Investitionsfonds, von der das Anwachsen des Immobilienkontos in den Jahren 1912 bis 1914 zeugt, sondern mit den großen Anforderungen, die nach Kriegsausbruch an die Firma herantraten. 122

Als ein ebenso vorausschauender, wenn nicht gar spekulativer Schritt im Hinblick auf die künftigen Kriegsereignisse erwiesen sich die Erwerbung des Majoritätsanteils der Aktien und die Bildung einer Interessengemeinschaft¹²³ mit dem größten Drahtwalzwerk auf dem europäischen Kontinent, der "Westfälischen Drahtindustrie AG" in Hamm. Das gut fundierte Unternehmen mit langjähriger Tradition (es wurde 1865 gegründet) und einer Kapazität von mehr als einer Viertelmillion Tonnen an Produkten, mit einer Belegschaft von 2 800 Arbeitern und einem Absatz von 70 Prozent der Erzeugnisse im Ausland, das sogar einen Zweigbetrieb in dem zum Zarenreich gehörenden Riga unterhielt, wurde im Jahre 1911 in den Krupp-Konzern eingegliedert, als bereits die Erfahrungen vorlagen, die im russisch-japanischen Krieg beim Einsatz von Drahthindernissen gewonnen worden waren.¹²⁴ Kurz vor Ausbruch des Weltkrieges bekräftigte Krupp die Richtung dieser Expansion dadurch, daß er ähnliche Vereinbarungen über eine Interessengemeinschaft mit zwei weiteren, kleineren Drahtwalzwerken, der "Fried. Thomée AG" in Werdohl (Westfalen) und der "Drahtstiftfabrik Künne & Sohn" in Düsseldorf-Gerresheim, abschloß.¹²⁵ Diese Aktivitäten zahlten sich aus; denn in den folgenden, vor allem als Stellungskrieg geführten Kämpfen setzte ein großer Bedarf an Stacheldraht und Drahtverhauen ein: Bis Mitte 1918 verbrauchte allein die deutsche Armee insgesamt 635 000 Tonnen Stacheldraht. 126

Ähnlich kann man auch Krupps Vorgehen gegen den einzigen noch verbliebenen Konkurrenten auf dem Gebiete der Produktion von Artilleriewaffen, den Konzern "Rheinische Metallwaren- und Maschinenfabrik" ("Rheinmetall") beurteilen. Dieser Betrieb war in den Jahren 1889 bis 1901 durch Zusammenschluß mehrerer Fabriken in Düsseldorf, Zelle, Eisenach und Sömmerda entstanden. Der Gründer des Konzerns, der begabte Ingenieur, Organisator und Kaufmann Heinrich Ehrhardt - nebenbei gesagt, während seiner Lehrlingsausbildung in der Maschinenfabrik Hartmann in Chemnitz Arbeitskollege und Freund des späteren bedeutenden Vertreters des tschechischen Kapitalismus Emil Škoda¹²⁷ - konnte es zwar nicht mit Krupps Kapital- und Produktionspotenzen aufnehmen, übertraf ihn aber bald

122 Fried. Krupp AG zu Essen/Ruhr, Jahresbericht und Bilanz für das Geschäftsjahr vom 1. Juli 1913 bis 30. Juni 1914.

123 Die Interessengemeinschaft bildet als Form kapitalistischer Zentralisation eine Art Vorstufe der vollen Fusion.

124 Schnabel, Ernst, Die westfälische Drahtindustrie 1856 - 1956, Hamm (Westfalen) 1956; Jahrbuch Dortmund, a. a. O. 11. Jg. 1910/11, Essen 1912, S. 397 f. 575, 577; ZStA I, BHG, Nr. 6123, S. 17, 18, 20, Zeitungsausschnitt, 29. 1. u. 16. 7. 1911.

125 ZStA I, BHG, Nr. 6123, S. 49, Zeitungsausschnitt, 22. 7. 1914.

126 Wrisberg, Ernst v., Erinnerungen an die Kriegsjahre im Königlich Preussischen Kriegsministerium, Bd. 3: Wehr und Waffen 1914 - 1918, Leipzig 1922, S. 107.

127 Ehrhardt, Heinrich, Hammerschläge, Leipzig 1922, S. 22.

durch die Schnelligkeit, mit der er in seinen Werken die modernsten technischen Errungenschaften seiner Zeit einzuführen verstand. Der "Rheinmetall"-Konzern würde vor allem dadurch berühmt, daß er als erster in Deutschland die Produktion von Geschützrohren, Geschossen und Schrapnells im Preß- und Ziehverfahren einführte, ebenfalls als erster die Haußnersche Erfindung des Rohrrücklaufgeschützes ausbeutete und weiter vervollkommnete und als erster eine neue Minenwerferwaffe entwickelte¹²⁸ - für Krupp Gründe genug, in aller Heimlichkeit zu Beginn der neunziger Jahre Maßnahmen einzuleiten, die darauf abzielten, das Magdeburger Gruson-Werk zu verschlingen.

Die direkten Angriffe gegen Ehrhardt in der Krupp nahestehenden Presse, die Reibereien zwischen den beiden Rüstungskonzernen im Reichstag und die erbitterten Patentstreitigkeiten zwischen den beiden Firmen vor den obersten Gerichtsinstanzen trugen zur Tarnung dessen bei, was sich inzwischen im Verborgenen abspielte. Volle acht Jahre hindurch, angefangen mit dem Jahre 1905, kaufte das Bankhaus Delbrück, Schickler & Co. in kleinen Stückelungen aus zweiter und dritter Hand "Rheinmetall"-Aktien an der Börse auf, ohne daß es auffiel. Daß das Bankhaus das nicht nur im eigenen Interesse oder aus gewinnstüchtigen Gründen tat, liegt auf der Hand: Das Bankhaus unterhielt zu Ehrhardts Konzern keinerlei Beziehungen, und die "Rheinmetall"-Aktien warfen jahrelang keine Dividende ab. "Die Erklärung kann nur in der Tatsache gefunden werden", daß es "der Bankier von Krupp ist"¹²⁹, mit anderen Worten: Industrie- und Bankkapital haben sich mit dem Übergang zum Imperialismus auch hier zum übermächtigen Finanzkapital liiert. Der Seniorchef der Bank, Ludwig Delbrück, saß tatsächlich als einziges Mitglied des deutschen Bankkapitals bis zu seinem Tode im Jahre 1913 im Aufsichtsrat der Fried. Krupp AG. Zur Entwirrung dieses im geheimen erfolgten unethischen Vorgehens kam es im August 1913. Die gesamte deutsche Presse berichtete in diesen Tagen, in der Generalversammlung der "Rheinmetall"-Aktionäre seien drei unbedeutende Herren erschienen, die sich als Besitzer fast eines Viertels der Vorzugsaktien in Höhe von 2 535 000 Mark auswiesen und gegen die Auflegung einer Sanierungsanleihe stimmten, die der Direktion der Gesellschaft den Einbruch in eine weitere Domäne Krupps, die Produktion von Großkalibergeschützen, ermöglichen sollte. Krupp wurde zwar weder Besitzer des "Rheinmetall"-Konzerns noch Besitzer der Aktienmajorität, doch lieferte er dafür den überzeugenden Beweis, daß, da das Handelsgesetzbuch in dringenden Fällen (so im Falle der Erhöhung des Aktienkapitals oder einer anderen Statutenänderung) eine Dreiviertelmehrheit der Stimmen vorschreibt, eine ganz gewöhnliche qualifizierte Aktienminderheit genügt, einem unbequemen Konkurrenten die Hände zu binden.¹³⁰ Dieses Beispiel liegt genau auf der Linie von Lenins in Auswertung bürgerlicher Fachliteratur getroffener Feststellung, "daß der Besitz von 40 % der Aktien genügt, um die Kontrolle über eine Aktiengesellschaft zu haben..."¹³¹

128 Vgl. 50 Jahre Rheinmetall Düsseldorf. 1889 - 1939, hg. v. der Rheinmetall-Borsig AG, Düsseldorf 1939, S. 33 ff.

129 ZStA I, Reichskanzlei, Nr. 1275, Bl. 145 - 154, Schreiben des Staatskommissars bei der Berliner Börse v. 5. 11. 1913 an den Minister für Handel und Gewerbe über die letzte Generalversammlung der AG Rheinmetall.

130 Ebenda.

131 Zit. bei: Lenin, W. I., Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus, a. a. O., S. 231.

Das für die imperialistische Monopolwirtschaft so charakteristische "Beteiligungssystem" bewährte sich auch in diesem Falle als ein wirksames Instrument zur indirekten Erhöhung der Macht der Monopolherren, als ein Gesetz des kapitalistischen Dschungels, in dem Macht vor Recht geht und diese Macht an der Größe des Kapitals gemessen wird. Die "Rheinmetall"-Gesellschaft konnte ein noch so großes technisches Können an den Tag legen, es nützte ihr letzten Endes doch nichts. Das einzige, was sich als entscheidend erwies, war die Tatsache, "daß weder bei der einen noch bei der anderen großen Kanonenfirma technische Gründe allein stets den Ausschlag für Erfolg oder Mißerfolg gegeben haben und in Zukunft geben werden ..." und "daß unter allen wettstreitenden Kanonenfirmen keine so umfangreich und so systematisch mit 'anderen als technischen Mitteln' arbeitet wie Krupp".¹³²

Wir können kurz zusammenfassen. Beste Informationen, reichliche Rohstoffvorräte, neue moderne Werkstätten und Anlagen, eine große Rüstungsreserve aus praktisch stornierten Waffenexporten, ein im voraus festgelegtes Mobilmachungsprogramm, die verheimlichte Produktion von 42-cm-Mörsern, eine solide finanzielle Grundlage des Betriebes und die Festigung der Monopolstellung des Konzerns - das war die Ausgangsposition der Fried. Krupp AG an der Schwelle des ersten Weltkrieges. Es war die Position des "wohl von allen deutschen Industriefirmen am stärksten für den Kriegsfall gerüsteten" Betriebes¹³³ oder, wie es Wilhelm Berdrow ausdrückte: "Krupp stand bei Kriegsausbruch den zu erwartenden Aufgaben - und auch größeren, als sie ihm gestellt wurden - technisch und finanziell wohlgerüstet gegenüber."¹³⁴

(Übersetzt von Günther Jarosch)

132 Perbandt, Hermann v., Ist die Monopolstellung Krupps berechtigt?, Berlin 1909, S. 6 f.

133 PA Bonn, I A, Türkei, 142, Bd. 39: Militär- und Marineangelegenheiten, Schreiben des Direktoriums der Fried. Krupp AG an den Staatssekretär des Reichsschatzamtes, Abschrift an das Auswärtige Amt, datiert: Essen, 21. 8. 1914.

134 Essen - BKD, a. a. O., S. 21 (Hervorhebungen im Original).

ENTWICKLUNGSTENDENZEN IN DER REGIONALEN VERTEILUNG DER BEVÖLKERUNG IM PROZESS DER INDUSTRIELLEN REVOLUTION DES KAPITALISMUS AUF DEM HEUTIGEN TERRITORIUM DER DDR

Eine Materialstudie unter historisch-geographischem Aspekt
(Zum XXIII. Internationalen Geographen-Kongreß Juli/August 1976 in Moskau)

von Wilfried Strenz

Historisch-geographische Untersuchungen haben die Aufgabe, Regionalstrukturen der Vergangenheit aufzudecken und zu analysieren. Mit ihren Arbeiten liefern sie nicht nur mögliche, sondern oftmals notwendige Ergänzungen für das Erkennen und Verstehen zeitlich folgender regionaler Strukturen. Sie besitzen somit eine wichtige Funktion innerhalb geographischer und historischer Forschungen. Aufgrund ihrer Aufgabenstellung sind historisch-geographische Beiträge zum einen ein wichtiger Ausgangspunkt für geographische Forschungen, sie liefern zum anderen aber ebenso die notwendigen räumlichen Aspekte für historische Untersuchungen. Die Beachtung der historischen Komponente bei geographischen Fragestellungen und das Nichtaußerachtlassen der räumlichen Betrachtung bei historischen Arbeiten, also der ständige Hinweis auf den objektiv bestehenden Zusammenhang zwischen Raum und Zeit in allen materiellen Erscheinungen¹ und somit auch bei gesellschaftlichen Tatbeständen, qualifizieren die Historische Geographie zu einer sogenannten "Grenzsaum"-Disziplin zwischen beiden Wissenschaften; nicht im Sinn einer am Rand figurierenden Wissenschaft, sondern als ein Wissenschaftszweig mit einer selbständigen Aufgabenstellung, der sich zu deren Lösung historischer und geographischer Arbeitsmethoden bedient.

Ökonomisch-geographische Regionalstrukturen sind Resultate gesellschaftlicher Arbeit. Sie entstehen, entwickeln und verändern sich und vergehen entsprechend dem Wirken gesellschaftlicher Gesetze. Regionalstrukturen dieses Genres sind keine starren Gebilde, sie unterliegen in ihrer Ganzheit und Komplexität dem Prozeß der gesellschaftlichen Dynamik und sind somit eine historische Kategorie, wobei jede Produktionsweise ihre eigene, entsprechend dem ökonomischen Grundgesetz dieser Formation, gestaltete Regionalstruktur aufweist.

Die Industrielle Revolution (in Deutschland etwa seit den dreißiger Jahren des 19. Jahrhunderts) ist ein Zeitraum umfassender Umgestaltung überkommener und bislang wirksam gewesener Regionalstrukturen der gesellschaftlichen Reproduktion. Die zunehmende Durchsetzung kapitalistischer Produktionsmethoden verstärkt die zuvor nur schwach ausgebildete Tendenz zur ungleichmäßigen wirtschaftlichen Entwicklung einzelner geographischer Regionen. Durch das Mehrwertgesetz und

¹ Vgl. hierzu Lenin, W. I., *Materialismus und Empirio-kritizismus*, in: Werke, Bd. 14, Berlin 1962, S. 171 ff.

das auf seiner Grundlage wirkende Gesetz der Konkurrenz und Anarchie der Produktion entstehen neue Standorte der Produktion bzw. bleiben die bisherigen Standorte der Produktion ausschließlich in den Gebieten erhalten, in denen diejenigen Verwertungsbedingungen des Kapitals vorhanden sind, die dem Streben der Kapitalisten nach höchstmöglichem Profit entsprechen. Dabei können, dieser Prämisse gemäß, die Standorte auch eine Modifikation hinsichtlich ihrer räumlichen Lage oder ihres Produktionsprofils erlangen. Sämtliche anderen Standorte oder Standortgruppen der gesellschaftlichen Reproduktion, die sich nicht in Übereinstimmung mit dem Grundgesetz der kapitalistischen Produktion befinden, werden rücksichtslos aus dem Verband des existierenden Standortgefüges eliminiert, und zwar ohne Rücksicht auf eventuell bestehende Nützlichkeiten oder Notwendigkeiten für die individuelle Reproduktion der Produzenten.

Dieser Wirksamkeit ökonomischer Gesetze untergeordnet ist auch die Standortentwicklung des aktivsten Teils der Produktivkräfte: der Bevölkerung. Die unter den Bedingungen der Industriellen Revolution des Kapitalismus in Deutschland vor sich gehende revolutionäre Umwälzung der Produktionsverhältnisse führte zu einschneidenden Veränderungen auch in den ökonomischen Existenzbedingungen der Bevölkerung. Der Produzent, unter den neuen Produktionsverhältnissen zunehmend Nichteigentümer von Produktionsmitteln, behielt allein seine Arbeitskraft, die er, wie jede andere Ware unter kapitalistischen Produktionsbedingungen, entsprechend Angebot und Nachfrage verkaufen mußte. Im Rahmen des kapitalistischen Produktionsprozesses wurde er damit zu einem außerordentlich mobilen Faktor, der gemäß den Bedürfnissen kapitalistischer Profitwirtschaft überall dort eingesetzt werden konnte, wo die Verwertungsbedingungen für das Kapital am günstigsten waren und der Produzent für den Kapitalisten den höchstmöglichen Mehrwert erbrachte. Diese nicht nur strukturell, sondern auch räumlich vorhandene Mobilität führte entsprechend den Verwertungsbedingungen des Kapitals auch zu Ortsveränderungen der Produzenten, die sich in regionalen Bevölkerungsverchiebungen widerspiegelten und zu Bevölkerungskonzentrationen bzw. -abnahmen in bestimmten Gebieten führten. Aufgrund dieses objektiv wirkenden Prozesses zeigt die Bevölkerung infolge der sich immer mehr durchsetzenden kapitalistischen Produktion am Ende des Betrachtungszeitraumes (um 1870) hinsichtlich ihrer regionalen Verteilung nicht nur beachtliche Merkmale einer in der Zwischenzeit begonnenen räumlichen Konzentration, sondern auch Anzeichen einer sich laufend verstärkenden Polarisierung.

Der vorliegende Beitrag² will diesen Verlauf in der Entwicklung der Bevölkerungsverteilung unter Beachtung der räumlichen Differenzierung während des Zeitraumes der Industriellen Revolution des Kapitalismus auf den heute zum Territorium der DDR gehörenden deutschen Gebieten erfassen und zu analysieren versuchen. Der Schwerpunkt der Betrachtung liegt dabei auf der Untersuchung der Regionalstruktur der Bevölkerungsverteilung, ihrer Herausbildung, Entwick-

² Vgl. auch Strenz, Wilfried, Zum Prozeß der Bevölkerungsagglomeration unter den Bedingungen der Industriellen Revolution des Kapitalismus am Beispiel der Entwicklung im Kgr. Preußen in seiner territorialen Ausdehnung vor 1866. Eine Materialstudie unter historisch-geographischem Aspekt, in: Zur Geschichte der Produktivkräfte (Sammelband), Berlin 1976 = Forschungen zur Wirtschaftsgeschichte (im Druck).

lung und Veränderung. Wo lagen ihre Verdichtungs- bzw. Verdünnungsgebiete, wie war deren regionale Entwicklung im Betrachtungszeitraum, und wie veränderte sich die Proportion zwischen ihnen? Die Betonung der räumlichen, daß heißt geographischen Komponente der Bevölkerungsentwicklung und -verteilung gibt der vorliegenden Untersuchung hinsichtlich ihrer Aufgabenstellung einen historisch-geographischen Akzent. Über das Untersuchungsgebiet liegen für den Zeitraum der Industriellen Revolution des Kapitalismus bislang keine Arbeiten zu dieser Thematik vor. Insofern hat der vorliegende Beitrag gewissermaßen Modellcharakter und kann nur erste Forschungsergebnisse vorweisen.

Die Prozesse der räumlichen Konzentration und Polarisierung der Bevölkerungsverteilung beginnen sich vermehrt seit den fünfziger Jahren des 19. Jahrhunderts abzuzeichnen, als die Gesetzmäßigkeiten der kapitalistischen Produktion immer mehr zum dominierenden Element der gesellschaftlichen Entwicklung werden. Wie im Verlauf des Beitrages gezeigt werden wird, ist der Zeitraum bis 1850 lediglich als Vorbereitungsphase auf diese Umstrukturierung anzusehen, der Zeitraum nach 1850 hingegen als die eigentliche Etappe der revolutionären Umwälzung der Bevölkerungsverteilung figuriert, als deren Ergebnis sich eine den kapitalistischen Bedingungen entsprechende Regionalstruktur der Bevölkerungsverteilung herausbildet.

Die Quellengrundlage für die folgende Betrachtung bilden die Ergebnisse der Bevölkerungszählungen, ausgewiesen in den Veröffentlichungen der amtlichen Statistik, und zwar

1. Bevölkerung des Königreichs Sachsen am 3^{ten} July 1832, Dresden (1833) = Mittheilungen des statistischen Vereins für das Königreich Sachsen, 4. Lieferung,
2. Bevölkerung des Königreichs Sachsen am 1^{sten} December 1834, Dresden 1835 = Mittheilungen des statistischen Vereins für das Königreich Sachsen, 6. Lieferung,
3. Die Ergebnisse der Volkszählung und Volksbeschreibung im Preußischen Staate vom 1. December 1871, Berlin 1875 = Preußische Statistik, Bd. 30,
4. Flächeninhalt, Bevölkerung und Volksdichtigkeit der Kreise und entsprechenden Verwaltungsbezirke im Deutschen Reiche nach der Volkszählung vom 1. December 1875, Berlin 1878 = Statistik des Deutschen Reichs, Bd. 30, H. 3,
5. Die Gemeinden bzw. Wohnplätze des Deutschen Reichs mit ihrer Einwohnerzahl am 1. December 1875 und 1871 nach Staaten und Landestheilen systematisch geordnet, Berlin 1877 = Statistik des Deutschen Reichs, Bd. 25, H. 7,
6. Statistisches Handbuch für das Grossherzogthum Mecklenburg-Schwerin, 1. Ausgabe Schwerin 1898,
7. Die Städte des Königreichs Sachsen, in: Zeitschrift des Statistischen Büreaus des Königl. Sächsischen Ministeriums des Innern, H. 1/1855,
8. Ueber den Stand der Bevölkerung des Grossherzogthums Mecklenburg-Schwerin in den Jahren 1857, 1858 und 1859, Schwerin 1860 = Beiträge zur Statistik Mecklenburgs, Bd. 1, Nr. 4 (enthält auch Daten für 1854),
9. Statistik Thüringens, Jena 1866 = Mittheilungen des Statistischen Büreaus Vereinigter Thüringischer Staaten, Bd. 1, 1. Lieferung,
10. Tabellen und amtliche Nachrichten über den Preußischen Staat für das Jahr 1852, Berlin 1855,
11. Vertheilung der Bevölkerung des Königreichs Sachsen nach den Haupt-Erwerbs- und Berufs-Klassen auf Grund der Volkszählung am 1. December 1871, in: Zeitschrift des K. Sächsischen Statistischen Bureau's, 21. Jg. 1875, Beilage,

12. Die Zahl der Gebäude, Familien-Haushaltungen und Bewohner in den Städten und Landgemeinden der neuen Gerichtsamts-Bezirke des Königreichs Sachsen. Nach der Zählung vom 3. December 1855, in: Zeitschrift des Statistischen Büreaus des Königl. Sächsischen Ministeriums des Innern, H. 11 - 12/1856.

Zusätzlich wurden Ortslexika und zeitgenössische Topographien auf weiterführende demographische Angaben, vor allem auch auf geographische Standorthinweise, durchgesehen, und zwar

13. Behm, Ernst/Wagner, Hermann, Die Bevölkerung der Erde. Jährliche Übersicht über neue Arealberechnungen, Gebietsveränderungen, Zählungen und Schätzungen der Bevölkerung auf der gesammten Erdoberfläche, T. 2, Gotha 1874, T. 3, Gotha 1875 = Mittheilungen aus Justus Perthes' Geographischer Anstalt über wichtige neue Erforschungen auf dem Gesamtgebiete der Geographie, Ergänzungsbd. 8 u. 9,
14. Blaschke, Karlheinz, Historisches Ortsverzeichnis von Sachsen. Aus den Schriften der Sächsischen Kommission für Geschichte, Leipzig 1957,
15. Brachelli, Hugo Franz, Handbuch der Geographie und Statistik des Königreichs Preußen und der deutschen Mittel- und Kleinstaaten, Leipzig 1864,
16. Ortsverzeichnis der am Statistischen Bureau zu Jena beteiligten Thüringischen Staaten, Jena 1875,
17. Stein, Christian Gottfried Daniel, Handbuch der Geographie und Statistik der deutschen Bundesstaaten. Nach neueren Ansichten bearbeitet von D. Ferdinand Hörschelmann, Leipzig 1834 = Handbuch der Geographie und Statistik für die gebildeten Stände, Bd. 2,
18. Uelschen, Gustav, Die Bevölkerung im Wirtschaftsgebiet Niedersachsens 1821 - 1939, Oldenburg 1942 = Veröffentlichungen des Provinzial-Instituts für Landesplanung und niedersächsische Landes- und Volksforschung Hannover-Göttingen, Reihe B, Bd. 3,
19. Ungewitter, F. H., Neueste Erdbeschreibung und Staatenkunde oder geographisch-statistisch-historisches Handbuch, Bd. 1, Dresden 1858,
20. Viebahn, Georg v., Statistik des zollvereinten und nördlichen Deutschlands, Bd. 1: Landeskunde, Berlin 1858.

Insbesondere für die Gebiete, die im Betrachtungszeitraum durch Veränderung in der Verwaltungsgliederung unterschiedliche administrativ-territoriale Grenzen aufwiesen, war das Heranziehen amtlicher geographischer Kartenwerke von großer Bedeutung, und zwar

21. Ämterkarte von 1797. Maßstab 1 : 350 000, bearb. v. Franz Engel, Hannover 1960 = Historischer Atlas von Mecklenburg, Karte 2,
22. Henry Lange's Atlas von Sachsen. Ein geographisch - physikalisch - statistisches Gemälde des Königreichs Sachsen in zwölf Karten mit erläuterndem Texte, Leipzig 1860, bes. Karte 8: Bevölkerungs-Verhältnisse, Maßstab 1 : 592 000, Karte 9: Landes-Eintheilung, Maßstab 1 : 592 000,
23. Karte der Grossherzogthümer Mecklenburg-Schwerin und Mecklenburg-Strelitz. In Grundlage der großen Schmettau'schen Karte und unter Berücksichtigung der im Laufe der Zeit eingetretenen Veränderungen entworfen ... v. ... B. F. Engel, Maßstab 1 : 350 000, Rostock (1849).

Die Untersuchung basiert auf den Einwohnerzahlen aller Orte über 5 000 Einwohner sowie auf den Bevölkerungszahlen kleiner administrativer Einheiten (Kreise und adäquate Einheiten) im historischen und Arealvergleich der Jahre 1831, 1852 und 1871. Mit mathematisch-statistischen Methoden und der Methode des histori-

schon Flächenvergleichs wird versucht, regional-differenzierte Resultate zu erzielen und diese im Rahmen der gesellschaftlichen Entwicklungsprozesse zu interpretieren. Voraussetzung dafür ist jedoch nicht nur die unmittelbare Vergleichbarkeit und Vergleichsmöglichkeit der historischen Daten (beispielsweise bei den Bevölkerungszahlen eine gleiche Aufgliederung für alle gewählten historischen Querschnitte), sondern auch eine räumliche Übereinstimmung der als Grundlage der Untersuchung dienenden administrativen Einheiten, wobei für die vorliegende Betrachtung von der administrativ-territorialen Gliederung von 1871 ausgegangen wird.

Die Methode des historischen Flächenvergleichs baut auf der Möglichkeit der Umverteilung vorhandener raumgebundener absoluter Basiswerte innerhalb regionaler Einheiten auf, setzt aber eingehende geographische Kenntnisse unter Verwendung historischen Kartenmaterials sowie historischer Topographien voraus. Es ist mit ihr möglich, flächendifferente Einheiten innerhalb eines räumlich vorgegebenen Gebietes zur Deckung zu bringen und damit direkt vergleichbar zu machen. Voraussetzung ist aber, daß die sogenannten Basiswerte räumlich differenzierter vorliegen, als es das vorgesehene regionale Betrachtungsniveau fordert. Es ist eine sehr zeit- und arbeitsaufwendige Methode, liefert aber relativ genaue Resultate. Die Anwendung der Methode des historischen Flächenvergleichs wurde insbesondere notwendig bei der Bearbeitung der Territorien Sachsen, Mecklenburg-Schwerin und der anhaltinischen Gebiete. Hier veränderten sich im Verlauf des Betrachtungszeitraumes mehrfach die administrativen Einheiten bzw. wurden Veränderungen in der administrativen Zuordnung von Gebietsteilen festgestellt. Im Vergleich mit zeitgenössischen historischen Karten und unter Verwendung entsprechender Ortslexika gelang eine Zuordnung der betreffenden administrativen Basis-Einheiten (so der Amtsbezirke in Sachsen) für 1830 und 1850 zu den Arealen, die 1871 die administrative Untersuchungsgrundlage bildeten. Auf diese Weise war es auch möglich, die Bevölkerung, die entweder nach Amtsbezirken oder Orten für die betreffenden früheren Jahre ausgewiesen ist, dem Areal der späteren administrativen Einheiten zuzuordnen.

Das Untersuchungsgebiet³ setzt sich 1871 aus folgenden Territorialeinheiten zusammen:

Kgr. Preußen, und zwar die Regierungsbezirke Stralsund, Stettin (T), Potsdam mit Berlin, Frankfurt (T), Magdeburg, Merseburg, Erfurt, Liegnitz (T), Kassel (T), Hildesheim (T), Lüneburg (T)	58,4 %
Kgr. Sachsen (abzüglich einiger Teile der Amtshauptmannschaft Zittau)	13,6 %
Ghzm. Mecklenburg-Schwerin	12,2 %
Thüringische Staaten (Ghzm. Sachsen-Weimar-Eisenach ausschließlich Exklave Ostheim, Hzm. Sachsen-Meiningen-Hildburghausen, Hzm. Sachsen-Coburg-Gotha mit dem Teilgebiet Hzm. Gotha, Hzm. Sachsen- Altenburg, Fsm. Schwarzburg-Rudolstadt, Fsm. Schwarzburg- Sondershausen, Fsm. Reuß jüngere Linie, Fsm. Reuß ältere Linie)	10,7 %

³ Infolge des statistischen Ausgangsmaterials mußte für die vorliegende Betrachtung Berlin in seiner damaligen Ausdehnung, d. h. in seiner Gesamtheit, einbezogen werden. Das betrifft auch die Gebiete, die heute zu Westberlin gehören, im Untersuchungszeitraum jedoch den Kreisen Niederbarnim, Teltow und

Ghzm. Mecklenburg-Strelitz (abzüglich des südlichen Teils des Fsm. Ratzeburg)	2,6 %
Hzm. Anhalt	2,1 %
Hzm. Braunschweig (im wesentlichen nur Teile innerhalb des Harzes und Enklave Calvörde)	0,4 %

In diesem so gekennzeichneten Gebiet steigt im Zeitraum 1830 bis 1870 die Bevölkerungszahl von 6,0 Millionen auf 9,4 Millionen, was einem durchschnittlichen Jahreszuwachs von 1,54 Prozent entspricht, wobei diese Rate die Wanderungsverluste bereits einschließt. In den Zeitabschnitten 1830 bis 1850 und 1850 bis 1870 nimmt die Bevölkerungszahl jeweils um 1,7 Millionen zu, das heißt, die Entwicklung verläuft nahezu gleichmäßig. Das natürliche Bevölkerungswachstum ist nach 1850 indessen wesentlich größer: Die progressive Zunahme wird jedoch in ihrer Auswirkung auf die Bevölkerungszahl durch die ebenfalls progressiv steigenden Auswandererzahlen weitgehend paralytisiert.

Diese gleichmäßige Zunahme in der Gesamtentwicklung gilt freilich nur in der Totalität. Sowohl in der großräumigen Entwicklung der Bevölkerungsdichte als auch zwischen dichter und weniger dicht besiedelten Gebieten zeigen sich beachtliche quantitative Unterschiede. Auch vergrößert sich die Bandbreite zwischen den Extremwerten der Gebiete maximaler und minimaler Bevölkerungszunahmen. Selbst wenn man Berlin als einen Standort sehr hoher Bevölkerungsdichte aus der Betrachtung herausnimmt, steigt die Differenz zwischen den Extremwerten im Betrachtungszeitraum auf etwa das Doppelte an, wobei die Minimalwerte auf annähernd gleicher Höhe verbleiben. Die beträchtliche Zunahme der Maximalwerte ist also Ursache dieser divergierenden Entwicklung.

1830 ist die regionale Verteilung der Bevölkerungsdichte im Untersuchungsgebiet relativ homogen gegliedert. Mit Ausnahme des Standortbereichs Berlin ist der Norden eine einheitliche Fläche von unterdurchschnittlicher Bevölkerungsdichte, während der Süden (Ausnahmen sind hier das Harzgebiet um Elbingerode, Blankenburg und Ilfeld sowie ein Gebiet südlich des Thüringer Waldes um Hildburghausen) nahezu komplett eine überdurchschnittliche Bevölkerungsdichte aufweist. Die Grenze zwischen beiden Arealen verläuft etwa auf der Linie Magdeburg - Leipzig - Dresden. Dieser Verlauf existiert auch noch 1871, doch hat die Gesamtfläche des Gebietes mit unterdurchschnittlicher Bevölkerungsdichte erheblich zugenommen. Besonders in den thüringischen Gebieten hat sich die Bevölkerungszunahme erheblich verlangsamt und vor allem hier zu einer starken Zunahme des Flächenanteils mit einer nunmehr unterdurchschnittlichen Bevölkerungsdichte geführt, so daß in diesem südlichen Bereich am Ende des Betrachtungszeitraumes die Gebiete mit überdurchschnittlicher Bevölkerungsdichte nur noch Inselcharakter tragen. Aber auch das bevölkerungsarme Gebiet im Harz hat eine Ausweitung erfahren, und neue Gebiete negativer Dynamik sind in Sachsen im Umkreis von Dresden entstanden (vergleiche hierzu auch Tabelle 1).

Osthavelland zugeordnet waren. - Fsm. = Fürstentum, Ghzm. = Großherzogtum, Hzm. = Herzogtum, Kgr. = Königreich, T = Teilgebiet der betreffenden administrativ-territorialen Einheit (weitere kleine Abweichungen blieben unberücksichtigt).

Trend der Bevölkerungsdichte sowie des prozentualen Flächen- und Bevölkerungsanteils unter- und überdurchschnittlich besiedelter Gebiete 1831 bis 1871

Zeit- raum	Gebiet mit unter- durchschnittlicher Bevölkerungsdichte					über- durchschnittlicher Bevölkerungsdichte				
	a	b	c	d	e	b	c	d	e	b
1831	55,1		62,5	38,2	33,7		37,5	61,8	90,8	
1831/52		15,8				11,6				37,4
1852	70,9		69,1	44,2	45,3		30,9	55,8	128,2	
1852/71		15,0				6,5				56,2
1871	85,9		74,3	44,7	51,8		25,7	55,3	184,4	

a = Durchschnittliche Bevölkerungsdichte des Untersuchungsgebietes (in Personen je km²).

b = Absolute Zu- bzw. Abnahme der durchschnittlichen Bevölkerungsdichte (1831 bis 1852 bzw. 1852 bis 1871) von a bzw. e.

c = Fläche in %.

d = Bevölkerungszahl in %.

e = Durchschnittliche Bevölkerungsdichte der Gebiete unter- bzw. überdurchschnittlicher Bevölkerungsdichte (in Personen je km²).

Aufschlußreich ist auch die Entwicklung der durchschnittlichen Bevölkerungsdichte in den Gebieten mit über- und unterdurchschnittlicher Bevölkerungsdichte. So zeigt sich in den Gebieten mit überdurchschnittlicher Bevölkerungsdichte bei abnehmender Fläche und zurückgehendem Bevölkerungsanteil (vergleiche Tabelle 1, c und d) ein Anwachsen der Bevölkerungsdichte in einem Maße, das innerhalb des Gesamtzeitraumes mehr als fünfmal schneller vor sich geht als in den Gebieten mit einer unterdurchschnittlichen Bevölkerungsdichte. Der Schwerpunkt dieser Entwicklung liegt dabei eindeutig im Zeitraum nach 1850, indem Werte erreicht werden, die annähernd das neunfache (!) der gleichzeitigen Entwicklung in den Gebieten unterdurchschnittlicher Bevölkerungsdichte ausmachen. Der Trend zur räumlichen Konzentration der Bevölkerung setzt zwar im Zeitraum bis 1850 schon ein. Doch erst seit den fünfziger Jahren des 19. Jahrhunderts, parallel zur vollen Entfaltung der Industriellen Revolution des Kapitalismus, beginnt er voll wirksam zu werden. Diese Angaben zeigen, wie beide Gebiete in ihrer Entwicklung divergieren.

Ebenso heterogen verläuft die Entwicklung in den einzelnen regionalen Einheiten. Für 86 Prozent der Fläche des Untersuchungsgebietes ist der Trend im gesamten Betrachtungszeitraum gleich. In den meisten Fällen liegt die Bevölkerungszunahme unter der durchschnittlichen Entwicklung des Gesamtgebietes, so daß die Gebiete unterdurchschnittlicher Bevölkerungsdichte immer mehr anwachsen. Lediglich auf 14 Prozent der Gesamtfläche zeigt sich ein Trendwechsel, wobei auch hier die negative Tendenz überwiegt. Allein einige sächsische Gebiete, insbesondere um Leipzig, und die Niederlausitz weisen ab 1850 den positiven Trend einer progressiven Bevölkerungszunahme auf, das heißt, in diesen Gebieten liegt die Bevölkerungszunahme über dem Gesamtdurchschnitt

In den Gebieten mit einer überdurchschnittlichen Bevölkerungsdichte nimmt im Verlauf des Betrachtungszeitraumes die räumliche Konzentration der Bevölkerung progressiv zu, so daß diese Areale am Ende des Betrachtungszeitraumes

nur noch über ein Viertel der Untersuchungsfläche verfügen. Diese Konzentrationsgebiete, die auch als Zielräume der Hauptmigrationsströme anzusehen sind, sollen als Gebiete herausragender Bevölkerungszunahme bezeichnet werden; es handelt sich dabei um Gebiete, deren Bevölkerungszunahme über dem Gesamtdurchschnitt liegt, und zwar, wenn die Gesamtentwicklung 1831 bis 1871 betrachtet wird, um

1. den von den übrigen Gebieten überdurchschnittlicher Bevölkerungsdichte isoliert gelegenen Standortbereich Berlin (Berlin einschließlich der benachbarten Orte Potsdam, Spandau und Charlottenburg) inmitten eines Gebietes deutlich abfallender Bevölkerungsdichte;
2. einen in Nord-Süd-Richtung verlaufenden Streifen im Süden der heutigen DDR etwa zwischen Magdeburg und Westsachsen mit beiderseitig vorhandenen weiteren Einzelgebieten (unter anderem bis Erfurt im Westen, bis Dresden im Osten);
3. einzelne Gebiete in der Lausitz längs der Westseite der Neiße, die vermutlich in östlicher Richtung ihre Fortsetzung haben, so daß auf den Bereich des heutigen Territoriums der DDR nur die Randgebiete dieser Entwicklung hinübergreifen.

Während der Standortbereich Berlin für den gesamten Betrachtungszeitraum eine überaus positive Entwicklung aufweist, zeigen sich in dem anderen Gebiet beachtenswerte Veränderungen, was zu einer räumlich veränderten Regionalstruktur führt. So scheiden nach 1850 vor allem die Gebiete der Oberlausitz um Zittau und Löbau sowie einige Erzgebirgskreise, wie Freiberg, Flöha, Annaberg und Auerbach, als Gebiete herausragender Bevölkerungszunahme aus, daß heißt, in diesen Gebieten zeigt sich nach 1850 hinsichtlich der Bevölkerungszunahme eine bemerkenswerte Verlangsamung. Demgegenüber aber werden Tendenzen verstärkt ansteigender Bevölkerungszunahmen vor allem im Raum Halle - Magdeburg mit den örtlichen Zentren Calbe, Bernburg und Köthen sichtbar, was auf die gewerbliche Entwicklung in diesem Raum zurückzuführen ist. Auch im sächsischen Raum und seinen benachbarten Gebieten nimmt die Bevölkerungszahl verstärkt zu, so daß sich hier mit Döbeln, Gera, Weißenfels und Erfurt neue Gebiete herausragender Bevölkerungszunahme entwickeln. Und auch in der Lausitz entstehen mit den Orten Görlitz und Forst neue Gebiete herausragender Bevölkerungszunahme. Kennzeichnend ist, daß diese Konzentrationsgebiete der Bevölkerungszunahme von Fläche und Bevölkerungszahl her in den Gebieten überdurchschnittlicher Bevölkerungsdichte eine ständig anwachsende und beherrschende Rolle spielen und auf diese Weise für die Bevölkerungsverteilung im Gesamtgebiet von steigender Bedeutung werden.

Im Vergleich beider Etappen, 1831 bis 1852 und 1852 bis 1871, läßt sich nach 1850 ein verstärktes Ansteigen des Bevölkerungswachstums in den Gebieten herausragender Bevölkerungszunahme feststellen (vergleiche hierzu Tabelle 2).

Man kann konstatieren, daß ein großer Teil der Gebiete überdurchschnittlicher Bevölkerungsdichte Kerngebiete beginnender Bevölkerungsballungen werden. Immerhin waren im Zeitraum 1852 bis 1871 auf nur 30 Prozent der Fläche der Gebiete überdurchschnittlicher Bevölkerungsdichte annähernd 80 Prozent der Bevölkerungszunahmen dieser Gebiete konzentriert. Für das gesamte Untersuchungsgebiet bedeutet das einen Wert von über 60 Prozent der gesamten Bevölkerungszunahme, und das auf einer Fläche, die immerhin nur zirka 8 Prozent des Gesamtterritoriums ausmacht! Bemerkenswert ist ferner, daß im Vergleich zur Entwicklung im Zeitraum 1831 bis 1852 die Bevölkerungszunahme in diesen Ge-

Tabelle 2

Prozentuale Entwicklung der Gebiete herausragender bzw. maximaler Bevölkerungszunahme nach Fläche und Bevölkerung 1831 bis 1871

Zeit- raum	Gebiete herausragender bzw. maximaler Bevölkerungszunahme			
	in Gebieten überdurchschnittlicher Bevölkerungsdichte		Anteil am Untersuchungsgebiet	
	Fläche in %	Bevölkerungszunahme in %	Fläche in %	Bevölkerungszunahme in %
1831/52	23,1	60,7	7,1	36,2
1852/71	30,5	78,9	7,8	62,3

bieten um mehr als 70 Prozent ansteigt, ein Beweis dafür, wie stark sich die Bevölkerungszunahme auf einige wenige, relativ kleine Gebiete während des Betrachtungszeitraumes konzentriert.

Innerhalb dieser bereits exponierten Gebiete durchlaufen einige Gebietsstandorte eine Spitzenentwicklung. Diese Gebiete maximaler Bevölkerungszunahme besitzen ein Bevölkerungswachstum, das mehr als doppelt so groß ist wie die Zunahme der durchschnittlichen Bevölkerungsdichte im Gesamtgebiet. Sie vereinigen auf sich innerhalb des Betrachtungszeitraumes bis 1871 mehr als 40 Prozent (!) der gesamten Bevölkerungszunahme. Als Besonderheit zeigt sich, daß hier die Entwicklung zu Siedlungen höherer Einwohnerzahlen besonders stark voranschreitet. 1871 liegen hier sämtliche Orte (6) des Untersuchungsgebietes mit einer Einwohnerzahl von über 50 000. Überhaupt konzentrieren sich (ohne Berlin) 56 Prozent der Bevölkerungszunahme dieser Gebiete auf die Orte über 5 000 Einwohner, ein Vorgang, der den Urbanisierungsprozeß als Gradmesser kennzeichnet. So nimmt es nicht wunder, daß die Siedlungen mit den höchsten Wachstumsraten der Bevölkerung gleichfalls in diesem Raum liegen. Im einzelnen handelt es sich um folgende Areale⁴:

Standortbereich Berlin	623 794	Einwohner
Ah. Dresden/Dresden (Stadt)	169 368	"
Ah. Leipzig/Leipzig (Stadt)	127 942	"
Ah. Chemnitz/Chemnitz (Stadt)	117 478	"
Ah. Zwickau	84 047	"
Kr. Wolmirstedt/Magdeburg	78 078	"
Schönburgische Herrschaften ⁵	65 926	"
Saalkreis/Halle	53 549	"
Kr. Görlitz (T)	30 923	"

1 351 105 Einwohner

Somit konzentrieren sich 40,2 Prozent der Gesamtzunahme der Bevölkerung im Zeitraum 1831 bis 1871 auf diese Areale, aus denen sich vier regionale Zentren ableiten lassen:

1. herausragend der Standortbereich Berlin;
2. das westsächsische Bevölkerungskonzentrationsgebiet um Chemnitz und Zwickau mit den Schönburgischen Herrschaften;

⁴ Ah. = Amtshauptmannschaft, Kr. = Kreis, T = Teilgebiet.

⁵ Gebiet um Glauchau und Meerane.

3. das entstehende Bevölkerungsverdichtungsgebiet im Raum Halle - Leipzig;
4. der herausragende lokale Standort Dresden.

Diese räumlichen Einheiten bilden die Zentren der überdurchschnittlichen Bevölkerungsentwicklung im Untersuchungsgebiet während des Betrachtungszeitraumes.

Neben diesen Zentren entsteht nach 1850 eine neue Aktivitätszone der Bevölkerungszunahme in der Niederlausitz mit dem Schwerpunkt um Forst. Nach der Anzahl der Bevölkerung relativ klein, wächst hier aus einem Gebiet bislang unterdurchschnittlicher Bevölkerungsdichte durch eine außerordentlich hohe Bevölkerungszunahme ein Areal überdurchschnittlicher Bevölkerungsdichte heran. Keinem anderen Gebiet gelingt im Betrachtungszeitraum eine derartige Entwicklung. Darüber hinaus existieren noch zwei weitere Gebiete mit einer unterdurchschnittlichen Einwohnerdichte, die 1831 bis 1871 ebenfalls eine positive Bevölkerungsentwicklung aufweisen. Ihnen gelingt jedoch nicht der Sprung zu einem Gebiet überdurchschnittlicher Bevölkerungsdichte. Das eine Gebiet liegt an der Ostseeküste und wird durch den Standort Rostock repräsentiert, das andere östlich von Berlin mit dem Standort Frankfurt. Während aber der Schwerpunkt der Entwicklung bei Frankfurt im Zeitraum vor 1850 liegt, zeigt sich die aufstrebende Tendenz bei Rostock besonders in der Zeit nach 1850.

Diese Gebiete herausragender Bevölkerungszunahme einschließlich der zusätzlich genannten Aktivitätszentren positiver Bevölkerungsentwicklung enthalten 1871 sämtliche elf im Untersuchungsgebiet vorhandenen Orte mit mehr als 30 000 Einwohnern und unterstreichen auch damit den Schwerpunktcharakter dieser Gebiete für die allgemeine Bevölkerungsverteilung und -entwicklung.

Das Pendant zu den Gebieten positiver Bevölkerungsentwicklung bilden die Flächen mit nur geringen Bevölkerungszunahmen bzw. absoluten Bevölkerungsabnahmen. Es sind dies Gebiete, in denen das Anwachsen der Bevölkerungsdichte unter ein Drittel der Zunahme der durchschnittlichen Bevölkerungsdichte des Untersuchungsgebietes liegt bzw. in denen sogar ein absoluter Bevölkerungsrückgang zu verzeichnen ist. Auch hier zeigt sich in den beiden Zeiträumen mit dem Einschnitt von 1850 eine voneinander divergierende Entwicklung, wengleich sich die Hauptzentren der Entwicklung auch jeweils eindeutig placieren lassen.

In der Etappe vor 1850 halten sich, wie ein Vergleich zwischen Tabelle 2 und 3 zeigt, die Gebiete herausragender bzw. maximaler Bevölkerungszunahme mit den Gebieten, deren Zunahme unter einem Drittel der Zunahme der durchschnittlichen Bevölkerungsdichte liegt, flächenmäßig etwa die Waage (jeweils zwischen 7 und 8 Prozent). Dann aber setzt, in ursächlichem Zusammenhang mit der fortschreitenden Durchsetzung der Industriellen Revolution des Kapitalismus und der in diesem Prozeß immer wirksamer werdenden ökonomischen Gesetze der kapitalistischen Produktion, eine wachsende Polarisierung beider Entwicklungen ein. Während die Gebiete herausragender bzw. maximaler Bevölkerungszunahme flächenmäßig nach 1850 keine Erweiterung zeigen, dafür aber ihren Anteil an der gesamten Bevölkerungszunahme auf mehr als 60 Prozent erhöhen, vergrößern die Gebiete geringer Bevölkerungszunahme bzw. absoluter Bevölkerungsabnahme ihren Flächenanteil auf mehr als die Hälfte des Untersuchungsgebietes, wobei die Relation der Bevölkerungszunahme zur ausgewiesenen Fläche etwa gleichbleibt (vergleiche dazu auch Tabelle 3).

Tabelle 3

Prozentuale Entwicklung der Gebiete geringer Bevölkerungszunahme bzw. mit absolutem Bevölkerungsrückgang nach Fläche und Bevölkerung 1831 bis 1871

Zeit- raum	Gebiete geringer Bevölkerungszunahme bzw. Gebiete mit absolutem Bevölkerungsrückgang in Gebieten					
	unter- durchschnittlicher		über- Bevölkerungsdichte		Anteil am Unter- suchungsgebiet	
	a	b	a	b	a	b
1831/52	9,0	2,8	5,4	- 0,3	7,9	1,0
1852/71	69,5	26,6	7,3	0,2	53,5	5,7

a = Fläche in %.

b = Bevölkerungszunahme bzw. -abnahme in %.

Gegenüber dem Zeitraum vor 1850 zeigt sich also in der zweiten Etappe des Betrachtungszeitraumes eine gewaltige Divergenz in der räumlichen Entwicklung der Bevölkerungszunahme, die zu einer ausgesprochenen Polarisierung der regionalen Bevölkerungsverteilung führt. Diese Entwicklung geht eindeutig auf Kosten der Gebiete mit einer "normalen" Bevölkerungszunahme, das heißt der Gebiete, die Werte zwischen einer herausragenden und einer geringen Bevölkerungszunahme aufweisen. Dieses in der Etappe vor 1852 noch 80 Prozent der Fläche des Untersuchungsgebietes umfassende Areal wird im Zeitraum nach 1852 im Zuge der räumlichen Konzentration und Polarisierung der Bevölkerungsverteilung auf die Hälfte (!) reduziert. In den meisten dieser Gebiete nimmt der Bevölkerungszuwachs zur Gesamtentwicklung relativ ab, während die Flächen geringer Bevölkerungszunahme bzw. mit absolutem Bevölkerungsrückgang bedeutend zunehmen. Demgegenüber verstärken nur wenige Areale (es sind Ausnahmen innerhalb dieses allgemeinen Trends) durch ihre positive Bevölkerungsentwicklung die Gebiete herausragender, in Einzelfällen sogar die Gebiete maximaler Bevölkerungszunahme.

Im Zeitraum vor 1850 sind die Gebiete geringer Bevölkerungszunahme bzw. mit absolutem Bevölkerungsrückgang im wesentlichen durch einige westmecklenburgische Gebiete sowie durch einige Areale im sächsischen Tiefland um Meißen, Großenhain, Oschatz und Borna und in der Niederlausitz um Lübben ausgewiesen. Die Sächsischen Gebiete, von denen das erstgenannte sogar teilweise einen absoluten Bevölkerungsrückgang aufweist, sind im Zeitraum nach 1850 als regionale Sonderfälle vollständig verschwunden; sie sind einbezogen in den Sog der allgemeinen positiven Bevölkerungsentwicklung dieses Raumes. Die übrigen Areale werden nach 1850 vollständig zu Teilgebieten der sich jetzt großräumig erstreckenden Flächen geringer Bevölkerungszunahme.

Erhebliche Unterschiede in der räumlichen Entwicklung und Verteilung der Flächen geringer Bevölkerungszunahme bestehen zwischen der Etappe vor 1850 und dem Zeitraum danach. Gegenüber den ehemals mehr oder weniger isoliert voneinander gelegenen Gebieten erscheinen nunmehr große zusammenhängende Flächen, die aufgrund ihrer räumlichen Lage und Größe einen ungleich höheren Stellenwert in der regionalen Bevölkerungsverteilung besitzen als vor 1850. Sie lassen sich zu folgenden räumlichen Einheiten zusammenfassen:

1. der Norden des Untersuchungsgebietes (ausschließlich der Küstenkreise Rostock, Franzburg und Usedom-Wollin), das heißt Meck-

- lenburg und Vorpommern einschließlich der benachbarten Gebiete der Altmark, Prignitz und Uckermark; 34 461 km²
2. ein in ost-westlicher Richtung verlaufendes Areal im mittleren Teil des Untersuchungsgebietes zwischen Mulde und Spree mit den Orten Bitterfeld, Delitzsch, Hoyerswerda und Lützen; 10 809 km²
 3. ein Verbindungstreifen zwischen 1. und 2., gekennzeichnet durch die beiden Kreise Jerichow und den Kreis Zauche-Belzig; 4 654 km²
 4. einzelne Gebiete in Thüringen
 - a) Rhön (Kreis Dermbach),
 - b) Mittlerer Thüringer Wald (Schmalkalden, Schleusingen, Hildburghausen),
 - c) Gebiet der oberen Saale und Orla mit den Orten Eisenberg, Neustadt und Lobenstein; 3 924 km²
 5. Teilgebiet des Harzes (Elbingerode, Blankenburg, Ilfeld) und südliches Vorland (Eichsfeld, Hainleite, Finne); 2 974 km²
 6. einzelne isolierte Gebiete im Erzgebirge (um Marienberg) und Elbsandsteingebirge (um Pirna). 1 304 km²

Die größte Fläche konzentriert sich auf die nördlichen Bereiche des Untersuchungsgebietes. Zum überwiegenden Teil handelt es sich bei den Gebieten geringerer Bevölkerungszunahme um räumliche Einheiten, die bereits vor 1850 eine unterdurchschnittliche Bevölkerungsdichte aufwiesen. Eine weitere Verlangsamung der absoluten Bevölkerungszunahme bis hin zum negativen Trend führte schließlich zu diesem Resultat. Die dergestalt zum Ausdruck kommende zurückbleibende Entwicklung zeigt sich auch in den hier vorhandenen Orten und in der Zahl der in ihnen lebenden Einwohner. Von den 1871 insgesamt ausgewiesenen 171 Orten mit mehr als 5 000 Einwohnern liegen nur 42 in diesem Gebiet. In der überwiegenden Mehrzahl besitzen sie noch nicht einmal 10 000 Einwohner, nur wenige Orte (10) liegen über diesem Schwellenwert. Schwerin mit seinen 27 000 Einwohnern ist hier überhaupt der größte Ort. Die Wachstumsraten aller Orte sind nur gering, lediglich Schwerin zeigt eine Verdoppelung seiner Einwohnerzahl gegenüber 1831. Welch ein Gegensatz zu der Entwicklung in den Gebieten mit herausragender Bevölkerungszunahme!

Nicht wenige Gebiete geringer Bevölkerungszunahme (24,6 Prozent) weisen nach 1850 eine "negative" Zunahme, das heißt einen absoluten Bevölkerungsrückgang, auf. Diese Areale sind vorrangig Gebiete ländlicher Struktur. Orte höherer Einwohnerzahlen sind mit Ausnahme von Prenzlau (14 000 Einwohner) selbst am Ende des Betrachtungszeitraumes nicht vorhanden. 1871 lebten hier insgesamt noch reichlich 90 Prozent der Bewohner in Orten unter 5 000 Einwohner. Als Produkt der kapitalistischen Entwicklung auf dem Land sind diese Areale Quellgebiete der steigenden Migration der Bevölkerung. Auf das gesellschaftliche Problem der Migrationen soll in diesem Zusammenhang nicht eingegangen werden. Die vorliegende Betrachtung konzentriert sich vielmehr darauf, das Resultat der sich aus diesem gesellschaftlichen Prozeß ergebenden absoluten Bevölkerungsbilanz mit der daraus folgenden Herausbildung veränderter Regionalstrukturen der Bevölkerung zu ermitteln.

Das Hauptgebiet der Bevölkerungsbilanz liegt gleichfalls im Norden des Betrachtungsgebietes und hier vor allem im Grenzbereich zwischen Mecklenburg, Vorpommern und der Uckermark, ist aber auch auf einigen westmecklenburgi-

sehen Flächen zu finden. Hinzu kommen im Süden, insbesondere im thüringischen Gebiet, einige weitere isoliert liegende Areale. Besonders hinzuweisen ist in diesem Zusammenhang auf die Situation in den Eichsfeldkreisen Heiligenstadt und Worbis. Hier verläuft die Entwicklung außerordentlich extrem. Beide Kreise, bis 1850 noch ein Gebiet mit deutlicher Bevölkerungszunahme in einer Region überdurchschnittlicher Bevölkerungsdichte, verzeichnen nach 1850 nicht nur den relativ größten Aderlaß der Bevölkerung im Verhältnis zu ihrer Fläche, sondern vollziehen auch einen abrupten Wechsel im Trend der Bevölkerungsentwicklung, wie er sonst nirgendwo in dieser Plötzlichkeit und Intensität im Untersuchungsgebiet auftritt. Hier zeigt sich eine Tragödie der Bevölkerungsentwicklung, die ihre Wurzeln allein in der kapitalistischen Profitwirtschaft hat. Verlust der bisherigen Arbeitsplätze durch Niedergang des örtlichen Leinwandgewerbes infolge zunehmender kapitalistischer Konkurrenz, gekoppelt mit dem fehlenden Aufbau eines den neuen Produktionsbedingungen entsprechenden Industriezweiges, führten in kurzer Zeit in diesem Gebiet zu einer relativen Überbevölkerung und damit zu einer Bevölkerungsabwanderung großen Stils. Aus dieser Zeit resultiert die Entwicklung, die das Eichsfeld in der Folgezeit zu einem "Armenhaus" werden ließ - eine Entwicklung, der erst unter unseren sozialistischen Produktionsverhältnissen durch Schaffung ausreichender Arbeitsplätze Einhalt geboten wurde, wodurch das Eichsfeld eine wirklich gesicherte Perspektive innerhalb unserer Volkswirtschaft erhielt (unter anderem mit der Inbetriebnahme des Baumwollkombinats in Leinefelde oder in jüngster Zeit mit dem Aufbau der Eichsfelder Zementwerke in Deuna).

Eingebettet in diesen allgemeinen Prozeß der regionalen Bevölkerungsentwicklung, vollzieht sich die Entwicklung der Orte höherer Einwohnerzahlen. Hinsichtlich Anzahl und Größe werden sie zunehmend zu Standorten wachsender Bevölkerungsdichte.⁶

Während des Betrachtungszeitraumes wohnt der größte Teil der Bevölkerung noch in Orten unter 5 000 Einwohner (1871 noch 66,6 Prozent). Zum Vergleich sei die Bevölkerungsverteilung in der DDR nach Ortsgrößenklassen für das Jahr 1974 eingeflochten⁷:

unter 5 000 Einwohner	37,2 Prozent,
5 000 bis 10 000 Einwohner	8,2 Prozent,
über 10 000 Einwohner	54,6 Prozent.

Abgesehen davon, daß der Hauptanteil der Bevölkerung gegenwärtig in Orten über 10 000 Einwohner liegt und arbeitet, ist als interessant festzustellen, daß sich die Mobilität der Bevölkerung seit dem 19. Jahrhundert nahezu vollständig auf die beiden Ortsgrößenklassen unter 5 000 Einwohner und über 10 000 Einwohner konzentriert. Hingegen zeigt die Ortsgrößenklasse 5 000 bis 10 000 Einwohner nur eine sehr geringe Entwicklung (vergleiche Tabelle 4).

⁶ Im Beitrag wird nur von Orten oder von Siedlungen, nicht aber von Städten gesprochen, da es bislang keine eindeutige "Stadt-"definition gibt. Vgl. auch Witt-hauer, Kurt, Bevölkerungszahlen im Wandel. Lawine oder Aufgabe?, Gotha/Leipzig 1971, S. 75 f. = Geographische Bausteine, Neue Reihe, Nr. 7,

⁷ Statistisches Taschenbuch der Deutschen Demokratischen Republik 1975, Berlin 1975, S. 14.

Anzahl der Orte und Bevölkerungsanteil in Prozent (nach Ortsgrößenklassen)

Jahr	5 000 - 10 000 Einwohner		Über 10 000 Einwohner	
	Anzahl	Anteil	Anzahl	Anteil
1831	56	6,0	27	12,2
1852	80	7,0	45	17,5
1871	103	7,4	68	26,0

Die heutigen Werte korrespondieren weitgehend mit den Angaben aus dem Betrachtungszeitraum. Man möchte aus diesem Grund jene Ortsgrößenklasse als ein Übergangsglied zwischen den beiden anderen Klassen definieren. Wenn auch der Trend der Bevölkerungszunahme seit 1871 innerhalb der Größenklasse über 10 000 Einwohner erheblich anstieg, wurden die Wachstumsraten, die während der vierzig Jahre des Untersuchungszeitraumes unter den Bedingungen der Industriellen Revolution des Kapitalismus bestanden, nicht wieder erreicht.

In jener Zeit vergrößerte sich der Anteil der Bevölkerung in den Orten über 10 000 Einwohner auf mehr als das Doppelte und wuchs damit auf über 25 Prozent der Gesamtbevölkerungszahl an. Eine forcierte Entwicklung zeigt sich hier ebenfalls nach 1850. Mehr und mehr wird die Gesamtbevölkerungszunahme von den Orten ab 10 000 Einwohner absorbiert. Finden vor 1850 nur zirka 36 Prozent der Gesamtbevölkerungszunahme ihre Widerspiegelung in den Orten dieser Größenklasse, ist der entsprechende Betrag bis 1871 auf über 66 Prozent angestiegen, das heißt, die Wachstumsrate der Bevölkerung hat in den Orten dieser Größenordnung außerordentlich zugenommen, wohingegen die Bevölkerungszahl auf dem Land nur eine durchschnittliche bis geringe Steigerung aufwies, vielfach sogar eine rückläufige Tendenz erkennen ließ. Dieser Urbanisierungsprozeß stellte nicht nur quantitativ, sondern auch qualitativ neue Ansprüche an die städtische Infrastruktur, was dazu führte, daß sich diese immer mehr von der ländlichen entfernte und sich so der Gegensatz zwischen Stadt und Land weiter vertiefte.

Mit Berlin ist 1831 im Betrachtungsgebiet erst ein einziger Ort in einer Größenordnung von über 100 000 Einwohner vorhanden; die nächsten Orte, Dresden und Magdeburg, halten sich in der Größe heutiger Mittelstädte, und nach Leipzig mit seinen erst 43 000 Einwohnern zeigt sich eine große Lücke, bis Halle als der nächstkleinere Ort mit annähernd 25 000 Einwohnern folgt. So ragt bereits zu jener Zeit unter diesen Orten Berlin als "Leuchtturm" heraus. Jene vier größten Orte haben sich bis 1871 sämtlich zu Siedlungen mit einer Bevölkerungszahl von jeweils über 100 000 Einwohner entwickelt; unter ihnen nähert sich Berlin mit Riesenschritten der Millionengrenze (vergleiche Tabelle 5).

Berlin ist und bleibt der alles und alle überragende Siedlungsschwerpunkt. Das trifft nicht nur auf das Territorium der heutigen DDR zu, sondern gilt für das Deutschland des 19. Jahrhunderts allgemein. Die Entwicklung dieses Ortes mit einer derartigen Wachstumsrate im Betrachtungszeitraum zu einer derartigen Größenordnung in einem Gebiet, das sich durch auffallend niedrige Bevölkerungsentwicklung auszeichnet, ist ein Phänomen, das in der deutschen Siedlungsentwicklung jener Zeit seinesgleichen sucht.

Tabelle 5

Entwicklung der Einwohnerzahlen der größten Siedlungen im Untersuchungsgebiet in 1 000 (nach Ortsgrößenklassen) 1831 bis 1871

Jahr	Einwohner über 100 000		50 000 - 100 000		25 000 - 50 000	
1831	Berlin	249	Dresden	64	Magdeburg	47
					Leipzig	43
1851	Berlin	439	Magdeburg	72	Potsdam	41
	Dresden	104	(+ Magdeburg- Neustadt)		Halle	36
			Leipzig	66	Chemnitz (Karl- Marx-Stadt)	34
					Erfurt	33
					Frankfurt	32
1871	Berlin	826	Chemnitz (Karl- Marx-Stadt)	68	Potsdam	44
	Dresden	177			Erfurt	44
	Magdeburg (+ Magdeburg- Neustadt, Buckau)	115	Halle	53	Frankfurt	43
					Görlitz	42
	Leipzig	107			Rostock	31
					Zwickau	27
					Schwerin	27
					Stralsund	27
					Brandenburg	26
					Halberstadt	25

Die Wachstumsrate von Berlin über den gesamten Betrachtungszeitraum beträgt über 200 Prozent, was die enorme Entwicklung dieses Ortes unter kapitalistischen Produktionsbedingungen markiert. Eine noch höhere Zuwachsrate weisen nur die Orte des entstehenden westsächsischen Industriegebietes (Zwickau, Meerane, Glauchau, Chemnitz) mit Werten zwischen 346 Prozent und 249 Prozent sowie der niederschlesisch-lausitzische Stadort Görlitz mit 292 Prozent auf. Die westsächsischen Orte entwickeln sich sämtlich zu Siedlungen mittlerer Größenordnung und besitzen 1871 zusammen 137 000 Einwohner, erreichen damit aber bei weitem noch nicht die Einwohnerzahl von Berlin und unterstreichen auch auf diese Weise die herausragende Stellung Berlins. Görlitz besitzt 1871 eine Größenordnung von 42 000 Einwohnern

Vergleicht man abschließend für den Zeitraum vor und nach 1850 noch die Anzahl und die regionale Zuordnung der Orte, deren Wachstumsrate jeweils um mehr als 100 Prozent über dem Steigerungskoeffizienten der Gesamtzunahme der Bevölkerung in beiden Etappen liegt, zeigt sich eine Zunahme dieser Orte für die Zeit nach 1850. Diese Zunahme verläuft proportional zur allgemeinen Entwicklung,

wenngleich auch eine leichte Steigerung (von 16 Prozent auf 18 Prozent) zu erkennen ist und besonders die Ortsgrößenklassen ab 10 000 Einwohner erfaßt.

In der regionalen Zuordnung der Orte mit besonders hohen Wachstumsraten läßt sich für den Zeitraum nach 1850 eine eindeutige Hinwendung zu den Gebieten herausragender Bevölkerungszunahme erkennen; 23 von 31 Orten haben hier ihren Platz (für die Zeit vor 1850 betrug die Relation 11 zu 20). Diese Orte mit ihren überragenden Wachstumsraten sind die eigentlichen Zentren der Bevölkerungszunahme. In den Gebieten herausragender Bevölkerungszunahme konzentrieren sich im Zeitraum vor 1850 in diesen Orten reichlich 50 Prozent der Bevölkerungszunahme; dieser Betrag steigt im Zeitraum nach 1850 auf etwas mehr als 70 Prozent an, von denen wiederum 90 Prozent (!) allein von den Orten über 10 000 Einwohner aufgenommen werden. Orte mit höheren Einwohnerzahlen und Gebiete herausragender Bevölkerungszunahme sind in vielen Fällen Bestandteile der qualitativ gleichen Regionalstruktur der Bevölkerungsverteilung, so daß man formulieren kann: Orte mit höheren Einwohnerzahlen sind im allgemeinen integrierte Bestandteile der Gebiete herausragender Bevölkerungszunahme und stellen in ihnen wegen ihrer hohen Wachstumsraten den dominierenden Standort der Bevölkerungszunahme dar. Außerhalb dieser Gebiete liegende Orte mit höheren Einwohnerzahlen erreichen demgegenüber in der Regel kaum die Hälfte des Steigerungskoeffizienten der Gesamtzunahme der Bevölkerung; sie besitzen kleine Wachstumsraten und zeigen eine geringere Entwicklung.

Zusammenfassend läßt sich feststellen: Die Entwicklung der regionalen Bevölkerungsverteilung vollzieht sich in voller Übereinstimmung mit dem Prozeß der Industriellen Revolution des Kapitalismus und der in ihr wirkenden Gesetzmäßigkeiten der kapitalistischen Produktion. Auf dem Hintergrund einer relativ homogen verteilten Bevölkerungsdichte (im Norden des Untersuchungsgebietes, mit Ausnahme von Berlin, unterdurchschnittlich, im Süden überdurchschnittlich) geht besonders nach 1850 eine räumliche Entwicklung der Bevölkerungsverteilung vor sich, die auf eine hochgradige Bevölkerungskonzentration zusteuert. So zeigt sich in den Gebieten mit einer überdurchschnittlichen Bevölkerungsdichte nach 1850 eine Bevölkerungszunahme, die annähernd neunmal so hoch ist wie in den Gebieten mit einer unterdurchschnittlichen Bevölkerungsdichte. Aber der Trend geht nicht nur zu einer räumlichen Konzentration der Bevölkerungsverteilung, sondern in der räumlichen Entwicklung der Bevölkerungsverteilung zeigt sich darüber hinaus zwischen den Extremwerten der Bevölkerungsdichte zunehmend ein Polarisierungsprozeß, der die Gegensätze innerhalb dieser Entwicklung außerordentlich verschärft.

In den Gebieten mit überdurchschnittlicher Bevölkerungsdichte liegen generell die Areale maximalen Bevölkerungswachstums. Innerhalb des Betrachtungszeitraumes vereinigen sie auf sich mehr als 40 Prozent der gesamten Bevölkerungszunahme, nehmen aber hinsichtlich der Fläche jedoch noch nicht einmal 4 Prozent des Untersuchungsgebietes ein. Als Pendant dazu figurieren die Gebiete mit einer absoluten Bevölkerungsabnahme, die sich besonders nach 1850 herausbilden und ständig an Umfang zunehmen. Am Ende des Betrachtungszeitraumes besitzen nahezu 25 Prozent des Untersuchungsgebietes eine derartig negative Entwicklung. Gegenüber dem Zeitraum vor 1850 bedeutet das eine überaus hohe Zunahme, da zu jenem Zeitpunkt erst wenig mehr als 1 Prozent der Untersuchungsfläche hierzu zählten. Hinzu kommen die Areale mit einer nur geringen Bevölkerungszu-

nahme, die insbesondere nach 1850 gleichfalls eine überaus steigende Tendenz aufweisen und schließlich insgesamt ebenfalls über 25 Prozent der Untersuchungsfläche auf sich vereinigen. Umfangreiche Gebiete (53, 5 Prozent Fläche des Untersuchungsgebietes) mit einer nur geringen Bevölkerungszunahme bzw. absoluten Bevölkerungsabnahmen stehen also einer bemerkenswert kleinen Fläche (7, 8 Prozent Fläche des Untersuchungsgebietes) mit herausragender bzw. maximaler Bevölkerungszunahme gegenüber: Das ist das Resultat der Polarisierungsentwicklung in der räumlichen Verteilung der Bevölkerung am Ende des Untersuchungszeitraumes. Was für ein Gegensatz gegenüber dem Beginn des Untersuchungszeitraumes, als beide Extremgruppen etwa gleichgroße Flächenwerte (7 bis 8 Prozent) einnahmen!


Auch die Orte höherer Einwohnerzahlen nehmen sowohl hinsichtlich ihrer Anzahl als auch der in ihnen lebenden Einwohner zahlenmäßig zu. Einem Ort über 100 000 Einwohner (Berlin) zu Beginn des Betrachtungszeitraumes stehen 1871 vier Orte dieser Größenklasse gegenüber, unter denen Berlin mit Riesenschritten auf die Millionengrenze zusteuert. Es zeigt sich weiter, daß der Schwerpunkt der tatsächlichen Bevölkerungszunahme sich mehr und mehr auf die Orte mit mehr als 10 000 Einwohnern konzentriert. Als Zentren der entstehenden industriellen Produktion erreichen sie im Zuge der kapitalistischen Entwicklung eine Bevölkerungszunahme mit teilweise enormen Steigerungsraten. Der Urbanisierungsprozeß schreitet unter diesen Bedingungen besonders nach 1850 bedeutend voran. Demgegenüber erfährt die Zunahme der Landbevölkerung nur eine geringe Steigerung, vielfach geht sie sogar zurück. Als relative Überbevölkerung unter den Bedingungen kapitalistischer Produktion wird sie zur Quelle der steigenden Migrationen, die in Deutschland besonders in der Zeit nach 1850 stark an Bedeutung zunehmen und beachtliche räumliche Bevölkerungsverschiebungen mit verursachen.


So zeigt sich sehr deutlich, daß die Industrielle Revolution des Kapitalismus die räumliche Struktur der Bevölkerungsverteilung völlig veränderte und in diesem Prozeß nach der Zerstörung der alten, überkommenen Produktionsverhältnissen entsprechenden, regionalen Verteilung eine neue regionale Struktur der Bevölkerungsverteilung hervorbrachte, die auf die Verwertungsbedingungen des Kapitals ausgerichtet ist und auf den Gesetzmäßigkeiten der kapitalistischen Produktion beruht.

Gebiete extremer Bevölkerungsentwicklung auf dem Territorium der DDR
(1831/1852)


Bevölkerungszunahme

 maximal

 herausragend

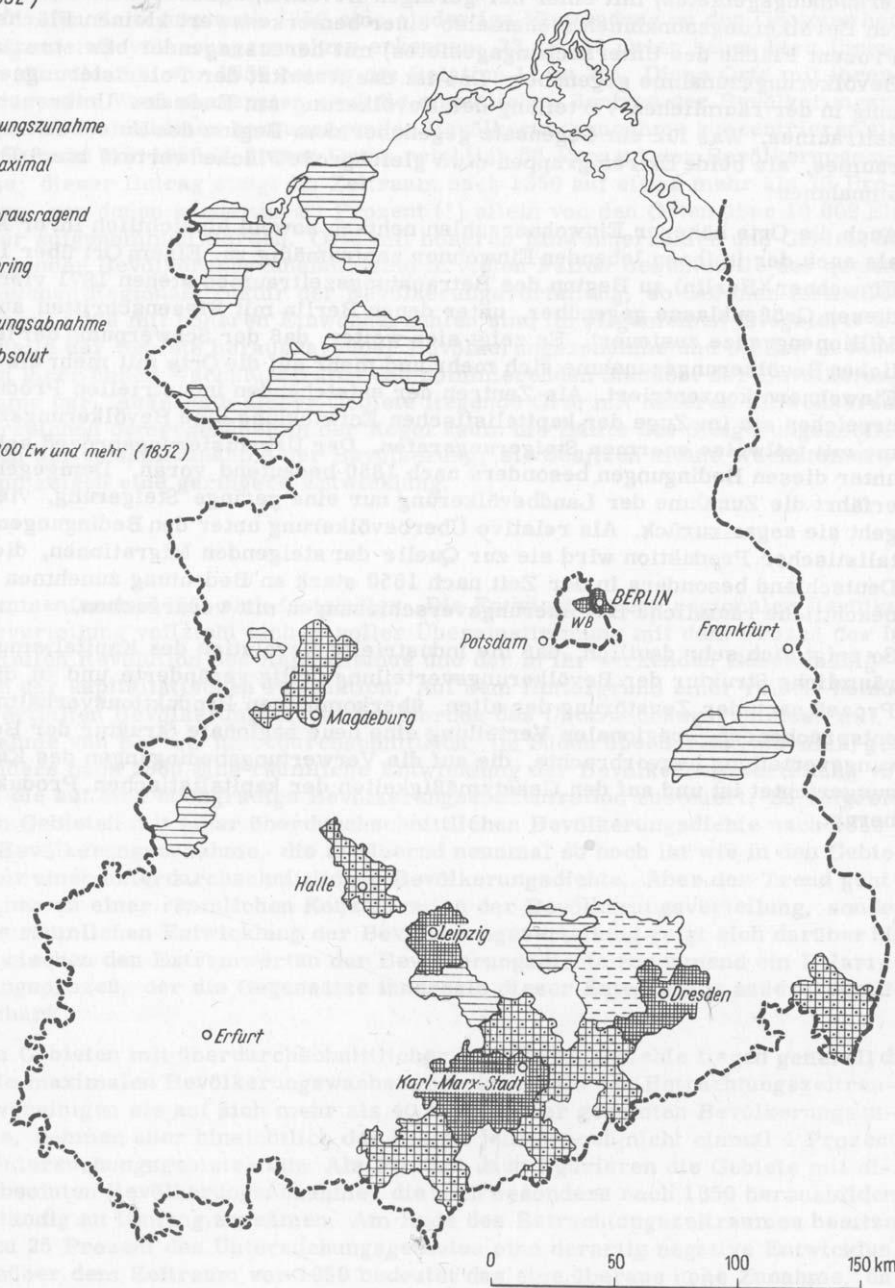
 gering

Bevölkerungsabnahme

 absolut

Ort

○ 25000 Ew und mehr (1852)




Gebiete extremer Bevölkerungsentwicklung auf dem Territorium der DDR
(1852/1871)


Bevölkerungszunahme

 maximal


 herausragend

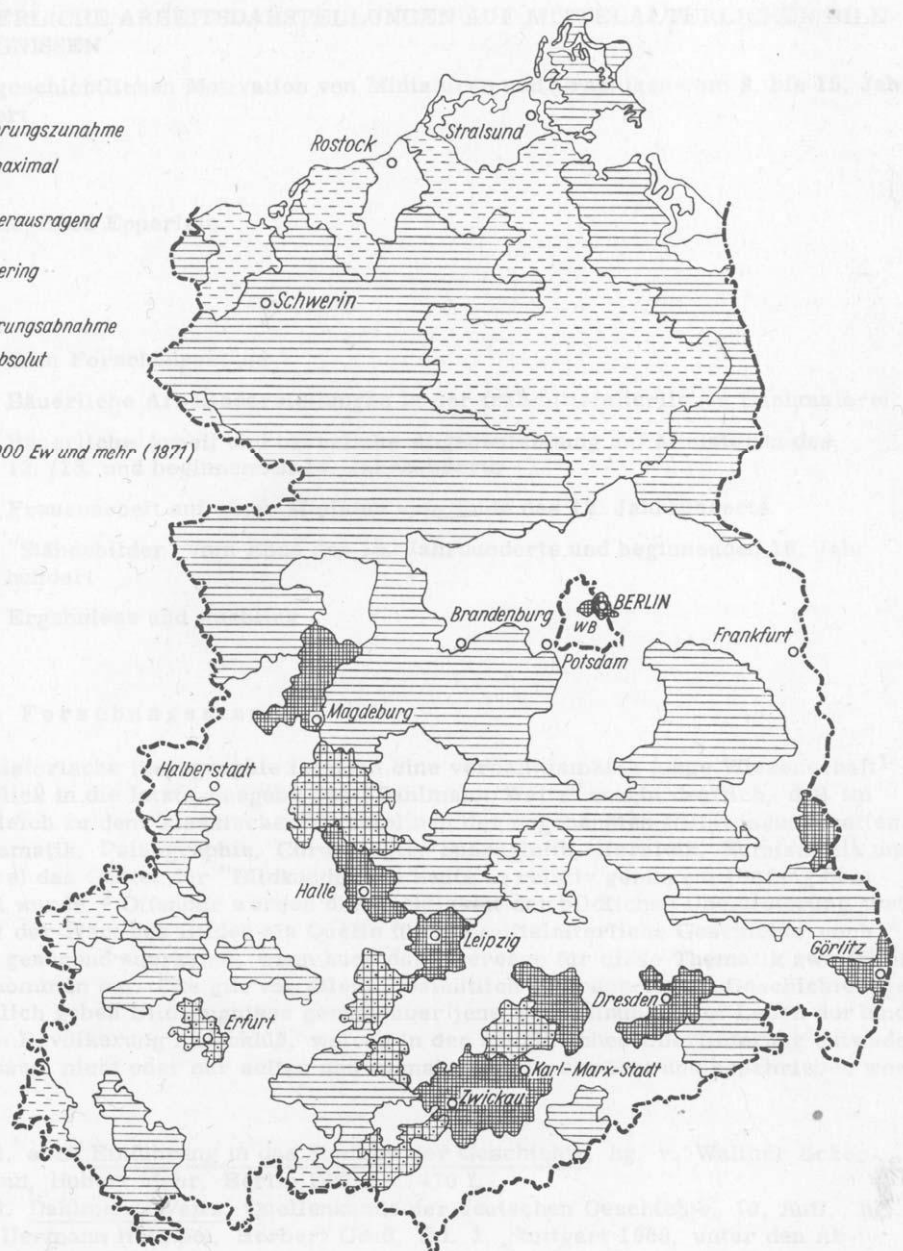
 gering

Bevölkerungsabnahme

 absolut

Ort

 25 000 Ew und mehr (1871)



0 50 100 150 km

BÄUERLICHE ARBEITSDARSTELLUNGEN AUF MITTELALTERLICHEN BILDZEUGNISSEN

Zur geschichtlichen Motivation von Miniaturen und Graphiken vom 9. bis 15. Jahrhundert

von Siegfried Epperlein

Zum Forschungsstand

Bäuerliche Arbeitsdarstellungen in der frühmittelalterlichen Buchmalerei

Bäuerliche Arbeit und bäuerliche Abgabenleistung auf Miniaturen des 12. /13. und beginnenden 14. Jahrhunderts

Frauenarbeit auf einer Miniatur vom Ende des 12. Jahrhunderts

"Ständebilder" vom Ende des 15. Jahrhunderts und beginnenden 16. Jahrhundert

Ergebnisse und Ausblick

Zum Forschungsstand

Die historische Ikonographie ist noch eine verhältnismäßig junge Wissenschaft¹ - ein Blick in die letzte Ausgabe des "Dahlmann/Waitz" macht deutlich, daß im Vergleich zu den "klassischen" Disziplinen der sogenannten Hilfswissenschaften (Diplomatik, Paläographie, Chronologie, Sphragistik, Heraldik, Numismatik und andere) das Gebiet der "Bildkunde" bis heute in relativ geringem Umfang bearbeitet wurde.² Offenbar werden die Wichtigkeit der bildlichen Überlieferung und damit der Wert des Bildes als Quelle für die mittelalterliche Geschichte noch nicht genügend anerkannt, wenn auch das Interesse für diese Thematik zweifellos zugenommen hat. Das gilt vor allem hinsichtlich der bäuerlichen Geschichte. Bekanntlich geben Bildzeugnisse gerade über jene Erscheinungen im Leben der ländlichen Bevölkerung Aufschluß, welche in der schriftlichen Überlieferung entweder überhaupt nicht oder nur selten und ausnahmsweise erwähnt und beschrieben wer-

1 Vgl. auch Einführung in das Studium der Geschichte, hg. v. Walther Eckermann, Hubert Mohr, Berlin 1966, S. 470 f.

2 Vgl. Dahlmann/Waitz, Quellenkunde der deutschen Geschichte, 10. Aufl., hg. v. Hermann Heimpel, Herbert Geuß, Bd. 1, Stuttgart 1969, unter den Abschnitten: Chronologie, Kalenderkunst, Numismatik, Volkstum, Bauern, öffentliche Meinung und Publizistik (Bildpublizistik); ebenda, Bd. 2, Stuttgart 1971: Bildende Künste, Ikonographie.

den³: die bäuerliche Arbeit in den verschiedenen Jahreszeiten, Werkzeuge und Geräte der bäuerlichen Wirtschaft, Arbeitsvorgänge, Arbeitsfertigkeit und andere. In dieser Beziehung haben Studien aus dem Bereich der Volkskunde, der Kunst- und Kulturgeschichte unsere Kenntnisse teilweise beträchtlich erweitert.

Allerdings überwog dort, wo man sich mit entsprechenden Bildzeugnissen beschäftigte, eine beschreibende Betrachtungsweise, während das historisch-genetische Herangehen bei der Analyse des Bildmaterials weitgehend fehlte. Das gilt beispielsweise für Paul Brandt⁴, der im Anschluß an Alois Riegl⁵ erstmals innerhalb der bürgerlichen deutschen Geschichtsschreibung in einem größer angelegten Werk unter anderem das "Arbeitsbild im mittelalterlichen Monatszyklus", also die Darstellung bäuerlicher Arbeiten in den verschiedenen Jahreszeiten, untersuchte.

In neuerer Zeit forderte die Dopsch-Schülerin Erna Patzelt⁶ in einem programmatisch angelegten Aufsatz, das Bild "als urkundliche Quelle der Wirtschaftsgeschichte" generell auszuwerten und dabei auch die bäuerliche Geschichte zu berücksichtigen. "Das Ziel ist", führte sie aus, "ein vollständiges Verzeichnis aller auf europäischem Boden vorhandenen Bildquellen zu publizieren, die für die Wirtschaftsgeschichte etwas aussagen können, ein Standortrepertorium der wirtschaftsgeschichtlichen Bilder." ⁷ Dabei solle an bereits vorhandene, beschreibende Verzeichnisse illuminierter Handschriften angeknüpft werden. Eine solche, sicher wichtige und nützliche Gesamterfassung von Bildbeständen unter wirtschaftsgeschichtlichem Aspekt konnte bis heute jedoch nicht verwirklicht werden.

Relativ ausführlich wurde die mittelalterliche bäuerliche Geschichte in dem 1968 erschienenen "Athenaion. Bilderatlas zur deutschen Geschichte" berücksichtigt.

3 Vgl. Einführung in das Studium der Geschichte, a. a. O., S. 309 f.

4 Brandt, Paul, Schaffende Arbeit und bildende Kunst, Bd. 1, Leipzig 1927, bes. S. 145 f.

5 Riegl, Alois, Die mittelalterlichen Kalenderillustrationen, in: Mitteilungen des Instituts für oesterreichische Geschichtsforschung, Bd. 10, 1889, S. 1 ff.; vgl. zu dieser speziellen Thematik auch Webster, James Carson, The labors of the months in antique and medieval art to the end of the 12th century, Princeton 1938; vgl. dazu die kritischen Ausführungen in: Speculum, Bd. 16, 1941, S. 131 f.

6 Patzelt, Erna, Das Bild als urkundliche Quelle der Wirtschaftsgeschichte, in: Archivische Zeitschrift, Bd. 50/51, 1955, S. 245 f.

7 Ebenda, S. 252. - 1929 fand in Amsterdam eine internationale Ausstellung statt, die die Entwicklung des wirtschaftlichen Lebens in Europa vom 8. - 19. Jh. bildmäßig zu erfassen und darzustellen suchte. Patzelt übernahm dafür die Sammlung von Bildmaterial aus Österreich und der Tschechoslowakei, besuchte zu diesem Zweck Museen, Bibliotheken und Archive dieser Länder, wo sie illuminierte Handschriften durchsah. Das gesamte, für die Ausstellung (Internat. Econom. Hist. Tentoonstelling) erarbeitete Material wurde in Listen erfaßt und lag im Sekretariat der Ausstellung aus (Het Econ. Hist. Archif, s'Gravenhage). Damit wurden erstmalig in größerem Umfang Bildzeugnisse zur Wirtschaftsgeschichte aus dem west- und mitteleuropäischen Raum zusammengestellt. Vgl. auch Pauer, Hans, Bildkunde und Geschichtswissenschaft, in: Mitteilungen des Instituts für oesterreichische Geschichtsforschung, Bd. 71, 1963, S. 194 f.

Den entsprechenden Abschnitt verfaßte Hartmut Boockmann.⁸ Nach einleitenden Bemerkungen folgt ein "Tafelteil". Die dort enthaltenen Bildzeugnisse werden in den "Erläuterungen" kurz beschrieben, Entstehungszeit und Provenienz der Abbildungen werden angegeben. Ein Literaturverzeichnis über "Bildquellen des Mittelalters" beschließt das Werk. Damit werden zweifellos einige wichtige formale Forderungen erfüllt, die an die Publikation eines Bildbandes gestellt werden müssen. Doch ist die in der "Einleitung" versuchte Einbettung des gebotenen Bildmaterials in die geschichtliche Entwicklung recht fragmentarisch und vermag nicht zu überzeugen. Das gilt besonders für die Behandlung der bäuerlichen Geschichte, die Boockmann unter dem Aspekt einer Harmonisierung der tatsächlich existierenden Klassengegensätze im Sinne der "Schutz-und-Schirm"-Theorie Otto Brunners und Karl Bosls konzeptionell zu fassen sucht.

In der marxistischen Geschichtsforschung, die im Gegensatz zur bürgerlichen Historiographie im Wirken der Volksmassen die entscheidende historische Triebkraft erblickt, gibt es seit geraumer Zeit Studien, die der Widerspiegelung des bäuerlichen Lebens in der bildlichen Überlieferung des Mittelalters besondere Aufmerksamkeit widmen. Hier ist vor allem ein 1967 in deutscher Sprache erschienener Bildband zu nennen, in dem tschechoslowakische Historiker "Arbeitsmotive auf alten Abbildungen" zusammengestellt haben.⁹ Die Bildzeugnisse werden nach dem Original farbig reproduziert, datiert und inhaltlich kurz gekennzeichnet. Die genaue Angabe der Handschrift, in der sich die jeweilige Miniatur befindet, sowie Verweise auf die wichtigste kunstgeschichtliche Literatur erleichtern weitere Forschungen.

Der "ikonographische Atlas" ist thematisch recht weit gefaßt und behandelt die Tätigkeit von Landwirten, Fischern, Handwerkern, Fuhrleuten, Kaufleuten, Bergarbeitern, Manufakturarbeitern, Schreibern, Künstlern, Lehrern und Gelehrten im Spiegel der Wandmalerei, Tafelmalerei, Buchmalerei usw., soweit die entsprechenden Belege in Böhmen, Mähren und der Slowakei in der Zeit vom 11. bis zum 17. Jahrhundert nachweisbar sind.

In der DDR gibt es seit einigen Jahren erste Forschungsansätze, die darauf abzielen, aus mittelalterlichen Bildquellen Aufschluß über die Entwicklung der Produktivkräfte in der Feudalepoche namentlich innerhalb der bäuerlichen Wirtschaft zu gewinnen. Dieser Aufgabe haben sich an der Akademie der Wissenschaften der DDR sowohl Volkskundler¹⁰ als auch Wirtschaftshistoriker zugewendet. Als er-

8 Athenaion. Bilderatlas zur deutschen Geschichte, hg. v. Herbert Jankuhn, Hartmut Boockmann, Wilhelm Treue, Frankfurt (Main) 1968, S. 31 f. = Handbuch der deutschen Geschichte, hg. v. Leo Just, Bd. 5; vgl. auch Boockmann, Hartmut, Über den Aussagewert von Bildquellen zur Geschichte des Mittelalters, in: Wissenschaft, Wirtschaft und Technik, W. Treue zum 60. Geburtstag, hg. v. Karl-Heinz Manegold, München 1969, S. 29 f. Boockmann geht hier der Frage nach, ob es im Mittelalter authentische Porträts wichtiger Personen und exakte bildliche Darstellungen bedeutender Ereignisse aus dem Bereich der politischen Geschichte gibt.

9 Husa, Václav/Petraň, Josef/Subrtová, Alena, Homo faber, deutsche Ausgabe, Prag 1967.

10 Vgl. Jacobeit, Wolfgang, Volkskunde und Geschichte der Produktivkräfte, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1966, T. 1, S. 181 f. - Jacobeit fordert mit Recht die Anwendung einer "komplexen Methode" bei der Erforschung der Produktivkräfte, die nur in Zusammenarbeit von Wirtschafts-, Rechts-,

stes Ergebnis solcher Arbeiten publizierte das Institut für Wirtschaftsgeschichte 1969 einen Bildband zur Entwicklung der Produktivkräfte bis zum Beginn der Industriellen Revolution.¹¹ Dieses Werk ist im Vergleich zu der eben erwähnten tschechischen Veröffentlichung in seiner theoretischen Grundlegung einer noch ausstehenden, wissenschaftlich fundierten Geschichte der Produktivkräfte konzeptionell etwas umfassender angelegt.¹² So wird mit Recht darauf verwiesen, daß von bürgerlichen Wissenschaftlern verfaßte Darstellungen zur Geschichte der Technik vorzugsweise nur einzelne, zum Teil sehr spezialisierte technische Bereiche untersuchen. Damit werde aber die technische Entwicklung "in eine Summe selbständiger Linien zerlegt, die durch die Geschichte laufen und nebeneinander stehen". Die isolierte Analyse der Entwicklung eines Produktionsinstrumentes muß zwangsläufig in einer reinen Faktologie steckenbleiben, da die Gesetzmäßigkeit der gesellschaftlichen Produktivkräfte nur aus ihrem Systemcharakter zu erfassen ist.¹³ Um auch "im Bilde" Entwicklungszusammenhänge zu verdeutlichen, werden einzelne Abbildungen zu sach- und problembezogenen Gruppen vereint.¹⁴

Soll aus den eben in Auswahl aufgeführten Monographien und Aufsätzen bürgerlicher und marxistischer Historiker ein erstes Fazit gezogen werden, so ist festzustellen, daß aus dem Bereich der Buchmalerei und der Graphik Bildmaterial

Agrar-, Kunst- und Kulturhistorikern zu bewältigen sei. Im Zusammenhang mit entsprechenden Arbeiten wurde im Wissenschaftsbereich Volkskunde/Kulturgeschichte des Zentralinstituts für Geschichte der Akademie der Wissenschaften der DDR zu Berlin ein Bildarchiv mit etwa 2 500 Belegen über bäuerliche Arbeit und Wirtschaft - auch aus der Zeit der Feudalepoche - angelegt. Eine Auswertung wurde bisher nicht vorgenommen. Vgl. auch derselbe, Die Volkskunde - eine eigenständige historische Disziplin, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, Nr. 4/1974, S. 443 f. - Zur Problemstellung in der bürgerlichen deutschen Volkskundeforschung vgl. Hansen, Wilhelm, Die Dokumentation historischer Bildquellen der Arbeits- und Geräteforschung, in: Arbeit und Gerät in volkskundlicher Dokumentation, hg. v. Wilhelm Hansen, Münster 1969, S. 37, 45; derselbe, Arbeit und Gerät in historischen Bilddokumenten, in: Volkskunde, Bd. 72, 1971, S. 299 ff. - Kulturgeschichtlich orientiert sind: Le Goff, Jacques, La civilisation de l'occident médiéval, Paris 1964; deutsche Ausgabe: derselbe, Kultur des europäischen Mittelalters, München/Zürich 1970, bes. S. 335 f. (Technik und Wirtschaft); Higgs, John, The Land, in: A visual history of modern Britain, hg. v. Jack Simmons, London 1964; dagegen berücksichtigt Schnack, Fr., Die Welt der Arbeit in der Kunst, Stuttgart 1965, S. 11 f. (Das Arbeitsbild in den Jahrhunderten), die bildliche Überlieferung des Mittelalters nicht.

11 Jonas, Wolfgang/Linsbauer, Valentine/Marx, Helga, Die Produktivkräfte in der Geschichte. Von den Anfängen in der Urgemeinschaft bis zum Beginn der Industriellen Revolution, hg. v. Wolfgang Jonas, Berlin 1969.

12 Ebenda, S. 10 ff. (Von der künstlichen Erzeugung des Feuers zur wissenschaftlich-technischen Revolution).

13 Ebenda, S. 38.

14 Ebenda, S. 150. - Diesem Zweck dient auch eine synchronoptische Tabelle; vgl. dazu ebenda, S. 38; unverständlich bleibt, warum beispielsweise bei der Erörterung von natürlichen Antriebskräften (Wasser, Wind) ungeachtet des bestehenden Zusammenhangs auf S. 188 nur die Windmühle und davon getrennt S. 204 die Wassermühle behandelt wird.

zur mittelalterlichen bäuerlichen Geschichte Westeuropas, aber auch Mittel- und Osteuropas zusammengetragen wurde. Doch führte eine immer spezieller werdende Untersuchungsmethodik dazu, daß man sich allzu einseitig auf die Beschreibung und Erläuterung der Graphiken und Miniaturen, also auf den Inhalt der jeweiligen Bilder, konzentrierte. Dagegen hat man sich eigentlich kaum die Frage vorgelegt, warum "der Bauer" der mittelalterlichen Kunst überhaupt darstellungswürdig erschien. Schon allein der Tatbestand, daß Motive aus dem Leben der ländlichen Bevölkerung Eingang in die Buchmalerei und Graphik fanden, ist symptomatisch und hat Quellenwert. Damit stellt sich die weitergehende Frage, welche historischen Voraussetzungen jeweils zur bildlichen Darstellung der Bauern in den verschiedenen Zeitabschnitten mittelalterlicher Geschichte führten - ein Problem, dessen befriedigende Lösung es erst ermöglichen dürfte, der volkskundlichen und kulturhistorischen Auswertung des jeweiligen Bildzeugnisses eine geschichtliche Perspektive zu geben. Eine noch so präzise Analyse des Bildinhaltes steht letztlich doch mehr oder weniger beziehungslos im Raum, wenn nicht geklärt wird, in welchem geschichtlichen Milieu das Bild wurzelt. Diese Frage nach dem gesellschaftlichen Hintergrund müßte eigentlich der Ausgangspunkt jeder "historischen Bildkunde" sein. Es ist jedoch bezeichnend für den gegenwärtigen Forschungsstand, daß wir es hier mit einer Forderung, keineswegs aber schon mit einem erreichten Zustand zu tun haben.

In den folgenden Ausführungen soll anhand von ausgewählten Beispielen aus dem frühen, hohen und späten Mittelalter versucht werden, die Frage zu klären, warum und unter welchen geschichtlichen Voraussetzungen Motive aus dem Lebensbereich der ländlichen Bevölkerung Eingang in die mittelalterliche Buchmalerei und Graphik finden konnten.

Bäuerliche Arbeitsdarstellungen in der frühmittelalterlichen Buchmalerei

Die ältesten, im frühen Mittelalter in Westeuropa nachweisbaren bildlichen Darstellungen landwirtschaftlicher Tätigkeiten begegnen uns auf Miniaturen, die in Kalendarien den einzelnen Monaten beigefügt wurden (sogenannte Monatsbilder). Die frühesten Belege bäuerlicher "Arbeitsbilder" stammen aus Salzburg und wurden im ersten Drittel des 9. Jahrhunderts angefertigt.¹⁵ (Abb. 1) Auf diesen Monatsbildern fehlen die für antike Darstellungen typischen Attribute, wie Planeten und Tierkreiszeichen, an denen bereits die im Auftrage Karls des Großen zwischen 789 und 791 verfaßten "Libri Carolini" Anstoß genommen hatten.¹⁶ Der Einfluß der sich im 8. und 9. Jahrhundert immer stärker durchsetzenden christlichen Religion führte dazu, daß diese heidnischen Symbole weggelassen wurden.

Der Inhalt unserer Miniaturen stimmt weitgehend mit Monatsgedichten überein, die zu Beginn des zweiten Drittels des 9. Jahrhunderts ebenfalls in Salzburg ent-

15 Vgl. zuletzt Stern, H., *Poésies et représentations carolingiennes et byzantines des mois*, in: *Revue d'archéologique*, Bd. 45, 1955, S. 142, 166.

16 *Monumenta Germaniae Historica* (im folgenden: MGH), *Concilia, Supplementum, Libri Carolini*, Bd. 3, Kap. 23, S. 151; vgl. Bastgen, H., *Die Capitularia Karls des Großen über die Bilder oder die sogenannten Libri Carolini*, in: *Neues Archiv für ältere deutsche Geschichtskunde*, Bd. 36, 1911, S. 645; Bd. 37, 1912, S. 13 ff.

standen und wahrscheinlich für diese Bilder verfaßt wurden.¹⁷ Nicht nur in der Buchmalerei, sondern auch in der Dichtung wurden also im frühen Mittelalter Motive aus dem Wirken der ländlichen Bevölkerung - wenn auch zunächst in recht begrenztem Umfang - berücksichtigt. Der im Bilde den einzelnen Monat kennzeichnende Arbeitsvorgang wird in den beigegebenen Versen mit wenigen Worten geschildert. Das Junibild zeigt beispielsweise einen Mann, der mit einem bis zu den Knien reichenden Kittel bekleidet ist. Er pflügt mit einem Jochhaken, dem zwei Ochsen vorgespannt sind. Mit dieser Szene sollte offenbar die Vorbereitung der Brache für die im Herbst erfolgende Aussaat verdeutlicht werden. Dazu heißt es im zugehörigen Vers: Der Juni "reißt mit gekrümmtem Hakenflug das Erdreich auf".¹⁸ Das Julibild, das einen Bauern mit Sense mit stark gekrümmtem Baum zeigt, wird folgendermaßen erläutert: "Der Juli trägt auf der Schulter die scharf geschliffene Sense und schickt sich an, die gräserreichen Wiesen zu schneiden."¹⁹

Den Gebrauch der Sense im fränkischen Reich im 9. Jahrhundert bezeugen auch Inventare königlicher Grundherrschaften, wo neben der Sichel (lateinisch "falcula") die Sense (lateinisch "falx") genannt wird.²⁰ Dabei ist zu beachten, daß im frühen Mittelalter mit der Sense vor allem das Gras gemäht wurde, während man beim Kornschnitt die Sichel verwendete.²¹ Dementsprechend wird der Monat August durch einen Bauern bei der Getreideernte veranschaulicht, "mit der sich die Scheunen füllen".²² Mit der Sichel schneidet er den mit der linken Hand gehaltenen Halm ab. Die Halme blieben etwa in halber Höhe stehen und dienten dem nach der Ernte weidenden Vieh als Futter.

Für den September wird in sehr einfacher Weise die Aussaat für das Wintergetreide angedeutet. Dabei wird der Samen dem Bilde nach in die mit dem Haken aufgerissene Furche gestreut. Eine Schollenwendung, wie sie später der Beetpflug vollbrachte, ist nicht erkennbar. Das Oktoberbild ist der Weinernte gewidmet, wobei allerdings der zugehörige Vers, über das bildlich Dargestellte hinausgehend, noch vom Stampfen der Trauben "mit nacktem Fuß" spricht.²³ Für die Monate November und Dezember wird eine gemeinsame größere Szene gebracht, in deren Mittelpunkt das Schweineschlachten steht.²⁴

17 Vgl. Swarzenski, Georg, Die Salzburger Buchmalerei von den ersten Anfängen bis zur Blütezeit des romanischen Stils, Bd. 1, Leipzig 1913, S. 12 f., 16. - Swarzenski gehört zu den wenigen bürgerlichen Kunsthistorikern, die sich bemühen, die frühmittelalterliche Buchmalerei in größere geschichtliche Zusammenhänge zu stellen; Webster, James Carson, a. a. O., S. 40, nimmt dagegen an, daß der "Illuminator" von den Versen inspiriert wurde. Eine völlig eindeutige Klärung ist infolge der ungünstigen Quellenlage nicht möglich.

18 Vgl. MGH, Poetae latini medii aevi, Bd. 2, hg. v. E. Dümmler, Berlin 1884, S. 646, Z. 10 f.: "Junius incurvo proscindit vomere terram ..."

19 Ebenda: "Quintilis falcem collo dum vectat acutam. Herbida pratorum rura secare cupit."

20 Vgl. MGH, Legum sectio, Bd. 2: Capitularia regum Francorum, hg. v. Alfredus Boretius, Bd. 1, Hannover 1883, Nr. 128 (um 810), S. 252, Z. 7 - 8; S. 254, Z. 14.

21 Vgl. Lühning, Albert, Die schneidenden Erntegeräte. Technologie, Entwicklung und Verbreitung unter besonderer Berücksichtigung Nordwestdeutschlands, phil. Diss. Göttingen 1951, S. 85 f.

22 MGH, Poetae latini medii aevi, Bd. 2, a. a. O., S. 646, Z. 13 f.: "Sextilis segetes, quibus horrea repleat, unco succidit chalibe sive metit stipulas ..."

23 Ebenda, S. 646, Z. 20.

24 Eine farbige Abbildung der Salzburger Kalenderbilder zuletzt bei Bullough,

Die in den Salzburger Monatsversen nur sehr kurz geschilderten bäuerlichen Arbeiten werden lebendiger und anschaulicher in einem Kalendergedicht beschrieben, das der gelehrte Mönch Wandelbert aus der Benediktinerabtei Prüm in der Eifel um die Mitte des 9. Jahrhunderts "über die Namen, die Tierkreiszeichen, die landwirtschaftlichen Arbeiten und die meteorologischen Vorgänge der 12 Monate" verfaßte. Was der Mönch in diesen Versen ausführte, steht in enger Beziehung zur mittelhheinischen Landschaft und beruht offenbar auf eigener Beobachtung der bäuerlichen Arbeit. Sie kannte der Benediktiner Wandelbert recht gut, wie es seine den einzelnen Monaten gewidmeten Verse zeigen. Im Januar wird das Holzfällen, im Februar das Säubern der Felder, im April das Pfählen des Weinstocks, im Juni die Grasmahd, im August die Getreideernte, im Oktober der Austrieb der Schweine zur Eichelmast, im November und Dezember schließlich das Schweineschlachten geschildert.²⁵

Natürlich stellt sich die Frage nach den geschichtlichen Motiven der eben skizzierten Entwicklung. Wie gestaltete sich der historische Hintergrund, der die Aufnahme bäuerlicher Arbeitsdarstellungen in die frühmittelalterliche Kunst erklärt und verständlich macht? Auffällig ist zunächst, daß die beiden eben angeführten Belege für eine Berücksichtigung bäuerlicher Arbeitsmotive in der Buchmalerei und in der Dichtung des 9. Jahrhunderts aus Kreisen des Benediktinermonchtums herkommen. Das ist insofern bemerkenswert, als diese Mönche bekanntlich in ihrer Ordensregel den Wert der Handarbeit besonders betonten und sich innerhalb der klösterlichen Wirtschaft selbst betätigten. Sie wirkten auf diese Weise gewissermaßen auch als "Vorbilder" für die ländliche Bevölkerung, zu deren mühseligem und entbehrungsreichem Leben sie offenbar, wie das Gedicht Wandelberts von Prüm zeigt, in relativ enger Beziehung standen. Von hier aus dürfte sich auch erklären, weshalb die Mönche an der Berücksichtigung des Bauern in der frühmittelalterlichen Buchmalerei²⁶, die sonst fast ausnahmslos der Versinnbildlichung des Gotteswortes diene und vor allem Szenen aus dem Leben Jesu Christi enthielt, besonderen Anteil hatten.²⁷ In diesen Miniaturen wurden im mittelalterlichen Westeuropa erstmals die in den einzelnen Jahreszeiten zu verrichtenden bäuerlichen Arbeiten über ein ganzes Jahr hinweg in Verbindung mit Monatsversen in Form eines Kalenderbildschemas wiedergegeben. Dabei rückte im Gegensatz zu spätantiken Kalenderillustrationen²⁸, wo Personifikationen

Donald, Karl der Große und seine Zeit, deutsche Ausgabe, Wiesbaden 1966, S. 145, jedoch ohne den Versuch einer geschichtlichen Einordnung der Miniaturen.

²⁵ MGH, Poetae latini medii aevi, Bd. 2, a. a. O., S. 604 f.; vgl. die deutsche Übersetzung von Herzsohn, P., in: Westdeutsche Zeitschrift für Geschichte und Kunst, Bd. 1, 1882, S. 281 f.

²⁶ Vgl. allgemein auch Mütterich, Florentine, Die Buchmalerei am Hofe Karls des Großen, in: Karl der Große. Lebenswerk und Nachleben, hg. v. Wolfgang Braunfels, Bd. 3: Karolingische Kunst, hg. v. Wolfgang Braunfels, Hermann Schnitzler, 3. Aufl. Düsseldorf 1966, S. 9 ff.

²⁷ Vgl. dazu auch Epperlein, Siegfried, Die sogenannte Freilassung in merowingischer und karolingischer Zeit. Ein Beitrag zur frühmittelalterlichen Sozial- und Wirtschaftspolitik, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1963, T. 4, S. 107 f.

²⁸ So etwa in dem sogenannten Römischen Chronographen von 354. Vgl. Strzygowsky, Josef, Die Kalenderbilder des Chronographen von 354, in: Jahrbuch des kaiserlichen deutschen archäologischen Instituts, Ergänzungsheft 1, Berlin 1888.

der verschiedenen Jahreszeiten ohne jeden Bezug zur bäuerlichen Arbeit dominierten, diese nun selbst eindeutig ins Zentrum des Bildes.

Die bei den Benediktinern zu beobachtende "positive" Einstellung zur bäuerlichen Arbeit läßt sich im frühen Mittelalter auch bei einem einflußreichen Repräsentanten der fränkischen Geistlichkeit zumindest im Ansatz erkennen: Hrabanus Maurus, der von 822 bis 842 dem Kloster Fulda vorstand, auf wirtschaftlichem Gebiet eine beträchtliche Aktivität entfaltete, eine zielbewußte Güterpolitik zugunsten des klösterlichen Grundbesitzes betrieb²⁹ und über Kenntnisse aus dem Bereich der Landwirtschaft verfügte³⁰. Letzteres zeigt sich unter anderem in seiner Schrift "De universo", die er um 844, wenige Jahre vor seiner Berufung zum Erzbischof von Mainz, verfaßte. Dabei ist bezeichnenderweise ein Kapitel dieser Abhandlung der "Bebauung der Äcker" (De cultura agrorum) gewidmet.³¹ Zunächst nennt Hraban die lateinischen Begriffe für verschiedene ländliche Arbeiten (Ackern, Düngen, Säen, Ernten und andere) und beschreibt diese kurz. Im Anschluß daran verweist der Geistliche auf Bibelstellen, wobei er diese Arbeiten mit dem Inhalt der Heiligen Schrift vergleicht. Der Bauer und Pflüger (arator, agricola) wird mit den Aposteln, den Heiligen und Priestern verglichen. Ackern heiße, das Amt des Predigens wahrnehmen. Die Aussaat wird mit dem Einstreuen des gepredigten Wortes in die Herzen der Gläubigen verglichen. In die Kornkammer des Herrn soll das gesammelte, in Garben gebundene Getreide gebracht werden. Die Schnitter verrichten mit ihrer Tätigkeit "gute Werke".³²

Natürlich möchte Hraban mit solchen Hinweisen in erster Linie dem Leser den Inhalt des jeweiligen Kapitels seiner Schrift besser verständlich machen. Gleichzeitig wird aber durch diese mehrfache Bezugnahme auf die Bibel der bäuerlichen Arbeit eine Wertschätzung zuteil, wie sie ihr etwa in der Antike völlig fehlte. Damals war die bäuerliche Arbeit Sklavenarbeit; sie galt als verachtungswürdig und erniedrigend. In der städtisch geprägten Anschauungswelt der Antike fehlten alle Voraussetzungen für eine Würdigung der Tätigkeit der Sklaven, die von den meist in der Stadt wohnenden Herren als "sprechende Werkzeuge" angesehen und entsprechend behandelt wurden. Im frühen Mittelalter trat demgegenüber ein tiefgreifender Wandel ein. Unter den Bedingungen völlig vorherrschender Naturalwirtschaft lebte die herrschende Klasse im Gegensatz zur Antike in einer viel unmittelbareren Beziehung zur ländlichen Umwelt und damit zum Bauern selbst. Unter diesen Bedingungen konnte es zu einer Neubewertung der Arbeit des ausgebeuteten feudalahhängigen Hörigen kommen, der ja auch in materieller Hinsicht besser gestellt war als der antike Sklave. Von hier aus gesehen wird man Karl Bosl³³ nicht zustimmen können, der jüngst die Meinung vertrat, daß das bäuerliche Wir-

29 Vgl. Metz, Wolfgang, Das karolingische Reichsgut, Berlin 1960, S. 48, 89 f.

30 Derselbe, Bemerkungen zum karolingischen Güterverzeichnis des Klosters zu Fulda, in: Fuldaer Geschichtsblätter, Bd. 32, 1956, S. 88 ff.

31 Migne, Patrologia Latina, Bd. 111, Paris 1852, Spalte 503 ff.

32 Ebenda, Spalte 504.

33 Vgl. Bosl, Karl, in: Handbuch der deutschen Wirtschafts- und Sozialgeschichte, hg. v. Hermann Aubin, Wolfgang Zorn, Bd. 1, Stuttgart 1971, S. 160; derselbe, in: Gebhardt, Bruno, Handbuch der deutschen Geschichte, Bd. 1, hg. v. Herbert Grundmann, 9. Aufl., Stuttgart 1970, S. 727; derselbe, Die Unfreiheit im Übergang von der archaischen Epoche zur Aufbruchperiode der mittelalterlichen Gesellschaft, in: Sitzungsberichte der bayerischen Akademie der Wissenschaften, philosophisch-historische Klasse, Nr. 1/1973, bes. S. 13.

ken im frühen Mittelalter verachtet wurde und Arbeit überhaupt bis ins 11. Jahrhundert "sozial deklassiert" habe. Sicher wird man beachten müssen, daß erst das wirtschaftlich erstarkte, politisch selbstbewußt gewordene Stadtbürgertum, wie es sich im hohen Mittelalter herausbildete, einer auf der eigenen Leistung gegründeten persönlichen Wertvorstellung endgültig zum Durchbruch verholfen hat, die sich von rein geburtsständisch, "feudal" bestimmten Auffassungen abhob.³⁴ Doch sollten die in der Phase der aufsteigenden feudalen Klassengesellschaft bereits im 9. Jahrhundert sichtbar werdenden Ansätze nicht übersehen werden, die erstmals in der mittelalterlichen Geschichte bei Angehörigen der herrschenden Klasse, besonders aber bei den Benediktinern, zu einer positiven Haltung hinsichtlich der Arbeit der ländlichen Bevölkerung führten.³⁵ Diese Mönche waren es auch, die um 1023 in der berühmten Benediktinerabtei Montecassino die bereits erwähnte "Enzyklopädie" des Hraban nicht nur abschrieben, sondern auch zusätzlich mit Miniaturen versehen. Bezeichnenderweise wurde dabei gerade das dem Ackerbau gewidmete Kapitel gut mit relativ anschaulichen Abbildungen ausgestattet³⁶ - ein Zeichen, daß die Mönche dem Leben des Bauern, seiner Wirtschaft weiterhin besondere Aufmerksamkeit zuwandten und auch Impulse zu einer künstlerischen Gestaltung entsprechender Motive gaben.

Bäuerliche Arbeit und bäuerliche Abgabenleistung auf Miniaturen des 12./13. und beginnenden 14. Jahrhunderts

Im Vergleich zu den wenigen, ihrer ganzen Anlage nach sehr einfachen bäuerlichen Arbeitsdarstellungen, die aus dem frühen Mittelalter überliefert sind, verfügen wir seit dem 12. Jahrhundert über eine weitaus größere Zahl entsprechender Bildzeugnisse. In der Buchmalerei wurde nun das bäuerliche Leben wesentlich umfassender und anschaulicher wiedergegeben. Fragen wir nach den Gründen dieses bemerkenswerten Wandels innerhalb der mittelalterlichen bildlichen Überlieferung, so ist zunächst auf wichtige Veränderungen in der gesamten Struktur der Feudalgesellschaft hinzuweisen, die sich mit der Entstehung der Stadt entfaltete und ihre Blütezeit durchlief. Die bäuerliche Wirtschaft wurde nun in wachsendem Maße in die von der Stadt auf das Land ausstrahlenden Ware-Geld-Beziehungen einbezo-

34 Vgl. dazu auch Schlesinger, Walter, Über mitteleuropäische Städtelandschaften der Frühzeit, in: Die Stadt des Mittelalters, hg. v. Carl Haase, Bd. 1, Darmstadt 1969, S. 265 = Wege der Forschung, Bd. 243.

35 Vgl. Steinbach, Franz, Der geschichtliche Weg des arbeitenden Menschen ..., in: Collectanea Franz Steinbach, hg. v. Franz Petri, Georg Droege, Bonn 1967, S. 750 f.; derselbe, Geburtsstand, Berufsstand und Leistungsgemeinschaft. Studien zur Geschichte des Bürgertums, Bd. 2, in: ebenda, S. 826 f., 832 f.

36 Ein Faksimile dieser Miniaturen bei Amelli, A. M., Miniature sacre e profane dell'anno 1023 illustranti l'enciclopedia medioevale di Rabano Mauro (Religiöse und weltliche Miniaturen aus dem Jahre 1023 als Illustration der mittelalterlichen Enzyklopädie des Hrabanus Maurus), in: Documenti per la storia della miniatura e dell'iconografia, Montecassino 1896, bes. Tafeln 53, 125. - Diese Ausgabe verweist auf die entsprechenden Kapitel der Schrift des Hrabanus Maurus, die von den Miniaturen veranschaulicht werden sollen, bringt aber leider nicht den vollständigen zugehörigen Quellentext.

gen. 37 Da der Bauer landwirtschaftliche Produkte jetzt in der Stadt gegen Geld absetzen konnte, lohnte es sich für ihn besonders, die landwirtschaftliche Nutzfläche zu vergrößern und durch den umfassenden Einsatz vervollkommener Bestell- und Erntegeräte höhere Erträge zu erzielen. Aber auch die Grundherren waren im 12. und 13. Jahrhundert an einer Erweiterung ihres Landbesitzes interessiert, da die Städte gute Verkaufsmöglichkeiten für die bäuerlichen Abgabenboten. Bäuerliche Initiative, wachsender Konsumtionsbedarf der Städte und das Streben der Feudalherren nach Erhöhung ihrer Einkünfte bewirkten, daß im Laufe der seit dem ausgehenden 11. Jahrhundert einsetzenden zweiten Phase des mittelalterlichen Landesausbaus durch umfangreiche Rodungen, Entwässerungsarbeiten und Eindeichungen neue Kulturpflanzen gewonnen wurden.

Diese Entwicklung, die den Feudalgewalten beträchtlichen Gewinn brachte und weltlichen sowie geistlichen Grundherren die Bedeutung der bäuerlichen Arbeit plastisch vor Augen führte, nahm von Westeuropa ihren Ausgang. In diesem Raum setzte im Zusammenhang mit der Entfaltung städtischen Lebens am frühesten ein wirtschaftlicher Aufschwung ein, an dem die Landwirtschaft entscheidenden Anteil hatte. Nicht zufällig wurden gerade in diesem Gebiet, etwa in Frankreich, seit dem 12. Jahrhundert bäuerliche Arbeiten relativ ausführlich und detailliert im Bilde dargestellt. So wurden nun Psalter-Kalendarien mit Szenen aus dem bäuerlichen Leben vorangestellt. In "Bilderpsaltern" wurde auf medaillenförmigen Miniaturen der Bauer gezeigt, wie er im Frühjahr das Feld bestellt, im Sommer die Ernte einbringt, im Herbst Weintrauben pflückt, im Winter die Schweine mäset und das Borstenvieh schlachtet.³⁸

Diese in den verschiedenen Jahreszeiten zu verrichtenden Tätigkeiten der ländlichen Bevölkerung tauchen aber in Westeuropa, namentlich in Frankreich, nicht allein in der Buchmalerei auf. Die dort enthaltenen Miniaturen mit bäuerlichen Arbeitsdarstellungen wirkten wahrscheinlich auf die Gestaltung von Monatsbildern ein³⁹, die als Reliefs an den Portalen der bedeutendsten französischen Kathedralen, wie etwa in Paris, Chartres, Amiens und Reims, erscheinen, um nur die wichtigsten von ihnen zu nennen.⁴⁰

Insgesamt gesehen ergibt sich also, daß, ähnlich wie in den vorhergehenden Jahrhunderten, auch im 12. und 13. Jahrhundert bäuerliche Arbeitsdarstellungen vor allem auf Bildzeugnissen aus dem geistlich-kirchlichen Bereich nachweisbar sind, wurden doch schriftliche Überlieferung und "Kunst" weiterhin entscheidend von der Kirche geprägt. Nahezu ausnahmslos wird dabei der Bauer, offenbar in Anknüpfung an das im frühen Mittelalter entwickelte "Kalenderbildschema" (Salzburger Miniaturen!?) bei verschiedenen Tätigkeiten gezeigt, ohne daß ein sozialer

37 Vgl. auch Gericke, Horst, Deutschland in der Feudalepoche von der Mitte des 11. Jahrhunderts bis zur Mitte des 13. Jahrhunderts, Berlin 1965, S. 9 ff., 35 ff., 60 ff. = Lehrbuch der deutschen Geschichte (Beiträge, Bd. 2, T. 2.)

38 Vgl. Leroquais, Victor, Les psautiers manuscrits latins des Bibliothèques publiques de France, Bd. 1 u. 2, Mâcon 1940/41, wo die in den öffentlichen Bibliotheken Frankreichs vorhandenen "Bilderpsalter" verzeichnet sind.

39 Auf solche Zusammenhänge wies zuletzt Trost, Heinrich, Die Monatsbilder der Brüder von Limburg, Berlin 1962, Einleitung, hin.

40 Vgl. die bei Brandt, Paul, a. a. O., S. 187 ff., angegebenen Beispiele; vgl. Lexikon der Kunst, Bd. 3, Leipzig 1975, S. 382, Stichwort: Monatsbilder (mit Literaturangabe).

IAN



FEB



MAR



APR



MAI



IUN



IUL



AUG



SEPT



OCT



NOV



DECIMB



Abb. 1



Abb. 2

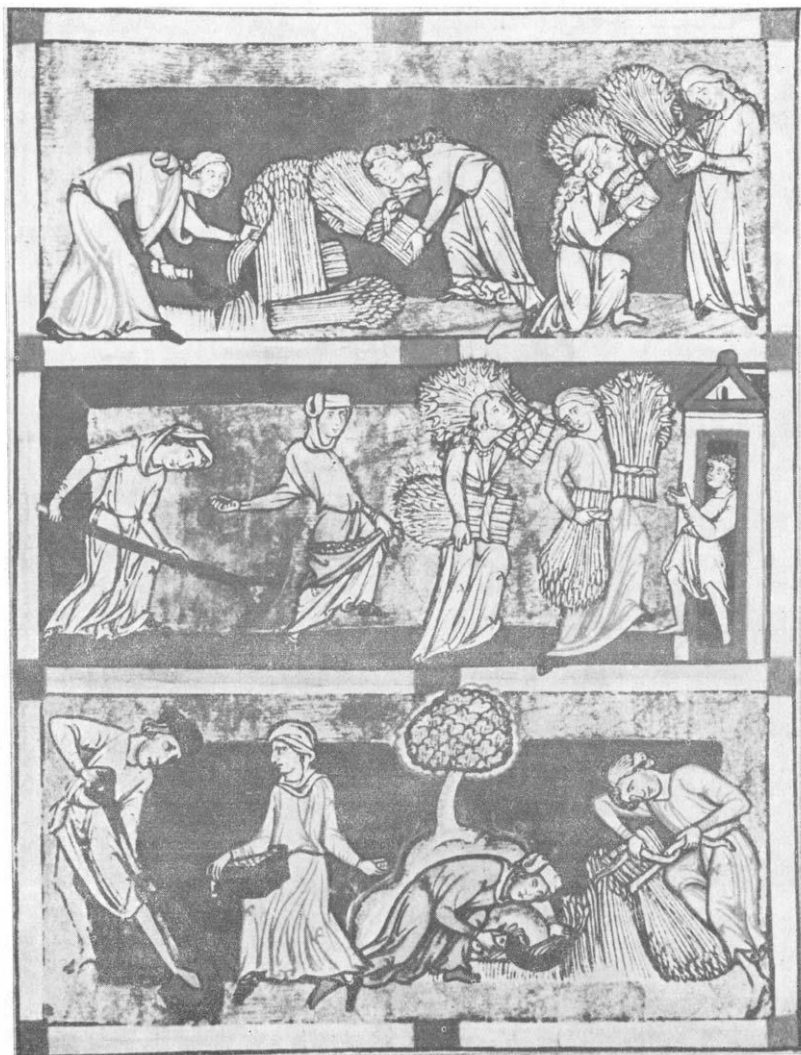


Abb. 3



Abb. 4



Abb. 5



Abb. 6



Abb. 7

Bezug erkennbar wird. Die rechtliche Stellung des Bauern, seine Beziehung zum Grundherrn etwa, findet in diesen Miniaturen keinen Ausdruck.

Es wäre indes falsch, diesen aus einem zweifellos wichtigen und besonders umfangreichen Teil der bildlichen Überlieferung des hohen Mittelalters abgeleiteten Sachverhalt ohne weiteres zu verallgemeinern. Die sich in Europa mit der Entstehung der Stadt verstärkende "Mobilität" der gesellschaftlichen Verhältnisse, die zu einer vorübergehenden Verbesserung der bäuerlichen Lage führte und die Feudalgewalten vor neue Probleme stellte, ließ die Klärung und Entscheidung von sozialen und rechtlichen Fragen, die sich in diesem Zusammenhang ergaben, akut werden. Für die nun entstandene Situation ist es bezeichnend, daß in Werken, die im 13. und 14. Jahrhundert von Laien verfaßt wurden, nicht allein der Wert der bäuerlichen Arbeit betont, sondern auch auf die gesellschaftliche Position der ländlichen Bevölkerung eingegangen wurde. Das bekannteste Beispiel dafür ist ein Rechtsbuch, das im ersten Drittel des 13. Jahrhunderts im Harzvorland entstand, also in einem Raum, der im hohen Mittelalter durch eingehende Rodungs- und Entwässerungsarbeiten einer intensiveren landwirtschaftlichen Nutzung erschlossen wurde. Um 1220 verfaßte Eike von Repgow (Reppichau bei Dessau, 1180/90 bis 1233), der selbst als Schöffe tätig war, den "Spiegel der Sachsen" zunächst in lateinischer Sprache. Danach fertigte er eine mit Veränderungen und Ergänzungen versehene Übersetzung ins Niederdeutsche an. Damit wurde in einer Zeit, in der es so gut wie kein geschriebenes Recht gab, erstmals auf deutschem Boden die rechtliche und soziale Stellung der ländlichen Bevölkerung in umfassender Weise schriftlich fixiert.

Zunächst sollen jene Stellen des Sachsenspiegels etwas genauer betrachtet werden, die sich mit Rodungsarbeiten und der Anlage von Dörfern auf Neuland beschäftigen - Vorgänge also, die im Entstehungsgebiet des Rechtsbuches immer wieder zu beobachten sind und Eike offenbar stark beeindruckt haben.⁴¹ Allein die Tatsache, daß er auf diese Fragen im Text eingeht, verdient besondere Beachtung, weil in der mittelalterlichen schriftlichen Überlieferung, die sich vor allem mit Ereignissen aus dem Bereich der politischen Geschichte beschäftigte, sonst die Leistungen der Bauern bei der Kultivierung von Ödland keinen angemessenen Ausdruck fanden. Nur ausnahmsweise berichten Zeitgenossen gleichsam aus eigener Anschauung über die Fortschritte, die sich seit dem frühen Mittelalter im Landesausbau vollzogen hatten. Wie damals sind auch im 12. und 13. Jahrhundert entsprechende Nachrichten von Mönchen überliefert, die ja, wie schon erwähnt, der Landwirtschaft besondere Aufmerksamkeit zuwandten. So meinte der Abt des Klosters Prüm anlässlich der Neufassung eines 893 angelegten Urbars im Jahre 1222 unter anderem, daß nun 329 Jahre verflossen seien, seitdem dieses alte Buch geschrieben wurde. In dieser Zeit "wurden viele Wälder gerodet, viele Dörfer gebaut, die Zehnten vermehrt, viele Mühlen errichtet, viele Weingärten angelegt und unendlich viele Ländereien kultiviert".⁴²

41 Die Dresdener Bilderhandschrift des Sachsenspiegels (im folgenden: Sachsenspiegel), hg. v. Karl v. Amira, Leipzig 1902. - Auch die ebenfalls aus dem ersten Viertel des 14. Jahrhunderts stammende sog. Heidelberger Bilderhandschrift des Sachsenspiegels liegt nun in einer vollständigen Faksimile-Ausgabe vor (hg. v. Walter Koschorreck, Frankfurt [Main] 1970).

42 Urkundenbuch zur Geschichte der ... mittelrheinischen Territorien, hg. v. Heinrich Beyer, Bd. 1, Koblenz 1860, S. 201; vgl. dazu Abel, Wilhelm, Geschichte der deutschen Landwirtschaft vom frühen Mittelalter bis zum 19. Jahrhundert, 2. erweit. u. veränd. Aufl., Stuttgart 1967, S. 67.

Dieser "Landesausbau" wird nun, was äußerst selten in der bildlichen Überlieferung des gesamten Mittelalters vorkommt, in der im ersten Viertel des 14. Jahrhunderts angefertigten Dresdener Bilderhandschrift des Sachsenspiegels auch optisch veranschaulicht.⁴³ Dabei geht der Illustrator im Bild über die entsprechende Bestimmung im dritten Buch des Landrechts hinaus. Sehr aufschlußreich ist nun, wie dies geschieht. Artikel 79 § 1 des Landrechts enthält lediglich die wichtige Festlegung, daß bei Dorfgründungen "von wilder Wurzel", also auf bisher weitgehend unbesiedeltem Gebiet, den Bauern vom Grundherrn das Erbrecht an ihrem Grund und Boden gegeben wird. Dieses meist mit einer Fixierung der Dienste und Abgaben verbundene Besitzrecht wurde im Verlaufe des mittelalterlichen Landesausbaues im 12. und 13. Jahrhundert ganz allgemein der ländlichen Bevölkerung gewährt, um sie zur Durchführung der äußerst mühseligen und schweren Arbeit anzuregen, die bei der Erschließung weiteren Kulturlandes geleistet werden mußte. Die relativ günstigen Ansiedlungsbedingungen veranlaßten viele Bauern westlich der Elbe, sich feudaler Bedrückung durch Abwanderung nach Osten zu entziehen.⁴⁴

Auf der zu diesem Textabschnitt gehörenden Miniatur hacken zwei Bauern Baumwurzeln aus der Erde.⁴⁵ (Abb. 2) Ein dritter Bauer zimmert an einem Haus. "Des Dorfes Herr" übergibt dem in der entsprechenden Textstelle nicht genannten "Bauermeister" als rechtllichem Vertreter der Bauern eine besiegelte Urkunde, in der offenbar das gewährte Erbrecht enthalten ist.⁴⁶ Mit der im Bild deutlich erkennbaren, im Text nicht erwähnten Übergabe der Urkunde wollte der Miniator offenbar zum Ausdruck bringen, daß der ganze Vorgang nicht einfach grundherrliches Diktat war, sondern gewissermaßen auf gegenseitiger Übereinkunft beruht.

43 Sachsenspiegel, a. a. O., Landrecht III, 79, § 1.

44 Vgl. dazu Epperlein, Siegfried, Bauernbedrückung und Bauernwiderstand im hohen Mittelalter, in: Forschungen zur mittelalterlichen Geschichte, Bd. 6, Berlin 1960, S. 132 f.

45 Eine recht einseitige Interpretation dieser Miniatur bei Fehr, Hans, Das Recht im Bild, Zürich 1923, S. 131 mit Abb. 177. - Er vergleicht die Rodungsszene mit einer anderen Miniatur, auf der Ritter zu sehen sind (Sachsenspiegel, a. a. O., Landrecht III, 78, § 9). Während diese in der Proportion ihrer Gliedmaßen und in ihrem Äußeren ansprechend dargestellt würden, zeige sich bei den Bauern "eine abstoßende Häßlichkeit". Mit diesem Gestaltungsunterschied habe der Illuminator den zwischen ländlicher Bevölkerung und Rittern bestehenden "Standesgegensatz" kennzeichnen wollen. Nun sind aber erstens Disproportionen in Körper und Gesichtsform nicht nur bei den Bauern, sondern auch bei den Rittern festzustellen. Allenfalls in der Bekleidung lassen sich deutlichere Unterschiede feststellen: Die Bauern tragen Kittel, während die Ritter in ihrer Rüstung gezeigt werden. Zweitens wird bei Fehr der eigentliche Inhalt der zu Sachsenspiegel, Landrecht III, 79, § 1, gehörigen Miniatur überhaupt nicht erfaßt: Die vertragliche Regelung der Ansiedlung von Bauern - ein gewiß wichtiger Vorgang, auf den Fehr, der doch in seinem Buch die Widerspiegelung des Rechts im Bilde untersuchen möchte, nicht eingeht.

46 Vgl. auch Amira, Karl v., Die Dresdener Bilderhandschrift des Sachsenspiegels, Bd. 2, T. 2, Erläuterungen, Leipzig 1926, S. 117, wo es zu der auf der Miniatur sichtbaren Urkunde lediglich heißt: "Der Illustrator wußte also, daß das Geschäft diese Form erforderte." Auf die sich aus dem Bilde ergebende Frage, ob neben den Grundherren auch Bauern im Besitz von Urkunden sein konnten, wird nicht eingegangen.

Deshalb stellte er im Bilde dem Herrn den Bauermeister gegenüber, der im Gebiet der Markgrafschaft Meißen schon im 12. Jahrhundert in der urkundlichen Überlieferung als Dorfschulze und "Vertragspartner" des Grundherrn genannt wird⁴⁷ und an der Spitze einer bereits existierenden oder im Zusammenhang mit der Ansiedlung von Bauern entstehenden Gemeinde stand.

Die mit dieser Miniatur gegenüber dem zugehörigen Textabschnitt vorgenommene, recht aufschlußreiche Ergänzung deutet darauf hin, daß außer dem "Herrn" zumindest in einzelnen Fällen auch den Bauern bei schriftlich festgehaltenen Vereinbarungen ein Exemplar der betreffenden Urkunde überlassen wurde. Allerdings sind in der Regel nur jene Ausfertigungen erhalten, die die "Herren" aufbewahrten. Nur sehr selten sind uns entsprechende Schriftzeugnisse von bäuerlicher Seite überliefert. Auf ein solches Beispiel sei hier verwiesen, 1769 fand man beim Abriß der Kirche des Dorfes Sora südlich von Meißen in einer Giebelmauer ein Holzkästchen, in dem sich eine Urkunde aus dem Jahre 1186 befand.⁴⁸ Sie stammt aus meißnischem Gebiet und enthält die Regelung eines Rechtsstreites zwischen dem "Getreuen" des Markgrafen Ottos des Reichen aus Meißen, Adalbert von Taubenheim, und von ihm abhängigen Bauern aus Taubenheim, Sora, Ullendorf und Hasela. Ein Exemplar der Urkunde, die unter anderem die Höhe der zu leistenden Dienste und Abgaben festlegte, wurde offenbar den Bauern überlassen und als wertvolles "Beweismittel" an einem möglichst sichern Ort verwahrt: Sie wurde in die Kirche eines der von ihnen bewohnten Dörfer, Sora, eingemauert und damit gleichsam "archiviert".

Ein Problem, das Eike von Repgow in besonderem Maße beschäftigte, betraf die Herkunft und die Berechtigung der Leibeigenschaft. Bei der Antwort auf die von ihm aufgeworfene Frage, wo die Leibeigenschaft der Menschen ihren Ursprung habe, bricht er mit der bisher eindeutig vorherrschenden traditionellen kirchlichen Begründung der Knechtschaft.⁴⁹ Sie erschien im Lichte der kirchlichen Lehre als Folge des im Alten Testament überlieferten Sündenfalls, der Bluttat Kains an seinem Bruder Abel oder des Fluches Noahs über seinen Sohn Ham. Demgegenüber betont Eike den gewaltsamen Ursprung der Leibeigenschaft, die seiner Auffassung nach durch Unterdrückung eines Menschen durch einen anderen entsteht. "Nach rechter Wahrheit", so hebt Eike hervor, "hat Leibeigenschaft Beginn von Zwang und von Gefangenschaft und von ungerechter Gewalt, die man seit altersher in unrechte Gewohnheit gezogen und nun für Recht halten will."

Eike verwirft allerdings nur die Leibeigenschaft als drückendste Form der bäuerlichen Unfreiheit im Feudalismus. Gegen sie lehnten sich die Bauern immer wieder auf, leisteten die für Unfreie typischen Frondienste nachlässig oder überhaupt nicht und flohen vor zu starker Bedrückung. Die Grundherren waren daher gezwungen, die bäuerliche Lage etwas zu verbessern und die Dienste in fixierte Natural- und Geldabgaben umzuwandeln. Die Entrichtung dieser Abgaben wird nun von Eike nachdrücklich eingeschärft. Mit seiner Kritik an der Leibeigenschaft wendet sich Eike also keineswegs grundsätzlich gegen jede Form feudaler Abhängigkeit. Im

47 Vgl. Codex diplomaticus Saxoniae regiae, Bd. 1, T. 2, hg. v. Otto Posse, Leipzig 1882, Nr. 254 (1154 Anlage des Dorfes Kühren im Gebiet Meißen).

48 Ebenda, Nr. 523 (1186); vgl. auch Schlesinger, Walter, Bäuerliche Gemeindebildung in den mitteldeutschen Ländern im Zeitalter der deutschen Ostbewegung, in: Mitteldeutsche Beiträge zur Verfassungsgeschichte des Mittelalters, Göttingen 1961, S. 234.

49 Sachsenspiegel, a. a. O., Landrecht III, 42, § 1 - 6.

Gegenteil: Die Bindung des Bauern an den Grundherrn wurde besonders betont und die bäuerliche Abgabepflicht gegenüber dem immer wieder hervortretenden bäuerlichen Widerstand besonders bekräftigt.

Erschien der Grundherr bei seinem Höringen, um den fälligen Zins zu fordern - der Zins war eine sogenannte "Holschuld", brauchte also nicht vom Bauern zum Herrn gebracht werden -, so mußte mit Widerstand gerechnet werden. Im Sachsenspiegel heißt es dazu⁵⁰: Zahlt der Bauer seinen Zins nicht, obwohl er diesen "unter sich hat" (under ime hevet) - also imstande war, zu zahlen, weil er seine Ernte eingebracht hatte -, so verdoppelte sich die Höhe der Abgabe am nächsten Tag, verdreifachte sich am zweiten Tag, betrug am folgenden Tag das Vierfache usw.

Hier wird deutlich, welchen Wert die Grundherren auf den vollständigen und pünktlichen Eingang von Abgaben legten. Ebenso klar wird aber auch, daß die hörigen Bauern sich der Leistung dieser Abgaben entschieden widersetzen. Die Härte der androhten Strafen läßt darauf schließen, daß der bäuerliche Widerstand offenbar sehr heftig war. Demgegenüber wird im Sachsenspiegel genau festgelegt, wann die einzelnen Abgaben entrichtet werden mußten. Wie in alten Bauernkalendern, wo wichtige Fakten in einfacher Form vermerkt wurden, werden im Sachsenspiegel die Fälligkeitstermine für verschiedene Zinsarten in einem "Abgabenkalender" durch Heilige und religiöse Symbole veranschaulicht.⁵¹

Die in dem "Abgabenkalender" des Sachsenspiegels pointiert hervorgehobenen Rechte der Grundherren wurden, wie in früheren Jahrhunderten, auch im 13. und 14. Jahrhundert in Urbaren schriftlich festgelegt. Auf ein solches Urbar, das Ende des 13. Jahrhunderts in einem in Nordwesteuropa gelegenen Zentrum des hochmittelalterlichen Wirtschaftsaufschwunges entstand, soll kurz eingegangen werden. Um 1275 ließ Jehan de Pamele-Audenarde ein Verzeichnis seiner in Ostflandern und im Hennegau gelegenen Besitzungen sowie der davon zu entrichtenden feudalen Leistungen anlegen.⁵² Dieses Urbar ist nicht nur deshalb bemerkenswert, weil es

50 Ebenda, Landrecht I, 54, § 2 - 3; vgl. auch Fehr, Hans, Die Grundherrschaft im Sachsenspiegel, in: Zeitschrift der Savignystiftung für Rechtsgeschichte, Germanistische Abteilung, Bd. 30, 1909, S. 264 ff. - Leider wertet Fehr bei seinen Ausführungen keine der überlieferten Bilderhandschriften des Sachsenspiegels aus. Gerade die dort angebrachten Miniaturen geben aber wichtige Hinweise zur wirtschaftlichen, rechtlichen und sozialen Stellung des Bauern und gehen teilweise über das im zugehörigen Text Gesagte hinaus.

51 Sachsenspiegel, a. a. O., Landrecht II, 58, § 2.

52 Vgl. Le Polyptyque illustré dit "Veil Rentier" de Messire Jehan de Pamele-Audenarde (vers 1275), hg. v. Léo Verriest, Brüssel 1950. - Der besondere Wert dieser Ausgabe, in der der Inhalt des Urbars sowie Ort und Zeit seiner Entstehung untersucht werden, besteht darin, daß sämtliche im Original vorhandenen Miniaturen mit reproduziert wurden. Diese werden jedoch leider nur sehr kurz beschrieben und nicht näher analysiert (Funktion, Verbreitung der abgebildeten Geräte und Werkzeuge u. a.). Ein ebenfalls illustriertes Urbar, das gleichsam das "geistliche Gegenstück" zum "Veil Rentier" darstellt, stammt auch aus dem Westen Europas. Es entstand im Bistum Cambrai im 2. Drittel des 13. Jahrhunderts. Vgl. Laurent, Henri, Deux documents d'un type unique pour servir à l'histoire du régime seigneurale et de la vie rurale, in: Bulletin de la commission royale d'histoire, Bd. 104, 1939, S. 49 ff. - Dieses Urbar einer geistlichen Grundherrschaft wurde bisher noch nicht ediert.

Einblick in die Struktur einer weltlichen Grundherrschaft gibt. Darüber hinaus besteht der hohe Wert dieser Quelle in den dort gezeigten Miniaturen, wie wir sie sonst eigentlich fast nur in Quellen geistlicher Herkunft antreffen. Es mag sein, daß die in dem Verzeichnis enthaltenen Bilder beigefügt wurden, um den trockenen und spröden Text der Quelle etwas zu beleben. Wahrscheinlich aber würden Miniaturen aus dem bäuerlichen Leben vor allem deshalb angefertigt, um den Wortlaut des Urbars dem Leser zu verdeutlichen und ihm gleichsam optisch zu veranschaulichen, worum es in der betreffenden Textstelle ging. Dies unterscheidet die Bilder von den in einigen Psaltern enthaltenen Illustrationen, die zu den jeweiligen Psalmen häufig keine unmittelbare Beziehung haben.⁵³ Im Gegensatz dazu besteht in dem hier behandelten Urbar zwischen der jeweiligen Miniatur und dem Inhalt der zu erläuternden Quellenstelle ein direkter Zusammenhang. Geht es um Frondienste für das Beackern des grundherrlichen Eigenlandes, so finden wir in den beigefügten Miniaturen einen Beetpflug, der von Pferden im Kummel gezogen wird. Diese Form der Anspannung wird im Urbar durchweg gezeigt.⁵⁴ Offenbar wurden auf den von dem Urbar erfaßten Besitzungen vorwiegend Pferde als Zugtiere verwendet. Das ist insofern bemerkenswert, als man in Westeuropa im 13. Jahrhundert sonst häufig noch Ochsen zum Ziehen von Wagen und Bestellgeräten benutzte, während das Pferd erst im späten Mittelalter in stärkerem Maße eingesetzt wurde.⁵⁵

Dort, wo im Text die Grasmahd erwähnt wird, sehen wir in der zugehörigen Miniatur einen Bauern mit einer Sense bei der Arbeit.⁵⁶ Hier gibt das Urbar im Bilde einen Zustand wieder, wie er uns auch auf anderen Miniaturen im 12. und 13. Jahrhundert begegnet: Das Gras wird fast durchweg mit der Sense gemäht, während bei der Getreideernte noch vorwiegend die Sichel verwendet wurde. Erst seit dem Ende des 14. Jahrhunderts trat hier ein Wandel ein.⁵⁷

Auffallend häufig werden auf den Miniaturen des Urbars Mühlen dargestellt. Dabei dominieren gegenüber den Windmühlen eindeutig die Wassermühlen, die fast durchweg unterschlächtige Antriebsräder aufweisen.⁵⁸ In diesem Zusammenhang ist festzustellen, daß der Grundbesitz des Herrn von Audenarde von zwei Flüssen durchquert wurde, von Schelde und Dendre. An diesen Gewässern lagen zahlreiche Mühlen, in denen Korn gemahlen oder Öl gewonnen wurde. Für die Benutzung der Mühlen mußten die Bauern entsprechende Gebühren entrichten. Verschiedentlich wurden die Mühlen gegen Leistung bestimmter Abgaben verpachtet. Der von

53 So etwa in dem um 1340 in Ostengland angefertigten sogenannten Luttrell-Psalter (hg. v. Eric George Millar, London 1932).

54 Le Polyptyque illustré ..., a. a. O., Bl. 115 v, 156 v; vgl. auch Lindemans, Paul, Geschiedenis van de landbouw in België (Geschichte der Landwirtschaft in Belgien), Bd. 1, Antwerpen 1952, S. 169 Abb. 20, wo der im Urbar gezeigte Beetpflug eingehend beschrieben wird. Die Kummelanspannung wird im "Polyptyque ..." mehrfach dargestellt (Le Polyptyque illustré ..., a. a. O., Bl. 8 v, 14, v, 85 v, 98 v, 116 v). - Lindemans kannte offenbar die von Verriest vorgenommene Edition des Urbars noch nicht und zitierte nach der in der Königlichen Belgischen Bibliothek, Brüssel, befindlichen Originalhandschrift.

55 Vgl. Abel, Wilhelm, a. a. O., S. 44.

56 Le Polyptyque illustré ..., a. a. O., Bl. 116 r, 177 r.

57 Näheres darüber im Abschnitt "Frauenarbeit auf einer Miniatur vom Ende des 12. Jahrhunderts" dieses Beitrags.

58 Le Polyptyque illustré ..., a. a. O., Bl. 13 r. 24 v, 47 v, 98 v, 116 v.

dem Grundherrn bestellte Müller mußte die Mühle sowie die zugehörigen Gebäude instand halten. 59

In der häufigen Darstellung von Mühlen auf den Miniaturen kommt die Bedeutung zum Ausdruck, die der Herr von Audenarde, der die Aufzeichnung des Urbars ja angeordnet hatte, den Mühlen als Quelle reicher Einkünfte zumaß. Dabei scheint den Miniator besonders der Antrieb der Mühle durch ein unterschlächtiges Wasserrad beeindruckt zu haben. Es wird jedenfalls mehrmals sehr sorgfältig gezeichnet. Auch die Verwendung von künstlichen Stauanlagen wird angedeutet, die das für die Verwendung eines solchen Mühlrades nötige Flußgefälle erzeugten.

Beachtung verdienen auch die im Urbar abgebildeten Windmühlen.⁶⁰ Solche Mühlen sind Ende des 12. Jahrhunderts urkundlich in England nachweisbar.⁶¹ Erst etwa hundert Jahre später erscheinen sie auch "im Bilde" - ein Zeichen dafür, daß es oft längere Zeit dauerte, bis ein Gerät, ein Werkzeug usw. auch in der bildlichen Überlieferung berücksichtigt wurde. Es wäre also unzutreffend, die Zeit, aus der der erste Bildbeleg für ein Gerät usw. stammt, mit dessen erstem Auftreten überhaupt gleichzusetzen. In der technologisch-ikonographischen Forschung hat man immer wieder auf England verwiesen, wo um 1270 die ältesten in Westeuropa nachweisbaren bildlichen Darstellungen von Windmühlen entstanden seien.⁶² Dabei wurden die Miniaturen, die das Urbar des Herrn von Audenarde enthält, nicht berücksichtigt. Sie zeigen, daß etwa zur gleichen Zeit wie in England auch aus dem niederländischen Raum entsprechende Bildzeugnisse vorliegen. Freilich wurden in unserem Güter- und Leistungsverzeichnis Windmühlen im Vergleich zu den Wassermühlen nur ganz vereinzelt abgebildet. Das ist um so auffälliger, als gerade das Gebiet der späteren Niederlande seit dem 13. Jahrhundert ein wichtiges Verbreitungsgebiet von Windmühlen darstellt. Hier ist zu beachten, daß der Blick des Illuminators, als er seine Miniaturen schuf, ausschließlich auf den relativ kleinen, im Urbar erfaßten territorialen Ausschnitt gerichtet war. Die damit gegebene "Blickverengung" muß naturgemäß bei einer Bewertung der Miniaturen berücksichtigt werden. Was dort gezeigt wird, gilt in erster Linie für jene Besitzungen, die der Herr von Audenarde in Ostflandern und im Hennegau hatte. Der Inhalt der Bilder kann also nicht ohne weiteres verallgemeinert werden.

Frauenarbeit auf einer Miniatur vom Ende des 12. Jahrhunderts

Das Rheinische Landesmuseum in Bonn bewahrt in seinen Beständen drei Pergamentblätter mit Buchmalereien vom Ende des 12. Jahrhunderts auf.⁶³ Eine der drei Miniaturen enthält "eine besonders seltene Profandarstellung einer Ernteszene"⁶⁴ mit arbeitenden Frauen. (Abb. 3) Von diesem Bildzeugnis wissen wir nur,

59 Ebenda, S. LXXV f. und die Karte, S. LXII.

60 Ebenda, Bl. 15 r, 26 v.

61 Vgl. Lynn, White, Die mittelalterliche Technik und der Wandel der Gesellschaft, deutsche Ausgabe, München, S. 76.

62 Vgl. A history of technology, hg. v. Charles Singer u. a., Bd. 2, Oxford 1957, S. 623.

63 Vgl. Bericht über die Tätigkeit des Rheinischen Provinzialmuseums in Bonn für die Zeit vom 1. 4. 1902 bis 31. 3. 1903, in: Bonner Jahrbücher des Vereins der Altertumsfreunde im Rheinland, Bd. 113, 1905, S. 64 f.

64 Ebenda, S. 65.

daß es zusammen mit den beiden anderen Miniaturen zu Illustrationen gehört, die eine Ende des 12. Jahrhunderts in der Benediktinerabtei St. Eucharius-St. Mathias in Trier entstandene Handschrift des "Speculum virginum" schmückten.⁶⁵ Wer diese Schrift verfaßte, in der ein Priester eine Nonne über die Vorzüge der Jungfräulichkeit belehrt, konnte nicht eindeutig geklärt werden. Lange Zeit war man im Anschluß an Martha Strube⁶⁶ der Auffassung, Konrad von Hirsau (um 1070 bis 1150) habe das moralisierende Werk angefertigt, und noch heute wird verschiedentlich der Reformabt als Autor dieses im Mittelalter vielgelesenen Buches angegeben.⁶⁷ Dazu ist festzustellen, daß in dem Werk selbst kein Verfasser genannt wird. Erst Johannes Trithemius (1462 bis 1516) faßte den im "Jungfrauen-spiegel" erwähnten "peregrinus" als Decknamen für einen aus Hirsau stammenden Mönch Conradus auf. Nach den eingehenden Forschungen von Matthäus Bernards kann diese aus einer sehr viel späteren Zeit stammende Äußerung nicht als absolut glaubwürdig angesehen werden, da das Werk des Polyhistor in dieser Beziehung Widersprüche aufweist und auf keiner gesicherten Überlieferung beruht. Die Verfasserfrage muß also mit einem Fragezeichen versehen werden.⁶⁸

Für unsere Zwecke ist dieses Problem nicht von erstrangiger Bedeutung, da die hier interessierende Handschrift des "Spiegels" mit ihren Miniaturen Ende des 12. Jahrhunderts, also etwa fünfzig Jahre nach dem Tode des Hirsauers, in einem Trierer Benediktinerkloster entstand. Selbst wenn man in dem Abt den Autor vermutet, was, wie gesagt, nicht eindeutig zu beweisen ist, so kann er die Gestaltung der Miniaturen dieser Handschrift nicht mehr beeinflußt haben.

Diese Bildzeugnisse, um die es uns vor allem geht, lassen sich ikonographisch und in ihren geschichtlichen Bezügen nur schwer in die bildliche Überlieferung des hohen Mittelalters einordnen. Zunächst fällt auf, daß jene Miniatur, die eine Ernteszene zeigt, völlig von dem "Illustrationsschema" abweicht, das in den zahlreichen, im 12., 13. und 14. Jahrhundert angefertigten Handschriften des "Jungfrauen-spiegels" das 7. Kapitel dieses Werkes optisch veranschaulichen soll. Das hier im Anschluß an das Matthäus-Evangelium, Kapitel 13, Vers 1 bis 23, gebrachte Erntegleichnis wurde seit dem frühen Mittelalter mehrfach literarisch verarbeitet.⁶⁹ Es wurde dann im "Speculum virginum" wieder aufgegriffen, um mit direk-

65 Vgl. auch Bernards, Matthäus, Die verlorenen Miniaturen des Trierer Jungfrauen-spiegels, in: Kunstchronik, hg. v. Zentralinstitut für Kunstgeschichte, München, 9. Jg. 1956, S. 96 f.

66 Strube, Martha, Die Illustrationen des Speculum virginum, phil. Diss. Bonn 1934, Düsseldorf 1937, S. 46 f.

67 Vgl. Swarzenski, Hanns, Vorgotische Miniaturen, 2. Aufl. Leipzig 1931, Abb. 67 u. S. 95; Boeckler, Albert, Deutsche Buchmalerei vorgotischer Zeit, Königstein (Taunus) 1952, Abb. 51 u. S. 79; Le Goff, Jacques, Kultur des europäischen Mittelalters, deutsche Ausgabe, München/Zürich 1970, S. 374, Abb. 96; Möller, Ingrid, Der Bauer in der Kunst, Leipzig 1973, Abb. 10. - Dagegen wird in dem Auswahlkatalog des Rheinischen Landesmuseums Aus rheinischer Kunst und Kultur, in: Kunst und Altertum am Rhein, Nr. 9, Düsseldorf 1963, S. 141 mit Abb. 111, die Verfasserfrage offengelassen.

68 Bernards, Matthäus, Speculum virginum. Geistigkeit und Seelenleben der Frau im Hochmittelalter, Köln/Graz 1955, S. 13 ff.

69 So schon bei Bischof Aldhelm von Sherborne (um 636 - 709) in seinen Gedichten über die Jungfräulichkeit (De virginitate); vgl. MGH, Auctores antiquissimi, Bd. 15, hg. v. Rudolf Ehwald, Berlin 1919, S. 249, Z. 6 f.

tem Bezug zur Bibel über die Vorzüge der Keuschheit zu belehren.⁷⁰ Allerdings veränderte der Verfasser des "Spiegels" den Inhalt der Parabel vom Säemann, denn es sind nun nicht mehr Männer, sondern Jungfrauen, denen reicher Erntesegen als Lohn für besondere Frömmigkeit zuteil wird.⁷¹ Der Inhalt dieser Textstelle wird nun durchweg in allen überlieferten Handschriften - unser Trierer Exemplar ausgenommen - nach folgendem "Muster" illustriert: Am Fuße eines "Lebensbaumes" sehen wir Adam und Eva. Darüber sind in zwei Astabschnitten vier weitere "historische" Ehepaare sichtbar: Abraham und sein Weib, Noä und sein Weib, Zacharias und Elisabeth sowie Job und sein Weib. Über diesen Paaren, die dreißigfach ernten, erhebt sich die "Witwenabteilung" mit Debora, Judith, Anna und einer nicht näher bezeichneten Witwe - ihnen wird sechzigfache Ernte zuteil. Es folgen in noch gehobenerer Lage sechs Jungfrauen, die am meisten ernten - nämlich hundertfach. In der Krone des Baumes thront Christus.⁷²

Ganz anders ist dagegen die entsprechende Miniatur der Trierer Handschrift vom Ende des 12. Jahrhunderts gestaltet. Nicht weltentrückte, untätige Heilige "symbolisieren" hier die drei "Stände" Eheleute, Witwen und Jungfrauen. Ihre unterschiedliche "Wertigkeit" wird vielmehr durch eine farbenreiche, dynamische Szene aus dem Leben der Bauern veranschaulicht. Frauen säen, schneiden Getreide mit der Sichel, rechen die Halme zusammen, binden Garben und tragen diese in die Scheune.⁷³ Ökonomische Aktivität, wie sie hier im Bilde zum Ausdruck kommt, läßt sich in St. Matthias zu Trier, wo die Miniaturen entstanden, im 12. Jahrhundert allgemein im Rahmen einer intensiven Reformtätigkeit beobachten.⁷⁴ Es gelang schließlich, Mißstände in der Klosterzucht und in der "Wirtschaftsfüh-

70 Der vollständige Text des "Jungfrauenspiegels" wurde bisher nicht ediert. Textauszüge bei Watson, Arthur, *The Speculum virginum with special reference to the tree of Jesse*, in: *Speculum*, Bd. 3, 1928, S. 445 f.; ebenda, S. 446, Anm. 3, wird die Absicht, die der Verfasser des Jungfrauenspiegels verfolgte, durch ein Textzitat belegt, in dem es u. a. heißt (deutsche Übersetzung): "So, wie Jungfrauen in den Spiegel schauen, um zu sehen, ob ihre Schönheit zugenommen hat oder sich verringerte, so ist die Hl. Schrift ein Spiegel, von dem sie lernen können, wie sie ihrem himmlischen Gatten zu gefallen vermögen." Textauszüge gibt auch Bernards, Matthäus, *Speculum virginum*, a. a. O., in den einzelnen Kapiteln.

71 Vgl. Bernards, Matthäus, *Speculum virginum*, a. a. O., S. 40 f.

72 Solche bildlichen Darstellungen finden sich in einem aus dem 12. Jahrhundert stammenden Exemplar im British Museum, London (vgl. Watson, Arthur, *The Speculum virginum . . .*, a. a. O., S. 445 f.), in einer Handschrift aus der ersten Hälfte des 13. Jahrhunderts in der Deutschen Staatsbibliothek zu Berlin, Signatur: Phil. 1701, Bl. 79 r (vgl. Kirchner, Joachim, *Beschreibende Verzeichnisse der Miniaturen-Handschriften der Preußischen Staatsbibliothek zu Berlin*, Bd. 1: *Die Philipps-Handschriften*, Leipzig 1926, S. 66; Rose, Valentin, *Verzeichnis der lateinischen Handschriften der königlichen Bibliothek zu Berlin*, Bd. 1, Berlin 1893, S. 133 ff.), in einer Handschrift vom Ende des 14. Jahrhunderts in der Universitätsbibliothek Leipzig (vgl. Bruck, Robert, *Die Malereien in den Handschriften des Königreichs Sachsen*, Dresden 1906, S. 234 f.).

73 Vgl. die Abbildungen in den in Anm. 67 zitierten Werken.

74 Vgl. auch Irsch, Nikolaus, *Die Trierer Abteikirche St. Matthias und die trierisch-lothringische Bautengruppe*, in: *Germania Sacra*, Abt.: *Rhenania Sacra*, Serie B: *Rhenania Sacra Regularis*, Augsburg/Köln/Wien 1927, S. 8 f.

rung" zu überwinden, so daß auch auf literarisch-künstlerischem Gebiet ein Aufschwung einsetzen konnte.

Auf dem "Erntebild" des Trierer Exemplars des "Jungfrauen spiegels" wird nun die im zugehörigen Text angedeutete "Rangordnung" recht klar dargestellt: Es wird eine Stufenfolge von Ehe, Witwenschaft und Jungfräulichkeit gezeigt. Auf dem untersten Streifen des Bildes sind die Ehefrauen dargestellt, die trotz Unterstützung durch die Männer "nur" das Dreißigfache der Aussaat ernten. Dagegen können die in der Mitte der Miniatur tätigen Witwen schon mehr erwirtschaften und den sechzigfachen Ertrag in die Scheune fahren. Den besten Stand haben die Jungfrauen gewählt. Sie stehen an der Spitze und ernten das Hundertfache der Aussaat. Das Getreide wird mit der Sichel durchweg auf halbem Halm geschnitten.

Natürlich sind in allen drei Fällen die angegebenen Ernteerträge viel zu hoch bemessen. Der Bauer in jener Zeit wäre glücklich gewesen, wenn er einen Bruchteil von dem erzielt hätte, was den schuldbeladenen Ehefrauen vergönnt war, die noch dazu am wenigsten ernteten. Hier wurden die in der Bibel genannten Zahlen übernommen, die den Vorzug der Jungfräulichkeit besonders eindrucksvoll erweisen sollten. Viel wichtiger als diese fiktiven Größenangaben ist die Tatsache, daß nun auch im Bild das im Text erwähnte Erntegleichnis "realistisch", also nicht durch Heilige als Symbolfiguren, dargestellt wird. Auch bildlich sollte beim Leser gewissermaßen auf wirtschaftliches Wunschdenken angespielt werden. Jeder wußte genau, wie wichtig gute Ernten waren. Wenn es einer Jungfrau gelang, das Hundertfache des Ausgesäeten ernten zu können, dann war das eben der Lohn für erlesene Vorbildlichkeit.

Auffällig ist nun, daß Frauen bei der Kornernte gezeigt wurden, während sonst auf mittelalterlichen Miniaturen ausschließlich Männer diese Tätigkeit verrichteten und "Mägde" allenfalls die abgeschnittenen Ähren sammelten und Garben banden.

Zur Erläuterung und Klärung dieses Sachverhaltes ist zunächst einmal auf die Problematik der bildlichen Überlieferung mit bäuerlichen Arbeitsdarstellungen generell zu verweisen. Die überwiegende Mehrzahl der ikonographischen Belege bringen die Monatsbilder, die seit dem frühen Mittelalter in Kalendarien enthalten sind und einen motivisch verhältnismäßig stark gebundenen, auf die jeweilige Jahreszeit zugeschnittenen Zyklus befolgen.⁷⁵ Dabei ist es in der Regel "der" Monat (lateinisch "mensis" männlich), der im Bilde erscheint. Dementsprechend werden etwa bei der Veranschaulichung von Erntearbeiten in den Kalenderbildern bis zum späten Mittelalter stets Sichelschnitter gezeigt. Wenn jedoch Ernteszenen außerhalb des Monatszyklus im Bilde wiedergegeben werden, dann sind auch Frauen zu sehen.⁷⁶ Das deutet darauf hin, daß Frauenarbeit beim Sichelschnitt im Mittelalter in größerem Umfang üblich war, als es jene bildlichen Quellen, auf die wir vor allem angewiesen sind, die Miniaturen der Kalendarien, erkennen lassen. Offenbar bewirkten die Ausdehnung der Ackerflächen durch Landesausbau und die

75 Eine gewisse "Vorbildwirkung" übten hierbei die Miniaturen der "Carmina Salsburgensia" vom Anfang des 9. Jh. aus (vgl. dazu unsere Ausführungen im Abschnitt "Bäuerliche Arbeitsdarstellungen in der frühmittelalterlichen Buchmalerei" dieses Beitrags).

76 Vgl. etwa die *Manessische Liederhandschrift*, Faksimileausgabe, hg. v. Rudolf Sillib, Leipzig 1925 - 1929, Bl. 394 r, wo dargestellt wird, wie der Ritter Kunz von Rosenheim auf dem Felde einer Schnitterin begegnet.

zunehmende Bedeutung des Getreides, die sogenannte "Vergetreidung" der bäuerlichen Wirtschaft, im hohen Mittelalter einen steigenden Arbeitskräftebedarf. Deshalb wurde nun auch, etwa zur Erntezeit, die Frau in stärkerem Maße herangezogen.

Zur Klärung der Frage "Frauenarbeit im Mittelalter" ist schließlich darauf zu verweisen, daß seit dem beginnenden 15. Jahrhundert bei der Kornernte neben der Sichel auch die Sense verwendet wurde. So wird in der um 1400 von Heinrich von Wittenwil verfaßten satirischen Versdichtung "Der Ring" ausdrücklich von "sagen" (Sensen) gesprochen, die "häw und stroh" schneiden.⁷⁷ Während bei der Getreideernte mit der Sichel das Stroh vorwiegend auf den Feldern verblieb, wurde es nun von der Sense mit abgemäht bzw. abgehauen. Das war auch insofern wichtig, als die Bauern infolge der zunehmenden Einschränkung ihrer Allmendenutzungsrechte nicht mehr so viel Waldlaub als Einstreu benutzen konnten. Dafür wurde im Zusammenhang mit der wachsenden Bedeutung der Stallfütterung nun vor allem Stroh verwendet, das auch als wichtiger "Rohstoff" beim Bau von Bauernhäusern mit ihren Strohdächern diente.

Dort, wo im Laufe einer längerandauernden Übergangsperiode beide Erntegeräte benutzt wurden, betätigte sich die Frau, deren körperliche Konstitution für den Umgang mit der Sense wenig geeignet war, als Sichelschnitterin, während der Mann vor allem die Sense handhabte.

"Ständebilder" vom Ende des 15. Jahrhunderts und beginnenden 16. Jahrhundert

Seit dem 14. Jahrhundert wurde die Feudalgesellschaft von tiefgreifenden Strukturveränderungen erfaßt, die letztlich in der immer stärkeren Durchsetzung der gesamten Wirtschaft mit Ware-Geld-Beziehungen wurzelten. Infolge der sich nun zuspitzenden Klassengegensätze brachen zum ersten Mal in der mittelalterlichen europäischen Geschichte Aufstände aus, die in ihrer Intensität, in ihrer Ausdehnung und in der Weite ihrer Zielsetzung alle bisherigen Erhebungen übertrafen und die herrschende Klasse in besonders heftiger Weise mit der sozialen und politischen Problematik der feudalen Klassengesellschaft konfrontierten (1358 Jacquerie, 1381 englischer Bauernaufstand, 1419/37 Hussitenbewegung).⁷⁸

Die gegenüber dem 12. und 13. Jahrhundert, der Blütezeit der Feudalordnung, veränderte gesellschaftliche Situation im späten Mittelalter forderte in besonderem Maße dazu heraus, über Wert, Bedeutung und Stellung der einzelnen Stände zu schreiben und zu streiten.⁷⁹ Dabei läßt sich beobachten, daß die geäußerten,

77 Heinrich von Wittenweillers Ring, hg. v. Edmund Wießner, Leipzig 1931, V, 9134, 9137; vgl. dazu auch Timm, Albrecht, Kleine Geschichte der Technologie, Stuttgart 1964, S. 107 f. = Urban-Bücher, hg. v. Fritz Ernst, Bd. 78.

78 Vgl. allgemein auch Voigt, Erhard, Deutschland in der Feudalepoche von der Mitte des 13. Jahrhunderts bis zum ausgehenden 15. Jahrhundert, in: Lehrbuch der deutschen Geschichte (Beiträge), Bd. 2, T. 3, Berlin 1965, S. 15 ff., S. 93 ff.

79 Vgl. dazu auch Martini, Fritz, Das Bauerntum im deutschen Schrifttum von den Anfängen bis zum 16. Jahrhundert, Halle 1944, S. 179 ff. - Die materialreiche Monographie steht stark unter dem Einfluß der faschistischen "Volksgemeinschafts"-Ideologie.

sehr kontroversen Ansichten nicht nur niedergeschrieben, sondern auch durch entsprechende Illustrationen veranschaulicht wurden.

In diesem Zusammenhang muß an eine der erfolgreichsten Erfindungen des Mittelalters erinnert werden. Um 1440 entwickelte Johannes Gensfleisch zum Gutenberg den Druck mit beweglichen Metalletern. Dies trug wesentlich dazu bei, daß breitere Bevölkerungsschichten, vor allem in der Stadt, an den gesellschaftlichen Problemen der Zeit Anteil nahmen. Jetzt konnte in viel weiterem Umfang als vorher auf die "öffentliche Meinung" eingewirkt und auch den Forderungen und Wünschen des Volkes eine klarere Richtung und ein größeres Gewicht verliehen werden. Da im 15. Jahrhundert das Papier das teure Pergament immer mehr zu verdrängen begann, konnten gelehrte Abhandlungen, politische Traktate, Flugschriften und andere Druckerzeugnisse nun schneller, billiger und in einer relativ hohen Zahl von Exemplaren hergestellt und verkauft werden.

Die gedruckten Schriften wurden oft illustriert. Da der größte Teil der Bevölkerung vom Schulunterricht weiterhin ausgeschlossen blieb und daher weder lesen noch schreiben konnte, kam der Erläuterung der zahlenmäßig immer mehr zunehmenden Buchtexte durch Bilder große Bedeutung zu. Sehr gut eigneten sich zur Bebilderung die im 15. Jahrhundert aufkommenden Holzschnitte⁸⁰, bei deren Gestaltung der Künstler seine Überzeugung klar, knapp und eindeutig ausdrücken konnte. Ein gelungener Holzschnitt befähigte dazu, den Inhalt einer Schrift, das Wesen einer bestimmten politischen Auffassung gleichsam auf den ersten Blick treffend zu erfassen. Die Entwicklung der Holzschnittechnik bot also dem Künstler wirksamere Darstellungsmöglichkeiten, als sie etwa dem Illuminator im Bereich der mittelalterlichen Buchmalerei zur Verfügung standen.

Auf zahlreichen Holzschnitten werden nun seit dem 15. Jahrhundert Szenen aus dem bäuerlichen Leben vielfältiger und detaillierter als in der vorhergehenden Zeit geschildert. Neben diesem mehr formalen Aspekt ist vor allem auf folgenden, den Inhalt der Holzschnitte betreffenden Gesichtspunkt hinzuweisen. Beschränkte sich das hochmittelalterliche Kalenderbild darauf, den pflügenden oder erntenden Bauern zu zeigen, so pointierte man in verschiedenen Holzschnitten des 15. Jahrhunderts außer der bäuerlichen Arbeit, die natürlich weiterhin als äußerst wichtig bewertet wurde, noch etwas anderes. Auch im Bild wurde nun vielfach das besonders akzentuiert, worauf es der herrschenden Klasse im späten Mittelalter angesichts der zunehmenden sozialen Spannungen vor allem ankam: die Unterordnung des Bauern, der seinem Herrn gehorsam zu dienen hatte. So sehen wir auf einem der Holzschnitte, die Ende des 15. Jahrhunderts in mehreren deutschen Ausgaben des Werkes des Petrus de Crescentiis, *De comodorum ruralium libri XII*, enthalten sind, einen Fronvogt, der mit unmißverständlicher Geste einen Bauern zur Arbeit anhält.⁸¹ (Abb. 4) Auch im Bilde wird nun ver-

⁸⁰ Zur Geschichte des Holzschnittes vgl. Musper, Theodor, *Der Holzschnitt in fünf Jahrhunderten*, Stuttgart 1964.

⁸¹ Vgl. den Druck der deutschen Ausgabe bei Peter Drach in Speyer 1493, 1. Buch, 7. Kapitel: Von ampt eyns dorffes scheffners. Der vom Grundherrn bestellte "Pfleger", so heißt es im zugehörigen Text u. a., soll "... nit leyden böse gesynde" und die Arbeit seiner Knechte beaufsichtigen. Der Druck befindet sich in der Handschriften- und Inkunabelabteilung der Universitätsbibliothek Leipzig; vgl. auch Schramm, Albert, *Der Bilderschmuck der Frühdrucke*, Bd. 16, Leipzig 1923, Bl. VIII mit Abb. 28; über Petrus de Crescentiis vgl. auch Lindner, Kurt, *Das Jagdbuch des Petrus de Crescentiis in deutschen Überset-*

schiedentlich nachvollzogen, was seit langem in Wort und Schrift angesichts des stärker werdenden bürgerlichen Widerstandes immer eindringlicher formuliert wurde: die Pflicht zum Gehorsam und damit die Bekräftigung des feudalen Herrschaftsanspruches.

In diesem Zusammenhang soll ein Ständebild etwas genauer untersucht werden, das sich in einer 1488 erstmalig erschienenen "Prognosticatio" (Vorhersage) befindet. (Abb. 5) Dieses Werk verfaßte einer der bedeutendsten Astrologen des späten Mittelalters, Johannes Lichtenberger (gest. 1503). Es erschien bis 1499 in Deutschland und Italien in vierzehn Ausgaben. Der Ausgangspunkt von Lichtenberger ist zwar sehr phantastisch. So leitet der Sterndeuter von dieser oder jener Konstellation am Firmament die verschiedensten Prophezeiungen ab. Doch enthalten diese Prophetien insofern einen realistischen Kern, als sich in ihnen deutlich die Unruhe der Zeit, die Not des Volkes und eine allgemeine Krisenstimmung widerspiegeln. Das stark kompilatorisch angelegte Werk stellt also eine interessante Quelle für die Ende des 15. Jahrhunderts in Deutschland herrschenden gesellschaftlichen Zustände dar. 82

Lichtenberger geht in seinen Ausführungen "optisch" von einem Holzschnitt aus, der die vom Klerus und weltlichen Feudalherren immer wieder vertretene "Ständeordnung" im Bilde wiedergibt. 83 Gezeigt wird der über allen drei Ständen thronende "salvator mundi", der Retter und Erlöser der Welt, der mit ausgebreiteten Armen dem Papst, der die Geistlichkeit anführt, dem Kaiser an der Spitze der weltlichen Feudalgewalten und den Bauern, die als einzige in der Gruppe arbeiten, ihren Platz in der Gesellschaft zuweist.

Dieser Holzschnitt soll aber bei Lichtenberger nicht nur die traditionelle "ordo"-Lehre illustrieren, sondern gleichzeitig den Aufbau des Werkes verdeutlichen. So, wie im Bilde der geistliche Stand den ersten Platz einnimmt, behandelt Lichtenberger zunächst den Klerus, der "für das ganze katholische Volk" (pro cuncto populo catolico) beten soll. Dann werden in der "Prognosticatio" die weltlichen Feudalgewalten mit dem Kaiser an der Spitze gewürdigt, die "mit bewaffneter Hand" Schutz gewähren sollen. Schließlich ist vom Laienstand (status laycalis) die Rede, "der alle erhält". 84

Was Lichtenberger in seinem Werk über diese drei "Stände" sagt, macht deutlich, welchen starken Erschütterungen die herkömmliche Ständegliederung Ende des 15. Jahrhunderts ausgesetzt war. Den Papst fordert er auf, seine geistlichen Aufgaben ernst zu nehmen, sonst werde "das Haupt des Glaubens wie ein unfruchtbarer

zungen des 14. und 15. Jahrhunderts (West-)Berlin 1957, S. 11 f., 23 f., mit neuerer Literatur.

82 Vgl. Kurze, Dietrich, Johannes Lichtenberger. Eine Studie zur Geschichte der Prophetie und Astrologie, in: Archiv für Kulturgeschichte, Bd. 38, 1956, S. 328 f.; derselbe, Johannes Lichtenberger (gest. 1503). Studien zur Geschichte von Prophetie und Astrologie, in: Historische Studien, Bd. 379, 1960, S. 15 f.

83 Vgl. Lichtenberger, Johannes, Prognosticatio, Mainz 1492, in: Schramm, Albert, Der Bilderschmuck der Frühdrucke, Bd. 15, Leipzig 1932, Abb. 1102; eine Fotokopie des Originals befindet sich in der Abteilung Inkunabeln (Wiegendrucke) der Deutschen Staatsbibliothek, Berlin. Nach dieser Kopie wird im folgenden zitiert.

84 Lichtenberger, Johannes, Prognosticatio, a. a. O., Vorrede zum T. 1.

Baum von der Welt weichen.⁸⁵ Auch den Bischöfen und Geistlichen redet er ins Gewissen. Sie werden einst verfolgt werden, wenn sie nicht in würdiger Weise das Wort Gottes predigen.⁸⁶ Die Fürsten sollen von ihrem schändlichen Tun ablassen und sich nicht gleichsam als Vorläufer des Antichrist gebärden.⁸⁷ Dem Laienstand, besonders dem Bauern, würde, meint Lichtenberger, Schweres bevorstehen: Viele werden ertrinken, an der Pest sterben, durch Blitzschlag umkommen oder erhängt. Mancher wird seinen Besitz verlieren. Die Bauern und "Niedrigen" (ignobiles) werden einen Bund (confoederatio) gegen "Edle und Mächtige" (nobiles et potentes) schließen und viele von ihnen töten. "Die Reichen", so prophezeihte Lichtenberger, "werden herabstürzen, die Armen aber aufsteigen und zu Reichtümern gelangen."⁸⁸

Sicherlich wird die Schrift Lichtenbergers, die einen Wandel in den verschiedensten Lebensbereichen ankündigte, gerade auch durch die beigegebenen Holzschnitte breiteste Bevölkerungsschichten angesprochen haben. Sie fühlten sich in ihren Hoffnungen und Bestrebungen bestärkt, wenn der Astrologe die Habgier der Obrigkeit mit scharfen Worten geißelte und Empörungen der "Armen" gegen die "Reichen" voraussagte.⁸⁹ Doch tastete Lichtenberger bei aller teilweise weitgehenden Kritik an Mißständen die bestehende Gesellschaftsordnung nicht grundsätzlich an. "Das Schifflein Petri", die Kirche, werde zwar, meinte Lichtenberger, vom Sturm hin- und hergeworfen, gehe aber nicht unter. Die Kirche soll ebenso wie die weltliche Herrschaft reformiert, aber nicht umgestürzt werden.⁹⁰ Die Anwendung von Gewalt lehnte Lichtenberger ab, der insgesamt gesehen an der überkommenen Ständegliederung festhielt.⁹¹

Auf diesem Hintergrund gewinnt das am Anfang der "Prognosticatio" gebrachte Ständebild besondere Bedeutung. Aller schwelenden Unruhe zum Trotz, ja gerade weil alle traditionellen, am mittelalterlichen "ordo"-Begriff orientierten sozialen Wertvorstellungen ins Wanken gerieten und Bauernaufstände ausbrachen, die die immer wieder beschworenen ständischen Ideale entschieden in Frage stellten, wurde wenige Jahrzehnte vor dem deutschen Bauernkrieg nun auch im Bilde nachdrücklich die große Gemeinschaft gezeigt, die die Menschen auf Erden angeblich vereinte. Dabei tritt besonders anschaulich hervor, worauf letzten Endes die gepriesene Harmonie der Stände hinauslief. Wo der Bauer blieb, welcher Platz ihm im sozialen Gefüge zugedacht war, kann kaum anschaulicher zum Ausdruck gebracht werden, als es in dem der "Prognose" vorangestellten "Ständebild" geschieht: Kaiser und Papst, weltliche Herren und Klerus begegnen einander wür-

85 Ebenda, T. 1, Kap. 1,

86 Ebenda.

87 Ebenda, T. 1, Kap. 8, 22.

88 Ebenda, T. 3, Kap. 1.

89 Ebenda, T. 3, Schluß.

90 Ebenda, T. 1, Kap. 1, 8.

91 Am weitesten geht Lichtenberger in seinen Forderungen in T. -1, Kap. 30, wo es u. a. heißt: Rex alterans leges et constituens novam. L. geht also davon aus, daß der König bestehende Gesetze verändern und neue Gesetze erlassen kann. Dabei ist die Zustimmung des Volkes erforderlich (... in omnibus legibus consensus populi necessarius). Doch betont L., daß das Volk bei allen seinen Wünschen und Bestrebungen dem Einfluß der Sterne nachgibt. Die Veränderbarkeit der Gesetze wird von L. also primär nicht auf den Willen des Volkes zurückgeführt. Entscheidend ist bei L. vielmehr der Wechsel in der Konstellation der Sterne.

devoll und selbstbewußt, ohne von den zu ihren Füßen arbeitenden, klein und in demütiger Haltung gezeigten Bauern die geringste Notiz zu nehmen.

Neben solchen, die Feudalordnung letztlich rechtfertigenden Auffassungen, wie sie in dem eben untersuchten Holzschnitt in Lichtenbergers "Prognosticatio" zum Ausdruck kommen, regten sich jedoch in steigendem Maße auch oppositionelle Ansichten, die ebenfalls bildlich dargestellt wurden. Wir möchten zunächst hier auf einen mehrfach publizierten Holzschnitt verweisen, der zehntzahlende Bauern zeigt und in dem von Sanchez de Arevalo (Rodericus Zamorensis, gest. 1470) verfaßten Werk "Speculum vitae humanae" enthalten ist.⁹² (Abb. 6) Der Autor, Bischof von Zamora (Spanien), beschäftigt sich in dieser Schrift, die im letzten Drittel des 15. Jahrhunderts mehrfach gedruckt wurde⁹³, ganz allgemein mit Vorzügen und Mängeln der verschiedenen "Berufe" und "Stände", unter anderem auch mit den Beziehungen zwischen Königen, Fürsten und ihren Untergebenen. Zwar gibt es einige kritische Bemerkungen über die "Herren"⁹⁴, doch wird grundsätzlich betont, daß eine Obrigkeit nötig sei, um die in "Unordnung geratene Welt" zu bessern⁹⁵. Die Berechtigung feudaler Herrschaft wird vor allem auch gegenüber der ländlichen Bevölkerung betont. Diese wird von dem spanischen Bischof zunächst mit manchem Lob bedacht. Ausführlich wird "von der Übung des Ackerbaues und Lob und Ruhm des natürlichen unschuldigen Werkes und von dem Nutzen der

92 Zitiert wird nach folgendem Druck: Rodericus Zamorensis, Spiegel des menschlichen Lebens, Augsburg 1488. - Das Werk befindet sich in der Inkunabel-Abteilung der Deutschen Staatsbibliothek, Berlin (Signatur: Inc 319, 40). Der Holzschnitt wurde zuletzt abgedruckt in: Laube, Adolf/Steinmetz, Max/Vogler, Günter, Illustrierte Geschichte der deutschen frühbürgerlichen Revolution, Berlin 1974, S. 33; Hütt, Wolfgang, Deutsche Malerei und Graphik der frühbürgerlichen Revolution, Leipzig 1973, S. 163; vgl. auch Hühns, Erik/Hühns, Ingeborg, Bauer, Bürger, Edelmann, Berlin 1963, S. 42. Genannt sei auch Bartels, Adolf, Der Bauer in der deutschen Vergangenheit, Leipzig 1900, der zur Veranschaulichung des Lebens der Bauern im frühen Mittelalter vorwiegend spätmittelalterliche Holzschnitte verwendet. Damit werden jedoch diese Bilder völlig aus dem geschichtlichen Milieu gerissen, in dem sie wurzeln - ein Verfahren, das in bürgerlichen Kulturgeschichten häufig praktiziert wurde. Es sei hier nur an so bekannte Darstellungen erinnert wie Henne am Rhy, Otto, Kulturgeschichte des deutschen Volkes, Bd. 1, 1. Aufl., Berlin 1892; Schultz, Alwin, Das häusliche Leben im Mittelalter, München/Berlin 1905; Grupp, Georg, Kulturgeschichte des Mittelalters, Bd. 1 - 6, Paderborn 1912 f.; Steinhausen, Georg, Geschichte der deutschen Kultur, Leipzig/Wien 1915; Zoepfl, Franz, Deutsche Kulturgeschichte, Bd. 1, Freiburg (Breisgau) 1928; vgl. auch die kritischen Bemerkungen von Schramm, Percy-Ernst, Über Illustrationen zur mittelalterlichen Kulturgeschichte, in: Historische Zeitschrift, Bd. 137, 1928, S. 425.

93 Vgl. Schramm, Albert, Der Bilderschmuck der Frühdrucke, Bd. 2, Leipzig 1922, wo alle Drucke angegeben sind. - Über Sanchez de Arevalo vgl. auch Jedin, Hubert, Sanchez de Arevalo und die Konzilsfrage unter Paul II., in: Archiv für Kulturgeschichte, Bd. 73, 1954, S. 95 f. Der spanische Bischof war ein entschiedener Verfechter der feudalen Ständehierarchie, lehnte alle konziliaren Bestrebungen scharf ab und forderte unbedingten Gehorsam gegenüber dem Papst.

94 Rodericus Zamorensis, Spiegel des menschlichen Lebens, a. a. O., Bl. VIII v, IX r, XXVII r, XXXVI v.

95 Ebenda, Bl. XXV v.

menschlichem geschlechte daraus entspringt. . . " berichtet. ⁹⁶ Oft bleibe den Bauern nach Leistung ihrer Abgaben, der Beköstigung der Knechte und der Fütterung des Viehs "nichez über . . . dau allein mue and arbeyt". Oft quält sich der Bauer das ganze Jahr hindurch - die Saat reift heran, die Ernte wird gut sein -, da macht ein Hagelschauer alles zunichte. ⁹⁷

Diese positive Würdigung gilt aber nur, "wann die bawleut sollich seind wie die alten unschuldigen einfeltigen bawern gewesen seind unnd das sy seient als sy sein sollent nit als sy ietz seind". Die "alten", so heißt es weiter, seien geduldig gewesen, hätten alle "widerwertigkeit" ertragen und "nie wider got gemurmelt". Sie hätten die Lanzen zu Sichel und die Kurzschwerte zu Sensen gemacht. Jetzt, meint Sanchez, sei alles anders geworden. Die "Ackerleute" würden aus Pflugscharen und Sichel Wäffen schmieden, "um ander leut zu schedigen". Die Zehnten würden verweigert. Die Bauern seien widerspenstig geworden - dafür werde sie die gerechte Strafe Gottes ereilen. ⁹⁸

Der Standpunkt des spanischen Bischofs ist eindeutig: Nur dann wird der Bauer gelobt, wenn er demütig seine Pflicht tut und seinem Herrn gehorcht. Teilt diese Haltung auch der Illustrator des Werkes? Wir erinnern an jenen bereits erwähnten Holzschnitt mit zehntzahlenden Bauern. Werden hier gleichsam in der Sprache des Bildes nicht jene Ausführungen des Bischofs unterstrichen, in denen er sich entschieden gegen die Verweigerung von Abgaben durch die ländliche Bevölkerung wendet? Wird nicht eine gewissermaßen optisch veranschaulichte Rechtfertigung der in Frage gestellten Zehntpflicht gegeben und damit gegen widerspenstige Bauern Stellung genommen? Dazu ist zu sagen, daß sich bei jener Textstelle des Werkes, wo Sanchez vollständige Abgabenzahlung einschärft, der genannte Holzschnitt gerade nicht befindet. Hier, wo sich die Gelegenheit zu apologetischer Bekräftigung auch und gerade im Bilde anbot, hält sich der Illustrator auffallend mit jeder Wertung zurück: Gezeigt wird ein friedlich pflügender Bauer. ⁹⁹ Diese gewissermaßen "neutrale" Darstellungsweise gibt der Illustrator bezeichnenderweise dort auf, wo Sanchez, der sonst grundsätzlich auf der Seite der Obrigkeit steht, einmal von der Habgier und Bestechlichkeit der Fürsten und deren Beauftragten schreibt. An dieser Stelle bringt der Illustrator jenen Holzschnitt an, wo ein Grundherr hochmütig auf Bauern herabblickt, die in unterwürfiger Haltung den Zehnten abliefern. ¹⁰⁰ Die den Gegensatz zwischen "Herr und Knecht" hervorkehrende Darstellung weckt beim Betrachter Sympathie für die Bauern, die gleichsam als Opfer ihrer Herren erscheinen. Im Bilde wird die Habsucht der Feudalgewalten angeprangert, die auf Kosten ihrer Bauern leben. Ihnen stand der Illustrator offenbar nahe.

Wesentlich pointierter in ihrem oppositionellen Grundgehalt sind im Vergleich zu dem eben analysierten Holzschnitt jene Illustrationen, die einer 1532 erschienenen deutschen Ausgabe des Werkes von Petrarca "De remediis utriusque fortunae" beigelegt wurden. ¹⁰¹ Die darin enthaltenen 261 Holzschnitte wurden von ei-

96 Ebenda, Bl. XLV r.

97 Ebenda, Bl. XLVII r.

98 Ebenda, Bl. XLVIII ff.

99 Ebenda, Bl. XLV v.

100 Ebenda, Bl. IX r.

101 Vgl. Scheidig, Walther, Die Holzschnitte des Petrarca-Meisters zu Petrarca's Werk "Von der Artzney bayder Glück, des guten und widerwärtigen", Augsburg 1532, Berlin 1955. - Diese von der Deutschen Akademie der Künste

nem unbekanntem Künstler angefertigt, von dem wir nur wissen, daß er in Augsburg aufwuchs. Er erlebte, wie im benachbarten Schwaben die "Bundschuh"-Bewegung mit den Aufständen von 1514 in Württemberg (2. Mai) und in Bühl (Baden, 11. Juni) ihren Höhepunkt erreichte. Nimmt man dazu, daß solche Bauernverschwörungen im Schwarzwald und in der weiteren Umgebung von Augsburg nicht abrisen, so rundet sich das Bild von dem, was der Petrarca-Meister in seinen Lehrjahren gesehen und erfahren hat. Seine Holzschnitte, die bereits 1520 fertig vorlagen, sind von einer entschiedenen Kritik an der feudalen Gesellschaftsordnung durchdrungen und lassen deutlich erkennen, daß die Sympathien des Künstlers uneingeschränkt den Bauern galten. Dies kommt besonders deutlich in einem Holzschnitt zum Ausdruck¹⁰², in dem er den Inhalt des Kapitels "Vom adligen Ursprung" veranschaulichen wollte. In dem entsprechenden Text wandte sich Petrarca gegen "die Freude", die stolz betont: "Ich hab' einen adligen Ursprung." Dagegen erwidert die "Vernunft": "Du darfst nicht denken, daß Blut edel macht. Blut ist einander gleich, des Bauern und des Edelmannes. Der Vater kann Leib und Gut geben, Adel aber nicht, den muß Du Dir selbst mit redlichen Taten erobern." So übersetzte vor 1520 Peter Stahel die entsprechende Textstelle bei Petrarca.¹⁰³ Diese Worte enthalten eine deutliche Kritik jener im Mittelalter verbreiteten Ansicht, wonach durch Geburt und Herkunft der Platz des Menschen in der Feudalgesellschaft unverrückbar festgelegt sei.

In seinem Holzschnitt zu dieser Passage geht der Petrarca-Meister aber noch viel weiter. (Abb. 7) In den Wurzeln eines hohen Baumes sieht man zwei Bauern. Neben ihnen liegen griffbereit Keule und Gabel - Arbeitsgerät und Waffe zugleich. Auf dem ersten Astabschnitt sitzen links Handwerker, rechts Kaufleute und Händler. Deutlich sind der Schneider mit der Schere, der Schuster mit dem Knieriemen, der Händler, der seine Geldtasche festhält, und der Geld wechselnde Kaufmann zu erkennen. Über ihnen sitzen müßig, die Zeichen ihrer Würden in den Händen haltend, ein Bischof, ein Kardinal, ein Graf und ein Kurfürst. Noch eine Stufe höher finden sich dann Papst (links) und Kaiser (rechts). Über beiden, im Gipfel des Baumes, sitzen zwei Bauern. Der eine ruht mit seiner Mistgabel, der andere musiziert mit einem Dudelsack. Der Fuß des linken Bauern trifft die Schulter des Papstes, während der Fuß des rechts sitzenden Bauern auf der Krone des Kaisers zu stehen scheint.

Damit wird aber der Stufenbau der feudalen Hierarchie, die mit diesem "Ständebaum" bis hinauf zu den geistlichen und weltlichen Häuptern der "Christenheit" durchaus traditionell versinnbildlicht wird, in eklatanter Weise durchbrochen. Der Bauer ist in dieser Darstellung nicht nur Grundlage der gesamten Feudalgesellschaft, sondern zugleich auch fähig, aufzusteigen, sich mit Keule und Gabel emporzukämpfen und über Kaiser und Papst zu "thronen". Dieses Bild hatte offenbar Stephan Vigilius, der die deutsche Ausgabe des Werkes von Petrarca im Jahre 1539 besorgte, vor Augen. Er fügte in seine deutsche Übersetzung des betreffenden Kapitels bezeichnenderweise den zur Zeit des englischen Bauernaufstandes 1381 zuerst nachweisbaren Spruch ein: "Da Adam hacket und Eva spann/

zu Berlin veranstaltete Ausgabe umfaßt sämtliche Holzschnitte des Werkes. Leider wurde der zugehörige Text nicht mit veröffentlicht, wenn auch auf dessen Inhalt in der zu jeder Illustration gebrachten Erläuterung kurz verwiesen wird. Hervorzuheben ist das Bemühen des Herausgebers, das Gesamtwerk aus der allgemeinen geschichtlichen Entwicklung heraus zu interpretieren.

102 Ebenda, S. 60 f.

103 Ebenda, S. 61.

sag mir, wer war da ein Edelmann? "104 Damit gab Vigilius der dem Holzschnitt des Petrarca-Meisters innewohnenden scharfen und weitreichenden Kritik treffenden und beredten Ausdruck - es war eine im Bild vorgetragene Kampfansage gegen die bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse.

Ergebnisse und Ausblick

Der Versuch, einige Bildzeugnisse aus der Zeit vom 9. bis zum beginnenden 16. Jahrhundert in die geschichtliche Entwicklung einzufügen und nach den historischen Motiven für die Wiedergabe bäuerlicher Arbeitsdarstellungen in der mittelalterlichen Buchmalerei und Graphik zu fragen, führte zu folgendem Ergebnis: Die ersten "Arbeitsbilder" fallen ins frühe Mittelalter, als Feudalisierung und Christianisierung in Westeuropa wichtige Fortschritte machten. In diesem Zusammenhang kam es zu einer Bewertung der bäuerlichen Arbeit als "gutes Werk". Diese Auffassung rückte in dieser Zeit gegenüber der Ansicht, die Arbeit sei eine Strafe für den Sündenfall und daher zu verachten, immer stärker in den Vordergrund. Sie wurde zuerst von den Benediktinern, später auch von einflußreichen Angehörigen des fränkischen Klerus betont. In diesem Zusammenhang wurde im mittelalterlichen Westeuropa die bäuerliche Arbeit erstmals bildlich dargestellt und auch in Dichtungen ausführlich beschrieben und gelobt.

Dabei ist generell zu beachten, daß im frühen Mittelalter, aber auch in den folgenden Jahrhunderten die optische Veranschaulichung wichtiger, in der Bibel überlieferter Vorgänge und Ereignisse (Sündenfall, Vertreibung von Adam und Eva aus dem Paradies, Verkündigung an die Hirten) teilweise auch Darstellungen aus dem bäuerlichen Leben enthielt. So wurden Adam als Bauer und Eva als Bäuerin gezeigt. Bemerkenswerterweise erfolgten jedoch bäuerliche Arbeitsdarstellungen nicht ausschließlich in diesem durch biblische Motive vorgegebenen Rahmen, sondern auch außerhalb und weitgehend unabhängig davon. Damit gewinnen diese "Arbeitsbilder" eine gewisse Eigenwertigkeit, wie sie beispielsweise in den Monatsbildern zum Ausdruck kommt. 105

Als im hochmittelalterlichen Westeuropa mit der Entstehung der Stadt und der zweiten Phase des Landesausbaus ein Wirtschaftsaufschwung einsetzte, kam es in der "Kunst" zu einer erneuten Hinwendung zum bäuerlichen Lebensbereich. Zum ersten Mal in der mittelalterlichen Geschichte erscheinen nun auch in der künstlerischen Ausstattung von Kirchen bäuerliche Arbeitsmotive, die den Wert des bäuerlichen Wirkens und vor allem die Stellung des Bauern in der feudalen Hierarchie breitesten Bevölkerungsschichten verdeutlichen sollen.

Erstmals wird im hohen Mittelalter die Arbeit der Frau bei der Getreideernte in der Buchmalerei dargestellt. Die durch den Landesausbau vergrößerte Kulturflä- che sowie die zunehmende "Vergetreidung" der bäuerlichen Wirtschaft steigerten den Bedarf an Arbeitskräften. Die Frau half nun auch beim Sichelschnitt, also

104 Ebenda, S. 62. - 1381 wählten die englischen Bauern bei ihrer Erhebung diesen Spruch als Kampflösung (vgl. Hilton, Rodney Howard/ Fagan, Hyman, Der englische Bauernaufstand von 1381, deutsche Ausgabe, Berlin 1953, S. 90 f; Steinitz, Wolfgang, Deutsche Volkslieder demokratischen Charakters aus sechs Jahrhunderten, Bd. 1, Berlin 1954, S. 9 ff.).

105 Vgl. auch Lexikon der Kunst, Bd. 1, Leipzig 1968, S. 15, Stichwort: Adam und Eva.

nicht nur im bäuerlichen Haushalt oder bei leichteren Arbeiten auf dem Felde (Garben binden und anderes).

Generell kann festgestellt werden, daß im Vergleich zum frühen Mittelalter die bäuerliche Arbeit in der Blütezeit des Feudalismus sowohl in Werken geistlichen Ursprungs ("Bilderpsalter") als auch in Schriftzeugnissen weltlicher Herkunft (Urbare, Rechtsbücher) häufiger und ausführlicher im Bilde wiedergegeben wird. Die durch die Entfaltung städtischen Lebens bewirkte soziale Mobilität, das Ringen der Bauern um eine Verbesserung ihrer Lage führten zum ersten Mal in der mittelalterlichen Geschichte zu einer relativ ausführlichen Beschäftigung mit der sozialen und rechtlichen Stellung der ländlichen Bevölkerung in der Feudalgesellschaft. Dies geschah in besonderem Maße in Rechtsbüchern, beispielsweise im Sachsenspiegel. Hier wird unter anderem die Frage nach dem Ursprung der Leibeigenschaft erörtert. Rechte und Pflichten der feudalabhängigen Bauern werden eingehend beschrieben. In Bilderhandschriften, die im ersten Viertel des 14. Jahrhunderts vom Sachsenspiegel angefertigt wurden, wird der Text des Rechtsbuches durch beigefügte Miniaturen einem breiteren Leserkreis veranschaulicht. Dabei läßt sich feststellen, daß der Miniator in verschiedenen Bildern über den Inhalt der zugehörigen Textstellen hinausgeht und diese ergänzt.

Im späten Mittelalter verursachte der nun einsetzende beträchtliche Strukturwandel der Feudalgesellschaft eine erhebliche Verschärfung der sozialen Spannungen. In diesem Zusammenhang kam es zu einer lebhaften literarischen Auseinandersetzung um die Stellung der einzelnen Stände in der Feudalgesellschaft. Dabei wurde besonders eingehend die Bedeutung des "Standes der Bauern" erörtert, deren zunehmende Bedrückung je nach der Klassenposition des Betrachters entweder gutgeheißen oder aber entschieden angegriffen wurde. Die konträren Ansichten fanden in aufschlußreicher Weise nun auch im Bilde Ausdruck. Dabei bot die Anwendung der Holzschnittechnik bessere künstlerische Gestaltungsmöglichkeiten. Der im späten Mittelalter unter anderem im Zusammenhang mit der sogenannten Agrarkrise besonders nachdrücklich von den Feudalgewalten betonte Herrschaftsanspruch wurde nun auch bildlich dargestellt. Während im frühen und hohen Mittelalter in Monatsbildern lediglich die in den verschiedenen Jahreszeiten zu verrichtenden bäuerlichen Arbeiten gezeigt wurden, trat bezeichnenderweise im spätmittelalterlichen "Rechtfertigungsbild" neben die arbeitenden Bauern die "Aufsichtsperson" als Verkörperung der herrschenden Klasse. In diametralem Gegensatz dazu wurde im "Oppositionsbild" die feudale Knechtschaft des Bauern heftig attackiert. So erscheint zum Beispiel im "Ständebaum" des Petrarca-Meisters der Bauer als Überwinder der bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse.

Abschließend sei betont, daß im Rahmen dieser Studie nur eine kleine Zahl von Bildquellen untersucht und in einen größeren geschichtlichen Zusammenhang gestellt werden konnte. Inhalt und Aussagekraft bildlicher Quellen zur bäuerlichen Geschichte im Mittelalter und darüber hinaus in der gesamten Feudalepoche lassen sich erst dann voll erschließen, wenn die entsprechenden Zeugnisse vor allem aus dem Bereich der Buchmalerei und der Graphik möglichst vollständig und systematisch gesichtet, gesammelt und interpretiert werden. Solche Abbildungen stellen für die Erforschung der Technik der feudalen Landwirtschaft, für die Form und die Funktion ihrer Werkzeuge und Geräte, für die bei ihrer Handhabung entwickelte Arbeitsfertigkeit sowie für die rechtliche und soziale Stellung der Bauern in der feudalen Klassengesellschaft eine erstrangige und unentbehrliche Quelle dar. Entsprechende ikonographische Forschungen, verbunden mit einer umfassenden Edition von Bildzeugnissen zur bäuerlichen Geschichte, gehören daher im Rahmen einer marxistischen Analyse der Produktivkräfte im Feudalismus zu einer wichtigen Zukunftsaufgabe.

ZU TENDENZEN

DER RÄUMLICHEN BEVÖLKERUNGSBEWEGUNG

IN DER DDR⁺

- + Bei den folgenden drei Untersuchungen handelt es sich um überarbeitete, auf einen neueren Stand gebrachte Beiträge für ein "Internationales Demographisches Symposium", das im Zusammenhang mit dem Weltbevölkerungsjahr 1974 und dem 25. Jahrestag der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik vom 16. bis 18. Dezember 1974 in Berlin stattfand.

TENDENZEN DER URBANISIERUNG UND DER BEVÖLKERUNGSAGGLOMERATION IN DER DDR IN DEN JAHREN 1950 BIS 1973

von Lucie Burkhardt-Osadnik / Carl Otto

Die Weltbevölkerung hat besonders in den letzten fünfzig Jahren eine starke Entwicklung erfahren. Im Jahre 1920 betrug die Gesamtbevölkerung der Erde etwa 1,8 Milliarden. Im Jahre 1970 waren es bereits 3,6 Milliarden Menschen. Im Zeitabschnitt 1920 bis 1970 hat sich die Weltbevölkerungszahl somit verdoppelt. Rund ein Drittel der Weltbevölkerung lebt heute im sozialistischen Weltsystem.

In den Untersuchungen über die Vorausberechnung der Weltbevölkerung bis zum Jahre 2000 unterscheidet man in der UNO-Statistik zwischen entwickelteren und weniger entwickelten Gebieten, wobei zu den ersteren unter anderem Europa, die gesamte Sowjetunion - zu den letzteren Ost-Asien, Süd-Asien, Afrika und Lateinamerika zählen. Zum Zwecke der internationalen Vergleichbarkeit unterscheiden die Vereinten Nationen in diesen Untersuchungen ferner zwischen agglomerierter Bevölkerung (Wohnbevölkerung von Orten mit mindestens 20 000 Einwohnern) und ländlicher bzw. kleinstädtischer Bevölkerung (Wohnbevölkerung von Orten unter 20 000 Einwohnern). In den entwickelteren Gebieten ist der Anteil der städtischen Bevölkerung wesentlich höher als in den weniger entwickelten Gebieten.

In den Vorausschätzungen der Vereinten Nationen für das Jahr 2000 wird ein Anwachsen der Weltbevölkerung auf 6,1 Milliarden angenommen, wobei 1,266 Milliarden Menschen den entwickelteren Gebieten und 4,846 Milliarden den weniger entwickelten Gebieten zugerechnet werden. Bei Unterscheidung nach städtischer und ländlicher Bevölkerung ergibt sich, daß zu diesem Zeitpunkt zirka 2,337 Milliarden Menschen in Agglomerationen¹ und zirka 3,775 Milliarden in Orten mit weniger als 20 000 Einwohnern leben werden.

Vergleicht man diese Zahlen mit den ebenfalls von der UNO berechneten und für 1960 ausgewiesenen, so ergibt sich, daß die Bevölkerung in den entwickelteren Gebieten um 48 Prozent und in den weniger entwickelten Gebieten um 127 Prozent zunehmen wird. Bei Unterscheidung nach Stadt und Land zeigt sich, daß sich die agglomerierte Bevölkerung um 208 Prozent, die ländliche und kleinstädtische nur um 69 Prozent vergrößern wird.

Bei einer Kombination beider Merkmale ergibt sich jedoch ein wesentlich anderes Bild. Die agglomerierte Bevölkerung in den entwickelteren Gebieten zeigt dann einen Zuwachs von 102 Prozent, in den weniger entwickelten Gebieten einen Zuwachs von 319 Prozent. Während sich die agglomerierte Bevölkerung in den ent-

1 Unter Bevölkerungsagglomeration bzw. Bevölkerungsballung versteht man eine überdurchschnittliche Konzentration der Bevölkerung auf begrenzten Territorien.

wickelteren Gebieten verdoppelt, steigt ihre Zahl in den weniger entwickelten Gebieten auf mehr als das Vierfache. Die ländliche Bevölkerung vergrößert sich in den entwickelteren Gebieten um 4 Prozent, in den weniger entwickelten Gebieten um 86 Prozent. Die ländliche Bevölkerung bleibt also in den entwickelteren Gebieten nahezu konstant und zeigt nur in den weniger entwickelten Gebieten eine Aufwärtsentwicklung.

Nach den Vorausberechnungen der UNO-Statistik werden im Jahre 2000 knapp 40 Prozent der Weltbevölkerung in Agglomerationen leben, während es 1960 nur rund 25 Prozent waren. Da mit einer solchen Entwicklung Probleme auf den verschiedensten Gebieten des Lebens verbunden sind, ist es verständlich, daß die Vereinten Nationen den Untersuchungen über den Verstädterungsprozeß großen Wert beimessen.²

In Tabelle 1 geben wir Prozentsätze für die agglomerierte Bevölkerung in acht RGW-Mitgliedsländern an, die sich aus Unterlagen der UNO-Statistik ergeben.

Tabelle 1

Prozentsätze für die agglomerierte Bevölkerung in sozialistischen Ländern für die Jahre 1920 bis 1960⁺

	1920	1930	1940	1950	1960
VR Bulgarien	9	12	15	19	27
ČSSR	17	20	21	22	25
VR Polen	18	21	24	25	31
SR Rumänien	12	13	18	18	21
UdSSR	10	13	24	28	36
VR Ungarn	32	33	36	34	38
SR Kuba	25	27	30	34	40
DDR	40	42	44	39	40

+ Zusammengestellt nach Angaben bei Schwarz, Karl, Die städtische und ländliche Weltbevölkerung heute und im Jahre 2000. Zum Konzept der Stadtregionen, in: Raum und Bevölkerung, Nr. 10, Hannover 1970, S. 151 ff.

Aus Tabelle 1 folgt unter anderem, daß die Prozentzahlen für die agglomerierte Bevölkerung in der DDR im Zeitraum 1920 bis 1960 fast konstant geblieben sind.

Benutzt man jedoch die Definitionen der einzelnen Länder für die Stadtbevölkerung und die Landbevölkerung, so ergeben sich wesentliche Veränderungen bei den Prozentsätzen für die agglomerierte Bevölkerung. In letzter Zeit wurden durch die UNO-Statistik auch Untersuchungen über die agglomerierte Bevölkerung unter Verwendung der in den einzelnen Ländern üblichen Nomenklaturen vorgenommen. Man unterschied hier zwischen starkagglomerierten Bevölkerungen, mittelagglomerierten Bevölkerungen und schwachagglomerierten Bevölkerungen. Danach führt die Deutsche Demokratische Republik gegenwärtig die Gruppe der starkagglomerierten Bevölkerungen mit einer Agglomerationsziffer von 81,2 Prozent an. Als Zuwachsziffer der Urbanisierung wird nach diesen Berechnungen die jährliche Durchschnittszahl von 0,4 Prozent

² Die Verfasser sind sich darüber im klaren, daß Bevölkerungsvoraussagen für einen Zeitraum von 25 Jahren nur eine mögliche Entwicklung kennzeichnen. Trotzdem sind sie der Auffassung, daß sich aus den dargestellten Zahlen gewisse Tendenzen der Urbanisierung ableiten lassen.

genannt. Danach weist die Bevölkerung der DDR gegenwärtig die mit Abstand in der Welt niedrigste Zuwachsziffer für die Urbanisierung auf.

Entsprechend der Praxis der DDR-Statistik werden in der DDR Gemeinden mit mehr als 2000 Einwohnern als Stadtgemeinden und Gemeinden unter 2000 Einwohnern als Landgemeinden ausgewiesen. Danach leben von der Wohnbevölkerung insgesamt in der DDR³ in den Jahren

1950	1960	1970	1972	
71,0	72,0	73,8	74,2	Prozent in Stadtgemeinden,
29,0	28,0	26,2	25,8	Prozent in Landgemeinden.

Die gering steigenden Prozentzahlen für die Wohnbevölkerung in den Stadtgemeinden der DDR deuten für die dargestellten 22 Jahre eine relativ geringe Tendenz in der Erhöhung des Bevölkerungsanteils in den genannten Ortsgrößengruppen an. Genaugenommen weisen die genannten Prozentsätze den Urbanisierungsprozeß in der DDR sogar überhöht aus, denn in ihnen spiegeln sich gleichzeitig Gemeindezusammenlegungen und Eingemeindungen kleinerer Orte in Städte wider, die in der DDR in den letzten Jahren unter anderem aus Gründen der Rationalisierung der Verwaltungsarbeit vorgenommen wurden.

Allgemein kann festgestellt werden: In der DDR spielt der Verstärkerungsprozeß gegenwärtig keine solch große Rolle wie in anderen europäischen Ländern. Der Staat tut sehr viel, um die Unterschiede zwischen Stadt und Land auszugleichen. Mit dem Übergang zu industriemäßigen Produktionsmethoden in der Landwirtschaft und der damit verbundenen Hebung des materiellen und kulturellen Lebensniveaus auf dem Lande wurde die entscheidende Grundlage für diese Entwicklung geschaffen. Die industriemäßige Produktion in der Landwirtschaft zog wesentliche Verbesserungen im Bereich der Dienstleistungen, im sozialen und kulturellen Bereich und im Verkehr nach sich. So wurden Waschstützpunkte, Kinderkrippen, Kindergärten, neue Einkaufsmöglichkeiten geschaffen oder bestehende verbessert, neue Wohnungen, Schulen und Klubhäuser gebaut, Polikliniken bzw. Landambulanzen eingerichtet. Durch großzügige Kreditgewährung unterstützt der Staat den Bau von Eigenheimen. Diese Fortschritte kamen der gesamten in den Dörfern ansässigen Bevölkerung zugute. Sie tragen zur Überwindung der wesentlichen Unterschiede zwischen Stadt und Land bei.

Die DDR ist ein kleines Land mit einem relativ engmaschigen Verkehrsnetz. Besonders hat die Motorisierung auf dem Lande zugenommen. Das trifft in erhöhtem Maße auf die Jugendlichen zu. So können die Arbeitsstätten in der Stadt bzw. in Industriezentren infolge der geringen Entfernungen relativ schnell erreicht werden. Zwischen Wohnorten und Industriezentren wurde ein kostenloser Werkautobusverkehr eingerichtet. Das Verkehrsnetz der Großstädte wurde erweitert. S-Bahnen verbinden die Randsiedlungen mit dem Stadtkern. Der Besuch der Kulturzentren und anderer Einrichtungen in der Stadt ist nicht mehr so zeitaufwendig wie früher.

Trotzdem gibt es auch in der DDR eine Tendenz zur Urbanisierung. Dies zeigt sich in der Zunahme der Bevölkerung in den Städten, besonders in den Kreisstädten und in Ballungsgebieten um Industriezentren. Aber auch Dörfer können durch Eingemeindungen von kleineren umliegenden Ortschaften zu Städten werden. Hier

3 Zusammengestellt von den Verfassern nach Angaben in Bevölkerungsstatistisches Jahrbuch der DDR 1974, Berlin 1974, S. 18 f.

wäre noch zu bemerken, daß das Stadtrecht auf dem Gebiet der DDR zum Teil durch Tradition bestimmt ist, so daß es Städte gibt, die wesentlich kleiner sind als eine Vielzahl von Dörfern.

Im Zusammenhang mit den Problemen der Urbanisierung und der Bevölkerungsagglomeration in der DDR sollen in unseren Ausführungen zwei Aspekte etwas näher betrachtet werden, und zwar das Problem der Urbanisierung für die DDR als Ganzes und das Problem der Entstehung von Ballungsgebieten und Trabantenstädten um alte und neue Industriezentren bzw. um Großstädte und mittlere Städte.

Bezüglich der Urbanisierung für die DDR als Ganzes ist aus der amtlichen Statistik der DDR zu ersehen, daß sich in der DDR ein ständiger Rückgang an Gemeinden insgesamt vollzieht. Dies hängt in erster Linie zusammen mit der Eingemeindung von kleineren Orten am Rande von größeren Städten in diese Städte, aber auch mit der Zusammenlegung von Dörfern zu einer Verwaltungseinheit. Diese Veränderungen bedingen einmal den Rückgang an Ortschaften überhaupt, zum anderen aber auch einen möglichen Übergang in eine andere Gemeindegrößengruppe.

In Tabelle 2 stellen wir für ausgewählte Jahre zwischen 1950 und 1973 die Entwicklung der Anzahl der Gemeinden in der DDR dar, untergliedert nach Gemeindegrößengruppen entsprechend der Einwohnerzahl.

Betrachten wir die Klassifizierung der Orte nach Gemeindegrößengruppen, so zeigt sich für die DDR ein Rückgang in allen Größengruppen bis zu 20 000 Einwohnern und ein zahlenmäßiges Ansteigen der Orte in den Gemeindegrößengruppen ab 20 000 Einwohner. Die stärkste Veränderung finden wir bei der Gemeindegrößengruppe 50 000 bis unter 100 000 Einwohner, die von 1950 bis 1973 eine Zunahme von 50 Prozent aufweist, obwohl aus dieser Gruppe zwei Städte in die Größengruppe 100 000 und mehr Einwohner überwechselten.

Vergleicht man zahlenmäßig die Wohnbevölkerung in den verschiedenen Gemeindegrößengruppen für den gleichen Zeitraum, so ergibt sich eine andere interessante Aufteilung, die wir in Tabelle 3 darstellen.

Die Zahlen in Tabelle 3 erlauben die Schlußfolgerung, daß insgesamt ein Rückgang der Bevölkerungszahl zu verzeichnen ist, was in erster Linie mit dem ungünstigen Altersaufbau in der DDR zusammenhängt. Dieser Rückgang wirkt sich besonders aus in den unteren Größengruppen bis zu 20 000 Einwohnern, wobei der stärkste Rückgang in Gemeindegrößengruppe bis unter 2 000 Einwohner zu verzeichnen ist. Grund dafür waren die bereits erwähnten Eingemeindungen und der oft damit verbundene Aufstieg in die nächst höhere Gemeindegrößengruppe. Darüber hinaus spielt aber auch die Tatsache eine Rolle, daß die Jugend in der Gegenwart bei weitem nicht mehr so einseitig die Stadt als Wohnsitz bevorzugt, wie dies in der DDR in den vergangenen Jahren noch der Fall war, was zweifellos auch als Folge einer verstärkten Annäherung der ländlichen an die städtischen Arbeits- und Lebensbedingungen zu werten ist, wenn man etwa - um nur einige Beispiele herauszugreifen - an die Wohnverhältnisse, die Produktionsmethoden in der Landwirtschaft oder die Möglichkeit zur Teilnahme am kulturellen Leben, die das Fernsehen bietet, denkt.

In den Größengruppen 20 000 bis unter 50 000 Einwohner und 100 000 und mehr Einwohner ist zunächst ein Absinken der Bevölkerungszahl und anschließend wieder eine Zunahme zu verzeichnen (in der Gruppe bis unter 50 000 dann wieder ein Absinken), während die Bevölkerungszahl der Größengruppe 50 000 bis unter 100 000 Einwohner eine ständige Zunahme aufweist - trotz der Herauslösung der

Tabelle 2

Anzahl der Gemeinden in der DDR, untergliedert nach Gemeindegrößengruppen entsprechend der Einwohnerzahl in ausgewählten Jahren zwischen 1950 und 1973⁺

Jahr	Insgesamt	Land- gemeinden unter 2 000	Stadtgemeinden					
			2 000 - 5 000	5 000 - 10 000	10 000 - 20 000	20 000 - 50 000	50 000 - 100 000	100 000 und mehr
1950	9 776	8 491	821	248	117	76	12	11
1964	9 173	8 059	671	229	111	78	14	11
1971	8 845	7 751	661	208	113	85	16	11
1973	8 404	7 311	669	202	109	82	18	13

+ Zusammengestellt von den Verfassern nach Angaben in Statistisches Jahrbuch der DDR 1974, Berlin 1974, S. 9.

Tabelle 3

Wohnbevölkerung der DDR, untergliedert nach Gemeindegrößengruppen entsprechend der Einwohnerzahl in ausgewählten Jahren zwischen 1950 und 1973⁺
(in 1000)

Jahr	Insgesamt	Land- gemeinden unter 2 000	Stadtgemeinden					
			2 000 - 5 000	5 000 - 10 000	10 000 - 20 000	20 000 - 50 000	50 000 - 100 000	100 000 und mehr
1950	18 388, 2	5 347, 7	2 516, 9	1 685, 9	1 646, 8	2 505, 9	874, 2	3 810, 8
1964	17 003, 6	4 606, 4	2 037, 2	1 553, 0	1 575, 6	2 504, 6	1 010, 6	3 716, 2
1971	17 054, 0	4 446, 0	2 015, 8	1 412, 1	1 553, 6	2 709, 9	1 166, 5	3 750, 2
1973	16 951, 3	4 293, 4	2 039, 4	1 392, 5	1 506, 5	2 559, 9	1 203, 8	3 955, 7

+ Zusammengestellt von den Verfassern nach Angaben in Statistisches Jahrbuch der DDR 1974, Berlin 1974, S. 10.

Städte Schwerin und Dessau, die in die Gruppe der Großstädte aufrückten und damit Gera folgen, das bereits in den fünfziger Jahren mit dem in seiner Bevölkerungszahl rückläufigen Görlitz die Gruppe tauschte.⁴

Setzen wir die gesamte Wohnbevölkerung der DDR in den untersuchten Jahren jeweils gleich 100 Prozent, so ergeben sich sehr aufschlußreiche Relationen, die wir in Tabelle 4 darstellen.

Die Angaben in Tabelle 4 veranschaulichen zunächst, daß der Bevölkerungsanteil besonders in den Orten mit mehr als 20 000 Einwohnern erheblich anstieg. Lebten im Jahre 1950 noch 39,1 Prozent der Bevölkerung der DDR in Orten dieser Größengruppe, so waren es 1973 bereits 45,5 Prozent. Demgegenüber lebten im Jahre 1950 in Orten der Ortsgrößengruppe von 2 000 bis 20 000 Einwohner 31,9 Prozent der Bevölkerung der DDR, im Jahre 1973 dagegen nur noch 29,2 Prozent. Die letztgenannten Zahlen zeigen, daß im dargestellten Zeitraum der Bevölkerungsanteil in der Ortsgrößengruppe 2 000 bis 20 000 nicht nur stagnierte, sondern eine leicht rückläufige Bewegung aufweist.

Auch die Zahlen in Tabelle 4 (siehe nächste Seite) deuten einen gewissen Trend zur Urbanisierung in der DDR an. Dieser zahlenmäßig ausgewiesene Trend wird wesentlich unterstützt durch Rationalisierungsmaßnahmen auf dem Gebiet der Verwaltung. Diese Maßnahmen werden zahlenmäßig als Urbanisierung durch die Statistik ausgewiesen, obwohl sich für die Bevölkerung prinzipiell nichts geändert hat. Sie bleibt von den Wohnverhältnissen her Landbevölkerung. Das gleiche gilt für die kleinen Orte, die das Stadtrecht erhalten.

Das Problem der Entstehung von Ballungsgebieten um alte und neue Industriezentren bzw. von Trabantenstädten um Großstädte und mittlere Städte ist nicht neu. Die Herausbildung von Ballungsgebieten begann für das Territorium der DDR bereits mit der allgemeinen Entwicklung der Industrie im Kapitalismus und dauert mit strukturellen, funktionalen und graduellen Unterschieden bis in die Gegenwart hinein an. So zum Beispiel entstand das Ballungsgebiet Halle-Leipzig zwischen 1860 und 1880.⁵ Ballungsgebiete weisen aufgrund unterschiedlicher Standortvorteile einzelner Gebietsteile und verschiedenartiger Standortanforderungen der Industriezweige eine bestimmte Gebietsstruktur mit strukturell relativ homogenen Teilgebieten auf. Hinsichtlich der Bevölkerungsdichte, Siedlungsstruktur, Verkehrsdichte trägt dieses Gebiet relativ einheitliche Züge.

Vom demographischen Standpunkt aus sind die Ballungsgebiete allgemein und auch die verschiedenen Ballungsgebiete der DDR noch nicht genügend erforscht worden. Ein besonderes Problem der Agglomeration ergibt sich aus der Bildung von sogenannten Trabantenstädten, die sich in der DDR neben Großstädten entwickelt haben, wie zum Beispiel Halle-Neustadt. Die Bevölkerung wuchs hier innerhalb von zehn Jahren auf rund 65 000 Einwohner. Das neuprojektierte Wohngebiet Leipzig-Grünau wird 1985 rund 75 000 Einwohner haben.

Die Trabantenstädte und die Wohngebiete von neuen Industriezentren weisen hinsichtlich der Bevölkerungsstruktur besondere Merkmale auf. Die Bevölkerung zeichnet sich hier durch ein relativ niedriges durchschnittliches Lebensalter, durch hohe Geburtenraten und niedrige Sterberaten aus.

4 Vgl. Statistisches Jahrbuch der DDR 1974, Berlin 1974, S. 11 ff.

5 Vgl. Scholz, Dieter, Probleme der Industrieentwicklung im Ballungsgebiet Halle-Leipzig, in: Tendenzen der perspektivischen Standortverteilung der Industrie in der DDR, Gotha/Leipzig 1969, S. 121 ff.

Tabelle 4

Prozentualer Anteil der Gemeindegrößengruppen an der Wohnbevölkerung in der DDR in ausgewählten Jahren zwischen 1950 und 1973⁺

Jahr	Insgesamt	Land- gemeinden unter 2 000	Stadtgemeinden					
			2 000 - 5 000	5 000 - 10 000	10 000 - 20 000	20 000 - 50 000	50 000 - 100 000	100 000 und mehr
1950	100	29,0	13,7	9,2	9,0	13,6	4,8	20,7
1964	100	27,1	11,9	9,1	9,3	14,7	5,9	21,9
1971	100	26,0	11,8	8,3	9,1	15,9	6,8	22,0
1973	100	25,3	12,1	8,2	8,9	15,1	7,1	23,3

+ Berechnet und zusammengestellt von den Verfassern nach Angaben in Statistisches Jahrbuch der DDR 1974, Berlin 1974, S. 10.

In den Trabantenstädten bzw. Wohngebieten von neuen Industriezentren siedeln sich relativ viel junge Bürger an, die erst eine Familie gründen. Die natürliche Bevölkerungsbewegung erweist sich hier zusätzlich zum Wanderungsgewinn als positiver Faktor der Urbanisierung. In den Gemeinden, aus denen diese jungen Bürger stammen, wirkt sich ihr Abgang dagegen doppelt negativ aus. Der Rückgang der natürlichen Bevölkerungsbewegung in der DDR beeinflusst natürlich alle Gemeinden hinsichtlich ihrer Größe und ihrer Bevölkerungsstruktur.

Zusammenfassend kann bezüglich der Untersuchung der Urbanisierung und der Bevölkerungsagglomeration für die DDR festgestellt werden:

- Sowohl die Angaben der UNO-Statistik als auch die Zahlen der DDR-Statistik weisen einen gewissen Trend zur Urbanisierung auch für die DDR aus.
- Bei der Einschätzung der die Urbanisierung in der DDR charakterisierenden Zahlen sollten bestimmte die Urbanisierung fördernde oder sie hemmende Faktoren beachtet werden, um bei Vergleichen mit anderen europäischen Ländern zu richtigen Schlußfolgerungen zu gelangen.
- Zur exakten Einschätzung der Urbanisierungstendenz für die Zukunft müssen weitergehende demographische Untersuchungen vorgenommen werden, in denen vor allem eine Analyse der Bevölkerungsagglomeration einschließlich der Bildung von Ballungszentren durchgeführt werden sollte.

ZU EINIGEN FRAGEN DER MIGRATIONEN - DARGESTELLT AM BEISPIEL DES BEZIRKES COTTBUS

von Dina Möbius

Migrationen, das heißt räumliche Bevölkerungsbewegungen, spielen bei der Entwicklung und Veränderung der Standortverteilung der Produktivkräfte in der DDR eine erhebliche Rolle. Im Zusammenhang damit vollzieht sich eine territoriale Umverteilung des aktiven Elementes der Produktivkräfte, der werktätigen Bevölkerung. Dementsprechend kann Wanderungsvorgängen eine Mittlerrolle zwischen demographischer Entwicklung und der nach ökonomischen Kriterien erfolgten territorialen Verteilung der Standorte der Produktion zugesprochen werden.

Migrationen¹ sind für alle ökonomisch fortgeschrittenen Staaten eine charakteristische Erscheinung, sie sind Ausdruck der Mobilität und Disponibilität der Bevölkerung.

Als Zielgebiete der Migrationen in der DDR erweisen sich vorwiegend die Industriegebiete und Städte, vor allem Mittel- und Großstädte, die die Zentren des sozialistischen Aufbaus darstellen. Insbesondere in den vergangenen zehn bis fünfzehn Jahren ist diese Migration in die Schwerpunkte der Volkswirtschaftsentwicklung verbunden mit einem verstärkten Zustrom von Arbeitskräften, die schon über die erforderliche Qualifikation verfügen. Dies beschleunigt den Auf- bzw. Ausbau von Investitionsschwerpunkten wie die gesamte wirtschaftliche Entwicklung in diesen Gebieten.

In den repulsiven (bevölkerungsabgebenden) Gebieten (das sind vor allem ländliche Gebiete mit agrarischer Struktur) sind dagegen teilweise negative Wirkungen zu verzeichnen. Migrationen stellen allgemein auch Siebungsprozesse dar und verändern demzufolge die Bevölkerungsstruktur der repulsiven Gebiete zum Beispiel hinsichtlich des Alters, der Beschäftigten- sowie der Berufs- und Qualifikationsstruktur. In diesen Gebieten wird auch eine Verlangsamung des natürlichen Bevölkerungswachstums mittelbar verursacht.

Ein besonders anschauliches Bild dieser Wirkungsrichtungen vermittelt der Bezirk Cottbus, da sich mit den im Nordwesten und Westen gelegenen Kreisen sowie den im Süden, Südosten und Osten gelegenen Kreisen dieses Bezirkes bevölkerungsabgebende und bevölkerungsaufnehmende Gebiete gegenüberstehen. Der Lebendgeborenen- bzw. Gestorbenenüberschuß in den einzelnen Kreisen bestätigt die skizzierten Nachfolgewirkungen der Migrationen im Jahre 1972 absolut, im

1 Im Rahmen der weiteren Betrachtung steht die Binnenwanderung im Vordergrund; Pendel- und Außenwanderung bleiben unberücksichtigt.

Jahre 1973 relativ, da einerseits im Bezirk Cottbus ein Rückgang der Wanderungsgewinne zu verzeichnen ist, andererseits die Bevölkerungsentwicklung dieses Bezirkes einzuordnen ist in die der gesamten DDR und damit die Angaben zum Lebendgeborenen- bzw. Gestorbenenüberschuß des Bezirkes in Relation zu denen der DDR zu werten sind. Dabei zeigt sich deutlich, daß der Bezirk Cottbus einen niedrigeren Gestorbenenüberschuß aufweist als das Gesamtterritorium der DDR (vergleiche zu diesen Angaben Tabelle 1).

Tabelle 1

Lebendgeborenen- (+) bzw. Gestorbenenüberschuß (-) je 1000 Einwohner der Bevölkerung in den Kreisen des Bezirkes Cottbus 1972 und 1973

Kreis	1972	1973
Bad Liebenwerda	+ 0,8	- 2,9
Calau	+ 3,5	+ 0,8
Cottbus - Land	- 0,8	- 3,5
Finsterwalde	- 2,8	- 3,4
Forst	- 5,0	- 5,6
Guben	+ 0,8	- 0,6
Herzberg	+ 0	- 2,7
Hoyerswerda	+ 6,4	+ 3,2
Jessen	- 0,8	- 1,1
Luckau	- 2,5	- 3,9
Lübben	- 3,2	- 2,4
Senftenberg	- 1,1	- 2,7
Spremberg	- 0,6	- 2,0
Weißwasser	+ 4,1	+ 3,3
Cottbus - Stadt	+ 2,6	+ 1,4
Bezirk Cottbus	+ 0,7	- 1,0
DDR	- 2,0	- 3,0

Quelle:

Bevölkerungsstatistisches Jahrbuch der DDR 1974, Berlin 1974; ebenda 1975, Berlin 1975.

Demgegenüber sind die skizzierten Wirkungen in den Zielgebieten der Binnenwanderung in positiver Umkehrung zu erwarten und festzustellen. Über Wanderungssaldo und Wandermobilität der einzelnen Bezirke der DDR gibt Tabelle 2 Auskunft. (Tabelle 2 siehe nächste Seite.)

Trotz des Rückganges der Wandermobilität in der DDR sind die von den Migranten ausgelösten ökonomischen, soziologischen und anderen Probleme beträchtlich. Besonders hervorzuheben sind die auf das Siedlungsnetz und dessen Gestaltung ausgehenden Wirkungen. Damit ist die Frage der Planbarkeit und Planung von Migrationen angesprochen.

In der DDR - wie in anderen sozialistischen Ländern - dienen Migrationen als Mittel der Umverteilung der Bevölkerung zwischen den Bezirken und Kreisen zum Abbau der aus kapitalistischer Zeit übernommenen disproportionalen Verteilung der Bevölkerung wie der Standorte der Produktion und zur Erreichung des höchsten volkswirtschaftlichen Effektes bei der Ausnutzung der natürlichen und der Arbeitskräftenressourcen, aber auch zur Verbesserung der Arbeits- und Lebens-

Tabelle 2

Wanderungssaldo und Wandermobilität (Zu- und Abwanderung in % der Einwohner) nach Bezirken der DDR 1973⁺

Bezirk	Wanderungssaldo 1973	Wohnbevölkerung 31. 12. 1973	Wandermobi- lität in %
Hauptstadt Berlin	+ 7 103	1 088 828	1,75
Cottbus	+ 1 472	871 056	3,77
Dresden	- 313	1 855 881	2,73
Erfurt	- 854	1 250 607	2,75
Frankfurt	+ 2 243	688 432	4,21
Gera	+ 1 471	739 879	3,62
Halle	- 5 189	1 902 256	3,79
Karl-Marx-Stadt	- 2 688	2 009 286	2,61
Leipzig	- 1 463	1 467 123	2,91
Magdeburg	- 1 617	1 304 991	2,94
Neubrandenburg	- 3 166	631 554	4,44
Potsdam	+ 1 432	1 128 568	3,36
Rostock	+ 1 499	866 491	3,63
Schwerin	- 315	594 361	3,78
Suhl	+ 385	551 938	2,77

+ Zusammengestellt bzw. errechnet nach Bevölkerungsstatistisches Jahrbuch der DDR 1974, Berlin 1974; ebenda 1975, Berlin 1975.

bedingungen der Migranten selbst. Neben dieser Umverteilung der Arbeitskräfte-ressourcen, die den Erfordernissen in der Entwicklung der Volkswirtschaft entsprechen, ist in einzelnen Bereichen eine nicht erwünschte, spontane Migration festzustellen, die häufig im Widerspruch zur geplanten Migration steht. Dadurch kommt es teilweise zu einer gewissen Überlagerung von geplanter und ungeplanter Migration im gleichen zeitlichen Nebeneinander oder im zeitlichen Nacheinander. Diese Prozesse sind im Bezirk Cottbus wie auch anderen markanten Zielgebieten der Binnenwanderung feststellbar. Die hohen Wanderungsgewinne des Bezirkes Cottbus sind zurückzuführen auf die Errichtung von mehreren bedeutenden Standorten der Grundstoffindustrie (zum Beispiel Braunkohlenkombinat Schwarze Pumpe, Chemiefaserkombinat Wilhelm-Pieck-Stadt Guben, Großkraftwerke Lübbenau, Vetschau, Boxberg).² Die Veränderung der Bevölkerungsdichte in den Kreisen des Bezirkes Cottbus läßt die dominierenden Zielgebiete der Migration dieses Bezirkes erkennen, die räumlich mit den Schwerpunkten des wirtschaftlichen Aufbaus übereinstimmen.

Tabelle 3

Kennziffern zur Bevölkerungsentwicklung im Bezirk Cottbus⁺

Kreis	Kenn- ziffer	1960	1965	1970	1971	1972	1973
Bad Liebenwerda	1	97	96	97	97	96	95
	2	+ 369	+ 228	+ 84	+ 64	+ 44	- 165
	3	- 909	-- 436	- 219	- 295	- 109	- 349

² Vgl. Die Bezirke der Deutschen Demokratischen Republik, Ökonomische Geographie, hg. v. Horst Kohl u. a., Gotha/Leipzig 1974.

Kreis	Kenn- ziffer	1960	1965	1970	1971	1972	1973
Calau	1	84	94	100	100	100	98
	2	+ 347	+ 486	+ 385	+ 395	+ 220	+ 49
	3	+ 1 689	+ 260	+ 179	- 482	+ 212	- 749
Cottbus - Land	1	71	69	68	67	66	65
	2	+ 391	+ 140	- 10	+ 76	- 39	- 170
	3	- 1 223	- 518	- 264	- 593	- 413	- 419
Finsterwalde	1	91	91	91	91	89	89
	2	+ 198	+ 201	- 29	- 73	- 165	- 199
	3	- 560	- 330	- 65	- 149	- 188	- 265
Forst	1	145	147	145	144	141	139
	2	+ 99	- 29	- 72	- 73	- 218	- 242
	3	- 512	+ 21	- 300	- 247	- 404	- 232
Guben	1	98	96	103	104	108	110
	2	+ 80	+ 129	+ 153	+ 101	+ 34	- 23
	3	- 189	+ 772	+ 1	+ 485	+ 854	+ 425
Herzberg	1	62	60	60	60	59	59
	2	+ 183	+ 138	+ 85	+ 63	+ 1	- 108
	3	- 609	- 275	+ 59	- 151	- 36	- 253
Hoyerswerda	1	114	141	161	162	165	167
	2	+ 846	+ 1 232	+ 1 067	+ 939	+ 695	+ 356
	3	+ 1 690	+ 2 882	+ 1 036	- 80	+ 297	+ 381
Jessen	1	56	54	55	55	54	54
	2	- 185	+ 76	- 47	± 0	- 26	- 36
	3	- 457	- 99	- 165	- 64	- 99	- 152
Luckau	1	49	48	47	47	47	46
	2	+ 127	- 61	- 136	- 44	- 82	- 128
	3	- 616	+ 44	- 32	- 104	+ 71	- 10
Lübben	1	42	43	42	42	42	42
	2	+ 210	+ 132	- 42	- 30	- 109	- 80
	3	- 350	- 141	- 216	+ 46	- 170	+ 5
Senftenberg	1	210	209	206	206	205	204
	2	+ 752	+ 600	+ 161	+ 174	- 130	- 334
	3	- 1 418	+ 136	- 466	- 263	- 7	+ 214
Spremberg	1	153	149	136	136	133	131
	2	+ 412	+ 205	+ 11	+ 56	- 30	- 95
	3	- 2 033	- 656	- 319	- 182	- 202	- 625
Weißwasser	1	80	83	90	94	101	102
	2	+ 316	+ 269	+ 138	+ 202	+ 204	+ 170
	3	- 310	+ 66	+ 919	- 1 641	+ 1 834	+ 1 628
Cottbus - Stadt	1	915	1 481	1 625	1 670	1 776	1 849
	2	+ 311	+ 503	+ 396	+ 252	+ 227	+ 124
	3	+ 403	+ 1 944	+ 1 406	+ 2 005	+ 2 653	+ 2 403

	Kennziffer	1960	1970	1971	1972
Bezirk Cottbus ⁺⁺	1		98	104	105
	2	+ 4 832	+ 2 144	+ 2 102	+ 626
	3	+ 5 404	+ 1 564	+ 1 567	+ 4 579

1 = Bevölkerungsdichte.

2 = Natürliches Bevölkerungswachstum.

3 = Wanderungssaldo.

+ Zusammengestellt nach Bevölkerungstatistisches Jahrbuch der DDR 1974, Berlin 1974; ebenda 1975, Berlin 1975; Statistisches Jahrbuch Bezirk Cottbus 1966, Berlin 1966; ebenda 1972, Berlin 1972.

++ Für 1965 liegen keine Angaben vor.

Im Bezirk Cottbus zeigt ein Vergleich der Bevölkerungs- und Siedlungsentwicklung während der letzten einhundert Jahre südlich der Linie Döbern - Drebkau - Finsterwalde ein relativ zusammenhängendes und sich von anderen Teilen des Bezirkes abhebendes Gebiet hoher Bevölkerungszunahme und starken Siedlungswachstums. Dieses steht in kausalem Zusammenhang mit der in dem genannten Bereich sich auf der Grundlage bedeutender Braunkohlevorkommen seit Ende des 19. Jahrhunderts entwickelnden Braunkohlenindustrie, den unmittelbar wie mittelbar auf ihr basierenden Nachfolgeindustrien (Kraftwerke, Elektro- und Braunkohlechemie) und der Glasindustrie. Die wirtschaftsgeographische Entwicklung des Niederlausitzer Braunkohlenreviers zeigt, daß die wesentlichen Impulse der starken Bevölkerungszunahme und des bedeutenden Siedlungswachstums von den genannten Industrien ausgingen.

Mit dem Aufbau neuer Betriebe der Braunkohlenveredlung in den fünfziger Jahren (zum Beispiel der Braunkohlenkokerei Lauchhammer in den Jahren 1952 bis 1957) sowie der Verwirklichung des "Kohle- und Energie-Programms der DDR"³ ist ein weiteres starkes Bevölkerungswachstum verbunden. Das Niederlausitzer Braunkohlenrevier erhielt seit 1957 den größten Anteil der DDR-Investitionen in der Kohle- und Energiewirtschaft, die vorrangig zum Aufbau von Großbetrieben eingesetzt wurden. Investitionsschwerpunkte wie das Braunkohlenveredlungskombinat Schwarze Pumpe, der Wiederaufbau des Kraftwerkes Trattendorf, die Inbetriebnahme von Großtagebauen, der Bau der Großkraftwerke Lübbenau, Vetschau und Boxberg bewirkten eine spürbare Abschwächung der übermäßigen Konzentration der Braunkohlenindustrie in dem Gebiet Senftenberg - Lauchhammer zwischen dem kleinräumigen Abbaubereich im Süden und der flächenhaften Verbreitung der Braunkohlenlagerstätten im Bezirk und eine bemerkenswerte Verringerung der ehemals einseitigen Verarbeitung der Rohbraunkohle zu Briketts durch komplexe Veredlung zu Elektroenergie, Stadtgas und flüssigen Kohlewertstoffen.

Nach 1950 wurde im Zusammenhang mit den neuen Standorten sowie den weiter ausgebauten Industriezentren im alten Kernrevier in Anlehnung an vorhandene kleine bzw. mittlere städtische Siedlungen eine Reihe moderner sozialistischer Wohnstätten errichtet (zum Beispiel Hoyerswerda, Lübbenau, Lauchhammer, Vetschau, Cottbus).

³ Beschluß des Ministerrates der Deutschen Demokratischen Republik über den "Perspektivplan zur Steigerung der Kohleförderung und Energieerzeugung" vom 21. 3. 1957 (vgl. dazu Neues Deutschland [Ausgabe B], 22. 3. 1957).

Neben der Bevölkerungszunahme einerseits ist in Teilen des Bezirkes Cottbus andererseits, zu einem wesentlichen Teil aufgrund der Siedlungsverdrängung durch den enormen Flächenbedarf des Braunkohlenbergbaus, ein Bevölkerungsrückgang zu verzeichnen.

Der Bezirk Cottbus gehört in der DDR zu den wenigen Bezirken, die lange Zeit kontinuierlich ein Bevölkerungswachstum aufweisen. Dabei ist insbesondere die Migration als Komponente der Bevölkerungszunahme in den sechziger Jahren herauszustellen. Dennoch wandert auch aus den dominierenden Zielgebieten der Migration ein Teil der Bevölkerung ab, zu dem auch Migranten gehören, für die der Bezirk Cottbus eine Art "Zwischenstation" bildet, während sich die Mehrheit der Abwandernden aus alteingesessenen Einwohnern des Bezirkes zusammensetzen dürfte.

Noch keine eindeutige Klarheit besteht über die Gründe für diese Abwanderung. Die Ursachen können in dem weiten Feld gesehen werden, das von der Bereitstellung quantitativ und qualitativ angemessenen Wohnraumes, von besseren beruflichen Entwicklungsmöglichkeiten für männliche und (oder) weibliche Arbeitskräfte über höhere Löhne bzw. Gehälter, über die individuelle Bewertung der ökonomisch-geographischen Umwelt und familiäre Gründe bis zur Einsicht in gesellschaftliche Erfordernisse reicht, wobei man davon ausgehen kann, daß der Entschluß des einzelnen zur Abwanderung in der Regel von mehr als nur einem Motiv bestimmt wird.

Im Bezirk Cottbus wird sich das jährliche Bevölkerungswachstum wegen des Rückganges der Geburtenraten und des Rückganges der überbezirklichen Wanderungsgewinne verringern. Die innerbezirkliche Migration verstärkt die aus den überbezirklichen Wanderungsgewinnen sich ergebenden Tendenzen der Bevölkerungsverteilung. So ist einerseits in den Süd-, Südost- und Ostkreisen ein erheblicher Bevölkerungszuwachs zu verzeichnen, andererseits in den Nordwest- und Westkreisen ein bemerkenswerter, gleichzeitiger Bevölkerungsrückgang.

Künftig müßten weitere konkrete Untersuchungen, unter anderem zum Mechanismus der Migrationen, den Motivationsstrukturen, den Ursachenkomplexen ökonomischen und nichtökonomischen Charakters, durchgeführt werden, um die Gesetzmäßigkeiten der Migrationen zu erkennen, um ein diesen Gesetzmäßigkeiten entsprechendes Lenkungs- und Leitungsinstrumentarium erarbeiten zu können.

BETRACHTUNGEN ZU MOTIVATIONEN DER BINNENWANDERUNG IN DER DDR

von Regina Wunsch

Die Veränderung der Bevölkerungszahlen wird einerseits durch die natürliche Bevölkerungsbewegung, die die Geburten und Sterbefälle zum Inhalt hat, und andererseits durch die räumliche Bevölkerungsbewegung, also die Wanderung, hervorgerufen.

Für Wissenschaft und Wirtschaftspraxis sind die Erforschung der Ursachen und Motive dieser Bewegungen und die daraus abzuleitenden Möglichkeiten der planmäßigen Einflußnahme auf die Bevölkerungsentwicklung durch die Gesellschaft ebenso wichtig wie die Erfassung der Bevölkerungsbewegung.

Obwohl zu den kompliziertesten demographischen Prozessen zugehörig, erscheint die Analyse der Migration leichter möglich als die der natürlichen Bevölkerungsbewegung. Eine der Ursachen dafür ist in der engen Verbindung von räumlicher Bevölkerungsbewegung und ökonomischer Entwicklung zu suchen. Die Wanderung ist durch die gesellschaftliche Tätigkeit des Menschen mit den politischen, ökonomischen, sozialen und natürlichen Bedingungen seiner Umgebung verbunden und widerspiegelt gleichzeitig die Reaktion des Menschen auf diese Bedingungen.

Aus diesen Überlegungen heraus erscheint es zweckmäßig, die Wanderung auf der Grundlage der statistischen Erfassung und der territorial-ökonomischen Planungspraxis als einen Prozeß des bewußten, zielgerichteten sowie durch die sozialistische Gesellschaft stimulier- und planbaren Wechsels des ständigen Wohnsitzes innerhalb eines Staates und auch über dessen Landesgrenzen hinaus zu definieren.¹

Der Migrationsprozeß wird durch territoriale Unterschiede in den Arbeits- und Lebensbedingungen stimuliert und letztlich durch die persönliche Werthaltung des Individuums ausgelöst. Triebkraft der Wanderungen sind bestehende, im Sozialismus jedoch nichtantagonistische Widersprüche. Das Ziel der Wanderungen ist die Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Werk tätigen und ihrer Familien sowie ganzer Gruppen und Kollektive auf der Grundlage der Übereinstimmung der Interessen der Gesellschaft mit denen der Gruppen, Kollektive und Einzelpersonen sowie der freien Entscheidung des einzelnen. Die Binnenwanderung ist eine wesentliche Möglichkeit, einen Ausgleich zwischen der sich nach demographischen, ökonomischen und sozialen Kriterien vollziehenden Entwicklung der Bevölkerung und der sich vorwiegend aus ökonomischen Kriterien ableitenden

1 Zur Auseinandersetzung mit Wanderungsdefinitionen siehe Wunsch, Regina, Methodische Grundlagen der territorialen Bevölkerungs- und Arbeitskräfteprognostik, wirtschaftswiss. Diss., Hochschule für Ökonomie "Bruno Leuschner", Berlin 1974, S. 112.

räumlichen Verteilung der Produktion zu erzielen. Sie trägt dazu bei, historisch bedingte regionale Disproportionen zwischen den Standorten der Produktivkräfte entscheidend zu verringern.

Es ist zwischen Binnenwanderung (inner- und überkreisliche bzw. inner- und überbezirkliche Wanderung) und Außenwanderung zu unterscheiden.

Die Verteilung der Bevölkerung auf das DDR-Territorium ist durch ausgedehnte Bevölkerungsballungen in den südlichen Bezirken und durch eine im Verhältnis zum DDR-Durchschnitt geringe Bevölkerungsdichte und einen relativ niedrigen Urbanisierungsgrad in den Nordbezirken charakterisiert. In der Regel haben diese Bezirke auch eine hohe innerbezirkliche und überbezirkliche Mobilität. Dabei sind besonders deutlich die Abwanderungstendenzen aus agrarisch strukturierten Kreisen des Nordgebietes sowie aus bestimmten Ballungsgebieten des Südens der DDR ausgeprägt.

Zuwanderungen sind in erster Linie in der Hauptstadt Berlin und ihren angrenzenden Bezirken Potsdam und Frankfurt zu verzeichnen. Des Weiteren zeichnen sich deutlich Hauptwanderungsströme in die Bezirke Cottbus, Gera und Rostock ab. Die genannten Bezirke konnten sich im Zeitraum von 1969 bis 1973 jährlicher Wanderungsgewinne erfreuen. Alle anderen Bezirke hatten Wanderungsverlust aufzuweisen, der von 300 Einwohnern pro Jahr im Bezirk Schwerin bis zu 5 000 Einwohnern pro Jahr im Bezirk Halle schwankte.

Es hatten insgesamt nur 78 von 218 Kreisen der DDR Wanderungsgewinne zu verzeichnen, darunter 23 Stadtkreise. Bei 28 Landkreisen war im Untersuchungszeitraum nur ein einmaliger oder sehr geringer Wanderungsgewinn zu verzeichnen. In der Regel sind es ein bis vier Kreise, die den Wanderungsgewinn eines Bezirkes entscheidend beeinflussen.

Diese Wanderungstendenzen der Jahre 1969 bis 1973 zeichneten sich im wesentlichen auch in vorhergehenden Zeiträumen ab.²

Aus den analysierten Tendenzen der Migration lassen sich Schlußfolgerungen für die objektiven Ursachen der Wanderung ziehen:

Die Wirkungsrichtung und der Umfang der Wanderung werden objektiv von der Dynamik der wirtschaftlichen Entwicklung eines Territoriums hervorgerufen. Die wanderungsbeeinflussenden Faktoren ergeben sich jedoch nicht nur aus der Wirtschafts-, sondern insbesondere auch aus der Bildungs- und Wohnungspolitik der DDR.

Zuwanderungen erfolgen in erster Linie aus den angrenzenden Bezirken mit ähnlich gelagerter Wirtschaftsstruktur. Einen Sonderfall stellen die Zuwanderungen

² Vgl. dazu Bose, Gerhard, Entwicklungstendenzen der Binnenwanderung in der DDR im Zeitraum 1953 bis 1965, in: Petermanns Geographische Mitteilungen, Nr. 2/1970; derselbe, Einige Hauptaspekte der überregionalen Binnenwanderung in der DDR, in: Wissenschaftliche Zeitschrift der Friedrich-Schiller-Universität Jena, Mathematisch-naturwissenschaftliche Reihe, Nr. 5 - 6/1970; Bendemann, Günter, Graphische Fortschreibung der Bevölkerungsbewegung und des Wohnungsbestandes als Hilfsmittel zur möglichst realen Einschätzung der zu erwartenden Bevölkerungsentwicklung, in: Petermanns Geographische Mitteilungen, Nr. 3/1969.

in die Hauptstadt Berlin dar. Sie sind durch die hauptstädtischen Funktionen, zum Teil aber auch durch die Attraktivität dieser Stadt bedingt.³

Die primären Ursachen für die Abwanderungen aus landwirtschaftlich strukturierten Kreisen des Nordgebietes sind vor allem in der geringen Industrialisierungsgrad dieses Gebietes und dem damit in Verbindung stehenden geringen Verstärterungsgrad - einschließlich der dadurch eingeschränkten Möglichkeiten für eine städtische oder stadthähnliche Lebensweise -, sowie in einem gewissen Mangel an Arbeitsplätzen in der Industrie zu sehen.

Dagegen liegen spezifische Ursachen für die Abwanderung aus Ballungsbezirken im Süden der DDR vor allem in Teilbereichen der sozialen Infrastruktur begründet, insbesondere im Mangel an Neubauwohnungen.

Da die Migration nicht nur durch objektive, sondern auch durch subjektive Faktoren determiniert wird, in deren komplexem Zusammenwirken erst der individuelle Entschluß zur Migration reift, ist auch den subjektiven Wanderungsmotiven stärker als bisher Beachtung zu schenken.⁴ Dabei muß das Primat den objektiven, insbesondere ökonomischen Faktoren zugesprochen werden.

Bei der Untersuchung subjektiver Wanderungsmotive ist primär davon auszugehen, daß das Vorhandensein von Arbeitsplätzen elementare Voraussetzung und die Existenz von Wohnungen notwendige Bedingung der räumlichen Bevölkerungsbewegung ist.⁵

Die subjektiven Wanderungsmotive werden im Rahmen der objektiven Bedingungen und Voraussetzungen für die Realisierung der subjektiven Bedürfnisse innerhalb eines Territoriums hervorgebracht. Dabei ist zu beachten, daß das Verbleiben im jeweiligen Territorium nicht nur das Resultat der territorialen Arbeits- und Lebensbedingungen ist, sondern auch von der Anpassung des Individuums und vom subjektiven Anspruchsniveau an die territoriale Wirklichkeit abhängt.⁶ Des weiteren löst nicht nur die Unzufriedenheit mit dem bisherigen Lebensraum, sondern vielmehr auch die Anziehungskraft anderer Territorien die Wanderung aus.⁷

3 Vgl. dazu Barnert, Hans, Zu Problemen der Einbeziehung der Binnenwanderung der DDR in die Perspektivplanung des gesellschaftlichen Arbeitsvermögens der Hauptstadt Berlin, wirtschaftswiss. Diplomarbeit, Hochschule für Ökonomie "Bruno Leuschner", Berlin 1970.

4 Ausgehend davon, daß Wanderungsbewegung und Arbeitskräftebewegung eng miteinander verbunden sind, liegen den hier angestellten Betrachtungen über die subjektiven Wanderungsmotive in der DDR vor allem soziologische Untersuchungen der Arbeitskräftebewegung und Fluktuation zugrunde, insbesondere Armelin, Peter, Soziologische Fragen der Arbeitskräftebewegung und Fluktuation von Beschäftigten, Berlin 1969 = Wirtschaftswissenschaftliche Informationen, Nr. 56; Klein, Alfred, Einige praktische volkswirtschaftliche Aspekte der Fluktuation, in: Soziologische Aspekte der Arbeitskräftebewegung, Berlin 1967.

5 Vgl. dazu Miczewski, Gerhard, Aufgaben der planmäßigen Lenkung der räumlichen Bevölkerungsbewegung (untersucht am Beispiel des Bezirkes Magdeburg), wirtschaftswiss. Diplomarbeit, Hochschule für Ökonomie "Bruno Leuschner", Berlin 1973, S. 101.

6 Vgl. dazu Armelin, Peter, a. a. O., S. 47.

7 Vgl. dazu Heberle, Rudolf, Theorie der Wanderungen, Soziologische Betrachtungen

Einer Untersuchung des sowjetischen Demographen Chorev über die Motive der Wandernden in der UdSSR im Zeitraum von 1959 bis 1969 zufolge⁸ machten Motive, die mit verschiedenen Fragen der Berufstätigkeit verbunden waren (Möglichkeiten, interessantere Arbeit zu erhalten, im erlernten Beruf zu arbeiten, sich zu qualifizieren; Verbesserung der Arbeitsbedingungen; höherer Lohn), über 60 Prozent der Hauptbeweggründe aus. Motive, die mit der Verbesserung des materiellen und kulturellen Lebensniveaus zusammenhängen (Verbesserung der Wohnverhältnisse; Möglichkeiten der Kinderversorgung, der Freizeitgestaltung), nahmen mit 30 Prozent den zweiten Rang ein.

Es ist nicht sicher, ob sich diese für die UdSSR geltenden Aussagen generell auf die DDR übertragen lassen. Wir müssen dabei beachten, daß es entsprechend den Spezifika eines Landes sowie den unterschiedlichen Bedürfnissen seiner Bewohner und des Niveaus ihrer Befriedigung auch eine unterschiedliche Wertung der Wandermotive gibt.

Ferner ist festzustellen, daß diese Wertung im Laufe der Zeit auch Veränderungen unterliegt.

So ist es in der DDR für die Vergangenheit nachweisbar, daß das bestimmende Wandermotiv das Angebot an Arbeitsplätzen war. Als dann jedoch der Arbeitskräftebedarf das Arbeitskräftepotential der meisten Territorien überstieg, rückte ein anderes Wandermotiv in den Vordergrund, das für die Wanderung ausschlaggebend wurde - und es zur Zeit noch ist: der Wohnungsneubau, der sich entsprechend den Erfordernissen der Volkswirtschaft nach territorialen Schwerpunkten vollzieht. Wie soziologische Untersuchungen ergaben, werden für die Aussicht auf eine Wohnung Nachteile bezüglich des Lohnes und der Arbeitsbedingungen in Kauf genommen und sogar der Beruf gewechselt - oft unter Verzicht auf Wahrnehmung des erworbenen Qualifikationsniveaus.⁹

Die zweite Gruppe bilden subjektive Wandermotive, die das Streben nach Verbesserung des Niveaus der Arbeitsbedingungen zum Inhalt haben. Insbesondere geht es den Wandernden dabei um höhere Löhne, aber auch um eine Verbesserung der Modernität und Attraktivität des Arbeitsplatzes.

Eine dritte Gruppe subjektiver Wandermotive ergibt sich aus dem Wunsch nach Verbesserung von Faktoren der Arbeits- und Lebensbedingungen, die mit der Siedlungsstruktur im Zusammenhang stehen. Dabei wird von den Wandernden insbesondere eine Verbesserung der Entfernungen zwischen Wohnort und Arbeitsplatz oder zwischen Wohnort und den geistig-kulturellen Einrichtungen angestrebt. Weitere Anziehungspunkte bilden die Möglichkeiten zum städtischen oder stadtähnlichen Leben und die Verbesserung der Nutzung von Bildungs- und Erholungsmöglichkeiten sowie von Einrichtungen des Sozialwesens.

Eine vierte Gruppe stellen rein persönliche, zum Beispiel familiäre Beweggründe und besondere individuelle Ansprüche dar, die die Wanderung des einzelnen motivieren können.

tungen, in: Schmollers Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft, Nr. 75, (West)Berlin 1953, S. 10.

⁸ Vgl. dazu Chorev, B. S., Gorodok, Moskau 1972, S. 85 ff.

⁹ Vgl. dazu Klein Alfred, a. a. O.

Gewöhnlich wird jedoch der Wanderungsentschluß eines einzelnen, einer Familie oder eines Kollektivs nicht nur durch eines der hier aufgeführten Motive, sondern durch einen ganzen Komplex von Motiven determiniert.

Aus dieser Analyse der subjektiven Wanderungsmotive lassen sich folgende Gesetzmäßigkeiten der Wanderung ableiten:

- Die Wanderung richtet sich in erster Linie nach dem Bedürfnis, das am wenigsten befriedigt ist. Sie ist abhängig vom Niveau der Arbeits- und Lebensbedingungen und von den jeweiligen Möglichkeiten zur Befriedigung der Bedürfnisse im jeweiligen Territorium.
- Die Struktur und die Rangfolge der Bedürfnisse, nach denen die Wanderung ausgerichtet ist, ändert sich mit der Entwicklung der Arbeits- und Lebensbedingungen.

Da das die Wanderung bisher am meisten stimulierende Motiv - der Wohnungsneubau - etwa ab 1985/90 in seiner Wirkung auf die Wanderung nachlassen wird, werden in entfernter Zukunft andere Beweggründe in den Vordergrund rücken. Denkbar wären solche Motive wie der Wunsch nach günstigeren Bedingungen auf dem Gebiet von Erholung und Umwelt, nach erhöhtem Wohnkomfort, nach einem für die Freizeit und Freizeitgestaltung sowie im Versorgungsbereich attraktiveren Territorium.

Es kommen aber auch Motive der Verbesserung des Arbeitsniveaus in Betracht. Trotz der erreichten Erfolge auf dem Gebiet der Verbesserung der Arbeitsbedingungen gibt es hier noch große territoriale Unterschiede sowie einen großen Unterschied zwischen dem gegenwärtigen Stand und dem anzustrebenden Niveau. Für zukünftige Analysen der Wanderungsmotive ergibt sich daraus die verstärkte Beachtung solcher Faktoren wie zum Beispiel Modernität und Attraktivität des Arbeitsplatzes, Betriebsklima, Möglichkeiten zur geistig-schöpferischen Arbeit.

Welches dieser Wanderungsmotive für die Zukunft jedoch am stärksten in den Vordergrund treten wird, vermag zum heutigen Zeitpunkt noch niemand zu sagen. Um so wichtiger ist es, die Entwicklung der Wanderungsmotive im Auge zu behalten und sie gründlich zu erforschen; denn trotz sinkender Tendenz werden die jährlichen Migrationsströme auch in den neunziger Jahren noch eine erhebliche volkswirtschaftliche Größe darstellen.

Diskussionen

ZU EINIGEN PROBLEMEN DES VERHÄLTNISSES ZWISCHEN PRODUKTIVKRÄFTEN UND PRODUKTIONSVERHÄLTNISSEN

Bemerkungen zu

Hans Mottek, *Wirtschaftsgeschichte und Entwicklung von Wissenschaft und Technik*[†]

von Wolfgang Jonas

Hans Mottek wirft in seinem Artikel eine Reihe außerordentlich wichtiger Fragen auf. Fragen, die in ihrer Mehrzahl eigentlich nicht neu sind, die aber für die Gestaltung unserer Gegenwart und Zukunft so bedeutend sind, daß sie viel stärker im Mittelpunkt des gesellschaftswissenschaftlichen Interesses stehen müßten. Darunter befindet sich auch die grundsätzliche Frage nach der Existenz von Gesetzen der gesellschaftlichen Produktivkräfte; ein Problem, das, so meinte ich, inzwischen unter den marxistischen Gesellschaftswissenschaftlern weitgehend geklärt sei, unbenommen der Tatsache, daß der Stand unserer Erkenntnis über die Gesetze der Produktivkräfte noch sehr zu wünschen übrigläßt. Doch vor kurzem überraschte mich in einer Diskussion die Auffassung einiger Ökonomen, daß es Gesetze der Produktivkräfte überhaupt nicht gäbe. Es wird also deutlich, wie weit die Auffassungen noch auseinandergehen und wie dringend die Diskussion dieses und auch der anderen von Mottek angesprochenen Probleme ist.

Das Grundübel in dieser Diskussion liegt meines Erachtens in der Tatsache, daß Produktivkräfte und Produktionsverhältnisse mitunter als zwei verschiedene sachlich getrennte gesellschaftliche Erscheinungen betrachtet werden. Häufig werden dann die Produktivkräfte durch die materiellen Produktionsbedingungen, die Ressourcen, die Technik und die menschliche Produktivkraft charakterisiert; sowie man aber zum Problem des Zusammenwirkens dieser Elemente kommt, sehen einige außer naturwissenschaftlichen Gesetzen (daß zum Beispiel ein belasteter Stahl eine bestimmte Festigkeit haben muß) nur noch ökonomische Beziehungen und Gesetze und stellen die Existenz von Gesetzen der Produktivkräfte in Frage. Ein derartiges methodologisches Vorgehen hilft uns nicht, tiefer in die Widerspruchsproblematik Produktivkräfte - Produktionsverhältnisse einzudringen.

Grundaussgangspunkt muß doch sein, daß es sich um ein und denselben Gegenstand handelt, nämlich um die materielle Produktion. Die Unterscheidung in gesellschaftliche Produktivkräfte und in Produktionsverhältnisse ist eine wissenschaftliche Abstraktion zur Eliminierung spezifischer Gesetze bzw. spezifischer Gruppen von Gesetzen und Gesetzmäßigkeiten unter dem Gesichtspunkt der Funktion im Prozeß der materiellen Produktion. Produktivkräfte, die sich nicht im

Rahmen eines konkreten Produktionsverhältnisses bewegen, gibt es ebensowenig wie Produktionsverhältnisse, deren Inhalt nicht durch das Wirken konkreter Produktivkräfte bestimmt ist.

Erfassen wir den wissenschaftlichen Gegenstand der Produktivkräfte, dann betrachten wir den gesamten materiellen Produktionsprozeß unter dem Gesichtspunkt oder der Funktion des Auseinandersetzungsprozesses des Menschen mit der Natur und den sich daraus ergebenden Struktur- und Entwicklungsgesetzen. Erfassen wir den wissenschaftlichen Gegenstand der Produktionsverhältnisse, dann betrachten wir den gesamten materiellen Produktionsprozeß unter dem Gesichtspunkt oder der Funktion der Beziehungen der Menschen untereinander und zu den Produktionsmitteln. Das heißt, ein und derselbe sachliche Gegenstand ist der Wirkung von zwei Gruppen von Gesetzen bzw. Gesetzmäßigkeiten unterworfen, von denen die Gesetze der Produktivkräfte letztendlich primärwirkenden Charakter und ebenso wie die Gesetze der Produktionsverhältnisse ihre spezifische Eigenbewegung haben. In dem Zusammenwirken dieser beiden Gesetzesgruppen in ein und demselben materiellen Bereich liegt der Kern der Problematik von Einheit und Widerspruch der Produktivkräfte und Produktionsverhältnisse.

Diese doppelte Analyse, einmal unter dem Gesichtspunkt der Produktivkräfte und zum anderen unter dem der Produktionsverhältnisse, finden wir auch in vielfältiger Weise in unserer Produktionsplanung. So ist der nach Qualifikationsgruppen detaillierte Arbeitskräfteplan vorrangig auch ein Bestandteil der Planung der gesellschaftlichen Produktivkräfte, während der Lohnfondsplan die ökonomische Seite widerspiegelt. Wir kennen aus der Praxis sehr wohl die komplizierte gegenseitige Bedingtheit, aber auch die Widersprüchlichkeit dieser beiden Pläne, die je nach Meisterung und Gestaltung unserer ökonomischen Bedingungen die Entwicklung der Produktivkräfte hemmen oder ihr förderlich sein können. Oder nehmen wir das Problem der Bildung. Ganz zweifellos gibt es unter dem Gesichtspunkt der Auseinandersetzung des Menschen mit der Natur, also des Standes und der Entwicklung der Produktivkräfte, gesetzmäßige Anforderungen an den Bildungsstand der Hauptproduktivkraft Mensch - andererseits ist das Bildungswesen den Gesetzen des jeweiligen Produktionsverhältnisses unterworfen.

Es gibt auf diesem Gebiet einige methodische Schwierigkeiten. Die eine liegt darin, daß wir in vielen Fällen für eine konkrete gesellschaftliche Erscheinung, wenn wir sie einmal unter dem Aspekt der Produktivkräfte und ein andermal unter dem der Produktionsverhältnisse analysieren, den gleichen Terminus gebrauchen. Das schafft eine gewisse Verwirrung und Kommunikationserschweris. So sind zum Beispiel die Begriffe Arbeitsteilung, Kooperation, Arbeitsorganisation und andere einerseits Kategorien der Produktivkräfte und gesetzmäßig aus Charakter, Struktur und Entwicklung des Systems der Produktivkräfte abzuleiten, andererseits stellen sie aber auch Kategorien der gesellschaftlichen Produktionsverhältnisse dar. Die zweite Schwierigkeit liegt darin, daß es sehr kompliziert ist, Strukturen und Prozesse der Entwicklung der Produktivkräfte auf einer notwendigen Abstraktionsstufe quantifizierbar zu erfassen. Wir können ein Problem qualitativ beschreiben, aber oft nur höchst fragwürdig quantitativ ausweisen. Die Unzulänglichkeit der Kennziffern für den Mechanisierungs- und Automatisierungsgrad ist dafür ein Beispiel; oder denken wir an die langjährigen und immer noch unbefriedigenden Bemühungen, die effektive Arbeitsproduktivität zum Beispiel über die Zeitsummenmethode zu erfassen. Oft weicht man aus und erfaßt solche Größen über die ökonomischen Werte. Das birgt aber natürlich immer die Gefahr, nicht konvergierende Entwicklungen zwischen Produktivkräften und Produktionsverhält-

nissen zu überdecken, real wirkende Gesetze der Produktivkräfte nicht zu erkennen oder ihre Existenz sogar in Frage zu stellen. Zweifellos wird der wissenschaftliche Fortschritt in diesen Fragen neue Lösungen bringen.

An einem historischen Beispiel sei dieses Wechselspiel von Gesetzen der Produktivkräfte und solchen der Produktionsverhältnisse noch einmal verdeutlicht. Nachdem Marx ausführlich die kapitalistische Manufaktur behandelt hat, sagt er ziemlich am Schluß dieses Abschnitts: "Da das Handwerksgeschick die Grundlage der Manufaktur bleibt und der in ihr funktionierende Gesamtmechanismus kein von den Arbeitern selbst unabhängiges objektives Skelett besitzt, ringt das Kapital beständig mit der Insubordination der Arbeiter . . . Durch die ganze Manufakturperiode läuft daher die Klage über den Disziplinmangel der Arbeiter."¹

Das heißt, wir haben einerseits ein kapitalistisches Produktionsverhältnis mit doppelt freien Lohnarbeitern; andererseits schließt dieses kapitalistische Produktionsverhältnis ein System der Produktivkräfte in sich ein, das in seinem Grundcharakter noch der alten, der feudalen Produktionsweise entspricht. Dieser Grundcharakter wird bestimmt durch die Handarbeit. Handarbeit bedeutet aber, so arbeitsteilig sie auch betrieben werden mag, spezielles Geschick, Fähigkeit und erlernte Fertigkeit in der Handhabung des Werkzeugs und bedeutet individuelle Gestaltung des Arbeitsprozesses.

An dieser dem Grundcharakter der Produktivkräfte der vorkapitalistischen Gesellschaftsformationen entspringenden Gesetzmäßigkeit erkennen wir auch die Notwendigkeit des außerökonomischen Zwanges bei jeder Art von kooperativer Arbeit, in welcher Form dieser Zwang in den vorkapitalistischen Gesellschaftsordnungen auch auftreten mag. Handarbeit als Grundlage einer Produktionsweise erfordert, sofern sie kooperiert eingesetzt ist (einfache oder arbeitsteilige Kooperation), den außerökonomischen Zwang, um die Individualität der Handarbeit dem kooperativen Ziel unterzuordnen, zum Beispiel kooperative Sklavenarbeit, Zunftzwang und anderes. Man mag nun entgegenhalten, daß dann die feudale Manufaktur - und in Deutschland hatten wir solche Formen - die bessere, günstigere Entsprechung der Handarbeit gewesen wäre als die kapitalistische Manufaktur. Gewiß, für die feudale Manufaktur war das Problem der Subordination arbeitsteiliger Handarbeiter durch die feudale Abhängigkeit gelöst, so wie auch der Zunftzwang die Subordination in der handwerklichen Werkstatt sicherte. Aber eben der war ausgangs des Feudalismus der reaktionäre Weg der "Lösung des Widerspruchs".

Die feudalen Produktionsverhältnisse führten zu einer Erstarrung und Hemmung der Produktivkräfte. Dagegen war das Spannungsfeld des Widerspruchs zwischen den wirkenden Produktivkräfte-Gesetzen der Handarbeit und den ökonomischen Gesetzen der kapitalistischen Produktionsverhältnisse außerordentlich progressiv. Und zweifellos wird hier die bedeutende Triebkraft, die von den neuen Produktionsverhältnissen ausgeht, sichtbar. Dieser Widerspruch ist jedoch nicht auf der Grundlage des alten Systems der Produktivkräfte lösbar. Deshalb stellte Marx auch fest, daß "die Manufaktur die gesellschaftliche Produktion weder in ihrem ganzen Umfang ergreifen noch in ihrer Tiefe umwälzen" konnte. "Sie gipfelte als ökonomisches Kunstwerk auf der breiten Grundlage des städtischen Handwerks und der ländlichen häuslichen Industrie. Ihre eigne enge technische Basis trat auf einem gewissen Entwicklungsgrad mit den von ihr selbst geschaffe-

1 Marx, Karl, Das Kapital, Bd. 1, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 23, Berlin 1972, S. 389 f.

nen Produktionsbedürfnissen in Widerspruch.² Die aus dem Profitstreben und der kapitalistischen Warenproduktion entspringenden Produktionsbedürfnisse treiben zur Revolutionierung des gesamten Systems der gesellschaftlichen Produktivkräfte. Mit der Ablösung der Handarbeit durch die Maschinenarbeit in der industriellen Revolution des Kapitalismus wird der "... kooperative Charakter des Arbeitsprozesses ... jetzt also durch die Natur des Arbeitsmittels selbst diktierte technische Notwendigkeit".³ Und "Arkwright schuf die Ordnung", zitiert Marx Andrew Ure.⁴

Hans Mottek schreibt "Weit verbreitet ist die Meinung, der auch ich im wesentlichen beipflichten möchte, daß gerade diese Gesetze (der Produktivkräfte - W. J.) für mehrere Gesellschaftsformationen gelten".⁵ Auch ich vertrat in der Vergangenheit diese Auffassung, doch scheint sie mir inzwischen frag- und diskussionswürdig geworden zu sein. Zweifellos gibt es eine Reihe, wenn auch nicht sehr viele, ökonomische Gesetze, die für mehrere oder alle Gesellschaftsformationen gelten. Sie haben meist einen sehr allgemeinen Charakter. Das jeweilige ökonomische Grundgesetz und die Fülle der konkreten ökonomischen Gesetze haben ihren klar erkennbaren formationsspezifischen Charakter. Wenn wir aber nun annehmen, daß die Gesetze der Produktivkräfte im Gegensatz zu ökonomischen Gesetzen in einem viel stärkeren Maße Gültigkeit für alle Gesellschaftsformationen haben, so glaube ich, daß wir den qualitativen Wandel im historischen Prozeß der Entwicklung der Produktivkräfte beträchtlich unterschätzen. Natürlich haben wir, wie im ökonomischen Bereich, eine Reihe allgemeiner Gesetze mit Gültigkeit für alle oder mehrere Gesellschaftsformationen. Aber ist die Ablösung der Handarbeit durch die Maschine in der industriellen Revolution des Kapitalismus nicht eine derart tiefe revolutionäre Umwälzung von Struktur und Dynamik der gesellschaftlichen Produktivkräfte, die gleichzeitig die Ersetzung eines ganzen Systems von Gesetzen der Produktivkräfte durch ein neues bedeutet? Sicher, unsere Kenntnis der Gesetze der Produktivkräfte, ihrer Grund- oder Kerngesetze und des ganzen Systems der Gesetze ist noch schwach, aber unser heutiges Wissen läßt zumindest die Frage offen, ob wir es hier nicht gleichfalls wie im ökonomischen Bereich mit der revolutionären Ablösung ganzer formationsspezifischer Systeme von Gesetzen der gesellschaftlichen Produktivkräfte zu tun haben.

Wodurch entsteht der Eindruck, daß die Gesetze der Produktivkräfte für mehrere Gesellschaftsordnungen gelten würden, daß die Produktivkräfte das kontinuierliche, verbindende Element zwischen den Gesellschaftsordnungen seien? Dieser Eindruck entspringt wahrscheinlich einer oder, besser gesagt, unserer konkreten historischen Situation und der Tatsache, daß sich die revolutionäre Umgestaltung der Produktionsverhältnisse und des Systems der gesellschaftlichen Produktivkräfte mit einer zum Teil beträchtlichen Phasenverschiebung historisch vollzieht. Wir leben seit über fünfzig Jahren in einer Etappe tiefgreifender revolutionärer politischer und ökonomischer Umgestaltungen. Die sozialistische Revolution knüpft dabei an das vorhandene und überkommene System der gesellschaftlichen Produktivkräfte an. Die sich entwickelnden und entfaltenden sozialistischen Produktionsverhältnisse greifen zwar tief in die Entwicklung der Produktivkräfte ein, vor allem durch die Umgestaltung der Hauptproduktivkraft Mensch, durch die Entwicklung des sozialistischen Produzenten, durch die Ent-

2 Ebenda, S. 390.

3 Ebenda, S. 407.

4 Ebenda, S. 390.

5 In: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1975, T. 4.

wicklung eines neuen Systems der gesellschaftlichen Leitung der Produktivkräfte - kurz, durch die Freisetzung der gesellschaftlichen Produktivkräfte, aber der gesamte Bereich der materiell-technischen Produktivkräfte bleibt bei all dem sich vollziehenden großen technischen Fortschritt für eine längere Zeit im Rahmen des Grundcharakters der Produktivkräfte, wie er sich in der Periode des Kapitalismus in der Industriellen Revolution herausgebildet hat - ein durch Arbeiter bedientes Maschinensystem in der Großindustrie. So entsteht der Eindruck, daß es doch im Vergleich zu den ökonomischen Gesetzen eine Fülle von Gesetzen der Produktivkräfte geben müßte, die für beide bzw. mehrere Gesellschaftsordnungen gelten. Das trifft aber nur historisch für die erste Phase der neuen Gesellschaftsordnung zu, jedoch nicht prinzipiell für den Gesamtübergang von einer Gesellschaftsordnung zur nächsthöheren. In der ersten Phase wirken tatsächlich Gesetze und Gesetzmäßigkeiten des alten überkommenen Systems der gesellschaftlichen Produktivkräfte noch in beträchtlichem Maße. Das führt zu Widersprüchen, die mit Macht zur Lösung durch Revolutionierung der Produktivkräfte drängen. Wir sahen oben ein solches Beispiel für die Manufakturperiode, die erste Phase der kapitalistischen Gesellschaft, wie gesetzmäßige Wirkungen der Produktivkräfte der alten, handwerklichen Basis in Widerspruch gerieten mit den neuen kapitalistischen Produktionsverhältnissen, ein Widerspruch, der durch die Industrielle Revolution gelöst wurde. Wir kennen auch heute solche Widersprüche. So entspringen zum Beispiel der Fließbandfertigung teilweise gesetzmäßige Wirkungen, die zwar dem kapitalistischen Profitstreben voll entsprachen, aber unserer sozialistisch-kommunistischen Zielstellung und dem Wesen unserer Produktionsverhältnisse entgegengesetzt sind, denn geisttötende Routinearbeiten widersprechen zutiefst unseren sozialistischen Produktionsverhältnissen. Das ist ein sehr fruchtbarer Widerspruch, denn er mobilisiert alle Triebkräfte, die in unseren sozialistischen Produktionsverhältnissen ruhen, diesen Widerspruch durch die Revolutionierung der Produktivkräfte - das heißt in diesem Fall durch die Automatisierung von Routineprozessen - zu lösen. Mit anderen Worten, durch die wissenschaftlich-technische Revolution wird im Zuge des Übergangs von der ersten Phase der sozialistisch-kommunistischen Gesellschaftsordnung zu ihrer zweiten das alte in seinem Grundcharakter aus dem Kapitalismus überkommene System der gesellschaftlichen Produktivkräfte grundsätzlich umgestaltet und die materiell-technische Basis der kommunistischen Gesellschaft geschaffen. Die Tatsache, daß wir im wesentlichen noch in der ersten Phase der sozialistisch-kommunistischen Gesellschaftsordnung leben, sollte uns jedoch nicht verleiten zu glauben, daß die Masse der Gesetze der Produktivkräfte für mehrere Gesellschaftsordnungen gelten. So, wie mit der Industriellen Revolution des Kapitalismus sich eine Gesamtrevolution der Struktur und Dynamik der Produktivkräfte vollzog, bahnt sich eine solche auch mit der wissenschaftlich-technischen Revolution des Sozialismus-Kommunismus an.

Kann man wirklich sagen, daß mehr Gesetze der Produktivkräfte als nur einige wenige, sehr allgemeine gleichermaßen für die Periode der Handarbeit, der maschinellen Großindustrie und der automatisierten Produktion Gültigkeit haben? Mir erscheint das sehr zweifelhaft. Ich glaube auch, eine solche Auffassung könnte uns verleiten, die Tiefe der durch die wissenschaftlich-technische Revolution erfolgenden Umwälzung und den Umfang der mit dieser Revolution der gesellschaftlichen Produktivkräfte zur Wirkung gelangenden neuen Gesetze der Produktivkräfte zu unterschätzen.

Wie steht es aber mit dem Argument der Sicherung der Kontinuität in der Geschichte, das ja meist mit der Behauptung, daß die Gesetze der Produktivkräfte in mehreren Gesellschaftsformationen gelten, verbunden wird. Die Kontinuität

liegt meines Erachtens nicht etwa in einer grundsätzlichen Gültigkeit der Masse der Gesetze der Produktivkräfte für mehrere Gesellschaftsordnungen, sondern in der historisch gesetzmäßigen Phasenverschiebung zwischen der Revolution des Systems der Produktionsverhältnisse und der Revolution der Gesamtstruktur und Dynamik der Produktivkräfte. Vollzieht sich die Revolution des einen Systems, befindet sich das andere in einem Zustand relativer Stabilität - was kräftige Entwicklung nicht ausschließt -, hat sich das neue, revolutionierte System (der Produktionsverhältnisse) konsolidiert und stabilisiert, drängen die sich entfaltenden Widersprüche zur Revolutionierung des anderen Systems (der Produktivkräfte). Marx' Analyse der kapitalistischen Manufakturperiode und der Industriellen Revolution läßt dieses Wechselspiel zwischen den Produktivkräften und den Produktionsverhältnissen immer wieder deutlich werden. Die Produktivkräfte der alten Gesellschaftsordnung, zum Beispiel die des Feudalismus, erreichen qualitativ und quantitativ einen Entwicklungsstand, der, vermittelt durch den Klassenkampf, zur Sprengung der alten Produktionsverhältnisse führt. Dabei handelt es sich im wesentlichen noch nicht um Produktivkräfte des Grundcharakters der neuen kapitalistischen Gesellschaft, im Gegenteil, es handelt sich um Handarbeit. Es ist die Entfaltung der Widersprüche zwischen den entwickelten Produktivkräften der feudalen Gesellschaft und den alten feudalen Produktionsverhältnissen, die eben diesen ihren eigenen Produktivkräften keinen ausreichenden Entwicklungsimpuls und Spielraum mehr bieten können und vor allen Dingen weder Antrieb noch Möglichkeit zur revolutionären Ablösung des alten Systems der Produktivkräfte, das heißt zum Übergang von der Handarbeit zur Maschinenarbeit geben können. Mit der Revolution der Produktionsverhältnisse wird die erste Phase der neuen Gesellschaft eingeleitet. Natürlich greift die ökonomische Revolution auch in das System der Produktivkräfte ein. Sie revolutioniert die Arbeitsweise und ergreift die "Arbeitskraft an ihrer Wurzel".⁶ Das System der materiell-technischen Produktivkräfte bleibt von dieser Umwälzung im wesentlichen unberührt, das heißt, die ökonomische Revolution erfaßt zunächst die Hauptproduktivkraft, den Produzenten, den Menschen. Sie schafft einen neuen Typ von Produzenten, sie setzt ihn frei aus den alten engen Beziehungen, sie schafft den kapitalistischen Lohnarbeiter bzw. im Zuge der sozialistischen ökonomischen Revolution den sozialistischen Produzenten. Durch die neuen Produktionsverhältnisse, durch die Freisetzung der Hauptproduktivkraft Mensch sind die Bedingungen für eine stürmische Entwicklung der Produktivkräfte gegeben und die notwendigen historischen Voraussetzungen geschaffen, diese Entwicklung je nach erreichtem Entwicklungsstand der Produktivkräfte in eine Revolutionierung des gesamten Systems der gesellschaftlichen Produktivkräfte überzuleiten, das heißt beim Übergang vom Feudalismus zum Kapitalismus in die Industrielle Revolution oder heute, in die wissenschaftlich-technische Revolution einzutreten. Damit schafft sich die neue Gesellschaft das ihr eigene, ihr entsprechende System gesellschaftlicher Produktivkräfte. Dieser Schritt bedeutet den Übergang von der ersten zur zweiten Phase der Gesellschaftsordnung, zur vollen Herausbildung der neuen Formation, des Industriekapitalismus mit maschineller Großproduktion bzw. der kommunistischen Gesellschaftsordnung mit vorherrschend automatisierter Produktion. Diese revolutionäre Umgestaltung des Systems der Produktivkräfte hat gleichfalls eine tiefgreifende Umwälzung der ökonomischen Verhältnisse zur Folge. Aus dem kapitalistischen Manufakturlohnarbeiter wird das moderne kapitalistische Industrieproletariat, aus dem sozialistischen der kommunistische Produzent einer klassenlosen Gesellschaft. Auf der Grundlage der Revolutionierung des Systems der Produktivkräfte erzielt die neue Gesellschaftsordnung eine Produktivität, die sich

⁶ Marx, Karl, a. a. O., S. 381.

fast schon einem Vergleich entzieht, weil sie das Hundert- und Tausendfache gegenüber der vorangehenden Gesellschaftsordnung beträgt. Wie deutlich arbeitet auch Lenin die ganze Tiefe der Umwälzung der Industriellen Revolution, diesen Übergang von der ersten zur zweiten Phase der kapitalistischen Gesellschaft heraus: "Der Übergang von der Manufaktur zur Fabrik bedeutet eine völlige technische Umwälzung, die die in Jahrhunderten erworbene Handfertigkeit des Handwerksmeisters verdrängt, auf diese technische Umwälzung aber folgt unvermeidlich die radikalste Umwälzung der gesellschaftlichen Produktionsverhältnisse..."⁷

Eine solche Betrachtung der historischen Dialektik zwischen der Revolutionierung der Produktionsverhältnisse und des Systems der Produktivkräfte läßt die außerordentlich aktive Rolle der neuen Produktionsverhältnisse besonders in der ersten Phase der Gesellschaftsordnung sichtbar werden; eine Erkenntnis, die auch in der Forderung zum Ausdruck kommt, die Vorzüge unseres sozialistischen Systems voll und ganz für den wissenschaftlich-technischen Fortschritt und die Entfaltung der wissenschaftlich-technischen Revolution einzusetzen. Gleichzeitig erfassen wir aber auch die ganze Bedeutung der so wichtigen Hinweise von Mottek auf die Notwendigkeit historischen Denkens für die Planung und Prognose unserer gesellschaftlichen Gegenwart und Zukunft. In Epochen des weltweiten Übergangs von einer Gesellschaftsformation zur nächsthöheren gibt es weder im politischen noch im ökonomischen Bereich, noch im Bereich der gesellschaftlichen Produktivkräfte nur lineare Entwicklungsprozesse. Das Wissen um die Ablösung quantitativer Prozesse durch qualitative, evolutionärer durch revolutionäre - aus der historischen Analyse gewonnen -, ist unerläßlicher Bestandteil erfolgreicher Planung und Prognose.⁸

Einige Bemerkungen noch zu dem Problem der Ablösung alter Technologien durch neue, produktivere, das Mottek in seinem zweiten Abschnitt aufwirft. Hans Mottek hat zweifellos recht, wenn er betont, daß es nicht so sehr darauf ankommt festzustellen, daß eine alte Technologie durch die Konkurrenz einer neuen effektiveren Technologie ersetzt wird, als zu erkennen, wann aus dem Entwicklungsstand einer vorhandenen Technologie sich historisch die Notwendigkeit ihrer Ablösung ergibt. Im Kapitalismus setzt sich dieser Prozeß gesamtgesellschaftlich hinter dem Rücken der Menschen im Konkurrenzkampf um die Profitmaximierung durch. Für uns in der sozialistischen Gesellschaft ist die Erkenntnis und Beherrschung der in dieser Beziehung im Reproduktionsprozeß wirkenden Gesetze der Produktivkräfte und ökonomischen Gesetze von größter Bedeutung. Mottek geht von der bekannten Tatsache aus, daß ein bestimmtes technologisches System oder Teilsystem auf einem bestimmten qualitativen Entwicklungsniveau einem Vervollkommnungs- oder Reifeprozeß unterworfen ist. Betrachtet man die Steigerung der Effektivität im Verlaufe eines solchen Ausreifens einer Technologie, so verläuft sie im Prinzip nach der bekannten Sättigungskurve oder wie Mottek ergänzt, wenn wir von der Effektivitätszuwachsrate ausgehen, nach einer Parabel. Mit anderen Worten, die Effektivitätszuwachsrate nähert sich mit zunehmender Ausreifung der Technologie dem Nullwert, das heißt, aus der gegebenen Technologie ist kein entscheidender Produktivitäts- und Effektivitätsgewinn mehr herauszuholen. Ich entsinne mich, Heinz Müller untersuchte einmal vor vielen Jahren in einer

7 Lenin, W. I., Die Entwicklung des Kapitalismus in Rußland, in: Werke, Bd. 3, Berlin 1968, S. 464.

8 Siehe hierzu auch Jonas, Wolfgang, Kritische Bemerkungen und Ergänzungen, in: Kuczynski, Jürgen, Vier Revolutionen der Produktivkräfte. Theorie und Vergleiche, Berlin 1975.

leider nicht veröffentlichten Studie die Entwicklung der Arbeitsproduktivität in der Stecknadelproduktion vom Handwerk bis zur modernen Industrie. Er gelangte ganz präzise zu einer solchen Kette sich aneinanderschließender Sättigungskurven. Sank der Produktivitätszuwachs einer vorhandenen Grundtechnologie beträchtlich, so wurde diese revolutioniert und ein neuer Verlauf einer solchen Sättigungskurve setzte auf der Basis einer neuen Grundtechnologie ein. Beherrschen wir die historische Analyse des Effektivitätsverlaufs einer Grundtechnologie, so sind wir vorausschauend in der Lage, die historisch notwendige Ablösung einer Grundtechnologie zu erkennen und beizeiten die Investitionskapazitäten für Forschung und Produktion auf die Entwicklung der neuen Grundtechnologie zu orientieren. Wie man sieht, eine sehr wichtige Frage der Strategie der Organisation des wissenschaftlichen Vorlaufs.

Allgemein klingt das sehr einleuchtend und fast auch sehr einfach machbar. Aber in dieser sehr allgemeinen Aussage liegen meines Erachtens auch große Gefahren. Die Konkretheit der Aussage leidet schon unter der ungenügenden und unpräzisen Ausarbeitung der Termini.

Mottek spricht von einem Vervollkommnungsgrad im engeren und im weiteren Sinn. Bleiben wir zunächst bei dem Vervollkommnungsgrad im engeren Sinn. Wie sollen wir diesen Vervollkommnungsgrad konkret fassen, wie ihn meßbar ausweisen?

Der entscheidendste Parameter wäre offensichtlich der Grad der Produktivitätssteigerung (lebendige und vergegenständlichte Arbeit) im Verlauf der Entwicklung einer gegebenen Grundtechnologie. Der sinkende Produktivitätszuwachs kann aber auf sehr verschiedene Ursachen zurückgeführt werden. Innerhalb dieses letzten Falls kann es spezifische Besonderheiten geben, zum Beispiel im Bergbau bei weiterem Vordringen in die Tiefe; die Arbeitsproduktivität pro Bergarbeiter steigt, also sinkender Anteil des Arbeitsaufwandes pro geförderte Tonne im Bergbau bei gleichzeitig relativ oder auch absolut steigendem gesellschaftlichem Aufwand (lebendige und vergegenständlichte Arbeit) pro Tonne. Diese Spezifik wird übrigens in zunehmendem Maße auf uns zukommen, insofern wir gezwungen sind, die Technik umwelt- und menschenfreundlich zu gestalten. Wir sehen also, wie eine solche Problemstellung die Beantwortung der Frage nach dem Vervollkommnungsgrad einer Technologie recht kompliziert gestaltet und vor allem die politische Entscheidung erfordert, die sich aus dem Wesen der Produktionsverhältnisse ergibt. Es ist durchaus denkbar, daß eine gegebene Grundtechnologie für sich genommen noch nicht "ausgereift" ist, also noch beträchtliche Effektivitätsreserven in ihr ruhen, aber der Aufwand zum Schutz der Umwelt gewaltig wäre. Das heißt, so besehen, ist die Technologie "überreif" zu ihrer Ablösung durch eine neue Technologie. Mit anderen Worten, der Begriff "Vervollkommnungsgrad" ist nicht nur als ein "technischer" oder "technisch-ökonomischer" Terminus zu fassen, in seine Wertung sind in beträchtlichem Maße politische Elemente eingeschlossen, die im Inhalt und in der Zielstellung der gesellschaftlichen Produktionsverhältnisse ruhen.

Fall 1: Eine Steigerung des Leistungsausgangs des technologischen Systems ist nur noch mit relativ zunehmendem Aufwand möglich.

Fall 2: Der Steigerung des Leistungsausgangs eines technologischen Systems sind naturwissenschaftlich-technische Grenzen gesetzt; zum Beispiel Geschwindigkeiten oder Drücke können nicht mehr erhöht werden.

Fall 3: Der Steigerung des Leistungsausgangs eines technologischen Systems sind naturwissenschaftlich-physiologisch-psychologische und gesellschaftliche

Grenzen in der Bedienung und Steuerung des Systems durch den Menschen gesetzt, zum Beispiel Tempo der Fließbandarbeit, aber auch (gesellschaftlich) Abschaffung schwerer körperlicher und gesundheitsschädlicher Arbeit in der sozialistischen Gesellschaft.

Fall 4: Der Steigerung des Leistungsausgangs eines technologischen Systems sind natürliche Grenzen durch die zur Verfügung stehenden Ressourcen gegeben, entweder absolut oder relativ zur Qualität des eingesetzten technologischen Systems. Mottek gibt dafür eine Reihe von Beispielen.

Man sieht also, daß der Begriff Vervollkommnung auch im engeren Sinn eine Anzahl sehr verschiedener Prozesse in sich einschließt, von denen jeweils einer der entscheidende sein kann, die sich aber auch überlagern und komplex wirken können. Die Analyse und Entscheidung, wann der richtige Zeitpunkt zur Ablösung herangereift ist, wird dadurch häufig sehr kompliziert und erfordert in vielen Fällen auch eine sehr überlegte politische Entscheidung. Mottek formuliert dann aber noch einen Vervollkommnungsgrad im weiteren Sinn und schlägt vor, Vervollkommnungsgrad im engeren Sinn, Ausbreitungs- und Auslastungsgrad und Verknüpfungsgrad zu einem Parameter zusammenzufassen, der dann in einer Gaußschen Parabel seine Darstellung finden würde. Eine solche Zusammenfassung sehr differenzierender und in keinem Fall unbedingt konvergent verlaufender Prozesse erscheint mir sehr fragwürdig. Ich fürchte, eine solche Zusammenfassung würde mehr verwischen als Erkenntnisgewinn bringen. Ich möchte hier nur den Ausbreitungsgrad und Verknüpfungsgrad herausgreifen. Die Unklarheit beginnt schon mit einer fehlenden klaren Definition des Begriffs Verknüpfungsgrad. Handelt es sich wirklich nur um Verknüpfung oder um Integration einer Technologie in einem übergeordneten System? Gehört der Umfang des Systemcharakters einer Technologie auch zum Verknüpfungsgrad? Wie verhält sich Ausbreitungsgrad zum Verknüpfungsgrad? - eine Vielzahl von Fragen, die noch offen sind. Nehmen wir ein Beispiel: Die gute alte Typenhebelschreibmaschine hat einen außerordentlich hohen Ausbreitungsgrad. Kein Büro ist ohne sie denkbar. Allerdings ist eine beträchtliche Ausbreitung noch im privaten, individuellen Bereich denkbar. Man kann sicher sagen, daß sie sich, nachdem sie noch elektrifiziert wurde, dem Höhepunkt ihrer Vervollkommnung genähert hat. Eine völlig neue Technologie mit höheren Leistungsparametern - zum Beispiel das Kugelkopfsystem - existiert bereits. Der Umstellungsprozeß auf seine Anwendung ist unkompliziert, es bedarf lediglich einiger Tage der Umgewöhnung durch den Schreibenden. Und dennoch geht die Ablösung der alten Technologie sehr langsam vor sich, und jeder hat das Gefühl, daß das auch in keiner Weise eine brennende Frage ist. Woran liegt das? Der Ausbreitungsgrad liegt sehr hoch, der Verknüpfungsgrad oder, sagen wir, Integrationsgrad ist gleichfalls sehr hoch, die Typenhebelmaschine ist ja ein Kernstück moderner Bürotechnik. Entscheidend erscheint mir jedoch für unsere Frage die Verknüpfung mit der sie bedienenden menschlichen Arbeitskraft. Das Problem liegt darin, daß die Masse der Schreiberinnen und Schreiber schon nicht mehr in der Lage ist, die Leistungsfähigkeit der alten Technologie voll auszuschöpfen, und nur ein relativ sehr geringer Teil in der Lage wäre, die gesteigerte Leistungsfähigkeit der neuen Technologie wirksam werden zu lassen. Ganz anders sieht die Problematik aber in dem Augenblick aus, wenn die Schreibmaschine so eingesetzt wird, daß an die Stelle der Verknüpfung mit der menschlichen Arbeitskraft die mit einer befehlsausgebenden Technik tritt. In dem Augenblick, da man die Schreibmaschine als Ausgangsgerät an eine Datenverarbeitungsanlage anschließt, besteht der Systemzwang, die Schreibgeschwindigkeit der Ausgabebegehrtheit der Daten maximal anzupassen, und das ist nur mit völlig neuen Technologien des maschinellen Schreibens möglich. Die Antwort auf die Frage

nach der notwendigen Ablösung einer Technologie kann also nicht nur aus dem Grad der erreichten Vervollkommnung, Verknüpfung und Ausbreitung ermittelt werden. Vielmehr kann das qualitative Problem der Verknüpfung, die Fragen nach den Systemen, mit denen eine bestimmte Technologie verknüpft ist, zu einer völlig unterschiedlichen Beantwortung der Frage nach der Notwendigkeit der Ablösung führen. Ja, bei dem gegebenen Beispiel erscheint es mir sogar richtig, sich für zwei unterschiedliche Lösungen zu entscheiden: nämlich Beibehaltung der alten, sehr verbreiteten Technologie für den Einsatz bei Handbedienung (was nicht ausschließt, daß die Schreibmaschinen noch bequemer und leiser werden sollten), um den Vorteil traditioneller Produktionsstätten und Herstellungsverfahren zu nutzen, und gleichzeitig verstärkte Entwicklung völlig neuer Systeme zum Anschluß an Datengeräte. Die gegenwärtige Praxis verfolgt ja auch offensichtlich diese Linien.

Oder ein anderes Beispiel: Man wird sicher sagen können, daß die Entwicklung der Technologie des gegenwärtigen Fernsprechsysteins mit Einführung des Selbstwählbetriebes und der automatischen Vermittlung sich im Sättigungsbereich der Vervollkommnungskurve befindet. Im wesentlichen wird es sich um weitere extensive Ausdehnung handeln, wobei Leistungssteigerung und Aufwand sich zunehmend weniger günstig entwickeln werden - eine Situation, die in allen entwickelten Industrieländern unangenehm spürbar ist. Und dennoch, obwohl eigentlich alle Bedingungen gegeben sind, die Mottek als Kennzeichen der Ablösungsreife anführt, können wir sicher auf absehbare Zeit nicht mit der Einführung einer grundsätzlich neuen Technik rechnen. Nicht etwa weil keine Ideen und Ansätze für eine neue Technologie vorliegen würden. Die Ursachen liegen vielmehr darin, daß großen Systemen eigene Gesetzmäßigkeiten innewohnen.⁹ Möglich sind Teilverbesserungen innerhalb des Systems. Dieser Zwang zur Kompatibilität bindet die Teilverbesserung aber doch in hohem Maße an die Leistungsfähigkeit der Grundtechnologie, zum Beispiel an die maximale Anzahl von Gesprächen, die über eine Drahtleitung geführt werden können. Die radikale Ablösung des ganzen Großsystems ist aber auf keinen Fall eine Frage, die nur aus dem Vervollkommnungsgrad einer Technologie abgeleitet wird. Hier spielt die Frage, ob und wann eine Gesellschaft sich das unter volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten leisten kann und ob unter gesamtgesellschaftlichen Gesichtspunkten wirklich eine historische Notwendigkeit besteht, die entscheidende Rolle. Die Frage, ob eine gegebene Technologie abgelöst werden muß, darf meines Erachtens auf keinen Fall nur aus der Erkenntnis ihres Reifegrades abgeleitet werden. Man soll sich auch darüber im klaren sein, daß es nicht darauf ankommt, jede neue Erfindung und Entdeckung in die Produktion einzuführen, damit kann man auch eine Volkswirtschaft ruinieren. Natürlich soll in keiner Weise die Bedeutung der von Mottek aufgeworfenen Fragen negiert werden. Im Gegenteil, die Erfassung des "Vervollkommnungsgrades" ist von größter Tragweite für eine richtige und tiefe Analyse unseres wissenschaftlich-technischen Fortschritts sowie seiner Planung und Prognose. Nur scheint es mir wichtig, sich von vornherein der großen Differenziertheit einer solchen Problemstellung bewußt zu sein, um grobe und in ihrer Aussage möglicherweise falsche Vereinfachungen zu vermeiden. Deutlich wird auch, daß all das nur erste Überlegungen sind und hier noch ein weites, aber überaus notwendiges Forschungsfeld vor uns liegt, das nur in interdisziplinärer wissenschaftlicher Arbeit bewältigt werden kann, auf dem aber Wirtschaftshistoriker sicher mit großem Nutzen mitwirken können.

⁹ Siehe hierzu auch Auth, Joachim, in: Deutsche Akademie der Wissenschaften zu Berlin, Wissenschaftliche Thesen 1, Jg. 1970.

Literaturkritik

MACHT DURCH ORGANISATION ODER ORGANISATION DER MACHT?

Managertheorie und bürgerliche Historiographie

Dankwart Guratzsch, Macht durch Organisation. Die Grundlegung des Hugenbergschen Presseimperiums = Studien zur modernen Geschichte, Bd. 7

Bertelsmann Universitätsverlag, Düsseldorf 1974, 486 Seiten

von Horst Handke

Hugenberg, einer der führenden deutschen Monopolisten, dessen aktives Wirken von der Wilhelminischen Ära bis in die Zeit des Faschismus reicht, ist in der bürgerlichen Literatur zwar nicht gerade vernachlässigt worden, doch nach dem zweiten Weltkrieg sind, abgesehen von einigen Zeitschriften- und Zeitungsaufsätzen, nur eine Art Rechtfertigungsschrift unter Mitwirkung von Hugenberg selbst¹ und die Dissertation von Valeska Dietrich, die bereits 1960 verteidigt wurde², erschienen. Alle diese Arbeiten stützen sich nicht auf archivalische Quellen, sondern im wesentlichen auf die insgesamt umfangreiche Literatur, die insbesondere in den zwanziger Jahren und Anfang der dreißiger Jahre publiziert wurde.

Nunmehr hat Guratzsch eine Arbeit vorgelegt, die aus einer 1971 bei Fritz Fischer in Hamburg verteidigten Dissertation hervorgegangen ist und die sich weitgehend auf archivalische Quellen stützt. Es werden nicht nur ungedruckte Manuskripte und Aufzeichnungen, gedruckte Quellen (Dokumentensammlungen, Flugschriften, Werbematerialien, Versammlungsprotokolle, Berichte und Vorträge), Memoiren, Biographien und ein umfangreiches Schrifttum herangezogen, sondern es wird auch erstmals bisher unbekanntes Material aus staatlichen Archiven, aus einigen Werksarchiven (so der Firma Friedrich Krupp AG, der Gelsenkirchener Bergwerks AG, der Mannesmann AG und der Gutehoffnungshütte) und aus einigen Nachlässen (Restnachlaß von Hugenberg, Privatnachlässe und private Akten von Personen aus der Umgebung Hugenbergs) erfaßt.

Guratzschs Arbeit darf also einige Erwartungen wecken, daß mehr Licht auf die Hintergründe und Umstände einer Politik geworfen wird, die unbestreitbar mit der Person und dem persönlichen Wirken Hugenbergs in drei deutschen Staatssystemen verbunden ist. Die Quellengrundlage ist durchaus geeignet, die "mythi-

1 Steuer, Lothar, Hugenbergs Ringen in deutschen Schicksalsstunden. Tatsachen und Entscheidungen in den Verfahren zu Detmold und Düsseldorf 1949/50, Detmold 1951.

2 Dietrich, Valeska, Alfred Hugenberg. Ein Manager in der Publizistik, phil. Diss. Berlin 1960.

sche Figur" oder den "Mann im Dunkel" - so einige Presseäußerungen in der Weimarer Republik - zu entmythologisieren. Guratzsch selbst stellt die Frage: Was steht hinter dem Mythos Hugenbergs? (S. 11)³

Mit großer Akribie und beeindruckendem Fleiß hat Guratzsch eine Fülle von Fakten ausgegraben. Viele davon sind wertvoll und können dazu beitragen, die Rolle und die Stellung Hugenbergs innerhalb der deutschen Monopolbourgeoisie weiter zu klären. Der wichtigste Nachweis, den Guratzsch liefert, ist, daß der Einfluß Hugenbergs auf die Politik im Kaiserreich, also in den Jahren vor und während des ersten Weltkrieges, von der Historiographie bisher unterschätzt wurde. Auch in der marxistischen Historiographie ist Hugenberg als Herr eines riesigen Presse- und Filmimperiums und Verfechter einer alldeutschen, extrem rechten Politik in der Weimarer Republik bekannter als in seiner Stellung und mit seinem Einfluß in den Jahren zuvor. Das heißt nicht, daß sich die marxistischen Historiker von der "Unscheinbarkeit" des Hugenbergischen Beitrags zur Politik im Kaiserreich hätten "düpiieren" lassen, wie es Guratzsch - sicher in erster Linie seinen bürgerlichen Kollegen - vorwirft (S. 12), oder daß sie Hugenberg "in seiner Bedeutung unterschätzt" hätten, wie es Guratzsch, hier Valeska Dietrich folgend, ebenfalls formuliert (S. 380).

In diesem Zusammenhang sei auch vorweggenommen: Das "stille" Wirken Hugenbergs in der Zeit des Kaiserreichs, das, aufgrund mangelnder Quellenkenntnis, zu einer Unterschätzung dieses Einflusses führen konnte, läßt sich anhand der von Guratzsch vorgelegten Fakten leicht zum entgegengesetzten Extrem steigern, nämlich zu einer Unterschätzung von Hugenbergs Rolle in der Weimarer Republik und bei der faschistischen Machtübernahme. Die These Guratzschs, daß Hugenbergs "Apparat mit Bürokratie, Presse und Wirtschaft" an "Verzweigung, Einfluß und Vielseitigkeit" bereits vor 1918 alles übertroffen habe, "was er in späterer Zeit noch auf die Beine stellen sollte", ist nur aus der einseitigen Sicht Guratzschs eben auf diese Zeit erklärbar (S. 12).

Doch es ist nicht diese These, die in Guratzschs Buch die anfechtbarste und schon gar nicht zentralste ist, sondern es ist die Behauptung, daß das "Geheimnis" des Hugenbergischen Einflusses "Organisation" gewesen sei. Damit liefert Guratzsch zugleich den theoretischen Schlüssel für sein Buch. Nicht nur der Buchtitel "Macht durch Organisation", sondern auch der gesamte Aufbau⁴ ist dem einen Gedanken untergeordnet: nachzuweisen, daß Hugenbergs Macht aus einer Art gesellschaftsunabhängigem Organisationsprinzip resultierte (S. 12 f.). Hinter dieser Auffassung stehen bei Guratzsch nicht die Fakten, die er in den Archiven zusammengetragen hat, sondern das Bestreben, bürgerlich-soziologische Theorien, insbesondere die Managertheorie, auf die Geschichte zu übertragen. Damit aber stellt sich Guratzsch auf einen Ausgangspunkt, der ihn nicht nur in zahlreiche Widersprüche verwickelt, wenn er diese Theorie ins Spiel bringt, sondern der ihn theoretisch von vornherein zum Scheitern verurteilt.

Guratzsch ist nicht der erste Historiker, der Versuche dieser Art unternimmt. Er beruft sich vor allem auf Kocka. Aber es ist immerhin bemerkenswert, daß

3 Alle nicht näher bezeichneten Seitenangaben im laufenden Text beziehen sich auf das hier besprochene Buch.

4 Vgl. dazu die Überschriften der Hauptkapitel: I. Grundzüge persönlicher Machtentfaltung, II. Die Organisation wirtschaftlicher Interessen, III. Die Organisation der Kriegszielbewegung, IV. Die Organisation der "nationalen Presse", V. Alfred Hugenbergs Einfluß im Wilhelminischen Deutschland.

er zu einem Zeitpunkt auftritt, da diese Theorie, zumindest bei den seriöseren Soziologen der westlichen Welt, immer weniger in Anwendung kommt und sogar in Zweifel gezogen wird.

Bereits im Vorwort, wenn Guratzsch zwei Elemente der Hugenbergschen Organisation als "von zentraler Bedeutung" bezeichnet, wird die Fehlerhaftigkeit seiner theoretischen Position sichtbar. Das erste Element, der sogenannte "Freundeskreis" Hugenbergs, wird hier als ein Organisationsprinzip bezeichnet, das weder an eine bestimmte Gesellschaftsordnung noch an eine besondere historische Situation gebunden sei (S. 12 f.). Doch gleichgültig, welche Art von "Freundeskreisen" man im Blickfeld haben mag, auch nicht der einfachste und historisch unbedeutendste Freundeskreis existiert unabhängig von der Gesellschaftsordnung und der Klassenposition des Menschen, der im Zentrum eines solchen Kreises steht. Im Falle Hugenbergs geht es aber um mehr - und Guratzsch will dies eigentlich nachweisen: Hier handelt es sich nicht um einen x-beliebigen Freundeskreis, sondern im Gegenteil um eine soziale Erscheinung besonderer Art, um eine spezifische Form, Macht aufzubauen und zu organisieren, mit dieser Organisationsform bestimmte ökonomische und politische Ziele durchzusetzen (siehe dazu auch S. 348 f.). Hugenbergs Macht entspringt dieser Organisation nicht als einem "zeitlosen" Prinzip, wie Guratzsch fälschlicherweise von Max Weber übernimmt (siehe S. 17, 62), sondern aus der ökonomischen und politischen Position Hugenbergs und seiner "Freunde". Wenn die Organisationsform der "Freundeskreise" von "aktuellem Interesse" ist, dann nicht aufgrund ihrer "Zeitlosigkeit", sondern aufgrund ihres jeweiligen historischen Inhalts, aufgrund ihrer spezifischen Entfaltung unter monopolkapitalistischen Bedingungen. Es ist erstaunlich, wie wenig historisches Verständnis Guratzsch gerade als Historiker bei der Übernahme bürgerlicher soziologischer Theorien beweist. Wenn er schon zu einer Art Typologie der "Freundeskreise" kommen wollte, dann hätte es nahegelegen, die historische Entwicklung der "Freundeskreise" zu verfolgen, etwa angefangen bei den "Freundeskreisen" Hugenbergs über den "Freundeskreis Himmler" bis hin zu den "Freundeskreisen" der CDU/CSU, die als deren "geheime Wahlhelfer" fungieren.⁵ Hier hätten sich Möglichkeiten geboten, die grundlegenden Gemeinsamkeiten solcher "Freundeskreise" unter monopolkapitalistischen Verhältnissen darzustellen, die gemeinsamen sozialökonomischen Positionen ihrer Träger und die jeweils verfolgten politischen Zielstellungen; es hätte sich herausgestellt, daß es sich um Vereinigungen führender Vertreter der herrschenden Klasse handelt, die möglichst im Geheimen wirken und die dazu bestimmt sind, eine extrem reaktionäre Politik durchzusetzen.

Damit kommen wir zum zweiten Element von "zentraler Bedeutung" in der Hugenbergschen "Organisation". Guratzsch nennt es die "Grundanschauung", die "Ideologie", "die fundamental und richtungweisend für das Handeln dieser Männer wurde" (S. 13). Er charakterisiert diese Ideologie richtig als innen- und außenpolitisch aggressiv, nach innen gegen die Sozialdemokratie, gegen Liberalismus und Demokratismus, nach außen gegen die "Konkurrenzmächte des Auslandes" gerichtet. Doch anstatt die sozialökonomischen Grundlagen des Wilhelminischen Deutschlands als Ausgangspunkt zu nehmen und die Politik und Ideologie als eine Reflexion dieser Grundlagen darzustellen, rückt er, entsprechend der persönlichen Entwicklung Hugenbergs, die preußische Ansiedlungspolitik und dar-

⁵ Siehe dazu Das schwarze Kassenbuch, Die heimlichen Wahlhelfer der CDU/CSU, hg. v. Presseauschuß der Demokratischen Aktion (PDA), unter Mitarb. v. Bernt Engelmann, Köln 1973.

über hinaus die Gesamtpolitik des damaligen Kaiserreichs an die erste Stelle in seiner Analyse, um dann in seinen Schlußfolgerungen die Tatsachen auf den Kopf zu stellen und zu behaupten, daß sich die nationalistische Ideologie gewissermaßen von den staatlichen Stellen auf die Wirtschaft bzw. auf eine - sehr einflußreiche - Gruppe von "Wirtschaftsführern der Schwerindustrie" ausgedehnt habe (S. 13). Es erscheint so, als hätte Hugenberg aufgrund seiner anfänglichen Tätigkeit im Staatsapparat eine nationalistische Ideologie vertreten und diese dann auf die schwerindustriellen Kreise übertragen. Das Wechselverhältnis von Ökonomie und Politik wird umgekehrt, die komplizierte Klassen- und Schichtstruktur des Wilhelminischen Deutschlands erscheint als eine Art Widerspiegelung dieser politischen Ideen, so wie der Staatsapparat zum Ausgangspunkt neuer politischer Ideen und entsprechend neuer gesellschaftlicher Schichten wird. Soweit Guratzsch zu seinem Untersuchungsthema die "Verflechtung der sozialen Gegebenheiten mit den ökonomischen und staatlich-politischen Faktoren" rechnet (S. 14), muß sich der Leser in erster Linie in die Fakten vertiefen. Zu Teilaussagen kommt Guratzsch lediglich dort, wo er seinen Fakten vertraut oder wenn er - zumindest ansatzweise - versucht, sich auf marxistische Autoren ohne überflüssige Polemiken zu stützen.

Wenn gesagt wurde, daß Guratzschs theoretische Ansätze deshalb scheitern mußten, weil er sich auf eine fehlerhafte und insgesamt falsche Theorie gestützt hat, so muß hier noch ergänzt werden, daß er diese Theorie selbst in ihren bürgerlichen Versionen anscheinend nur oberflächlich verarbeitet hat. Vor allem sind es die reaktionären Varianten von Burnham und - etwas neuer - von Galbraith, die er zur Kenntnis genommen hat. In dem insgesamt umfangreichen Literaturverzeichnis fehlen die Namen fast sämtlicher Soziologen, die weit substantiellere und differenziertere Aussagen zum Managerproblem als die genannten gemacht haben, zum Beispiel Elliot, Mills, Domhoff, Lundberg und Lewellen in den USA, Pollard in England und sogar Bahrdt in der BRD, von marxistischen oder sozialistischen Autoren ganz zu schweigen.

Guratzsch hat auch keine glückliche Hand, wenn er wirklich einmal gegen bestimmte Thesen der Managertheorie polemisiert. So meint er, daß die These von Helge Pross haltlos sei, daß Konzernherren wie Krupp, Thyssen, Stinnes, Wolff, Klöckner, Siemens, Bosch "mit den zur Kontrolle nötigen Kapitalanteilen" und kraft "persönlicher Autorität ... eigenmächtige Dispositionen"⁶ jederzeit hätten verhindern können (S. 385 Anm. 200). Ohne die These von Pross in ihrer Absolutheit übernehmen zu wollen, bringt gerade Guratzsch im Zusammenhang mit ihrer angeblichen "Haltlosigkeit" den Beweis für das Gegenteil. Er stellt seitenlang dar, wie Hugenberg von Krupp gegen alle Angriffe der Vertreter einer "gemäßigeren" politischen Linie gegen Ende des ersten Weltkrieges geschützt wurde, obwohl Krupp nach Guratzsch nicht nur einen "abweichenden Standpunkt", "sondern die diametral entgegengesetzte Position zu den 'Grundanschauungen' seines leitenden Direktors" vertreten haben soll.⁷ In diesem Kontext ist es Guratzsch of-

6 Pross, Helge, Manager und Aktionäre in Deutschland. Untersuchungen zum Verhältnis von Eigentum und Verfügungsmacht, Frankfurt (Main) 1965, S. 76.

7 Hier macht Guratzsch einen scheinbaren Widerspruch in der politischen Haltung Krupps deutlich, den er offenbar nur als "grotesk" empfinden kann. Doch 1. widerlegen seine eigenen Ausführungen, daß die politischen Differenzen zwischen Krupp und Hugenberg so "diametral entgegengesetzt" waren, wie er behauptet. Sie betrafen keineswegs Ziele und Programm der "Alldrutschen" im allgemeinen. Unterschiedliche Auffassungen bestanden in einzelnen Fragen, z.

sichtlich klar, daß Krupp sehr wohl gegen Hugenberg hätte vorgehen können, ihn entlassen oder ihm auch die Kassen der Firma Krupp für politische Ausgaben hätte sperren können (S. 382). Auch die von ihm zitierte Äußerung Krupps, daß man doch "das weitere" - und damit war vor allem die Gestaltung der Beziehungen zu Hugenberg gemeint - ihm, Krupp, überlassen solle (S. 385), erhärtet die These von Pross, nicht aber seine eigene.

Eine andere Frage ist, welche Folgen eine vorzeitige Entlassung Hugenbergs durch Krupp gehabt hätte. Auch dazu sind die von Guratzsch gelieferten Fakten aufschlußreich, die er - im übrigen gegen seine Theorie - wie folgt zusammenfaßt (S. 386 f.): "Das 'System Hugenberg' war längst ein selbständiger Machtfaktor in der Politik, und die 'herrschenden Schichten' des Besitzes hatten weniger die Wahl, ihn bestehen zu lassen oder auszuschalten, als sich mit ihm zu arrangieren oder auf Kollisionskurs mit ihm zu gehen."

Wenn man diese Sätze genau interpretiert, bedeuten sie nichts anderes, als daß Hugenberg sich längst eigene Machtpositionen aufgebaut hatte - und zwar nicht nur politisch, sondern auch ökonomisch -, daß er keineswegs mehr ein bloßer "Manager" im Sinne eines "Handlungers" oder eines von den Kapitalgebern "Abhängigen" war, daß er inzwischen in die "herrschenden Schichten des Besitzes" aufgestiegen war. Die Differenzen zwischen Hugenberg und anderen Vertretern der herrschenden Klasse waren folglich keine Auseinandersetzungen zwischen "reinen" Kapitalisten und einem "reinen" Manager, sondern klasseninterne Auseinandersetzungen über den besten Weg, die Privilegien der herrschenden Klasse zu erhalten. Den unterschiedlichen Auffassungen zwischen Krupp und Hugenberg

B. über die Regierung Bethmann Hollweg, die Krupp "positiver" einschätzte als Hugenberg. 2. scheint es, als ob Krupp vor allem am Ende des ersten Weltkrieges eine größere Bereitschaft zu einer Art politischer Neuorientierung zeigte als Hugenberg, so vor allem im Hinblick auf die "Anerkennung" einer "nationalisierten" Sozialdemokratie, d. h. im Hinblick auf ein Zusammengehen mit den reformistischen Kräften in der SPD. 3. stand für Krupp häufig die Überlegung im Vordergrund, daß nicht die "Industrie" - sprich Schwerindustrie - und in der Person Hugenbergs nicht das "Haus Krupp" nach außen so sehr "in den Vordergrund der politischen Kämpfe" geschoben werden sollte. Dementsprechend müssen 4. einige Distanzierungen Krupps von Hugenbergs Politik unter dem Gesichtspunkt gesehen werden, das "Haus Krupp" aus allzu offenen scharfmacherischen Bekundungen herauszuhalten. Selbst Guratzsch muß eingestehen, daß verschiedene Äußerungen Krupps "doppelsinnig" - oder sollte man nicht "doppelzünftig" sagen? - seien. Bei nicht wenigen Gelegenheiten bringt Krupp neben der Distanzierung auch das Vertrauen zum Ausdruck, das er zu Hugenbergs politischen Fähigkeiten hatte, sei es, wenn er diesen als besonders geeignet für die Reichspresselenkung oder als Vertrauensmann der Industrie bei Handelsvertragsverhandlungen hält, oder sei es, wenn er sich bis zuletzt gegen eine "Fassadenverschiebung" im Konzerndirektorium wendet und erklärt, Hugenberg werde "vielfach zu Unrecht als Popanz vorgeschoben". Wie sehr Krupp hinter Hugenberg - und vor allem auch hinter dessen politischen Bestrebungen - stand, kommt wohl am klarsten dadurch zum Ausdruck, daß er - und dies sei der 5. und entscheidende Gesichtspunkt - bis zum Ausscheiden Hugenbergs aus dem Krupp-Direktorium wesentliche finanzielle Mittel zum Aufbau der Hugenbergschen Pressemacht zur Verfügung stellte und damit die "Kreditwürdigkeit" von dessen politischen Bestrebungen bei den "Wirtschaftsführern" an Rhein und Ruhr erhöhte (S. 380 - 385).

kam dabei ein weit geringerer Stellenwert zu als beispielsweise denen zwischen Stresemann und Hugenberg (siehe auch S. 384). Nur das schiefe Managerbild hindert Guratzsch immer wieder daran, seine eigenen Fakten genau zu interpretieren.

Mit diesen Darlegungen kommen wir zur Einschätzung der Rolle und Stellung der sogenannten Managerschicht. Guratzsch ist der Meinung, daß Hugenberg angeblich ein "Exponent neuer sozialer Schichten" gewesen sei, die nichts gemein gehabt hätten mit den "alten herrschenden Schichten". Er bezeichnet diese "neuen Schichten" vage als "Technokraten der Macht", als "Schichten der Verwaltungs-, Industrie- und Agrarbürokratie", die angeblich in der Spätphase der Wilhelminischen Gesellschaft "den Club der 'leitenden politischen Kreise' gesprengt und sich Zugang zu den großen Hebeln der Publicity und Massenlenkung" verschafft hätten (S. 15). Er hebt diese Schichten in einem Atemzug sowohl von den Großgrundbesitzern, Magnaten, Finanzkapitalisten (gemeint sind hier die Bankiers) und Konzernherren als auch von den Parteimitgliedern und Regierungspolitikern ab. "Die politischen Faktoren" handelten nunmehr "nur noch unter dem unausgesetzten, organisierten Druck" dieser "neuen Schichten" (S. 15).

Diese Darstellung zeigt die ganze theoretische Verworrenheit Guratzschs. Da ihm offensichtlich ein Klassenbegriff fehlt, kann er keine der genannten gesellschaftlichen Gruppen in ihrem sozialökonomischen Wesen erfassen, kann er weder das Gemeinsame noch das Besondere der genannten Gruppen feststellen. Er sieht das Problem einer strukturellen Veränderung der Klassen und Schichten weder in deren Verhältnis zueinander, in der Überlagerung von Klassen- und Schichtmerkmalen, noch in dem klasseninternen Verhältnis der Teilschichten zueinander, in dem Verhältnis von Kern- und Randschichten, von horizontalen und vertikalen Gruppierungen. Was sich in der Spätphase der Wilhelminischen Gesellschaft herausbildete, war nicht eine "neue" Schicht von "Technokraten" oder von "Managern", die nichts mit der herrschenden Klasse "gemein" hatten, sondern es war eine sozial heterogene Schicht, die in ihrer Spitze mit der herrschenden Schicht verschmolz und ihr dadurch einige neue Züge aufdrückte. Die Monopolbourgeoisie wurde durch die Leitungsspitze der Trusts und Konzerne ergänzt.⁸

Die sogenannten Manager sind ein Ergebnis der industriellen Großproduktion. Seit der Herausbildung einer betrieblichen Hierarchie, seit der fungierende Kapitalist immer mehr durch Funktionäre des Kapitals im Produktionsprozeß ersetzt wird, durch bloße Dirigenten⁹, kann man auch von Managern sprechen. Darauf hat bereits Marx hingewiesen, als er im "Kapital" den Vergesellschaftungsprozeß untersuchte¹⁰: "Wie eine Armee militärischer, bedarf eine unter dem Kommando desselben Kapitals zusammenwirkende Arbeitermasse industrieller Oberoffiziere (Dirigenten, managers) und Unteroffiziere (Arbeitsaufseher, foremen, overlookers, contre-maîtres), die während des Arbeitsprozesses im Namen des Kapitals kommandieren."

Gleichzeitig hat Marx den Dualismus beschrieben, der die Leitung der kapitalistischen Produktion charakterisiert¹¹: "Die Leitung des Kapitalisten ist nicht nur

8 Siehe auch Epstein, S., Die Managerschicht der Monopolbourgeoisie, in: Sozietwissenschaft, Gesellschaftswiss. Beiträge, Nr. 4/1973, S. 364.

9 Marx, Karl, Das Kapital, Bd. 3, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 25, Berlin 1964, S. 401.

10 Ebenda, Bd. 1, in: a. a. O., Bd. 23, Berlin 1962, S. 351.

11 Ebenda, S. 350.

eine aus der Natur des gesellschaftlichen Arbeitsprozesses entspringende und ihm angehörige besondere Funktion, sie ist zugleich Funktion der Ausbeutung eines gesellschaftlichen Arbeitsprozesses und daher bedingt durch den unvermeidbaren Antagonismus zwischen dem Ausbeuter und dem Rohmaterial seiner Ausbeutung."

Indem Marx die soziale Seite der Managerfunktion herausarbeitet, wird ihre klassenmäßige Bedingtheit deutlich. Ohne Berücksichtigung dieser sozialen Seite ist kein Verständnis der Rolle der Manager im Kapitalismus möglich.

Insbesondere in der bürgerlichen Literatur gibt es unterschiedliche Auffassungen über den Umfang der Managerschicht. Die US-amerikanische Zeitschrift "Harvard Business Review" rechnete 1968 folgende Gruppen dazu: erstens die Topmanager, Vorsitzende und Mitglieder der Aufsichtsräte, Eigentümer von Unternehmen, Präsidenten und Vizepräsidenten der Gesellschaften, Leiter des Finanzwesens und Leiter der Sekretariate; zweitens "die obere Leitungsebene der Unternehmen", die Leiter der Funktionsabteilungen, zum Beispiel der Personalabteilung, der Abteilungen für Werbung, Absatz, Produktion und Einkauf usw.; drittens "die untere Leitungsebene", Assistenten von Abteilungsleitern, Leiter von Gebietsabteilungen, Leiter von Unterabteilungen, Sektoren usw. Ausgeschlossen bleibt das "nichtleitende Personal".¹² An dieser Einteilung ist bemerkenswert, daß - abgesehen von den Eigentümern und Aufsichtsräten - bei allen Gruppen als wesentliches Merkmal die Leitung und Organisation des Produktionsprozesses und damit auch die tatsächliche Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel stark ausgeprägt ist. Die Untergliederung selbst hilft, innerhalb der Gesamtgruppe soziale Unterschiede zu erkennen und zu bestimmen.

Mir scheint die Beschränkung des Managerbegriffs auf leitende Angestellte wissenschaftlich exakter und fruchtbarer zu sein, als eine Ausdehnung auf alle Zwischenglieder oder Zwischenstufen zwischen dem eigentlichen Leiter der Produktion und den Produktionsarbeitern. Abgesehen davon, daß die Gesamtheit der Zwischenstufen weitgehend durch den Begriff der Angestellten erfaßt wird, würde die Anwendung des Managerbegriffs auf diese Gesamtheit das Spezifische der Managerfunktion, nämlich leitende Funktionen auszuüben, verwässern.

Doch gleichgültig, wie weit man den Begriff des Managers ausdehnen will: Eine soziale Bestimmung ist nur im Zusammenhang mit der jeweiligen Klassen- und Schichtstruktur einer Gesellschaftsordnung möglich. Ohne diese Verbindung bleibt der Begriff unhistorisch und einseitig, nur auf bestimmte arbeitsteilige Funktionen bezogen. Er wird für sozialhistorische Analysen unbrauchbar.

Guratzsch versucht, anstatt den Zusammenhang zwischen Kapitaleigentum und Verfügungsgewalt darüber zu sehen, diese beiden Funktionen auseinanderzureißen und gegenüberzustellen. Indem er sich auf die "übereinstimmende Ansicht der westlichen Soziologie" beruft und meint, daß die Historiographie bisher kaum "die Ersetzung des Unternehmers, des Prototyps des 'Bourgeois', durch einen potentiell kapitallosen Manager" berücksichtigt habe - er zitiert hierbei H. A. Winkler¹³ (S. 79 Anm. 85) -, merkt er gar nicht, wie sehr die Übernahme der These der bürgerlichen Soziologie im Widerspruch zu seinen eigenen Ausführungen steht, so wenn er schreibt, daß die Trennung Hugenbergs von Krupp des er-

12 Harvard Business Review, Nr. 6/1968.

13 Winkler, H. A., Bürgertum, in: Sowjetsystem und demokratische Gesellschaft, hg. v. C. D. Kernig, Bd. 1, Freiburg i. Br. / Basel u. a., Sp. 948 ff.

steren "System" und Machtstellung nicht erschüttert habe (S. 387), daß die Stellung Hugenbergs - auch schon vor dessen Ausscheiden aus dem Krupp-Direktorium an der Jahreswende 1918/19 - innerhalb seines "Systems" faktisch "unangreifbar" war. Sehr präzise weist Guratzsch - ohne es zu merken oder merken zu wollen - nach, daß Hugenberg nicht neuer Machtträger als "bloßer" Manager war, sondern weil eine Kapitalgrundlage vorhanden war, weil die Kapitalien der Gesellschaften, in denen Hugenberg präsidierte, als verlorene Zuschüsse, Beiträge oder Spenden, ohne Rückzahlungs- und Dividendenanspruch, gegeben worden waren und ein "Zweckvermögen" bildeten, über das er - Hugenberg - frei verfügte (S. 387 Anm. 210).

In ihrem Kern ist Guratzsch Darstellung - wie die Managertheorie der bürgerlichen Soziologie - gegen die marxistische These von der Herrschaft des Finanzkapitals gerichtet. Diese These sei - und hier folgt Guratzsch Kocka - angeblich "unkritisch übernommen" worden (S. 79).

Was kommt jedoch bei der "kritischen" Überprüfung heraus? Guratzsch gerät dabei auf das Niveau primitivster Verfälschung des Marxismus, weit unter das Niveau vieler anderer Passagen seiner Arbeit. Um die These von der Herrschaft des Finanzkapitals zu widerlegen, wendet er sich zunächst gegen die "zentrale marxistische Prämisse" vom Eigentum an den Produktionsmitteln oder besser gegen das, was seiner Meinung nach die Marxisten unter Eigentum an den Produktionsmitteln verstehen. In Anlehnung an den bereits genannten H. A. Winkler meint er, daß zwischen dem "Bediensteten der Stadtreinigung", der über "Besen und Kehrmaschine" verfügt, und dem Manager der Großindustrie, der über Anordnungen über Maschinen in den Fabriken trifft, unter dem Gesichtspunkt des "Eigentums an Produktionsmitteln" kein Unterschied bestünde. Soweit beide persönlich "kapitallos" seien, seien sie Proletarier (S. 81 Anm. 94).

Guratzsch nimmt offensichtlich nicht wahr, daß diese Variante der Managertheorie im Widerspruch zu der anderen von ihm verwendeten steht, nämlich daß die Manager "Technokraten der Macht" seien, also eine Art neuer herrschender Klasse (S. 15), und erst recht nicht natürlich, wie sehr beide Varianten gegen seine Fakten sprechen.

Die neuen "Technokraten" waren - und das beweisen die Fakten des 486seitigen Buches - keineswegs bloße Angestellte, die den "Eigentümer-Unternehmern" gegenüberstanden, die lediglich auf das Risiko fremder Geldgeber kalkulierten und Geschäfte trieben (S. 79), die nur noch "rentabilitätsorientierte Inquisitoren" - so Kocka¹⁴ - waren. Die Managertheorie wird auch nicht dadurch beweiskräftiger, daß Guratzsch zu ihrer Unterstützung einen Topmanager von heute zitiert, den Vorstandsvorsitzenden von Bayer - Leverkusen, Hansen, der behauptet: "Sie (die Topmanager - H. H.) müssen sich bewähren, sonst fliegen sie prompt herunter. Und das ist ein Gefühl, daß der Eigentümer eines Unternehmens nicht hat."¹⁵

Gefühle sind jedoch keine objektiven Kriterien für den Historiker. Was trat mit dem Übergang zum Monopolkapitalismus, mit der Entstehung von Monopolen und der damit verbundenen komplizierteren Organisation der Produktion wirklich

14 Kocka, Jürgen, Unternehmensverwaltung und Angestelltenschaft am Beispiel Siemens 1847 - 1914, Stuttgart 1969, S. 432 Anm. 175.

15 Klepzig, G., Ich bin ein Chemiker zu Fuß, in: Die Welt, Nr. 72/1972, Beilage: Die Geistige Welt, S. III f., zit. bei Guratzsch, S. 80 Anm. 91.

ein? Es bildete sich eine oberste Leitungsschicht in den Großunternehmen heraus, deren soziales Profil in wesentlichen Merkmalen völlig mit dem der Bourgeoisie übereinstimmte: Ihre Stellung in der Produktion gab ihnen Verfügungsgehalt über eine wachsende Zahl von Produktionsmitteln und Arbeitskräften; die Höhe ihres Einkommens wurde in zunehmendem Maße neben unverhältnismäßig hohen Gehaltsbezügen durch Gewinnbeteiligungen, Aktienoptionen usw. bestimmt; ihre "Arbeitsverträge" hoben sie aus einem gewöhnlichen "Angestelltenverhältnis" heraus und gewährten ihnen besondere Privilegien, besondere Kündigungsbedingungen, besondere Rentenansprüche usw. Bereits aufgrund dieser Fakten ist der Anschein, den die zitierte Äußerung des Topmanagers des Bayer-Konzerns zu erwecken versucht, nämlich daß die Manager sich nicht von allen anderen Angestellten unterschieden, falsch. Doch darüber hinaus entwickelte sich ein großer Teil der Topmanager zu Millionären¹⁶, Großaktionären oder auch zu Begründern neuer Macht- und Gelddynastien (Flick ist in Deutschland eines der bekanntesten Beispiele).

Der amerikanische Soziologe Lundberg spricht im Zusammenhang mit dem Bemühen, diese Tatsachen zu vernebeln, mit Recht von einem "Manager-Mysterium".¹⁷

Sicher entsteht mit der Managerschicht eine neue soziale Schicht der kapitalistischen Gesellschaft. Doch sie ist nicht einheitlich. Sie zerfällt in verschiedene Teilschichten, wobei die Teilschicht, die die Spitzenvertreter umfaßt, Teil der Monopolbourgeoisie wird und mit dieser entweder verschmilzt oder doch zumindest als "Randschicht" in engen Wechselbeziehungen zum "Kern" der Monopolbourgeoisie steht.

Was nun die "Bewährung" anbelangt, von der der von Guratzsch zitierte Topmanager ebenfalls spricht, so verhält es sich im Falle der Manager nicht anders als im Falle der Eigentümer. Ein Kapitalist, der auf die Dauer keinen "Erfolg" hat, das heißt nicht ausreichend Profit macht, geht pleite. Einem Manager, der mit seiner Funktion nicht die Profiterwartungen erfüllt, wird die Abdankung nahegelegt. Der allgemeine "Ausleseprozeß" des Kapitals durch die Konkurrenz erfährt im "Ausleseprozeß" der Manager seine spezielle Variante. Insofern die Spitzenmanager denselben Regulierungsgesetzen wie die Kapitalisten unterliegen, wird die These, daß sie Bestandteil der Bourgeoisie bzw. Monopolbourgeoisie sind, noch erhärtet.

Obwohl Guratzsch zumindest einige marxistische Arbeiten kennt - unter anderem werden Fricke, Gutsche, Klein, H. Nussbaum, Schellenberg erwähnt -, führt er die von ihm gewünschte soziologische Erhellung politischer Tendenzen, die gerade durch die marxistische Geschichtswissenschaft geleistet worden ist, nicht weiter, sondern bleibt im Gestrüpp der bürgerlichen Managertheorie stecken. Eine soziologische Unterscheidung "zwischen Interessen des Besitzes und des Managements", für die die Forschungen von Kocka einen "wegweisenden Fortschritt" darstellen sollen (S. 79 Anm. 85), ist jedoch schwerlich gravierend für die Herausarbeitung politischer Tendenzen, wesentlich ist dagegen die Zuordnung zu ökonomisch bestimmten Gruppierungen, so wie es bei den Gruppierungen Kohle -

16 Nach Lewellen sind gegenwärtig in der Regel fünf der höchsten Leiter der Großunternehmen in den USA Millionäre. (Lewellen, Wilburn G., *The Ownership Income of Management*, New York 1971, S. 150.)

17 Lundberg, Ferdinand, *Die Reichen und die Superreichen. Macht und Allmacht des Geldes*, Hamburg 1969, S. 324.

Eisen - Stahl und Elektro - Chemie für die Zeit vor 1914 bereits nachgewiesen wurde.¹⁸ Guratzsch selbst bestätigt in seinem Buch - ohne sich dabei auf die Ergebnisse marxistischer Historiker zu beziehen - diese Gruppierungen, wenn er die wirtschaftlichen Ziele der einzelnen Wirtschafts- und Industriegruppen beschreibt: der Konsumgüterindustrie, der Banken, des Handels, der Chemieindustrie und der Schwerindustrie (passim). Desto unverständlicher ist seine Auslegung, daß die sozialen Unterschiede, die politisch relevant werden, zwischen Unternehmern und Managern liegen sollen, mehr noch, daß das "Regime" der Experten und Manager seine Macht auf die herrschenden Schichten ausgedehnt hätte (S. 378). Allein ein Blick auf einige "Prototypen" von "Unternehmern" (etwa Stinnes, Rathenau, Krupp, Siemens, Fürstenberg) und einige "Prototypen" von "Managern" (etwa Hugenberg, Kirdorf, Ballin, Helfferich, Stauß) hätte ihm gezeigt, daß konstitutive politische Unterschiede nicht zwischen diesen beiden Gruppen festzustellen waren, sondern zwischen Krupp, Stinnes, Hugenberg und Kirdorf - den schwerindustriellen Repräsentanten - auf der einen Seite und den Vertretern der Elektroindustrie, der Großbanken und der Schifffahrtsindustrie auf der anderen Seite.¹⁹ An dieser Feststellung ändert auch nichts die Tatsache, daß es hierbei Ausnahmen gab oder einzelne Personen ihre politischen Auffassungen änderten. Guratzschs Fakten insgesamt bestätigen die von der marxistischen Forschung aufgedeckten Gruppierungen der Monopolbourgeoisie²⁰ in ihren wesentlichen Zügen. Sie helfen sogar - genau interpretiert -, unsere Kenntnis über die politischen und ideologischen Strukturen der herrschenden Klasse zu vertiefen.

Sofern der Unterscheidung zwischen Unternehmern und Managern eine Bedeutung zukommt, beruht sie - sozial gesehen - vor allem darauf, daß durch die Trennung von Kapitalfunktion und Kapitaleigentum der entscheidende Schritt zur Herausbildung einer parasitären Schicht von Kapitalisten erfolgt.²¹ Der Kapitaleigentümer, der sich in einen "bloßen Eigentümer, bloßen Geldkapitalisten" verwandelt²², der "Akkumulation der Genüsse statt des Genusses der Akkumulation" will²³,

18 Trotz teilweiser Kenntnis marxistischer Literatur, insbesondere aus der DDR, nimmt Guratzsch von den grundlegenden Arbeiten von Jürgen Kuczynski zur Problematik der Monopolgruppierungen keine Notiz. Auch andere wichtige Arbeiten aus neuerer Zeit bleiben ohne Beachtung, wobei möglicherweise der Erscheinungstermin eine Rolle spielte. Hier sei vor allem verwiesen auf Gossweiler, Kurt, Großbanken, Industriemonopole, Staat, Ökonomie und Politik des staatsmonopolistischen Kapitalismus in Deutschland, 1914 - 1932, Berlin 1971; derselbe, Die Rolle der Großbanken im Imperialismus, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1971, T. 3, S. 35 - 54; Gutsche, Willibald, Zum Funktionsmechanismus zwischen Staat und Monopolkapital in Deutschland in den ersten Monaten des ersten Weltkrieges (1914 - 1915), in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1973, T. 1, mit einem Überblick über die Diskussion der "Gruppierungsproblematik" unter den DDR-Historikern (S. 65 ff.).

19 Gutsche, Willibald, a. a. O., S. 70 - 82.

20 Siehe zu den Begriffen "konservativ-imperialistische" und "liberalisierend-imperialistische" Richtung ebenda, S. 65 Anm. 2,

21 Vgl. Semjenow, W. S., Kapitalismus und Klassen. Die Erforschung der Sozialstruktur in der modernen kapitalistischen Gesellschaft, Berlin 1972, S. 333.

22 Marx, Karl, a. a. O., Bd. 3, S. 452.

23 Derselbe, Theorien über den Mehrwert, T. 1, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 26, Berlin 1965, S. 254.

wird "untätig", zieht sich von der Erfüllung produktiver Funktionen zurück, erweist sich somit als überflüssig. Auf der anderen Seite stehen die Manager, die über fremdes Kapital mit dem ausgesprochenen Auftrag verfügen, daraus Mehrwert zu ziehen, und die selbst an der Produktion dieses Mehrwerts beteiligt sind, wenn häufig auch in anderen Formen als der des unmittelbaren Profits. Die Spitze der kapitalistischen Leiter in den Monopolunternehmen wurde besonderer Bestandteil der Monopolbourgeoisie, bildete den Kreis der "Frontbevollmächtigten" der Reichen und Superreichen²⁴, befand sich zunächst in einem bestimmten Grad der Abhängigkeit von der Finanzoligarchie. Doch diese "Abhängigkeit" verringerte sich in dem Maße, wie die sogenannten Topmanager, die Generaldirektoren, Vorstandsvorsitzenden und Vorstandsmitglieder, nicht mehr bloße "mandatarische" Leitungsfunktionen ausübten, sondern durch Aufsichtsratsfunktionen oder Erwerb eigener Aktienpakete selbst Eigentümer wurden. An der obersten Spitze schließlich konnten auf diese Weise einige dieser Manager sogar in den Kern der Monopolbourgeoisie eindringen.

Aus all dem ergibt sich: Das politische Bekenntnis dieser Vertreter einer neuen Schicht hing in erster Linie von ihrer Klassenposition (Monopolbourgeoisie oder nichtmonopolistische Bourgeoisie) ab. Weiter wurde es taktisch variiert, vor allem durch die Tätigkeit in unterschiedlichen Branchen. Die Unterscheidung zwischen Managern und Unternehmern läßt sich nicht als maßgeblich für eine politische Meinungsbildung nachweisen, auch nicht durch das Buch von Guratzsch.

Die Konfusion bei Guratzsch wird vollkommen, wenn er die angebliche Konfrontation zwischen "Unternehmern" und "Managern" als Konfrontation zwischen apolitischen und politischen Tendenzen und Gruppierungen sieht (S. 379). Unter den apolitischen Tendenzen Hugenbergs versteht Guratzsch dabei insbesondere die Priorität "allgemeiner Ideen" und Anschauungen vor "tages- und interessenpolitischen Entscheidungsfragen", vor dem, was Hugenberg selbst einmal das "Linsengericht der Augenblickspolitik" genannt hat, für das nicht "die große deutsche Zukunft" verscherzt werden dürfe (S. 336). In diesem Zusammenhang bezeichnet Guratzsch den Typus der Hugenberg-Presse weniger durch politische und wirtschaftliche Interessen geprägt als durch ideologische (ebenda).

Diese Ausführungen lassen gleich drei Denkfehler von Guratzsch erkennen. Erstens trennt er politische und wirtschaftliche Interessen von der Ideologie. Aber gerade die Verbreitung "allgemeiner Ideen", die Herausarbeitung ideologischer Leitlinien, bei Hugenberg charakterisiert durch Nationalismus, Chauvinismus und Antisozialismus, ist politisch, ist Ausdruck des Ziel- und Handlungsbewußtseins der herrschenden Klasse²⁵, enthüllt das Wesen von Hugenbergs politischen Auffassungen. Sie zeigt, daß Hugenberg die allgemeinen Interessen der Monopolbourgeoisie (bzw. der von ihm vertretenen Gruppierungen) über "Augenblicksforderungen" stellte (ohne diese zu vergessen, denn die "allgemeine Ideologie" sollte ja auch der besseren Durchsetzung von "Augenblicksforderungen" dienen, wie umgekehrt das Bestreben, ein Meinungsmonopol aufzubauen, nicht ohne Aufstel-

24 Lundberg, Ferdinand, a. a. O., S. 319.

25 Vgl. Finger, der Ideologie als "jenen Prozeß" darstellt, in dem der objektive Beweggrund von Handeln in den subjektiv angeeigneten, bewußt gemachten, willensbestimmenden, Ansichten formierenden, Zwecke setzenden umgesetzt wird. (Finger, Otto, Sozialistische Ideologie. Ihre Grundlegung im Marxschen und Leninschen Materialismus, Berlin 1970, S. 146.)

lung von "Augenblicksforderungen" zu realisieren war). Soweit also eine solche Priorität der "allgemeinen Ideologie" feststellbar ist, macht sie deutlich, daß gerade dieser höhere "Allgemeinheitsgrad" in Hugenbergs politischen Forderungen ihn für die "Öffentlichkeitsarbeit", für seine Tätigkeit in den Massenmedien (oder auch für politische Aufgaben) als besonders geeignet auswies.

Worum es bei dieser nebulösen Gegenüberstellung von apolitischen und politischen Tendenzen geht, wird auch an anderer Stelle deutlich. Guratzsch spricht in diesem Fall - in Anlehnung an eine Äußerung von E. Kirdorf und unter Berufung auf den Hugenberg-Biographen L. Bernhard sowie den Soziologen M. Weber - von einer "Vermählung von Weltanschauung und Interessenstandpunkt" als einem "nicht zu unterschätzenden Moment, das der Manager-Politik" zugrunde liege. Diese "Vermählung" sei angeblich desto enger, je mehr die "Interessen des Besitzes zu Angelegenheiten des Ehrgefühls gesteigert oder - besser gesagt - umgebildet" seien (S. 80 f. Anm. 91). Hier wird vollends klar, daß die sogenannten apolitischen Tendenzen - die sich hinter den Begriffen "Weltanschauung" und "Ehrgefühl" verstecken - nichts anderes darstellen, als das Hinauswachsen des engen, auf einen Betrieb oder Industriezweig bezogenen kapitalistischen Standpunktes zu einem allgemeinen kapitalistischen Klassenstandpunkt, der vor allem monopolkapitalistische Interessen zum Ausdruck brachte. Die engen wirtschaftlichen Interessen werden "weltanschaulich", im Sinne einer "nationalen" oder "völkischen" - heute könnte man sagen "abendländischen" oder "westlichen" - Ideologie, untermauert. Unter den führenden Vertretern der Kapitalistenklasse vollzog sich also genau das Gegenteil von dem, was Guratzsch mit "apolitischen Tendenzen" umschreibt: eine verstärkte Hinwendung zur Politik, eine Ausweitung der Interessen, eine wachsende Einflußnahme auf die Gesellschaftspolitik.

Zweitens widerspricht sich Guratzsch selbst, wenn er diese "apolitische" Grundhaltung, die in ihrem Wesen den politischen Grundstrukturen der reaktionärsten Kreise des deutschen Monopolkapitals entsprach, mit der Managerschicht in Verbindung bringen will (S. 359 f.). Hier und an anderer Stelle führt er aus, daß es nicht die "Manager" waren, die die "nationale Opposition" bildeten, das heißt, die die konservativ-imperialistische Richtung verflochten, sondern im Gegenteil die Gruppierung der herrschenden Schicht, die die sogenannten "alten", traditionellen Industrien vertrat.

Drittens muß Guratzsch zu sozialen Fehldeutungen der Person Hugenbergs kommen, wenn er ihn lediglich als "Manager" in "abhängiger Stellung" sieht. Er selbst hat - wie schon erwähnt - dargestellt, daß Hugenberg - zumindest vom Vorabend des ersten Weltkrieges an - kein bloßer Manager mehr war, sondern ein Monopolist mit eigenem Machtbereich. Dieser Machtbereich beruhte keineswegs auf "bloßer Organisation", sondern auf monopolistischer Verfügungsgewalt über Produktionsmittel, insbesondere über die Produktionsmittel im Pressewesen. Erst wenn man das anerkennt, läßt sich Hugenbergs Rolle innerhalb der herrschenden Klasse verstehen. Der "Freundeskreis" ist dann nicht die Quelle der Macht, eigentlicher Zweck, sondern eine besondere Form zum Aufbau und zur Erhaltung monopolistischer Macht, Mittel zum Zweck. Die Webersche These von der "Macht durch Organisation", die Guratzsch in Verbindung mit der Managertheorie zu seinem Anliegen macht, läßt sich dann auf die Formel Organisation von Macht, von ökonomisch begründeter monopolistischer Macht, bringen.

Was im Zusammenhang mit Hugenberg besonders interessant ist - und darauf geht Guratzsch theoretisch leider überhaupt nicht ein -, ist die monopolistische Durchdringung einer "neuen" Industrie, der Industrie der Massenmedien, zu-

nächst der Presse, dann des Films. Immerhin bringt Guratzsch viele Fakten, die die Auseinandersetzungen zwischen den verschiedenen Gruppierungen des Monopolkapitals und dem Staat um die Beherrschung der Massenmedien zeigen und einige frühe Mechanismen des Wirkens des staatsmonopolistischen Kapitalismus verstehen helfen.

Ausführlich geht Guratzsch zum Beispiel auf die Auseinandersetzungen ein, die zwischen der Hugenberg-Gruppe auf der einen Seite und den staatlichen Institutionen, Großbanken, Elektrotrusts und Schiffahrtskonzernen auf der anderen Seite seit November 1916 um das Filmwesen entbrannten. Beide Seiten erkannten die Bedeutung des Films als Propagandawaffe. Mehr erfährt man von Guratzsch nicht über das Wesen dieser Auseinandersetzungen. Der Ausgangspunkt für ein tieferes Verständnis dieser Auseinandersetzungen ist jedoch in dem besonderen Charakter dieser "Industrie", in ihrem direkt ideologischen Produkt, in der Fabrikation von Gedanken, Gefühlen und Meinungen zu suchen. Aus dieser Tatsache leitet sich ab, daß die herrschende Klasse insgesamt besonderes Interesse an dieser Produktion zeigt (weil diese sie insgesamt wie keine andere Produktion betrifft) und daß gleichzeitig auch ein besonderes Interesse des Staates als des "koordinierenden Organs" der Interessen der herrschenden Klasse gegeben ist. Die Kräfte, die zur Verstaatlichung drängten, zu einem staatlichen Presse-, Film- und später Rundfunkmonopol, waren im wesentlichen die, die sich innerhalb der Massenmedien ungenügend repräsentiert sahen. Ludendorff und die Oberste Heeresleitung (OHL) versuchten mit Hilfe eines Filmmonopols die propagandistischen Aktivitäten der Reichsregierung zu stärken und das Informationsmonopol, das vor allem durch die staatlichen Nachrichtendienste gegeben war, zu "kompletzieren und abzustützen", etwa durch die Errichtung einer Art "Reichspropagandazentrale" (S. 315). Sie wurden in diesen Bestrebungen unterstützt, und zwar insbesondere durch die sogenannten "freihändlerischen Wirtschaftskreise" mit den Großbanken an der Spitze, die Kreise also, die die liberalisierend-imperialistische Richtung des deutschen Monopolkapitals vertraten. Die Aktivitäten, die diese Kreise bei der Gründung des neuen deutschen Filmtrusts, der Universum Film AG (UFA) am 18. Dezember 1917 entwickelten, beweisen, daß sie nicht "zu arm" gewesen waren, um politische Aktionen nach dem Muster der Schwerindustrie "finanziell auszustaffieren", sondern daß es ihnen bisher häufig an jener Entschlossenheit und Planmäßigkeit gemangelt hatte, die Hugenberg in seinem Bereich durchgesetzt hatte (S. 316 Anm. 721).

In diesem Zusammenhang widerlegt Guratzsch ein weiteres Mal seine These von der "apolitischen" Richtung der Managerschicht, so wenn er schreibt, daß am Anfang der deutschen Filmgeschichte der Versuch gestanden habe, die Filmproduktion von zwei Seiten her politisch zu beherrschen (S. 319), und zwar mittels der UFA, hinter der der Staat, die Großbanken, einige Magnaten und die Vertreter der Elektroindustrie standen, und mittels der Deutschen Lichtspielgesellschaft e. V. (DLG), die sich unter dem Einfluß der Schwerindustrie, insbesondere der Hugenberg-Gruppe, befand. Wenn wir die besondere Rolle der Filmindustrie berücksichtigen, wird es verständlich, daß auch die Anfangsgeschichte der DLG - die bis in die Vorkriegszeit zurückreicht - mit Bestrebungen verbunden war, den Staat einzubeziehen, mehr noch, ein "nationales Propagandainstitut" zu schaffen, das der "Vertrustung der Weltmeinung im deutschfeindlichen Sinne" (so eines der Sprachrohre Hugenbergs, Schuchardt²⁶) begegnen und der "Meinungsmacht der Wirtschaftskonkurrenten Deutschlands" die Spitze bieten konn-

te (S. 309). Nur ging in diesem Fall die Initiative von der Schwerindustrie aus, und diese versuchte auch, sich die Vormachtstellung in diesem Bereich des "Meinungsmarktes" zu sichern.

Insgesamt bestätigt die Entstehungsgeschichte des deutschen Films einmal mehr, wo tatsächlich soziale Grenzlinien für die Herausbildung politisch relevanter Meinungen verliefen. Zugleich lassen sich bemerkenswerte Rückschlüsse auf das Verhältnis von Staat und Monopol, auf die Herausbildung staatsmonopolistischer Steuermechanismen im Meinungsbildungssektor, ziehen.

Guratzsch kann bescheinigt werden, daß er viele wertvolle Fakten zusammengestellt hat, die geeignet sind, weitere Präzisierungen bei der Darstellung der Entwicklung der Politik der Monopole und ihrer Verbindung zum Staatsapparat am Vorabend und während des ersten Weltkrieges vorzunehmen. Ganz besonders hilfreich sind diese Fakten für ein tieferes Verständnis der Rolle Hugenbergs innerhalb des staatsmonopolistischen Systems.

Doch auszuwerten vermochte der Autor seine Schätze nicht. Im Gegenteil, gerade dadurch, daß er immer wieder versucht, alle Materialien in eine falsche Theorie hineinzupressen, gerät er in ständigen Konflikt mit den Tatsachen. Seine Aussagen bleiben theoretisch voller Widersprüche und Konfusion. Nicht selten spricht Guratzsch gegen Guratzsch. Am Beispiel Hugenbergs ist der Autor bestrebt, den Prototyp einer neuen sozialen Schicht, der Managerschicht, zu zeichnen, die sich angeblich über die alten herrschenden Schichten in Wirtschaft und Politik erhoben habe. Doch die Fakten desselben Autors belegen, daß Hugenberg über seine Managerposition in die Monopolbourgeoisie aufrückte und prononcierter Wortführer ihrer konservativ-imperialistischen Richtung wurde. Der Autor setzt sich das Ziel, hinter das "Geheimnis", den "Mythos" Hugenbergs zu schauen. Doch er bleibt auf halbem Wege stehen. Dieses "Geheimnis" war nicht bloß ein "auf geheimer, personeller Kooperation gegründeter 'Herrschaftsapparat'" (S. 62), sondern die Tatsache, daß Hugenberg erkannte, daß in dem neuen monopolkapitalistischen Stadium die Rolle der Organisation und ihrer Techniken zunahm. Nur so gelang es ihm, den Wirkungsmechanismus der Organisation auszunutzen, ihn den neuen Bedingungen anzupassen und weiter zu entwickeln. Insofern enthält Guratzschs Buch - allerdings mehr unausgesprochen als ausgesprochen - auch originelle Beiträge zum Verständnis der Monopolherrschaft vor dem ersten Weltkrieg.

des Buches "Die deutsche Außenhandelsförderung unter Berücksichtigung des Wirtschaftsnachrichtenwesens. Zeitgemäße Meinungen und Vorschläge",
2. erw. Aufl. Berlin 1918.

WELTWIRTSCHAFTSKRISE
UND STAATSMONOPOLISTISCHER KAPITALISMUS:
DAS BEISPIEL DES AMERIKANISCHEN NEW DEAL

Einige Überlegungen bei der Lektüre von

Die große Krise in Amerika. Vergleichende Studien zur politischen Sozialgeschichte 1929 - 1939, hg. v. Heinrich August Winkler = Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft, Bd. 6

Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 1973, 243 Seiten

Charles P. Kindleberger, Die Weltwirtschaftskrise 1929 - 1939 = Geschichte der Weltwirtschaft im 20. Jahrhundert, Bd. 4

Deutscher Taschenbuch Verlag GmbH & Co. KG, München 1973, 342 Seiten

von Thomas Kuczynski

Sind auch die allgemeinen Ursachen für die zyklischen Überproduktionskrisen im Kapitalismus durch Marx aufgedeckt worden, so kann doch "die reale Krisis ... nur aus der realen Bewegung der kapitalistischen Produktion, Konkurrenz und Kredit, dargestellt werden."¹ Wir müssen zur Kenntnis nehmen, daß diese konkrete Ursachenforschung gerade hinsichtlich der Weltwirtschaftskrise von 1929/32 und der sich ihr anschließenden Depression durchaus noch nicht zu wirklich schlüssigen Ergebnissen gekommen ist, insbesondere was die Frage nach den Ursachen ihrer so außerordentlichen Länge und Tiefe betrifft. Weit weniger umstritten sind ihre tiefgreifenden Wirkungen, sahen sich doch "unter dem Einfluß der Wirtschaftskrise von 1929 bis 1933 ... die Staaten der entwickelten kapitalistischen Länder zum erstenmal vor die Notwendigkeit gestellt, in Friedenszeiten eine direkte und indirekte Kontrolle über den Verlauf des gesamten gesellschaftlichen Reproduktionsprozesses aufzurichten."²

Diese Problemstellung ist das zentrale Thema des hier anzuzeigenden Sammelbandes, wobei in allen Beiträgen herausgearbeitet wird, wie "die Maßnahmen der Administration Franklin Delano Roosevelts ... nicht auf 'Systemüberwindung', sondern auf 'Systemstabilisierung' " abzielten (so Winkler in seiner Einleitung, S. 8)³. Dabei hebt sich auch eine nähere (vornehmlich empirische) Bestimmung des Begriffs "organisierter Kapitalismus" (corporative capitalism) ab, die ihr

1 Marx, Karl, Theorien über den Mehrwert, T. 2, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 26. 2, Berlin 1967, S. 513.

2 Politische Ökonomie des heutigen Monopolkapitalismus, Berlin 1972, S. 405.

3 Die Angaben in Klammern nennen den jeweiligen Autor und die Seitenzahl des hier besprochenen Sammelbandes.

implizites Vorbild weit weniger im Hilferdingschen Homonym hat als vielmehr im Leninschen Begriff des staatsmonopolistischen Kapitalismus. So erinnert Puhles Definitionsversuch - "... die enge Verklammerung der privaten Wirtschaftssektoren untereinander und mit den zunehmend intervenierenden Agenturen der Staatsmacht ..." (S. 134) - in ganz starkem Maße an Lenins "die Vereinigung der Riesenmacht des Kapitalismus mit der Riesenmacht des Staates zu einem einzigen Mechanismus"⁴ (vgl. auch Puhle, S. 109, 128, 133; Wollmann, S. 153, 178, 180; Adams, S. 189, 191; dagegen ist Hawley, S. 17, 34, mehr an Galbraith' "Organization-men"-Modell orientiert). Diese realistische Betrachtungsweise tritt dem Leser noch akzentuierter vor Augen in den mehrfachen Hinweisen auf die mehr oder minder offene Förderung des privaten Monopolkapitals durch die Politik des New Deal (vor allem bei Hawley, S. 26 f., und Wollmann, S. 169 f., 178 f.).

Im New Deal als dem ersten Versuch einer friedenswirtschaftlichen Gesamtregulierung (im oben zitierten Sinne) in den USA wurde an die Erfahrungen des Weltkriegs angeknüpft (vgl. Hawley, S. 20, und Kocka, S. 46). Er erforderte auch eine Umgestaltung der staats- und wirtschaftsrechtlichen Grundlagen im Rahmen des amerikanischen Imperialismus, die im Grunde an die im Weltkrieg vorgenommenen Veränderungen hätte anknüpfen müssen, denn die Krise auf diesem Gebiete "hatte offensichtlich nicht erst 1929 begonnen, sondern spätestens mit dem künstlichen 'back to normalcy', das die Fortentwicklung der einschneidenden Änderungen der Kriegsjahre verhindert hatte"(Adams, S. 201). Damit einher ging selbstredend eine ganz bedeutende Verstärkung des staatlichen Interventionismus, die durchaus und mindestens als Übergang zu einer neuen Qualität staatsmonopolistischer Regulierung⁵ charakterisiert werden kann (vgl. auch Hawley, S. 33).

Auch wenn esbarer Unsinn ist, der New Deal Administration das "big business", das Monopolkapital, "als nahezu geschlossene Opposition" gegenüberzustellen (Winkler, S. 220), so darf doch nicht übersehen werden, daß diese verstärkte ökonomische Aktivität des Staates durchaus nicht auf die allgemeine Gegenliebe des Monopolkapitals stieß, bedeutet sie doch in concreto eine Beschneidung der "Privatinitiative" der einzelnen Monopolisten.⁶ Da dieser Prozeß - im Gegensatz zum auf die Kriegsvorbereitung ausgerichteten faschistischen Deutschland - in den USA unter relativ normalen Bedingungen verlief, können wir hier die Lösungsversuche bezüglich des "Interessenkonflikts zwischen an privatem Profit orientierter Wirtschaft und der Notwendigkeit öffentlicher Kontrolle" (Adams, S. 209) besonders gut studieren. Sollte nämlich einerseits - nach den Worten des Leiters der National Recovery Administration, Hugh Johnson - "the principle of concerted action in industry and agriculture under government supervision looking to a balanced economy" durchgesetzt werden (zit. bei Adams, S. 191), so setzte sich andererseits die Regierung, wenn sie sich "in die Privatwirtschaft 'einmischte', ... bereits dem Verdacht aus, kommunistisch infiltriert zu sein" (Winkler, S. 221). So nimmt es auch nicht wunder, daß das Gros der New-Deal-Gegner dem Lager der politischen Rechten angehörte (vgl. den Aufsatz von Winkler).

4 Lenin, W. I., Krieg und Revolution, in: Werke, Bd. 24, Berlin 1969, S. 401.

5 Vgl. auch Mottek, Hans/Becker, Walter/Schröter, Alfred, Wirtschaftsgeschichte Deutschlands. Ein Grundriß, Bd. 3: Von der Zeit der Bismarckschen Reichsgründung 1871 bis zur Niederlage des faschistischen deutschen Imperialismus 1945, Berlin 1974, S. 309.

6 Vgl. auch Lehrbuch Politische Ökonomie. Vorsozialistische Produktionsweisen, Berlin 1972, S. 602 ff.

Zweifellos kann dem New Deal eine gewisse auf soziale Probleme abzielende Komponente nicht abgesprochen werden. Zwar konnte zu keiner Zeit von einer "all-class-alliance" die Rede sein (so aber Kocka, S. 43), aber die Roosevelt und seiner Administration gestellte Aufgabe - ganz ausgezeichnet von Wollmann formuliert: "... die Bedingungen privater Kapitalverwertung zu sichern und die für die Systemstabilität erforderliche Massenloyalität zu erhalten" (S. 178) - erforderte eben zugleich solche Maßnahmen: "Sondermaßnahmen waren auch erforderlich, um ernsthafte soziale Erschütterungen zu vermeiden." ⁷ Dieser Prozeß wird im vorliegenden Band von Wollmann anhand der Wohnungsbaupolitik untersucht, wobei sehr klar herausgestellt wird, wie an erster Stelle die Stützung des Hypothekenkreditkapitals, an letzter der Bau von billigen Mietwohnungen stand (S. 178).

In dem Aufsatz von Kocka über die Angestelltenorganisationen und insbesondere in dem von Lösche über die Gewerkschaften wird gezeigt, wie erfolgreich (und folgenreich) die Integration dieser Klassenorganisationen der Werkstätigen in den USA gelang, wie sehr Roosevelts Programm in diesen Organisationen unterstützt wurde. Das zeigt letztlich auch Winklers Studie über Anti-New-Deal-Bewegungen, in der die Gewerkschaften als stabilisierendes Moment interpretiert werden (vgl. auch Hawley, S. 28). Allerdings muß allen Autoren bescheinigt werden, daß sie die zeitgenössische wie auch die historiographische Literatur der amerikanischen Kommunisten (Aptheker, Bloor, Dunn, Flynn, Foner, Foster, Huberman, Levinson, Perlo usw.) gänzlich ignorieren und dementsprechend auch an den wenigen Stellen, wo sie auf die von der KP der USA verfolgte Politik zu sprechen kommen, völlige Fehleinschätzungen liefern.

Ein in der imperialistischen Wirtschaftspolitik auch nach dem zweiten Weltkrieg einen bedeutenden Platz einnehmendes Problem, die Integration der Landwirte in das imperialistische Wirtschafts- und Gesellschaftssystem, wird von Puhle in einem breit angelegten (bis in die siebziger Jahre des 19. Jahrhunderts zurückgehenden) Essay über den Populismus analysiert, den er richtig als "versuchte Revolte kleinerer und mittlerer Unternehmer gegen die großen" charakterisiert (S. 114). Auch bei diesem Gegenstande wird deutlich, welche große Bedeutung der New Deal für die Herausbildung und Weiterentwicklung des "organisierten Kapitalismus" hatte, widerspiegelte doch der "Sieg des organisierten Subventionismus" - dessen politische Bedeutung auch für die Gegenwart kaum zu überschätzen ist⁸ - "über die alten frühkapitalistischen und wirtschaftsliberalen Ideale 'agrarischer Demokratie' ... lediglich die konsequente und prinzipientreue Entwicklung einer von Anfang an kapitalistischen Agrarwirtschaft aus der Phase des unorganisierten Konkurrenzkapitalismus in ein zunehmend organisiertes System untereinander verklammerter privater und öffentlicher Sektoren zur Sicherung und Stabilisierung der Privatwirtschaft" (S. 133).

Natürlich sind all die hier genannten Entwicklungen keineswegs einheitlich und widerspruchsfrei vor sich gegangen. Nicht nur finden wir allenthalben Widerstände gegen den New Deal vor (vgl. dazu auch den Aufsatz von Adams über das Verhalten der Justiz), vielmehr mußte der neue Weg mittels Experiment erkundet werden. Wenn Roosevelt 1932 sagte: "The country needs ... bold, persistent experimentation. It is common sense to take a method and try it; if it fails, admit it frankly and try another. But above all, try something" (zit. bei Wollmann, S. 187),

7 Politische Ökonomie des heutigen Monopolkapitalismus, a. a. O., S. 406.

8 Zur Bedeutung des Subventionismus vgl. Varga, E. S., Kapitalizm posle vtoroj mirovoj vojny, Moskau 1971, S. 436 f.

so meinen die meisten Autoren des vorliegenden Sammelbandes, diese "Experimentierfreudigkeit" Roosevelts - die selbstredend auch mit Mißerfolgen für die Experimentatoren endete - zumindest wohlwollend behandeln zu können (vgl. Hawley, S. 18, 21; Wollmann, S. 172, 180, 187; Adams, S. 202; dagegen Winkler, S. 219).

Eine ganz andere Auffassung hierzu hat der Autor des zweiten von uns anzuzeigenden Buches, Ch. P. Kindleberger, der Roosevelt und seiner Administration beständig komplette Ahnungslosigkeit und Blödheit bescheinigt (vgl. unter anderem S. 239, 243 f., 262, 267, 289)⁹. Wenn er allerdings die Feststellung "Der wahre Grund für die lange Dauer der Depression war natürlich die wirtschaftliche Unwissenheit der damaligen Zeit"¹⁰ mit den Worten kommentiert: "Die Antwort ist, im weltweiten Rahmen betrachtet, unzulänglich (? - Th. K.) ... Für die Vereinigten Staaten ist sie allerdings durchaus zutreffend" (S. 289), so darf man dem Autor durchaus ein ähnliches Zeugnis ausstellen. Man kann dem Buch eine ganze Anzahl interessanter Fakta entnehmen und bekommt auch, dank der umfassenden Literaturkenntnis des Autors, eine ganze Reihe von Hinweisen auf die (vor allem amerikanische) Originalliteratur der zwanziger und dreißiger Jahre, aber irgendeine tiefere Analyse der ökonomischen Vorgänge fehlt leider völlig. Obwohl Schumpeters "die Leute fühlten, wie der Boden unter ihren Füßen nachgab"¹¹ zitiert wird (S. 319), meint Kindleberger, über falsche und richtige Wirtschaftspolitik rechten zu müssen, und zwar nicht etwa in dem Sinne, welche die Krise verschärfte und welche nicht, sondern welche die Krise hervorgerufen hat. Als ob das Erdbeben, um im Schumpeterschen Bilde zu bleiben, durch den einen oder anderen, besseren oder schlechteren Standort "der Leute" hervorgerufen oder verhindert worden wäre. In dem betont antimonetaristisch geschriebenen Buch (vgl. etwa S. 17, 123, 284) wird die Ursache der Weltwirtschaftskrise im Weltwährungssystem gesucht, und zwar in der (wegen Entkräftung) versagenden englischen und der (wegen Gleichgültigkeit) fehlenden amerikanischen Führung desselben (vgl. zusammenfassend S. 309 ff., 314). Zwar betont Kindleberger, nicht "die Erklärung", sondern "eine Erklärung" liefern zu wollen (S. 304), aber wenig später heißt es: "Andere Erklärungen stehen nicht zur Verfügung" (S. 319).

Nun gilt es, wie eingangs betont, zu unterscheiden zwischen den Ursachen der zyklischen Krisen im allgemeinen - die seit Marx bekannt sind, und insofern ist jeder Versuch, der nicht (implizit oder explizit) an Marx anschließt, von vornherein zum Scheitern verurteilt - und den konkreten Ursachen für den Verlauf jeder einzelnen Krise. Kindleberger liefert weder die eine noch die andere Erklärung - jedenfalls scheint es, ohne einer regressiven Darstellung von Ursache zu Ursache das Wort reden zu wollen, nur recht und billig, nach den Ursachen für Englands "Entkräftung" und Amerikas "Gleichgültigkeit" zu fragen.

9 Alle nicht näher bezeichneten Seitenangaben im Text beziehen sich auf das hier besprochene Buch von Kindleberger.

10 Burck, Gilbert/Silbermann, Charles, Why the Depression Lasted so Long, in: Fortune, März 1955; abgedr. in Coben, Stanley/Hill, F. G., American Economic History. Essays in Interpretation, Philadelphia 1966, S. 496.

11 Schumpeter, Joseph A., Konjunkturzyklen. Eine theoretische, historische und statistische Analyse des kapitalistischen Prozesses, Bd. 2, Göttingen 1961, S. 940.

In der Einführung zu seinem Buch kommt Kindleberger auf Schumpeters Deutungsversuch zu sprechen: "Eine andere Form des 'historischen Zufalls' könnte in dem ganz willkürlichen Zusammentreffen der Depressionsphasen von drei regelmäßigen Zyklen unterschiedlicher Periodizität bestehen. Die Depression auf Grund eines langen Kondratieff-Zyklus, mit einer Periode von 50 Jahren, wäre danach gleichzeitig mit den Depressionen eines mittelfristigen Juglar-Zyklus von neun Jahren und eines kurzfristigen Kitchin-Zyklus in der Lagerhaltung aufgetreten. Grob vereinfacht, ist dies Schumpeters Ansicht. Es fällt jedoch den meisten Volkswirtschaftlern schwer, diese verschiedenen Zyklen als voneinander unabhängig zu betrachten, so wie die Bahnen der Himmelskörper, und in der großen Depression ein zwar zufälliges, aber voraussagbares Ereignis wie eine Sonnenfinsternis zu sehen" (S. 20). Hier zeigen sich nun exemplarisch die vor allem auf dem Gebiet der Theorie liegenden Schwächen Kindlebergers, da Schumpeter an keiner Stelle die Unabhängigkeit der drei Zyklen voneinander behauptet hat. Eine ganz andere Frage ist, ob die wirtschaftliche Entwicklung im Kapitalismus tatsächlich derartige "Hyperzyklen" durchläuft und welche Ursachen ihnen zugrunde liegen. Spiethoff - auf den Schumpeter aufbaut¹² - hat wohl als erster in dieser Eindeutigkeit anhand der englischen und deutschen Entwicklung zwei derartige "Hyperzyklen" verifiziert: 1822 bis 1873 und 1873 bis 1913.¹³ Betrachten wir die Wachstumsraten von Industrieproduktion und Handel von 1825 bis 1913, so können diese "Hyperzyklen" auch im Weltmaßstab verifiziert werden¹⁴:

Zeitabschnitt	Wachstumsraten pro Jahr (in %)	
	Weltindustrie- produktion	Welthandel
1825 - 1848	-	2,5
1848 - 1873	3,8	5,7
1873 - 1893	2,9	2,9
1893 - 1913	4,6	3,5

Perioden mehr depressiven Charakters lösen sich mit Perioden stärkerer Aufschwünge ab, wobei erstere mit herausragenden Krisen eröffnet werden: Mit der Krise von 1825 trat der Kapitalismus aus seinem Kindesalter heraus¹⁵, mit der von 1873 begann der Übergang zum Imperialismus¹⁶. Die "fällige" Krise von 1913 wurde durch den ersten Weltkrieg scheinbar verhindert¹⁷, tatsächlich aber bis 1929 hinausgezögert. Die Weltwirtschaftskrise von 1929/32 ist, von dieser

- 12 Vgl. derselbe, Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung, München/Leipzig 1926, S. 320 ff.
- 13 Vgl. Spiethoff, Arthur, Die wirtschaftlichen Wechsellen. Aufschwung, Krise, Stockung, Bd. 1: Erklärende Beschreibung, Tübingen/Zürich 1955, S. 145 ff.
- 14 Vgl. Kuczynski, Thomas, Das Ende der Weltwirtschaftskrise in Deutschland 1932/33, wirtschaftswiss. Diss. Berlin 1972, S. 21, wo diesem Problem auch detaillierter nachgegangen wird.
- 15 Vgl. Marx, Karl, Das Kapital, Bd. 1, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 23, Berlin 1962, S. 20.
- 16 Vgl. Lenin, W. I., Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus, in: Werke, Bd. 22, Berlin 1971, S. 204 ff.
- 17 Vgl. Spiethoff, Arthur, a. a. O., S. 130; Hoffmann, Walther, Wachstumsschwankungen in der deutschen Wirtschaft 1850 - 1967, in: Untersuchungen

Warte aus betrachtet, kein so ungewöhnliches Ereignis, wie manche Wirtschaftswissenschaftler glauben. Sie ist vergleichbar mit den Krisen von 1825 und 1873, in deren Folge der Kapitalismus tiefgreifenden Veränderungen unterlag.¹⁸ Allen drei Krisen gemeinsam war, daß sie nicht nur - wie alle zyklischen Krisen - durch die kapitalistischen Produktionsverhältnisse hervorgebracht wurden, sondern eine Formveränderung¹⁹ dieser Produktionsverhältnisse selbst verlangten. Sprach Engels angesichts der großen Depression 1882 von der "vollständigen Erschöpfung der kapitalistischen Produktionsweise"²⁰, so ist diese Feststellung aus heutiger Sicht zu konkretisieren als Erschöpfung des Kapitalismus der freien Konkurrenz. Wurde aber in der großen Depression 1873/93 der Übergang zum Imperialismus vollzogen, so initiierte die Weltwirtschaftskrise den allgemeinen Übergang zu Versuchen einer Regulierung des gesamtgesellschaftlichen Reproduktionsprozesses, wie sie sich in den USA im New Deal zeigten.

Zweifelsohne hatte die Anarchie des monopolistischen Kapitalismus zu derartigen Störungen im kapitalistischen Weltwirtschaftssystem geführt, daß zu staatsmonopolistischer Planung übergegangen werden mußte: Zeitgenossen schien die Weltwirtschaftskrise 1929/32 "die Krise des Kapitalismus schlechthin" zu sein,²¹ Die Entwicklung zum staatsmonopolistischen Kapitalismus, durch den ersten Weltkrieg erstmals erzwungen²², in den zwanziger Jahren in durchaus abgeschwächter Form weiter vorhanden²³, war vor allem das Ergebnis der in der Weltwirtschaftskrise in grellestem Lichte erscheinenden Widersprüche zwischen Produktionsverhältnissen und Produktivkräften im Kapitalismus.

In den Forschungen zur Geschichte der Wirtschaftskrisen ist das Wechselverhältnis von zyklischen Krisen und Formveränderungen in den kapitalistischen Produktionsverhältnissen bisher kaum beachtet worden. Die grundlegende Bedeutung dieser Problematik wird aber deutlich, wenn wir über die Zeit des New Deal hinausgehen und uns den aktuellen Fragen der kapitalistischen Entwicklung stellen. Setzen wir die oben gegebenen Zahlen zur Weltwirtschaftsentwicklung fort, so erhalten wir folgendes Ergebnis²⁴:

zum Wachstum der deutschen Wirtschaft, hg. v. Walther Hoffmann, Tübingen 1971, S. 92; Kuczynski, Thomas, a. a. O., S. 31; Mottek, Hans, Zur historischen Entwicklung der ökonomischen Rolle des bürgerlichen Staates bis zum ersten Weltkrieg, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1974, T. 3, S. 71.

18 Das bezieht sich auch auf solche Tatsachen, daß diese drei Krisen mit Agrarkrisen verbunden waren, in ihrem Gefolge eine Reihe von Zwischenkrisen hatten usw. (vgl. hierzu Kuczynski, Thomas, a. a. O., S. 20 ff.).

19 Diesen Begriff in Anlehnung an Ripp, Géza, Politische Ökonomie und Ideologie. Kritische Betrachtungen zur ökonomischen Ideologie des gegenwärtigen Kapitalismus, Berlin 1974, S. 36 = Zur Kritik der bürgerlichen Ideologie, Nr. 45.

20 Engels an Bebel am 10. 5. 1882, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 36, Berlin 1967, S. 27.

21 So der deutsche Reichskanzler Brüning 1931; zit. nach Die Protokolle der Reichstagsfraktion und des Fraktionsvorstandes von der deutschen Zentrumspartei 1926 - 1933, bearb. v. Rudolf Morsey, Mainz 1969, S. 530.

22 Vgl. Lenin, W. I., Um Brot und Frieden, in: Werke, Bd. 26, Berlin 1969, S. 387.

23 Vgl. Varga, E. S., a. a. O., S. 226.

Zeit- abschnitt	Wachstumsraten pro Jahr (in %)	
	Weltindustrie- produktion	Welthandel
1893 - 1913	4,6	3,5
1913 - 1954	2,5	1,4
1954 - 1973	5,6	6,9

Wieder findet nach der - durch zwei Weltkriege sehr ausgedehnten - Stagnationsphase 1913/54 ein starker Aufschwung statt, und es ist die Frage aufzuwerfen, ob ihm wiederum eine längere depressive Phase folgen wird. Nicht zu Unrecht wird von einer Krise des staatsmonopolistischen Kapitalismus gesprochen. 25

Diese Tatsache zeigt sich auch in der betont vorsichtigen welthistorischen Einordnung des New Deal durch verschiedene Autoren des hier angezeigten Sammelbandes. So resümiert Hawley die in den USA in den fünfziger Jahren vorherrschende Interpretation, "der amerikanische New Deal habe die Vereinigten Staaten nicht nur auf dem Weg des wahren Fortschritts weitergeführt, er sei auch das Buschmesser der Weltgeschichte gewesen, mit dem ein Pfad zu einem neuen, höheren Niveau der sozioökonomischen Entwicklung gebahnt worden sei", um fortzufahren: "Natürlich erschienen diese Interpretationen aus den fünfziger Jahren weit weniger stichhaltig, als man in den sechziger Jahren die amerikanischen Leistungen an den ehemaligen Erwartungen maß und die alten Spannungen sich wieder bemerkbar machten" (Hawley, S. 32 f.; etwas stärker die Bedeutung des New Deal unterstreichend aber S. 29). Während Hawley die Ergebnisse des New Deal zur Gegenwart hin relativiert, tut Puhle dasselbe in Richtung auf die Vergangenheit: Seiner Auffassung nach war der New Deal "im Lichte seiner Agrarpolitik" (aber nach der Akzentuierung des Artikels zu urteilen, nicht nur in diesem Lichte) "lediglich eine weitere Beschleunigung der schon vorher tendenziell dominanten Entwicklung zum organisierten Kapitalismus" (Puhle, S. 128). Uns scheint dies eine definitive Unterschätzung der eine ganz neue Qualität darstellenden Bestrebungen zur staatsmonopolistischen Planung in den dreißiger Jahren zu sein, die sich in politisch so verschiedenartigem Gewande zeigten wie im amerikanischen New Deal, seinem deutschen Vorläufer (dem Schleicher-Gereke-Programm) und seinem deutschen Antipoden (der faschistischen Rüstungswirtschaft), der Wirtschaftspolitik der französischen Volksfront usw.

Obwohl das Verhältnis von Weltwirtschaftskrise und staatsmonopolistischem Kapitalismus keineswegs voll ausgelotet ist²⁶, machen die Tatsachen und ihre Einordnung in den welthistorischen Zusammenhang uns darauf aufmerksam, daß gerade unter den gegenwärtigen Bedingungen einer neuen Phase der allgemeinen Krise des Kapitalismus solche Untersuchungen wie die über die Weltwirtschaftskrise 1929/32 und ihre Ursachen und Wirkungen erhöhte Bedeutung gewinnen,

24 Vgl. Anm. 14; die Daten für 1954 und 1973 (nur kapitalistische Welt) nach UN Monthly Bulletin of Statistics, laufend.

25 Vgl. Boccara, Paul, Zum Verständnis des Begriffs Krise des staatsmonopolistischen Kapitalismus (Übersetzung aus *Economie et politique*, Nr. 227, 1972, S. 5 ff.), in: *Marxismus-Digest*, Nr. 3/1974, S. 62 ff.

26 Vgl. beispielsweise die ganz andere Auffassung von Nussbaum, Helga, Zur Diskussion um den historischen Platz des staatsmonopolistischen Kapitalismus in der neueren marxistisch-leninistischen Literatur, in: *Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte* 1976, T. 1.

machen sie doch deutlich, unter welchen Umständen und Bedingungen Formveränderungen der kapitalistischen Produktionsverhältnisse vor sich gehen, gestatten doch sie erst, die Wechselwirkung zwischen Krisen und Produktionsverhältnissen auch in der Gegenwart klarer zu verifizieren.

Betriebsgeschichte

BETRIEBSGESCHICHTE UND BÜNDNISPOLITIK DER ARBEITERKLASSE

(Tagung vom 17. bis 19. Juni 1975 in Gera)

Der geschäftsführende Vizepräsident der Historiker-Gesellschaft der DDR, Dr. Hans-Dieter Lahne, eröffnete die 3. Konferenz der Fachkommission Betriebsgeschichte der Historiker-Gesellschaft der DDR - von deren 210 Teilnehmern etwa 60 Prozent aus Betrieben der Industrie und des Verkehrs der DDR kamen - mit dem Hinweis auf die steigende Bedeutung der Betriebsgeschichtsarbeit in der DDR, der die Historiker-Gesellschaft künftig mit ihren jährlichen Konferenzen noch größere Aufmerksamkeit schenken wird.

Das Hauptreferat hielt Prof. Dr. Heinz Gambke (Berlin) zum Thema "Die Bündnispolitik der SED und Betriebsgeschichte". Im ersten Teil behandelte er den Gegenstand der Geschichte der Bündnispolitik als wichtigen Teilbereich der Partei-geschichte und der Geschichte der DDR sowie deren Widerspiegelung in der Betriebsgeschichtsschreibung. Ausgehend von den theoretischen Grundlagen der Bündnispolitik, wie sie uns die Klassiker des Marxismus-Leninismus vermitteln, weiterführend über die Erfahrungen der Sowjetunion, sprach er über die Forschungen zur Bündnispolitik der SED und betonte dann: "Es versteht sich von selbst, daß dabei die Betriebsgeschichte eine wichtige Aufgabe erfüllt. Sie kann die Forschungen zu diesem Gegenstand wesentlich bereichern, mehr noch, die Erhöhung der Qualität der Forschung erfordert direkt, die Verwirklichung der führenden Rolle der Arbeiterklasse und die Realisierung der Bündnispolitik der SED, die dabei auftretenden Probleme und ihre Lösung sowie die erzielten Ergebnisse in den einzelnen historischen Etappen auf allen Ebenen bis hinein in die Betriebe zu verfolgen. Eine Schwäche mancher Dissertationen, die zur Geschichte der Bündnispolitik der SED geschrieben werden, besteht gerade darin, daß die Betriebs-ebene noch zu wenig Beachtung findet. Andererseits müßte den Fragen der Bündnispolitik in manchen Betriebsgeschichten eine größere Aufmerksamkeit gewidmet werden." Dies ist zwar in den letzten zehn Jahren, wie der Referent anhand von Beispielen nachwies, gegenüber der früheren Zeit schon in erhöhtem Maße, aber noch nicht umfassend geschehen. Wir erfahren in der Regel nicht, wie sich die Industriearbeiter weiterentwickelten, die 1949 und 1950 aufs Land delegiert wurden, wie Verpflichtungen bzw. Patenschaftsverträge zwischen VEB und LPG erfüllt wurden, wie sich das Bündnis zwischen Arbeiterklasse und Intelligenz in den einzelnen Betrieben entwickelte.

Im zweiten Teil des Referates wies Gambke auf die aktuelle Bedeutung der Behandlung der Bündnispolitik in der Betriebsgeschichte anhand von zwei Beispielen hin. Erstens müßten in einigen der 11 300 durch Umwandlung von privaten Betrieben, Betrieben mit staatlicher Beteiligung sowie industriell produzierenden PGH im Jahre 1972 neu entstandenen volkseigenen Betrieben Betriebsgeschichten geschrieben werden, die gerade für die Bündnispolitik interessantes Material enthielten. Zweitens kenne die junge Generation der Industriearbeiter und der Genossenschaftsbauern die unmittelbare Realisierung von Bündnisbeziehungen nur noch vom Hörensagen. Anschließend erläuterte Gambke Grunderkenntnisse der Ge-

schichte der Bündnispolitik der SED, auf die sich die Betriebsgeschichtsschreibung stützen kann.

Im Verlauf seiner Ausführungen wies Gambke darauf hin, daß es wissenschaftlich nicht haltbar und politisch falsch sei, die Untersuchung der Klassenstruktur der DDR nur auf die Arbeiterklasse, die Klasse der Genossenschaftsbauern und die Intelligenz zu beschränken. Bei dieser Gliederung blieben die Handwerker und Gewerbetreibenden unberücksichtigt, die bei der Verwirklichung der Hauptaufgaben eine große Rolle spielen und die soziale Basis der befreundeten Parteien bilden.

Im dritten Teil ging der Referent auf die Bündnispolitik der SED nach dem VIII. Parteitag ein, der mit der Verwirklichung der Hauptaufgabe, der Intensivierung der Produktion, dem gemeinsamen Ringen, mit Hilfe von Wissenschaft und Technik hohe Steigerungsraten der Arbeitsproduktivität zu erreichen, an das Bündnis der Arbeiterklasse mit den Genossenschaftsbauern und den anderen Werktätigen neue Anforderungen stellte.

Zur Diskussion sprachen vierzehn Konferenzteilnehmer. Dabei wurden fünf Fragenkomplexe erörtert:

1. Periodisierungsprobleme,
2. die Entwicklung der Bündnispolitik der Arbeiterklasse gegenüber der technischen Intelligenz,
3. gegenüber der medizinischen Intelligenz,
4. die Verwirklichung der Bündnispolitik durch die Arbeiterklasse im Wohngebiet und im Staatsapparat,
5. Methodologische Fragen.

Gerhard Döring (Berlin) sprach über die Herausbildung des Bündnisses der Arbeiterklasse mit der Intelligenz bei der Wiedereingangssetzung der Produktion im Jahre 1945. Er machte darauf aufmerksam, daß dieser vielschichtige, schwierige und konfliktreiche Prozeß mit großer Sorgfalt untersucht werden muß, um die hohen Anforderungen an die ideologische Arbeit besonders der Betriebsgruppen der Kommunistischen Partei richtig zu würdigen. Diese hatten sich sowohl mit dem großen Teil der Intelligenz auseinanderzusetzen, der zu den aktiven Nazis gehörte bzw. mit den Kräften des Finanzkapitals liiert war, um auch unter diesem Teil der Intelligenz Bündnispartner zu gewinnen, als auch gleichzeitig sektiererische Auffassungen in den eigenen Reihen zu bekämpfen.

Johannes Kornow (Greifswald) forderte, die Mitwirkung von Vertretern der Betriebe in Bodenreformkommissionen, in Frauenausschüssen, in Antifa-Jugendausschüssen, in den im Herbst 1945 gebildeten kommunalen Beiräten bei den Lokalverwaltungen und den im Mai/Juni 1946 geschaffenen beratenden Versammlungen von den Gemeinden hinauf bis zu den Ländern auch unter dem Aspekt der praktizierten Bündnispolitik darzustellen.

Josef Gabert (Berlin) behandelte die ideologische Arbeit bei der Inangriffnahme des sozialistischen Aufbaus. Die entscheidende Grundlage dafür war die Annahme des Entwurfs des ersten Fünfjahrplans. Damals galt es, die Arbeiterklasse und alle Werktätigen der DDR für die Schaffung der Grundlagen des Sozialismus zu mobilisieren und zu aktivieren. Wie die Betriebsparteiorganisationen diesen erhöhten Anforderungen über Parteilehrjahr und Betriebsparteischulen gerecht wurden, sei bisher kaum untersucht worden.

Dieter Lenz (Berlin) ging auf Probleme des Kampfes der Arbeiterklasse in der Klassenauseinandersetzung 1953 ein, als der Imperialismus nichts unversucht ließ, das in der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung entstandene und in

der sozialistischen Revolution weitergeführte breite Bündnis der Arbeiterklasse mit den anderen Werktätigen zu unterminieren. Die Werktätigen errangen damals, wie in vielen Betriebsgeschichten belegt wird, unter Führung der Arbeiterklasse und ihrer Partei einen großen Sieg.

Peter Zotl (Berlin) sprach über die Politik der SED beim Zusammenwirken mit den anderen Parteien des Demokratischen Blocks Mitte der fünfziger Jahre hinsichtlich der Stärkung der LPG und der Schaffung von Betrieben mit staatlicher Beteiligung.

Mit dem Beitrag "Zur Bündnispolitik bei der Schaffung neuer volkseigener Betriebe im Jahre 1972" ging Heinz Buske (Berlin) auf den Höhepunkt bzw. gewissen Abschluß in der Gestaltung gesellschaftlicher Beziehungen zwischen der Arbeiterklasse und diesem Teil ihrer Bündnispartner ein. Die beiden letztgenannten Diskussionsbeiträge bzw. die ihnen zugrunde liegenden größeren Arbeiten werden gerade den 1972 neugeschaffenen volkseigenen Betrieben wesentliche Hilfestellungen bei der Behandlung der Bündnispolitik in ihren späteren Betriebsgeschichten geben.

Günter Gottlebe (Colditz) erläuterte anhand der Entwicklung im VEB Porzellan-| kombinat Colditz, welche große Bedeutung in diesem Betrieb die sozialistische Gemeinschaftsarbeit für die Gewinnung der Angehörigen der Intelligenz des Betriebes hatte, die bis dahin zum Teil kein sicheres politisch-ideologisches Fundament besaßen.

Rainer Breuer (Berlin) hob aus der Geschichte des VEB NARVA-Berliner Glühlampenwerk hervor, wie wichtig es bei der Erforschung der Bündnispolitik im Betrieb sei, die Institution des Kulturdirektors, die Betriebsorganisation der Kammer der Technik und die Betriebsschulen Marxismus-Leninismus sowie die Hilfe zu berücksichtigen, die die Partei und die Staatsorgane sowohl kontinuierlich als auch bei besonderen Gelegenheiten gaben.

Dr. Eberhard Stein (Halle) machte auf die große Bedeutung der SAG-Betriebe als Schulen des Sozialismus aufmerksam, in denen sowjetische Genossen als bewährte Kommunisten und hochqualifizierte Führungskader die Betriebsparteiorganisationen der SED bei der Gestaltung des Bündnisses zwischen Arbeiterklasse und Intelligenz im Betrieb unterstützten.

Dr. Sonja Reichert (Dresden) betonte die Langwierigkeit und Kompliziertheit des Prozesses, in dem sich die medizinische Intelligenz aus den Fesseln der Ausbeuterklasse löste und neue Beziehungen zur Arbeiterklasse herstellte. Am schnellsten entwickelte sich dieser Prozeß in solchen sozialistischen Großbetrieben, in denen auch die Arbeiterklasse in ihrer Entwicklung unter Führung ihrer Partei am weitesten vorangeschritten war.

Dr. Günter Reichert (Dresden) forderte, indem er Beispiele aus der Geschichte des VEB Mikromat anführte, alle Aspekte der Bündnispolitik bei der Behandlung der Unterstützung der Wohngebiete durch die Betriebe in der Betriebsgeschichte zu berücksichtigen: die Mitwirkung der Betriebsparteiorganisation zur Stärkung der Wohnparteioorganisation, die Rolle des Betriebskollektivs bei der Entfaltung der sozialistischen Demokratie, zum Beispiel in Ausschüssen der Nationalen Front, bei der Entfaltung der Masseninitiative und der geistig-kulturellen Aktivitäten im Wohngebiet.

Prof. Dr. Rudolf Ludloff (Karl-Marx-Stadt) zog aus der Feststellung, die Arbeitsteilung wirke in den Klassengesellschaften differenzierend, die Schlußfolgerung,

es sei auch für die Erforschung der Bündnispolitik bedeutend, zu klären, unter welchen Bedingungen die Arbeitsteilung sozialökonomisch differenzierende Wirkung hat und unter welchen nicht.

Dr. Werner Beschorner (Berlin) berichtete von Erfahrungen mit Diplomarbeiten zu betriebsgeschichtlichen Themen, trat dafür ein, ehemalige Parteihochschüler in den Betrieben für die Betriebsgeschichtsforschung zu gewinnen und innerhalb dieser Untersuchungen stärker als bisher die Entwicklung der Bündnispolitik mit Handwerksbetrieben, zum Beispiel anhand der Vertragsbeziehungen zu volkseigenen Betrieben, zu berücksichtigen.

Dr. Hartmut Mehls (Berlin) trat dafür ein, die Bündnispolitik nicht nur an einer einzigen Stelle in der Betriebsgeschichte zu behandeln, wie das noch oft geschieht, sondern ihre Entwicklungstendenzen an allen wichtigen Schnittpunkten der Geschichte aufzuzeigen.

Prof. Dr. Rolf Stöckigt (Berlin) ging im Schlußwort zum Hauptreferat davon aus, daß die Betriebsgeschichtsforschung für uns unerlässlich ist, weil sie einen entscheidenden Teil der Geschichte der Arbeiterklasse und deren geschichtliche Leistungen im Prozeß der materiellen Produktion zum Gegenstand hat. Ihre Qualität zu erhöhen, dazu werden auch die vielen, auf der Konferenz geäußerten Wünsche beitragen. Wenn diese auch nicht alle von jeder Betriebsgeschichte erfüllt werden können, so ist es doch notwendig, sie zu sammeln, um künftig möglichst viele von ihnen zu berücksichtigen.

Vor sechzig Konferenzteilnehmern wurden vier Dokumentarfilme der Betriebsfilmstudios des VEB Wohnungsbaukombinat Berlin und des VEB Chemisches Kombinat Bitterfeld über Episoden des Wettbewerbs, der Neuererbewegung und der Brigadearbeit aus der Geschichte dieser Betriebe gezeigt. Die Vorführung sollte zur engen Zusammenarbeit der Betriebsgeschichtskommissionen mit den Betriebs- bzw. Amateurfilmstudios anregen und dazu dienen, die Ende 1976 stattfindende 5. Konferenz der Fachkommission Betriebsgeschichte zum Thema "Das Bild in der Betriebsgeschichte" vorzubereiten.

Am betriebsgeschichtlichen Erfahrungsaustausch, der am letzten Konferenztag stattfand, beteiligten sich fünfzehn Diskussionsredner. Lebhaft diskutiert wurde aufgrund vielfältiger Erfahrungen, wer Betriebsgeschichte schreiben sollte.

Georg Heinhold berichtete aus dem RAW Meiningen, daß dort eine Arbeitsgruppe des Betriebes selbst die 1954 erschienene Festschrift aufgrund von Quellenforschung geschrieben habe.

Rudolf Knoll (Bezirksparteischule Frankfurt/Oder) sprach zunächst über den VEB Eisenhüttenkombinat Ost. Dort hatte eine Kommission das Material für die Betriebsgeschichte erarbeitet, dann legte ein Staatsbürgerkundeführer einen Entwurf vor, den ein Parteikollektiv überarbeitete. Schließlich schrieb ein Betriebszeitungsredakteur das endgültige Manuskript der Betriebsgeschichte. Zwei Bände sind bereits veröffentlicht. Im VEB Reifenwerk Fürstenwalde dagegen schrieb der ehemalige Betriebsdirektor die Geschichte des Betriebes, eine Arbeitsgruppe überarbeitete sie und ein Journalist gab ihr die endgültige Form. Auch hier liegt der erste Band bereits vor.

Hermann Schleicher (Kreisleitung der SED, Meiningen) berichtete über seine Arbeit an einer Broschüre zur Geschichte einer LPG und zur Bündnispolitik der Arbeiterklasse, die er unter der Mitarbeit von LPG-Bauern schrieb.

Heinz Brauser legte die Erfahrungen aus dem VEB Maschinenfabrik Halle dar. Dort kommen Veteranen (zum Beispiel ehemalige Kaderleiter und ehemalige Bereichsleiter) zum Teil ganztägig in den Betrieb, um Archivalien auszuwerten. Aufgrund des von ihnen gesammelten Materials schreibt eine Wissenschaftlerin die Geschichte des Betriebes.

Im VEB Wälzlagerwerk Fraureuth, über das Johannes Wendler sprach, wurde jeder Bereich aufgefordert, einen Mitarbeiter in die Betriebsgeschichtskommission zu entsenden. Den Kollegen wurde die Aufgabe gestellt, jeweils bestimmte Perioden der Betriebsgeschichte zu erforschen. Auch die Patenschule erhielt Aufgaben. In dem so entstandenen Manuskript überwiegt zunächst noch die Behandlung der technischen und ökonomischen Fragen. Gespräche mit Veteranen und älteren Kollegen sollen jetzt helfen, auch die gesellschaftliche Entwicklung zu erfassen.

Im weiteren Verlauf der Diskussion wurde die Frage behandelt, inwieweit Studenten und Schüler in die Arbeit an der Betriebsgeschichte einbezogen werden können oder sollen. Manfred Gill (VEB Filmfabrik Wolfen) und Karl Eckart (VEB Weimarer Werk) berichteten über gute Zusammenarbeit mit Studenten, lehnten das Heranziehen von Schülern jedoch entschieden ab. Dagegen warnte Rudolf Knoll davor, die Arbeit der Zirkel "Junge Historiker" zu unterschätzen. Ihnen selbständige Aufgaben in der Betriebsgeschichte zu übertragen, hieße sie jedoch überfordern. Über Erfahrungen in der Zusammenarbeit zwischen Betriebsgeschichtskollektiven und Wissenschaftlern sprachen Ulrich Hartmann, Hartmut Mehls und Horst Wächter (VEB Maxhütte Unterwellenborn). Auf die Frage, wer im Betrieb die Verantwortung für die Betriebsgeschichtsarbeit trägt und welche Anerkennungen für die betriebshistorische Arbeit gegeben werden können, antwortete Hans Meusel (Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Berlin): Der Beschluß des Sekretariats des ZK vom 19. Juni 1973 macht die Leitungen der Betriebe, die Leitungen der Betriebsparteiorganisationen und die Betriebsgewerkschaftsleitungen - in dieser Reihenfolge - für die Betriebsgeschichtsschreibung verantwortlich. Als Anerkennung der geleisteten Arbeit an der Betriebsgeschichte sollten alle Möglichkeiten, Honorare, Geldprämien und Auszeichnungen als Aktivist, genutzt werden.

Zum Problem der Materialsammlung für die Betriebsgeschichte nannte Manfred Gill als ergiebigste Bestände der Betriebsarchive die der Sekretariate der Direktoren und die der übergeordneten Organe (zum Beispiel der VVB). Heinz Brauser machte auf die Bestände der Zentralbibliothek des FDGB als Quelle für die Darstellung der Gewerkschaftsarbeit, besonders auch für die Zeit des Kapitalismus, aufmerksam.

Hinsichtlich der Forderung von Dr. Alfred Loesdau (Institut für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED, Berlin) nach einer Zusammenstellung aller in der DDR erschienenen betriebsgeschichtlichen Veröffentlichungen und einer Einbeziehung der in der Betriebsgeschichtsarbeit der Sowjetunion gewonnenen Erfahrungen verwies Prof. Dr. Hans Radandt auf die regelmäßig erscheinenden Bibliographien zur DDR-Betriebsgeschichte und die Berichte über die Betriebsgeschichtsschreibung der Sowjetunion im Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte.

Bei der Vorbereitung künftiger Konferenzen zur Betriebsgeschichte sollte angestrebt werden, daß mehr Betriebsvertreter zu Problemen des Hauptreferats sprechen und für den Erfahrungsaustausch mehr Zeit zur Verfügung steht.

Hans Radandt

TAGUNGEN UND KONFERENZEN

ERFAHRUNGEN DER GESCHICHTE UND PERSPEKTIVEN DER GEMEINSAMEN FORSCHUNG

(4. und 5. Juni 1975 in Berlin)

Am 4. und 5. Juni 1975 fand an der Akademie der Wissenschaften der DDR ein Kolloquium zum Thema "Traditionen der deutsch-sowjetischen Wissenschaftsbeziehungen und die wissenschaftliche Zusammenarbeit zwischen der AdW der UdSSR und der AdW der DDR in der Gegenwart" statt.

Diese Veranstaltung bildete den wissenschaftlichen Beitrag des Forschungsbereiches Gesellschaftswissenschaften sowie der Kommission der Historiker der DDR und der UdSSR anlässlich des 275. Gründungsjubiläums der AdW der DDR und des 250. Gründungsjubiläums der AdW der UdSSR. An ihr nahmen etwa einhundert Wissenschaftler aus der DDR und der UdSSR teil. In den Plenarsitzungen und den zwei Arbeitskreisen unter der Leitung von Akademiemitglied Horst Bartel (Direktor des Zentralinstituts für Geschichte der AdW der DDR und Vorsitzender der DDR-Sektion der Kommission der Historiker der DDR und der UdSSR) und Prof. Dr. Günter Kröber (Direktor des Instituts für Wissenschaftstheorie und -organisation der AdW der DDR) ging es einerseits um die historischen Traditionen in der Zusammenarbeit beider Akademien und andererseits um die Analyse des gegenwärtigen Standes und der Perspektive der weiteren Zusammenarbeit zwischen unseren Akademien.

Die sowjetische Delegation, die am Kolloquium teilnahm, stand unter der Leitung von A. M. Rumjancev (Mitglied der AdW der UdSSR und ihres Präsidiums sowie Leiter der sowjetischen Sektion der Kommission der Wirtschaftswissenschaftler der UdSSR und der DDR).

Hauptreferate auf der Plenartagung

Akademiemitglied Werner Kalweit (Vizepräsident und Leiter des Forschungsbereiches Gesellschaftswissenschaften der AdW der DDR) stellte dem Kolloquium in seinen Eröffnungsworten vorrangig zwei Ziele. Es gelte erstens Traditionslinien zu verfolgen und aufzudecken, um damit einen bedeutenden Aspekt des Erbes der Wissenschaftsgeschichte zu erschließen, und zweitens Erfahrungen der Kooperation beider Akademien in Natur- und Gesellschaftswissenschaften in den letzten drei Jahrzehnten zu verallgemeinern, sie in den Zusammenhang mit den wachsenden Ansprüchen an die Wissenschaft in der entwickelten sozialistischen Gesellschaft und beim kommunistischen Aufbau zu stellen sowie Schlußfolgerungen zu diskutieren, wie die Forschungsk Kooperation zwischen der AdW der UdSSR und der AdW der DDR zur Erhöhung der Effektivität der Wissenschaft in der Produktion und im geistigen Leben beitragen kann.

In seiner Begrüßungsrede würdigte A. M. Rumjancev vor allem die bedeutende Rolle der Wissenschaft in der sozialistischen Gesellschaft und die große Aufmerksamkeit, die die KPdSU und die SED sowohl der wissenschaftlichen Forschung in unseren beiden Ländern als auch der wissenschaftlichen Zusammenar-

beit zuwenden. Dabei gab er seiner Überzeugung Ausdruck: "Die systematische Zusammenarbeit zwischen den Akademien der Sowjetunion und der DDR ist unzweifelhaft von großer Bedeutung für die Entwicklung der Wirtschaft und der Wissenschaft beider Länder." Er übermittelte dem Kolloquium eine Grußadresse des Vizepräsidenten der AdW der UdSSR, P. N. Fedoseev.

Die einleitenden Referate in der Plenarsitzung wurden von Akademiemitglied Leo Stern (Direktor der Forschungsstelle für Akademieggeschichte der AdW der DDR) und dem korrespondierenden Mitglied der AdW der UdSSR S. R. Mikulinskij (Direktor des Instituts für Geschichte der Naturwissenschaften und Technik der AdW der UdSSR) gehalten.

Unter das Thema "Kontinuität und Wandel in der Geschichte der Beziehungen zwischen den Akademien der Wissenschaften der DDR und der UdSSR" hatte Leo Stern seine Ausführungen gestellt. Dabei ging es ihm "nicht um eine pedantische chronologische Parallelität von Entwicklungen in der Wissenschaftsgeschichte beider Akademien", sondern "um die Herausarbeitung der wichtigsten Tatsachen und Probleme". Stern behandelte dementsprechend vor allem fünf Probleme der Akademiebeziehungen: die Begegnung zwischen Gottfried Wilhelm Leibniz und Peter I., "die autochthone Kulturentwicklung Rußlands und die pseudowissenschaftliche Lehre vom 'West-Ost-Kulturgefälle' in Fragen der Technik, Wissenschaft und Kultur", die Wissenschaftsbeziehungen im 18. Jahrhundert, Probleme der Wissenschaftsbeziehungen beider Akademien im 19. und 20. Jahrhundert und - angesichts ihrer wissenschaftspolitischen Bedeutung recht ausführlich - "die Wissenschaftsbeziehungen zwischen beiden Akademien vom ersten bis zum zweiten imperialistischen Weltkrieg". Abschließende Bemerkungen galten den nach 1945 geschaffenen Voraussetzungen "für eine integrale Zusammenarbeit der AdW der DDR, der AdW der UdSSR und denen der anderen sozialistischen Länder auf allen wichtigen Gebieten der modernen Wissenschaft". Leo Stern kam in seinem Referat zu folgendem Ergebnis: "Es ist klar, daß bei dem ökonomischen, politischen und wissenschaftlichen Auf und Ab in den nahezu drei Jahrhunderten nur bedingt von einer bruchlosen Kontinuität, wohl aber von einem zeitweiligen Wandel in den Wissenschaftsbeziehungen beider Akademien gesprochen werden kann."

S. R. Mikulinskij ging in seinem Beitrag auf die traditionsreichen Beziehungen der deutschen und sowjetischen Wissenschaftler, die Albert Einstein 1921 als "eine heilige Pflicht aller Wissenschaftler" bezeichnete, ein und schilderte die Unterstützung der AdW der UdSSR und der sowjetischen Militäradministration bei der Wiedereröffnung der AdW zu Berlin. In den Mittelpunkt der qualitativ neuen Etappe der Entwicklung der Akademie - mit der Gründung der DDR im Jahre 1949 - stellte er die Errungenschaft, daß die Akademie "zum ersten Male in ihrer fast dreihundertjährigen Geschichte das Vertrauen des Volkes gewann und von den Werktätigen der DDR als ihre Akademie anerkannt wurde". Für die weitere Zusammenarbeit unserer Akademien hob er hervor, daß sich die gemeinsame Planung der Wissenschaftsentwicklung in erster Linie auf die Basis des wissenschaftlich-technischen Fortschritts - die Grundlagenforschung - richten muß. Dabei stellte er insbesondere die richtige Bestimmung der perspektivreichsten Forschungsrichtungen, das günstigste Verhältnis zwischen Grundlagenforschung, angewandter Forschung und technischer Entwicklung, die vorrangige Entwicklung von führenden Zweigen der Wissenschaft und Technik, die Wirtschaft und Kultur am stärksten beeinflussen, das störungsfreie Funktionieren im Zyklus Grundlagenforschung - Produktion, die Ausbildung wissenschaftlicher Kader unter Berücksichtigung der Entwicklungsperspektiven von Wissenschaft und Technik als Schwerpunkte unserer gemeinsamen Arbeit heraus.

Akademienmitglied Claus Grote, Generalsekretär der AdW der DDR, gab in seinem Plenarvortrag einen aufschlußreichen Einblick in die rasche Entwicklung der vielfältigen Formen der wissenschaftlichen Zusammenarbeit zwischen den befreundeten Akademien, insbesondere nach dem XXIV. Parteitag der KPdSU und dem VIII. Parteitag der SED. Er erinnerte an das fast zwanzigjährige Bestehen des Vereinigten Kernforschungsinstituts Dubna und an das seit 1967 erfolgreich laufende Programm "Interkosmos" zur Erforschung und friedlichen Nutzung des kosmischen Raumes. Für die wachsende Integration und Leistungsfähigkeit der sozialistischen Länder sprechen unter anderem das Internationale Mathematische Zentrum "Stefan Banach" in Warschau, das Internationale Zentrum zur Weiterbildung wissenschaftlicher Kader zum Problem des Wärme- und Stoffaustausches in Minsk sowie das im März 1975 in Halle gebildete Internationale Zentrum zur Weiterbildung wissenschaftlicher Kader auf dem Gebiet der Elektronenmikroskopie. Claus Grote unterstrich in seinem Referat, daß sich die sozialistische Forschungsk Kooperation vor allem auf solchen Gebieten schnell und wirkungsvoll entwickelt, auf denen ein hohes fachliches Leistungsniveau bei den beteiligten Wissenschaftlern erreicht wurde. Als entscheidende Grundvoraussetzung für die erfolgreiche Weiterentwicklung der internationalen Forschungsk Kooperation nannte er das Ziel, "die Leistungsfähigkeit und das Leistungsniveau unserer Forscher und Forscherkollektive zu erhöhen".

Die Entstehung und Entwicklung sozialistischer wissenschaftlicher Beziehungen zwischen der AdW der DDR und der AdW der UdSSR würdigte Horst Bartel in seinem Plenarvortrag als eine der "großen Errungenschaften unseres Staates und der gesamten sozialistischen Staatengemeinschaft. Klug, weitsichtig und konsequent haben die SED und die KPdSU, die stets auf die jeweils gegebenen konkreten Entwicklungsmöglichkeiten orientierten, diese Zusammenarbeit geleitet und gefördert". Bartel ließ sich von dem Grundgedanken leiten: "Jeder Versuch einer zusammenfassenden Wertung der grundlegenden Veränderungen in den letzten drei Jahrzehnten, der Erfassung der verschiedenen Stufen der Entwicklung und ihres spezifischen Inhalts, der Periodisierung dieser Wandlungen, der Herausarbeitung der Zäsuren, von Wende- und Schnittpunkten in diesen Entwicklungsprozessen muß notwendigerweise von den objektiven Kriterien der gesamtgesellschaftlichen Entwicklung ausgehen, in die die Wissenschaftsgeschichte im allgemeinen und die Geschichte der Akademien im speziellen eingebettet sind". Freilich bedeutet die Tatsache, "daß sich die Entwicklung der Akademie und ihrer Beziehungen zur Akademie der UdSSR grundsätzlich in Harmonie mit den gesamtgesellschaftlichen Prozessen vollzog, ... keineswegs volle und totale Identität", wie Bartel ausführlich begründete. Insgesamt fügen sich die von ihm behandelten Probleme "in den einheitlichen, kontinuierlichen, sich stetig höherentwickelnden Prozeß der DDR als Teil des revolutionären Weltprozesses" ein.

Arbeitskreis 1 - Historische Traditionen

In der Tätigkeit des Arbeitskreises 1 ließen sich auf der Grundlage der wechselnden gesellschaftlichen Bedingungen deutlich drei große Themenkomplexe erkennen: die Beziehungen zwischen den beiden Akademien bis 1917, in den zwanziger Jahren des 20. Jahrhunderts und nach 1945. Behandelt wurde von Gesellschafts- und Naturwissenschaftlern ein weites Spektrum von Problemen aus der Geschichte der Akademiebeziehungen.

Die Entwicklung der von Gottfried Wilhelm Leibniz inaugurierten Beschäftigung der Berliner Akademie mit Rußland, insbesondere seiner Sprache und Kultur,

während des 18. Jahrhunderts verfolgten Helmut Graßhoff und Ulf Lehmann (Zentralinstitut für Literaturgeschichte der AdW der DDR). Peter Hoffmann (Zentralinstitut für Geschichte der AdW der DDR) behandelte Probleme der Geschichtswissenschaft im 18. Jahrhundert, insbesondere am Beispiel der - von unterschiedlichen Auffassungen getragenen - Arbeiten russischer und deutscher Historiker, in denen es unter anderem um die Gründung des russischen Staates ging. Dabei vertrat vor allem M. V. Lomonosov Auffassungen über die Entstehung eines Staates bei den Ostslawen, "die zu unseren heutigen Vorstellungen in einigen Punkten bereits hinleiten".

Berlin als ein Zentrum der chemischen Forschung im 18. Jahrhundert und besonders die Gründung des chemischen Laboratoriums der Akademie durch A. S. Marggraf 1753 stellte Karl Heinig (Sektion Wissenschaftstheorie und -organisation der Humboldt-Universität Berlin) dar. Etwa gleichzeitig (1748) schuf M. V. Lomonosov das chemische Laboratorium der Petersburger Akademie. Zwischen beiden bestanden in den fünfziger und frühen sechziger Jahren enge Beziehungen. Im 18. Jahrhundert begann die bewußte Nutzung chemischer Kenntnisse in der Produktion. Ein Beispiel dafür ist auch die Preisaufgabe der Berliner Akademie über die Entstehung und die Natur des Salpeters, an deren Lösung sich 1749 M. V. Lomonosov beteiligte. Dieser und anderen Preisaufgaben der Akademien und der 1765 gegründeten Freien Ökonomischen Gesellschaft in Petersburg (FÖG) widmete Hans-Heinrich Müller (Institut für Wirtschaftsgeschichte der AdW der DDR) seinen Diskussionsbeitrag. Die FÖG leistete, ebenso wie viele Akademien der Wissenschaften, durch ihre Arbeiten und ihre auf praktische Zielsetzungen orientierten Preisaufgaben insbesondere durch die Behandlung landwirtschaftlicher Probleme Beiträge zur Entwicklung der Produktivkräfte.

Ausgehend von den auch die russische Sprache berücksichtigenden Interessen von Leibniz behandelte Heinz Pohrt (Zentralinstitut für Literaturgeschichte der AdW der DDR) einige Probleme der slawistischen Tradition der Berliner Akademie, die im 19. Jahrhundert zur Wahl von Slawisten in die Akademie führte. Ein die Akademie mittelbar berührendes Thema griff Rolf Sonnemann (Technische Universität Dresden) auf, der über die Ausbildung russischer Studenten an deutschen Technischen Hochschulen und deren politische Betätigung vor dem ersten Weltkrieg sprach.

Grundlegend wurden die Voraussetzungen für die Beziehungen zwischen beiden Akademien durch den Sieg der sozialistischen Revolution in Rußland verändert. In der Sowjetunion entwickelte W. I. Lenin die Prinzipien der sozialistischen Wirtschaftspolitik. Von Anfang an wurde auch die russische Akademie der Wissenschaften in den sozialistischen Umgestaltungsprozeß einbezogen. Das fand unter anderem Ausdruck bereits im Februar 1918, als die Vollversammlung der Akademie zu dem von der Sowjetregierung vorgeschlagenen Projekt zur Mobilisierung der Wissenschaft für die Bedürfnisse des staatlichen Aufbaus Stellung nahm. Bernhard Lange (Institut für Wissenschaftstheorie und -organisation der AdW der DDR) analysierte dieses wichtige Dokument als Beginn für die Verwirklichung der von Lenin propagierten und praktizierten Wissenschaftspolitik besonders auch im Hinblick auf die Akademie.

Die Wiederaufnahme der wissenschaftlichen Beziehungen zwischen den beiden Akademien erfolgte 1922 auf Initiative der sowjetischen Seite. Zur Auseinandersetzung um die Politik der friedlichen Koexistenz auf dem Gebiet der Wissenschaft in den zwanziger Jahren sprach Günter Rosenfeld (Sektion Geschichte der Humboldt-Universität Berlin). Er arbeitete insbesondere heraus, daß bürgerliche Beifürworter der Politik der friedlichen Koexistenz keineswegs durchweg Freunde

der Sowjetunion waren, sondern zum Teil in der Pflege wissenschaftlicher Beziehungen nicht zuletzt ein Mittel sahen, lang- oder kurzfristig ökonomische und politische Interessen des Imperialismus zu realisieren, was nicht ausschloß, daß manche deutschen Wissenschaftler unvoreingenommen und aufgeschlossen nach wissenschaftlicher Zusammenarbeit mit sowjetischen Gelehrten strebten. ••

Der persönliche Anteil bedeutender deutscher Wissenschaftler an der Entwicklung wissenschaftlicher Beziehungen zur Sowjetunion in der Zeit der Weimarer Republik spielt eine große Rolle in der Tradition dieser Beziehungen. Das wurde während des Kolloquiums erneut deutlich. Dieter Fricke (Sektion Geschichte der Friedrich-Schiller-Universität Jena) verfolgte die Entwicklung des Biologen Julius Schaxel zu einem Freund der Sowjetunion, insbesondere seine Bemühungen um die Verbreitung von Kenntnissen über dieses Land, das ihm nach seiner Emigration aus dem faschistischen Deutschland zur zweiten Heimat wurde. Der Zusammenarbeit des hervorragenden Hirnforschers Oskar Vogt mit der sowjetischen Wissenschaft in den zwanziger Jahren ging Jochen Richter (Institut für Wissenschaftstheorie und -organisation der AdW der DDR) nach. Vogt, der 1950 Ehrenmitglied der Akademie in Berlin wurde, hat nachhaltigen Einfluß auf die Entwicklung der sowjetischen Neurologie genommen. Die Geschichte der humanistischen Wissenschaftstradition unserer Akademie im 20. Jahrhundert und ihrer Beziehungen zur russischen und sowjetischen Wissenschaft wäre undenkbar ohne das Wirken des Physikers Max Planck in der und für die Akademie. Wolfgang Schlicker (Forschungsstelle für Akademiegeschichte der AdW der DDR) würdigte diese Seite im Schaffen Plancks, insbesondere seine Teilnahme am 200. Gründungsjubiläum der AdW der UdSSR im Jahre 1925. Über den Historiker Otto Hoetzsch sprach Gerd Voigt (Zentralinstitut für Geschichte der AdW der DDR). Hoetzsch, ein führender Vertreter der deutschen Rußlandgeschichtsschreibung in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, von den Faschisten als Professor entlassen und nach 1945 am Neuaufbau des Bildungswesens mitbeteiligt, hat durch seine Mitwirkung an der deutsch-sowjetischen Historikerwoche 1928 und durch die von ihm betreute deutsche Ausgabe russischer Dokumente zur Vorgeschichte des ersten Weltkrieges einen wichtigen Beitrag zu den deutsch-sowjetischen Wissenschaftsbeziehungen geleistet. Daß es auch unter dem Druck der antisowjetischen Politik der faschistischen Diktatur in den ersten Jahren nach 1933 fortschrittliche Kräfte an der Berliner Akademie gab, die sich um die Aufrechterhaltung wissenschaftlicher Kontakte zur Sowjetunion bemühten, zeigte Liane Zeil (Forschungsstelle für Akademiegeschichte der AdW der DDR).

Am Beispiel der Wahlen russischer und sowjetischer Wissenschaftler zu Mitgliedern der Berliner Akademie von 1890 bis 1974 konnte Conrad Grau (Forschungsstelle für Akademiegeschichte der AdW der DDR) deutlich machen, daß sich die grundlegenden Wendepunkte in der Geschichte der Beziehungen zwischen beiden Akademien auch in diesem Bereich widerspiegeln. Von den 59 Wahlen erfolgten sieben von 1890 bis 1914, drei 1927/28 und 49 von 1950 bis 1974. Unter den seit 1950 zu Mitgliedern der AdW der DDR gewählten sowjetischen Wissenschaftlern bilden die Naturwissenschaftler und Techniker mit 37 Repräsentanten entsprechender Disziplinen die Mehrheit.

Zu den Problemen der Beziehungen nach 1945 leiteten die Beiträge von drei Natur- und sechs Gesellschaftswissenschaftlern über. Ausgehend von den ins 19. Jahrhundert zurückreichenden internationalen Beziehungen der geowissenschaftlichen Forschung, insbesondere der 1862 in Potsdam gegründeten Kommission für Erdmessung durch Johann Jakob Baeyer, dessen Arbeiten von dem Akademiemitglied Robert Helmert fortgeführt wurden, behandelte Horst Peschel (Technische

Universität Dresden) die Geschichte der Zusammenarbeit zwischen der DDR und der UdSSR auf diesem Gebiet seit den fünfziger Jahren, die in die multilaterale Zusammenarbeit der Akademien sozialistischer Länder eingeordnet ist. Seitens der AdW der DDR sind gegenwärtig fünf Institute an der geowissenschaftlichen Forschungskoooperation beteiligt. "Die multilaterale Zusammenarbeit der Geowissenschaftler ... hat mit ihren Ergebnissen großen Anteil an der Weiterentwicklung der Geowissenschaften." Das gilt in starkem Maße auch für die Forschungskoooperation zwischen den beiden Akademien auf dem Gebiet der Chemie, auf dem gegenwärtig in fünf Forschungskomplexen 35 Themen bearbeitet werden. Walter Friedrich (Forschungsbereich Chemie der AdW der DDR) hat die Etappen dieser Entwicklung seit Ende der vierziger Jahre nachgezeichnet, die zum Übergang zur gemeinsamen Planung der Forschungskoooperation geführt hat. Die Entwicklung der Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Isotopen- und Strahlenforschung, einem ständig an Bedeutung gewinnenden Gebiet, behandelte Jürgen Leonhardt (Zentralinstitut für Isotopen- und Strahlenforschung der AdW der DDR) in seinem Beitrag.

Die Entwicklung der Zusammenarbeit auf dem Gebiet der literaturwissenschaftlichen Forschung zwischen der AdW der DDR und der AdW der UdSSR stellte Gerhard Ziegenggeist (Zentralinstitut für Literaturgeschichte der AdW der DDR) dar. Er führte an Beispielen aus, daß die Erforschung wesentlicher national- und weltliterarischer Prozesse heute gemeinsam von Literaturwissenschaftlern der UdSSR und der DDR durchgeführt wird.

Den Verflechtungen, die zwischen Akademie- und Hochschulforschung bestehen, ging Horst Schützlner (Sektion Geschichte der Humboldt-Universität Berlin) in seinem Beitrag über die Geschichte der Hochschulbeziehungen zwischen der DDR und der UdSSR nach. Durch die Ausbildung von DDR-Wissenschaftlern in der UdSSR wurden und werden auch wesentliche Voraussetzungen für die gegenwärtige und zukünftige Kooperation zwischen den beiden Akademien geschaffen.

Die Geschichtswissenschaftler der UdSSR und der DDR haben sich schon 1956 mit der Kommission der Historiker der DDR und der UdSSR eine organisatorische Form der Zusammenarbeit geschaffen, die sich seither bewährt hat. Mehr als zwanzig bilaterale Konferenzen und nicht zuletzt das von der Kommission mitgetragene Kolloquium sind sprechende Beweise dafür. Einen Abriß dieser Beziehungen, wobei er auf die Anfänge der Zusammenarbeit zwischen deutschen und sowjetischen Historikern in den zwanziger Jahren verweisen konnte, gab D. S. Davidovič (Institut für allgemeine Geschichte der AdW der UdSSR, Stellvertretender Vorsitzender der sowjetischen Sektion der Kommission der Historiker der UdSSR und der DDR). Er hob insbesondere die Fruchtbarkeit der gemeinsamen methodologischen Basis der marxistischen Historiker beider Länder für die Zusammenarbeit hervor. Gerade in diese Richtung zielte auch der Beitrag von Erika Stöcker (Zentralinstitut für Geschichte der AdW der DDR) über den Entwicklungsgang des sowjetischen Historikers A. S. Erusalimskij. Insbesondere seine Forschungen zur Geschichte des deutschen Imperialismus und seine auf persönlicher Erfahrung beruhenden Kenntnisse der deutschen Entwicklung trugen entscheidend dazu bei, daß Erusalimskij als Gastprofessor in der DDR und als erster Vorsitzender der sowjetischen Sektion der Kommission der Historiker der UdSSR und der DDR nachhaltigen Einfluß auf die Entwicklung der marxistisch-leninistischen Geschichtswissenschaft in der DDR nehmen konnte.

Ausgehend von seinen persönlichen Begegnungen mit sowjetischen Forschern und mit der sowjetischen Forschung gab Akademiemitglied Eduard Winter einen Überblick über die vor allem mit seiner Tätigkeit verbundenen gemeinsamen Forschun-

gen beider Akademien zur Geschichte der deutsch-russischen Kultur- und Wissenschaftsbeziehungen in den Jahren von 1955 bis 1965. Sie haben unter anderem in Konferenzen mit internationaler Beteiligung über Leonhard Euler, über August Ludwig v. Schlözer, M. V. Lomonosov und Peter Simon Pallas, über Ehrenfried Walter v. Tschirnhaus und über die deutsch-russisch-sowjetischen Kulturbeziehungen vom 18. bis zum 20. Jahrhundert, in Protokollbänden über diese Konferenzen sowie in gemeinsamen Publikationen beider Akademien über Leonhard Euler, Christian Goldbach und Daniel Gottlieb Messerschmidt ihren Niederschlag gefunden.

Über die Vermittlung altertumswissenschaftlicher Forschungsergebnisse der Sowjetunion in den Jahren 1956 bis 1969 berichtete das Korrespondierende Akademiemitglied Johannes Irmscher (Zentralinstitut für alte Geschichte und Archäologie der AdW der DDR) anhand der von ihm begründeten Zeitschrift "Bibliotheca classica orientalis". Sie hat "in den 14 Jahren ihres Bestehens nicht zuletzt dank der Unterstützung durch die sowjetischen Fachgenossen und ihre Institutionen einen beachtlichen Beitrag zur Vermittlung und Propagierung von Ergebnissen der sowjetischen Altertumswissenschaft geleistet".

Einige Teilnehmer des Arbeitskreises 1 konnten während des Kolloquiums nicht das Wort ergreifen, haben aber ihre Beiträge für die geplante Veröffentlichung der Konferenzmaterialien zur Verfügung gestellt. Es handelt sich um Beiträge von Helga Eichler (Zentralinstitut für Geschichte der AdW der DDR) über Preisaufgaben der Berliner Akademie zur Rohstoff- und Energieproblematik im 18. Jahrhundert, von Wolfgang Mühlfriedel (Bergakademie Freiberg) über die Rolle der sowjetischen Technischen Büros für den Neubeginn des wissenschaftlichen Lebens an der Bergakademie und in der Grundstoffindustrie der DDR in den Jahren 1945 bis 1949 und von Wolfgang Büttner (Zentralinstitut für Geschichte der AdW der DDR) über Probleme der Entwicklung der marxistisch-leninistischen Gesellschaftswissenschaften nach der Wiedereröffnung der Berliner Akademie im Jahre 1946.

Arbeitskreis 2 - Erfahrungen und Perspektiven der weite- ren Zusammenarbeit

Im Arbeitskreis 2 kam es vor allem darauf an, jene qualitativ neuen Formen der Zusammenarbeit, die sich im Verlauf der ökonomischen und wissenschaftlich-technischen Integration unserer Länder in den letzten Jahren herausgebildet haben, zu analysieren, die Bedeutung sowjetischer Erfahrungen für die Verbesserung der Leitung, Planung und Organisation der Forschungsprozesse zu studieren und neue Wege und Formen aufzuzeigen, wie unsere Zusammenarbeit künftig noch enger und effektiver gestaltet werden kann.

Günter Kröber (Institut für Wissenschaftstheorie und -organisation der AdW der DDR) behandelte auf der Grundlage von W. I. Lenins "Entwurf eines Planes wissenschaftlich-technischer Arbeiten" Prinzipien sozialistischer Wissenschaftspolitik. Er stellte dabei fest, daß diese Leninschen Prinzipien für uns ein zuverlässiges Instrumentarium darstellen, um den gegenwärtigen Stand und die Erfordernisse bei der weiteren erfolgreichen Entwicklung der Beziehungen zwischen beiden Akademien zu analysieren. Das Prinzip der Wissenschaftsplanung und Lenins Forderungen an die Akademie der Wissenschaften sind, wie er hervorhob, entscheidende Ansatzpunkte, um bestimmte Seiten, Momente und Erfordernisse auf-

zuzeigen, die für die weitere Entwicklung der Zusammenarbeit unserer Akademien von Bedeutung sind.

Hans-Joachim Fischer (Institut für Elektronik der AdW der DDR) sprach zur Dialektik von Nationalem und Internationalem sowie von Grundlagenforschung und Applikation am Beispiel von "Interkosmos". Der Referent macht auf die komplizierte Umsetzung unter konkreten Bedingungen aufmerksam. In der sozialistischen Wissenschaftskooperation auf dem Gebiet von "Interkosmos" werden Kriterien für die Optimierung der Teilprogramme jedes Teilnehmerlandes bei gleichzeitig maximaler Wirkung des Gesamtprogramms in politischer und wissenschaftlicher Hinsicht ermittelt. Es wurde an Beispielen die bewußte Ausnutzung des dialektischen Zusammenhangs zwischen Grundlagenforschung und Applikation sowie zwischen Patriotismus und Internationalismus dargelegt.

Mit den gemeinsamen Arbeiten von Geologen der DDR und der UdSSR auf dem Gebiet der theoretischen Tektonik und der Perspektive ihrer weiteren Zusammenarbeit beschäftigten sich Karl-Bernhard Jubitz (Zentralinstitut für Physik der Erde der AdW der DDR) und A. L. Janšin (Institut für Geotektonik der AdW der UdSSR) in einem gemeinsam ausgearbeiteten Beitrag. An vielen interessanten Beispielen illustrierten sie die traditionellen Wurzeln der Gegenwartsbeziehungen und verwiesen auf das eindrucksvolle Beispiel gemeinsamer wissenschaftlicher Tätigkeit bei der künftigen Erforschung der Erdöl- und Gasvorkommen in der Kaspischen Senke.

Karl Hecht (Zentralinstitut für Herz- und Kreislauf-Regulationsforschung der AdW der DDR) ging in seinem Beitrag auf die Rolle der Problemkommission "Interkosmos" bei der Koordinierung der Forschung auf dem Gebiet der Neurophysiologie und der Physiologie der höheren Nerventätigkeit ein. Er verwies auf die beeindruckende Tradition der wissenschaftlichen Zusammenarbeit, die bis in die zwanziger Jahre zurückgeht und gleichzeitig Verpflichtung für die künftige gemeinsame Arbeit ist. Die vielfältigen Traditionen und Beziehungen der Physikaner der Berliner Universität zu sowjetischen Einrichtungen sowie eine Reihe bemerkenswerter verallgemeinerungsfähiger Schlußfolgerungen für die künftige Zusammenarbeit in der sozialistischen Forschungskoooperation waren Gegenstand des Referats von Rolf Enderlein (Sektion Physik der Humboldt-Universität Berlin).

Den erreichten Stand der Zusammenarbeit, die gemachten Erfahrungen und auftretenden Probleme stellte Harry Maier (Zentralinstitut für Wirtschaftswissenschaften der AdW der DDR) an zwei Grundproblemen der ökonomischen Forschung dar: der Erforschung der Gesetzmäßigkeiten der intensiv erweiterten Reproduktion und der Prozesse der sozialistischen Akkumulation. Welche Entwicklungsprobleme, Erfahrungen und Perspektiven sich für die Arbeit in der multilateralen Problemkommission der Akademien sozialistischer Länder "Fragen des ideologischen Kampfes im Zusammenhang mit der Koexistenz zweier Weltsysteme" ergeben, untersuchte Hans Schulze (Zentralinstitut für Philosophie der AdW der DDR).

V. A. Kumanev (Sektion Gesellschaftswissenschaften beim Präsidium der AdW der UdSSR) nahm das Jubiläum der Akademie der Wissenschaften der UdSSR zum Anlaß, um einige Stationen in der gesellschaftswissenschaftlichen Forschung in der UdSSR aufzuzeigen. Das Spektrum der angesprochenen Probleme reichte von der Geschichtswissenschaft über die Sprachwissenschaften bis zu den Staats- und Rechtswissenschaften. Insbesondere wurde die Rolle und Bedeutung der Gesellschaftswissenschaften beim sozialistischen Aufbau und ihre Stellung in der kommunistischen Entwicklung der UdSSR charakterisiert.

In dem Beitrag von Helmut Steiner (Kreisleitung der SED der AdW der DDR) standen Probleme der Befähigung von wissenschaftlichen Mitarbeitern für die weitere Entwicklung der wissenschaftlichen Zusammenarbeit mit der UdSSR im Mittelpunkt. Als wesentliche Aufgaben nannte er die Verbesserung der Erziehung zum Internationalismus, die Erhöhung des eigenen Leistungsniveaus, eine ständige Verbesserung der Kenntnisse der russischen Sprache sowie die Kenntnis der historischen Herausbildung der Arbeitsbedingungen und -weisen der Kooperationspartner. Die Entwicklung der Wissenschaft als ein gemeinsames Anliegen des sozialistischen Internationalismus zu sehen, unsere wissenschaftliche Arbeit eingebettet in die weltweite Auseinandersetzung der beiden politisch entgegengesetzten Lager zu begreifen - das war der Inhalt der Diskussionsbemerkungen von Akademiemitglied A. M. Rumjancev. Sie kulminierten in dem Zukunftsbild: einen einheitlichen Plan der Entwicklung von Wissenschaft und Technik für die sozialistischen Länder zu erarbeiten.

Reinhard Kluge (Zentralinstitut für Mathematik und Mechanik der AdW der DDR) schilderte am Beispiel des mathematischen Seminars, das auf der Grundlage der Erfahrungen des sowjetischen Mathematikers N. V. Smirnov in der DDR eingerichtet wurde, wie sowjetische Erkenntnisse ihren Niederschlag in Forschung und Lehre finden. Besonders zu vermerken ist, daß durch diese bedeutende Einrichtung ein möglicher Ansatz für den Aufbau einer wissenschaftlichen Schule gegeben ist. Das Gebiet der Polymerchemie kann auf eine traditionsreiche Zusammenarbeit mit sowjetischen Einrichtungen verweisen. Schon kurz nach Beendigung des zweiten Weltkrieges, betonte Gerhard Reinisch (Institut für Polymerchemie der AdW der DDR), begannen deutsche Wissenschaftler mit sowjetischer Hilfe den Grundstein für eine hochproduktive chemische Industrie und Forschung zu legen. Heute arbeiten Akademie, Hochschul- und Industrieforschungsinstitute mit sowjetischen Forschern und Spezialisten aus den anderen RGW-Ländern an gemeinsamen Forschungsvorhaben eng zusammen. Johannes Heydenreich (Institut für Elektronenmikroskopie der AdW der DDR) gab einen kurzen Überblick über die Entwicklung und den Aufbau des Internationalen Zentrums für Elektronenmikroskopie. Er hob dabei besonders das persönliche Engagement des Wissenschaftlers zur kollektiven Zusammenarbeit im Sinne einer effektiven arbeitsteiligen Lösung von Forschungsproblemen hervor.

Zur Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Sprachgeschichtsforschung mit sowjetischen Partneereinrichtungen sprach Günter Feudel (Zentralinstitut für Sprachwissenschaft der AdW der DDR) und belegte durch aussagekräftige Beispiele die Entwicklung von anfänglichen Konsultationen über den Austausch von Forschungsergebnissen bis zu dem heutigen Stadium der Zusammenarbeit: dem Übergang zur Abstimmung der Forschungspläne. Anton Hiersche (Zentralinstitut für Literaturgeschichte der AdW der DDR) setzte sich mit einigen Fragen der Zusammenarbeit der Literaturwissenschaftler der UdSSR und der DDR bei der Erforschung von Gegenwartsprozessen der sozialistischen Literatur auseinander. Er ging dabei auf die Entwicklungsetappen der Zusammenarbeit ein und betonte, daß es darauf ankommt, zu wirklich gemeinsamen Forschungsvorhaben überzugehen. Ulrich Röseberg (Zentralinstitut für Philosophie der AdW der DDR) zeigte an dem noch jungen Bereich für philosophische Fragen der Wissenschaftsentwicklung, wie sich schon in der Aufbauphase der Erfahrungsaustausch mit sowjetischen Institutionen als notwendig erweist. Er sah dabei besonders die Übernahme von sowjetischen Erfahrungen auf dem Gebiet der Zusammenarbeit von Natur- und Gesellschaftswissenschaftlern als ein dringendes und erfolversprechendes Gebot an. Durch Auswertung der theoretischen Standpunkte in sowjetischen Forschungsergebnissen einen Beitrag zur Entwicklung der Theorie der materialistischen Dia-

lektik zu leisten war Gegenstand des Vortrages von Günter Klimaszewsky (Zentralinstitut für Philosophie der AdW der DDR). Von der Gründung des Instituts für Theorie des Staates und des Rechts an der AdW der DDR an besteht eine enge, sich inhaltlich und in den Formen und Methoden ständig vertiefende Zusammenarbeit mit dem sowjetischen Partnerinstitut, hob Helmut Kintzel (Institut für Theorie des Staates und des Rechts der AdW der DDR) hervor. Die abgestimmte einheitliche Problemstellung ist die Basis für den weiteren Ausbau und die Vertiefung der Formen der Kooperationsbeziehungen.

Die Nutzung und Weiterentwicklung der Großrechentechnik auf der Grundlage der Zusammenarbeit mit AdW-Einrichtungen der UdSSR hat noch keine längere Tradition, da die Geschichte der Großrechentechnik selbst kaum weiter als ein Jahrzehnt zurückreicht. Dieter Hammer (Zentrum für Rechentechnik der AdW der DDR) sieht in den heutigen Formen der gemeinsamen Arbeit, Problemstellung, Lösung und Nutzung eine gute Grundlage, die es gestattet, zu besseren, effektiveren Formen zu kommen. Das betrifft besonders auch solche Gebiete wie die Wartung der Gerätesysteme, wo der kontinuierliche Erfahrungsaustausch sowie der Austausch von Neuerungen sich als sehr nützlich erweisen wird.

Akademiemitglied Ernst August Lauter (Zentralinstitut für solarerrestrische Physik der AdW der DDR) beschäftigte sich in seinem Beitrag mit der Entwicklung und den gesellschaftspolitischen Perspektiven der Kooperation mit der UdSSR auf dem Gebiet der atmosphärischen Physik.

Einige Schlußfolgerungen

Insgesamt ist die Erörterung all dieser Probleme im Plenum und in den Arbeitskreisen als äußerst fruchtbar und impulsgebend einzuschätzen. Folgende Gesichtspunkte lassen sich dabei vorrangig verallgemeinern:

1. Es wurden eine Vielfalt von Formen der Zusammenarbeit in Vergangenheit und Gegenwart sichtbar gemacht und neue Erkenntnisse vermittelt.
2. Ein zunehmend an Bedeutung gewinnendes Problem ist die Schaffung von Voraussetzungen zu einer effektiven wissenschaftlichen Zusammenarbeit, und zwar sowohl in wissenschaftlicher und ideologischer als auch in organisatorischer Hinsicht.
3. Die vielfältigen und interessanten Problemstellungen auf dem Kolloquium haben auch eine direkte Bedeutung für die Entwicklung der interdisziplinären Beziehungen innerhalb der Natur- und der Gesellschaftswissenschaften und zwischen diesen beiden Bereichen an unserer Akademie.
4. Es kann davon ausgegangen werden, daß die beabsichtigte Veröffentlichung der Materialien des Kolloquiums dazu beitragen wird, Erfahrungen der Geschichte noch besser zu nutzen und Perspektiven der gemeinsamen Forschung noch umfassender zu ermitteln.

Peter Altner / Conrad Grau

Die Entwicklung der Territorialstruktur im Nordgebiet der DDR
Geographen-Kongress der DDR¹
(12. bis 16. Mai 1975 in Neubrandenburg)

Nachdem die 10. Wissenschaftliche Hauptversammlung der Geographischen Gesellschaft 1972 in Halle die Problematik der industriellen Ballungsgebiete in den Mittelpunkt der Diskussion gerückt hatte, wurde auf der 11., die dem 30. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus und dem 275. Jahrestag der Akademie der Wissenschaften der DDR gewidmet war, der Strukturwandel in den ehemals rein agrarisch strukturierten Gebieten im Norden der DDR unter vielfältigen geographischen Aspekten dargelegt.

Unter den 800 Teilnehmern an der Tagung befanden sich auch Delegationen aus der UdSSR, der VR Polen, der VR Bulgarien, der ČSSR und der Ungarischen VR.

Im ersten Plenarvortrag behandelte der Präsident der Geographischen Gesellschaft der DDR, Prof. Dr. Alfred Zimm, "Die Entwicklungstendenzen der Geographie in der DDR" in den letzten Jahren.

Maßgeblich beeinflußt durch die Ergebnisse der 3. Hochschulreform und die Beschlüsse des VIII. Parteitages der SED, konzentrierten sich die geographischen Forschungs- und Ausbildungskapazitäten an einigen Hochschulen und am neugegründeten Geographischen Institut der Akademie der Wissenschaften der DDR. Die damit verbundene Ausrichtung der vorhandenen Kapazitäten auf bestimmte Forschungsvorhaben im physisch- und ökonomisch-geographischen Bereich erhöhte die Bedeutung der Geographie als Teil der Produktivkraft Wissenschaft. Im Vordergrund standen Untersuchungen komplex-geographischen Charakters, die sich hauptsächlich auf die Siedlungsstruktur der DDR und deren Beziehungen zu ihrem Umland, unter anderem unter dem Gesichtspunkt der planmäßigen Gestaltung der Umweltbedingungen, orientierten.

Dabei muß beachtet werden, daß sich die Forschung auch auf den Gebieten entwickelt, die zur Zeit gar nicht oder nur unzureichend bearbeitet werden, um die internationale Anerkennung, die die DDR-Forschung auf dem Gebiet der Theoretischen Geographie, der regionalen Geographie des Auslandes und auch in der Historischen Geographie genießt, nicht zu gefährden.

Die Plenarvorträge des folgenden Tages befaßten sich mit den Ergebnissen der Erforschung der Territorialstruktur speziell im Nordgebiet der DDR. Die Referenten hoben zwei wichtige Gesichtspunkte für die Untersuchung von Produktivkräfte-Strukturen in ihrer räumlichen Verteilung hervor:

1. Im Vortrag von H. Kliewe (Greifswald) zu "Ergebnissen und Problemen der physisch-geographischen Forschung und ihrer Anwendung bei der landeskulturellen Gestaltung im Nordgebiet der DDR" wurde deutlich, daß die physisch-

¹ Im Verlauf des Geographen-Kongresses fand turnusgemäß die Hauptversammlung der Geographischen Gesellschaft der DDR statt, auf der der neue Vorstand für die kommenden Jahre gewählt wurde. Neuer Präsident wurde Günther Jacob, Dresden.

geographische Grundlagenforschung durch ihre zunehmend anwendungsbereite Ausrichtung Ausgangspunkt für die Neuorientierung auf geökologisch-landeskulturelle Untersuchungen geworden ist, das heißt, daß auch sie direkt verstärkten Einfluß auf die optimale landeskulturelle Gestaltung des Territoriums und Nutzung der regionalen natürlichen Produktivkräfte-Ressourcen nimmt.

2. Auf dem Gebiet der Ökonomischen Geographie lag das Schwergewicht der Arbeit, wie der Vortrag "Ergebnisse und Probleme der ökonomisch-geographischen Forschung zur Territorialstruktur des Nordgebietes der DDR" von Bruno Benthien und Egon Weber (beide Greifswald) deutlich machte, auf den beiden Teilbereichen der Produktions- und ganz besonders der Siedlungsstruktur. Gerade bei den Untersuchungen zur Siedlungsstruktur gelang es, allgemeine Gesetzmäßigkeiten der Lokalisierung und Entwicklung der siedlungsbildenden Faktoren aufzudecken und damit die Stellung der Siedlungen in der territorialen Arbeitsteilung zu begründen. Dabei wurde zunehmend erreicht, von der Untersuchung einzelner Siedlungen zur Herausarbeitung der Struktur territorialer Siedlungssysteme überzugehen.

Angesichts der Fülle volkswirtschaftlich wichtiger Aufgabenstellungen waren historisch-geographische Untersuchungen, für die in Greifswald gute Traditionen bestehen, bisher in den Hintergrund getreten. Benthien betonte aber, daß in Zukunft angesichts der Notwendigkeit, alle Vorteile der in einem langen Zeitraum gewachsenen Territorialstruktur zur Effektivitätssteigerung zu nutzen, auch der historisch-geographischen Forschung die gebührende Aufmerksamkeit geschenkt wird.

Der Nachmittag blieb den Vorträgen ausländischer Gäste vorbehalten. Zunächst informierte ein Bericht von I. P. Gerasimov (Moskau) über den "Wissenschaftlichen Inhalt des Internationalen Geographen-Kongresses in Moskau 1976", der unter dem Motto "Wissenschaftlich-technische Revolution und Geographie" stehen wird. Der anschließende Vortrag von V. S. Preobrazenski (Moskau) über "Formen integrierter Prozesse in der Geographie" berührte wichtige theoretische Probleme des Erkenntnisprozesses in der Geographie. Der Vortragende stellte fest, daß zahlreiche Methoden in der Geographie noch in den Anfängen ihrer Anwendung stünden bzw., wie bei der historischen Methode, noch immer trotz unbestrittener Wichtigkeit zu wenig Verbreitung gefunden hätten. Die wachsende Vielfalt der Informationen, verbunden mit der Heterogenität der Methoden, verstärkten die Gefahr des Herauslösens wichtiger geographischer Disziplinen und machten die Notwendigkeit einer als Klammer die verschiedenartigen geographischen Wissenschaften zusammenfassenden Disziplin in Form einer übergreifenden theoretischen Verallgemeinerung immer dringender.

Nach einem physisch-geographisch orientierten Vortrag von R. Galon (Toruń) über die "Bilaterale Kooperation zwischen der DDR und Polen auf dem Gebiet der Quartärforschung und ihre Anwendung in den Nordgebieten" beschloß N. V. Alisov (Moskau) die Reihe der Gastbeiträge. Seine Bemerkungen über die "Untersuchungen sowjetischer Geographen zu den ökonomisch-geographischen Problemen der Nordgebiete der DDR" zeigten deutlich das große Interesse der sowjetischen Geographie an regionalen Problemen der Territorialstruktur der DDR.

Der letzte Kongreßtag war einer intensiven Beratung von Spezialproblemen in fünf Themenkreisen vorbehalten. Näher eingegangen werden soll im Folgenden auf den Themenkreis 3, an dem unter der Leitung von Eginhard Wegner (Greifswald) und Wilfried Strenz (Berlin) 30 Lehrer und Fachwissenschaftler teilnahmen und der in insgesamt elf Vorträgen "Die historische Entwicklung der Territorial-

struktur des Nordgebietes der DDR im Spiegel geographischer Forschung" behandelte.

Historisch-geographische Probleme wurden in einem breiteren Kreise erstmals 1967 auf einer von der Fachsektion Ökonomische Geographie der Geographischen Gesellschaft der DDR und dem Institut für Wirtschaftsgeschichte an der Akademie der Wissenschaften der DDR gemeinsam veranstalteten Arbeitstagung in Berlin diskutiert.² Im Anschluß daran konstituierte sich ein Arbeitskreis Historische Geographie an der oben genannten Fachsektion, der in der Folgezeit jährlich eine Arbeitstagung durchführte. Die auf dem Geographen-Kongreß in Neubrandenburg abgehaltene Themenkreis-Sitzung zur Historischen Geographie war daher die logische Fortsetzung einer mehrjährigen Entwicklung.

In den Vorträgen des Themenkreises kam die Vielfalt historisch-geographischer Fragestellungen deutlich zum Ausdruck. Es wurden Probleme aus dem Bereich der territorialen Ressourcen-, Siedlungs-, Bevölkerungs-, Produktions- und Infrastruktur sowie der administrativen Entwicklung behandelt. Sie zeigten aber auch die Bedeutung, die die Historische Geographie sowohl für die Ökonomische Geographie durch ihre Untersuchungen der Genese der heutigen administrativen und wirtschaftlichen regionalen Einheiten und deren räumlicher Struktur als auch für die Wirtschaftsgeschichte durch die Darlegung des territorialen Niederschlags der Produktivkräfte (und Produktionsverhältnisse) in der Geschichte besitzt.

Im ersten Vortrag ging Eva Driescher (Berlin) auf "Veränderungen an Oberflächengewässern im mittel- und nordbrandenburgischen Raum in historischer Zeit" ein. Sie stellte im Ergebnis eingehender Forschungen fest, daß der Wasserstand der Seen des 12./13. Jahrhunderts niedriger und im 16. - 18. Jahrhundert höher lag als gegenwärtig. Daraus ergaben sich vielfältige Veränderungen im hydrographischen System, wobei der anthropogene Anteil eindeutig überwog. Er resultierte überwiegend aus Eingriffen, die die Verbesserung der Nutzung geographischer Ressourcen für die Wirtschaft bezweckten oder militärisch-politische Ziele hatten.

Über die "frühgeschichtlichen Wurzeln der heutigen Siedlungsstruktur im Norden der DDR" referierte anschließend Eike Gringmuth-Dallmer (Berlin). Ausgehend von der Feststellung, daß diese Wurzeln in der slawischen Besiedlungsepoche zu suchen seien, analysierte er die Veränderungen in der Siedlungsstruktur, die sich im Gefolge der feudalen deutschen Ostexpansion auf der Grundlage der sich verändernden sozialökonomischen Bedingungen herausbildeten. Die Ostexpansion unterbrach abrupt die eigenständige slawische Entwicklung und übertrug voll ausgebildete feudale Produktionsverhältnisse aus den Herkunftsländern der deutschen Kolonisten in die eroberten Gebiete. Die schnelle Durchsetzung der neuen Siedlungsstruktur dürfte nach Gringmuth-Dallmer weitgehend auf die Machtmittel des deutschen Feudalstaates zurückzuführen sein, die gezielte und gelenkte Siedlungsmaßnahmen gestatteten. So wurden die alten Burgzentren durch neue Verwaltungsorte ersetzt. An die Stelle der weilerartigen slawischen Dorfformen traten zu-

2 Vgl. Beiträge zu Problemen der Historischen Geographie und der Geographischen Wirtschaftsgeschichte in der DDR, hg. v. Bruno Benthien u. Wilfried Strenz, Gotha/Leipzig 1970 = Wissenschaftliche Abhandlungen der Geographischen Gesellschaft der DDR, Bd. 8; Narweleit, Gerhard, Bericht über die Tagung "Gegenwärtige Probleme der Historischen Geographie bzw. der Geographischen Wirtschaftsgeschichte in der DDR" am 10. und 11. März 1967 in Berlin, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1967, T. 4, S. 313 - 331.

nächst Gassen- und Sackgassendörfer und dann die ausgereiften Planformen der Anger- und Straßendörfer sowie der Rundlinge. Die alten Blockfluren wurden durch die Gewinn- und Langstreifenfluren abgelöst. In ihnen erfuhr bei gleichbleibendem Wald-Feld-Verhältnis (!) die Ackerfläche eine Vergrößerung gegenüber den Wiesen. An diese These, wie auch an die Frage der ethnischen Zuordnung des Rundlings knüpfte sich ein längerer Meinungsstreit.

Ein interessantes sozialökonomisches Problem schnitt Werner Radig (Berlin) mit der Frage nach "Ackerbürgerhöfen und Ackerbürgerstädten in der Mark Brandenburg" an. Er zeigte an Hand von Bildern die zum Teil noch vorhandenen, oft aber vom Abriß bedrohten Ackerbürgerhöfe und deren Raum- und Hofordnung und forderte die Dokumentation der schriftlichen und baulichen Überlieferungen und ihr Einfließen in neue Darstellungen unserer sozialistischen Städte. Am Beispiel der Planung des Stadtkerns von Bernau wies er auf die Möglichkeiten einer sinnvollen Synthese von Neubauten und erhaltungswürdiger Altbausubstanz hin.

Um das Problem des Ackerbürgers bzw. der Ackerbürgerstadt entwickelte sich eine rege Diskussion, in der vor allem Wegner auf die Problematik der Begriffsbestimmung "Ackerbürgerstadt" hinwies und für das 19./20. Jahrhundert die Bezeichnung "Landstadt" für angebracht hielt. Es wurde ferner angeregt, diese Thematik auf der nächsten Tagung des Arbeitskreises Historische Geographie unter breiterem Blickwinkel zu behandeln.

Wegner referierte anschließend über "Die Vorstadtentwicklung von Greifswald seit dem 17. Jahrhundert" und griff damit eine Fragestellung auf, die auf der 25. Arbeitstagung der Fachsektion Ökonomische Geographie der Geographischen Gesellschaft der DDR in Berlin insbesondere von K. Czok (Leipzig) in den Vordergrund gerückt und an Hand von Städten aus dem Süden der DDR behandelt wurde. Nach der Begriffsbestimmung von Altstadt, Neustadt und Vorstadt wies Wegner an Hand der räumlichen Entwicklung Greifswalds mit zahlreichen Stadtplänen aus dem 17. - 20. Jahrhundert nach, daß eine eigentliche Vorstadtherausbildung in den Nordgebieten der DDR erst mit der kapitalistischen Entwicklung in stärkerem Umfang einsetzte.

Über "Die Stadt-Umland-Beziehungen Neubrandenburgs als Gegenstand geographischer Forschung seit den dreißiger Jahren" sprach G. Albrecht (Greifswald). Ausgehend von der Definition der Stadt-Umland-Beziehungen als der Gesamtheit aller Wechselbeziehungen zwischen einer Stadt und dem sie umgebenden Territorium, einer kurzen Darlegung der dafür üblichen systematischen Einteilung (produktionsräumliche, politisch-administrative und sozialräumliche Beziehungen mit Untergliederung der letzteren in arbeits- und versorgungsräumliche Faktoren) und ihre Bewertung als Untersuchungskriterien wurden bislang vorliegende Arbeiten über das Neubrandenburger Gebiet kritisch behandelt. Nach Albrecht werden mit zunehmender Annäherung an die Gegenwart die Aussagen durch die Einbeziehung quantitativer Gesichtspunkte immer differenzierter, doch haben qualitativ etwa gleichwertige Funktionsgruppen in den rund 40 Jahren trotz des administrativen Bedeutungszuwachses Neubrandenburgs als Bezirkshauptstadt ihre Wirkungsausdehnung räumlich annähernd konstant gehalten.

"Veränderungen im Flur- und Siedlungsbild von Mittenwalde/Kr. Templin von 1945 bis zur Gegenwart" erläuterte Wilfried Strenz (Berlin) an Hand einer Karte aus dem Atlas zur Geschichte, Bd. 2. Die Karte zeigt an einem typischen Beispiel die räumlichen Veränderungen, die die sozialökonomischen Umwälzungen auf dem Dorf durch die Umwandlung eines Ritterguts in ein Neubauerndorf und

den nachfolgenden Zusammenschluß der Einzelwirtschaften zur LPG herbeigeführt haben.

Mit dieser Thematik ist ein Weg beschritten worden, der unseres Erachtens auf breiterer Ebene fortgesetzt werden sollte, bietet sich hier doch der Historischen Geographie die Möglichkeit, Antwort zu geben auf die Frage, durch welche Prozesse gerade in jüngster Zeit die heutige Territorialstruktur auf dem Lande herausgebildet worden ist.

In seinem mit großem Interesse aufgenommenen Beitrag über die "sozialökonomische Struktur und Bevölkerungsentwicklung im Norden der DDR im 18. und 19. Jahrhundert" zeigte Hartmut Harnisch (Berlin) nach einer kritischen Auseinandersetzung mit den Modellvorstellungen des bürgerlichen Demographen Mackenroth über die natürliche Bevölkerungsbewegung im Spätfeudalismus und im Übergangsstadium zum Kapitalismus, daß ein Ansteigen der Eheschließungs- und Geburtenziffern und damit ein schnelleres Wachstum der Bevölkerung nicht erst durch die Agrarreformen am Anfang des 19. Jahrhunderts, sondern schon durch die Auflösungserscheinungen der Gutsherrschaft in der klassischen Form gegen Ende des 18. Jahrhunderts ausgelöst wurde. Im Untersuchungsgebiet auftretende Unterschiede in der Bevölkerungsentwicklung finden nach Harnisch ihre Erklärung im unterschiedlichen zeitlichen Einsetzen und Tempo des Zerfalls der klassischen Gutsherrschaft, hervorgerufen letztlich durch eine räumlich differenzierte Entwicklung der Produktivkräfte.

"Zum Problem der Wanderungen in den Nordbezirken der DDR im 19. Jahrhundert" sprach Heinzpeter Thümmler (Berlin). Von den Verhältnissen im Deutschen Bund ausgehend stellte er vier große Perioden in der Wanderungsbewegung fest, von denen die ersten drei in etwa mit den Entwicklungsphasen der Industriellen Revolution übereinstimmten (1816 - 34, 1834 - 52 und 1852 - 71), die letzte in die Zeit des beginnenden Monopolisierungsprozesses bis zum Übergang zum Imperialismus fiel (1871 - 1900). Für Mecklenburg und Pommern zeigte sich, daß in der ersten Periode beide Gebiete einen beachtlichen Wanderungsgewinn verzeichneten. Aber schon in der nächsten Periode wies Mecklenburg eine kräftige Abwanderung nach Übersee auf, die bis 1867 anhielt. Erst danach, durch die Öffnung der Großherzogtümer für die Binnenwanderung in Deutschland, beteiligten sich Mecklenburger zunehmend an der großen Ost-West-Wanderungsbewegung.

"Die Entwicklung der Landmaschinenindustrie im Norden der DDR im 19. Jahrhundert" charakterisierte Hans-Heinrich Müller (Berlin). Am Beispiel einiger Betriebe in Mecklenburg und Pommern stellte er fest, daß entgegen der bisher geläufigen These über die Herausbildung einer deutschen Landmaschinenindustrie erst in den fünfziger und sechziger Jahren des 19. Jahrhunderts selbst in diesen industriell wenig entwickelten Gebieten schon in den vierziger Jahren in beachtlichem Umfang landwirtschaftliche Maschinen hergestellt wurden.

Über "Die Entwicklung des Binnenschiffsverkehrs zwischen Elbe und Elde in der Zeit von 1820 - 1910" berichtete Hans-Joachim Rook (Berlin). Nach einer knappen Charakteristik der mecklenburgischen Verkehrslage zeigte er, daß der Umfang der Transporte auf der Elde zwar anwuchs, als Anteil am Elbeverkehr aber bedeutungslos wurde. In der Warenstruktur verlagerte sich beim Import das Schwergewicht vom Transport wertvoller Kaufmannsgüter zu demjenigen billiger Massengüter, während im Export land- und forstwirtschaftliche Rohstoffe, zeitweise auch Baustoffe, dominierten.

Als letzter sprach Joachim Wächter (Greifswald) über die "Verwaltungsgrenzen Schwedisch-Vorpommerns und ihre weitere Entwicklung". Er stellte fest, daß

Schwedisch-Vorpommern nach der Übernahme durch Preußen (1815) aus politischen Gründen als Regierungsbezirk unverändert weiter bestehen blieb und auch später (1874) in seiner Begrenzung nur geringfügig verändert wurde. Das gilt auch für die vier Kreise, aus denen lediglich zwei Stadtkreise (Stralsund 1873, Greifswald 1913) ausgegliedert wurden. Erst in der Weltwirtschaftskrise (1932) erfolgte aus Sparsamkeitsgründen die Auflösung des Stralsunder Regierungsbezirks und seine Integrierung in den Stettiner.

Die abschließende Diskussion zu den Referaten des Nachmittags brachte eine Fülle von Anfragen und Ergänzungen und gab zahlreiche Anregungen für die kommende Arbeit in der Historischen Geographie.

Es muß hervorgehoben werden, daß der genannte Themenkreis auch der Wirtschaftsgeschichte, speziell der Geschichte der Produktivkräfte, vielfältige neue Anregungen für die territoriale Erfassung von Raumstrukturen der Produktivkräfte gegeben hat.

Gerhard Narweleit

TAGUNG DER PAPIERGECHICHTSFORSCHER SOZIALISTISCHER LÄNDER
(13. bis 14. Mai 1975 in Heidenau)

Die Tagung wurde vom Fachausschuß "Papiergeschichte" im Fachverband Holz, Papier, Polygraphie der Kammer der Technik mit Unterstützung des Deutschen Buch- und Schriftmuseums der Deutschen Bücherei veranstaltet. Es nahmen zirka siebzig Personen teil, darunter Vertreter aus der ČSSR, der Ungarischen Volksrepublik, der Volksrepublik Polen und aus der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien.

Im Verlauf der Tagung wurden elf Referate gehalten, in denen unter anderem ein Überblick über die Papiergeschichte in Ungarn, in der Slowakei und in Polen gegeben wurde. Weitere Vorträge hatten die historische Entwicklung der Fachrichtung Papiertechnik an der Technischen Universität Dresden, die Geschichte des Rohstoffs Altpapier und der Holzschliffherstellung zum Gegenstand. Ein Teilnehmer berichtete über Erfahrungen in der Betriebsgeschichtsschreibung, ein weiterer über Papyrusherstellung. Besonders wichtig war die Diskussion über die weitere internationale Zusammenarbeit im Rahmen des RGW und die Förderung des organisatorischen Zusammenschlusses der Papierhistoriker in den einzelnen Ländern in enger Verbindung mit den jeweiligen technisch-wissenschaftlichen Vereinen.

Die im Tagungsraum aufgebaute Ausstellung des Deutschen Buch- und Schriftmuseums der Deutschen Bücherei mit dem Thema "Handwerkliche Papierherstellung im Bild", die in einer Einleitung über die Bestände, Aufgaben und Tätigkeiten dieses Museums zur Papiergeschichte informierte und außerdem eine Auswahl betriebsgeschichtlicher Fachliteratur darbot, fand bei allen Teilnehmern großes Interesse und regte zu vielfältigen Fachgesprächen an.

Diese Zusammenkunft ist als vielversprechender Anfang einer engen Zusammenarbeit der sozialistischen Länder auf dem Gebiet der Papiergeschichtsforschung und der Betriebsgeschichte in der Zellstoff- und Papierindustrie zu werten.

Wolfgang Schlieder

Bibliographie

HOCHSCHULSCHRIFTEN ZUR WIRTSCHAFTSGESCHICHTE

von Renate Günther

Karlheinz Bauer

ENTWICKLUNGSTENDENZEN DER CHEMISCHEN INDUSTRIE SKANDINAVIENS (SCHWEDEN, DÄNEMARK, FINNLAND, NORWEGEN) UNTER DEM EINFLUSS DER EWG UND EFTA UND DIE SICH DARAUS ERGEBENDEN SCHLUSSFOLGERUNGEN FÜR DIE GESTALTUNG DER AUSSENHANDELSBEZIEHUNGEN DER DDR ZU DIESEN LÄNDERN UNTER BESONDERER BERÜCKSICHTIGUNG VON ELASTE UND PLASTE

Dissertation A (27. 6. 1973)

Technische Hochschule für Chemie "Carl Schorlemmer" Leuna-Merseburg

1. Die monopolistische Konzentration der Produktion und des Kapitals und der Einfluß von EWG und EFTA auf die ökonomische Entwicklung der skandinavischen Länder bei besonderer Berücksichtigung der chemischen Industrie
2. Die Veränderung der inneren Struktur der Chemieproduktion und des Chemieaußenhandels der skandinavischen Länder und der DDR unter besonderer Berücksichtigung von Elaste und Plaste. Die Bedeutung der Chemie bei der Entwicklung einer modernen Wirtschaftsstruktur. Kennzahlen der Chemieproduktion der skandinavischen Länder (Problematik des Vergleichens der Chemieproduktion verschiedener Länder; Der Produktionsindex der Chemieproduktion und die Entwicklung des Anteils der chemischen Industrie an den Volkswirtschaften der skandinavischen Länder; Grobstruktur der Chemieproduktion; Der Selbstversorgungsgrad der Chemieproduktion). Kennzahlen des Chemieaußenhandels der skandinavischen Länder
3. Entwicklungstendenzen von Produktion und Außenhandel der chemischen Industrie der skandinavischen Länder und Möglichkeiten der Berücksichtigung dieser Entwicklung für die weitere Gestaltung der Außenhandelsbeziehungen der DDR. Ausgangsgrößen: Politische und handelspolitische Aspekte; Die Auswirkungen der zwischen der EWG und den skandinavischen Ländern abgeschlossenen Verträge auf die Gestaltung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen den verbleibenden EFTA-Ländern und der EWG und den skandinavischen Ländern und der DDR; Gegenüberstellung der Entwicklungstendenzen von Produktion und Außenhandel der chemischen Industrie der DDR und der skandinavischen Länder. Möglichkeiten der Entwicklung der Zusammenarbeit in Produktion und Außenhandel zwischen der chemischen Industrie der DDR und der chemischen Industrie der Länder Skandinaviens, besonders bei Elaste und Plaste

Erika Czalla

DIE AUSWANDERUNG AUS MECKLENBURG NACH NORDAMERIKA IN DER 2. HÄLFTE DES 19. JAHRHUNDERTS. EIN BEITRAG ZUR DARSTELLUNG IHRER HISTORISCHEN UND POLITISCH-ÖKONOMISCHEN URSACHEN

Dissertation A (30. 3. 1974)

Universität Rostock

1. Zum Gegenstand der Arbeit. Die bürgerliche Forschung zum Problem der europäischen Auswanderung
2. Die europäische Auswanderung nach Übersee in der 2. Hälfte des 19. Jahrhunderts. Die Auswanderung aus Deutschland
3. Die Auswanderung aus Mecklenburg in der 2. Hälfte des 19. Jahrhunderts. Die politischen, ökonomischen und sozialen Verhältnisse in Mecklenburg als Ursache der Auswanderung (Besitz- und Machtverhältnisse; Lage der Landarbeiter, Handwerker und Bauern; Zur Klassenauseinandersetzung vor und nach der Revolution von 1848/49). Überblick über die mecklenburgische Auswanderung (Herkunftsgebiete der Auswanderer; Soziale Zusammensetzung; Organisation der Auswanderung; Schicksal der Auswanderer in den USA). Folgen der mecklenburgischen Auswanderung

Sigtraut Finzelberg

DIE WIRTSCHAFTSPOLITIK DER SOZIALISTISCHEN EINHEITSPARTEI DEUTSCHLANDS IN VORBEREITUNG UND DURCHFÜHRUNG DER VOM VIII. PARTEITAG BESCHLOSSENEN HAUPTAUFGABE (HERBST 1970 BIS SOMMER 1972)

Dissertation A (25. 7. 1975)

Institut für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED, Berlin

1. Die Einleitung von qualitativen Veränderungen in der Wirtschaftspolitik und die Initiative der Arbeiterklasse vom Herbst 1970 bis zum VIII. Parteitag der SED. Lage und Entwicklung der Volkswirtschaft Ende der 60er/Anfang der 70er Jahre - Die 14. Tagung des ZK der SED vom Dezember 1970. Die Initiativen der Arbeiterklasse zur Lösung der volkswirtschaftlichen Aufgaben im ersten Halbjahr 1971 und der Vorbereitung des VIII. Parteitages der SED
2. Die sozialistische Staatengemeinschaft Anfang der 70er Jahre. Der XXIV. Parteitag der KPdSU. Die Parteitage in anderen sozialistischen Ländern. Der VIII. Parteitag der SED - Beginn einer neuen Etappe bei der weiteren Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft in der DDR (Die weitere Verankerung der DDR in der sozialistischen Staatengemeinschaft; Die wirtschafts- und sozialpolitische Konzeption des VIII. Parteitages der SED; Kontinuität und neue Qualität)
3. Die Einleitung von wirtschaftspolitischen Maßnahmen zur Realisierung der vom VIII. Parteitag der SED beschlossenen Hauptaufgabe. Die Auslösung neuer Initiativen zur Weiterführung des sozialistischen Wettbewerbs in der Industrie. Der Kampf der SED um die Stabilisierung der Volkswirtschaft und für einen neuen volkswirtschaftlichen Aufschwung. Die Rolle der Gewerkschaften bei der Verwirklichung der Aufgaben des VIII. Parteitages und die Einleitung von Maßnahmen zur Erhöhung der Wirksamkeit der Gewerkschaftsarbeit. Die Ausarbeitung des Volkswirtschaftsplanes 1972 und des Fünfjahrplanes 1971 bis 1975

4. Die Stärkung der sozialistischen Produktionsverhältnisse und der führenden Rolle der Arbeiterklasse durch die Neubildung volkseigener Betriebe im ersten Halbjahr 1972. Die Politik der SED zur Bildung neuer Volkseigener Betriebe: Zur Struktur der Eigentumsverhältnisse in der Industrie und im Bauwesen in den 60er Jahren - Die Zuspitzung von gesellschaftlichen Widersprüchen; Die steuerpolitischen Regelungen zur Eindämmung kapitalistischer Tendenzen in nichtsozialistischen Produktionsformen; Die Beschlüsse der 4. Tagung des ZK der SED vom Dezember 1971 zur Bildung neuer volkseigener Betriebe. Der Verlauf der Umwandlung von Betrieben mit staatlicher Beteiligung, privaten Industrie- und Baubetrieben sowie industriell produzierenden PGH in volkseigene Betriebe. Dargestellt am Bezirk Karl-Marx-Stadt: Der Umwandlungsprozeß vom Februar bis Juni 1972; Die ökonomische Situation in für die Umwandlung vorgesehenen Betrieben - Dargestellt an den Kreisen Karl-Marx-Stadt, Glauchau und Marienberg; Die Stellung der Arbeiter zur Umwandlung der Betriebe; Altersstruktur, Qualifikation und Organisiertheit der Arbeiter in den ehemaligen Betrieben mit staatlicher Beteiligung und privaten Betrieben; Die Stellung der Komplementäre und privaten Unternehmer zur Umwandlung; Altersstruktur, Qualifikation und Organisiertheit der Komplementäre. Die Gründung neuer Volkseigener Betriebe. Ergebnisse der Umwandlung und die Stabilisierung der neugebildeten volkseigenen Betriebe
- Exkurs zur Auseinandersetzung mit einigen Publikationen der imperialistischen Geschichtsschreibung nach dem VIII. Parteitag der SED

Jürgen Franke

DIE DSCHAGGA IM SPIEGEL DER ZEITGENÖSSISCHEN BERICHTE 1885 - 1916. EIN BEITRAG ZUR GESCHICHTE DER DSCHAGGA WÄHREND DER DEUTSCHEN KOLONIALZEIT

Dissertation A (11. 12. 1974)

Karl-Marx-Universität Leipzig, Sektion Afrika- und Nahostwissenschaften

1. Die Dschagga 1885 - 1916: Aspekte ihrer historischen Entwicklung
2. Widerstand und Diplomatie: Die politische Entwicklung 1885 - 1905
3. "Die neue Zeit": Gesellschaftliche Entwicklung und Selbstbewußtsein 1905 - 1910 (darunter:) Von der Subsistenz zur Marktwirtschaft. Wirtschaftliche Aktivität nach 1905; Transport und Absatz; Tausch- und Geldverkehr; Veränderung der Subsistenzwirtschaft: Stand der Produktivkräfte um 1900, Subsistenzwirtschaft - Forschungsgeschichte und Quellenlage, Ausdehnung der Anbauflächen für Nahrungspflanzen, Zur Produktivität der Subsistenzwirtschaft, Übernahme neuer Anbaupflanzen (Mais, Kartoffel, Weizen, Reis und Maniok, Gemüse, Gewürzpflanzen u. a., Baumwolle, Kautschuk, Kaffee), Verkauf von Bienenwachs, Zunahme der Viehhaltung und Verkauf von Häuten und "samli". Zur Veränderung der sozialen Verhältnisse der Dschagga nach 1905: Die Zunahme der sozialen Differenzierung und die Anfänge einer Geld- und Marktwirtschaft; Ausbau der sozial-ökonomischen Position der traditionell Privilegierten: Begünstigung der Häuptlinge durch die Kolonialmacht, Rechtsprechung, Haus- und Hüttensteuer, Zwangsarbeit, Bodenrecht, Frondienst und Frondank, Hofdienst, Sklaverei und Schuldhaf, abhängige Häuptlingstümer, Ausbeutung von Stammesfremden und Stammesgenossen, "Verträge zwischen Häuptlingen und Pflanzern, Rindersteuer und andere Abgaben, Verkaufskulturen - Häuptlinge und "Reiche" pflanzen Kaffee, Anlage von Geld, Ausbau der rituellen Funktio-

nen, eine Namensliste der "Reichen", Die Herausbildung von Lohnarbeitsverhältnissen und die allgemeine Verschlechterung der Lebensbedingungen nach 1905: Der außerökonomische Zwang bei der Gewinnung von Lohnarbeitern (Europäische Plantagenwirtschaft, Haus- und Hüttensteuer und "Arbeiterfrage", Grundsätzliches zur Lohn- und Zwangsarbeit am Kilimandscharo, Die Herausbildung von Lohnarbeitsverhältnissen am Kilimandscharo (Plantagenarbeit, Wanderarbeit, Kinderarbeit, gelernte Lohnarbeiter, Die "Landarmen" unter den Lohnarbeitern, Löhne), Die allgemeine Verschlechterung der Lebensbedingungen (Rückgang der Produktivität der Subsistenzwirtschaft: Geschlechtliche Arbeitsteilung - Überlastung der Frau, Vernachlässigung des Bodenbaus, Individueller Bodenbesitz und Landmangel, Von der Natural- zur Geldwirtschaft - die Verteuerung der Lebensmittel, Hungersnöte, Marktzwang - Verteuerung und Verfälschung der Waren, Verschlechterung der Gesundheitsverhältnisse: Unterernährung und Kindersterblichkeit, Ursachen für geringen Bevölkerungszuwachs, Krankheit und Mortalität der Lohnarbeiter)

4. 1910 - 1916: Unabhängigkeit und Kolonialherrschaft. Aspekte der gesellschaftlichen Entwicklung 1910 - 1916: Ökonomische Entwicklung und Kolonialherrschaft, Die Verschärfung der Auseinandersetzung mit den europäischen Siedlern nach 1910. Die große Nachfrage nach Schulbildung, Soziale Entwicklung und Emanzipation nach 1910. Die politische Situation um 1916 und das Ende der deutschen Kolonialherrschaft

Gottfried Freitag

DIE ZAHLUNGSBILANZ INDIENS - EINE ÖKONOMISCHE ANALYSE IHRER ENTWICKLUNG

Dissertation A (8. 11. 1973)

Karl-Marx-Universität Leipzig, Sektion Afrika- und Nahostwissenschaften

1. Einige Grundzüge der volkswirtschaftlichen Entwicklung Indiens seit der Erringung der staatlichen Selbständigkeit. Allgemeine Tendenzen der sozialökonomischen Entwicklung. Charakteristische Merkmale bei der Umgestaltung der Volkswirtschaftsstruktur. Zur Rolle des nationalen Geldsystems bei der Lösung der ökonomischen Hauptaufgaben
2. Die Widerspiegelung der Außenwirtschaftsbeziehungen Indiens in seiner Zahlungsbilanz. Die theoretischen Voraussetzungen für die Zahlungsbilanzanalyse. Die Analyse der Zahlungsbilanzbestandteile: Die Leistungsbilanz (Entwicklungstendenzen der materiellen Austauschbeziehungen, Einfluß der kapitalistischen Weltmarktpreise auf die Handelsbilanz, Die Bedeutung des unsichtbaren Handels und der unentgeltlichen Leistungen); Die Kapitalbilanz (Allgemeine Tendenzen des internationalen Kapitalverkehrs Indiens, Inanspruchnahme ausländischen Kapitals und die daraus erwachsenden Rückzahlungsverpflichtungen, Die Bedeutung der ökonomischen Unterstützung durch das sozialistische Welt-system); Die Gold- und Devisenbilanz (Die Funktionen des Staates bei der Gestaltung der internationalen Währungsbeziehungen, Die Entwicklung der Gold- und Devisenreserven, Zur Politik einer "unabhängigen" Währungsentwicklung). Unechter Zahlungsbilanzausgleich als Ausdruck der latenten Liquiditätskrise
3. Zur Gestaltung der Außenwirtschaftsbeziehungen der DDR mit Indien. Die bisherige Entwicklung der zwischenstaatlichen ökonomischen Beziehungen, Die weitere Entfaltung der bilateralen Außenwirtschaftsbeziehungen unter Berücksichtigung der künftigen Zahlungsbilanzentwicklung Indiens

1. Die Luftfahrtentwicklung bis zur Beendigung des I. Weltkrieges. Der dialektische Zusammenhang zwischen der Entstehung von technischen Voraussetzungen für den Bau von Flugapparaten und der Produktivkräfteentwicklung (Interessen und Bedürfnisse der Bourgeoisie; technische Verbesserungen bei Kriegsflugzeugen, Kriegsflugzeugindustrie)
2. Die Entstehung einer Luftfahrtindustrie in Deutschland bis zur Gründung der Deutschen Lufthansa im Jahre 1926. Innere und äußere Entwicklungsbedingungen unter den Bestimmungen des Vertrages. Die neuen Probleme bei der Schaffung einer Luftverkehrsnachfrage zu Beginn der Zivilluftfahrtentwicklung im imperialistischen Deutschland. Die veränderten Machtverhältnisse für die Flugzeugindustrie nach der Kriegskonjunktur, dargestellt an der Entwicklung des Junkers-Unternehmens. Der wachsende Einfluß des bürgerlichen Staates auf die Entwicklung der Zivilluftfahrt. Die Auswirkungen der Inflation, der geringen Rentabilität sowie der Luftverkehrsnachfrage auf die Luftfahrtindustrientwicklung während der 20er Jahre. Der technische Fortschritt im Flugzeugbau und sein Nutzen für andere Bereiche und Zweige der Industrie
3. Die Entwicklung des deutschen Flugwesens von 1926 bis zur Errichtung des Hitlerfaschismus. Die qualitativ neuen Anforderungen im deutschen Luftverkehr bei der Erweiterung der Luftverkehrsnachfrage. Die Weiterentwicklung des Luftverkehrs unter der Zugrundelegung des technischen Fortschritts innerhalb noch zu entwickelnder Flugeigenschaften. Die Wechselbeziehungen zwischen der Entwicklung des inneren und äußeren Absatzmarktes an Flugzeugen bis zur Weltwirtschaftskrise. Die unterschiedlichen Krisenauswirkungen im Flugzeugbau und Luftverkehr in der Weltwirtschaftskrise (Eingriff des Reichsverkehrsministeriums, antizyklische Maßnahmen, Bankrott der Flugzeugindustrie). Die Methoden der staatsmonopolistischen Regulierung der Luftfahrt zur Tarnung militärischer Ziele. Die von der Flugzeugindustrie ausgehenden technischen Impulse an andere Industriezweige und Bereiche der Industrie (Leichtmetallkolben in Flugzeugmotoren, Korrosionsschutz, Flugzeugdieselmotor, funktechnisches Nachrichtensystem)
4. Die Entwicklung der Luftfahrtindustrie unter dem Faschismus in Deutschland 1933 - 1939. Die Schaffung eines staatlichen Sektors im Flugzeugbau und die Liquidierung des Privatmonopols von Hugo Junkers. Die politischen und ökonomischen Hintergründe für die Verlangsamung der Luftverkehrsentwicklung bei der Deutschen Lufthansa. Die Vorbereitung und der Beginn der Großserienproduktion innerhalb der faschistischen Luftwaffenschmiede. Der Konkurrenzkampf unter den Flugzeugkonzernen als Ausdruck des Kampfes um Luftrüstungsaufträge. Die Wechselbeziehungen zwischen der faschistischen deutschen Luftkriegsdoktrin und dem Luftrüstungspotential. Die Ausbildung eines Pilotenheeres für die faschistische Luftwaffe. Der Zuwachs an technischer Weiterentwicklung in der Luftfahrtindustrie und seine Verwendung in anderen Industriezweigen (Motorisierung, Elektrotechnik, Werkstofftechnik)
5. Die deutsche Flugzeugindustrie im II. Weltkrieg. Die Widersprüche zwischen den Flugzeugkonzernen und dem Reichsluftfahrtministerium. Die Entwicklung und die Rolle der Kriegsflugzeugproduktion im faschistischen Deutschland

Rolf Helbig, Wilhelm Langbein, Lothar Zymara

BEITRÄGE ZUR LAGE DES WEIBLICHEN PROLETARIATS UND DESSEN AKTIVER EINBEZIEHUNG IN DEN KAMPF DER DEUTSCHEN ARBEITERKLASSE GEGEN IMPERIALISMUS, MILITARISMUS UND KRIEG IN DER DRITTEN HAUPTPERIODE DER GESCHICHTE DER DEUTSCHEN ARBEITERBEWEGUNG

Dissertation A (14. 9. 1973)

Pädagogische Hochschule "Clara Zetkin" Leipzig, Sektion Geschichte

1. Über die Entwicklung der Frauenlohnarbeit in Deutschland in der dritten Hauptperiode der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung unter Beachtung der Auswirkungen der Besonderheiten und des spezifischen Charakters des deutschen Imperialismus auf die Lage der werktätigen Frau. Zum Klasseninhalt der Standpunkte der sogenannten Frauenfrage im allgemeinen und zur Frauenberufssarbeit im besonderen. Allgemeine Entwicklungstendenzen der Frauenlohnarbeit und ihre Einbeziehung in die Volkswirtschaft des Deutschen Reiches in der Zeit von 1895 bis zum ersten Weltkrieg. Die Arbeits- und Lebensbedingungen des weiblichen Proletariats in diesem Zeitraum und der Kampf gegen die ständig steigende Ausbeutung der Frauen durch die herrschenden Klassen; Kampf um die Arbeiterinnenschutzgesetzgebung und Ergebnisse; Zur Tätigkeit der Gewerbeaufsicht und ihrer Klassenfunktion; Die Lage der von der Arbeiterinnenschutzgesetzgebung ausgeschlossenen werktätigen Frauen; Die Entwicklung der Löhne und der Lebenshaltungskosten des weiblichen Proletariats; Zu einigen weiteren Elementen der Lage der Arbeiterinnen. Einige Einflüsse der Besonderheiten des deutschen Imperialismus auf die politische, ökonomische und rechtliche Stellung der werktätigen Frau in den deutschen Bundesstaaten. Resümee der Entwicklung der Frauenlohnarbeit bis zum Ausbruch des ersten Weltkrieges
2. Die Einbeziehung der weiblichen Arbeitskraft in den kapitalistischen Produktionsprozeß unter den Bedingungen des ersten Weltkrieges in Deutschland. Die Abwälzung der Hauptlast des Krieges in Deutschland auf die proletarische Frau. Die hemmungslose Ausbeutung der Frauen in der Kriegswirtschaft des deutschen Imperialismus. Die Auswirkungen der veränderten Stellung der Frau im Produktionsprozeß während des Krieges auf den Kampf um die Gleichberechtigung der Frau
3. Die Formierung der proletarischen Frauenmassen in den Organisationen der deutschen Arbeiterklasse
4. Der Kampf der deutschen Arbeiterklasse um demokratische Rechte für die Frauen
5. Beiträge zum Anteil des Kampfes deutscher proletarischer Frauen am Kampf der Arbeiterklasse gegen Imperialismus, Militarismus und Krieg in den Jahren 1914 bis um die Mitte des Jahres 1917

Peter Kirste

ZUR AUSARBEITUNG DER WIRTSCHAFTSPOLITISCHEN KONZEPTION DER KPD 1944 BIS 1945. DIE ERSTEN SCHRITTE DER ARBEITERKLASSE ZUR VERWIRKLICHUNG DER WIRTSCHAFTSPOLITIK DER KPD BEI DER EINLEITUNG DER ANTI-FASCHISTISCHEN, ANTI-IMPERIALISTISCH-DEMOKRATISCHEN UMWÄLZUNG VON MAI BIS DEZEMBER 1945

Dissertation A (3. 7. 1975)

Institut für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED, Berlin

1. Die Ausarbeitung wesentlicher Grundsätze der wirtschaftspolitischen Konzeption der KPD für die antifaschistische, antiimperialistisch-demokratische Umwälzung in der Zeit vom Februar 1944 bis April 1945. Die Entwicklung wirtschaftskonzeptioneller Grundsätze der KPD. Die wirtschaftspolitischen Ziele der KPD im Entwurf des "Aktionsprogramms des Blocks der kämpferischen Demokratie". Die wirtschaftspolitischen Vorstellungen der dritten operativen Leitung der KPD in Deutschland. Zum Einfluß der KPD auf die wirtschaftspolitischen Konzeptionen der Bewegung "Freies Deutschland". Der Beitrag der KPD-Organisationen in den kapitalistischen Ländern zum Wirtschaftsprogramm der Partei. Die Präzisierung der Wirtschaftskonzeption der Parteiführung der KPD
2. Die Befreiung des deutschen Volkes. Die Ausgangsbedingungen für den Neuaufbau und die Demokratisierung der Wirtschaft. Die ersten Maßnahmen der Aktivisten der ersten Stunde zur Wiedereingangssetzung der Produktion und zur Sicherung der materiellen Existenz des Volkes. Die Hilfe der Sowjetarmee April/Mai bis Juni 1945. Der Kampf der antifaschistischen Kräfte unter Führung der Arbeiterklasse in den zeitweilig von angloamerikanischen Truppen besetzten Gebieten um die Durchführung antiimperialistisch-demokratischer Maßnahmen und für die Verhinderung der wirtschaftlichen Ausplünderung
3. Das antifaschistisch-demokratische Aktionsprogramm und die wirtschaftspolitische Konzeption der KPD (Aufruf vom 11. Juni 1945). Der Aufbau und die Tätigkeit wirtschaftsleitender Organe als Kommandohöhen der Arbeiterklasse in der antiimperialistisch-demokratischen Umwälzung. Das Ringen der Arbeiterklasse unter Führung der KPD zur Wiedereingangssetzung der Industrie und zur Umstellung der Produktion auf Friedensproduktion. Der Beginn einer neuen demokratischen Agrarpolitik der KPD. Die Rolle der Arbeiterklasse bei der Verwirklichung der Bodenreform und der Sicherung der Volksernährung (Neue Bündnisbeziehungen; Bedeutung der demokratischen Bodenreform für die Entwicklung der ökonomischen Basis der antifaschistisch-demokratischen Ordnung). Der Kampf der Arbeiterklasse in den westlichen Besatzungszonen zur Durchführung der Wirtschaftspolitik der KPD. Zur Haltung der imperialistischen Besatzungsmächte, der Vertreter des Monopolkapitals sowie der rechten Führer der SPD. Die ersten Schritte der demokratischen Kräfte zur Lenkung und Leitung der Produktion. Der Kampf der Arbeiterklasse unter Führung der Kommunisten und klassenbewußten Sozialdemokraten gegen das Monopolkapital für die Schaffung von Machtpositionen in den Betrieben

Herbert Lander

ZUR STATISTISCHEN ERFASSUNG, MESSUNG UND DARSTELLUNG DER TECHNISCHEN ENTWICKLUNG UND IHRER ÖKONOMISCHEN WIRKUNGEN

Dissertation A (14. 12. 1972)

Humboldt - Universität zu Berlin

1. Zu theoretischen und methodologischen Grundfragen der Untersuchung der Entwicklung der Technik und ihrer ökonomischen Wirkungen
2. Zur Bestimmung sachlich begründeter und aussagekräftiger Kennziffern für die statistische Erfassung und Darstellung der technischen Entwicklung und ihrer ökonomischen Wirkungen. Zu bisherigen Versuchen der Erfassung, Messung und Darstellung des technischen Fortschritts. Kausalität und Kennziffer. Das Hauptkriterium des Nutzeffekts technischer Entwicklungen und seine Bestimmung im historischen Prozeß. Grundbeziehungen des technischen und ökonomischen Niveaus der Produktion. Entwicklung und Darstellung wichtiger Hauptkennziffern zur Bestimmung des allgemeinen technischen Fortschritts. Entwicklung und Darstellung eines Kennziffernsystems zur Bestimmung einzelner technischer Entwicklungen. Vorschlag eines Kennziffernsystems zur Bestimmung des Entwicklungsgrades ökonomischer Fertigung eines Erzeugnisses in den vergangenen Zeiträumen
3. Eine praktische Untersuchung zur statistischen Erfassung, Messung und Darstellung der Entwicklung der Technik und ihrer ökonomischen Wirkungen, aufgezeigt am Beispiel eines Erzeugnisses (Drehmaschine). Zur qualitativen und quantitativen Bestimmung des Gebrauchswertes eines Erzeugnisses. Darstellung der Veränderung des Gebrauchswertes der Drehmaschine durch technische Entwicklungen (Antrieb, Gestell, Führungen, Steuertechnik, neue Werkstoffe)
4. Zusammenfassung der Ergebnisse und Schlußfolgerungen für weitere Untersuchungen

Siegfried Lange

ARMENSCHULWESEN UND KINDERAUSBEUTUNG IN PIRNA 1770 - 1870

Dissertation A (6. 8. 1972)

Technische Universität Dresden

1. Zielstellung der Arbeit
2. Periode des Übergangs vom Feudalismus zum Kapitalismus (1750 - 1849). Abriß der lokalen wirtschaftlichen, sozialen und politischen Verhältnisse und deren Einfluß auf die Schule. Die Kinderausbeutung in Pirna bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts: Kinderarbeit in den Kattundruckereien; in anderen Erwerbszweigen; im Pirnaer Waisenhaus; Bettelnde Kinder. Das Pirnaer Armenschulwesen bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts. Die Armenschule. Die Fabrikschule (Eröffnung, Lehrer, Zustände, Standort, Stundenplan, Schulgesetzliche Maßnahmen 1835 in bezug auf das Fabrikschulwesen in Sachsen, die Pirnaer Fabrikschulordnung, Das Ende der Pirnaer Fabrikschule). Die Arbeitsschule für arme Kinder in Pirna (Gründe für die Errichtung; Strohflechten, Stricken oder Spinnen als Beschäftigungsprojekte; Klosterruine als Standort; Zustände an der Strohflechterschule, Umwandlung der "Flechtchule" in eine "Strickschule";

Umwandlung der Armenarbeiterschule in eine Handarbeiterschule für Bürger-
töchter; Bourgeoise Phraseologie und tägliche Unterrichtspraxis

3. Periode des Kapitalismus der freien Konkurrenz (1849 - 1870). Abriß der wirtschaftlichen, sozialen und politischen Veränderungen in Pirna. Kinderausbeutung in Pirna seit der Mitte des 19. Jahrhunderts: Bettelnde Kinder; Kinderarbeit in Tabakbetrieben; Kinderarbeit in der Textilindustrie; Die Folgen der kapitalistischen Kinderausbeutung für die moralische Lage der Kinder. Das Pirnaer Armenschulwesen in der zweiten Hälfte der 19. Jahrhunderts. Gegenüberstellung von Bürger- und Armenschulwesen
4. Endzusammenfassung. Das Gesicht der Klassenschule. Die pädagogischen Potenzen der Kinderarbeit. Das bildungspolitische Ringen der Arbeiterklasse

Erika Langer

BEZIEHUNGEN THÜRINGISCHER STÄDTE ZUR HANSE IN DER ERSTEN HÄLFTE DES 15. JAHRHUNDERTS

Dissertation A (17. 10. 1973)

Friedrich-Schiller-Universität Jena

2. Die Hanse in der 1. Hälfte des 15. Jahrhunderts. Im Rahmen der Geschichte des deutschen Volkes. Wirtschaftliche Entwicklung der wendischen Hansestädte. Wirtschaftliche und politische Entwicklung in den Produktionsländern der Hanse (Niederlande, England, Nordische Staaten, Osteuropa, andere Bereiche des hansischen Handels). Probleme und Möglichkeiten der Sicherung des Handelsprofits. Die Stellung der Hanse zu den innerstädtischen Auseinandersetzungen in der 1. Hälfte des 15. Jahrhunderts. Das Verhältnis der Hanse zu den Feudalgewalten. Zentralisierungsbestrebungen innerhalb der Hanse
3. Die Handelsbeziehungen der Städte Erfurt, Mühlhausen und Nordhausen zur Hanse im 15. Jahrhundert. Die Grundlage der Handelsbeziehungen (Wirtschaftliche Entwicklung der drei Städte - Exportproduktion; Bereich des hansischen Handels der drei Städte; Ihre Lage im Straßennetz). Die Handelsbeziehungen zu den verschiedenen hansischen Wirtschaftsgebieten (Auf der Route Lübeck-Nürnberg: Handel mit Waid, Tuchen, Metall, Fischen, Gewürzen, Pelzen, Bernstein, anderen Objekten, Handelsstörungen; Handelsbeziehungen der drei Städte zum nordwestlichen Hansebereich; Zur westlichen Hanseregion: Beispiel Köln/Aachen; Frankfurt als Umschlagplatz des hansischen Handels; Zum hessischen Gebiet; Zum östlichen Hanseraum)
4. Die politischen Beziehungen der thüringischen Städte zur Hanse in der 1. Hälfte des 15. Jahrhunderts. Die Ursachen der verstärkten Hinwendung der thüringischen Städte Erfurt, Mühlhausen und Nordhausen zur Hanse: Ökonomische Ursachen (Die thüringisch-hansischen Wirtschaftsbeziehungen; Störungen des Handels durch Fehden und Straßenraub sowie als Folge der antihussitischen Kreuzzüge; Ökonomische Belastung der thüringischen Städte durch die antihussitischen Kreuzzüge); Soziale Ursachen; Politische Ursachen. Maßnahmen der drei Städte zur Verteidigung ihrer wirtschaftlichen Stellung und kommunalen Unabhängigkeit; Fortsetzung der Territorialpolitik und Ausbau der Befestigungsanlagen; Festigung des Thüringer Dreistädtebundes und Ausbau des Bündnissystems. Die thüringischen Hansestädte und der Goslarer Bund

Wolfram Ledenig

DIE MARXISTISCH-LENINISTISCHE DEMOGRAFIE UND DIE GRUNDLEGENDEN
BEZIEHUNGEN ZWISCHEN BEVÖLKERUNG UND ÖKONOMIE

Dissertation A (1974)

Hochschule für Ökonomie "Bruno Leuschner", Berlin

1. Die marxistisch-leninistische Demografie als Wissenschaft von der Bevölkerung - Gegenstand, Aufgaben und Entwicklung. Marxistisch-leninistische Demografie und Bevölkerungspolitik. Bevölkerungsgesetze im Sozialismus: Methodologische Aspekte der Erforschung der Bevölkerungsgesetze; Das sozialistische Bevölkerungsgesetz und die demografischen Gesetzmäßigkeiten der Bevölkerungsentwicklung
2. Inhalt, Aufgaben und Bedeutung der Wirtschaftsdemografie - die ökonomische Bewertung demografischer Prozesse
3. Die grundlegenden Beziehungen zwischen Bevölkerungsentwicklung und Entwicklung von Produktion und Konsumtion in der DDR. Die demografische Bedingtheit der Entwicklung des gesellschaftlichen Arbeitsvermögens und seiner Nutzung. Die demografische Entwicklung und die Entwicklung der Volkswirtschaft. Der Einfluß der Alters- und Geschlechtsstruktur der Bevölkerung und ihres Arbeitsvermögens auf die wirtschaftliche Aktivität und das Konsumtionsniveau. Analyse der ökonomischen Alterspyramiden der Produktion und der Konsumtion der DDR für die Jahre 1950, 1966 und 1980. Bevölkerungsentwicklung und Akkumulation. Das Bevölkerungsoptimum: Kritik der bürgerlichen Darstellung des Bevölkerungsoptimums; Das Bevölkerungsoptimum der kommunistischen Gesellschaftsformation; Ökonomische Kriterien der Bevölkerungsentwicklung und das Problem der Bestimmung des optimalen Bevölkerungswachstums für die DDR
4. Die bürgerliche Demografie der Gegenwart und ihre Betrachtung der Bevölkerungsprobleme der Entwicklungsländer. Die ökonomische Analyse des Bevölkerungswachstums aus bürgerlicher Sicht - marxistisch-leninistische Einschätzung der bürgerlichen "Investitions"- und "Makromodellmethode". Kritische Auseinandersetzung mit Auffassungen der bürgerlichen Wohlstandsökonomie. Bürgerliche Bevölkerungsprogramme und ihr Klassencharakter. Die Notwendigkeit einer Politik im Interesse der Werktätigen als grundlegende Voraussetzung zur Lösung der ökonomisch-demografischen Probleme im Interesse der jungen Nationalstaaten

Joachim Lehmann

DIE REGISTER DER BRANDENBURGISCHEN KANZLEI 1411 - 1470. EIN BEI-
TRAG ZUR QUELLENKUNDE UND REGISTRATURFÜHRUNG DES SPÄTFEUDA-
LISMUS

Dissertation A (11. 12. 1974)

Humboldt-Universität zu Berlin

1. Funktion und Bedeutung der Register. Der Registerbegriff. Register als Registraturtyp. Gesellschaftliche Voraussetzungen der Registerregistraturen. Bedeutung und Besonderheiten der Register als Geschichtsquelle
2. Die Registeranalysen. Die Register aus der Zeit Friedrichs I. (1411 - 1426; Allgemeines Bürger Register 1411 - 1426; Lehnsregister 1412 - 1427). Die Register

aus der Zeit Johannis (1426 - 1437: Allgemeines Register 1426 - 1437; Schuld- und Rechnungsregister 1427 - 1436; Lehnsregister 1426 - 1437). Die Register aus der Zeit Friedrichs II. (1437 - 1470: Allgemeines Register 1437 - 1441; Mittelmärkisches Lehnsregister 1437 - 1441; Altmärkisches Lehnsregister 1437 - 1441; Mittelmärkisches Register 1441 - 1453 und 1453 - 1470; Altmärkisches Register 1441 - 1447, 1447 - 1463 und 1463 - 1469; Lausitzer Register 1445 - 1469; Neumärkisches Register 1454 - 1472. Sonstige Kanzleibücher)

3. Die Registerführung. Das registrierte Schriftgut. Die Entstehung und ursprüngliche Anlage der Register. System und Struktur der Register - Überlieferungsstand. Die Kanzleivermerke. Die Registrierung. Registerführung der nordostdeutschen Territorien in der 1. Hälfte des 15. Jahrhunderts
4. Die Registereditionen: Der "Codex diplomaticus Brandenburgensis" von Riedel. Der "Codex diplomaticus Brandenburgensis" und die "Diplomataria veteris Marchiae Brandenburgicae" von Gercken. Der "Codex diplomaticus Brandenburgensis continuatus" von Raumer

Gerhard Lindner

Die FORSTWIRTSCHAFTLICHE ENTWICKLUNG IN DEN WÄLDERN DES STAATLICHEN FORSTWIRTSCHAFTSBETRIEBES EIBENSTOCK UNTER BESONDERER BERÜCKSICHTIGUNG DER NATURVERJÜNGUNGSWIRTSCHAFT

Dissertation A (7. 8. 1973)

Technische Universität Dresden

2. Allgemeine Charakteristik des Untersuchungsgebietes
3. Die forstlichen Verhältnisse bis zu Beginn des 19. Jahrhunderts. Eigentumsverhältnisse und Forstorganisation. Bestockungsverhältnisse. Bewirtschaftungsformen
4. Die Entwicklung vom Auftreten Cottas bis zum Ende des 2. Weltkrieges. Entwicklung der Eigentumsverhältnisse und der Forstorganisation. Entwicklung der Bestockungsverhältnisse. Entwicklung der Waldbewirtschaftungstechnologien: Nutzungsformen; Walderneuerungsverfahren (Erste planmäßige Versuche mit Fichtennaturverjüngung im Revier Carlsfeld durch Spindler, Der 2. Großversuch um 1924/25); Waldpflege
5. Die Entwicklung nach 1945; Entwicklung der Eigentumsverhältnisse und der Forstorganisation. Entwicklung der Bestockungsverhältnisse. Entwicklung der Waldbewirtschaftungstechnologien: Nutzungsformen und Walderneuerung (Die Umstellung vom Kahlschlagbetrieb zur Naturverjüngungswirtschaft, Erkenntnisse auf dem Gebiet der Fichtennaturverjüngungswirtschaft in den letzten zwei Jahrzehnten, Ergebnisse der Naturverjüngungswirtschaft)

DIE POLITIK DER SED ZUR GESTALTUNG UND NUTZUNG DES AUSSENHANDELS ALS EINER KOMMANDOHÖHE DER POLITISCHEN UND WIRTSCHAFTLICHEN MACHT DER ARBEITERKLASSE (1949 BIS 1955)

Dissertation A (14. 6. 1974)

Institut für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED, Berlin

1. Die Politik der SED zur Entwicklung und Nutzung des Außenhandels als ein Machtfaktor der Arbeiterklasse in den ersten Jahren nach der Gründung der DDR (Herbst 1949 bis Mitte 1952). Die Gründung der DDR und die Voraussetzungen für den Aufbau des sozialistischen Außenhandels. Die Politik der SED zur Entwicklung und Nutzung des Außenhandels für die Stabilisierung des Arbeiter-und-Bauern-Staates im Prozeß der Ausprägung seines Charakters als Diktatur des Proletariats (Herbst 1949 bis Herbst 1950): Der Kampf der SED für den Ausbau der Machtpositionen der Arbeiterklasse im Außenhandel, Die vorrangige Entwicklung des Handels mit den sozialistischen Staaten, Die Abwehr gegnerischer Anschläge auf die Außenhandelspolitik der Regierung der DDR; Die außenpolitischen Abkommen und Verträge der DDR, Der III. Parteitag der SED, Der Beitritt der DDR zum RGW, Die Errichtung des staatlichen Außenhandelsmonopols in der DDR. Die Politik der SED zur Weiterentwicklung des Außenhandels beim Übergang zum ersten Fünfjahrplan. Die ersten langfristigen Handelsverträge der DDR (Ende 1950 bis Mitte 1952): Langfristige Planung des Außenhandels, Einstellung der Leitung und Organisation des Außenhandels auf die neuen Erfordernisse; Abschluß langfristiger Verträge; Die Koordinierung des Kampfes der DDR mit den anderen RGW-Staaten gegen das imperialistische Embargo
2. Einige politische und theoretische Probleme der Entwicklung des sozialistischen Außenhandels der DDR Anfang der fünfziger Jahre - Die Politik der SED zur Gestaltung des sozialistischen Außenhandels beim weiteren Aufbau von Grundlagen des Sozialismus in der DDR und bei der Überwindung der Folgen des konterrevolutionären Putsches vom 17. Juni 1953 (Mitte 1952 bis Herbst 1953). Die Ergebnisse der revolutionären Umgestaltung des Außenhandels der DDR bis Mitte 1952 und damit verbundene politische und theoretische Probleme (Im Zusammenhang mit der Herausbildung des sozialistischen Weltwirtschaftssystems Anfang der fünfziger Jahre sowie aus den Gesetzmäßigkeiten der Übergangsperiode, Zu einigen Tendenzen der verfälschten Darstellung von Problemen des sozialistischen Außenhandels durch die Theoretiker des Imperialismus in der BRD). Die II. Parteikonferenz der SED und die Weiterentwicklung des sozialistischen Außenhandels der DDR im Kampf um die Realisierung ihrer Beschlüsse (Verbesserung der Leitung, Planung und Organisation des Außenhandels). Die Politik der SED zur Nutzung und Weiterentwicklung des Außenhandels bei der Überwindung der Folgen des konterrevolutionären Anschlages vom 17. Juni 1953 und bei der Stabilisierung der Arbeiter-und Bauern-Macht
3. Die Herausbildung einer neuen Entwicklungsstufe des sozialistischen Außenhandels bei der politischen und wirtschaftlichen Festigung der DDR und beim Übergang zu neuen Formen der Zusammenarbeit im RGW (Herbst 1953 bis Ende 1955). Die Politik der SED und der Regierung der DDR zur Intensivierung und Ausdehnung der Außenhandelsbeziehungen der DDR sowie zur umfassenden Förderung der Exportproduktion. Die Aufgabenstellung des IV. Parteitages der SED für den Außenhandel. Der Übergang zu neuen Formen der Zusammenarbeit im RGW und die Politik der SED zur Entwicklung des Außenhandels der

DDR in diesem Prozeß. Die Entwicklung des sozialistischen Außenhandels der DDR im Kampf um den erfolgreichen Abschluß des ersten Fünfjahresplanes

Monika Neugebauer

ÖKONOMISCHE ASPEKTE DER BAUMWOLLPRODUKTION IN DER ARABISCHEN REPUBLIK ÄGYPTEN UNTER BESONDERER BERÜCKSICHTIGUNG IHRER ENTWICKLUNG IN DEN JAHREN 1960 - 1970

Dissertation A (7. 11. 1973)

Karl-Marx-Universität Leipzig. Institut für tropische Landwirtschaft und Veterinärmedizin, Bereich Ökonomie

2. Die Bedeutung der Produktion von Baumwolle für die ägyptische Volkswirtschaft und ihre Entwicklung bis zum Jahre 1952
3. Die Agrarpolitik Ägyptens nach 1952 und ihr Einfluß auf die Entwicklung der Baumwollproduktion. Die etappenweise Durchführung der Agrarreform und ihre Ergebnisse. Die Entwicklung des landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens und seine Bedeutung für die Vermarktung der Baumwolle. Der Beitrag der Gemeinschaftsfruchtfolge zur Intensivierung der Baumwollproduktion. Weitere Maßnahmen zur extensiven und intensiven Erweiterung der Agrarproduktion, insbesondere der Baumwollproduktion. Die Entwicklung der Baumwollproduktion in den Jahren 1952 - 1959
4. Entwicklungstrends der Baumwollproduktion in den Jahren 1960 - 1970 im Rahmen der nichtkapitalistischen Agrarentwicklung Ägyptens. Die Organisation des Produktionsprozesses und seine schrittweise Intensivierung. Die quantitative Entwicklung der Baumwollproduktion und ihre Kostengestaltung. Die gegenwärtige sozialökonomische Lage der Baumwollproduzenten
5. Schlußbetrachtungen zur Gestaltung der Produktion von Baumwolle im Rahmen der nichtkapitalistischen Entwicklung der Arabischen Republik Ägypten

Hildegard Neumann / Werner Strauß

DIE NEUE ENTWICKLUNGETAPPE DER SOZIALISTISCHEN STAATENGEMEINSCHAFT UND DES SOZIALISTISCHEN INTERNATIONALISMUS UND DIE HÖHEREN ANFORDERUNGEN AN DAS INTERNATIONALISTISCHE DENKEN UND HANDELN DER ARBEITERKLASSE UND ALLER WERKTÄTIGEN BEI DER BEWUSSTEN GESTALTUNG DER SOZIALISTISCHEN ÖKONOMISCHEN INTEGRATION

Dissertation B (12. 9. 1974)

Institut für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED, Berlin

1. Das internationalistische Wesen der Arbeiterklasse - die Grundprinzipien, Kriterien und Entwicklungsetappen des proletarischen Internationalismus
2. Die höhere Stufe des internationalistischen Denkens und Handelns der Arbeiterklasse und aller Werktätigen - Voraussetzung und Ergebnis der sozialistischen ökonomischen Integration. Klassenwesen und Perspektiven der sozialistischen ökonomischen Integration: Die sozialistische ökonomische Integration als Bestandteil der gesetzmäßigen Entwicklung des sozialistischen Weltsystems; Die

Sowjetunion als Beispiel und Zentrum der sozialistischen ökonomischen Integration; Die sozialistische ökonomische Integration - revolutionärste Aufgabe der Gegenwart. Die Bedeutung der Dialektik von Internationalem und Nationalem für die bewußte Gestaltung der sozialistischen ökonomischen Integration: Zwei Tendenzen in ihrer Einheit; Nationale und internationale Interessen des Sozialismus - die Verwirklichung ihrer Übereinstimmung. Die Verschmelzung von sozialistischem Internationalismus und sozialistischem Patriotismus im Prozeß der sozialistischen ökonomischen Integration. Die Einheit von sozialistischem Internationalismus und sozialistischem Patriotismus. Die Lösung des Widerspruchs zwischen allgemeiner Anerkennung des Internationalismus und Erscheinungen nationaler Überheblichkeit

3. Die gesetzmäßig wachsende Führungsrolle der Arbeiterklasse und ihrer marxistisch-leninistischen Partei im Prozeß der weiteren Annäherung der sozialistischen Staaten und Nationen. Die Zusammenarbeit der kommunistischen und Arbeiterparteien der sozialistischen Staatengemeinschaft - das Herzstück der Integration und Annäherung der sozialistischen Länder. Die Internationalisierung des sozialistischen Wettbewerbs und der sozialistischen Gemeinschaftsarbeit. Die wachsende Rolle der Grundorganisationen der Partei bei der politisch-ideologischen Führung dieses Prozesses

Dagmar Pasatu

ZU EINIGEN HAUPTENTWICKLUNGSLINIEN IM KAPITALISTISCHEN WELTHANDEL MIT NAHRUNGS-, GENUß- UND FUTTERMITTELN
(UNTERSUCHUNG ANHAND DER ENTWICKLUNG DER 50ER UND 60ER JAHRE)

Dissertation A (29. 3. 1973)

Hochschule für Ökonomie "Bruno Leuschner", Berlin

1. Zu einigen Hauptentwicklungslinien im kapitalistischen Welthandel mit Nahrungs-, Genuß- und Futtermitteln in den 50er und 60er Jahren. Stellung des Exports von Nahrungs-, Genuß- und Futtermitteln im kapitalistischen Welthandel. Zur Entwicklung der Warenstruktur. Zur Preisentwicklung und einigen damit in Verbindung stehenden Fragen. Zur Entwicklung der politisch-territorialen Struktur des kapitalistischen Welthandels mit Nahrungs-, Genuß- und Futtermitteln
2. Entwicklungstendenzen wesentlicher, die Struktur des kapitalistischen Welthandels mit Nahrungs-, Genuß- und Futtermitteln beeinflussenden Faktoren. Entwicklung der Produktivkräfte und der Produktionsverhältnisse in der kapitalistischen Land- und Nahrungsgüterwirtschaft. Zur Bedeutung der Größe des Marktes: Zu einigen Einflüssen des Integrationsprozesses in Westeuropa; Tendenzen im Kapital- und Lizenzexport; FAO-Studiengruppen im Dienst des Neokolonialismus. Zur Entwicklung der Bevölkerung und ihres Bedarfs: Zum Bevölkerungswachstum in den Entwicklungsländern; Auswirkungen des schnellen Anwachsens der städtischen Bevölkerung; Veränderungen in der Nachfrage nach Lebensmitteln. Veränderungen im Einfluß der natürlichen Bedingungen auf den kapitalistischen Welthandel mit Nahrungs-, Genuß- und Futtermitteln
3. Triebkräfte und Hemmnisse der Entwicklung des kapitalistischen Welthandels. Profitstreben als Triebkraft des kapitalistischen Welthandels: Der nichtäquivalente Austausch als Profitquelle für die internationalen Monopole; Versuche zur Abschwächung der Agrarkrise in den kapitalistischen Industrieländern -

subventionierte Exporte und Nahrungshilfe für die Entwicklungsländer. Die ungleichmäßige wirtschaftliche Entwicklung der kapitalistischen Länder. Hemmnisse bei der Vertiefung der kapitalistischen internationalen Arbeitsteilung bei der Produktion von Nahrungs-, Genuß- und Futtermitteln

Joachim Piskol

KONZEPTIONELLE PLÄNE UND MASSNAHMEN DER DEUTSCHEN MONOPOLBOURGEOISIE FÜR DEN ÜBERGANG IM IMPERIALISTISCHEN KRIEG ZUM IMPERIALISTISCHEN FRIEDEN UND ZUR RETTUNG IHRER MACHTGRUNDLAGEN AUS DER FASCHISTISCHEN NIEDERLAGE (1943 - 1945)

Dissertation A (4. 7. 1972)

Humboldt-Universität zu Berlin

1. Die direkten Auswirkungen des grundlegenden Umschwunges im Verlauf des zweiten Weltkrieges auf die deutschen Monopole. Die militärische, politische und ökonomische Krise des faschistischen deutschen Imperialismus 1943. Die ökonomischen Auswirkungen der Krise auf die deutschen Monopole. Der verschärfte Konkurrenzkampf innerhalb der deutschen Finanzoligarchie
2. Die Herausbildung und Entwicklung der Konzeption des deutschen Monopolkapitals zur Sicherung seiner Machtgrundlagen (Frühjahr 1943 bis Sommer 1944). Die erfolglosen Versuche des deutschen Imperialismus zur Überwindung der Krise. Die Entwicklung einer modifizierten Nachkriegskonzeption. Die Auseinandersetzungen innerhalb der herrschenden Klasse Deutschlands um den Ausweg aus der Krise
3. Die Weiterentwicklung der Nachkriegskonzeption des deutschen Finanzkapitals und seine politischen und ökonomischen Vorbereitungen für die Nachkriegszeit (Sommer 1944 bis Mai 1945). Der faschistische deutsche Imperialismus vor seiner totalen Niederlage und Probleme der strategischen Grundlinie des deutschen Monopolkapitals. Politische und ökonomische Pläne und Maßnahmen zur Sicherung der Machtpositionen des deutschen Monopolkapitals: Innen- und wirtschaftspolitische Maßnahmen; Maßnahmen und Pläne zur Rettung des ökonomischen Potentials und zur Vorbereitung der Nachkriegsproduktion; Die Vorbereitung der deutschen Monopolbourgeoisie auf eine "Außenhandelsoffensive" nach dem Kriege und die Fortführung ihrer expansiven Nachkriegsplanungen in modifizierter Form. Die ergebnislosen Versuche des deutschen Imperialismus, die Antihitlerkoalition zu sprengen und die bedingungslose Kapitulation zu umgehen. Die Fortführung der imperialistischen Nachkriegskonzeption durch die "Regierung" Dönitz

János Prutkay

DIE ENTWICKLUNG DER LANDWIRTSCHAFT IN DER DEUTSCHEN DEMOKRATISCHEN REPUBLIK UND IN DER VOLKSREPUBLIK UNGARN

Dissertation A (16. 6. 1971)

Friedrich-Schiller-Universität Jena

1. Aufgabe und Zielstellung der Arbeit
2. Die Bedeutung der Land- und Nahrungsgüterwirtschaft der VR Ungarn

3. Die Entwicklung der landwirtschaftlichen Produktionsverhältnisse in Deutschland und Ungarn vom Feudalismus bis zur Befreiung von Faschismus
4. Die demokratische Bodenreform und ihre Ergebnisse in Ungarn und der sowjetisch besetzten Zone Deutschlands nach der Zerschlagung des Faschismus (Durchführung; Ergebnisse)
5. Die Entwicklung der Landwirtschaft in der DDR und der VR Ungarn bis zur Gegenwart (Entwicklung der sozialistischen Produktionsverhältnisse; Natürliche Produktionsbedingungen, Entwicklung der technischen Basis, des Düngemittelverbrauches und der Arbeitskräfte der Landwirtschaft). Die Entwicklung der pflanzlichen und tierischen Produktion in der VR Ungarn und der DDR. Zusammenfassung der Vergleiche der Entwicklungstendenzen der Landwirtschaft der VR Ungarn und der DDR
6. Der Stand der Kooperationsbeziehungen in der Landwirtschaft der DDR und der VR Ungarn. Über die optimale Größe der Landwirtschaftsbetriebe bzw. Produktionseinheiten. Bedeutung, Prinzipien und Formen der Kooperation in der Landwirtschaft der DDR. Entwicklung der Kooperationsbeziehungen in der VR Ungarn
7. Die Anwendung des neuen ökonomischen Systems in der Landwirtschaft der DDR und der VR Ungarn. Die Entwicklung des neuen ökonomischen Systems und das System der sozialistischen Betriebswirtschaft in der Landwirtschaft der DDR. Die Einführung des neuen Wirtschaftsmechanismus und neue Entwicklungstendenzen der Landwirtschaft in der VR Ungarn (Entwicklung und Prinzipien des neuen Wirtschaftsmechanismus; Rolle und Bedeutung der Hauswirtschaften)
8. Vergleichende Zusammenfassung der Entwicklung der Landwirtschaft in der DDR und der VR Ungarn

Klaus Rolfs

DIE POLITIK DER SOZIALISTISCHEN EINHEITSPARTEI DEUTSCHLANDS ZUR ANEIGNUNG DES LENINISMUS UND SOWJETISCHER ERFAHRUNGEN SOWIE ZUR ENTWICKLUNG DER ÖKONOMISCHEN UND WISSENSCHAFTLICH-TECHNISCHEN ZUSAMMENARBEIT ZWISCHEN DER DEUTSCHEN DEMOKRATISCHEN REPUBLIK UND DER UNION DER SOZIALISTISCHEN SOWJETREPUBLIKEN BEI DER HERAUSBILDUNG DER SOZIALISTISCHEN PRODUKTIONSWEISE IN DER DEUTSCHEN DEMOKRATISCHEN REPUBLIK (1949 BIS 1960)

Dissertation A (14. 6. 1974)

Institut für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED, Berlin

1. Die Entwicklung der Zusammenarbeit zwischen der DDR und der UdSSR sowie die Nutzung der theoretischen und praktischen Erfahrungen der KPdSU durch die SED bei der Festigung der Arbeiter-und-Bauern-Macht und beim Übergang zur langfristigen Wirtschaftsplanung. Der Beginn einer geplanten wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit zwischen der DDR und der UdSSR
2. Die Weiterentwicklung der Zusammenarbeit zwischen der DDR und der UdSSR zur Erfüllung des ersten Fünfjahrplanes und zur politischen Stärkung der DDR in den Jahren 1952 bis 1955. Die Gestaltung der staatlichen, politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zwischen der DDR und der UdSSR und die Sicherung des sozialistischen Aufbaus 1953. Die Bedeutung des theoretischen und

praktischen Studiums der Führungstätigkeit der KPdSU bei der Leitung und Planung der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Prozesse durch die SED 1954 und 1955 - Die historische Bedeutung des Staatsvertrages zwischen der DDR und der UdSSR aus dem Jahre 1955. Die Entwicklung der wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit zwischen der DDR und der UdSSR 1952 bis 1955. Zu einigen Fragen der Verfälschung der Beziehungen zwischen der DDR und der UdSSR in der imperialistischen und sozialdemokratischen Politologie und Ideologie

3. Die Zusammenarbeit auf wirtschaftspolitischem und technisch-wissenschaftlichem Gebiet zwischen der DDR und der UdSSR in der Periode des Sieges der sozialistischen Produktionsverhältnisse in der DDR (1956 bis 1960). Die Vertiefung der wirtschaftlichen und politischen Zusammenarbeit zwischen der DDR und der UdSSR (1956/57): Der XX. Parteitag der KPdSU und die wirtschaftspolitische Orientierung der 3. Parteikonferenz der SED; Die Herausbildung qualitativ neuer Formen und Methoden der internationalen sozialistischen Wirtschaftsbeziehungen; Probleme der wirtschaftlichen Zusammenarbeit und der beginnenden Kooperation und Spezialisierung der Produktion zwischen der DDR und der UdSSR in den ersten beiden Jahren des zweiten Fünfjahrplans. Die Zusammenarbeit der DDR und der UdSSR in der Zeit des Sieges der sozialistischen Produktionsverhältnisse in der DDR (1958 bis 1960). Die zweite Etappe der technisch-wissenschaftlichen Zusammenarbeit zwischen der DDR und der UdSSR (1956 bis 1960): Neue Tendenzen und Prinzipien; Beginn der direkten technisch-wissenschaftlichen Zusammenarbeit von Institutionen der DDR und der UdSSR; Die Durchsetzung der planmäßigen und langfristigen Gestaltung der technisch-wissenschaftlichen Zusammenarbeit zwischen der DDR und der UdSSR

Aribert Roxer

DIE ENTWICKLUNG DES KRUPP-KONZERNES BIS ZUM JAHRE 1939, UNTER BESONDERER BERÜCKSICHTIGUNG DER VORBEREITUNG DES ZWEITEN WELTKRIEGES IN DEN JAHREN 1936 - 1939, VORRANGIG DARGESTELLT AM BEISPIEL FRIEDRICH-KRUPP-GRUSONWERK AG MAGDEBURG

Dissertation A (4. 7. 1973)

Hochschule für Ökonomie "Bruno Leuschner", Berlin

1. Die Entwicklung des Krupp-Konzerns von der Gründung der Gußstahlfabrik bis zum Jahre 1918. Die Entwicklung der Gußstahlfabrik in der Periode der industriellen Revolution. Die Firma Krupp auf dem Wege zum Rüstungsmonopol. Die Entwicklung zum Krupp-Konzern. Die Lage der Arbeiter seit Gründung der Gußstahlfabrik
2. Die Rolle des Krupp-Konzerns in der Weimarer Republik. Die Lage im Konzern bis zur Weltwirtschaftskrise. Die Annexion des Magdeburger Grusonwerkes. Die Entwicklung des Krupp-Grusonwerkes bis zum Jahre 1933
3. Die Rolle des faschistischen Staates als Machtinstrument der mächtigsten Monopolgruppen. Faschismus und Monopole in Deutschland. Die Wirtschaftspolitik des Faschismus und der reaktionärsten Monopole zur Schaffung der Grundlagen der ökonomischen Aufrüstung Deutschlands. Der Beitrag des Krupp-Konzerns zur ökonomischen Aufrüstung
4. Die Vorbereitung des zweiten Weltkrieges durch den Konzern in der Zeit von

1936 bis 1939. Die wirtschaftliche Lage des Konzerns im Geschäftsjahr 1935/36. Die unmittelbare und mittelbare Rüstungsproduktion im Krupp-Grusonwerk zu Beginn des Vierjahresplanes. Einige Methoden zur Finanzierung der Rüstungsproduktion. Der Beitrag des Konzerns zur Realisierung der Autarkie im Rahmen des Vierjahresplanes. Das Waffengeschäft mit dem Ausland in der Phase der unmittelbaren Kriegsvorbereitung. Die Lage im Grusonwerk um die Jahreswende 1937/38. Die Zusammenarbeit des Konzerns mit der Abwehr-Abteilung des Reichskriegsministeriums

5. Die Lage der Arbeiter im Krupp-Konzern unter besonderer Berücksichtigung des Grusonwerkes. Die Arbeitsleistung im Grusonwerk (1933 bis 1939). Einige Maßnahmen der Konzernleitung zur ideologischen Beeinflussung und Unterdrückung der Arbeiter. Zu einigen Fragen der Arbeitskräftelenkung, des Facharbeiternachwuchses und der Lohnpolitik im Grusonwerk
6. Die Entwicklung des Grusonwerkes bis zum Beginn des zweiten Weltkrieges. Produktion, Umsatz und Auftragseingänge im Geschäftsjahr 1938/39. Das Auslandsgeschäft des Grusonwerkes bei Ausbruch des Krieges. Die sprunghafte Ausdehnung des Anlagekapitals und seine Finanzierung im Grusonwerk während des Geschäftsjahres 1938/39

Franz Rudolph

MARXISTISCH-LENINISTISCHE ANALYSE UND KRITIK WESENTLICHER VARIANTEN DER MANAGEMENTLEHRE

Dissertation A (9. 6. 1972)

1. Das Wesen und die verschiedenen Erscheinungsformen des Management. Das Management als Ausdruck der Leitungs- und Ausbeutungspraxis im staatsmonopolistischen Kapitalismus: Der Doppelcharakter der Leitung im Kapitalismus und dessen Leugnung in der bürgerlichen Ideologie; Die wachsende Bedeutung der Leitung im staatsmonopolistischen Kapitalismus - Ursachen und Erscheinungsformen; Inhalt und Bestandteile des Management. Das Management als Ausdruck der personellen Seite des kapitalistischen Leitungssystems: Das Management als Zusammenfassung der Manager; Zur sozialökonomischen Charakterisierung der Manager; Zur ideologischen Begründung des Führungsanspruches der Manager. Die Managementlehre als Zusammenfassung der verschiedenen bürgerlichen Leitungskonzeptionen und -theorien: Das Wesen der Managementlehre und ihre Stellung innerhalb der bürgerlichen "Sozial"wissenschaften; Aufgaben und Ziele der Managementlehre; Der Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit - Konzentrationspunkt aller bürgerlichen Leitungskonzeptionen und -theorien. Die ideologische Reflexion der Trennung von Kapitaleigentum und -funktion in imperialistischen Gesellschaftskonzeptionen
2. Historische Vorläufer und wesentliche Varianten der Managementlehre. Taylor's "Wissenschaftliche Betriebsführung" - prinzipieller Ausgangspunkt der Managementlehre: Theorie und Praxis der "Wissenschaftlichen Betriebsführung"; Die geschichtliche Darstellung des Taylor-Systems in der Managementliteratur; Das Taylorsystem in der Einschätzung Lenins; Die unmittelbare Weiterentwicklung des Taylor-Systems. Die Herausbildung der psychologisch-soziologisch orientierten Managementlehre: Von der Psychotechnik zur "Human-Relations-Bewegung" in den USA; "Partnerschaft" und "Betriebsgemeinschaft" - zentrales Thema der deutschen bürgerlichen Betriebsideologie und

-psychologie. Die Entstehung von Managementkonzeptionen zur Organisation des kapitalistischen Leitungsprozesses: Von der "administrativen Lehre" zur "management process school"; Zur Rolle der deutschen bürgerlichen Betriebswirtschaftslehre

3. Klassenziel und -inhalt einiger "moderner" Leitungs- und Organisationskonzeptionen im Kapitalismus. Ausgewählte Komplexe der bürgerlichen Organisationslehre - ihre ideologisch-apologetischen Funktionen: Zur Situation der bürgerlichen Organisationslehre; Bestimmung und Verwendung des Begriffs "Organisation"; Formulierung und Durchsetzung des "Organisationszieles"; "Organisationsdilemma" und "Organisationsgleichgewicht". Die wachsende Bedeutung der bürgerlichen Entscheidungstheorie. Zur Funktion der "modernen" Managementtechniken im kapitalistischen Führungsmechanismus

Brigitte Scheibner

DAS SOZIALÖKONOMISCHE PROGRAMM SUN YATSENS. SUN YATSENS VORSTELLUNGEN ÜBER DIE LÖSUNG DER AGRARFRAGE UND DIE INDUSTRIALISIERUNG IN CHINA

Dissertation A (5. 12. 1974)

Humboldt-Universität zu Berlin

Zu einigen Grundfragen der Sun Yatsen-Interpretation; Aufgabenstellung und Abgrenzung; Zur Einschätzung des Quellenmaterials

1. Das Programm Sun Yatsens zur Lösung der Agrarfrage. Die Eigentums- und Ausbeutungsverhältnisse auf dem Lande gegen Ende des 19. - Anfang des 20. Jahrhunderts in China. Die Losung des "Gleichen Rechtes auf Boden" (pingjun diquan). Das Programm zur Entwicklung der Landwirtschaft in "The International Development of China" und in den Vorträgen zum Prinzip des Volkslebens. Das Agrarprogramm im Manifest des I. Nationalkongresses der Guomindang vom Januar 1924 und die Losung "Dem Pflüger sein Feld"
2. Das Industrialisierungsprogramm Sun Yatsens. Die industrielle Entwicklung Chinas bis zur Zeit der Xinhai-Revolution. Zu einigen Problemen der Formierung von Bourgeoisie und Proletariat als Klassen in China. Zur Herausbildung des Industrialisierungsprogrammes von Sun Yatsen. Zu einigen theoretischen Problemen der Konzeption der "Vermeidung des Kapitalismus" bei Sun Yatsen. "The International Development of China" - das Industrialisierungsprogramm Sun Yatsens. Zur Konzeption für die Inanspruchnahme ausländischer Hilfe bei der Wirtschaftsentwicklung. Sun Yatsens Stellung zu den Ungleichen Verträgen - Zur Herausbildung des antiimperialistischen Programmes des I. Nationalkongresses der Guomindang. Der Einfluß der Oktoberrevolution und Sun Yatsens Bündnis mit Sowjetrußland
3. Die wirtschaftlich-organisatorischen Funktionen der staatlichen Organe, ihre Grundlagen und Struktur in der Konzeption Sun Yatsens. Grundlagen und Struktur der staatlichen Verwaltung. Zu den wirtschaftlich-organisatorischen Aufgaben der Zentralregierung. Zu den Aufgaben der örtlichen Selbstverwaltungsorgane. Zur Anerkennung des Selbstbestimmungsrechtes der nationalen Minderheiten.

Rudolf Steudner

VOM LABOR FÜR ELEKTRISCHE UND PHYSIKALISCHE APPARATE ZUM
WELTBEKANNTEN SOZIALISTISCHEN GROSSBETRIEB. ZUR GESCHICHTE
DES VEB TRANSFORMATOREN- UND RÖNTGENWERK "HERMANN MATERN"

Dissertation A (20. 3. 1973)

Technische Universität Dresden

2. Die Entwicklung des Betriebes von der Gründung bis zum Abschluß des ersten Fünfjahrplanes (1904 - 1955). Die Gründung der Offenen Handelsgesellschaft Koch & Sterzel und ihre Entwicklung bis zum Ende des ersten Weltkrieges. Die Umbildung zur Aktiengesellschaft und die Entwicklung während der Weimarer Republik. Die Koch & Sterzel AG - ein Glied im System der faschistischen Kriegswirtschaft. Vom schweren Neubeginn nach der Befreiung vom Faschismus bis zum Abschluß des ersten Fünfjahrplanes
3. Der Beitrag des Transformatoren- und Röntgenwerkes zur Stärkung des Sozialismus im Kampf für die Sicherung des Friedens in den Jahren 1956 bis 1961. Der Beginn einer neuen Entwicklungsetappe und die strategische Grundkonzeption zur Lösung der nationalen Frage - der ökonomische Wettbewerb zwischen den gegensätzlichen Gesellschaftsordnungen und das Ringen um den wissenschaftlich-technischen Fortschritt. Die Aufgaben des Werkes und seine Rolle in der Volkswirtschaft der DDR und auf dem internationalen Markt. Die Planerfüllung und die Entwicklung der Produktion
4. Entwicklung und Sieg der sozialistischen Produktionsverhältnisse. Produktionsberatungen und sozialistischer Wettbewerb - Steckenpferdbewegung. Brigaden der sozialistischen Arbeit - Neuereremethoden - Ständige Produktionsberatungen - Siebenmeilenstiefel-Bewegung - Produktionsaufgebot. Einheit von Theorie und Praxis, von Wissenschaft und Produktion - Sozialistische Arbeits- und Forschungsgemeinschaften - Zusammenarbeit mit wissenschaftlichen Institutionen - Vorschlags- und Erfindungswesen. Ökonomische und technisch-ökonomische Konferenzen - Kampf um Weltniveau in Qualität und Kosten
5. Vorwärts unter Führung der Partei der Arbeiterklasse. Probleme und Entwicklung des Niveaus der Leitungstätigkeit. Rolle der Betriebsparteiorganisation. Der Weg führt aufwärts! - Wachsen sozialistischer Persönlichkeiten - Ehrungen und Auszeichnungen für Schrittmacher und Kollektive, Lohn und Ansporn

Ruth Struwe

UNTERSUCHUNGEN ZUM ÄLTEREN ABSCHNITT DER URGESCHICHTE
AUSTRALIENS AUFGRUND EINER ANALYSE DER STEININDUSTRIEN AUSTRALIENS
UND DREIER FUNDKOMPLEXE AUS NEUGUINEA UND INDONESIEN

Dissertation A (19. 12. 1974)

Humboldt-Universität zu Berlin

2. Die Archäologischen Fundstellen. Australien, Neuguinea und Indonesien
3. Die Analyse der Steinindustrien
4. Die Aussagen der archäologischen Quellen des älteren Abschnitts der australischen Urgeschichte. Allgemeine Bemerkungen. Zum Stand der Naturbeherrschung: Die Arbeitsinstrumente, Der Erwerb von Gesteinsmaterial, Der Erwerb von Nahrungsmitteln, Die Wohnweise. Zu den Glaubensvorstellungen

5. Der ältere Abschnitt der australischen Urgeschichte und sein Bezug zur Urgeschichte Südostasiens

Ingrid Wessel

Die INDONESISCHE BOURGEOISIE, PROBLEME IHRER ENTWICKLUNG UND IHRER STELLUNG IM NATIONALEN BEFREIUNGSKAMPF BIS ZUM JAHRE 1965

Dissertation A (13. 10. 1972)

Humboldt-Universität zu Berlin

2. Die sozialökonomische Struktur der indonesischen Bourgeoisie bis 1945. Voraussetzungen für die Genesis der indonesischen Bourgeoisie. Die Entwicklung der einzelnen Gruppen der indonesischen Bourgeoisie: Die Dorfbourgeoisie, Die Handelsbourgeoisie, Die Industriebourgeoisie
3. Die antiimperialistische Haltung der indonesischen Bourgeoisie
4. Die indonesische Bourgeoisie und der Kampf um die politische und ökonomische Unabhängigkeit (Die sozialökonomische Entwicklung der indonesischen Bourgeoisie von 1948 - 57). Die wichtigsten bürgerlichen Parteien. Die Haltung der indonesischen Bourgeoisie zu Fragen der Herrschaft des ausländischen Kapitals. Die Stärkung des privatkapitalistischen Sektors: Das Verhältnis von indonesischem und chinesischem Kapital; Die "Indonesierungspolitik" (Die Benteng-Gruppe, Andere Gruppen der Handelsbourgeoisie und ihre Organisationen, Indonesisches Bankkapital, Das Anwachsen der Industriebourgeoisie); Die Veränderungen in der sozialökonomischen Struktur der Agrarbourgeoisie. Die indonesische Bourgeoisie und die Arbeiterklasse. Der Kampf um die Macht - Die Separatistenbewegung
5. Veränderungen in der sozialpolitischen und ökonomischen Struktur der indonesischen Gesellschaft von 1957 - 1965. Die Herausbildung der bürokratischen Bourgeoisie (Akkumulationsquellen des bürokratischen Kapitals). Die Stärkung des privaten Sektors durch das bürokratische Kapital. Das politische Kräfteverhältnis in der ersten Hälfte der sechziger Jahre

Roland Zeise

STUDIEN ZUR ROLLE DER DEUTSCHEN HANDELS-, INDUSTRIE- UND BANKBOURGEOISIE BEIM ABSCHLUSS DER BÜRGERLICHEN UMWÄLZUNG IN DEN FÜNFZIGER UND SECHZIGER JAHREN DES 19. JAHRHUNDERTS

Dissertation B (25. 1. 1973)

Historisch-philologische Fakultät des Wissenschaftlichen Rates der Pädagogischen Hochschule Potsdam

Studie I

Gemeinsamkeiten und Unterschiede in der politischen Konzeption der deutschen Handels-, Industrie- und Bankbourgeoisie

Studie II

Die Rolle der kapitalistischen Interessenverbände

a) Die Handelskammern

b) Der Deutsche Handelstag

- c) Die kapitalistischen Interessenverbände der Industrie
- d) Der Kongreß deutscher Volkswirte

Studie III

Die Stellung der sächsischen Bourgeoisie zum wirtschaftspolitischen Dualismus zwischen Preußen und Österreich während der Zollvereinskrisen 1851 - 53 und 1862 - 64

Rosemarie Zell

ENTWICKLUNGSFORMEN DER TERRITORIALGEMEINSCHAFT IN VIETNAM IM 19. / 20. JAHRHUNDERT

Dissertation A (9. 7. 1974)

Humboldt-Universität zu Berlin (gedruckt: Akademie-Verlag Berlin 1973)

1. Erläuterung von Fachbegriffen. Einführung. Problem und Methode. Quellsituation
2. Territorialgemeinschaften bei Völkern mit urgemeinschaftlichem Gesellschaftssystem und Brandrodungsfeldbau als grundlegender Wirtschaftsform im Hochland von Südvietnam (Für die verschiedenen Völker wird jeweils behandelt: Wirtschaftsform und Produktivität, ethnische Gliederung, die Trägerschicht und Überbaufunktionen, die Organisation des Dorfes, die Rolle der Verwandtschaftsbeziehungen, die Stellung der Hauswirtschaft, Stand und Grundlagen der sozialen Differenzierung, sowie Merkmale und Besonderheiten der Territorialgemeinschaften)
3. Formen der Territorialgemeinschaft bei Völkern mit sich entwickelnder Klassenstruktur und Bewässerungsreiskultur als vorherrschender Wirtschaftsgrundlage in Nordwest-Vietnam (Untergliederung entspricht im wesentlichen der oben genannten)
4. Ergebnis: Bedeutung der Wirtschaftsgrundlage für die Entwicklungsformen der Territorialgemeinschaft. Verwandtschaftliche Organisation und Familienform als nicht charakterisierende Merkmale. Vom Gemeineigentum zum öffentlichen Eigentum. Territorialgemeinschaft, ethnische Einheit und gesellschaftliche Entwicklung

Barbara Zuchold

DIE RÖMISCHEN KLEINEN BAUERNWIRTSCHAFTEN 200 BIS 133 V. U. Z. EINE UNTERSUCHUNG ZUR KRISE DES KLASSISCHEN GEMEINWESENS IN ROM

Dissertation A (3. 10. 1972)

Friedrich-Schiller-Universität Jena

1. Die althistorische Forschung über die Ursachen der Krise der römischen Republik
2. Die römischen kleinen Bauernwirtschaften 200 bis 133 v. u. Z. Begriffsbestimmung und Existenzminimum. Situation bis zum Ende des 2. punischen Krieges. Verbreitung nach 200 v. u. Z.; Bürgerkolonien; Viritanassignationen. Auswirkungen der militärischen Situation. Ökonomische Einflüsse; villae; Große Weidewirtschaften; Lage der kleinen Bauern - Zweck des Reformversuchs des Tiberius Gracchus
3. Die Krise des klassischen Gemeinwesens in Rom

AUTORENVERZEICHNIS

- Altner, Peter, Wissenschaftlicher Mitarbeiter, Institut für Theorie, Geschichte und Organisation der Wissenschaft, Akademie der Wissenschaften der DDR, Berlin.
- Burkhardt-Osadnik, Lucie, Prof. Dr. rer. nat. et rer. oec. habil., Hochschullehrer, Mathematische Statistik, Sektion Wirtschaftswissenschaften, Karl-Marx-Universität Leipzig.
- Epperlein, Siegfried, Dr. phil. habil., Wissenschaftlicher Arbeitsleiter, Zentralinstitut für Geschichte, Akademie der Wissenschaften der DDR, Berlin.
- Grau, Conrad, Dr. phil. habil., Wissenschaftlicher Arbeitsleiter, Forschungsstelle für die Geschichte der Akademie der Wissenschaften, Akademie der Wissenschaften der DDR, Berlin.
- Günther, Renate, Dr. rer. oec., Wissenschaftlicher Arbeitsleiter, Institut für Wirtschaftsgeschichte, Akademie der Wissenschaften der DDR, Berlin.
- Handke, Horst, Dr. rer. oec. habil., Wissenschaftlicher Arbeitsleiter, Institut für Wirtschaftsgeschichte, Akademie der Wissenschaften der DDR, Berlin.
- Jindra, Zdeněk, Ph. Dr. CSc., Oberassistent, Philosophische Fakultät der Karls-Universität Prag.
- Jonas, Wolfgang, Prof. Dr. rer. oec. habil., Ordentliches Mitglied der Akademie der Wissenschaften der DDR, Institutsdirektor, Institut für Wirtschaftsgeschichte, Akademie der Wissenschaften der DDR, Berlin.
- Kuczynski, Jürgen, Ordentliches Mitglied der Akademie der Wissenschaften der DDR, Berlin.
- Kuczynski, Thomas, Dr. rer. oec., Abteilungsleiter, Institut für Wirtschaftsgeschichte, Akademie der Wissenschaften der DDR, Berlin.
- Möbius, Dina, Dr. rer. oec., Wissenschaftliche Assistentin, Sektion Geographie, Humboldt-Universität zu Berlin.
- Narweleit, Gerhard, Diplom-Geograph, Wissenschaftlicher Oberassistent, Institut für Wirtschaftsgeschichte, Akademie der Wissenschaften der DDR, Berlin.
- Neumann, Gerd, Dr. rer. oec., Wissenschaftlicher Oberassistent, Hochschule für Ökonomie "Bruno Leuschner", Berlin.

Nussbaum, Helga, Prof. Dr. rer. oec. habil., Abteilungsleiter, Institut für Wirtschaftsgeschichte, Akademie der Wissenschaften der DDR, Berlin.

Otto, Carl, Prof. Dr. rer. oec. habil., Leiter des Bereichs Statistik, Sektion Wirtschaftswissenschaften, Humboldt-Universität zu Berlin.

Puchert, Berthold, Dr. rer. oec. habil., Wissenschaftlicher Arbeitsleiter, Institut für Wirtschaftsgeschichte, Akademie der Wissenschaften der DDR, Berlin.

Radandt, Hans, Prof. Dr. rer. oec. habil., Abteilungsleiter, Institut für Wirtschaftsgeschichte, Akademie der Wissenschaften der DDR, Berlin.

Rehbein, Elfriede, Prof. Dr. rer. oec. habil., Professor mit Lehrstuhl, Arbeitsgruppe Verkehrsentwicklung und Verkehrspolitik, Hochschule für Verkehrswesen "Friedrich List", Dresden.

Roesler, Jörg, Dr. rer. oec. habil., Abteilungsleiter, Institut für Wirtschaftsgeschichte, Akademie der Wissenschaften der DDR, Berlin.

Schlieder, Wolfgang, Dr. rer. oec., stellvertretender Abteilungsdirektor, Leiter der Papierhistorischen Sammlungen, Deutsche Bücherei, Leipzig.

Strenz, Wilfried, Dr. phil., Abteilungsleiter, Institut für Wirtschaftsgeschichte, Akademie der Wissenschaften der DDR, Berlin.

Wunsch, Regina, Dr. rer. oec., Wissenschaftliche Assistentin, Institut für Hochschulbildung, Humboldt-Universität zu Berlin.

Содержание

Герд Нойманн: Новые моменты в межгосударственных экономических связях стран народной демократии и СССР после второй мировой войны. К предистории Совета Экономической Взаимопомощи.

Йорг Рёслер: Развитие взаимосвязей между движением соревнований и государственным управлением и планированием в промышленности с 1956 по 1962 год

Юрген Кучинский: Будущее капиталистической экономики

Хельга Нуссбаум: К дискуссии об историческом месте государственно-монополистического капитализма в новейшей марксистско-ленинской литературе

Бертольд Пухерт: Усилия по созданию экономико-политического блока в Центральной Европе в начале двадцатого столетия. Работа по исследованию соотношения между государством и экономикой

Эльфриде Ребайн: Роль и значение капиталистической интеграции в ЕЭС - при уделении особого внимания транспорту

Зденек Индра: Роль концерна "Крупш" в экономической подготовке первой мировой войны

Вильфрид Стренц: Тенденции развития регионального распределения населения в процессе промышленной революции капитализма на территории нынешней ГДР. Изучение материалов под историко-географическим аспектом

Зигфрид Эпперляйн: Изображение крестьянского труда в средневековых картинах. К исторической мотивации миниатюр и графики с 9 по 15 столетие

К тенденциям пространственного движения населения в ГДР.

Люци Буркхард-Осадник/Карл Отто: Тенденции урбанизации и агломерации населения в ГДР с 1950 по 1973 год

Дина Мёбиус: К некоторым вопросам миграции - представленным на примере района Коттбус

Регина Бунш: Размышления о мотивах внутренней миграции населения в ГДР

Вольфганг Йонас: К некоторым проблемам соотношения между производительными силами и производственными отношениями. Замечания к работе Ханса Моттека "Wirtschaftsgeschichte und Entwicklung von Wissenschaft und Technik"

Хорст Хандке: Власть с помощью организации или организация с помощью власти? Теория управленческого строя и буржуазная историография. Dankwart Guratzsch, Macht durch Organisation, Die Grundlegung des Hugenbergschen Presseimperiums = Studien zur modernen Geschichte, том 7

Томас Кучинский: Кризис мировой экономики и государственно-монополистический капитализм: Пример американской политики "нового курса". Некоторые соображения при чтении Die große Krise in Amerika, vergleichende Studien zur politischen Sozialgeschichte 1929 - 1939, hg. v. Heinrich August Winkler = Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft, том 6, Charles P. Kindleberger, Die Weltwirtschaftskrise 1929 - 1939 = Geschichte der Weltwirtschaft im 20. Jahrhundert, том 4

Ханс Радант: История предприятия и союзническая политика рабочего класса (совещание с 17 по 19 июня 1975 года в городе Гера).

П. Альтнер/Конрад Грау: Опыт истории и перспективы совместных исследований. (4 и 5 июня 1975 года, в Берлине)

Герхард Нарвеляйт: Развитие территориальной структуры северных районов ГДР. Конгресс географов ГДР (с 12 по 16 мая в городе Нойбранденбург)

Вольфганг Шлидер: Совещание исследователей истории бумаги социалистических стран

Записки высших школ по истории экономики /Ренате Гюнтер/

CONTENTS

- Gerd Neumann, New traits in interstate economic relations of the countries of people's democracy and the U. S. S. R. after World War II. On the prehistory of the Council of Mutual Economic Assistance
- Jörg Roesler, The development of mutual relations between competition movement and state management and planning in industry 1956 to 1962
- Jürgen Kuczynski, The future of capitalist economy
- Helga Nussbaum, On the discussion of the historical place of state-monopolistic capitalism in the recent Marxist-Leninist literature
- Berthold Puchert, Efforts of the formation of an economic-political block in Central Europe in the beginning of the 20th century. A contribution to the analysis of the relation between state and economy
- Elfriede Rehbein, Role and significance of capitalist integration in the EEC - with special consideration of traffic
- Zdeněk Jindra, The role of the Krupp-concern in the economic preparation of World War I
- Wilfried Strenz, Development tendencies in regional distribution of population in the process of the Industrial Revolution of capitalism on the territory of the present GDR. A study of materials under historio-geographical aspect
- Siegfried Epperlein, Representation of farmwork on medieval picture-testimonies. On the historical motivation of miniatures and graphics from 9th to 15th century
- Lucie Burkhardt-Osadnik / Carl Otto, Tendencies of urbanisation and agglomeration of population in the GDR during the years from 1950 to 1973
- Dina Möbius, On some problems of migration - demonstrated on the example of the district of Cottbus
- Regina Wunsch, Considerations on motivations of internal migration in the GDR
- Wolfgang Jonas, On some problems of the relation between productive forces and conditions of production. Remarks on Hans Mottek, *Wirtschaftsgeschichte und Entwicklung von Wissenschaft und Technik*
- Horst Handke, Power by organisation or organisation by power? Theory of managers and bourgeois historiography. Dankwart Guratzsch, *Macht durch Organisation. Die Grundlegung des Hugenbergschen Presseimperiums = Studien zur modernen Geschichte*, vol. 7
- Thomas Kuczynski, Economic world crisis and statemonopolistic capitalism: The example of American New Deal. Some considerations on reading of *Die große Krise in Amerika, vergleichende Studien zur politischen Sozialgeschichte 1929 - 1939*, hg. v. Heinrich August Winkler = *Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft*, vol. 6; Charles P. Kindleberger, *Die Weltwirtschaftskrise 1929 - 1939 = Geschichte der Weltwirtschaft im 20. Jahrhundert*, vol. 4
- Hans Radandt, Workshistory and alliance policy of the working class (Session from June 17th to June 19th 1975 in Gera)
- Peter Altner / Conrad Grau, Experiences of history and perspectives of joint research (June 4th and June 5th 1975 in Berlin)
- Gerhard Narweleit, The development of the territorial structure of the northern area of the GDR. Geographical congress of the GDR (May 12th to May 16th 1975 in Neubrandenburg)
- Wolfgang Schlieder, Session of research workers of socialist countries on paper-history
- University publications on economic history (Renate Günther)

CONTENU

- Gerd Neumann, Nouveaux facteurs décisifs en ce qui concerne les rapports interétatiques des pays de démocratie populaire et de l'U. R. S. S. après la Deuxième Guerre mondiale. Observations sur les précédents du Conseil d'entraide économique
- Jörg Roesler, Le développement des rapports mutuels entre le mouvement de concours et la direction et planification étatique dans l'industrie de 1956 à 1962
- Jürgen Kuczynski, L'avenir de l'économie capitaliste
- Helga Nussbaum, Remarques sur la discussion de la place historique du capitalisme monopolistique d'Etat dans la littérature récente marxiste-léniniste
- Berthold Puchert, Efforts de formation d'un bloc économique-politique en Europe centrale au commencement du 20^e siècle. Une contribution aux recherches de la relation entre l'Etat et l'économie
- Elfriede Rehbein, Rôle et importance de l'intégration capitaliste dans la Communauté Economique Européenne, pris en considération particulière les transports et la circulation
- Zdeněk Jindra, Le rôle du concern Krupp au cours des préparatifs économiques pour la Première Guerre mondiale
- Wilfried Strenz, Tendances de développement dans la distribution régionale de la population au cours du procès de la révolution industrielle du capitalisme sur le territoire actuel de la R. D. A. Etude sur le matériel sous l'aspect historico-géographique
- Siegfried Epperlein, Illustrations du travail des paysans dessinées au Moyen Age. Contribution à la motivation historique de miniatures et d'estampes du neuvième au quinzième siècle
- Lucie Burkhardt-Osadnik / Carl Otto, Tendances d'urbanisation et d'agglomération de la population en R. D. A. dans les années 1950 à 1973
- Dina Möbius, Réflexions sur quelques problèmes de migration démontrés à l'exemple du district de Cottbus
- Regina Wunsch, Considérations sur les motivations de la migration intérieure en R. D. A.
- Wolfgang Jonas, Observations sur quelques problèmes des rapports entre les forces productives et les conditions de production. Remarques sur Wirtschaftsgeschichte und Entwicklung von Wissenschaft und Technik par Hans Mottek
- Horst Handke, Pouvoir par organisation ou organisation par pouvoir? Théorie des managers et historiographie bourgeoisie. Dankwart Guratzsch, Macht durch Organisation. Die Grundlegung des Hugenbergschen Presseimperiums = Studien zur modernen Geschichte, tome 7
- Thomas Kuczynski, Crise économique mondiale et capitalisme monopoliste d'Etat: L'exemple du New Deal américain. Quelques réflexions faites pendant la lecture de Die große Krise in Amerika, vergleichende Studien zur politischen Sozialgeschichte 1929 - 1939, hg. v. Heinrich August Winkler = Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft, tome 6; Charles P. Kindleberger, Die Weltwirtschaftskrise 1929 - 1939 = Geschichte der Weltwirtschaft im 20. Jahrhundert, tome 4
- Hans Radandt, Histoire d'entreprise et politique d'alliance de la classe ouvrière (congrès du 17 au 19 juin 1975 à Gera)
- Peter Altner / Conrad Grau, Expériences de l'histoire et perspectives des recherches communes (congrès du 4 et 5 juin 1975 à Berlin)

Gerhard Narweleit, Le développement de la structure territoriale dans la région nord de la R. D. A. Congrès des géographes de la R. D. A. (du 12 au 16 mai 1975 à Neubrandenburg)

Wolfgang Schlieder, Réunion des chercheurs des pays socialistes sur l'histoire de la production du papier

Traité universitaire sur l'histoire économique (Renate Günther)

SUMARIO

- Gerd Neumann, Aspectos nuevos en las relaciones económicas interestatales de los países de la democracia popular y de la URSS después de la Segunda Guerra Mundial. Acerca de los antecedentes del Consejo de Ayuda Mutua Económica
- Jörg Roesler, El desarrollo de las relaciones recíprocas entre el movimiento de emulación y la dirección y planificación estatal dentro de la industria desde 1956 hasta 1962
- Jürgen Kuczynski, El porvenir de la economía capitalista
- Helga Nussbaum, Acerca de la discusión sobre el lugar histórico del capitalismo monopolio-estatal en la literatura marxista-leninista reciente
- Berthold Puchert, Aspiraciones tendientes a la formación de un bloque político-económico en Europa Central al principio del siglo XX. Artículo examinando la relación entre estado y economía
- Elfriede Rehbein, El papel y el significado de la integración capitalista dentro de la Comunidad Económica Europea considerando especialmente el sistema del tráfico
- Zdeněk Jindra, El papel de la agrupación industrial de Krupp en la preparación de la Primera Guerra Mundial
- Wilfried Strenz, Tendencias evolutivas considerando la distribución regional de la población durante el proceso de la revolución industrial del capitalismo en el territorio que representa hoy la R. D. A. Un estudio de material con aspectos histórico-geográficos.
- Siegfried Epperlein, La descripción del trabajo rústico sobre representaciones gráficas medievales. Acerca de la motivación histórica de miniaturas y grabados desde el siglo IX hasta el siglo XV
- Lucie Burkhardt-Osadnik / Carl Otto, Tendencias de la urbanización y de la aglomeración de la población en la R. D. A. durante los años de 1950 hasta 1973
- Dina Möbius, Acerca de unos problemas de las migraciones descripto por el ejemplo del distrito de Cottbus
- Regina Wunsch, Reflexiones sobre motivaciones de la migración interior en la R. D. A.
- Wolfgang Jonas, Acerca de unos problemas de la relación entre las fuerzas productivas y las condiciones de producción. Notas con referencia a Hans Mottek, *Wirtschaftsgeschichte und Entwicklung von Wissenschaft und Technik*
- Horst Handke, ¿Poder por la organización o organización del poder? La teoría del manager y la historiografía burguesa. Dankwart Guratzsch, *Macht durch Organisation. Die Grundlegung des Hugenbergschen Presseimperiums = Studien zur modernen Geschichte, tomo 7*
- Thomas Kuczynski, La crisis económica mundial y el capitalismo monopolio-estatal: El ejemplo del New Deal americano. Unas reflexiones al leer de *Die große Krise in Amerika, vergleichende Studien zur politischen Sozialgeschichte 1929 - 1939*, hg. v. Heinrich August Winkler = *Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft*, tomo 6; Charles P. Kindleberger, *Die Weltwirtschaftskrise 1929 - 1939 = Geschichte der Weltwirtschaft im 20. Jahrhundert*, tomo 4
- Hans Radandt, Historia de fábricas y la política de alianza de la clase obrera (Sesión desde el 17 hasta el 19 de junio 1975 en Gera)
- Peter Altner / Conrad Grau, Experiencias de la historia y de las perspectivas de la investigación común, (el 4 y el 5 de junio de 1975 en Berlin)
- Gerhard Narweleit, El desarrollo de la estructura territorial en la region del norte de la R. D. A. Congreso de los geógrafos de la R. D. A. (el 12 hasta el 16 de mayo 1975 en Neubrandenburg)

In Vorbereitung für die nächsten Bände des Jahrbuchs:

Jürgen Kuczynski

Die Position der Wirtschaftsgeschichte im System der Wissenschaften - Ein Versuch. Zum zwanzigjährigen Jubiläum dem Institut für Wirtschaftsgeschichte gewidmet

Jürgen Kirchner

Zur Bedeutung der Betriebsfrauenausschüsse für die gleichberechtigte Teilnahme der Frauen am planmäßigen Aufbau der Grundlagen des Sozialismus in der DDR (1952 bis 1955)

Gerd Neumann

Der Marshallplan und die Ost-West-Beziehungen. Zur Vorgeschichte des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (II)

V. T. Čuntulov

Grundzüge und -richtungen der Entwicklung der Volkswirtschaft der UdSSR in den Jahren des neunten Fünfjahrplans

G. N. Vejc

Die Preisdifferenzierung im Staatssektor Indiens

Hermann Lehmann

Zum Einfluß des "Wealth of Nations" auf die Ökonomen des deutschen Bürgertums. Die ökonomischen Auffassungen des Christian Jacob Kraus

Peter Musiolek

Zur Rolle der Stadt in der antiken Klassengesellschaft

Hagen Fischer

Probleme bei der Erforschung der Wirtschaftsgeschichte Kleinasiens in römischer Zeit

Jörg Roesler

Antikommunismus und Objektivität. Zur Darstellung der Wirtschaftsgeschichte der DDR, in: Gerd Leptin, Die deutsche Wirtschaft nach 1945. Ein Ost-West-Vergleich

Jürgen Kuczynski

Neue Tendenzen der Sozialgeschichtsforschung in der BRD. Wilhelm Treue, Wirtschaftsgeschichte der Neuzeit in zwei Bänden, 1700 - 1972; Deutsche Sozialgeschichte, Dokumente und Skizzen, Bd. 2: 1870 - 1914, hg. v. Gerhard A. Ritter u. Jürgen Kocka; Proletarische Lebensläufe, Autobiographische Dokumente zur Entstehung der Zweiten Kultur in Deutschland, Bd. 1: Anfänge bis 1944, hg. v. Wolfgang Emmerich; Sozialgeschichte Heute, Festschrift für Hans Rosenberg zum 70. Geburtstag, hg. v. Hans-Ulrich Wehler

Horst Handke

Massenkommunikation und Demokratie in den Zwängen der Monopolherrschaft. Zu Problemen einer marxistischen Politischen Ökonomie der Massenmedien im Kapitalismus. Horst Holzer, Gescheiterte Aufklärung? Politik, Ökonomie und Kommunikation in der Bundesrepublik Deutschland = Texte und Studien zur Soziologie, Bd. 3

Jan Pecírka

Eine neue Darstellung der Geschichte der griechischen Polis. Hellenische Poleis. Krise - Wandlung - Wirkung, hg. v. Elisabeth Charlotte Welskopf, Bd. 1 -4

Erwin Könnemann

Die Bezirksparteiorganisation der SED Halle und die ökonomische Propaganda für das Produktionsaufgebot (1961/1962)

Sigrid Dillwitz

Soziale Veränderungen in der Landwirtschaft der BRD. Zu einigen Problemen und Ergebnissen der marxistischen Forschung in der DDR

Gustav Otruba

Bericht über eine im Auftrag der Mährischen Lehenbank durchgeführte Kommerzialreise - eine zeitgenössische Bestandsaufnahme zur Wirtschaftslage mitteleuropäischer Städte um die Mitte des 18. Jahrhunderts (Teil III)

Max Linke

Archivalische Nachweise über die Nutzung natürlichen organischen Materials zur Düngung altmärkischer Wölbäcker

Bibliographie wirtschaftsgeschichtlicher Literatur der DDR, 8. Lieferung